Synopse zur 1. Anhörung gem. § 9 Absatz 2 ROG i.V. mit § 12 Absatz 2 LplG

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange

Beteiligungszeitraum: 15.04.2024 – 15.07.2024

Inhaltsverzeichnis:

Bundesbehörden	Seite	1
Landesbehörden	Seite	6
Landkreise	Seite	67
Gemeinden / Städte	Seite	110
Verbände & Vereine	Seite	213
Sonstige Träger öffentlicher Belange	Seite	253

Teilfortschreibung Windenergie 2025 Regionalplan Ostwürttemberg 1. Anhörung

(sortiert nach Stellungnehmer)

Anzahl Datensätze: 637

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 4 Eisenbahn-Bundesamt Stn-Id: 51		BE-ID: 1401 Ihr Schreiben ist am 11.04.2024 beim Eisenbahn-Bundesamt eingegangen und wird hier unter dem o. a. Geschäftszeichen bearbeitet. Ich danke Ihnen für meine Beteiligung als Träger öffentlicher Belange.Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes berühren.Die Belange des Eisenbahn-Bundesamtes werden in der Planung ausreichend berücksichtigt. Insofern bestehen keine Bedenken.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 4 Eisenbahn-Bundesamt Stn-Id: 51		BE-ID: 1402 Falls noch nicht veranlasst, bitte ich auch um die Beteiligung der Infrastrukturbetreiberin DB InfraGO AG als Trägerin öffentlicher Belange und als Grundstückseigentümerin über die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, dbsimm.nl.kar.flaeche@deutschebahn.com. Denn das Eisenbahn-Bundesamt prüft nicht die Vereinbarkeit Ihrer Planungen aus Sicht der Betreiber der Eisenbahnbetriebsanlagen.	Die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien wurde an der 1. Anhörung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 beteiligt. Beide AG werden bei der 2. Anhörung beteiligt.
lfd. Ident-Nr.: 6 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Stn-Id: 300		BE-ID: 2060 Sehr geehrte Damen und Herren, mit Schreiben vom 11. April 2024 baten Sie um Mitteilung von Planungen und Maßnahmen bzw. Auskünfte der Bundeswehr, welche für die Teilfortschreibung Windenergie des o.g. Regionalplans Ostwürttemberg bedeutsam sein können. Die Bundeswehr unterstützt den Ausbau erneuerbarer Energien, soweit militärische Belange nicht entgegenstehen. Windenergieanlagen (WEA) können grundsätzlich militärische Interessen, z.B. militärische Richtfunkstrecken oder den militärischen Luftverkehr berühren und beeinträchtigen. Nach Prüfung der zur Verfügung stehenden Dateien sind Verteidigungsbelange betroffen. Im Einzelnen befinden sich die Flächen ganz oder teilweise • im Zuständigkeitsbereich des militärischen Luftverkehrs der Militärflugplätze Laupheim, Lechfeld, Neuburg und Ingolstadt, • im Interessengebiet der Funkstelle Ellenberg, • innerhalb von Jettiefflugstrecken (ED-R 150),	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		• im Schutzbereich sowie im Interessengebiet der Verteidigungsanlage Ellenberg, • im Interessengebiet Emissionsschutzzone Tanklager Ahlen sowie • im Interessengebiet POL (Produktfernleitung Aalen Leipheim) mit Ölsperre	
lfd. Ident-Nr.: 6 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Stn-Id: 300		BE-ID: 2061 Zur Veranschaulichung sind dieser Stellungnahme drei Geodateien beigefügt, welche die durch militärische Belange (ganz oder auch anteilig) betroffenen Flächen sowie auch die nicht betroffenen Flächen anzeigen. Die Geodateien sind wie folgt aufgeschlüsselt: 1. Ausschlussflächen Hier bestehen seitens der Bundeswehr Bedenken und im Genehmigungsverfahren ist keine Zustimmung zu erwarten. In militärischen Produktenfernleitungen (POL/Pipeline) werden Kraftstoffe der höchsten Gefahrenklasse für militärische Zwecke transportiert. Zu diesen ist ein entsprechender Abstand bei WEA-Vorhaben oder auch Vorranggebieten einzuhalten. Sie ist dem besonderen Schutz des § 109e des Strafgesetzbuches StGB (Wehrmittelbeschädigung) unterstellt. Beschädigungen können erhebliche Folgeschäden auslösen. Zu Wartungs- und Reparaturzwecken, sowie zur Verhinderung einer Gefährdung durch äußere Einflüsse, ist die Produktenfernleitung durch einen 10,00 m breiten Schutzstreifen (5,00 m links und 5,00 m rechts der Rohrachse), zu Gunsten der Bundesrepublik Deutschland dinglich gesichert. Es wird seitens des Bundes folgender Abstand gefordert: "Nabenhöhe + 1/2 Rotordurchmesser + 5 m Schutzstreifen" Betroffen ist die Fläche VRG 50 Dunstelkingen/Reistingen, welche sich anteilig innerhalb des Interessengebiets der dort verlaufenden Produktfernleitung befindet und den vorgeschriebenen Abstand unterschreitet.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 50 "Dunstelkingen / Reistingen" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 6 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Stn-Id: 300		BE-ID: 2062 2. Einzelfallprüfung Eine abschließende Prüfung der übrigen o.g. Verteidigungsbelange ist in der Regel erst nach Vorlage konkreter Daten wie Standortkoordinaten, WEA-Typ bzw. Bauwerk, Bauhöhe über Grund und Geländehöhe u. Ä. möglich. Hierbei kann es zu Zustimmungen, Begrenzung der Bauhöhen sowie Auflagen, aber auch zu Ablehnungen von Windenergieanlagen (WEA) kommen.	Wird gefolgt Der Hinweis wird bei betroffenen Gebieten in den Gebietssteckbriefen ergänzt. Wie bereits in der Stellungnahme angegeben, ist die abschließende Prüfung in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich nach hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 6 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Stn-Id: 300		BE-ID: 2063 3. Flächen ohne Betroffenheit Bei diesen Flächen (überwiegender Anteil) stehen keine Belange der Bundeswehr entgegen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 6 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Stn-Id: 300		BE-ID: 2064 Darüber hinaus sind aktuell keine Planungen und Maßnahmen seitens der Bundeswehr bekannt, welche für die Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Ostwürttemberg von Bedeutung sein können. Ich bitte Sie, mich über den weiteren Verlauf des Verfahrens unter Angabe meines Zeichens V-0626-24-ROG zu informieren und mich im weiteren Verfahren unter Angabe meines Zeichens zu beteiligen.	Wird zur Kenntnis genommen. Sie werden selbstverständlich zum 2. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 beteiligt.
lfd. Ident-Nr.: 8 Bundesanstalt für Immobilienaufgaben Stn-Id: 58		BE-ID: 2047 vielen Dank für die Möglichkeit unsere Stellungnahme zum RVOW Teilfortschreibung Windenergie 2025 — 1. Anhörung abgeben zu können. In unserer ersten Stellungnahme haben wir bereits einen Flächenkomplex benannt, der in den derzeit bestehenden Planungsunterlagen nicht berücksichtigt wurde. Es handelt sich um Flächen in den Gemarkungen Ellwangen und Rindelbach: FS KENNZ 082270000017570012 08227200002146 082270000017570004 08227200002695 08227200001703 08227000001754 08227200002145 08227200002697 08227200002147 082270000017570007 Die Flächenkulisse ist im Anhang zudem als PDF mit ersten Vorüberlegungen dargestellt (vgl. Anlage 1). In ihrer Gesamtfortschreibung sind in der Plankarte die o.g. Flächen ggf. teilweise als Regionale Grünzüge (VRG) (PS 3.1.1), Sonderfläche Bund (N), Gebiete für Forstwirtschaft (und Waldfunktionen) (VBG) (PS 3.2.4.2) und Gebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (VBG) (PS 3.2.1.2) gekennzeichnet.	Wird nicht gefolgt Der Regionalverband hat die gesetzliche Aufgabe, Regionalplanung für die Region, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis, zu betreiben. Innerhalb dieser Region wurde ein ausgewogenes Planungskonzept (Kriterienkatalog) entwickelt. Die Auswahl der Vorranggebiete für Windenergie erfolgte anhand des o.g. - durch die Verbandsversammlung beschlossenen - Planungskonzepts in mehreren Planungsschritten (Flächenauswahlprozess). Das Konzept definiert rechtliche, planerische und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, die bei der Suche und Auswahl von geeigneten Flächen für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen angewandt wurden. Die in der Stellungnahme eingegebenen Flurstücke wurden hinsichtlich ihrer Eignung als potenzielle Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geprüft (Anwendung der im Planungskonzept definierten Kriterien für die benannten Flurstücke). Die Prüfung kommt für die eingegebenen Flurstücke zu folgendem Ergebnis: Flurstücke auf Gemarkung Ellwangen und Rindelbach (08227000001757001200, 08227200002146000000, 08227000001757000400, 08227200002695000000, 08227200002697000000, 08227000001754000000, 08227000001757000700, 08227200001703000000, 08227200002147000000, 08227200002145000000: Diese Flächen sind von planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienklatalog) betroffen (Lage innerhalb von Umgebungsabständen zu Siedlungsbereichen). Diese Bereiche sind daher nicht als Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignet.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Wir gehen davon aus, dass unter (PS 3.1.1) eine Errichtung von Windenergieanlagen und Freiflächenphotovoltaikanlagen unter bestimmten Voraussetzungen die in der Projektentwicklung Erneuerbare Energien mit den zu beteiligten Personen zu klären sind weiterhin durchführbar sind. Auch sollte unseres Erachtens, da wir die sensiblen Bereiche der Wald- und Offenlandbiotope außen vorlassen und nach Errichtung von potentiellen Windenergieanlagen eine ordnungsgemäße Renaturierung der Bauflächen erfolgen wird dem Vorhaben grundsätzlich trotz (PS 3.2.4.2) und (PS 3.2.1.2) nichts entgegensteht, Wir gehen davon aus, dass 1.3.9. des Regionalplans hier greift und wir unsere Planungen weiter voranbringen können. Zudem bitten wir um Aufnahme in das Planelement (PS 4.2.2.1). Ferner haben wir aufgrund des derzeitig noch bestandskräftigen Regionalplans vom 05.09.2014 eine Fläche für Windenergie in einem Verfahren weiter Vorangetrieben, die im Vorranggebiet für Windenergie enthalten ist (Dalkingen/ Neunheim (12), vgl. Anlage 2). Es handelt sich um das Flurstück der Gemarkung Dalkingen mit der Flurstücksnummer 4019 (08229000004019). Wir bitten um Erweiterung des im Dokument „Teilfortschreibung Windenergie 2025 Regionalplan Ostwürttemberg; Plansätze mit Begründung; 1. Anhörungsentwurf; Offenlagebeschluss durch die Verbandsversammlung am 22.03.2024" benannten unter 4.2.2.1 (1) Z benannten Vorranggebietes für Windenergie Dalkingen / Neunheim (12), S. 11 auf die Flurstücke der Gemarkung Röhlingen, Flurstücksnummer 4294 (08227300004294) und der Gemarkung Dalkingen, Flurstücksnummer 4214 (08229300004214) und 4027 (08229300004027) zumindest in den Teilen, die mit Wald bestanden sind. Die Bundesanstalt für immobilienaufgaben als Liegenschaftsverwalterin des Bundes ermöglicht die Erreichung der Klimaschutzziele, die nicht nur im EEG 2023 in S 1 und im KlimaG BW S 1 fest verankert sind, sondern möchte auch die Ziele der unter S. 1 Plansätze mit Begründung genannten Punkte weiter Voranbringen. Hiermit bitten wir um wohlwollende Prüfung unserer Beteiligung.	Flurstücke auf Gemarkung Röhlingen und Dalkingen (08227300004294000002, 08227300004294000200, 08229000004214000000, 08229000004027000000): Für die in der Stellungnahme genannte Fläche mit der Flurstücksnummer 4294 wurden die Flurstücke 08227300004294000002 und 08227300004294000200 geprüft - mit folgendem Ergebnis: Diese Flächen sind von planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienklatalog) betroffen (Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege und teilweise Umgebungsabstände zu Siedlungsbereichen sowie weitere planerische und rechtliche Ausschlussbereiche). Diese Bereiche sind daher nicht als Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignet. Für die in der Stellungnahme genannte Fläche mit der Flurstücksnummer 4214 wurde das Flurstück 08229000004214000000 geprüft - mit folgendem Ergebnis: Diese Fläche ist von planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienklatalog) betroffen (Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege und Umgebungsabstände zu Siedlungsbereichen sowie weitere planerische und rechtliche Ausschlussbereiche). Der Bereich ist daher nicht als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignet. Für die in der Stellungnahme genannte Fläche mit der Flurstücksnummer 4027 wurde das Flurstück 08229000004027000000 geprüft - mit folgendem Ergebnis: Diese Fläche ist von planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienklatalog) betroffen (Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege und Umgebungsabstände zu Siedlungsbereichen sowie weitere planerische und rechtliche Ausschlussbereiche). Der Bereich ist daher nicht als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignet. Die eingegebenen Flächen werden im weiteren Planungsprozess der Teilfortschreibung Windenergie 2025 daher nicht weiterverfolgt. Die Errichtung von Windenergieanlagen und FF-PV-Anlagen außerhalb der im Regionalplan festgelegten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete richtet sich nach bundes- sowie landesgesetzlichen Vorgaben.
lfd. Ident-Nr.: 19 Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation , Post und		BE-ID: 1520 auf Grundlage Ihrer Angaben wurde von uns eine Überprüfung des o. g. Gebiets auf Beeinträchtigungen von funktechnischen Einrichtungen wie Richtfunkstrecken, Radaren, radioastronomischen Einrichtungen sowie Funkmessstellen der Bundesnetzagentur (BNetzA) durchgeführt. Durch rechtzeitige Einbeziehung ihrer	Wird zur Kenntnis genommen. Der überwiegende Teil der aufgeführten Richtfunk-Betreiber wurde im Rahmen der 1. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 als Träger öffentlicher Belange beteiligt. Die Betroffenheiten des behördlichen sowie zivilen Richtfunks sind bei den nachfolgenden Planungen und Genehmigungsverfahren zu prüfen. Grundsätzlich

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Eisenbahnen Stn-Id: 55		Betreiber in die weitere Planung sollen Störungen vermieden werden. Folgende Betreiber sind im Plangebiet aktiv: BETREIBER RICHTFUNK: ========== Bayerisches Landeskriminalamt [...] Deutsche Telekom Technik GmbH [...] DRK Kreisverband Aalen e.V. [...] E-Plus Service GmbH [...] Ericsson Services GmbH [...] FYSAM Auto Decorative GmbH [...] Landratsamt Heidenheim [...] Landratsamt Ostalbkreis [...] Landratsamt Ostalbkreis - Verkehrsinfrastruktur [...] MEDIA BROADCAST GmbH [...] NetCom BW GmbH [...] Plusnet GmbH [...] Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei Nauheimer Straße 101 [...]	werden keine vollständigen Windenergiegebiete wegen zu erwartender Konflikte zwischen Richtfunktrassen und potenzieller Windenergieanlagen nicht zur Umsetzung kommen. Die jeweiligen Richtfunkbetreiber müssen jedoch in den nachgelagerten immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren erneut beteiligt werden, um die Betroffenheit der Richtfunkstrecken durch potenzielle Windenergieanlagen prüfen und belastbare Aussagen zu der Umsetzbarkeit von geplanten Windenergieanlagen-Standorten treffen zu können. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Röhm GmbH [...] Röhm Tool GmbH [...] RUD Ketten Rieger & Dietz GmbH u. Co. KG Friedensinsel [...] Schwäbische Hüttenwerke Automotive GmbH [...] sdt.net AG [...] Staatliches Vermessungsamt Heidenheim [...] Südwestrundfunk (SWR) [...] Telefónica Germany GmbH & Co. OHG [...] Vodafone GmbH [...] BETREIBER RADARE: ========== Es sind keine Radare betroffen. BETREIBER RADIOASTRONOMIE: ========== Es sind keine Radioastronomie Stationen betroffen. FUNKMESSSTELLEN DER BNETZA: ========== Es sind keine Funkmessstationen der BNetzA betroffen.	
lfd. Ident-Nr.: 20 Deutscher Wetterdienst Stn-Id: 40		BE-ID: 1388 der Deutsche Wetterdienst (DWD) bedankt sich als Träger öffentlicher Belange für die Beteiligung an o. a. Vorhaben. Der DWD hat keine Einwände gegen die von Ihnen vorgelegte Planung Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 162 Bayerisches		BE-ID: 1374 vielen Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme im o. g.	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Stn-Id: 16		Verfahren. Berührte Aspekte der Landes- und Regionalplanung in Bayern werden ggf. von der Regierung von Schwaben bzw. der Regierung von Mittelfranken als zuständige höhere Landesplanungsbehörden bzw. von den benachbarten Regionalen Planungsverbänden Augsburg, Donau-Iller und Westmittelfranken vorgetragen. Eine gesonderte fachliche Stellungnahme des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie erfolgt zunächst nicht.	
lfd. Ident-Nr.: 164 Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg Stn-Id: 42		BE-ID: 1390 vielen Dank für die Beteiligung am Verfahren. Im Planungsgebiet des Regionalplanes befinden sich mehrere laufende und geplante Flurbereinigungsverfahren. Eine aktuelle Übersicht aller Verfahren finden Sie auf der Internetseite des LGL (https://fno-verfahren.lgl-bw.de) bzw. auch im Geoportal BW unter „Karten“ und „Landentwicklung“ (https://www.geoportal-bw.de/). Durch die Festlegungen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sind mehrere Flurneuordnungsverfahren berührt. Wir bitten daher um eine Beteiligung der unteren Flurneuordnungsbehörden bei den zuständigen Landratsämtern.	Wird gefolgt Die unteren Flurneuordnungsbehörden der zuständigen Landratsämter wurden im Rahmen der Beteiligung Träger öffentlicher Belange am Verfahren beteiligt. Die Hinweise zu den laufenden und geplanten Flurbereinigungsverfahren wurden zur Kenntnis genommen. Die Vorranggebietskulisse wurde mittels des zur Verfügung gestellten Links auf die betroffenen Flurneuordnungsverfahren geprüft. Für die Abwägung der Beurteilung der Betroffenheit wird auf die Abwägung der Stellungnahme der unteren Flurneuordnungsbehörde des Landratsamts Ostalbkreis verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 164 Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung Baden-Württemberg Stn-Id: 42		BE-ID: 2109 Von unserer Seite werden keine Bedenken gegen die Planung vorgebracht. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 169 Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz (MLR) Stn-Id: 363		BE-ID: 1729 Seitens des Ministeriums für Ernährung, ländlichen Raum und Verbraucherschutz bestehen keine Bedenken gegen die vorliegende Teilfortschreibung „Windenergie 2025“ des Regionalverbands Ostwürttemberg.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1537 das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen (MLW) dankt für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung zur Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen des Regionalplans für die Region Ostwürttemberg. Das MLW nimmt zu dem Planentwurf als oberste Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde (Ziffer I) sowie als oberste Denkmalschutzbehörde (Ziffer II) Stellung. Die für die	Wird zur Kenntnis genommen. Auf die Abwägung der Stellungnahme des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz und des Ministeriums für Verkehr wird verwiesen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Raumordnung und Landesplanung zuständige Abteilung hat die berührten Ministerien des Landes über den Anhörungsentwurf informiert und diese jeweils gebeten, ihre Anregungen und Bedenken hierzu mitzuteilen. Die Rückmeldungen des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, des Ministeriums für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sowie des Ministeriums für Verkehr sind in dieser Stellungnahme nachrichtlich aufgeführt (Ziffer III).	
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1538 Die o. g. Teilfortschreibung Windenergie wird im Rahmen der Regionalen Planungsoffensive aufgestellt und soll das in § 20 Abs. 1 S. 1 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) festgelegte Flächenziel zur Festlegung von mindestens 1,8 Prozent der Regionsfläche für die Windenergie an Land erreichen. Vorliegend sollen Vorranggebiete für Standorte regionalbedeutsamer Windenergieanlagen festgelegt werden. Beabsichtigt ist eine Ergänzung des Plansatzes 4.2.2.1 (Z) des Regionalplans Ostwürttemberg aufbauend auf der rechtskräftigen Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 bzw. der laufenden Regionalplan-Gesamtfortschreibung 2035.Der Planentwurf enthält zudem eine Bestimmung zur Rotor-Out-Regelung sowie zur Überlagerung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen mit Regionalen Grünzügen oder Vorranggebieten für die Landwirtschaft. Das MLW begrüßt, dass der Regionalverband mit der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie 2025 (2,1 Prozent) und der rechtskräftigen Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 (1,5 Prozent) einen die Vorgaben des § 20 KlimaG BW deutlich übersteigenden Flächenanteil der Region (gesamt 3,6 Prozent) für Windenergieanlagen vorsieht.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1539 Für das weitere Verfahren bittet die oberste Raumordnungs- und Landesplanungsbehörde um die Einbeziehung folgender Anregungen und Bedenken: 1.Allgemeines a) Zum Vorgehen bei der Planaufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 basiert auf dem zweiten Anhörungsentwurf des Regionalplans 2035. Die Änderungen gegenüber dem zweiten Anhörungsentwurf Regionalplan 2035 werden in blauer Schriftfarbe markiert. Der Plansatz 4.2.2 G (1) und die Vorranggebiete im Plansatz 4.2.2.1 Z (1) der rechtskräftigen Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 sollen vom Regionalverband nach dessen Aussage unverändert in die Teilfortschreibung Windenergie 2025 „übernommen“	Wird gefolgt Der Textteil wird dahingehen überarbeitet. Es findet keine Neu- oder Wiederfestlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 statt. Die rechtskräftige Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 bleibt als eigenständige Planung bestehen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		werden. Das MLW geht insofern von der Absicht des Regionalverbandes aus, dass die rechtskräftigen Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 unverändert bestehen bleiben und fortgelten sollen. Es wird daher dringend empfohlen, den Planentwurf eindeutig dahingehend zu überarbeiten und streng auf die geänderten Plansätze zu beschränken. In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 muss erkennbar sein, welche Teile der bisherigen Planungen unverändert bleiben und welche Teile verändert werden. Die Formulierung „Die Vorranggebiete aus der Teilfortschreibung …. werden unverändert übernommen“ kann insoweit nicht empfohlen werden, da sie auf eine Neu-/Wiederfestlegung in der neuen Teilfortschreibung hindeuten kann. Unabhängig von der jetzigen Planänderung könnte man später eine Lesefassung mit der Zusammenstellung aller Plansätze nach aktuellem Stand erstellen. Das MLW weist zur weiteren Verdeutlichung der Abhängigkeiten in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Inhalte einer neuen Planung, auch wenn sie älteren Planinhalten entsprechen, einer Vollziehbarkeitsprüfung und Abwägung auf der Grundlage der heutigen Sach- und Rechtslage bedürfen. Im Falle der Überführung älterer Inhalte in ein neues Planungskonzept müsste demnach eine erneute Vollziehbarkeitsprüfung (z. B. hinsichtlich artenschutzrechtlicher Bestimmungen, ausreichender Windhöffigkeit etc.) und Abwägung mit den dafür erforderlichen Schritten durchgeführt werden. Im vorliegenden Planungsverfahren zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 kann nur dann von den o. g. Verfahrensschritten der bereits festgelegten Standorte regionalbedeutsamer Windenergieanlagen in Plansatz 4.2.2.1 Z (1) abgesehen werden, wenn die Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 als eigenständige Planung bestehen bleibt und allenfalls ergänzt wird. Eine Übernahme der Vorranggebiete aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 in die Teilfortschreibung Windenergie 2025 würde dem nicht genügen. Aus diesem Grund sollten die oben gegebenen Hinweise des MLW Beachtung finden.	
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg	BE-ID: 1540	b) Zur Verwendung von Begriffen Das MLW regt an, den Sprachgebrauch hinsichtlich des Begriffs „festgesetzt“ zu überprüfen (z. B. in der Begründung zu PS 4.2.2.1 Z (2)). Im Kontext der Landes- und Regionalplanung sollte nicht von „festgesetzt“ gesprochen werden, da es sich um	Wird gefolgt Der Textteil wird dahingehend überarbeitet.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 303		einen Begriff aus der Bauleitplanung handelt. Stattdessen sollte hier der Begriff „festgelegt“ verwendet werden. Darüber hinaus wird angeregt, die Verwendung von Begriffen aufgrund der besseren Lesbarkeit zu vereinheitlichen und auf Entsprechung der Rechtsgrundlagen zu überprüfen. Im Plansatz 4.2.2.1 Z (2) und der Begründung (11. Absatz der Begründung) ist sowohl von dem Begriff der „regionalbedeutsamen Windenergieanlage“ als auch der „raumbedeutsamen Windenergieanlage“ die Rede. Da auch § 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 11 LplG den Begriff „regionalbedeutsam“ verwendet, ist es aus hiesiger Sicht empfehlenswert, in diesem Zusammenhang einheitlich den Begriff „regionalbedeutsame Windenergieanlage“ zu verwenden.	
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1541 c) Zur Öffnung der Regionalen Grünzüge Nach § 11 Abs. 3 Nr. 7 Satz 2 LplG sollen die Regionalen Grünzüge unverzüglich und aus Gründen des überragenden öffentlichen Interesses und der öffentlichen Sicherheit sowie der besonderen Bedeutung der erneuerbaren Energien im Sinne des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für Windkraft- und Freiflächen-Photovoltaikanlagen geöffnet werden. Soweit die unverzügliche Öffnung der Regionalen Grünzüge in der Gesamtfortschreibung 2035 nicht den Vorgaben des § 11 Abs. 3 Nr. 7 Satz 2 LplG i. V. m. § 2 EEG entspricht, bedarf es einer weiteren Öffnung in dieser Teilfortschreibung.	Im Rahmen der Gesamtfortschreibung des Regionalplans Ostwürttemberg 2035 (Stand Satzungsbeschluss, 17.07.2024) findet eine Öffnung der Regionalen Grünzüge gemäß den Vorgaben des §11 Abs. 3 Nr. 7 Satz 2 LplG statt. Ausführungen dazu finden sich u.a. in der Begründung zu Plansatz 3.1.1. Eine weitere Öffnung im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 ist nicht erforderlich. Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass die Öffnung der Regionalen Grünzüge laut Begründung der Gesetzesänderung zum Landesplanungsgesetzes ein wesentliches Element zur Erreichung der Flächenziele des KlimaG BW für die Festlegung von Gebieten für Wind- und Freiflächen-Photovoltaik in den jeweiligen Regionen ist. Für Windenergie ist dieser Flächenanteil gemäß § 20 KlimaG BW auf 1,8 % festgesetzt. Durch die Teilfortschreibung Erneuerbare Energien (2014) werden bereits 1,5 % der Regionsfläche als Vorranggebiete für Windenergie festlegt. Diese Flächen werden durch die Teilfortschreibung Windenergie 2025 mit weiteren Vorranggebieten für Windenergie ergänzt, sodass das 1,8 %-Flächenziel überschritten wird.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1542 2.Zu den Plansätzen und deren Begründung a) Zu Plansatz 4.2.2 G (1) Mit dem Plansatz 4.2.2 G (1) trifft der Regionalverband eine grundlegende Regelung für die Entwicklung der Erneuerbaren Energien in der Region. Es erfolgt eine Änderung des Plansatzes aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 in Form einer inhaltlichen Ergänzung des ersten Satzes sowie der Begründung. Aufgrund der in Kapitel 1 a) beschriebenen Erforderlichkeit ältere Planungen und deren Änderungen in der Teilfortschreibung Windkraft 2025 deutlich zu machen, regt das MLW an, die Notwendigkeit der Änderung bzw. Ergänzung des Plansatzes zu	Wird gefolgt Der Textteil wird dahingehend überarbeitet. Es erfolgt nunmehr keine Änderung (inhaltliche Ergänzung) des Plansatzes 4.2.2 G (1) sowie der Begründung aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014. Die Ausführungen zu den Klimaschutzzielen des Landes werden in die Begründung zum eigenständigen Plansatz der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		prüfen. Die Änderungen sind insbesondere auf den Mehrwert für den Regelungsgehalt des Grundsatzes zu prüfen. Weiterhin wird angeregt zu prüfen, ob die Ausführungen zu den Klimaschutzzielen in der Begründung des Plansatzes 4.2.2 G (1) gestrichen und stattdessen in die Begründung des Plansatzes 4.2.2.1 Z (2) aufgenommen werden können.	
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1543 b) Zu Plansatz 4.2.2.1 Z (1) Der Plansatz 4.2.2.1 Z (1) beinhaltet die Festlegung von Gebieten für Standorte für regionalbedeutsame Windenergieanlagen der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014. Es erfolgt eine Änderung des Plansatzes aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 in Form einer Umformulierung der Überschrift sowie der Einführung einer Nummerierung in Ergänzung zur Bezeichnung der jeweiligen Vorranggebiete. Darüber hinaus werden die Absätze 3-5 des Plansatzes aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 gestrichen. Grund für die Streichung ist, dass in der Gesamtfortschreibung 2035 eine Öffnung der Grünzüge nach § 11 Abs. 3 Nr. 7 S. 2 LplG erfolgt. Die Absätze 3-5 werden hierdurch obsolet. Das MLW regt auch hier an, die Notwendigkeit der Änderung der Überschrift des Plansatzes und das Einfügen einer Nummerierung zur Kennzeichnung der Vorranggebiete sowie die Streichung der Absätze 3-5 kritisch zu prüfen. Grund ist die in Kapitel 1 a) beschriebenen Erforderlichkeit, ältere Planungen und deren Änderungen in der Teilfortschreibung Windkraft 2025 eindeutig zu kennzeichnen. Es wird des Weiteren angeregt zu überprüfen, ob die Bezeichnung der Vorranggebiete aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 nicht besser in der Begründung des Plansatzes 4.2.2.1 Z (2) nachrichtlich aufgenommen werden und an dieser Stelle mit Nummern versehen werden können.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Der Textteil wird dahingehend überarbeitet. Die vorgenommenen Änderungen des Plansatzes 4.2.2.1 Z (1) in Form einer Umformulierung der Überschrift und die Einführung einer Nummerierung werden zurückgenommen. Aus Gründen der Nachvollziehbarkeit erfolgt keine nachrichtliche Aufnahme der Bezeichnung sowie Nummerierung der Vorranggebiete aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 in die Begründung zum neuen Plansatz der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Die Streichung der Absätze 3 bis 5 des Plansatzes 4.2.2.1 Z (1) erfolgt nicht im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025, sondern wird aus der Gesamtfortschreibung des Regionalplans 2035 (Stand Satzungsbeschluss, 17.07.2024) nachrichtlich übernommen.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1544 c) Zu Plansatz 4.2.2.1 Z (2) Der Plansatz 4.2.2.1 Z (2) beinhaltet die Festlegung von Gebieten für Standorte für regionalbedeutsame Windenergieanlagen, die im Rahmen der Planungen zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 ermittelt wurden. Die Vorranggebietskulisse der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 wird um die vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie 2025 gemäß Plansatz 4.2.2.1 (2) ergänzt.	Wird gefolgt Der Textteil wird dahingehend überarbeitet. Die Festlegung der Vorranggebiete im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 erfolgt nun in einem eigenständigen Plansatz (4.2.2.1.2 „Standorte für regionalbedeutsame Windkraftanlagen“ im Zuge der Regionalen Planungsoffensive). Dazu wird eine Anpassung der Gliederungsebene 4.2.2.1 als Unterkapitel „Windenergie“ und das Einfügen der Gliederungsnummern 4.2.2.1.1 (zuvor Plansatz 4.2.2.1) und 4.2.2.1.2 (neu) vorgenommen. Es erfolgt eine redaktionelle Anpassung der Benennung der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 in der Begründung zu

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Das MLW regt an zu prüfen, ob die Festlegung der Vorranggebiete im Rahmen der Regionalen Planungsoffensive nicht besser in einem eigenständigen Plansatz erfolgen kann.	Plansatz 4.2.2.1.1 Abs. 1 (zuvor Plansatz 4.2.2.1 Abs. 1).
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1545 Das MLW empfiehlt zu überprüfen, ob der Plansatz 4.2.2.1 Z (2) bezüglich der Formulierung dem rechtskräftigen Plansatz 4.2.2.1 Z (1) aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 angeglichen werden kann. Dem MLW ist bewusst, dass die Formulierung der Absätze (1) und (2) unter jeweils unterschiedlichen Regelungskontexten erfolgt ist. Aus diesem Grund wird angeregt, in der Begründung auf diese Unterscheidung einzugehen und etwaige Abweichungen des Regelungsgehalts nachvollziehbar zu erläutern.	Wird gefolgt Der Textteil wird dahingehend überarbeitet. Die Formulierung des neuen, eigenständigen Plansatzes der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wird an die Formulierung des rechtskräftigen Plansatzes aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 angeglichen. Die Begründung des Plansatzes der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wird entsprechend ergänzt.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1546 In der Begründung des Plansatzes wird u. a. als wesentliches der Ermittlung und Abgrenzung der Vorranggebiete zugrundeliegendes Planungskriterium, der Windatlas Baden-Württemberg aus dem Jahr 2019 angeführt. Es wurden die mittleren gekappten Windleistungsdichten in W/m2 in 160 Meter Höhe betrachtet. Das MLW empfiehlt den herangezogenen Wert zur Windleistungsdichte aus der Begründung des Plansatzes 4.2.2.1 Z (2) mit den Angaben aus dem Umweltbericht und der dort aufgeführten typisierten Anlagendimensionierung zu überprüfen (insb. Kapitel 1.5 und 4.1 des Umweltberichts). Die abweichenden Werte sollten nachvollziehbar erläutert bzw. vereinheitlicht werden.	Wird gefolgt Die Angaben werden geprüft und korrigiert.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1547 In der Begründung wird erläutert, dass nach Erreichen des verbindlichen Flächenziels die Privilegierung für regionalbedeutsame Windenergieanlagen außerhalb der Vorranggebiete für Windenergieanlagen eingeschränkt wird. Aus Gründen der Transparenz wird angeregt, auf die Rechtsfolgen einzugehen und ggf. den Hinweis auf die fehlende planerische Steuerungsmöglichkeit im Falle des Nicht-Erreichens des Flächenziels aufzunehmen.	Wird gefolgt Der Textteil wird dahingehend überarbeitet. In der Begründung zum Plansatz der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden die Rechtsfolgen durch das Erreichen (vgl. § 35 (2) BauGB) und das Nicht-Erreichen (vgl. § 3 WindBG und § 249 Abs. 7 Nr. 2 BauGB) des verbindlichen Flächenziels ergänzt.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1548 Schließlich möchten wir noch anregen zu prüfen, ob die Begründung des Plansatzes 4.2.2.1 Z (2) um die Möglichkeit und Vorteile zusätzlicher Flächenausweisungen auf Ebene der Bauleitplanung durch die Kommunen ergänzt werden könnte (i. e. Integration in die Kommunale Wärmeplanung, Unterstützung z. B. für Bürgerwindenergieprojekte; Standortvorteile für Gewerbe und Wohnen durch vergünstigten lokalen Strom etc.).	Wird gefolgt Der Textteil wird dahingehend überarbeitet. In der Begründung zum Plansatz der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden die Möglichkeiten und Chancen für Kommunen, weitere Flächen für Windenergieanlagen im Rahmen ihrer kommunalen Bauleitplanung auszuweisen, ergänzt.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung		BE-ID: 1549 d) Zu Plansatz 4.2.2.1 Z (3) Mit dem Plansatz 4.2.2.1 Z (3) wird beabsichtigt, dass in	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Der Inhalt der Rotor-out-Regelung wird direkt in den Plansatz zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 (4.2.2.1.2) aufgenommen und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen die sog. „Rotor-out-Regelung“ gelten soll. Die Rotor-out-Regelung erstreckt sich gem. § 5 Abs. 4 Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG) auch klarstellend auf den Plansatz 4.2.2.1 Z (1) aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014. Die Rotor-out-Regelung wird in der Begründung zum Plansatz erläutert. Das MLW begrüßt die Festlegung des Ziels zur Rotor-out-Regelung und regt an, in der Begründung die Anrechenbarkeit der Vorranggebiete der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 zu erläutern. Zur besseren Verständlichkeit der Regelung wird darüber hinaus angeregt, den Inhalt der Rotor-out-Regelung direkt in den Plansatz aufzunehmen. Der zweite Absatz könnte hierzu beispielsweise wie folgt formuliert werden: „Die Rotorblätter der Windenergieanlagen, die sich in den im Regionalplan festgelegten Vorranggebieten befinden, müssen nicht innerhalb dieser festgelegten Gebiete liegen (sog. Rotor-out-Regelung).“	gemäß der vorgeschlagenen Formulierung festgelegt. Da der rechtskräftige Plansatz aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 inhaltlich nicht ergänzt oder geändert werden soll, erfolgt für diesen Plansatz (inkl. Begründung) keine Aufnahme der Rotor-out-Regelung. Die Rotor-out-Regelung für die rechtskräftigen Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 ist durch den veröffentlichten Klarstellungsbeschluss der Verbandsversammlung vom 22.03.2024 gem. §5 Abs. 4 WindBG wirksam.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1550 e) Zu Plansatz 4.2.2.1 Z (4) Mit dem Plansatz 4.2.2.1 Z (4) wird die Überlagerung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen mit Regionalen Grünzügen oder Vorranggebieten für die Landwirtschaft geregelt. Im Konfliktfall wird der Windenergienutzung Vorrang eingeräumt. Das MLW begrüßt die Festlegung des Ziels zur Regelung der o. g. Konfliktfälle und regt an, in der Begründung einen Verweis zum Kapitel der Vorranggebiete für die Landwirtschaft aufzunehmen. Das MLW bitte darüber hinaus, den letzten Satz der Begründung auf allgemeine Verständlichkeit zu überprüfen und weiter auszuführen. Des Weiteren regt das MLW an, die Überlagerungsregelungen der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen mit den Vorranggebieten für Regionale Grünzüge und Landwirtschaft mit der Gesamtfortschreibung 2035 abzugleichen um z. B. Dopplungen zu vermeiden.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Zur besseren Verständlichkeit und um Dopplungen zu vermeiden, wird von der Ausführung der Überlagerungsregelung in dem separaten Plansatz 4.2.2.1 Z (4) abgesehen. Der Inhalt des Plansatzes 4.2.2.1 Z (4) wird im Plansatz 3.0.1 Abs. 3 und der zugehörigen Begründung zu den Freiraumfunktionen direkt ergänzt bzw. geändert. Ein Hinweis auf den Grundsatz zur Standortwahl von Windenergieanlagen im Plansatz 3.2.3.2 Abs. 3 wurde ergänzt.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1551 3.Zu den Steckbriefen im Anhang zu Kapitel 4.2.2 a) Allgemeines Das MLW weist vorsorglich darauf hin, die Steckbriefe im Anhang zu Kapitel 4.2.2 der Teilfortschreibung Windenergie 2025 mit den Gebietssteckbriefen im Anhang B zur SUP im Einklang stehen sollten, wenn gleichlautende Regelungen getroffen werden (u. a.	Wird gefolgt Die Steckbriefe im Anhang des Textteils der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden mit den Gebietssteckbriefen im Anhang B der SUP im Einklang gebracht.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Gebietsbezeichnung, sonstige Hinweise etc.). Bei Änderungen bzw. Anpassungen im Planaufstellungsverfahren ist auf eine Vereinheitlichung zu achten.	
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1552 b) Zur Windhöffigkeit In den Steckbriefen im Anhang zu Kapitel 4.2.2 der einzelnen Vorranggebiete finden sich Flächen, die trotz einer Windhöffigkeit von < 190 W/m2 in 160 Meter Höhe in die Suchraumkulisse aufgenommen wurden. Der Regionalverband weist in den betroffenen Gebietssteckbriefen darauf hin, dass ein Nachweis auf Wirtschaftlichkeit der Windenergienutzung in Aussicht gestellt ist. Das MLW bittet darum, die Gewichtung des Kriteriums der Windhöffigkeit auf Sachrichtigkeit zu prüfen und im Rahmen der Abwägung entsprechend einzustellen. Des Weiteren weist das MLW vorsorglich darauf hin, dass bei Weiterverfolgung dieser Gebiete ein Nachweis auf Wirtschaftlichkeit der Windenergienutzung vorliegen muss. Lediglich ein Nachweis in Form der räumlichen Nähe der geplanten Vorranggebiete zu bereits gebauten Windenergieanlagen bzw. bestehenden Vorranggebieten für Windenergieanlagen ist indes nicht ausreichend. Bezüglich der Aufnahme von Vorranggebieten mit Windhöffigkeiten von < 190 W/m2 wird im Weiteren auf die Stellungnahme des Umweltministeriums vom 18.06.2024 hingewiesen (siehe Ziffer III).	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Berücksichtigung der Windhöffigkeit (mittlere gekappten Windleistungsdichte gemäß Windatlas des Landes Baden-Württemberg) bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichte dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Als Richtwert und zur Erfüllung des gesetzlichen Flächenziels werden Gebiete mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von 215 W/m² in 160m laut Windatlas Baden-Württemberg (LUBW, 2019) - entsprechend den Vorgaben des Landes - herangezogen. Laut dem Schreiben des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 11.11.2022 bestehen auch für Standorte mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte ab 190 W/m² grundsätzlich Potenziale für die Windenergienutzung. Das Planungskonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt darüber hinausgehend Gebiete, welche laut aktuellem Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegen, da in diesen Bereichen im Rahmen der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 - gemäß der damals gütigen Planungsgrundlage (Windatlas des Landes Baden-Württemberg) - Vorranggebiete ausgewiesen wurden und in diesen Vorranggebieten bereits Windenergieanlagen sowie die dazugehörige Infrastruktur umgesetzt wurden. Die bereits umgesetzten Windparke zeigen, dass diese Bereiche für die wirtschaftliche Nutzung der Windenergie durchaus geeignet sind, weshalb diese laut Windatlas (2019) weniger windhöffigen Bereiche nicht pauschal für die Nutzung der Windenergie ausgeschlossen wurden, sondern als Potenzialgebiete in die Gebietskulisse der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen wurden. Es werden ausschließlich diejenigen Gebiete in laut Windatlas (2019) weniger windhöffigen Bereichen (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) weiterverfolgt, für die ein hinreichender Nachweis in Form einer Ertragsprognose, eines Windgutachtens oder einer Windmessung sowie ein konkretes

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Umsetzungsinteresse von Windenergieanlagen vorliegt. Diese benannten Nachweise wurden seitens Kommunen und / oder Projektierern in schriftlicher Form dem Regionalverband vorgelegt. Der Regionalverband hat die Nachweise, sofern Ertragsprognosen oder Windgutachten vorgelegt wurden, anhand des erweiterten Karten- und Datenangebots der LUBW (mittlere gekappt Windleistungsdichte in 160m, 180m und 200m ü.G.; Windgeschwindigkeit in 160m, 180m und 200m ü.G.; Jahresertrag unterschiedlicher WEA-Typen; Standortgüte unterschiedlicher WEA-Typen) einschlägig geprüft. Im Rahmen der Gesamtabwägung werden ausschließlich die Gebiete weiterverfolgt, für die der Regionalverband Ostwürttemberg bei seiner Prüfung zu einer positiven Bewertung kommt und damit eine positive Umsetzungsprognose hinsichtlich des Kriteriums der Windhöffigkeit erteilt werden kann. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1553 c) Sonstige Hinweise (Anhang zu Kapitel 4.2.2) In den Hinweisen zu Kriterien des regionalplanerischen Konzepts werden Ausschluss- und Abwägungsaspekte, die bei der Konzeptentwicklung des Regionalplans nicht berücksichtigt wurden, aufgeführt. Unter anderem werden Belange der Bundeswehr genannt. Das MLW weist darauf hin, dass die Ausweisung von Vorranggebieten voraussetzt, dass diese nach regionalplanerischer Einschätzung umsetzbar sind. Sofern entsprechende Konflikte (z. B. mit Belangen der Bundeswehr, Richtfunkstrecken etc.) vorliegen, muss der Regionalverband die Prognose abgeben können, dass trotz der vorherrschenden Konflikte ein wirtschaftlicher Betrieb der Anlagen möglich ist. Das MLW bittet, entsprechende Prognosen bzw. Rückmeldungen der Bundeswehr im Rahmen der Beteiligung zu ergänzen und in die Abwägung einzustellen. Das MLW regt darüber hinaus an zu prüfen, ob es sich tatsächlich um Belange handelt, die auf die Genehmigungsebene abgeschichtet werden können (z. B. militärische Belange) und ob insb. die militärischen Belange zur Nachprüfbarkeit benannt werden können.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Im Rahmen der Beteiligung zur 1. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wurden seitens der Träger öffentlicher Belange - und insbesondere der Bundeswehr - detaillierte Informationen zu den von den geplanten Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen betroffenen Belangen zur Verfügung gestellt. Anhand dieser Informationen, und bei Bedarf in enger Abstimmung mit der jeweiligen Behörde, konnte für alle geplanten Vorranggebiete eine sog. Umsetzungsprognose erstellt werden, die in der Gesamtabwägung berücksichtigt wird. Hinsichtlich der benannten militärischen Belange ist laut dem zuständigen Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr bei sogenannten Einzelfallprüfungsflächen eine Abschichtung möglich. Zitat aus der entsprechenden Stellungnahme im Rahmen der 1. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025: "Einzelfallprüfung: Eine abschließende Prüfung der übrigen o.g. Verteidigungsbelange ist in der Regel erst nach Vorlage konkreter Daten wie Standortkoordinaten, WEA-Typ bzw. Bauwerk, Bauhöhe über Grund und Geländehöhe u. Ä. möglich. Hierbei kann es zu Zustimmungen, Begrenzung der Bauhöhen sowie Auflagen, aber auch zu Ablehnungen von Windenergieanlagen (WEA) kommen."
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen		BE-ID: 1554 4.Zum Kriterienkatalog zur Festlegung der Vorranggebiete für Windenergieanlagen Zur Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für	Wird gefolgt Der Kriterienkatalog wird dahingehend überarbeitet.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Baden-Württemberg Stn-Id: 303		Windenergieanlagen hat der Regionalverband Ostwürttemberg ein eigenständiges Plankonzept entwickelt. Im Rahmen des Planaufstellungsverfahrens kamen neben Eignungskriterien auch rechtliche und planerische Ausschlusskriterien zur Anwendung. Demnach wurde die Eignung der Vorranggebiete durch den Regionalverband auf Grundlage des Kriterienkatalogs und in ausführlicher Abstimmung mit allen Kommunen der Region ermittelt. Das MLW regt an, die Kategorisierung der Ausschlusskriterien zu überprüfen. Beispielsweise wird das in der Kriterienliste aufgeführte Kriterium „Streuobstbestände“ als „rechtlicher Ausschluss“ geführt. Als Rechtsgrundlage für den rechtlichen Ausschluss wird § 33a Naturschutzgesetz Baden-Württemberg (NatSchG BW) angeführt. Die genannte Rechtsgrundlage stellt allerdings keinen absoluten rechtlichen Ausschluss für die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergieanlagen dar. Gleiches gilt für den Belang der „Lebensraumtypen der FFH-Richtlinie (Anhang I)“. Auch hier liegt kein absoluter rechtlicher Ausschlussgrund vor. Das MLW regt aus diesem Grund an, zu prüfen, ob der genannte Belang anstatt als rechtlicher Ausschluss als planerischer Ausschluss Eingang in die Kriterienliste finden kann. Zur besseren Nachvollziehbarkeit der rechtlichen Ausschlusskriterien regt das MLW darüber hinaus an, die entsprechenden Rechtsgrundlagen in den Kriterienkatalog aufzunehmen.	
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1555 5.Zur zeichnerischen Darstellung Es wäre wünschenswert, wenn es im Rahmen der zeichnerischen Darstellung nicht nur einzelne Ausschnitte der Raumnutzungskarte für die einzelnen Gemeinden gäbe, sondern auch eine Raumnutzungskarte, die das gesamte Regionsgebiet abdecken würde.	Wird gefolgt Die zeichnerische Darstellung (Planteil) wird dahingehend angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1556 Das MLW bittet darum, die Auszüge aus der Raumnutzungskarte der besseren Übersichtlichkeit halber mit einem Nordpfeil und einer genauen Bezeichnung des Kartenausschnitts (z. B. Bezeichnung der Gemeinde etc.) zu versehen.	Wird gefolgt Die zeichnerische Darstellung (Planteil) wird dahingehend angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen		BE-ID: 1557 In der Legende und den Auszügen aus der Raumnutzungskarte wird das Planzeichen für die Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen unterschieden in	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Zur nächsten Offenlage (2. Anhörung) werden in der zeichnerischen Darstellung (Planteil) die Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Baden-Württemberg Stn-Id: 303		Vorranggebiete aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 und Vorranggebiete aus dem Entwurf der 1. Anhörung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025. Aus den vorliegenden Planunterlagen wird nicht ersichtlich, ob eine Beibehaltung der Unterscheidung der Vorranggebiete weiterhin erfolgen soll, oder ob eine Zusammenführung zur nächsten Offenlage erfolgt. Ebenso wird nicht ersichtlich, welcher Planungsstand der Raumnutzungskarte zugrunde liegt. Es wird davon ausgegangen, dass die Ausschnitte der Raumnutzungskarte auf dem zweiten Anhörungsentwurf des Regionalplans 2035 basieren.	und der Teilfortschreibung Windenergie 2025 einheitlich, entsprechend des Planzeichens in der Raumnutzungskarte der Gesamtfortschreibung des Regionalplans Ostwürttemberg 2035, dargestellt. Dem 1. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 liegt der 2. Anhörungsentwurf des Regionalplans 2035 zugrunde.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1558 6.Zum Umweltbericht a) Allgemeines zum Umweltbericht Der Umweltbericht entspricht dem in Anlage 1 zu § 8 Abs. 1 ROG vorgegebenen Aufbau und enthält die vorausgesetzten Prüfbestandteile.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1559 Im Umweltbericht wird im Zusammenhang mit der Regionalplanung bzw. dem Landesentwicklungsplan (LEP) vereinzelt der Begriff „Festsetzung“ verwendet. Im Kontext der Landes- und Regionalplanung sollte jedoch von „Festlegung“ gesprochen werden.	Wird gefolgt Der Umweltbericht wird dahingehend überarbeitet.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1560 Das MLW bitte um eine Überprüfung der Übereinstimmung der Angaben zur Methodik im Hauptteil des Umweltberichts mit den Inhalten im Anhang A des Umweltberichts. Beispielsweise weichen die Inhalte der Auflistung der Tabelle 10 in Kapitel 5.1.2 des Hauptteils von den Angaben in der Tabelle 2 in Kapitel 3.5 des Anhangs ab.	Wird gefolgt Die Angaben werden geprüft und korrigiert.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1561 In der Kurzdarstellung des Inhalts und der wichtigsten Ziele des Regionalplans im Kapitel 1.4 des Umweltberichts auf Seite 2 wird in der Beschreibung des Planungsverfahrens erläutert, dass die Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 in die Gesamtfortschreibung des Regionalplans 2035 integriert wird. Ebenso ist im Rahmen der Ausführungen zum Schutzgut Fläche im Kapitel 3.8 auf Seite 45 davon die Rede, dass rechtlich festgelegte Vorrangflächen für die Nutzung der Windenergie dem Entwurf des Regionalplans Ostwürttemberg 2035 zu entnehmen seien. Das MLW bittet darum, die Beschreibung des Vorgehens zur Planaufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 gemäß den Anregungen aus Kapitel 1 a) dieser Stellungnahme bzw. dem	Wird gefolgt Die Angaben werden geprüft und korrigiert.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		tatsächlich gewählten Vorgehen anzupassen und den Umweltbericht dahingehend zu überprüfen.	
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1562 In den vorliegenden Unterlagen fehlt eine allgemein verständliche Zusammenfassung nach Anlage 1 Nr. 3 c zu § 8 Abs. 1 ROG. Um Ergänzung zur zweiten Offenlage wird gebeten. Davon losgelöst bedarf es nach § 10 Abs. 3 ROG i.V.m. § 2a Abs. 6 LplG in der Begründung einer zusammenfassenden Erklärung.	Wird gefolgt Die allgemein verständliche Zusammenfassung der Strategischen Umweltprüfung (Umweltbericht) wird zur 2. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 ergänzt. Die zusammenfassende Erklärung wird zum Satzungsbeschluss der Teilfortschreibung ergänzt.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1563 b) Zu den Kapiteln des Umweltberichts Die in Kapitel 1.5 aufgeführte typisierte Anlagendimensionierung orientiert sich an Modellen aktueller Windenergieanlagen. Die Angaben im Umweltbericht unterscheiden sich hierbei zu den in der Begründung des Plansatzes 4.2.2.1 Z (2) angeführten Angaben (siehe Kapitel 2 c) dieser Stellungnahme). Das MLW bittet, die Angaben zu überprüfen und die abweichenden Werte nachvollziehbar zu erläutern bzw. zu vereinheitlichen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Für die Beurteilungen von Auswirkungen der Vorranggebiete bedarf es einer Orientierung zur Dimensionierung der möglichen Windenergieanlagen. Hierbei geht es nicht um einzelne Anlagentypen, sondern um die entsprechenden Kennwerte von Anlagen. Für die Überprüfung der Planung (Wirkungen, Sichtbarkeitsanalysen, Visualisierungen) werden Modelle aktuell geplanter Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von ca. 250 m und einer Nabenhöhe von ca. 165 m verwendet. Die Erläuterung des Sachverhalts wird entsprechend angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1564 Im Kapitel 1.7.2 werden die Erfordernisse und Möglichkeiten der Abschichtung erläutert. Dabei wird auf Seite 8 des Umweltberichts im letzten Absatz der Hinweis aufgenommen, dass „eine horizontale Abschichtung in Bezug auf bereits geprüfte Inhalte der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014“ erfolgt. Das MLW verweist auf das Kapitel 1 a) dieser Stellungnahme und bittet eine Streichung dieses Absatzes zu prüfen bzw. eine Klarstellung vorzunehmen.	Wird nicht gefolgt Der Umweltbericht wird dahingehend überarbeitet.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1565 In Kapitel 5.2.2 wird die Verträglichkeit der Planung mit den Schutzzielen des besonderen Artenschutzes erläutert. Auf Seite 85 werden die Ergebnisse der Prüfung des besonderen Artenschutzes ausgeführt. Im Zuge der Umweltprüfung wurden verschiedene Fallgruppen ermittelt sowie Folgerungen für die Teilfortschreibung aufgeführt. In Tabelle 14 werden die Vorranggebiete den jeweiligen Fallgruppen zugeordnet. Das MLW weist darauf hin, dass für die Vorranggebiete, die der Fallgruppe B zugeordnet sind ein Nachweis über die Inaussichtstellung einer Ausnahme bis zur zweiten Offenlage vorliegen muss.	Wird nicht gefolgt Auszug aus der Stellungnahme des Regierungspräsidiums Stuttgart, Abteilung 5 - Umwelt, im Rahmen der 1. Anhörung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025: "Das Tötungs- und Verletzungsrisiko von Exemplaren, deren Brutstandort innerhalb des Nahbereichs oder zentralen Prüfbereichs gemäß § 45b Abs. 2, 3 BNatSchG um geplante Windkraftanlagen liegt, gilt (in der Regel) als signifikant erhöht. Sofern keine fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen diese Gefahr hinreichend mindern, bedarf es in diesen Gebieten daher grundsätzlich einer artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG (ggf. in Verbindung mit § 45b Abs. 8, 9 BNatSchG). Sofern in den aktuell geplanten Vorranggebieten bereits Planungen stattfinden und der immissionsschutzrechtliche Antrag vor dem 01.07.2025 gestellt wird, kann der Antrag durch § 6 WindBG modifiziert werden. Dieser ermöglicht umfassende artenschutzrechtliche Erleichterungen, die auch den Ausschluss der Erforderlichkeit einer artenschutz-rechtlichen Ausnahme einschließen, vgl. § 6 Abs. 1 S. 12

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			WindBG. Ist dies nicht der Fall, unterfällt der spätere immissionsschutzrechtliche Genehmigungsantrag den Neuregelungen, die in Anschluss an § 6 WindBG durch Umsetzung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III), geschaffen werden sollen. Hierzu liegt bislang nur ein Referentenentwurf vor, welchen Sie hier abrufen können. Es liegt nahe, dass auch hiernach artenschutzrechtliche Ausnahmen regelmäßig nicht erforderlich sein dürften. Insoweit können aus unserer Sicht auch die auf S. 104 der Strategischen Umweltprüfung genannten Gebiete weiterverfolgt werden, ohne, dass eine artenschutzrechtliche Ausnahme in Aussicht gestellt werden müsste." In nochmaliger Abstimmung mit der Höheren Naturschutzbehörde und dem Ministerium für Ländlichen Raum und Wohnen im Herbst 2024 ist eine Inaussichtstellung einer artenschutzrechtlichen Ausnahme für die genannten Gebiete unter den derzeit geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen nicht erforderlich. Der Sachverhalt wird im Umweltbericht erläutert.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1566 c) Zu der Methodik im Anhang A zur SUP In Kapitel 3.8 auf Seite 38 des Anhangs A zur SUP wird die Einstufung der Umweltkonflikte und die Gesamtbewertung der Gebiete erläutert. Unter dem Punkt „Schritt 1: Schutzgutbewertung + Fachplanung“ wird erläutert, dass die erforderliche Abklärung mit der „Fachplanung“ (hier: LEP) nicht zu einer Veränderung der Gebietsbewertung führt. Als Argument wird angeführt, dass aufgrund des überragenden öffentlichen Interesses des Ausbaus der erneuerbaren Energien sowie den Landesvorgaben von 1,8 Prozent der Regionsfläche für Windenergie auszuweisen, anzunehmen sei, dass die Festlegungen des LEP mit der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergie vereinbart werden können. Das MLW weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass der LEP keine Fachplanung, sondern eine Gesamtplanung ist. Mit Blick auf die Aussage, dass anzunehmen sei, dass die Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergie aufgrund des überragenden öffentlichen Interesses mit den aktuell gültigen Ausweisungen des LEP vereinbar sei, erscheint zu pauschal formuliert. Aus Sicht des MLW sollte diese Aussage überprüft werden.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt In diesem Prüfschritt werden die Konflikte mit Gesamtplanung und Fachplanungen abgearbeitet. Die Begrifflichkeit wird angepasst. Die Prüfung der Vorranggebiete mit den umweltbezogenen Plansätzen des derzeit gültigen Landesentwicklungsplans ist erfolgt und in den Gebietsbriefen der Gebietskulisse vermerkt. Vor dem Hintergrund der detaillierten Überprüfung der einzelnen Gebiete hinsichtlich "unzerschnittener Räume" und auch der Aspekte des "Biotopverbundes" sowie auch weiterer Aspekte des Biotop- und Artenschutzes erscheinen die Aussagen des derzeit gültigen LEPs hierdurch inhaltlich konkretisiert betrachtet. Der Sachverhalt wird in den Gebietsbriefen der betroffenen Vorranggebiete zur 2. Anhörung erläutert.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1567 d) Zu den Steckbriefen im Anhang B zur SUP In den zum Umweltbericht angehängten Steckbriefen der Vorranggebiete finden sich in den „Hinweisen zu Kriterien des regionalplanerischen Konzepts“ Ausschluss- und Abwägungsaspekte, die bei der Konzeptentwicklung des Regionalplans nicht berücksichtigt wurden. U. a. sind dort Belange	Wird zur Kenntnis genommen. Für die in den „Hinweisen zu Kriterien des regionalplanerischen Konzepts“ aufgeführten Belange bestand zum 1. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie noch Klärungsbedarf. Die notwendigen Informationen wurden im Rahmen der 1. Anhörung von den Trägern öffentlicher Belange zur Verfügung gestellt und finden in der Gesamtabwägung des Regionalplans Berücksichtigung.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		der Bundeswehr, im höchsten Maße raumwirksame Kulturdenkmale etc. aufgeführt. Die in den „Hinweisen zu Kriterien des regionalplanerischen Konzepts“ aufgeführten Belange wurden – sofern sie relevant für die Umweltprüfung waren – im Umweltbericht berücksichtigt bzw. eingestellt. Das MLW geht davon aus, dass sich der Regionalverband im Zuge der Abwägung entweder über die aufgeführten Belange hinweggesetzt hat oder eine Abschichtung der Belange auf die nachgelagerten Planungsebenen erfolgt bzw. noch Klärungsbedarf im weiteren Verfahren besteht. Bezüglich der Abschichtung von Belangen wird auf Kapitel 3c) dieser Stellungnahme verwiesen).	
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1568 In einigen Steckbriefen z. B. zur Fläche 41/2 „Erweit. Ellenberg/Jagstzell West“ wird beim Schutzgut „Kultur- und Sachgüter“ keine Einstufung vorgenommen, obwohl eine Betroffenheit des Kriteriums der im höchsten Maße raumwirksamen Kulturdenkmale gegeben ist. Das MLW bittet die Steckbriefe zu überprüfen und die Einstufung des Schutzguts gemäß Tabelle 2 auf Seite 25 des Anhangs zur Strategischen Umweltprüfung zu ergänzen.	Wird gefolgt Die Beurteilung der betroffenen Gebiete konnte zum Zeitpunkt der 1. Anhörung noch nicht vollständig erfolgen. Die Gebietsbriefe des Umweltberichts werden entsprechend ergänzt.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1569 In der Einstufung der rechtlichen Aspekte im Abschnitt „Artenschutz“ wird in einigen Steckbriefen z. B. zur Fläche 41/1 „Erweit. Ellenberg/Jagstzell West“ aufgeführt, dass Hinweise zu artenschutzrechtliche Restriktionen vorliegen und weitere Prüfungen und Klärungen ausstehen. Inwieweit die Verträglichkeit der Vorranggebiete mit den Schutzzielen von Natura 2000 Gebieten und dem besonderen Artenschutz vereinbar sind bzw. auf welcher Planungsebene eine Natura 2000 Verträglichkeitsprüfung durchzuführen ist, wird in Kapitel 5 des Umweltberichts erläutert. Demnach ist in der Fallgruppe mit der Einstufung „x“ (siehe Tabelle 10 auf Seite 78 des Umweltberichts), nach derzeitigem Kenntnisstand eine Natura-2000-Verträglichkeitsprüfung auf nachgeordneter Planungsebene notwendig. Eine Konfliktlösung ist demnach auf nachgelagerter Ebene zu erwarten.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1570 Die Ausführungen erscheinen grundsätzlich plausibel. Das MLW weist dennoch vorsorglich darauf hin, dass Prüfungen bzw. Klärungen artenschutzrechtlicher Restriktionen, sofern deren Betroffenheit auf regionalplanerischer Ebene zu klären sind, bis zum zweiten Offenlagebeschluss erfolgt sein müssen.	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 172 Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen Baden-Württemberg Stn-Id: 303		BE-ID: 1571 II.Stellungnahme des Ministeriums für Landesentwicklung und Wohnen als oberste Denkmalschutzbehörde Die oberste Denkmalschutzbehörde tritt der Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart vom 28 Juni 2024 zur Teilfortschreibung „Windenergie 2025“ des Regionalverbands Ostwürttemberg zur Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen bei.	Wird zur Kenntnis genommen. Auf die Abwägung der Stellungnahme des Landesamtes für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart wird verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 174 Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Stn-Id: 362		BE-ID: 1730 Die Windhöffigkeit spielt bei der Ausweisung der Flächen für die Windenergie eine zentrale Rolle. Denn die ausreichende Windhöffigkeit entscheidet schlussendlich, nicht zuletzt mit Blick auf den deutschlandweiten Wettbewerb der Projekte im Rahmen der EEG-Ausschreibungen, über die Wirtschaftlichkeit und die Realisierbarkeit der Anlagen. Zudem fallen die Stromerträge und damit die Beiträge zu Klimaschutz und Versorgungssicherheit bei größerer Windhöffigkeit entsprechend höher aus. Vor diesem Hintergrund verweisen wir auf das Schreiben von Herrn Ministerialdirektor Dr. Münter vom 11. November 2022 und bitten darum, das Kriterium der Windhöffigkeit sachgerecht und mit dem angemessenen Gewicht in die Abwägung einzubringen. Es ist nicht nachvollziehbar, wie und inwiefern bzw. von wem ein Wirtschaftlichkeitsnachweis erbracht wurde sowie ob hier einheitliche Maßstäbe angelegt wurden. Ohne konkrete Betrachtung der Standorte erscheint es nicht zulässig, einen Nachweis für einen wirtschaftlichen Betrieb an Standorten mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte unter 190 W/m2 in 160 Meter Höhe zu erbringen. Zudem sollten, wie im oben genannten Schreiben ausgeführt, in der Regel Flächen mit einer Windhöffigkeit oberhalb190 W/m2 in 160 Meter Höhe ausgewiesen werden. Als Richtwert sollten weiterhin eine mittlere gekappte Windleistungs-dichte von 215 W/m2 in 160 Meter gelten, und zwar nicht nur aus Gründen der Wirtschaftlichkeit, sondern auch wegen des höheren Ertrages bei höherer Windhöffigkeit und damit auch des größeren Beitrags zum Klimaschutz.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Berücksichtigung der Windhöffigkeit (mittlere gekappten Windleistungsdichte gemäß Windatlas des Landes Baden-Württemberg) bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichte dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Als Richtwert und zur Erfüllung des gesetzlichen Flächenziels werden Gebiete mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von 215 W/m² in 160m laut Windatlas Baden-Württemberg (LUBW, 2019) - entsprechend den Vorgaben des Landes - herangezogen. Laut dem Schreiben des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 11.11.2022 bestehen auch für Standorte mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte ab 190 W/m² grundsätzlich Potenziale für die Windenergienutzung. Das Planungskonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt darüber hinausgehend Gebiete, welche laut aktuellem Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegen, da in diesen Bereichen im Rahmen der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 - gemäß der damals gütigen Planungsgrundlage (Windatlas des Landes Baden-Württemberg) - Vorranggebiete ausgewiesen wurden und in diesen Vorranggebieten bereits Windenergieanlagen sowie die dazugehörige Infrastruktur umgesetzt wurden. Die bereits umgesetzten Windparke zeigen, dass diese Bereiche für die wirtschaftliche Nutzung der Windenergie durchaus geeignet sind, weshalb diese laut Windatlas (2019) weniger windhöffigen Bereiche nicht pauschal für die Nutzung der Windenergie ausgeschlossen wurden, sondern als Potenzialgebiete in die Gebietskulisse der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen wurden.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Es werden ausschließlich diejenigen Gebiete in laut Windatlas (2019) weniger windhöffigen Bereichen (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) weiterverfolgt, für die ein hinreichender Nachweis in Form einer Ertragsprognose, eines Windgutachtens oder einer Windmessung sowie ein konkretes Umsetzungsinteresse von Windenergieanlagen vorliegt. Diese benannten Nachweise wurden seitens Kommunen und / oder Projektierern in schriftlicher Form dem Regionalverband vorgelegt. Der Regionalverband hat die Nachweise, sofern Ertragsprognosen oder Windgutachten vorgelegt wurden, anhand des erweiterten Karten- und Datenangebots der LUBW (mittlere gekappt Windleistungsdichte in 160m, 180m und 200m ü.G.; Windgeschwindigkeit in 160m, 180m und 200m ü.G.; Jahresertrag unterschiedlicher WEA-Typen; Standortgüte unterschiedlicher WEA-Typen) einschlägig geprüft. Im Rahmen der Gesamtabwägung werden ausschließlich die Gebiete weiterverfolgt, für die der Regionalverband Ostwürttemberg bei seiner Prüfung zu einer positiven Bewertung kommt und damit eine positive Umsetzungsprognose hinsichtlich des Kriteriums der Windhöffigkeit erteilt werden kann. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags.
lfd. Ident-Nr.: 174 Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Stn-Id: 362		BE-ID: 1731 Mit den Windenergieanlagen im Land sollte ein möglichst wirkungsvoller Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Für die Bewertung der Windhöffigkeit sollte dabei stets der aktuelle Windatlas aus dem Jahr 2019 herangezogen werden. Darüber hinaus weisen wir darauf hin, dass der Wind-energieerlass nicht mehr in Kraft ist.	Wird zur Kenntnis genommen. Als Planungs- und Bewertungsgrundlage wurde - entsprechend den Vorgaben des Landes - der aktuelle Windatlas des Landes Baden-Württemberg (LUBW, 2019) herangezogen.
lfd. Ident-Nr.: 174 Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Stn-Id: 362		BE-ID: 1732 Als eine wichtige Maßnahme der von der Landesregierung eingerichteten Task Force zur Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien wurde mit der Novelle des Landesplanungsgesetzes im November 2022 unter anderem die unverzügliche Öffnung der Regionalen Grünzüge für Windkraft- und Freiflächen-Photovoltaikanlagen (§ 11 Absatz 3 Satz 2 Nr. 7 Satz 2 LplG) verabschiedet. Dieser gesetzliche Auftrag wird mit den vorliegenden Fortschreibungen des Regionalplans aus unserer Sicht nicht umgesetzt, da die derzeit vorgesehene Regelung lediglich eine ausnahmsweise Zulassung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen bzw. eine Zulassung von Windenergie in der Regel nur außerhalb großer unzerschnittener Landschaftsräume vorsieht, die einen beträchtlichen Teil der Regionsfläche ausmachen. Die Öffnung der Regionalen	Wird nicht gefolgt Im Rahmen der Gesamtfortschreibung des Regionalplans Ostwürttemberg 2035 (Stand Satzungsbeschluss, 17.07.2024) findet eine umfassende Öffnung der Regionalen Grünzüge gemäß den Vorgaben des §11 Abs. 3 Nr. 7 Satz 2 LplG statt. Die in Plansatz 3.1.1 (3) enthaltenden Regelungen zu ruhigen unzerschnittenen Räumen sind aus Gründen des Landschaftsschutzes und der Naherholung begründet, wirken sich aber räumlich nur unerheblich auf die Potenzialflächen für Windenergie in der Region Ostwürttemberg aus. Ausführungen dazu finden sich in der Begründung zu Plansatz 3.1.1 Abs. 3. Eine weitere Öffnung ist im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht vorgesehen. Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass die Öffnung der Regionalen Grünzüge laut Begründung der Gesetzesänderung zum Landesplanungsgesetzes ein wesentliches Element zur Erreichung der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Grünzüge soll im Sinne des § 2 EEG und des § 22 KlimaG BW für die Windkraft (und für Freiflächen-Photovoltaikanlagen) aber umfassend erfolgen. Als Folge der Regelvermutung des § 2 Satz 2 EEG können beschränkende Festlegungen nur mit dem Schutz und dem Überwiegen konkreter Belange begründet werden.	Flächenziele des KlimaG BW für die Festlegung von Gebieten für Wind- und Freiflächen-Photovoltaik in den jeweiligen Regionen ist. Für Windenergie ist dieser Flächenanteil gemäß § 20 KlimaG BW auf 1,8 % festgesetzt. Durch die Teilfortschreibung Erneuerbare Energien (2014) werden bereits 1,5 % der Regionsfläche als Vorranggebiete für Windenergie festlegt. Diese Flächen werden durch die Teilfortschreibung Windenergie 2025 mit weiteren Vorranggebieten für Windenergie ergänzt, sodass das 1,8 %-Flächenziel überschritten wird. Die Öffnung der Regionalen Grünzüge im Sinne des § 2 EEG und des § 22 KlimaG BW für Freiflächen-Photovoltaikanlagen ist nicht Bestandteil der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie 2025, sondern wird in der Teilfortschreibung Solarenergie erfolgen.
lfd. Ident-Nr.: 174 Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Stn-Id: 362		BE-ID: 1733 Im Übrigen weisen wir darauf hin, dass die Region Ostwürttemberg von den Verbesserungen im Bereich der militärischen Restriktionen durch den Hubschraubertiefflug der Bundeswehr sowie der zivilen Flugsicherung besonders profitiert hat. Nach der Bedarfs-prüfung der Bundeswehr ihrer Hubschraubertiefflugstrecken im Jahr 2023 ist der Ostalb-kreis nun nicht mehr betroffen; zuvor waren 16 % der Landkreisfläche von Hubschraubertiefflug überdeckt. Im Landkreis Heidenheim hat sich die Betroffenheit von 21,4 % auf 6,5 % der Kreisfläche deutlich reduziert. Was die zivile Flugsicherung betrifft, so profitiert der Ostalbkreis von der Reduzierung des Schutzbereichs des Drehfunkfeuer Dinkelsbühl DVORTAC von 15 km auf 7 km im Jahr 2022, welcher vormalig den nördlichen Bereich des Landkreises berührte und nun keine Rolle mehr spielt.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 174 Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Stn-Id: 362		BE-ID: 1734 Im Hinblick auf Plansatz 4.2.2 weisen wir darauf hin, dass das Land Baden-Württemberg sich gleichfalls Klimaziele gesteckt hat, die sogar über die Ziele des Bundes hinausgehen (Netto-Treibhausgasneutralität bis 2040). Zudem wird im Hinblick auf den Plansatz nochmals auf das überragende öffentliche Interesse an der Errichtung und dem Betrieb von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien entsprechend § 2 EEG sowie § 2 Abs. 1 Nr. 2c LplG und § 22 KlimaG BW hingewiesen, die auch der öffentlichen Sicherheit dienen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Der Textteil wird gem. den Anregungen zu Plansatz 4.2.2 G (1) überarbeitet. Die Ausführungen zu den Klimaschutzzielen des Landes werden in die Begründung zum eigenständigen Plansatz der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 174 Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Stn-Id: 362		BE-ID: 1735 Im Hinblick auf die Darstellung der Waldrodung auf Seite 51 im Umweltbericht sei darauf hingewiesen, dass Eingriffe in den Wald entsprechend ausgeglichen werden.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 175 Ministerium für		BE-ID: 1389 die Landeseisenbahnaufsicht (LEA) Baden-Württemberg sieht nicht	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Verkehr Stn-Id: 41		das Erfordernis in diesem Planungsstadium eine Stellungnahme in eisenbahntechnischer Hinsicht abgeben zu müssen. Wir gehen davon aus, dass Sie evtl. betroffene Eisenbahninfrastruktur-Unter-nehmen ebenfalls beteiligen, welche aufgefordert sind, die lnteressen ihrer Eisenbahn wahrzunehmen. Es ist deshalb auch nicht notwendig, dass Sie uns innerhalb dieses Verfahrens weiter beteiligen: Erst in einem konkreten eisenbahnrechtlichen Genehmigungsverfahren - i. A. Planfeststellung nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) - ist eine Verfahrensbeteiligung der LEA als Träger öffentlicher Belange zwingend.	
lfd. Ident-Nr.: 178 Oberfinanzdirektion Karlsruhe Stn-Id: 354		BE-ID: 1632 Wir wurden als Landesbetrieb Bundesbau bei oben genanntem Verfahren als TÖB beteiligt. Der Landesbetrieb Bundesbau Baden-Württemberg nimmt aufgrund entsprechender Verwaltungsabkommen Bauaufgaben der Bundesrepublik Deutschland wahr, verfügt indessen aber nicht über ein eigenes Flächenportfolio. Soweit Grundbesitz der Bundesrepublik Deutschland betroffen ist, bitte ich daher – falls bislang nicht geschehen – folgende zuständige Stellen direkt zu beteiligen: Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr Referat Infra I 3 Postfach 29 6353019 Bonn BAIUDBwToeB@bundeswehr.org Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Direktion Freiburg Sparte Portfoliomanagement Stefan-Meier-Straße 72 79104 Freiburg toeb.BW@bundesimmobilien.de Ich bitte dies in Ihrem Verteiler zu berücksichtigen und diesbezüglichen Schriftverkehr nicht mehr an uns, sondern ausschließlich an die o.g. Stellen zu senden, vielen Dank.	Wird zur Kenntnis genommen. Die zwei genannten Stellen wurden beteiligt.
lfd. Ident-Nr.: 179 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei Baden-Württemberg Stn-Id: 56		BE-ID: 1526 Die Autorisierte Stelle Digitalfunk Baden-Württemberg (ASDBW) ist u.a. mit der Prüfung des BOS-Richtfunknetzes und evtl. zu erwartenden Störungen desselben durch Bebauung mit Windenergieanlagen (WEA) beauftragt. Grundsätzlich kann gesagt werden, dass die Interessen des	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte beziehen sich auf eine konkrete Windenergieanlagenplanung. Im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden Gebiete für die Nutzung der Windenergie in der Region Ostwürttemberg festgelegt (Vorranggebiete) und keine Anlagenstandorte für potenzielle Windenergieanlagen definiert. Demnach gehen die Anregungen über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und sind in den nachgelagerten

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		BOS-Richtfunknetzes im Verbandsbereich durch die Planung von WEA betroffen sind und die ASDBW weiterhin an den nachgelagerten Einzelverfahren beteiligt werden muss. Hierfür bitten wir um Übersendung von konkreten Standortkoordinaten (WGS 84 Dezimalgrad) in Form einer Excelliste oder als Shapedateien, sobald diese Ihnen oder den einzelnen Vorhabenträger vorliegen.	Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Damit der betroffene Belang - behördlicher Richtfunk - im nachgelagerten Verfahren berücksichtigt wird, wird in die Gebietssteckbriefe der Hinweis "Behördenfunk: Eine frühzeitige Abstimmung mit der Autorisierten Stelle Digitalfunk Baden-Württemberg (ASDBW) wird empfohlen." aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 179 Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei Baden-Württemberg Stn-Id: 364		BE-ID: 1962 ergänzend zur Stellungnahme der ASDBW kann ich Ihnen mitteilen, dass aus heutiger Sicht grundsätzlich keine Windvorrangflächen für die Nutzung der Windenergie komplett wegen zu erwartender Konflikten zw. BOS-Richtfunk und Windenergie entfallen müssen. In den nachgelagerten Einzelverfahren (Immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren) muss die ASDBW jedoch jeweils erneut beteiligt und die konkreten WEA-Standortkoordinaten übersandt werden (bestenfalls WGS 84, Dezimalgrad in einer Excelliste). Damit kann dann eine belastbare Aussage zu jeder evtl. betroffenen WEA erfolgen. Bei der ASDBW wird dann mit den Koordinaten aller WEA in einem Radius von 175 Meter um die WEA (zweidimensional, Draufsicht) geprüft, ob eine BOS-Richtfunkverbindung betroffen ist. Wird der genannte Radius (Abstand in alle Richtungen) unterschritten, empfehlen wir die Erstellung eines Gutachtens durch eine sicherheitsüberprüfte Fachfirma, da das BOS-Funknetz mit allen zugehörigen Komponenten als Verschlusssache – Nur für den Dienstgebrauch (VS-NfD) eingestuft und daher entsprechend zu behandeln ist. Insofern stellt der 175-Meter Abstand kein Ausschlusskriterium sondern nur den Abstand dar, ab dessen Unterschreitung eine Stellungnahme der ASDBW nicht mehr ausreichend ist und daher eine gutachtliche Betrachtung unter Einbeziehung von weiteren funktechnischen/ physikalischen Parametern notwendig wird. Ein solches Gutachten wird dreidimensional gefertigt und kann zum Ergebnis kommen, dass geringere Abstände zw. betroffener WEA und dem BOS-Richtfunknetz keine Störungen verursachen oder dass WEA geografisch verschoben werden müssen.	Wird zur Kenntnis genommen. Damit der betroffene Belang - behördlicher Richtfunk - im nachgelagerten Verfahren berücksichtigt wird, wird in die Gebietssteckbriefe der Hinweis "Behördenfunk: Eine frühzeitige Abstimmung mit der Autorisierten Stelle Digitalfunk Baden-Württemberg (ASDBW) wird empfohlen." aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 181 Regierungspräsidium Freiburg		BE-ID: 1641 vielen Dank für die Beteiligung am oben genannten Planungsvorhaben.	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 345		Das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) im Regierungspräsidium Freiburg nimmt auf Grundlage der ihm vorliegenden Informationen und seiner regionalen Kenntnisse zu den Aufgabenbereichen, die durch das Vorhaben berührt werden, wie folgt Stellung: 1. Geologische und bodenkundliche Grundlagen 1.1. Geologie Die lokalen geologischen Verhältnisse können der digitalen Geologischen Karte von Baden-Württemberg 1: 50 000 (GeoLa) im LGRB-Kartenviewer entnommen werden. Nähere Informationen zu den lithostratigraphischen Einheiten bieten die geowissenschaftlichen Informationsportale LGRBwissen und LithoLex.	
lfd. Ident-Nr.: 181 Regierungspräsidium Freiburg Stn-Id: 345		BE-ID: 1642 1.2. Geochemie Die geogenen Grundgehalte in den petrogeochemischen Einheiten von Baden-Württemberg sind im LGRB-Kartenviewer abrufbar. Nähere Informationen zu den geogenen Grundgehalten sind im geowissenschaftlichen Informationsportal LGRBwissen beschrieben.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 181 Regierungspräsidium Freiburg Stn-Id: 345		BE-ID: 1643 1.3. Bodenkunde Die lokalen bodenkundlichen Verhältnisse sowie Bewertungen der natürlichen Bodenfunktionen nach § 2 Abs. 2 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) können in Form der Bodenkundlichen Karten 1: 50 000 (GeoLa BK50) eingesehen werden. Prinzipiell ist bei Planungsvorhaben entsprechend § 2 Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz (LBodSchAG) auf den sparsamen und schonenden Umgang mit Boden zu achten. Dies beinhaltet u. a. die bevorzugte Inanspruchnahme von weniger wertvollen Böden. Ergänzend dazu sollten Moore und Anmoore (u. a. als klimarelevante Kohlenstoffspeicher) sowie andere Böden mit besonderer Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte (vgl. LGRBwissen, Bodenbewertung – Archivfunktion) bei Planvorhaben aufgrund ihrer Schutzwürdigkeit möglichst nicht in Anspruch genommen werden. Bodenkundliche Belange werden im Rahmen der Anhörung zu konkreten Planungen, wie z. B. Bebauungspläne, beurteilt, wenn Informationen zu Art und Umfang der Eingriffe vorliegen. Wir empfehlen das Schutzgut Boden frühestmöglich in der Planung vollumfänglich zu berücksichtigten.	Wird zur Kenntnis genommen. Von den Festlegungen im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sind keine Moore und Anmoore sowie Böden mit Archivfunktion betroffen. Alle weiteren angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 181 Regierungspräsidium Freiburg		BE-ID: 1644 2. Angewandte Geologie Das LGRB weist darauf hin, dass im Anhörungsverfahren als	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 345		Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein hydrogeologisches bzw. geotechnisches Übersichtsgutachten, Detailgutachten oder ein hydrogeologischer bzw. geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros.	
lfd. Ident-Nr.: 181 Regierungspräsidium Freiburg Stn-Id: 345		BE-ID: 1645 2.1. Ingenieurgeologie Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können im Kartenviewer des LGRB abgerufen werden. Für die konkreten Standorte von Windkraftanlagen werden objektbezogene Baugrunderkundungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 unter besonderer Berücksichtigung der dynamischen Belastung sowie der Hangstabilität und einer möglichen Verkarstung empfohlen. Es wird daraufhin hingewiesen, dass - Rutschgebiete bei der Errichtung von Windkraftanlagen zu geotechnisch bedingten Mehraufwendungen führen oder die Errichtung aus wirtschaftlichen oder bautechnischen Gründen unmöglich machen können. - erhöhte Baugrundrisiken für Windkraftanlagen in den Verbreitungsbereichen verkarsteter Gesteine bestehen. Außer den in den Geologischen und Topografischen Karten verzeichneten Erdfällen bzw. Dolinen lassen sich im hochauflösenden Digitalen Geländemodell weitere Verkarstungsstrukturen erkennen. Potenziell vorhandene oder nachgewiesene Geogefahren (insbesondere Massenbewegungen und Verkarstungsstrukturen) können vorab in der Ingenieurgeologischen Gefahrenhinweiskarte von Baden-Württemberg abgerufen werden.	Wird zur Kenntnis genommen. Keines der geplanten Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen (Stand 1. Anhörungsentwurf) der Teilfortschreibung Windenergie 2025 befindet sich in einem Rutschgebiet gem. der WMS-Daten des LGRB. Folglich ergibt sich keine Betroffenheit des eingebrachten Belangs. Hinsichtlich der Baugrundrisiken für Windenergieanlagen in Verkarstungsgebieten wird auf das nachgelagerte Verfahren verwiesen, da sich die angesprochenen Aspekte auf die konkrete Standortplanung von Windenergieanlagen beziehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 181 Regierungspräsidium Freiburg Stn-Id: 345		BE-ID: 1646 2.2. Hydrogeologie Aus hydrogeologischer Sicht wird seitens des LGRB bei der Planung von Windenergieanlagen (WEA) allgemein darauf hingewiesen, dass zu prüfen ist, ob durch die Eingriffe in den Untergrund (Bau der Fundamente, Anlage der Kabeltrassen, Schaffung von Zufahrten zu den Standorten) die Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung beeinträchtigt wird. Zudem wird darauf hingewiesen, dass beim Bau und Betrieb von Windkraftanlagen wassergefährdende Stoffe (z.B.: Hydrauliköl, Schmieröl, Schmierfett, Transformatoröl) eingesetzt werden und deshalb für konkrete Standorte sicherzustellen ist, dass es hierdurch nicht zu einer nachteiligen Veränderung der Grundwasserqualität und -quantität kommt.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Die hydrogeologischen Untergrundverhältnisse können u. a. dem Hydrogeologischen Kartenwerk des LGRB (1: 50 000) (LGRB-Kartenviewer) und LGRBwissen entnommen werden.	
lfd. Ident-Nr.: 181 Regierungspräsidium Freiburg Stn-Id: 345		BE-ID: 1647 Auf die Lage zahlreicher Plangebiete innerhalb von festgesetzten Wasserschutzgebieten wird hingewiesen. Die Geodaten zu rechtskräftig festgesetzten Wasserschutzgebieten werden von den Umweltämtern der Stadt- und Landkreise vorgehalten. Eine Übersicht der rechtskräftigen Wasserschutzgebiete kann über den Daten- und Kartendienst der LUBW eingesehen werden (https://udo.lubw.baden-wuerttemberg.de). Die Schutzbestimmungen (Einschränkungen, Verbote, etc.) in den Schutzzonen eines Wasserschutzgebietes werden von der zuständigen Wasserbehörde (i. d. R. LRA) mit einer Rechtsverordnung (Wasserschutzgebietsverordnung) festgelegt, auf welche diesbezüglich verwiesen wird. Dem LGRB, Referat 94, liegen folgende Kenntnisse über Vorhaben zur Trinkwassergewinnung bzw. Aufträge zur Überprüfung, Überarbeitung oder Neuabgrenzung von Wasserschutzgebieten vor. Nähere Kenntnisse zu den Verfahrensständen können bei den zuständigen Wasserbehörden abgefragt werden. Ostalbkreis: - Das Wasserschutzgebiet "Luggenlohbrunnen" in Oberkochen (LUBW-Nr. 136-007) befindet sich in Überprüfung (und ggfs. Neuabgrenzung). Die Abgrenzung der einzelnen Schutzzonen des Wasserschutzgebiets sowie seine Außengrenze können sich dadurch ändern. - Die Stadtwerke Nördlingen planen einen Trinkwasserbrunnen "Alte Bürg" in Riesbürg. Im Falle einer potentiell zukünftigen Trinkwassergewinnung wird hierfür in den kommenden Jahren möglicherweise ein Wasserschutzgebiet hydrogeologisch abgegrenzt werden. Landkreis Heidenheim: - Auf die Lage des Plangebietes „Dunstelklingen / Reistingen“ (Flächen-Nr. 51) in Schutzzone III des hydrogeologisch abgegrenzten Wasserschutzgebietes „TB Demmingen, TB Eglingen (stillgel.), Dischingen“ (LUBW Nr.: 135-201) wird hingewiesen. Große Teile des Plangebiets liegen im Verbreitungsgebiet von	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Wasserschutzgebiete der Zone I und II wurden im Plankonzept berücksichtigt (s. Kriterienkatalog). Wasserschutzgebiete der Zone III stehen dem Bau und Betrieb von Windenergieanlagen nicht entgegen und wurden entsprechend überplant. Die Prüfung der genannten Vorhaben zur Trinkwassergewinnung bzw. Aufträge zur Überprüfung, Überarbeitung oder Neuabgrenzung von Wasserschutzgebieten ergab für den genannten Bereich Oberkochen keine Betroffenheit, da die benannten Wasserschutzgebiete in ca. 2km Entfernung zu den nächstgelegenen, geplanten Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen (54 "Ebnat", 55 "Erweiterung Oberkochen", 70 "Langert") liegen. Für das Vorhaben "Alte Bürg" in Riesbürg liegen dem Regionalverband keine Daten vor. Es wird auf die Stellungnahme der zuständigen Wasserbehörde verwiesen. Das im 1. Anhörungsentwurf geplante Vorranggebiet 51 "Dischingen / Nattheim" befindet sich in einem Wasserschutzgebiet der Zone III, welches kein Ausschlusskriterium für Windenergieanlagen darstellt. Die weiteren angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Das Vorranggebiet 51 "Dischingen / Nattheim" wird aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf sowie nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Oberjura-Gesteinen, die häufig verkarstet sind. Oberflächennahe Karststrukturen wie Dolinen und Dolinenfelder, abflusslose Karstwannen, Bachschwinden sowie Trockentäler stellen in Karstgebieten Bereiche dar, von denen voraussichtlich eine erhöhte Gefährdung für das Grundwasser ausgeht. Der im Plangebiet großräumig genutzte Grundwasserleiter ist ein Karst-/Kluftgrundwasserleiter. Bei der Abwesenheit von Deckschichten kann infiltrierendes Wasser in kurzer Zeit die ungesättigte Zone zum Grundwasser passieren. In Abhängigkeit von der Klüftung und der Verkarstung des Gesteins können hohe Grundwasserfließgeschwindigkeiten auftreten. Für solche Grundwasserleiter werden/wurden für die Abgrenzung von Wasserschutzgebieten bzw. der jeweiligen Wasserschutzgebietszonen Ersatzkriterien definiert, die zu einer praktikablen Dimensionierung, aber auch zu einem verminderten Schutz des genutzten Grundwassers führen. Daraus folgt, dass bei Wasserschutzgebieten für Karst- und Kluftgrundwasserleiter auch in Bereichen der Schutzzone III die Fließzeit des Grundwassers deutlich weniger als 50 Tage zu den Fassungen betragen kann.	
lfd. Ident-Nr.: 181 Regierungspräsidium Freiburg Stn-Id: 345		BE-ID: 1648 2.3. Geothermie Informationen zu den oberflächennahen geothermischen Untergrundverhältnissen sind im Informationssystem „Oberflächennahe Geothermie für Baden-Württemberg“ (ISONG) hinterlegt. ISONG liefert erste Informationen (Möglichkeiten und Einschränkungen) zur geothermischen Nutzung des Untergrundes mit Erdwärmesonden und Erdwärmekollektoren. Bitte nehmen Sie vor Verwendung des Informationssystems die Erläuterungen zur Kenntnis.	Wird zur Kenntnis genommen. Das in der Anregung aufgeführte Thema Geothermie ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.
lfd. Ident-Nr.: 181 Regierungspräsidium Freiburg Stn-Id: 345		BE-ID: 1649 2.4. Rohstoffgeologie (Mineralische Rohstoffe) Von den Planungen zur Festlegung von Vorranggebieten für Standorte regionalbedeutsamer Windenergielagen sind insgesamt 18 Rohstoffvorkommen betroffen. Bei diesen 18 Rohstoffflächen handelt es sich um nachgewiesene und prognostizierte Rohstoffvorkommen der Rohstoffgruppen Natursteine Kalksteine (Anzahl der Vorkommen: 7), Zementrohstoffe (5), Ziegeleirohstoffe (1), Sande z. T. kiesig/Ziegeleirohstoffe (2), Kalkprodukte/Natursteine Kalksteine (2) und Kalksteine für Kalkprodukte/Naturwerksteine (1). der Karte der mineralischen Rohstoffe von Baden-Württemberg 1 : 50 000 (KMR 50). Für diese Karte werden oberflächennahe Steine-Erden-Rohstoffvorkommen nachlandesweit einheitlichen Kriterien abgegrenzt und bewertet. Die rohstoffgeologischen	Wird nicht gefolgt Durch Festlegung von Vorranggebieten für dem Abbau oberflächennaher Rohstoffe und Vorranggebieten für die Sicherung von Rohstoffen im Rahmen der Teilfortschreibung Rohstoffe 2019 sind bedeutsame Rohstoffvorkommen für den relevanten Zeithorizont (ca. 40 Jahre) gesichert. Damit ist der Bedarf an Rohstoffsicherungsgebieten gedeckt. Eine Anpassung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen in Form einer Gebietsreduzierung aufgrund von vorhandenen Rohstoffflächen ist zudem unter Berücksichtigung des §2 EEG nicht rechtskonform. Demnach erfolgt keine Anpassung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen auf Grundlage der genannten Rohstoffvorkommen, die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und im Rahmen der Gesamtabwägung entsprechend behandelt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Verhältnisse werden in den jeweiligen Vorkommensbeschreibungen erläutert. Besonders hervorzuheben sind die Rohstoffvorkommen der Kalksteine für Kalkprodukte/Natursteine Kalksteine bzw. Kalksteine für Kalkprodukte/Naturwerksteine. Bei diesen Rohstoffvorkommen handelt es sich um hochreine Kalksteine, die im Bereich der Schwäbischen Alb in dieser Form nur in engbegrenzten Gebieten auftreten und zu hochwertigen Produkten verarbeitet werden. Daher bittet das LGRB um eine Überprüfung und Überarbeitung der Vorranggebiete für Windkraftanlagen insbesondere im Bereich dieser Rohstoffvorkommen. Die Rohstoffvorkommen und die dazugehörigen Vorkommensbeschreibungen können über den LGRB-Geodatendienst (LGRB-Kartenviewer) visualisiert werden [Thema/Themen: „Rohstoffgeologie/Rohstoffvorkommen: Karte der mineralischen Rohstoffe 1 : 50 000 (KMR 50)/KMR 50: Rohstoffvorkommen; Aufruf der Vorkommensbeschreibungen durch Nutzung des Info-Buttons beim Thema „KMR 50: Rohstoffvorkommen“]. Die Geodaten des Themenbereichs Rohstoffgeologie können als WMS-Dienst registrierungs- und kostenfrei in die eigene GIS-Umgebung eingebunden werden (https://produkte.lgrb-bw.de/catalog/list/?wm_group_id=20000 und https://produkte.lgrb-bw.de/docPool/WMS-Handout.pdf). Ergänzend wird auf die LGRB-Nachrichten 07/2016 und 04/2018 verwiesen.	
lfd. Ident-Nr.: 181 Regierungspräsidium Freiburg Stn-Id: 345		BE-ID: 1650 Zur Prüfung des Konfliktpotentials einer konkurrierenden Raumnutzung zwischen den geplanten Vorranggebieten für Windenergieanlagen zu bestehenden Konzessionsgebieten von Rohstoffgewinnungsstellen sowie zu Vorranggebieten zum Abbau bzw. zur Sicherung von oberflächennahen Rohstoffen wurde eine GIS-basierte Analyse durchgeführt, welche von folgenden Voraussetzungen ausgeht: - für eine vollständige und somit nachhaltige Nutzung der genehmigten Vorranggebiete für den Abbau von oberflächennahen Rohstoffe, der Vorranggebiete zur Sicherung von Rohstoffen sowie der genehmigten Konzessionsgebiete wird bei der Planung von Vorranggebieten für Windenergieanlagen bzw. im Genehmigungsverfahren empfohlen, auf einen ausreichenden Abstand zu den oben genannten Flächen zu achten. Der Begriff „ausreichender Abstand“ ist noch zu definieren. Für die oben genannte GIS-Analyse wurde für die Festgesteine ein Abstand von 300 m verwendet; äquivalent zum Abstand eines Rohstoffabbaus mit sprengender Gewinnung zu bebautem Gebiet.	Wird gefolgt Die Vorranggebiete zur Sicherung von Rohstoffen werden mit dem empfohlenen Mindestabstand von 300m gepuffert und die betroffenen Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden dementsprechend angepasst. Das Vorranggebiet 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg aufgrund der Lage des Gebiets in dem notwendigen 300m Pufferabstand nicht weitergeführt. Die Vorranggebiete 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren" und 66 "Bergenweiler / Sontheim" werden mit angepasster Gebietskulisse im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		- Die langfristige Erweiterung von bestehenden Gewinnungsstellen von Steine-Erden-Rohstoffen sollte über den Planungshorizont des aktuellen Regionalplans hinaus durch die Festlegung von Vorranggebieten für Windenergieanlagen nicht beeinträchtigt werden. Auf Grundlage der Ergebnisse der GIS-basierten Analyse unter den oben genannten Voraussetzungen bittet das LGRB, die folgenden Standorte für Vorranggebiete für Windenergieanlagen zu prüfen und zu überarbeiten: Steinbruch Hülen (RG 7127-1), geplantes Vorranggebiet Windenergie Erweiterung Waldhausen / Beuren: Nach den Ergebnissen der GIS-Analyse grenzt der 300 m Abstandspuffer des Vorranggebietes für Windenergieanlagen an die genehmigten Vorranggebiete Abbau und Sicherung der Gewinnungsstelle Hülen (RG 7127-1). Steinbruch Waibertal (RG 72227-1 und RG 7227-3), geplante Vorranggebiet Windenergie Königsbrönn / Ebnat: Die langfristigen Erweiterungsmöglichkeiten der Gewinnungsstellen im Waibertal (RG 7227-1 und 3) werden durch das geplante Vorranggebiet für Windenergieanlagen in nördliche Richtung stark eingeschränkt bzw. sind nicht mehr möglich. Steinbruch Giengen a. d. Brenz-Burgberg (RG 7427-1), geplantes Vorranggebiet Windenergie Bergenweiler / Sontheim: Eine langfristige Erweiterung des Steinbruches Gingen a. d. Brenz-Burgberg in östlicher Richtung ist durch das geplante Vorranggebiet nicht möglich.	
lfd. Ident-Nr.: 181 Regierungspräsidium Freiburg Stn-Id: 345		BE-ID: 1651 3. Landesbergdirektion 3.1. Bergbau Gegen die Teilfortschreibung Windenergie 2025 bestehen von bergbehördlicher Seite keine Einwendungen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 181 Regierungspräsidium Freiburg Stn-Id: 345		BE-ID: 1652 4. Landeserdbebendienst 4.1 Erdbebenüberwachung Baden-Württemberg ist in Deutschland das Bundesland mit der höchsten Erdbebengefährdung. Im Rahmen der Daseinsvorsorge betreibt das LGRB den Landeserdbebendienst (LED), der mit rund 60 Messstationen die Erdbebentätigkeit im ganzen Land überwacht. Für 32 dieser Erdbebenmessstationen hat der LED individuelle Prüfbereiche zwischen 2 und 5 Kilometern Radius festgelegt und mit dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		abgestimmt. Für Windenergieanlagen (WEA), die innerhalb dieser Prüfbereiche errichtet werden sollten, wird davon ausgegangen, dass die Erschütterungsemissionen durch Turmschwingungen und Rotorbewegungen zu nennenswerten Beeinträchtigungen der Erdbebenregistrierung an der jeweiligen Erdbebenmessstation und damit der landesweiten Erdbebenüberwachung führen. Für diesbezügliche Handlungsempfehlungen wird auf die „Information zum Erdbebenmessnetz des Landes Baden-Württemberg“ des Ministeriums für Umwelt Klima und Energiewirtschaft vom 6. Dezember 2022 (Az.: UM44-4781-1/3/2) mit angehängtem Geodatensatz verwiesen, das am 21. Dezember 2022 an die Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände Baden-Württemberg übermittelt wurde und dieser Stellungnahme als Anhang beigefügt ist. Die nächstgelegenen Erdbebenmessstationen HDH in der Charlottenhöhle bei Giengen und WOER bei Wört haben jeweils einen Prüfbereich von 2 km Radius. Die Entfernungen zu den angegebenen Vorranggebieten liegen bei gut 2,5 km bzw. mehr als 6 km. Belange der Erdbebenüberwachung Baden-Württemberg sind deshalb zurzeit nicht berührt.	
lfd. Ident-Nr.: 181 Regierungspräsidium Freiburg Stn-Id: 345		BE-ID: 1653 Allgemeine Hinweise Anzeige, Übermittlung und Bereitstellung von Geologie-Daten nach Geologie-datengesetz (GeoIDG) Für geologische Untersuchungen und die daraus gewonnenen Daten besteht nach den Bestimmungen des Geologiedatengesetzes (GeoIDG) eine Übermittlungspflicht gegenüber dem LGRB. Weitere Informationen hierzu stehen Ihnen im LGRBanzeigeportal zur Verfügung. Weitere Informationsquellen des LGRB im Internet Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse sowie weitere raumbezogene Informationen können der LGRBhomepage entnommen werden. Bitte nutzen Sie hierzu auch den LGRB-Kartenviewer sowie LGRBwissen. Insbesondere verweisen wir auf unser Geotop-Kataster. Beachten Sie bitte auch unser aktuelles Merkblatt für Planungsträger.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 182 Regierungspräsidium Freiburg Stn-Id: 232		BE-ID: 1527 die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg hat in ihrer öffentlichen Sitzung am 22. März 2024 die Durchführung des Beteiligungsverfahrens zur	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Teilfortschreibung Windenergie 2025 für die Region Ostwürttemberg (Landkreis Heidenheim und Ostalbkreis) nach § 9 Abs. 2 ROG, § 12 Abs. 2 LplG beschlossen. Vor diesem Hintergrund nimmt die höhere Forstbehörde beim Regierungspräsidium Freiburg in Abstimmung mit den unteren Forstbehörden der Landratsämter Ostalbkreis und Heidenheim zu den vorgelegten Unterlagen wie folgt Stellung.	
lfd. Ident-Nr.: 182 Regierungspräsidium Freiburg Stn-Id: 232		BE-ID: 1528 Waldbetroffenheit und forstrechtliche Belange Insgesamt werden 30 neue Vorranggebiete für Windenergienutzung mit einer Gesamtfläche von rund 4.537 ha ausgewiesen. In fast allen dargestellten Gebieten für Windkraft ist Wald direkt betroffen. Daher werden durch die geplante Ausweisung der Vorranggebiete für Windenergie in größerem Umfang forstrechtliche/-fachliche Belange berührt. Die Erhaltung des Waldes ist wegen seiner zahlreichen Funktionen und des wichtigen Beitrages für den Klimaschutz (§ 1 LWaldG und § 4 KlimaG BW) von großer Bedeutung. Der Ausweisung der vorgeschlagenen Vorranggebiete für Windkraft steht jedoch aus Sicht der höheren Forstbehörde nichts Grundsätzliches entgegen. Wie bereits in den vorherigen Stellungnahmen erläutert, weisen wir darauf hin, dass aus dieser positiven Stellungnahme kein allgemeingültiger Anspruch auf eine spätere forstrechtliche Genehmigung abgeleitet werden kann.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 182 Regierungspräsidium Freiburg Stn-Id: 232		BE-ID: 1529 Für den Anlagenstandort sowie die externe Zuwegung ist je nach Dauer und Intensität der Waldinanspruchnahme die Genehmigung einer dauerhaften (§ 9 LWaldG) und/oder befristeten (§ 11 LWaldG) Waldumwandlung notwendig. Die hierfür maßgeblichen materiell-rechtlichen Voraussetzungen nach dem Landeswaldgesetz werden erst zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen des jeweiligen Genehmigungsverfahrens für die konkreten Standorte geprüft.	Wird zur Kenntnis genommen. Wie von Seiten des Stellungnehmers bereits erwähnt, sind die angesprochenen Aspekte Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 182 Regierungspräsidium Freiburg Stn-Id: 232		BE-ID: 1530 Es wird begrüßt, dass Bann- und Schonwälder, wie in der vorherigen Stellungnahme gefordert, in den Kriterienkatalog für Ausschlusskriterien mit aufgenommen wurden. Es wurden keine Bann- und Schonwälder nach § 32 LWaldG überplant.	Wird zur Kenntnis genommen. Bann- und Schonwälder gem. §32 LWaldG inkl. Vorsorgeabstand sind im Kriterienkatalog zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 - u.a. entsprechend der Empfehlungen der Landesforstverwaltung - als Ausschlussbereiche definiert.
lfd. Ident-Nr.: 182 Regierungspräsidium Freiburg Stn-Id: 232		BE-ID: 1531 Die Prüfkriterien Bodenschutzwald, Erholungswald, Wasserschutzwald und Sichtschutzwald werden von manchen Teilflächen berührt. Ebenso werden in Teilbereichen Waldbiotope	Wird zur Kenntnis genommen. Wie von Seiten des Stellungnehmers bereits erwähnt, sind die angesprochenen Aspekte Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		tangiert. Auch wenn Windkraftanlagen in gesetzlich geschützten Biotopen grundsätzlich ausgeschlossen sind, können sie dennoch durch ein Vorranggebiet überplant werden. Die von den jeweiligen Teilflächen betroffenen Prüfkriterien werden übersichtlich im Umweltbericht sowie den Anlagen des Teilregionalplans Windenergie dargestellt. Die Vereinbarkeit der Errichtung von Windenergieanlagen mit diesen Prüfkriterien wird in den nachgelagerten Verfahren (z. B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren) geprüft.	Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 182 Regierungspräsidium Freiburg Stn-Id: 232		BE-ID: 1532 Von den ausgewiesenen Vorranggebieten werden nach dem Generalwildwegeplan Wildtierkorridore von internationaler, nationaler und landesweiter Bedeutung berührt. Im weiteren Planungsprozess ist diesbezüglich die fachliche Expertise der unteren Naturschutzbehörde und gegebenenfalls der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg, Freiburg (FVA) einzuholen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Betroffenheit und der Umgang mit Wildtierkorridoren des Generalwildwegeplans wurde mit den zuständigen Unteren Naturschutzbehörden abgestimmt. Im Ergebnis stellen Wildtierkorridore kein Ausschlusskriterium für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen dar, sondern werden im Rahmen einer Einzelfallprüfung betrachtet. In vielen Bereichen können die benannten Korridore des Generalwildwegeplans bei der konkreten Standortplanung von Windenergieanlagen im nachgelagerten Verfahren berücksichtigt werden. Dafür wird in den Gebietssteckbriefen der betroffenen Vorranggebiete der Hinweis "Wanderkorridor des Generalwildwegeplans (GWP)" eingefügt. In begründeten Einzelfällen werden die Zuschnitte der Vorranggebiete in Bezug auf den Generalwildwegeplan in Verbindung mit weiteren Abwägungsbelangen angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 182 Regierungspräsidium Freiburg Stn-Id: 232		BE-ID: 1533 Es wird ferner darauf hingewiesen, dass im Staatswald und teilweise in Privat- und Kommunalwäldern Habitatbaumgruppen und Stilllegungsflächen (z.B. Waldrefugien) ausgewiesen wurden, die ebenfalls in den nachgelagerten Verfahren berücksichtigt werden sollten.	Wird zur Kenntnis genommen. Zur Berücksichtigung der Waldrefugien bei der konkreten Standortplanung von Windenergieanlagen im nachgelagerten Verfahren wurde in den Gebietssteckbriefen der betroffenen Vorranggebiete der Hinweis "Waldrefugien" eingefügt.
lfd. Ident-Nr.: 182 Regierungspräsidium Freiburg Stn-Id: 232		BE-ID: 1534 Eingriffsminimierung Die Erhaltung des Waldes liegt wegen seiner zahlreichen Funktionen und der großen Bedeutung für den Klimaschutz (§ 1 LWaldG; § 4 KlimaG BW; 5.3.5 LEP) im öffentlichen Interesse. Nicht zuletzt aus diesem Grund sind Waldflächenverluste auf den unbedingt notwendigen Umfang zu beschränken. Zudem sind die mit evtl. dauerhaften Waldumwandlungen verbundenen Verluste der Waldfunktionen forstrechtlich auszugleichen. Die beschriebenen Vorranggebiete für Windkraft beinhalten teilweise alte Waldbestände. Diese haben einen höheren Wert für den Erhalt der Waldfunktionen, da sie durch ihr Alter eine größere Struktur- und damit Artenvielfalt aufweisen. Darüber hinaus sind sie für den Erholungswert des Waldes bedeutsam. Dies schlägt sich auch in der Höhe des Faktors nieder, der zur	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die angesprochenen Aspekte werden im Rahmen der Gesamtabwägung beachtet. Die weitere Beurteilung der Betroffenheit alter Waldbestände sowie der forstrechtliche Ausgleich geht über den Regelungsgehalt der Regionalplanung hinaus und ist in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Zur Berücksichtigung der alten Waldbestände bei der konkreten Standortplanung von Windenergieanlagen im nachgelagerten Verfahren wurde in den Gebietssteckbriefen der betroffenen Vorranggebiete der Hinweis "Ältere Waldbestände (>120 Jahre)" ergänzt. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Berechnung des zu erbringenden forstrechtlichen Ausgleiches dient. Er fällt umso geringer aus, je jünger und/oder naturferner die beanspruchten Waldflächen sind, liegt aber nie unter dem Faktor 1,0. Demgegenüber gibt es in alten, naturnahen und ökologisch hochwertigen Wäldern neben einem deutlich höheren Ausgleichsflächenbedarf oftmals zusätzliche Konflikte mit dem Artenschutz. Letzteres kann durch eine entsprechende Fokussierung vermieden, zumindest aber reduziert werden.	
lfd. Ident-Nr.: 182 Regierungspräsidium Freiburg Stn-Id: 232		BE-ID: 1535 Strategische Umweltprüfung Die Fortschreibung des Regionalplans (Teilfortschreibung Windenergie) erfordert die Durchführung einer Strategischen Umweltprüfung (SUP). Im Umweltbericht (Anhang-A_Methodik_Tabelle1, S. 8ff.) werden die Prüf- und Ausschlusskriterien für die Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraft im Wald beschrieben. Deren Konfliktpotential wurde in den jeweiligen Kapiteln des Umweltberichts beschrieben und deren Betroffenheit tabellarisch für die einzelnen Vorranggebiete aufgeführt. Dadurch werden die forstrechtlichen/ -fachlichen Belange ausreichend berücksichtigt.	Wird zur Kenntnis genommen
lfd. Ident-Nr.: 182 Regierungspräsidium Freiburg Stn-Id: 232		BE-ID: 1536 Die folgenden Behörden erhalten Kenntnis von diesem Schreiben: ?Die unteren Forstbehörden bei den Landratsämtern Heidenheim und Ostalbkreis ?Stabstelle für Erneuerbare Energien beim Regierungspräsidium Stuttgart ?Ministerium für Ernährung, Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, Referat 52 Waldpolitik, nachhaltige Waldbewirtschaftung, Waldnaturschutz	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 182 Regierungspräsidium Freiburg Stn-Id: 232		BE-ID: 2107 Wir verweisen darüber hinaus auf unsere Stellungnahmen vom 9.2.23, 18.10.23 und 17.11.23.	Die Anregungen der genannten Stellungnahmen wurden bereits bei der Erarbeitung des 1. Anhörungsentwurfs beachtet. Die darin aufgeführten forstlichen Kriterien wurden auf Betroffenheit geprüft und bei Relevanz in das Planungskonzept / Kriterienkatalog aufgenommen und entsprechend berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1572 I. Stellungnahme der Stabsstelle Energiewende, Windenergie und Klimaschutz (StEWK) Aus Sicht der Stabsstelle sind folgende Hinweise und Anregungen zu geben: 1. Vorbemerkung Wir begrüßen, dass im derzeitigen Planentwurf etwa 2,1 % der Regionsfläche zur Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergie vorgesehen sind.	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1573 2. Windleistungsdichte/Windhöffigkeit Die Windhöffigkeit spielt bei der Ausweisung von Flächen für die Windenergie eine entscheidende Rolle, da sie nicht nur Auskunft über die Wirtschaftlichkeit und somit über die Realisierbarkeit von Windenergieanlagen gibt, sondern da darüber hinaus auch die Stromerträge bei einer höheren Windleistungsdichte steigen. Je höher die Windleistungsdichte ist, desto größer wird mithin auch der Beitrag zum Klimaschutz und zur Versorgungssicherheit. Beim aktuell vorliegenden Planentwurf fällt bei vielen der geplanten Vorranggebiete auf, dass die mittlere gekappte Windleistungsdichte sehr gering ist. Die Suchraumkulisse bezog sogar Gebiete ab einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von 160 W/m² ein. Auch in den nun geplanten Vorranggebieten liegt die mittlere gekappte Wind-leistungsdichte regelmäßig unter 215 W/m². Daneben werden in Gebieten, die eine mittlere gekappte Windleistungsdichte von unter 190 W/m² aufweisen, schriftliche Nachweise über die Wirtschaftlichkeit als ausreichend erachtet, um ein Vorranggebiet auszuweisen. Unklar ist jedoch, welcher vorherigen Prüfung dieser Nachweis unterliegt und ob dieser tatsächlich dazu führt, dass mögliche Vorhabenträger das Gebiet in Betracht zu ziehen. Daher wird der Nachweis aktuell deutlich kritisch bewertet. Dies ist vor dem Hintergrund des Schreibens von Herrn Ministerialdirektor Dr. Münter vom 11. November 2022 als kritisch zu beurteilen. In dem Schreiben wird gefordert, dass in der Regel Flächen mit einer Windhöffigkeit oberhalb von 190 W/m² in 160 Metern Höhe ausgewiesen werden sollen. Zudem soll weiterhin als Richtwert eine mittlere gekappte Windleistungsdichte von 215 W/m² in 160 Metern gelten. Wir weisen daher darauf hin, dass das Kriterium der Windleistungsdichte sachgerecht und angemessen bei der Auswahl der Vorranggebiete zu berücksichtigen ist. Als Bewertungsgrundlage für die Windhöffigkeit kann der aktuelle Windatlas der LUBW herangezogen werden.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Berücksichtigung der Windhöffigkeit (mittlere gekappten Windleistungsdichte gemäß Windatlas des Landes Baden-Württemberg) bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichte dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Als Richtwert und zur Erfüllung des gesetzlichen Flächenziels werden Gebiete mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von 215 W/m² in 160m laut Windatlas Baden-Württemberg (LUBW, 2019) - entsprechend den Vorgaben des Landes - herangezogen. Laut dem Schreiben des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 11.11.2022 bestehen auch für Standorte mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte ab 190 W/m² grundsätzlich Potenziale für die Windenergienutzung. Das Planungskonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt darüber hinausgehend Gebiete, welche laut aktuellem Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegen, da in diesen Bereichen im Rahmen der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 - gemäß der damals gütigen Planungsgrundlage (Windatlas des Landes Baden-Württemberg) - Vorranggebiete ausgewiesen wurden und in diesen Vorranggebieten bereits Windenergieanlagen sowie die dazugehörige Infrastruktur umgesetzt wurden. Die bereits umgesetzten Windparke zeigen, dass diese Bereiche für die wirtschaftliche Nutzung der Windenergie durchaus geeignet sind, weshalb diese laut Windatlas (2019) weniger windhöffigen Bereiche nicht pauschal für die Nutzung der Windenergie ausgeschlossen wurden, sondern als Potenzialgebiete in die Gebietskulisse der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen wurden. Es werden ausschließlich diejenigen Gebiete in laut Windatlas (2019) weniger windhöffigen Bereichen (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) weiterverfolgt, für die ein hinreichender Nachweis in Form einer Ertragsprognose, eines Windgutachtens oder einer Windmessung sowie ein konkretes Umsetzungsinteresse von Windenergieanlagen vorliegt. Diese benannten Nachweise wurden seitens Kommunen und / oder Projektierern in schriftlicher Form dem Regionalverband vorgelegt. Der Regionalverband hat

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			die Nachweise, sofern Ertragsprognosen oder Windgutachten vorgelegt wurden, anhand des erweiterten Karten- und Datenangebots der LUBW (mittlere gekappt Windleistungsdichte in 160m, 180m und 200m ü.G.; Windgeschwindigkeit in 160m, 180m und 200m ü.G.; Jahresertrag unterschiedlicher WEA-Typen; Standortgüte unterschiedlicher WEA-Typen) einschlägig geprüft. Im Rahmen der Gesamtabwägung werden ausschließlich die Gebiete weiterverfolgt, für die der Regionalverband Ostwürttemberg bei seiner Prüfung zu einer positiven Bewertung kommt und damit eine positive Umsetzungsprognose hinsichtlich des Kriteriums der Windhöffigkeit erteilt werden kann. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1574 3. Kriterienkatalog Hinsichtlich des methodischen Vorgehens zur Identifizierung der Vorranggebiete begrüßen wir die Aufschlüsselung der konkreten Prüffläche und ihrer Abstände zu verschiedenen anderen Infrastrukturen. Auffällig ist jedoch, dass großflächige Wirkräume eingeplant wurden. So werden die Vorranggebiete aktuell so geplant, dass diese nicht unter 1000 Meter an die Wohnbebauung heranrücken. Auch bei Straßen ist ein großer Abstand gewählt worden. Hier sollte hinsichtlich der festgesetzten Wirkräume kritisch hinterfragt werden, ob diese Abstände zwingend erforderlich sind und ob durch diese im Übrigen gut geeignete Flächen aus der Betrachtung entfallen. Insbesondere die niedrige Windhöffigkeit in den aktuell geplanten Gebieten (vgl. oben) könnte durch eine kritische Auseinandersetzung mit der Wirkräume abgemildert werden.	Wird zur Kenntnis genommen. Das gesetzliche Flächenziel kann in der Region Ostwürttemberg auch mit - im Vergleich zu anderen Regionalverbänden - "großen Wirkräumen" (größeren Umgebungsabständen zu Siedlungen u.a.) erreicht werden. Der Umgebungsabstand von 1.000m zu Siedlungsbereichen, die der Wohnnutzung unterliegen (allgemeine Wohngebiete, gemischte Bauflächen und Dorfgebiete sowie Einzelgehöfte und wohngenutzte Einzelgebäude im Außenbereich) ist ein vom politischen Gremium des Regionalverbandes (Verbandsversammlung) mehrstimmig beschlossenes planerisches Kriterium, welches zur Ermittlung von geeigneten Windenergiegebieten dient. Im Rahmen der Erarbeitung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen (1. Anhörungsentwurf) wurde den Kommunen der Region eine Öffnung des vorsorglichen Umgebungsabstandes von 1.000m eingeräumt, wenn diese Windenergiegebiete innerhalb des Umgebungsabstandes bis 750m planen. Dadurch konnten weitere gut geeignete Flächen und ggf. geeignete kommunale Planungen zum Ausbau der Windenergie bei der Gebietsausweisung auf Ebene der Regionalplanung berücksichtigt werden. Der Umgebungsabstand zu Straßen wird an die aktuellen gesetzlichen Anbauverbotszonen angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1575 4. Öffnung der regionalen Grünzüge Der Planentwurf sieht aktuell keine pauschale Öffnung der regionalen Grünzüge vor, sondern legt lediglich in Plansatz 4.2.2.1 Z (4) fest, dass bei einer Überlagerung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen mit Regionalen Grünzügen oder Vorranggebieten für die Landwirtschaft im Konfliktfall der Windenergienutzung Vorrang eingeräumt wird. Dem	Wird nicht gefolgt Im Rahmen der Gesamtfortschreibung des Regionalplans Ostwürttemberg 2035 (Stand Satzungsbeschluss, 17.07.2024) findet eine Öffnung der Regionalen Grünzüge gemäß den Vorgaben des §11 Abs. 3 Nr. 7 Satz 2 LplG statt. Eine weitere Öffnung im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 ist nicht vorgesehen. Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass die Öffnung der Regionalen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		gesetzlichen Auftrag nach § 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 7 Landesplanungsgesetz (LplG) wird nach unserer Einschätzung im bisherigen Planentwurf nicht ausreichend entsprochen. Die Öffnung der Grünzüge soll vor dem Hintergrund des § 2 EEG und § 22 KlimaG BW umfassend erfolgen. Beschränkende Festlegungen müssen hierbei mit dem Schutz und dem Überwiegen konkreter Belange begründet werden.	Grünzüge laut Begründung der Gesetzesänderung zum Landesplanungsgesetzes ein wesentliches Element zur Erreichung der Flächenziele des KlimaG BW für die Festlegung von Gebieten für Wind- und Freiflächen-Photovoltaik in den jeweiligen Regionen ist. Für Windenergie ist dieser Flächenanteil gemäß § 20 KlimaG BW auf 1,8 % festgesetzt. Durch die Teilfortschreibung Erneuerbare Energien (2014) werden bereits 1,5 % der Regionsfläche als Vorranggebiete für Windenergie festlegt. Diese Flächen werden durch die Teilfortschreibung Windenergie 2025 mit weiteren Vorranggebieten für Windenergie ergänzt, sodass das 1,8 %-Flächenziel überschritten wird.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1576 5. Plansatz 4.2.2 Hier sollten die Klimaziele des Landes Baden-Württemberg entsprechend Berücksichtigung finden, die deutlich ambitionierter als die des Bundes sind (Netto-Treibhausgasneutralität bis 2040).	Wird gefolgt Der Textteil wird gem. den Anregungen zu Plansatz 4.2.2 G (1) überarbeitet. Die Ausführungen zu den Klimaschutzzielen des Landes werden in die Begründung zum eigenständigen Plansatz der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1577 6. Problematische Gebiete Darüber hinaus werden konkrete Gebiete wegen bestehender Restriktionen als kritisch eingestuft: a. Gebiete, die die UNESCO-Welterbestätte Höhlen und Eiszeitkunst des Lonetals betreffen In einigen Vorranggebieten im Landkreis Heidenheim (Bsp.: 57, 66, 67) besteht eine potentielle Einschränkungen der nutzbaren Flächen innerhalb der Gebiete aufgrund möglicher Sichtbeziehungen zur UNESCO-Welterbestätte. Hier ist insbesondere zu berücksichtigen, ob die Fläche für Vorhabenträger attraktiv sind, da ggf. erhebliche Einschränkungen der Nutzbarkeit des Vorranggebiets entstehen können. In diesem Zusammenhang wird auf die Stellungnahme der Fachbehörde aus dedem Regierungspräsidium Stuttgart und die darin geäußerten Bedenken verwiesen.	Wird zur Kenntnis genommen. In der Stellungnahme des Landesamts für Denkmalpflege (Abteilung 8) des Regierungspräsidiums Stuttgart werden hinsichtlich der Vorranggebiete in der Nähe der Welterbestätte "Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb - Teilstätte Lonetal" keine potenziellen Einschränkungen der nutzbaren Flächen innerhalb der Gebiete oder Bedenken aufgrund möglicher Sichtbeziehungen zur UNESCO-Welterbestätte aufgezeigt. "Eine endgültige Stellungnahme ob und inwieweit Planungen die kulturhistorischen Werte der Welterbestätte gefährden, lässt sich erst mit Kenntnis der genauen WEA-Standorte anhand von Visualisierungen feststellen. Sollte sich durch die Visualisierung herausstellen, dass eine potentielle Beeinträchtigung vorliegt, werden die weiteren Planungen ggf. im Rahmen einer Kulturerbeverträglichkeitsprüfung überprüft. Auf das unter Ziffer 1.3 näher beschriebene Verfahren, das ggf. einzuhalten wäre, wird verwiesen" (Zitat aus der Stellungnahme des LAD, Abt. 8, S. 28).
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1578 b. Gebiete mit einer kleinen Fläche Hinsichtlich der Größe der geplanten Vorranggebiete sollte hinterfragt werden, wie viele Anlagen in einem Gebiet realisiert werden können, um z.B. die erforderlichen Abstände mehrerer Anlagen untereinander einhalten zu können (Bsp.: VRG 56).	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Flächengröße einzelner Vorranggebiete wird im Rahmen der Gesamtabwägung berücksichtigt. Kleinflächige, nicht regionalbedeutsame Gebiete, bei denen es sich nicht um Erweiterung von Bestandsgebieten handelt, werden in die Planungshoheit der Kommunen übergeben. Diese Flächen können über die kommunale Bauleitplanung umgesetzt werden. Bei dem Vorranggebiet 56 handelt es sich um ein Erweiterungsgebiet eines bestehenden Windparks in der Nachbarregion Heilbronn-Franken. Durch die Ausweisung des Gebiets als Windenergiegebiet kann zum einen das Erweiterungspotenzial eines bestehenden Windparks als auch die bestehende Infrastruktur - überregional - genutzt werden, weshalb das Gebiet trotz seiner Kleinflächigkeit für den Ausbau der Windenergie sehr gut geeignet ist.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1579 II. Stellungnahme des Referats 21 als höhere Raumordnungsbehörde Aus Sicht der höheren Raumordnungsbehörde sind nachfolgende Hinweise und Anregungen zu geben. 1. Vorbemerkung Ausweislich des Deckblatts, das einen Hinweis auf den 2. Änderungsentwurf des Regionalplans 2035 enthält, knüpfen einzelne Festlegungen/Begründungen an eine Fassung des Regionalplans an, die bislang noch nicht rechtswirksam ist. Das birgt für das vorliegende Verfahren ein zeitliches Risiko und sollte überdacht werden.	Wird zur Kenntnis genommen. Der Satzungsbeschluss des Regionalplans Ostwürttemberg 2035 erfolgte am 17.07.2024.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1580 2. Im Einzelnen: 2.1 zu PS-E 4.2.2 (1) G: 2.1.1 Plansatzformulierung: Eingefügt wurde eine Bezugnahme auf die Klimaziele des Bundes in den Plansatz sowie in die Begründung. Unklar bleibt, weshalb keine Bezugnahme erfolgt auf die Klimaziele des Landes, welche ambitionierter sind als die des Bundes und für Baden-Württemberg bereits 2040, also fünf Jahre früher als im Bund, das Erreichen der Klimaneutralität anstreben. Dies dürfte auch für den Regionalplan der maßgebliche Rahmen sein.	Wird gefolgt Der Textteil wird gem. den Anregungen zu Plansatz 4.2.2 G (1) überarbeitet. Die Ausführungen zu den Klimaschutzzielen des Landes werden in die Begründung zum eigenständigen Plansatz der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1581 Da nach unserem Verständnis im Abschnitt “Änderung Kapitel 4.2.2 (Reg-E 2035)“ eine unveränderte nachrichtliche Übernahme der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 postuliert wird, empfehlen wir, von Änderungen abzusehen oder diese zumindest näher zu erläutern (vgl. hierzu auch unter 2.2).	Wird gefolgt Der Textteil wird dahingehend überarbeitet. Es erfolgt nunmehr keine Änderung (inhaltliche Ergänzung) des Plansatzes 4.2.2 G (1) sowie der Begründung aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1582 Unklar ist in systematischer Hinsicht, weshalb ein Abs. 1 vorgesehen wurde, obwohl offenbar keine weiteren Absätze folgen.	Wird zur Kenntnis genommen. Der Absatz stammt aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 und wurde demnach unverändert beibehalten. Die Systematik der Absatzbezeichnung entspricht im Übrigen dem Gliederungssystem der Regionalplangesamtfortschreibung des Regionalplan 2035.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1583 2.1.2 Begründung: Auch die Begründung könnte, soweit eine Veränderung des Plansatzes weiterhin beabsichtigt sein sollte, ergänzt werden um eine Bezugnahme auf die Klimaschutzziele des Landes.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Der Textteil wird gem. den Anregungen zu Plansatz 4.2.2 G (1) überarbeitet. Es erfolgt nunmehr keine Änderung (inhaltliche Ergänzung) des Plansatzes 4.2.2 G (1) sowie der Begründung aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014. Die Ausführungen zu den Klimaschutzzielen des Landes werden in die Begründung zum eigenständigen Plansatz der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart		BE-ID: 1584 2.2 zu PS-E 4.2.2.1 (1) Z: Hinsichtlich des rechtlichen Fortbestands der bereits festgelegten	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Der Textteil wird dahingehend überarbeitet. Die vorgenommenen Änderungen des Plansatzes 4.2.2.1 Z (1) in Form einer Umformulierung der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 338		Windkraftgebiete entsprechend der Teilfortschreibung 2014 könnte aus Gründen der Rechtssicherheit zu überlegen sein, dass hier tatsächlich überhaupt keine Änderung des Regionalplanes in Text und Karte vorgenommen wird. Ansonsten läuft die Änderung Gefahr, dass diese Vorranggebiete Abwägungsmängeln unterfallen könnten, da sie eventuell nicht dem aktuellen Kriterienkatalog Genüge leisten. Unkritisch dürften insoweit Änderungen bzw. Ergänzungen sein, wenn sie zu keiner inhaltlichen Änderung führen, sondern beispielsweise nur redaktionelle Änderungen o-der Klarstellungen darstellen. Wir empfehlen insofern einen Austausch mit dem MLW. Die aktuelle Entwurfsfassung stellt eine nicht ganz eindeutige Mischfassung dar, aus der nicht klar hervorgeht, ob der bisherige Stand unverändert beibehalten oder geändert werden soll. Dies betrifft auch die im Rahmen der Gesamtfortschreibung 2035 eingefügte Überlagerungsregelung, die hier nun wieder herausgestrichen wurde.	Überschrift und die Einführung einer Nummerierung werden zurückgenommen. Die Streichung der Absätze 3 bis 5 des Plansatzes 4.2.2.1 Z (1) erfolgt nicht im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025, sondern wird aus der Gesamtfortschreibung des Regionalplans 2035 (Stand Satzungsbeschluss, 17.07.2024) nachrichtlich übernommen.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1585 2.2.1 Plansatzformulierung: Grundsätzlich ist die Streichung der Überlagerungsregelungen für lediglich einzelne VRG zu begrüßen. Eine allgemeine Regelung für sämtliche Vorranggebiete wird alssinnvoll erachtet. Insbesondere der Umgang mit den Überlagerungsregelungen aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 sollte nochmals geprüft und in der Begründung angemessen erläutert werden. Die einzelnen Verfahrensstände (auch im Verhältnis zu den Streichungen, die im Zuge der Gesamtfortschreibung 2035 beabsichtigt sind) sind dabei zu berücksichtigen.	Die Streichung der Absätze 3 bis 5 des Plansatzes 4.2.2.1 Z (1) erfolgt nicht im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025, sondern wird aus der Gesamtfortschreibung des Regionalplans 2035 (Stand Satzungsbeschluss, 17.07.2024) nachrichtlich übernommen. Die Überlagerungsregelungen für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen mit anderen Zielen der Raumordnung sind in Kapitel 3.0.1 der Gesamtfortschreibung des Regionalplans 2035 (Stand Satzungsbeschluss, 17.07.2024) dargelegt. Die notwendigen Überlagerungsregelungen, die sich aus der Teilfortschreibung Windenergie 2025 ergeben, werden durch Änderung des Plansatzes 3.0.1 ergänzt.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1586 2.2.2 Begründung: In Absatz 1 ist die Begründung von PS 4.2.3.1 (Z) Absatz 1 der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 im wesentlichen wortgleich übernommen und nur geringfügig redaktionell angepasst. Erläuterungen zur Streichung der Überlagerungsregelungen fehlen, wären jedoch äußerst wichtig.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Streichung der Absätze 3 bis 5 des Plansatzes 4.2.2.1 Z (1) erfolgt nicht im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025, sondern wird aus der Gesamtfortschreibung des Regionalplans 2035 (Stand Satzungsbeschluss, 17.07.2024) nachrichtlich übernommen. Aufgrund dessen sind keine weiteren Erläuterungen im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 vorgesehen und notwendig. Der Textteil wird hinsichtlich einer besseren Verständlichkeit der Überlagerungsregelungen strukturell überarbeitet.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1587 2.3 zu PS-E 4.2.2.1 (2) Z: 2.3.1 Plansatzformulierung: Die Formulierung in Abs. 2 S. 1 lautet anders als in Abs. 1, dort ist das Verb „geeignet sind“, hier „vorgesehen sind“. Soll	Wird gefolgt Der Textteil wird dahingehend überarbeitet. Die Formulierung des neuen, eigenständigen Plansatzes der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wird an die Formulierung des rechtskräftigen Plansatzes aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 gem. des § 11 Abs. 7 S. 3

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		sich hieraus ein Bedeutungsunterschied ergeben? Falls das nicht gewollt ist, empfehlen wir eine einheitliche Bezeichnung. Überdies regen wir eine Anpassung des Wortlauts an den Wortlaut des § 11 Abs. 7 S. 3 LplG, § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG an.	LplG und § 7 Abs. 3 S. 2 Nr. 1 ROG angeglichen. Die ursprüngliche Formulierung in Abs. 2 S. 1 ("vorgesehen sind") implizierte keinen Bedeutungsunterschied.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1588 2.3.2 Begründung: Auf die vertiefte Begründungspflicht nach § 11 Abs. 8 Satz 2 LplG und die ergänzenden Hinweise des MLW vom 24.11.2023 zu Festlegungen in den Teilregionalplänen Windenergie auf der Grundlage des Wind-an-Land-Gesetzes, Az.: MLW14-24-98/23, wird hingewiesen. Bislang erscheinen die Ausführungen noch zu knapp.	Wird gefolgt Die Ausführungen im Textteil (Begründung) werden ergänzt.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1589 In der Begründung zu (2) werden die Voraussetzungen, die der Windatlas und das entsprechende Hinweisschreiben des UM/MLW zur Beurteilung aufgestellt haben, welche Windhöffigkeitswerte als Orientierungswerte anzustreben seien, nicht bzw. nur verkürzt wiedergegeben. Bei der Ermittlung der Suchraumkulisse wurden alle Flächen ab einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von 160 W/m² in 160 m Höhe berücksichtigt. Vom UM und WM wird dagegen ein Orientierungswert von 215 W/m² gemäß Windatlas 2019 vorgegeben. "1"Mit Ergänzungsschreiben vom 11.11.2022 des UM „Berücksichtigung der Windhöffigkeit für die Regionalplanung Windenergie“ an die Regionalverbände wurde klar-gestellt, dass dem Belang der Windhöffigkeit weiter entscheidende Bedeutung zukommt, und unbenommen einer zwischenzeitlich grundsätzlichen Potenzialeignung von Standorten mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von 190 W/m² der Orientierungswert von 215 W/m² in 160 m Höhe weiterhin anzusetzen ist. Eine Unterschreitung des Orientierungswertes soll nur dann erfolgen, wenn die Erreichung der Teilflächenziele nach WindBG und KlimaG ansonsten nicht möglich ist. Daher merken wir an, dass das Flächenziel grundsätzlich durch Gebiete erreicht werden sollte, die eine Windhöffigkeit >215 W/m² aufweisen. Eine Aufnahme von Gebieten von 190–215 W/m² erfordert bereits einen gesteigerten Begründungsaufwand. Eine Aufnahme von Gebieten mit 160–190 W/m² sollte zwar nicht von vorneherein ausgeschlossen werden, aber erst erfolgen, wenn der Flächenwert nicht durch Flächen der anderen Kategorien erreicht werden kann. Wir geben zu bedenken, dass die Ausweisung von Gebieten mit einer Windhöffigkeit von 160–190 W/m² rechtlich zu einer Abwägungsfehlerhaftigkeit der Teilfortschreibung führen und zu einer sachwidrigen Ausweisung von ungeeigneten	Die Berücksichtigung der Windhöffigkeit (mittlere gekappten Windleistungsdichte gemäß Windatlas des Landes Baden-Württemberg) bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichte dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Als Richtwert und zur Erfüllung des gesetzlichen Flächenziels werden Gebiete mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von 215 W/m² in 160m laut Windatlas Baden-Württemberg (LUBW, 2019) - entsprechend den Vorgaben des Landes - herangezogen. Laut dem Schreiben des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 11.11.2022 bestehen auch für Standorte mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte ab 190 W/m² grundsätzlich Potenziale für die Windenergienutzung. Das Planungskonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt darüber hinausgehend Gebiete, welche laut aktuellem Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegen, da in diesen Bereichen im Rahmen der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 - gemäß der damals gütigen Planungsgrundlage (Windatlas des Landes Baden-Württemberg) - Vorranggebiete ausgewiesen wurden und in diesen Vorranggebieten bereits Windenergieanlagen sowie die dazugehörige Infrastruktur umgesetzt wurden. Die bereits umgesetzten Windparke zeigen, dass diese Bereiche für die wirtschaftliche Nutzung der Windenergie durchaus geeignet sind, weshalb diese laut Windatlas (2019) weniger windhöffigen Bereiche nicht pauschal für die Nutzung der Windenergie ausgeschlossen wurden, sondern als Potenzialgebiete in die Gebietskulisse der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Vorranggebieten für Windenergie führen könnte, die möglicherweise für Investoren weniger interessant und daher unverwirklicht bleiben. Soweit auf S. 6 in der Begründung zu (2) als „Voraussetzung für die Ausweisung von Vorranggebieten in Bereichen mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte < 190 W/m² ein schriftlicher Nachweis über die wirtschaftliche Darstellbarkeit eines Windenergievorhabens an entsprechender Stelle“ herangeführt wird, ist das Vorliegen solcher Nachweise aus den Planunterlagen nicht ersichtlich. Zur Vervollständigung eines rechtssicheren Abwägungsmaterials wird eine Erbringung dieser Nachweise empfohlen. Andererseits könnte anhand einer beizufügenden Darstellung, beispielsweise mit einer entsprechenden Tabelle, dargelegt werden, dass das zu erreichende Flächenziel iHv 1,8 % der Regionsfläche mit Flächen hoher Windhöffigkeiten bereits erreicht werden, und die geplanten Flächen mit geringeren Windhöffigkeiten zusätzliche, über das Flächenziel hinausgehend, ausgewiesen werden.	2025 aufgenommen wurden. Es werden ausschließlich diejenigen Gebiete in laut Windatlas (2019) weniger windhöffigen Bereichen (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) weiterverfolgt, für die ein hinreichender Nachweis in Form einer Ertragsprognose, eines Windgutachtens oder einer Windmessung sowie ein konkretes Umsetzungsinteresse von Windenergieanlagen vorliegt. Diese benannten Nachweise wurden seitens Kommunen und / oder Projektierern in schriftlicher Form dem Regionalverband vorgelegt. Der Regionalverband hat die Nachweise, sofern Ertragsprognosen oder Windgutachten vorgelegt wurden, anhand des erweiterten Karten- und Datenangebots der LUBW (mittlere gekappt Windleistungsdichte in 160m, 180m und 200m ü.G.; Windgeschwindigkeit in 160m, 180m und 200m ü.G.; Jahresertrag unterschiedlicher WEA-Typen; Standortgüte unterschiedlicher WEA-Typen) einschlägig geprüft. Im Rahmen der Gesamtabwägung werden ausschließlich die Gebiete weiterverfolgt, für die der Regionalverband Ostwürttemberg bei seiner Prüfung zu einer positiven Bewertung kommt und damit eine positive Umsetzungsprognose hinsichtlich des Kriteriums der Windhöffigkeit erteilt werden kann. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1590 2.4 . zu PS-E 4.2.2.1 (3) Z: 2.4.1 Plansatzformulierung: Es bestehen keine Bedenken.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1591 2.4.2 Begründung: Die Begründung sollte im Hinblick auf die ergänzenden Hinweise des MLW vom 24.11.2023 zu Festlegungen in den Teilregionalplänen Windenergie auf der Grundlage des Wind-an-Land-Gesetzes, Az.: MLW14-24-98/23 vertieft werden. Es wird angeregt, darauf zu achten, dass sich die Umweltberichte zu den Umweltverträglichkeitsprüfungen entsprechend auch auf den Untersuchungsraum der VRG inklusive der „Gebiets-Überstände“ durch die Rotor-Out-Flächen beziehen und dies auch an geeigneter Stelle klarstellend vermerkt wird. Hierdurch könnten ggf. im Rahmen der nachfolgenden Genehmigungsplanungen Wirrnisse vermieden werden, ob weitere Umweltprüfungen durchzuführen wären oder nicht.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Angaben werden geprüft und korrigiert.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidi		BE-ID: 1592 2.5 zu PS-E 4.2.2.1 (4) Z:	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Zur besseren Verständlichkeit und um Dopplungen zu vermeiden, wird von

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
um Stuttgart Stn-Id: 338		2.5.1 Plansatzformulierung und Begründung Der Wille zu einer klarstellenden und eindeutigen Regelung der Überlagerung mit Regionalen Grünzügen und Vorranggebieten für Landwirtschaft ist zu begrüßen. Die verwendete Formulierung „im Konfliktfall wird der Windenergienutzung Vorrang eingeräumt“ bietet u. E. keinen Auslegungsspielraum. Sie wird unsererseits so verstanden, dass die Grünzüge und Vorranggebiete für Landwirtschaft einer Windenergienutzung nicht entgegenstehen können. Soweit allerdings die Begründung zumindest für die Vorranggebiete für Landwirtschaft eine beabsichtigte einschränkende Auslegung nahelegt, indem die Formulierung „in der Regel zulässig“ verwendet wird, bietet der Wortlaut des Plansatzes keinen Raum für eine solche relativierende Interpretation. Wir regen daher nochmalige Überprüfung der Begründung an.	der Ausführung der Überlagerungsregelung in dem separaten Plansatz 4.2.2.1 Z (4) abgesehen. Der Inhalt des Plansatzes 4.2.2.1 Z (4) wird im Plansatz 3.0.1 Abs. 3 und der zugehörigen Begründung zu den Freiraumfunktionen direkt ergänzt bzw. geändert. Die Formulierung "in der Regel zulässig" wurde dabei gestrichen.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidi um Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1593 2.6 Kriterien-Auswahl Die Begründung bezieht sich u.a. auf S. 5 auf einen umfangreichen Kriterienkatalog, auf dessen Basis die Abwägung und Auswahl der Gebiete erfolgt sei; dies allerdings, ohne den schlussendlich verwendeten Kriterienkatalog sowie die Abwägungsystematik betroffener Kriterien gegeneinander offenzulegen. Auf die erweiterte Begründungspflicht nach § 11 Abs. 8 S. 2 LplG wird hingewiesen. Zwar wurde im Rahmen der frühzeitigen/Scoping-Unterrichtung ein Kriterienkatalog postuliert und im Rahmen der SUP auch eine Prüfung (teilweise weitergehender) umweltbezogener Kriterien durchgeführt. Ob dieser weiterhin verwendet oder möglicherweise in Teilen aufgrund erhaltener Rückmeldungen verändert wurde, erschließt sich aus den nun vorliegenden Unterlagen nicht ausreichend nachvollziehbar. Dieses Vorgehen scheint methodisch zumindest fragwürdig und rechtlich im Hinblick auf eine rechtsfehlerfreie Abwägung angreifbar. Wir nehmen daher nochmals vollumfänglich Bezug auf unsere Stellungnahme vom 07.09.2023 im Rahmen des Scopings, welche wir nachfolgend nochmals zitieren, und empfehlen eine Auseinandersetzung hiermit: „Für die Herleitung der angeführten Ausschlusskriterien regen wir an, großen Wert auf klare Nachvollziehbarkeit zu legen. Eine vertiefende Begründung für die jeweiligen Ausschlusskriterien ggf. unter Nennung der jeweiligen Rechtsgrundlage wäre hilfreich und könnte die Rechtssicherheit der Planung erhöhen. Dies gilt entsprechend für die Kriterien der Abwägung und Einzelfallprüfungen.	Der Kriterienkatalog zum 1. Anhörungsentwurf (Stand 21.02.2024) ist als zweckdienliche Unterlage in den Planunterlagen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 beigefügt und öffentlich einsehbar. Die Hinweise zum ersten Entwurf des Kriterienkatalogs (Stand 02.08.2023), die im Rahmen des Scopings von den beteiligten Fachbehörden erbracht wurden, wurden überwiegend in den Kriterienkatalog aufgenommen oder ergänzt. Zur Stellungnahme vom 07.09.2023: Der Anregung zur Ergänzung einer vertieften Begründung für die jeweiligen Ausschlusskriterien inkl. Nennung der Rechtsgrundlage wurde bereits weitgehend gefolgt. Der Kriterienkatalog wird nochmals geprüft und bei Bedarf um weitere Erläuterungen sowie fehlende Daten-/Rechtsgrundlagen ergänzt. Der Anregung zur Aufnahme von positiven Eignungskriterien wurde gefolgt. Im aktuellen Kriterienkatalog (Stand 21.02.2024) finden sich auf S. 18 weitere Aspekte zur Ermittlung potenzieller Vorranggebiete, u.a. Nähe zu bestehenden Vorranggebieten oder Nähe zu bestehender Infrastruktur. Der Regionalplan 2035 (Stand Satzungsbeschluss, 17.07.2024) umfasst Regelungen zur Windenergie in Regionalen Grünzügen (vgl. Kap. 3.0.1 Abs. 3 und Kap. 3.1.1 Abs. 3 und 4). Im Rahmen der Gesamtfortschreibung des Regionalplans Ostwürttemberg 2035 (Stand Satzungsbeschluss, 17.07.2024) fand eine Öffnung der Regionalen Grünzüge gemäß den Vorgaben des §11 Abs. 3 Nr. 7 Satz 2 LplG statt. Eine weitere Öffnung im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 ist nicht vorgesehen. Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass die Öffnung der Regionalen Grünzüge laut Begründung der Gesetzesänderung zum Landesplanungsgesetzes ein wesentliches Element zur Erreichung der Flächenziele des KlimaG BW für die Festlegung von Gebieten für

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Darüber hinaus regen wir an, neben Negativkriterien auch zu überdenken, ob positive Eignungskriterien zur Flächenfindung herangezogen werden könnten, bspw. eine Nähe zu Netzeinspeisungspunkten oder hohen Lastverbrauchern wie bspw. Gewerbe- und Industriegebieten. Nach aktueller Regionalplanung ist derzeit ein großer Regionaler Grünzug ausgewiesen ist, in dem sich keine Regelungen zur Windenergie finden. Damit steht derzeit den hier in Rede stehenden Projekten im Bereich Erneuerbarer Energien grundsätzlich stets ein Ziel der Raumordnung entgegen. Auch künftig soll die Zulässigkeitsregelung für Windenergie in Grünzügen nach PS 3.1.1 (3) (Z) Entwurf der Regio-nalplanfortschreibung 2035 verhältnismäßig eng gefasst werden. Daher regen wir insgesamt an, etwaige Plansätze und Festlegungen möglichst vollzugsfreundlich und konkret zu formulieren, um damit zügige Bauleitplan- und Genehmigungsverfahren zu unterstützen. Hierbei ist auch besonderes Augenmerk auf § 11 Abs. 3 S. 2 Nr. 7 LplG zu legen, wonach die Regionalen Grünzüge unverzüglich aus Gründen des überragenden öffentlichen Interesses und der öffentlichen Sicherheit sowie der besonderen Bedeutung der erneuerbaren Energien im Sinne des § 2 EEG für Windkraft- und Freiflächen-Photovoltaikanlagen geöffnet werden sollen. Hiernach legt der Gesetzgeber fest, dass für diese beiden Nutzungsarten grundsätzlich keine funktionswidrige Nutzung der Grünzüge anzunehmen sei, die eine Ausnahmeregelung in den Plansätzen erfordert. Eine enge Abstimmung mit dem Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen im Hinblick auf die Auslegung dieser Vorschrift ist daher zu empfehlen. Darüber hinaus wurden bei der Ermittlung der Suchraumkulisse alle Flächen ab einer mittleren gekapp-ten Windleistungsdichte von 160 W/m² in 160 m Höhe berücksichtigt. Vom UM und WM wird dagegen ein Orientierungswert von 215 W/m² gemäß Windatlas 2019 vorgegeben. Mit Ergänzungsschreiben vom 11.11.2022 des UM „Berücksichtigung der Windhöffigkeit für die Regionalplanung Windenergie“ an die Regionalverbände wurde klargestellt, dass dem Belang der Windhöffigkeit weiter entscheidende Bedeutung zukommt, und unbenommen einer zwischenzeitlich grundsätzlichen Potenzialeignung von Standorten mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von 190 W/m² der Orientierungswert von 215 W/m² in 160 m Höhe weiterhin anzusetzen ist. Eine Unterschreitung des Orientierungswertes soll nur dann erfolgen, wenn die Erreichung der Teilflächenziele nach WindBG und KlimaG ansonsten nicht möglich ist. In der Gesetzesbegründung von § 20 KlimaG, in der die	Wind- und Freiflächen-Photovoltaik in den jeweiligen Regionen ist. Für Windenergie ist dieser Flächenanteil gemäß § 20 KlimaG BW auf 1,8 % festgesetzt. Durch die Teilfortschreibung Erneuerbare Energien (2014) werden bereits 1,5 % der Regionsfläche als Vorranggebiete für Windenergie festlegt. Diese Flächen werden durch die Teilfortschreibung Windenergie 2025 mit weiteren Vorranggebieten für Windenergie ergänzt, sodass das 1,8 %-Flächenziel überschritten wird. Hinsichtlich der Anregung zur Windhöffigkeit im Rahmen der Stellungnahme vom 07.09.2023: Die Berücksichtigung der Windhöffigkeit (mittlere gekappten Windleistungsdichte gemäß Windatlas des Landes Baden-Württemberg) bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichten dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Als Richtwert und zur Erfüllung des gesetzlichen Flächenziels werden Gebiete mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von 215 W/m² in 160m laut Windatlas Baden-Württemberg (LUBW, 2019) - entsprechend den Vorgaben des Landes - herangezogen. Das Planungskonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt darüber hinausgehend Gebiete, welche laut aktuellem Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegen, da in diesen Bereichen im Rahmen der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 - gemäß der damals gütigen Planungsgrundlage (Windatlas des Landes Baden-Württemberg) - Vorranggebiete ausgewiesen wurden und in diesen Vorranggebieten bereits Windenergieanlagen sowie die dazugehörige Infrastruktur umgesetzt wurden. Dies zeigte, dass diese Bereiche für die wirtschaftliche Nutzung der Windenergie durchaus geeignet sind, weshalb diese laut Windatlas (2019) weniger windhöffigen Bereiche nicht pauschal für die Nutzung der Windenergie ausgeschlossen wurden, sondern als Potenzialgebiete in die Gebietskulisse der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen wurden. Im Rahmen der Gesamtabwägung werden ausschließlich diejenigen Gebiete in laut Windatlas (2019) weniger windhöffigen Bereichen (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) weiterverfolgt, für die ein hinreichender Nachweis in Form einer Ertragsprognose, eines Windgutachtens oder einer Windmessung sowie ein konkretes Umsetzungsinteresse von Windenergieanlagen vorliegt. Diese

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Windflächenpotenziale der Planungsregionen in Baden-Württemberg aufgelistet werden, wird zwar auch auf eine Windhöffigkeit von 190 W/m² Bezug genommen, die Annahme der dort aufgeführten Potenziale dürfte aber in erster Linie der Darstellungsweise im Windatlas geschuldet sein, in dem der Wert 215 W/m² nicht ausgewiesen ist. Daher merken wir an, dass das Flächenziel grundsätzlich durch Gebiete erreicht werden sollte, die eine Windhöffigkeit >215 W/m² aufweisen. Eine Aufnahme von Gebieten von 190-215 W/m² erfordert bereits einen gesteigerten Begründungsaufwand. Eine Aufnahme von Gebieten mit 160-190 W/m² sollte zwar nicht von vorneherein ausgeschlossen werden, aber erst erfolgen, wenn der Flächenwert nicht durch Flächen der anderen Kategorien erreicht werden kann. Wir geben zu bedenken, dass die Ausweisung von Gebieten mit einer Windhöffigkeit von 160-190 W/m² rechtlich zu einer Abwägungsfehlerhaftigkeit der Teilfortschreibung führen und zu einer sachwidrigen Ausweisung von ungeeigneten Vorranggebieten für Windenergie führen könnte, die möglicherweise für Investoren weniger interessant und daher unverwirklicht bleiben. Hinsichtlich des Kriterienkatalogs zur Ermittlung geeigneter Windenergie-Gebiete (Suchräume) sollte überprüft werden, ob die Punkte der Einzelfallprüfung (beispielsweise in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmale) nicht bereits ausreichend in den rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien berücksichtigt wurden. Hierzu weisen wir auch auf die Gesetzesbegründung zu § 2 EEG und § 22 KlimaG BW hin: „Konkret sollen die erneuerbaren Energien damit im Rahmen von Abwägungsentscheidungen u. a. gegenüber seismologischen Stationen, Radaranlagen, Wasserschutzgebieten, dem Landschaftsbild, Denkmalschutz oder im Forst-, Immissionsschutz-, Naturschutz-, Bau- oder Straßenrecht nur in Ausnahmefällen überwunden werden.“ „Dadurch soll in der Abwägung mit anderen Schutzgütern der Ausbau erneuerbarer Energien sowie Maßnahmen zur Energieeinsparung und -effizienz entsprechend ihrer Bedeutung für die öffentliche Sicherheit und bei der Verwirklichung des Landesklimaschutzziels höher gewichtet werden.“ Insgesamt sollte demnach bei der Ermittlung der Vorranggebiete darauf geachtet werden, dass diese Aspekte im Rahmen der Abwägung eine untergeordnete Rolle einnehmen. Es ist darauf zu achten, dass solche Kriterien nur in absoluten Ausnahmefällen zum Ausschluss von ansonsten gut geeigneten Standorten (mittlere bis hohe Windhöffigkeit) führen dürfen. Dies gilt beispielsweise auch für das Ausschlusskriterium „Überlastungsschutz/ Umzingelung von Siedlungen“. Dieses	benannten Nachweise wurden seitens Kommunen und / oder Projektierern in schriftlicher Form dem Regionalverband vorgelegt. Der Regionalverband hat die Nachweise, sofern Ertragsprognosen oder Windgutachten vorgelegt wurden, anhand des erweiterten Karten- und Datenangebots der LUBW (mittlere gekappt Windleistungsdichte in 160m, 180m und 200m ü.G.; Windgeschwindigkeit in 160m, 180m und 200m ü.G.; Jahresertrag unterschiedlicher WEA-Typen; Standortgüte unterschiedlicher WEA-Typen) einschlägig geprüft. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Anregungen zu den Einzelfallprüfungen wurden zur Kenntnis genommen. In Abstimmung mit den zuständigen Behörden (u.a. Landesamt für Denkmalpflege) waren im weiteren Verfahren die einzelfallbezogene Prüfungen notwendig, um eine Umsetzungsprognose von Windenergieanlagen in Gebieten, die von Einzelfallprüfungskriterien betroffen sind, zu erhalten. Der §2 EEG und §22 KlimaG BW finden bei der Bewertung und Abwägung dieser Kriterien weiterhin Anwendung. Der Anregung zum Umgang mit dem Kriterium "Umzingelung" wurde gefolgt. Im Rahmen der Erarbeitung des 1. Anhörungsentwurfs erfolgte demnach kein Ausschluss von Gebieten aufgrund einer (Annahme einer) Überlastungssituation. Der "Überlastungsschutz" wurde im Kriterienkatalog als Einzelfallkriterium sowie als Abwägungsaspekt bei der Gebietsauswahl (Stand 21.02.2024) verankert. Die Prüfung der Überlastungssituation in der Region Ostwürttemberg erfolgt - entsprechend der Anregung - in der letzten Prüfungsstufe, d.h. die Überlastungsprüfung findet nun bei der Abwägung der Gebietskulisse des 1. Anhörungsentwurfs und der Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 Berücksichtigung. Zur Überlastungsprüfung orientiert sich der Regionalverband Ostwürttemberg an dem Gutachten zur Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Damit können Hinweise auf Überlastungssituationen (u.a. im Rahmen von Stellungnahmen zum 1. Anhörungsentwurf) fundiert geprüft und beurteilt werden. §2 EEG und §22 KlimaG BW finden bei der Bewertung und Abwägung des Überlastungsschutzes weiterhin Anwendung.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Kriterium birgt zwar lokal Konfliktpotenzial. Aber im Lichte des § 2 EEG, § 22 KlimaG BW wie auch des § 249 Abs. 10 BauGB betrachtet, mit dem deutlich zum Ausdruck gebrachten Willen des Gesetzgebers, optisch bedrängende Wirkungen von Windenergieanlagen im Außenbereich überhaupt nur bei Unterschreitung eines Abstandes der zweifachen Höhe einer Windanlage als entgegenstehenden öffentlichen Belang zu akzeptieren, wird deutlich, dass von der Annahme einer Umzingelungssituation nicht pauschal ausgegangen werden kann, nur weil beispielsweise auf zwei Seiten einer Siedlung Vorranggebiete belegen wären. Nur in einzelnen, besonders gelagerten Fällen kann eine solche Ausschlusswirkung im Rahmen einer Einzelfallprüfung hergeleitet werden. Aus dem zuvor Gesagten ergibt sich, dass ein Ausschlusskriterium „Überlastungsschutz“ überhaupt nur in der letzten Prüfungsstufe zur Anwendung kommen kann. Des Weiteren sollen nach den vorliegenden Unterlagen im Zuge der SUP des Teilregionalplans Wind-energie einige Punkte (z.B. Naturdenkmale (punktuell, § 28 BNatSchG), Geotope < 3 ha) auf nachgelagerte Planungsebenen abgeschichtet werden (S. 8 des Scopingpapiers), da die Betroffenheit der Themen aufgrund ihrer Kleinteiligkeit erst sinnvoll geprüft werden könne, wenn die genauen Anlagenstandorte feststehen. Wir weisen jedoch darauf hin, dass dies nicht dazu führen sollte, dass zwar Vorranggebietezur Erreichung der Flächenziele ausgewiesen werden, deren Verwirklichung dann auf der nachgelagerten Planungsebene auf Grund der Betroffenheit von den o.g. Themen scheitern. Daher empfehlen wir bereits im Vorfeld eine angemessene Prüfungstiefe vorzunehmen. Abschließend sollte am Ende des Planungsprozesses aus der Teilfortschreibung selbst klar erkennbar sein, welche Festlegungen für Windkraft-Projekte in der Region Anwendung finden, z. B. durch einen Anhang, in dem auch die Festlegungen aus der Gesamtfortschreibung des Regionalplans 2035 etc. enthalten sind.“	Der Anregung zur angemessenen Prüfungstiefe von beispielsweise kleinflächigen Belangen wurde sinngemäß gefolgt. Im Rahmen des 1. Anhörungsentwurfs fehlten dem Regionalverband allerdings Informationen zur umfassenden Beurteilung der Umsetzbarkeit von Windenergieanlagen in den geplanten Vorranggebieten. Diese Informationen und Hinweise wurden im Rahmen der 1. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 vorgelegt und werden bei der Abwägung der Gebietskulisse und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs berücksichtigt. Für alle Vorranggebiete, die im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs weitergeführt werden, liegen keine negativen Umsetzungsprognosen für Windenergieanlagen vor.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1594 2.7 Gebietssteckbriefe Zu den Gebietssteckbriefen haben wir folgende allgemeine Anmerkungen: Bei einigen Flächen in den Steckbriefen findet sich hinsichtlich weiterer möglicher artenschutzrechtlicher Restriktionen der Hinweis „weitere Prüfung ausstehend“ (vgl. bspw. S. 18 der Begründung). Wir gehen davon aus, dass diese im weiteren Verfahren noch im erforderlichen Umfang geprüft werden.	Im weiteren Verfahren wurden die genannten Hinweise zu artenschutzrechtlichen Restriktionen sowie der Umgang damit in Abstimmung mit den zuständigen Unteren Naturschutzbehörden geprüft. Im Fall, dass valide Daten zu den artenschutzrechtlichen Hinweisen vorliegen, finden diese bei der Abwägung und ggf. notwendigen Gebietsanpassung mit entsprechender Gewichtung Berücksichtigung. Im Fall, dass keine validen Daten vorliegen, werden die Hinweise zu potenziellen Artvorkommen und weiteren artenschutzfachlichen Belangen als Hinweise für das nachgelagerte Verfahren in den Gebietssteckbriefen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			vermerkt.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1595 Fazit: In der Gesamtschau verstehen wir die Planung dahingehend, dass der Regionalverband die seitherigen Vorranggebiete für Windenergieanlagen ohne inhaltliche Änderung durch eine nachrichtliche Übernahme fortführen und diese lediglich durch neue Vorranggebiete für Windenergieanlagen ergänzen will. Für sämtliche Flächen soll klargestellt sein, dass es sich um Rotor-out-Festlegungen handelt und dass sonstiger Freiraumschutz zurücktreten soll.	Die Planung des Regionalverbands Ostwürttemberg wurde seitens des Regierungspräsidiums korrekt aufgefasst. Die Plansätze inkl. Begründung werden zur Klarstellung, entsprechend der Anregungen, überarbeitet.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1596 Die Fassung der Plansätze und ihrer Begründung, insbesondere die Darstellung des rechtlichen Rahmens, die Herleitung der Flächenkulisse, die Erläuterung der vorgesehenen Anpassungen und der Umgang mit den Überlagerungsregelungen ist noch zu vertiefen.	Wird gefolgt Die Plansätze inkl. Begründung werden zur Klarstellung, entsprechend der Anregungen, überarbeitet.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1597 III. Stellungnahme der Abteilung 4 – Mobilität, Verkehr und Straßen Straßenrechtliche Stellungnahme: Wir verweisen auf die Stellungnahme des Regierungspräsidiums Stuttgart vom 07.09.2023, deren Auflagen weiterhin zu berücksichtigen sind. --- Stellungnahme Mobilität, Verkehr und Straßen vom 07.09.2023: --- Von Seiten des Regierungspräsidium Stuttgart, Baureferat Ost, sind folgende Auflagen bei der weiteren Planung zur Teilfortschreibung zu berücksichtigen: Grundsätzlich müssen alle geplanten Umgestaltungen in den Straßenräumen der Bundes- und Landesstraße frühzeitig und auf Grundlage von Detailplänen mit dem Regierungspräsidium Stuttgart, Baureferat Ost, abgestimmt werden. Die Erschließung neuer Windenergiegebiete hat grundsätzlich über das bestehende Wegenetz zu erfolgen. Wenn neue Anschlüsse an Bundes- oder Landesstraße notwendig werden, ist eine frühzeitige Abstimmung mit dem Regierungspräsidium Stuttgart, Baureferat Ost, notwendig.	Wird zur Kenntnis genommen. Bundes- und Landesstraßen werden durch die Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht überplant. Zudem wird u.a. zu diesen Straßen ein vorsorglicher Umgebungsabstand eingehalten, wodurch in jedem Fall die gesetzlichen Anbauverbotszonen freigehalten werden. Die anderen genannten Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Details wie die konkreten Standorte und notwendigen Zuwegungen etc. der geplanten Windenergievorhaben feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1598 Luftrechtliche Stellungnahme: Vorab weisen wir darauf hin, dass die Errichtung von Windenergieanlagen, die eine Höhe von 100 Metern über der Erdoberfläche überschreiten, nur mit Zustimmung der	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Luftfahrtbehörde genehmigt werden darf (vgl. § 14 Luftverkehrsgesetz – LuftVG). Das gleiche gilt für Windenergieanlagen in einem Bauschutzbereich (vgl. § 12 LuftVG) und in einem beschränkten Bauschutzbereich (vgl. § 17 LuftVG). Vor Entscheidung über die Zustimmung sind wir gehalten, eine gutachtliche Stellungnahme der Flugsicherungsorganisation (DFS) einzuholen (vgl. § 31 Absatz 3 LuftVG). Ferner sind wir verpflichtet, das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) zu unterrichten, das dann in eigener Zuständigkeit entscheidet, ob durch die Errichtung Flugsicherungseinrichtungen gestört werden können (vgl. § 18a LuftVG).	
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1599 Luftrechtliche oder luftfahrttechnische Belange aus dem Zuständigkeitsbereich der Landesluftfahrtbehörde werden durch die aktuelle Planung nicht tangiert. Wir stimmen dem o. g. Regionalplan zu.	Wird zur Kenntnis genommen
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1600 Naturschutz Vorkommen windkraftsensibler Vogelarten Das Tötungs- und Verletzungsrisiko von Exemplaren, deren Brutstandort innerhalb des Nahbereichs oder zentralen Prüfbereichs gemäß § 45b Abs. 2, 3 BNatSchG um geplante Windkraftanlagen liegt, gilt (in der Regel) als signifikant erhöht. Sofern keine fachlich anerkannten Schutzmaßnahmen diese Gefahr hinreichend mindern, bedarf es in diesen Gebieten daher grundsätzlich einer artenschutzrechtlichen Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG (ggf. in Verbindung mit § 45b Abs. 8, 9 BNatSchG). Sofern in den aktuell geplanten Vorranggebieten bereits Planungen stattfinden und der immissionsschutzrechtliche Antrag vor dem 01.07.2025 gestellt wird, kann der Antrag durch § 6 WindBG modifiziert werden. Dieser ermöglicht umfassende artenschutzrechtliche Erleichterungen, die auch den Ausschluss der Erforderlichkeit einer artenschutzrechtlichen Ausnahme einschließen, vgl. § 6 Abs. 1 S. 12 WindBG. Ist dies nicht der Fall, unterfällt der spätere immissionsschutzrechtliche Genehmigungsantrag den Neuregelungen, die in Anschluss an § 6 WindBG durch Umsetzung der Erneuerbare-Energien-Richtlinie (RED III), geschaffen werden sollen. Hierzu liegt bislang nur ein Referentenentwurf vor, welchen Sie hier (siehe Anlage anbei) abrufen können. Es liegt nahe, dass auch hiernach artenschutzrechtliche Ausnahmen regelmäßig nicht erforderlich sein dürften. Insoweit können aus unserer Sicht auch die auf S.	Wird gefolgt Valide Daten zu Brutstandorten windkraftsensibler Vogelarten inkl. Nahbereich werden im Rahmen der Abwägung berücksichtigt. Bei Bedarf wird die Gebietskulisse des 1. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 entsprechend der Anregung angepasst. Die Hinweise zur Erforderlichkeit von artenschutzrechtlichen Ausnahmen werden zur Kenntnis genommen. Die betreffenden Absätze der Strategischen Umweltprüfung (S. 104) werden dahingehend überarbeitet.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		104 der Strategischen Umweltprüfung genannten Gebiete weiterverfolgt werden, ohne, dass eine artenschutzrechtliche Ausnahme in Aussicht gestellt werden müsste. Sofern bereits jetzt absehbar ist, dass sich ein Gebiet nahezu vollständig im Nahbereich windkraftsensibler Vogelarten liegt und daher mit erheblichen Konflikten zu rechnen ist, regen wir, trotz des zuvor gesagten an, diese Vorranggebiete nicht weiterzuverfolgen.	
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338	VRG 46 Kirchheim / Unterschneidheim	BE-ID: 1601 Nach den uns vorliegenden Informationen befinden sich nördliche Teilbereiche des VRG 46 innerhalb eines Rastvogelgebietes, welches dem Kiebitz und der Kornweihe als Rast- und Überwinterungsgebiet dient. Auch sind dort Brutvorkommen der Wiesenweihe bekannt. Dies sollte in den Planunterlagen entsprechend ergänzt werden, um das Vorkommen in einem nachfolgenden Zulassungsverfahren berücksichtigen zu können.	Das Vorranggebiet 46 "Kirchheim / Unterschneidheim" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Die Ergänzung der Planunterlagen um die eingebrachten artenschutzfachlichen Hinweise ist aus diesem Grund nicht notwendig.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1602 Weitere belastbare Informationen zu Vorkommen von Sonderstatusarten außerhalb der A-Kulisse zur Beurteilung dieser Sonderkonstellation liegen der höheren Naturschutzbehörde nicht vor. Die uns vorliegenden Daten wurden bereits mit der E-Mail vom 22.05.2023 an den Regionalverband übermittelt.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1603 Fledermausvorkommen Für die VRG 50, 51, 57 und 66/2 sind Vorkommen und Lebensstätten von Fledermäusen bekannt. Um das Tötungsrisiko von Fledermäusen durch Kollision an Windenergieanlagen zu verhindern, ist es erforderlich, dass die Anlagen während Zeiten erhöhter Fledermausaktivität systematisch außer Betrieb genommen werden. Sofern die RED III entsprechend in nationales Recht umgesetzt wird, schlagen wir vor, bereits auf Planebene entsprechende Standardminimierungsmaßnahmen vorzunehmen.	Durch die Überarbeitung der Gebietskulisse im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 (keine Weiterverfolgung der geplanten Vorranggebiete 50 "Dunstelkingen / Reistingen" und 57 "Herbrechtingen") kann eine potenzielle Betroffenheit der genannten Fledermausvorkommen durch diese Vorranggebiete ausgeschlossen werden. Bei den verbliebenen Vorranggebieten mit einer Kenntnis zum Vorkommen und Lebenstätten von Fledermäusen wird auf den Sachverhalt sowie der Notwendigkeit der Festlegung g und Durchführung von Vermeidung- und Minimierungsmaßnahmen hingewiesen.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1604 Artenschutzprogramm des Landes Baden-Württemberg (ASP) Im Bereich des VRG Nr. 51 „Dischingen/Nattheim“ konnten Vorkommen des Wald-Wiesenvögelchen (Coenonympha hero) als Art des Artenschutzprogramms Baden-Württemberg verzeichnet werden. Dies sollte in den Planunterlagen entsprechend ergänzt werden, um das Vorkommen in nachfolgenden Planungen berücksichtigen zu können.	Vorkommen von Arten des Artenschutzprogramms des Landes Baden-Württemberg wurden im Rahmen einer Einzelfallprüfung geprüft und entsprechend bei der Abgrenzung der geplanten Vorranggebiete berücksichtigt. Bei Vorranggebiet 51 wurde die Abgrenzung des Vorranggebiets zum 1. Anhörungsentwurfs knapp außerhalb der ASP-Flächen vorgenommen. Das Vorranggebiet 51 "Dischingen / Nattheim" wird aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf sowie nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1605 Ergänzende Hinweise: Die Natura2000-Prüfung, die artenschutzrechtliche Prüfung gem. §§ 44 ff. BNatSchG sowie die weitere naturschutzfachliche Beurteilung obliegen grundsätzlich zunächst der unteren Naturschutzbehörde.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1606 V. Stellungnahme der Abteilung 8 – Landesamt für Denkmalpflege Zur Beschleunigung des Ausbaus der erneuerbaren Energien hat das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen (MLW) als Oberste Denkmalschutzbehörde in enger Abstimmung mit dem LAD bereits im Jahr 2022 eine entsprechende Planungsoffensive gestartet. Mit Wirkung zum 11.02.2023 wurde unter anderem zur Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien das Baden-Württembergische Denkmalschutzgesetz (DSchG) geändert. Konkret ist dabei § 15 Abs. 4 DSchG zu nennen, in dem die Belange des Umgebungsschutzes hinsichtlich Windenergie- und Solaranlagen neu geregelt werden. Mit der neuen Gesetzgebung ist verbindlich verankert, dass dem Klimaschutz mit seiner besonderen Bedeutung in denkmalschutzrechtlichen Entscheidungen Rechnung zu tragen ist. Demgemäß kann der sogenannte Umgebungsschutz in Bezug auf die Errichtung, Veränderung oder Beseitigung von Windenergieanlagen (WEA) nur für eine ausgewählte Gruppe von in höchstem Maße raumwirksamen eingetragenen Kulturdenkmalen geltend gemacht werden (https://mlw.baden-wuerttemberg.de/de/denkmal-schutz/umgebungsschutz). Eine kartographische Darstellung findet sich hier: https://www.denkmalpflege-bw.de/denkmale/karte-kulturdenkmale-auf-geoportal-bw. Durch die Planung und Errichtung von WEA können letztlich zwei unterschiedliche Belange des Denkmalschutzes berührt sein. Zum einen ist dies der genannte Umgebungsschutz für sogenannte in höchstem Maße raumwirksame eingetragene Kulturdenkmale für Windenergie, zum anderen der Schutz vor partieller oder vollständiger Zerstörung, wie sie beispielsweise im Zuge von Baumaßnahmen als Folge der dafür erforderlichen Bodeneingriffe im Bereich von archäologischen Kulturdenkmalen eintreten kann. Bei UNESCO-Welterbestätten und Tentativlistenanträgen prüft das LAD, ob eine Beeinträchtigung der für die (nominierte) Welterbestätte relevanten Bezugspunkte vorliegt. Sollte diese	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		gegeben sein, ist ggf. eine weiterführende Prüfung im Rahmen einer Kulturerbeverträglichkeitsprüfung (engl.: heritage impact assessment = HIA) erforderlich. Die zukünftig festgelegten Suchräume in der Nähe von Welterbestätten und von potentiellen Welterbestätten (Tentativlistenanträge) unterliegen Einzelfallprüfungen, welche im Idealfall durch Visualisierungen begleitet werden. Hierbei gilt zu beachten, dass eine Pauschalisierung von Mindestabständen von Planungsvorhaben in der Umgebung von Welterbestätten von der UNESCO nicht vorgesehen ist. Eine potentielle Gefährdung einer Welterbestätte ist jeweils im Einzelfall im Hinblick auf den spezifischen außergewöhnlichen universellen Wert einer Stätte zu prüfen. Gerne unterstützen wir Sie bei der Identifizierung von dafür notwendigen und für die Stätten relevanten Sichtpunkten. Die UNESCO hat jüngst eine Anleitung zu Windenergieprojekten im Welterbekontext herausgegeben. Diese erklärt Hintergründe und Verfahrensabläufe („Guidance für Wind Energy Projects in a World Heritage Context“ und ist online abrufbar unter dem folgenden Link: https://whc.unesco.org/en/wind-energy). Sollte sich bei der Prüfung von Planungsunterlagen herausstellen, dass die Werte einer Welterbestätte durch ein Vorhaben beeinträchtigt werden könnten, erfolgt eine Prüfung des Vorhabens im Rahmen einer standardisierten Kulturerbeverträglichkeitsprüfung (englisch: Heritage Impact Assessment). Eine Erläuterung zur Umsetzung von Kulturerbeverträglichkeitsprüfungen der UNESCO findet sich unter dem folgenden Link: https://whc.unesco.org/en/guidance-toolkit-impact-assessments/. Bestandteile eines solchen Verfahrens sind unter anderem die Prüfung von konkreten Auswirkungen einer Planung auf das Welterbe und auch die Suche nach alternativen Lösungen, die zum Beispiel durch Versetzen von Windkraftanlagen eine Schädigung des außergewöhnlichen universellen Wertes vermeiden können. Die UNESCO bindet in Kulturerbeverträglichkeitsprüfverfahren Gutachter von ICOMOS, dem Internationalen Rat für Denkmalpflege, ein. Die UNESCO gibt schließlich eine Empfehlung ab, auf deren Grundlage der Mitgliedstaat über den Einzelfall entscheiden kann.	
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1607 Bau- und Kunstdenkmalpflege Die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmale für Windenergie innerhalb und am Rande der Verbandsgrenzen wurden	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		dem Regionalverband Ostwürttemberg mit Stellungnahmen vom 04.09.2023 durch das LAD mitgeteilt. Im Rahmen informeller Vorabstimmungen zwischen LAD und dem Verband Ostwürttemberg wurden relevante Sichtpunkte nach Durchführung der ersten Sichtraumanalyse (Sichtbarkeit des Kulturdenkmals) festgelegt. Die nun vorliegenden Planunterlagen enthalten neben den weiter präzisierten Sichtbarkeitsanalysen vereinfachte Fotosimulationen der potentiellen Windkraftanlagen. Das Landesamt für Denkmalpflege bedankt sich im Zuge dessen für die vorbildliche und präzise Behandlung des Schutzguts Kultur- und Sachgüter. Auf Grundlage der Fotovisualisierungen lassen sich bereits zum jetzigen Stand präzisierte Aussagen zur möglichen Beeinträchtigung der in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmale treffen. Da die tatsächlichen Standorte möglicher Windkraftanlagen endgültig jedoch erst im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren erfolgen, weisen wir nochmals darauf hin, dass sich die nachfolgende Bewertung der Beeinträchtigung der in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmale auf den jetzigen Stand der Planunterlagen bezieht.	
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338	VRG 41 Ellenberg / Jagstzell West	BE-ID: 1608 Auf Grundlage der bisher vorliegenden Unterlagen nimmt das LAD zu den einzelnen Vorranggebieten wie folgt Stellung: Schloss Ellwangen, Ellwangen, Kürzel: ELL08 und Wallfahrtskirche Schönenberg, Ellwangen, Kürzel: ELL09 Die Vorranggebiete 41 und 42 befinden sich ca. 6 km nördlich vom im höchsten Maße raumwirksamen eingetragenen Kulturdenkmal Schloss Ellwangen bzw. Wallfahrtskirche Schönenberg. Wie die im Rahmen der Vorabstimmungen erstellte kartografische Darlegung der Sichtbarkeiten sowie die ergänzend erstellten Fotovisualisierungen aufzeigen, werden die Windkraftanlagen 41/1-41/5 insbesondere vom Blickpunkt Ell-4 westlich des in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmals Schönenbergkirche teilweise bzw. vollständig in Erscheinung treten. Die Windkraftanlagen bedingen daher zwar eine Beeinträchtigung der Wallfahrtskirche in ihrer kulturlandschaftlichen Umgebung, da die Anlagen jedoch nicht direkt hinter dem Kulturdenkmal sichtbar sind und nur vergleichsweise kleinmaßstäblich zu sehen sein werden, kann nach unserer Ansicht jedoch keine erhebliche Beeinträchtigung gem. § 15 Abs. 4 DSchG festgestellt werden. Von einer Beeinträchtigung der in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmale von Blickpunt Ell-1 ist auf Grundlage der Fotovisualisierungen nicht auszugehen.	Wird zur Kenntnis genommen. Hinweise zum weiteren Umgang mit den Vorranggebieten 41 und 42: Das Vorranggebiet 41 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell West" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung und nach Beratung im Planungsausschuss am 31.01.2025 angepasst. Das Vorranggebiet 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1609 Schloss Kapfenburg, Lauchheim, Kürzel: LAU11 Sehr wichtige Sichtachsen zum Schloss Kapfenburg bestehen aus nordöstlicher, nördlicher und aus nordwestlicher Richtung. Zu den bereits bestehenden Vorranggebieten südlich und südöstlich des Kulturdenkmals hatte das Landesamt für Denkmalpflege in den bisherigen Flächennutzungsplan- und Genehmigungsverfahren bereits 2012 erhebliche Bedenken vorgetragen. Die nun vorliegenden Fotovisualisierungen zeigen zwar beispielsweise im Blickpunkt Nr. 3 eine gewisse Verminderung des Eingriffs durch den achsenförmig hinter dem Denkmal angelegten Freihaltebereich. In der Zusammenschau mit anderen Blickpunkten zeigt sich jedoch, dass die Kapfenburg als markanter Punkt am Horizont dennoch künftig von technischen Anlagen umzingelt sein wird. Von einer erheblichen Beeinträchtigung der nun im Zuge der neuen Flächenausweisungen noch näher an das Kulturdenkmal heranrückenden Windkraftflächen ist daher nach wie vor auszugehen. Darüber hinaus stellt die Fläche Erweiterung Waldhausen Ipf 48/3 im Übrigen auch für das in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmal Ipf eine erhebliche Beeinträchtigung dar (siehe Archäologische Denkmalpflege).	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt In Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen wird das Vorranggebiet 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren" im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 reduziert. Das angepasste Vorranggebiet 48 ist vor allem aufgrund der sehr hohen Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte >215 W/m² laut Windatlas des Landes) gut für die Nutzung der Windenergie geeignet, weshalb hierbei §2 EEG sowie §22 KlimaG BW Anwendung finden: Die Gebietskulisse wird im Rahmen der Anhörung deutlich reduziert (s.o.). Der Anregung, aus Gründen des Kulturgüterschutzes auf diese Flächenausweisung vollständig zu verzichten, kann aufgrund des überragenden öffentlichen Interesses des Ausbaus der Erneuerbaren Energien jedoch nicht gefolgt werden.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1610 Ipf mit keltischem Fürstensitz, Bopfingen, Kürzel: BOP03 Siehe Archäologische Denkmalpflege.	Wird zur Kenntnis genommen. Auf die Abwägung der Stellungnahme zur Archäologischen Denkmalpflege wird verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1611 Schloss Hohenbaldern, Bopfingen, Kürzel: BOP12 Die Fotovisualisierungen zeigen, dass die zusätzlichen Windkraftanlagen 44/2 Erweiterung VRG Nonnenholz Süd das in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmal Hohenbaldern zusätzlich umzingeln werden, aufgrund der bereits bestehenden Vorbelastung durch die Windkraftanlagen Nonnenholz werden hierzu jedoch keine erheblichen Bedenken zu der Erweiterung vorgetragen. Vom Blickpunkt Bal-3 wird das bereits für die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmale Kapfenburg und Ipf höchst problematische WKA Gebiet 48/2 und 48/3 – wenn auch in geringerem Maße – ebenfalls im Blickfeld des in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmals Hohenbaldern in Erscheinung treten, sodass das Gebiet auch in diesem Hinblick als problematisch einzustufen ist.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Hinweise zur südlichen Teilfläche des Vorranggebiets 44 "Erweiterung Nonnenholz" werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 44 "Erweiterung Nonnenholz" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von sonstigen Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. In Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen wird das Vorranggebiet 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren" im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 reduziert.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1612 Kloster Neresheim, Neresheim, Kürzel: NER05 Der Blick Ner-1 zeigt die Ansicht auf das Kloster Neresheim von der barocken Katholischen Pfarrkirche St. Georg, die erhöht auf dem	Wird gefolgt In Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen wurde das Vorranggebiet 49 "Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen" im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		sogenannten Krönungsberg liegt. Mit der bewusst angelegten Sichtbeziehung als herausragendes Zeugnis der Landschaftsgestaltung des 18. Jahrhunderts in der Klosterlandschaft Neresheim, hat diese Blickbeziehung eine große Bedeutung für das in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmal Kloster Neresheim. Dies zeigt auch die historisch und gegenwärtig häufige Darstellung des Klosters von dieser Sichtachse. Konservatorisches Ziel aus denkmalfachlicher Sicht war es immer, den grünen Sockel rund um das Kloster Neresheim freizuhalten. Mit den jetzt geplanten Anlagen der Erweiterung 49/2 und 49/4 Erweiterung VRG Weilermerkingen / Dehlingen werden die Anlagen nochmals deutlich näher an das Kloster heranrücken und die dominante Stellung auf dem Härtsfeld gefährden. Wir regen daher dringend an auf die Erweiterung 49/2 und 49/4 zu verzichten. Die Erweiterung 49/1 und 49/3 wird aufgrund der Vorbelastungen akzeptiert.	Windenergie 2025 angepasst und wird nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1613 Kloster Lorch, Rechberg, Hohenstaufen Die Einschätzung des Verband Ostwürttemberg, dass um das Kloster Lorch, den Rechberg mit Kirche und Ruine und um den Hohenstaufen keine geeigneten Suchräume für Windenergiegebiete innerhalb bestehen, teilt das LAD.	Wird zur Kenntnis genommen
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 1614 Archäologische Denkmalpflege In den Planungsunterlagen wird bereits zutreffend auf potentielle Beeinträchtigungen des in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmals „Vorgeschichtliche Befestigungsanlagen auf dem Ipf“ durch Windenergieanlagen in den Vorranggebieten Kirchheim/Unterschneidheim (46), Erweiterung Waldhausen/Beuren (48/3) und Erweiterung Weilermerkingen Dehlingen (49/1 und 49/3) hingewiesen. Die vorliegenden Fotosimulationen visualisieren diese negativen Auswirkungen aus der Perspektive prominenter Aussichtspunkte auf den Ipf nachvollziehbar. Während die potentiellen Windkraftanlagen in den Vorranggebieten 46, 49/1 und 49/3 in ihrer Auswirkung auf das Kulturdenkmal unterhalb einer erheblichen Beeinträchtigungsschwelle verbleiben würden, verhält es sich beim Vorranggebiet 48/3 anders. Die vorliegende Fotosimulation greift den Blick vom 601 m hohen Blasienberg auf, der sich knapp zwei Kilometer vom Ipf erhebt. Er bildet einen Aussichtspunkt von hervorragendem Rang, der nicht nur in nahezu allen Wander- und Freizeitkarten eingetragen ist, sondern mit Spiel- und Rastplatz auch Ziel von Lehrpfaden und Wanderwegen ist (z.B. Erlebnispfad Blasienberg der Gemeinde Kirchheim am	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt In Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen wird die Teilfläche 48/3 des geplanten Vorranggebiets 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren" im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 reduziert. Das angepasste Vorranggebiet 48 ist vor allem aufgrund der sehr hohen Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte >215 W/m² laut Windatlas des Landes) gut für die Nutzung der Windenergie geeignet, weshalb hierbei §2 EEG sowie §22 KlimaG BW Anwendung finden: Die Gebietskulisse wird im Rahmen der Anhörung deutlich reduziert (s.o.). Der Anregung, aus Gründen des Kulturgüterschutzes auf diese Flächenausweisung vollständig zu verzichten, kann aufgrund des überragenden öffentlichen Interesses des Ausbaus der Erneuerbaren Energien jedoch nicht gefolgt werden.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Ries).Der Ipf wendet dem Blasienberg seinen sanft abfallenden Osthang zu. Die auf unterschiedlicher Höhe angelegten Wall-Grabenanlagen der Urnenfelder-, Hallstatt- und Latènezeit entwickeln sich vor dem Auge eines vom Blasienberg Ausschau haltenden Betrachters zu einer eindrücklichen Szenerie. Im Licht- und Schattenspiel dieser Fortifikationslinien wird die imposante Fernwirkung der prähistorischen Befestigungsarchitektur in einzigartiger Weise nachvollziehbar. Eine vergleichbare Situation lässt sich in der archäologischen Denkmallandschaft Baden-Württembergs kein zweites Mal finden – sie macht den Ipf zu einer Ikone des südwestdeutschen Kulturerbes. Das markante, vom prähistorischen Menschen geformte Hochplateau des Ipf wäre von den Windkraftanlagen des Vorranggebiets gleichsam mit einer unruhigen, alle Umrisslinien auflösenden Krone versehen. Damit ist aus denkmalfachlicher Sicht eine erhebliche Beeinträchtigung im Sinne des Umgebungsschutzes gem. § 15 Abs. 4 DSchG gegeben, die zu einem deutlichen Verlust des Denkmalwertes führen wird. Zu den Flächenausweisungen bestehen daher erhebliche Bedenken seitens der Denkmalpflege. Wir regen dringend an, aus Gründen des Kulturgüterschutzes auf diese Flächenausweisung zu verzichten	
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1615 In vielen der neu hinzugekommenen Vorrangflächen sind archäologische Kulturdenkmale bekannt. Sofern WEA auf solchen ausgewiesenen Denkmalflächen oder in deren unmittelbarer Nähe geplant werden, empfiehlt sich eine frühzeitige Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege, um einer drohenden Zerstörung vorhandener Denkmalsubstanz in Folge bauseitiger Bodeneingriffe (Zuwegungen, Stell- und Lagerflächen, Kabeltrassen, Fundamente, etc.) im Rahmen einer denkmalverträglichen Detailplanung entgegenzuwirken. Sollten sich Bodeneingriffe im Denkmalbereich dennoch nicht vermeiden lassen, bedarf es vor Baubeginn einer fachgerechten Untersuchung, Bergung und Dokumentation der innerhalb der Bodeneingriffsflächen vorhandenen archäologischen Substanz, um dem öffentlichen Erhaltungsinteresse gem. § 2 Abs. 1 DSchG wenigstens im Hinblick auf den dokumentarischen Quellenwert des Kulturdenkmals zu entsprechen. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen sind gem. § 6 Abs. 2 DSchG vom Veranlasser zu finanzieren. Nach Abschluss etwaiger Rettungsgrabungen steht das Gelände aus denkmalpflegerischer Sicht für die Bebauung zur Verfügung.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. In den Planunterlagen (Gebietssteckbriefen) wird bei Betroffenheit ein Hinweis auf das Vorhandensein archäologischer Kulturdenkmale sowie die Empfehlung einer frühzeitigen Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege ergänzt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1616 Nach einer ersten Prüfung mit Hilfe der zur Verfügung gestellten Kartierungen sind aktuell folgende archäologische Kulturdenkmale gemäß § 2 bzw. § 12 DSchG (Kulturdenkmale von besonderer Bedeutung, in der Tabelle rot hervorgehoben) in den neu hinzugekommenen Vorrangflächen für Windenergieanlagen der vorliegenden Planung bekannt. --> siehe Abbildung Anlage	In den Planunterlagen (Gebietssteckbriefen) wird bei Betroffenheit ein Hinweis auf das Vorhandensein archäologischer Kulturdenkmale sowie die Empfehlung einer frühzeitigen Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege ergänzt. Durch die Überarbeitung der Gebietskulisse im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 kann die Betroffenheit einiger archäologischer Kulturdenkmale reduziert oder vermieden werden.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1617 UNESCO-Welterbe und Anträge auf der deutschen Tentativliste zur Nominierung von Welterbestätten Im RVOW befinden sich die in die Welterbeliste eingetragenen Stätten „Grenzen des Römischen Reiches – Obergermanisch-Raetischer Limes“ und „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb – Teilstätte Lonetal“. Die Welterbestätten stellen „in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmale“ für Windenergie dar und unterliegen entsprechend den Vorgaben der UNESCO besonderem, vor allem visuellem und substanziellem Schutz. Für die vorliegende Stellungnahme hat das LAD die Suchräume um die Welterbestätte „Grenzen des Römischen Reiches – Obergermanisch-Raetischer Limes“ und „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb“ mithilfe der zur Verfügung gestellten Sichtraum- bzw. Sichtbarkeitsanalyse und Visualisierungen des Regionalverbandes, mittels eigener Berechnungen sowie anhand der vorliegenden Attributekartierung der „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb“ zur Bewertung einer möglichen Beeinträchtigung analysiert. Während Planungen für Vorranggebiete (für Windenergie), die mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit keine Beeinträchtigung darstellen, nicht aufgeführt sind, finden sich im Folgenden alle VRG, bei denen geprüft werden muss, ob eine Beeinträchtigung vorliegt. Auf das oben beschriebene Verfahren für UNESCO-Welterbestätten wird verwiesen. Dabei mag es innerhalb eines Vorranggebietes kritische und weniger kritische Bereiche geben. Diese Bereiche können jedoch nicht anhand der vorliegenden Daten festgelegt werden, sondern müssen im Rahmen von Visualisierungen überprüft werden (siehe dazu, die Bewertung der einzelnen VRG).	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart		BE-ID: 1618 Grenzen des Römischen Reiches – Obergermanisch-Raetischer Limes	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 338		Der Obergermanisch-Raetische Limes (ORL) wurde als Teil der Welterbestätte „Grenzen des Römischen Reiches“, im Jahr 2005 in die Welterbeliste aufgenommen. Er erstreckt sich auf einer Länge von 550 km zwischen Rheinbrohl am Rhein und Eining an der Donau und wurde in mehreren Etappen im zweiten Jahrhundert errichtet. Mit seinen Kastellen, Forts, physischen Barrieren, vernetzter Infrastruktur und ziviler Architektur zeigt er einen wichtigen Austausch menschlicher Werte durch die Entwicklung römischer Militärarchitektur in zuvor weitgehend unerschlossenen Gebieten und gibt so einen authentischen Einblick in die Welt der Antike des späten 1. bis zur Mitte des 3. Jahrhunderts nach Christus. Der Limes war nicht nur ein militärisches Bollwerk, sondern definierte auch wirtschaftliche und kulturelle Grenzen. Obwohl sich kulturelle Einflüsse über die Grenze erstreckten, stellte sie eine kulturelle Trennlinie zwischen der romanisierten Welt und den nicht romanisierten germanischen Völkern dar. Der Limes ist somit ein hervorragendes Beispiel für die römische Präzision im Vermessungswesen. Der „Römische Limes“ im Gesamten stellt die Grenzlinie des Römischen Reiches in seiner größten Ausdehnung im 2. Jahrhundert n. Chr. dar. Er erstreckte sich über 5.000 km von der Atlantikküste im Norden Britanniens durch Europa bis zum Schwarzen Meer und von dort bis zum Roten Meer und über Nordafrika bis zur Atlantikküste. Die Überreste des Limes bestehen heute aus Resten von Mauern, Gräben, Kastellen, Festungen, Wachtürmen und zivilen Siedlungen. Der Limes ist ein eindrucksvolles Beispiel für die Organisation einer Militärzone und veranschaulicht die Verteidigungstechniken und geopolitischen Strategien des alten Roms. Im Rahmen der Welterbekonvention haben sich die Bundesrepublik Deutschland und das Land Baden-Württemberg verpflichtet, das Gut in seiner substantiellen und visuellen Integrität zu schützen. Die Einschreibungsdokumente auf der UNESCO-Seite finden sich unter folgendem Link: https://whc.unesco.org/en/list/430. --> siehe Abbildung 1 (Anlage): Die Welterbestätten „Grenzen des Römischen Reiches – Obergermanisch-Raetischer Limes“ und „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb“ mit in der Nähe befindlichen VRG (Wind).	
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1619 Prüfung der Beeinträchtigung des Welterbes „Grenzen des Römischen Reiches – Obergermanisch-Raetischer Limes“ durch VRG im RVOW	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Verschiedene Flächen wurden als Suchräume für VRG (Wind) im RVOW vorgeschlagen und haben eine räumliche Nähe zu den Kulturdenkmalen, die sich mit dem Welterbe „Grenzen des Römischen Reiches – Obergermanisch-Raetischer Limes“ in Verbindung bringen lassen. Diese sind in der folgenden Tabelle 1 aufgelistet: --> siehe Tabelle 1 (Anlage): In der Nähe der Welterbestätte „Grenzen des Römischen Reiches – Obergermanisch-Raetischer Limes“ befindliche VRG (Wind). Da die Welterbestätte als archäologisches Kulturdenkmal zumeist unterirdisch verläuft, können sich nur an wenigen Stellen, an denen der Limes oberirdisch verläuft, gegebenenfalls visuelle Beeinträchtigungen ergeben. Da sich diese oberirdisch sichtbaren Teile der Welterbestätte zudem in den meisten Abschnitten im Wald befinden, sind von den in Tabelle 1 aufgeführten Vorranggebieten vier Vorranggebiete auf visuelle Beeinträchtigung zu prüfen. Diese sind im Folgenden aufgelistet.	
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338	VRG 44 Erweiterung Nonnenholz	BE-ID: 1620 Bewertung des LAD der Welterbestätte „Grenzen des Römischen Reiches – Obergermanisch-Raetischer Limes“: mögliche Beeinträchtigung VRG 44/1 (Ellwangen / Pfahlheim, Erweiterung Nonnenholz Nord): Aufgrund der geringen Entfernung des geplanten Vorranggebiets zur Welterbestätte, die mit deren oberirdischen Sichtbarkeit in diesem Bereich einhergeht, ist eine visuelle Beeinträchtigung des Welterbes „Grenzen des römische Reiches – der Obergermanisch-Raetische Limes“, durch das VRG nicht auszuschließen. Bei der weiteren Planung von Windenergieanlagen muss mittels Visualisierungen geprüft werden, ob eine potentielle visuelle Beeinträchtigung der Stätte vorliegt. Sollte sich durch die Visualisierungen herausstellen, dass eine potentielle Beeinträchtigung vorliegt, werden die weiteren Planungen ggf. im Rahmen einer Kulturerbeverträglichkeitsprüfung überprüft (s.o.).	Wird zur Kenntnis genommen. Durch die Überarbeitung der Gebietskulisse im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 (keine Weiterverfolgung der Teilfläche 44/1 des geplanten Vorranggebiets 44 "Erweiterung Nonnenholz") kann eine potenzielle Betroffenheit der Welterbestätte „Grenzen des Römischen Reiches – Obergermanisch-Raetischer Limes“ durch die Teilfläche 44/1 ausgeschlossen werden.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338	VRG 44 Erweiterung Nonnenholz	BE-ID: 1621 VRG 44/2 (Ellwangen / Pfahlheim, Erweiterung Nonnenholz Nord): Aufgrund der geringen Entfernung des geplanten Vorranggebiets zur Welterbestätte, die mit deren oberirdischen Sichtbarkeit in diesem Bereich einhergeht, ist eine visuelle Beeinträchtigung des Welterbes „Grenzen des römische Reiches – der Obergermanisch-Raetische Limes“, durch das VRG nicht auszuschließen. Bei der weiteren Planung von Windenergieanlagen	Wird zur Kenntnis genommen. In den Planunterlagen (Gebietssteckbriefen) wird ein Hinweis auf die potenzielle Betroffenheit der UNESCO-Welterbestätte „Obergermanisch-Raetischer Limes“ sowie die Empfehlung einer frühzeitigen Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege ergänzt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		muss mittels Visualisierungen geprüft werden, ob eine potentielle visuelle Beeinträchtigung der Stätte vorliegt. Sollte sich durch die Visualisierungen herausstellen, dass eine potentielle Beeinträchtigung vorliegt, werden die weiteren Planungen ggf. im Rahmen einer Kulturerbeverträglichkeitsprüfung überprüft (s.o.).	
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338	VRG 47 Hornsberg	BE-ID: 1622 VRG 47/1 (Westhausen / Westhausen, Ellwangen / Röhlingen, Rainau / Dalkingen, Hornsberg): Aufgrund der geringen Entfernung des geplanten Vorranggebiets zur Welterbestätte, die mit deren oberirdischen Sichtbarkeit in diesem Bereich einhergeht, ist eine visuelle Beeinträchtigung des Welterbes „Grenzen des römische Reiches – der Obergermanisch-Raetische Limes“, durch das VRG nicht auszuschließen. Bei der weiteren Planung von Windenergieanlagen muss mittels Visualisierungen geprüft werden, ob eine potentielle visuelle Beeinträchtigung der Stätte vorliegt. Sollte sich durch die Visualisierungen herausstellen, dass eine potentielle Beeinträchtigung vorliegt, werden die weiteren Planungen ggf. im Rahmen einer Kulturerbeverträglichkeitsprüfung überprüft (s.o.).	Wird zur Kenntnis genommen. Durch die Überarbeitung der Gebietskulisse im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 (keine Weiterverfolgung des geplanten Vorranggebiets 47 "Hornsberg") kann eine potenzielle Betroffenheit der Welterbestätte „Grenzen des Römischen Reiches – Obergermanisch-Raetischer Limes“ durch das Vorranggebiet 47 ausgeschlossen werden.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338	VRG 47 Hornsberg	BE-ID: 1623 VRG 47/2 (Westhausen / Westhausen, Ellwangen / Röhlingen, Rainau / Dalkingen, Hornsberg): Aufgrund der geringen Entfernung des geplanten Vorranggebiets zur Welterbestätte, die mit deren oberirdischen Sichtbarkeit in diesem Bereich einhergeht, ist eine visuelle Beeinträchtigung des Welterbes „Grenzen des römische Reiches – der Obergermanisch-Raetische Limes“, durch das VRG nicht auszuschließen. Bei der weiteren Planung von Windenergieanlagen muss mittels Visualisierungen geprüft werden, ob eine potentielle visuelle Beeinträchtigung der Stätte vorliegt. Sollte sich durch die Visualisierungen herausstellen, dass eine potentielle Beeinträchtigung vorliegt, werden die weiteren Planungen ggf. im Rahmen einer Kulturerbeverträglichkeitsprüfung überprüft (s.o.).	Wird zur Kenntnis genommen. Durch die Überarbeitung der Gebietskulisse im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 (keine Weiterverfolgung des geplanten Vorranggebiets 47 "Hornsberg") kann eine potenzielle Betroffenheit der Welterbestätte „Grenzen des Römischen Reiches – Obergermanisch-Raetischer Limes“ durch das Vorranggebiet 47 ausgeschlossen werden.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1624 Prüfung der Beeinträchtigung des Welterbes „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb – Teilstätte Lonetal“ durch VRG im RVOW Verschiedene Flächen wurden als Suchräume für VRG (Wind) im RVOW vorgeschlagen und haben eine räumliche Nähe zur Welterbestätte „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb – Teilstätte Lonetal“. Diese sind in der folgenden Tabelle 2	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		aufgelistet: --> siehe Tabelle 2 (Anlage): In der Nähe der Welterbestätte „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb – Teilstätte Lonetal“ befindliche VRG (Wind).	
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338	VRG 57 Herbrechtingen	BE-ID: 1625 Bewertung LAD zu den im höchstem Maße raumwirksamen KDs am Welterbe „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb – Teilstätte Lonetal“: mögliche Beeinträchtigung VRG 57 (Herbrechtingen / Herbrechtingen): Aufgrund der Entfernung des geplanten Vorranggebiets zur Welterbestätte, die mit deren oberirdischen Sichtbarkeit in diesem Bereich einhergeht, ist eine visuelle Beeinträchtigung des Welterbes „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb“, durch das VRG nicht auszuschließen. Bei der weiteren Planung von Windenergieanlagen muss mittels Visualisierungen geprüft werden, ob eine potentielle visuelle Beeinträchtigung der Stätte vorliegt. Sollte sich durch die Visualisierungen herausstellen, dass eine potentielle Beeinträchtigung vorliegt, werden die weiteren Planungen ggf. im Rahmen einer Kulturerbeverträglichkeitsprüfung überprüft (s.o.).	Wird zur Kenntnis genommen. Durch die Überarbeitung der Gebietskulisse im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 (keine Weiterverfolgung des geplanten Vorranggebiets 57 "Herbrechtingen") kann eine potenzielle Betroffenheit der Welterbestätte „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb – Teilstätte Lonetal“ durch das Vorranggebiet 57 ausgeschlossen werden.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338	VRG 65 Schönbühl	BE-ID: 1626 VRG 65 (Gerstetten / Gerstetten): Aufgrund der Entfernung des geplanten Vorranggebiets zur Welterbestätte, die mit deren oberirdischen Sichtbarkeit in diesem Bereich einhergeht, ist eine visuelle Beeinträchtigung des Welterbes „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb“, durch das VRG nicht auszuschließen. Bei der weiteren Planung von Windenergieanlagen muss mittels Visualisierungen geprüft werden, ob eine potentielle visuelle Beeinträchtigung der Stätte vorliegt. Sollte sich durch die Visualisierungen herausstellen, dass eine potentielle Beeinträchtigung vorliegt, werden die weiteren Planungen ggf. im Rahmen einer Kulturerbeverträglichkeitsprüfung überprüft (s.o.).	Wird zur Kenntnis genommen. In den Planunterlagen (Gebietssteckbriefen) wird ein Hinweis auf die potenzielle Betroffenheit der UNESCO-Welterbestätte „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb - Teilstätte Lonetal“ sowie die Empfehlung einer frühzeitigen Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege ergänzt.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338	VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 1627 VRG 66/1, 66/2 und 66/3 (Sontheim / Sontheim): Aufgrund der Entfernung des geplanten Vorranggebiets zur Welterbestätte, die mit deren oberirdischen Sichtbarkeit in diesem Bereich einhergeht, ist eine visuelle Beeinträchtigung des Welterbes „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb“, durch das VRG nicht auszuschließen. Bei der weiteren Planung von Windenergieanlagen muss mittels Visualisierungen geprüft werden, ob eine potentielle visuelle Beeinträchtigung der Stätte vorliegt. Sollte sich durch die Visualisierungen herausstellen, dass eine	Wird zur Kenntnis genommen. In den Planunterlagen (Gebietssteckbriefen) wird ein Hinweis auf die potenzielle Betroffenheit der UNESCO-Welterbestätte „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb - Teilstätte Lonetal“ sowie die Empfehlung einer frühzeitigen Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege ergänzt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		potentielle Beeinträchtigung vorliegt, werden die weiteren Planungen ggf. im Rahmen einer Kulturerbeverträglichkeitsprüfung überprüft (s.o.).	
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338	VRG 67 Hermaringen	BE-ID: 1628 VRG 67 (Hermaringen / Hermaringen): Aufgrund der Entfernung des geplanten Vorranggebiets zur Welterbestätte, die mit deren oberirdischen Sichtbarkeit in diesem Bereich einhergeht, ist eine visuelle Beeinträchtigung des Welterbes „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb“, durch das VRG nicht auszuschließen. Bei der weiteren Planung von Windenergieanlagen muss mittels Visualisierungen geprüft werden, ob eine potentielle visuelle Beeinträchtigung der Stätte vorliegt. Sollte sich durch die Visualisierungen herausstellen, dass eine potentielle Beeinträchtigung vorliegt, werden die weiteren Planungen ggf. im Rahmen einer Kulturerbeverträglichkeitsprüfung überprüft (s.o.).	Wird zur Kenntnis genommen. In den Planunterlagen (Gebietssteckbriefen) wird ein Hinweis auf die potenzielle Betroffenheit der UNESCO-Welterbestätte „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb - Teilstätte Lonetal“ sowie die Empfehlung einer frühzeitigen Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege ergänzt.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 1629 VRG 68/1 und 68/2 (Giengen a.d. Brenz / Giengen a.d. Brenz): Aufgrund der Entfernung des geplanten Vorranggebiets zur Welterbestätte, die mit deren oberirdischen Sichtbarkeit in diesem Bereich einhergeht, ist eine visuelle Beeinträchtigung des Welterbes „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb“, durch das VRG nicht auszuschließen. Bei der weiteren Planung von Windenergieanlagen muss mittels Visualisierungen geprüft werden, ob eine potentielle visuelle Beeinträchtigung der Stätte vorliegt. Sollte sich durch die Visualisierungen herausstellen, dass eine potentielle Beeinträchtigung vorliegt, werden die weiteren Planungen ggf. im Rahmen einer Kulturerbeverträglichkeitsprüfung überprüft (s.o.).	Wird zur Kenntnis genommen. Durch die Überarbeitung der Gebietskulisse im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 (keine Weiterverfolgung der Teilfläche 68/2 des geplanten Vorranggebiets 68 "Giengen an der Brenz") kann eine potenzielle Betroffenheit der Welterbestätte „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb – Teilstätte Lonetal“ durch das Vorranggebiet 68 reduziert werden. In den Planunterlagen (Gebietssteckbriefen) wird ein Hinweis auf die potenzielle Betroffenheit der UNESCO-Welterbestätte „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb - Teilstätte Lonetal“ sowie die Empfehlung einer frühzeitigen Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege ergänzt.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1630 Fazit Fachbereich Weltkulturerbe: Auf Grundlage der vorliegenden Planungsunterlagen des RVOW ist bei der weiteren Planung von Windenergieplanungen zu prüfen, ob die Errichtung von WEA in den VRG 44/1, 44/2, 47/1 und 47/2 zu einer Beeinträchtigung der Welterbestätte „Grenzen des Römischen Reiches – Obergermanisch-Raetischer Limes“ und die VRG 57, 65, 66/1, 66/2, 66/3, 67, 68/1 und 68/2 zu einer Beeinträchtigung der Welterbestätte „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb – Teilstätte Lonetal“ führen. Eine endgültige Stellungnahme ob und inwieweit Planungen die kulturhistorischen Werte der Welterbestätte gefährden, lässt sich erst mit Kenntnis der genauen WEA-Standorte anhand von Visualisierungen feststellen. Sollte sich durch die Visualisierungen	Wird zur Kenntnis genommen. In den Planunterlagen (Gebietssteckbriefen) wird bei Betroffenheit ein Hinweise auf eine potenzielle Betroffenheit der UNESCO-Welterbestätten „Grenzen des Römischen Reiches – Obergermanisch-Raetischer Limes“ und „Höhlen und Eiszeitkunst der Schwäbischen Alb - Teilstätte Lonetal“ sowie die Empfehlung einer frühzeitigen Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege ergänzt. Die angesprochene Prüfung und Bewertung, ob und inwieweit Planungen von Windenergieanlagen in den benannten Vorranggebieten die kulturhistorischen Werte der Welterbestätte gefährden, geht über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und ist in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren zu klären, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie sowie konkrete Anlagenstandorte feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		herausstellen, dass eine potentielle Beeinträchtigung vorliegt, werden die weiteren Planungen ggf. im Rahmen einer Kulturerbeverträglichkeitsprüfung überprüft. Auf das unter Ziffer 1.3 näher beschriebene Verfahren, das ggf. einzuhalten wäre, wird verwiesen.	
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 1631 VI. Anmerkungen Referat 32 – Agrarstruktur - und Referat 33 – Fischerei – melden Fehlanzeige.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 367	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 1967 Teilfortschreibung Windenergie 2025 – Fragenkatalog Flugverkehr E-Mail vom 22. August 2024 Besprechung vom 9. September 2024 Anlagen 1 Sehr geehrte Damen und Herren, im Folgenden nehmen wir ergänzend zur Besprechung vom 9. September 2024 wie folgt Stellung: Vorranggebiet 53 Pfäffentäle/Diepertsbuch und Vorranggebiet 54 Ebnat Es ist richtig, dass hier ein Konflikt mit der Strecke für Geradeausan- und Geradeausabflüge am Verkehrslandeplatz Aalen-Elchingen besteht. Es sind Flugzeuge bis 10 000 kg MTOM zugelassen. Diese können die Platzrunde nicht fliegen, sondern müssen geradeaus auf die Start- und Landebahn anfliegen bzw. von dort geradeaus starten. Diese Strecke sowie die hierfür erforderlichen Anflugflächen können Sie der angefügten Karte entnehmen. Die Steigung der Flächen beträgt 1:25. Dabei sind die Flächen in einer Länge von 2 500 Metern, beginnend ab 30 Metern hinter der Schwelle der Start- und Landebahn, zu berücksichtigen. Unterhalb dieser Flächen können Windenergieanlagen errichtet werden, wenn sie einen vertikalen Abstand von mindestens 150 Metern zu diesen Flächen einhalten, der nach Anhang SERA.5005 Buchstabe f der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 923/2012 vorgeschriebenen Mindestflughöhe. Ab einer Länge der Fläche von 2 500 Metern, beginnend ab 30 Metern hinter der Start- und Landebahn, bis zu 10 NM (entspricht 18,52 Kilometern) handelt es sich um eine Einzelfallentscheidung, ob Windenergieanlagen zugestimmt werden kann, hierfür ist aller Voraussicht nach ein luftfahrttechnisches Gutachten erforderlich.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt In Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen wird das geplante Vorranggebiets 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt. Das geplante Vorranggebiet 54 "Ebnat" wird in Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 angepasst. Durch die Anpassung der Gebietskulisse des 1. Anhörungsentwurfs wird der beschriebene Konflikt mit der Strecke für Geradeausan- und Geradeausabflüge am Verkehrslandeplatz Aalen-Elchingen reduziert. Die angesprochene Einzelfallentscheidung, ob einzelnen Windenergieanlagen zugestimmt werden kann, geht über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und ist in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 1968 Vorranggebiet 48, Teilfläche 2 (Teilbereich östlich des Kugeltals in nördlicher Verlängerung der bestehenden Vorranggebiets)	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt In Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen wird das geplante Vorranggebiets 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren" im Rahmen der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 367		Die Anfliegbarkeit des Verkehrslandeplatzes Aalen-Elchingen und des Sonderlandeplatzes Bopfingen ist bereits jetzt aufgrund der Bestands an Windenergieanlagen und der topographischen Gegebenheiten äußerst kritisch. Ob der Einflug aus dem Norden in die Platzrunde des Verkehrslandeplatzes Aalen-Elchingen durch die Errichtung weiterer Windenergieanlagen verunmöglicht wird, hängt von Standort, Anzahl und Höhe der Windenergieanlagen ab und kann erst im Einzelfall im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens beurteilt werden.	Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 angepasst. Durch die Anpassung der Gebietskulisse des 1. Anhörungsentwurfs wird die beschriebene Problematik der Anfliegbarkeit des Verkehrslandeplatzes Aalen-Elchingen und des Sonderlandeplatzes Bopfingen reduziert. Die angesprochene Einzelfallentscheidung, ob einzelnen Windenergieanlagen zugestimmt werden kann, geht über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und ist in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 367	VRG 58 Erweiterung Lauterburg	BE-ID: 1969 Vorranggebiet 58 Lauterburg Es ist richtig, dass hier teilweise ein Konflikt mit An- und Abflügen aus dem Norden besteht. Nach der Regelung des Flugplatzverkehrs des Sonderlandeplatzes Bartholomä- Amalienhof kann von motorgetriebenen Luftfahrzeugen und Schleppzügen, welche in nördliche Richtung (341°) starten, aus flugsicherheitstechnischen Gründen ein Geradeausabflug durchgeführt werden, Die gilt für Landungen aus nördlicher Richtung sinngemäß. Die südwestliche Teilfläche (westlich und östlich des landwirtschaftlichen Wegs) führt daher zu einem Konflikt, der auch im nachgelagerten Verfahren nicht gelöst werden kann. Im Übrigen bestehen keine Bedenken.	Wird gefolgt Das geplante Vorranggebiets 58 "Erweiterung Lauterburg" wird im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 angepasst. Durch die Anpassung der Gebietskulisse des 1. Anhörungsentwurfs wird der beschriebene Konflikt mit der Strecke für Geradeaus- und Geradeausabflüge am Sonderlandeplatz Bartholomä-Amalienhof ausgeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 187 Regierungspräsidium Stuttgart Stn-Id: 338		BE-ID: 2046 das Regierungspräsidium Stuttgart dankt für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung zur Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen des Regionalplans für die Region Ostwürttemberg. Das Regierungspräsidium Stuttgart nimmt zu dem Planentwurf als Stabsstelle Energiewende, Windenergie und Klimaschutz (Ziffer I), sowie aus Sicht von Referat 21 – höhere Raumordnungsbehörde (Ziffer II), Abteilung 4 – Mobilität, Verkehr Straßen – (Ziffer III), Abteilung 5 – Umwelt – (Ziffer IV) und Abteilung 8 – Landesamt für Denkmalpflege – (Ziffer V) Stellung.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 353 Bayerisches Landeskriminalamt Stn-Id: 50		BE-ID: 126 im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange haben wir in unserer Funktion als zentrale Betriebsstelle für den Digitalfunk für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Ihre Anfrage vom 17.04.2024 bzgl. Ostwürttemberg (Landkreis Heidenheim und Ostalbkreis) geprüft. Die 30 neuen Vorranggebiete betreffen ausschließlich das Hoheitsgebiet des Landes Baden-Württemberg. Die grenznahen Vorranggebiete stellen keine Einschränkungen für die Versorgung in Bayern dar. Derzeit hat die AS BY im Ergebnis keine Einwände gegen die ausgewiesene Konzentrationszone für Windenergieanlagen.	
lfd. Ident-Nr.: 353 Bayerisches Landeskriminalamt Stn-Id: 50		BE-ID: 128 In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass ggf. auch Betreiber von kommerziellen Mobilfunk-/Netzdiensten bedeutende Serviceleistungen für den Betrieb des Digitalfunk BOS erbringen. Insoweit bezieht sich unsere Bewertung auf die bei der AS BY verantworteten Bestandteile des Digitalfunk BOS, nämlich die Sicherstellung der Versorgung mit Digitalfunk BOS und, damit zusammenhängend, das im Aufbau befindliche (neue) Zugangsnetz in Netzhoheit der AS BY. Das derzeitige Zugangsnetz für den Digitalfunk BOS im Bestand wird hingegen von der Firma Vodafone geplant, aufgebaut und betrieben. Der AS BY sind zwar die Topologien der einzelnen logischen Verbindungen bekannt, jedoch nicht die Streckenführung im Detail. Aus diesem Grund ist es insbesondere geboten, die Firma Vodafone in die Planungen einzubeziehen. Sofern die Firma Vodafone die beauftragten Verbindungen für den Digitalfunk BOS über andere Netzbetreiber realisiert, könnte sie mit Ihrer Information zur geplanten Maßnahme die Klärung herbeiführen.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Firma Vodafone wurde bei der 1. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 beteiligt.
lfd. Ident-Nr.: 530 Ministerium für Verkehr Stn-Id: 355		BE-ID: 1633 Der Regionalverband Ostwürttemberg hat das Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen und dieses das Ministerium für Verkehr um Stellungnahme zum Entwurf der o.g. Teilfortschreibung des Regionalplans Ostwürttemberg gebeten. Damit kann das Ministerium für Verkehr eine Stellungnahme zu dem Verfahren	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		abgeben. Hierzu nehmen wir im Rahmen der Anhörung von Trägern öffentlicher Belange wie folgt Stellung: Grundsätzlich begrüßen wir die Anstrengungen zur Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen, da dies den Klimaschutzzielen dient. Für die Antriebswende ist eine ausreichende Versorgung mit Strom aus erneuerbaren Energien unerlässlich.	
lfd. Ident-Nr.: 530 Ministerium für Verkehr Stn-Id: 355		BE-ID: 1634 In diesem Zusammenhang ist jedoch ebenso ein Ausbau der Ladeinfrastruktur für Elektromobilität wichtig.	Wird zur Kenntnis genommen. Das in der Anregung aufgeführte Thema ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.
lfd. Ident-Nr.: 530 Ministerium für Verkehr Stn-Id: 355		BE-ID: 1635 Zudem sind die geplanten Straßenbaumaßnahmen in der Planaufstellung zu berücksichtigen.	Wird gefolgt Im Plankonzept (Kriterienkatalog) der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wurde die geplante Bundesstraße B29n bereits als im Einzelfall zu prüfendes Kriterium berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 530 Ministerium für Verkehr Stn-Id: 355		BE-ID: 1636 Zum Erhalt der Biodiversität sind zudem die Wiedervernetzung an Verkehrswegen sowie der Erhalt wertgebender Lebensräume an Straßen bedeutsame Punkte. Wir bitten diese Aspekte in Ihre Planung einfließen zu lassen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 530 Ministerium für Verkehr Stn-Id: 355		BE-ID: 1637 Im Folgenden zu den einzelnen Punkten: Themenbereich Straßeninfrastruktur Das Ministerium für Verkehr weist darauf hin, dass im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg folgende Straßenbauvorhaben zu beachten sind: • bezüglich der Bundesstraßen die im Bedarfsplan 2016 für die Bunddesfernstraßen des Bundes zum Bundesverkehrswegeplan 2030 verankerten Straßenbauvorhaben, sowie • bezüglich der Landesstraßen die im Maßnahmenplan 2021-2035 des Landes Baden-Württemberg zum Generalverkehrsplan verankerten Straßenbauvorhaben. Selbiges gilt für Vorhaben des Um- und Ausbaus an Bundes- und Landesstraßen so-wie für Maßnahmen des Bedarfsplans Radwege. Auskünfte hierzu sind beim zuständigen Regierungspräsidium Stuttgart einzuholen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die genannten Straßenbauvorhaben wurden gesichtet und hinsichtlich einer Betroffenheit durch die Planung im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 geprüft. Der 1. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 tangiert durch das geplante Vorranggebiet 48 (insbesondere Teilfläche 48/3) einen geplanten neuen Trassenverlauf der Bundesstraße B29 südlich von Bopfingen. Das Vorranggebiet wird - in Verbindung mit anderen Belangen - angepasst. Das Vorranggebiet 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Maßnahmen an Landesstraßen sowie Maßnahmen des Bedarfsplans Radwege werden durch die Planung nicht beeinträchtigt.
lfd. Ident-Nr.: 530 Ministerium für Verkehr Stn-Id: 355		BE-ID: 1638 Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass grundsätzlich • die Anbauverbotszone von 20 m und Anbaubeschränkungszone von 40 m gemäß § 9 Abs. (1) bzw. Abs. (2) in Verbindung mit Abs. (2b) Bundesfernstraßengesetz bei	Wird nicht gefolgt Zu Bundesfernstraßen, Bundes- und Landesstraßen wird jeweils ein ausreichender Umgebungsabstand eingehalten. Diese Abstände sind im Kriterienkatalog zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 definiert. In der Region Ostwürttemberg ist keine Radschnellverbindung etabliert.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Bundesstraßen, sowie • die Anbauverbotszone von 20 m und Anbaubeschränkungszone von 40 m gemäß § 22 Abs. (1) bzw. Abs. (2) Straßengesetz für Baden-Württemberg bei Landesstraßen, sowie • die Anbauverbotszone von 5 m und Anbaubeschränkungszone von 10 m bei Radschnellverbindungen gemäß § 22 Abs. (1) bzw. Abs. (2) Straßengesetz für Baden-Württemberg beachtet werden müssen.	
lfd. Ident-Nr.: 530 Ministerium für Verkehr Stn-Id: 355		BE-ID: 1639 Es wird zudem davon ausgegangen, dass die Belange des Straßenbaulastträgers der Bundes- und Landesstraßen sowie Radwege in der Zuständigkeit der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg durch das gleichfalls angehörte zuständige Regierungspräsidium Stuttgart berücksichtigt werden.	Wird gefolgt Das zuständige Regierungspräsidium Stuttgart wurde im Rahmen der 1. Anhörung des Teilregionalplans Windenergie 2025 beteiligt.
lfd. Ident-Nr.: 530 Ministerium für Verkehr Stn-Id: 355		BE-ID: 1640 Themenbereich Wiedervernetzung an Verkehrswegen Es wird darum gebeten, bei der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg – neben dem regionalen Biotopverbund auch die Wildtierkorridore des Generalwildwegeplans gemäß § 46 Jagd- und Wildtiermanagementgesetz Baden-Württemberg sowie die prioritären Wiedervernetzungsabschnitte an Straßen des „Landeskonzepts Wiedervernetzung an Straßen Baden-Württemberg“ des Ministeriums für Verkehr zu berücksichtigen. Das Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg hat im Jahr 2015 aufbauend auf den Fachplänen des Bundes und des Landes das „Landeskonzept Wiedervernetzung an Straßen in Baden-Württemberg“ mit den prioritären Wiedervernetzungsabschnitten an Straßen erstellt. Es wird daher ebenfalls um Berücksichtigung der prioritären Wiedervernetzungsabschnitte des Landeskonzeptes Wiedervernetzung gebeten. Informationen zu den prioritären Wiedervernetzungsabschnitten können der Internetseite des Verkehrsministeriums entnommen werden (Bundesprogramm Wiedervernetzung: Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg (baden-wuerttemberg.de); Landesprogramm Wiedervernetzung: Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg (baden-wuerttemberg.de)). In diesem Zusammenhang wird um Ergänzung des Umweltberichts und der zugehörigen Anlagen um das „Landeskonzept Wiedervernetzung an Straßen in Baden-Württemberg“ gebeten. Dies betrifft neben den Steckbriefen in Anhang 2 den	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Der Generalwildwegeplan (insbesondere Wildtierkorridore) ist als im Einzelfall zu prüfendes Kriterium im Kriterienkatalog zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgelegt und wurde bereits entsprechend berücksichtigt. Die genannten prioritären Wiedervernetzungsabschnitte an Straßen des Landeskonzepts Wiedervernetzung an Straßen in Baden-Württemberg sowie des Bundesprogramms Wiedervernetzung wurden gesichtet und hinsichtlich einer Betroffenheit durch die Planung im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 geprüft. Es konnte keine Betroffenheit der Abschnitte bzw. Maßnahmen durch die geplanten Vorranggebiete des 1. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 festgestellt werden.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Belang „Biotopverbund“ in Anhang 1. Quelle ist das Landeskonzept Wiedervernetzung an Straßen Baden-Württemberg (Ministerium für Verkehr Baden-Württemberg, 2015). Die prioritären Abschnitte des Landeskonzepts Wiedervernetzung können der Internetseite https://udo.lubw.baden-wuerttemberg.de/public/index.xhtml?highlightglobalid=bvGwp (/ Biotopverbund Wiedervernetzung, Amphibien VM 2021) entnommen werden.	
lfd. Ident-Nr.: 190 Landratsamt Alb-Donau-Kreis Stn-Id: 39		BE-ID: 1380 1 Vorbemerkungen 1.1 Bauen, Brand- und Katastrophenschutz Bauen 1.1.1 Es sind keine Denkmale oder Bodendenkmale in unserem Zuständigkeitsbereich betroffen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 190 Landratsamt Alb-Donau-Kreis Stn-Id: 39		BE-ID: 1381 1.2 Forst, Naturschutz Forst 1.2.1 Keine forstrechtlichen Belange im Alb-Donau-Kreis betroffen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 190 Landratsamt Alb-Donau-Kreis Stn-Id: 39		BE-ID: 1382 2 Anregungen 2.1 Forst, Naturschutz Naturschutz 2.1.1 Wir verweisen auf die ausgewiesenen Vorranggebiete für Windkraft des Regionalplan Donau-Iller in der Nähe zur Kreisgrenze Alb-Donau-Kreis und Heidenheim, im Hinblick auf mögliche Auswirkungen auf naturschutzrechtliche bzw. artenschutzrechtliche Belange durch die Kumulationen von mehreren Windrädern. Dazu der Hinweis, dass aktuell das Änderungsverfahren zur Fortschreibung der Windkraftstandorte beim Regionalverband Donau-Iller noch läuft und ggf. Änderungen zu erwarten sind. Die Planung muss mit den Schutzzwecken der Schutzgebietskulisse im Alb-Donau-Kreis vereinbar sein. Insbesondere wird auf folgende Schutzgebiete im Grenzbereich hingewiesen: Naturschutzgebiete „Donauried“ und „Hungerbrunnental“ bei Altheim-Alb. Die FFH-Gebiete „Donauried“ und „Hungerbrunnen, Sacken- und Lonetal“ Das Vogelschutzgebiet „Donauried“ 7527-441, VO vom 10.02.2010. Der Vollständigkeit noch die Landschaftsschutzgebiete: „Donauried“, „Hungerbrunnental“ und „Mittleres Lonetal“ und das UNESCO-Gebiet im Lonetal von 2017 und die Feldvogelkulisse-Biotopverbund der LUBW. Mit Bezug auf die Natura 2000-Kulisse finden vor allem die 2 Schutzgebiete im Donauried (VSG und FFH) ihrer Fortsetzung auf Niederstotzinger Markung im LK Heidenheim, mit gleichen	Bei den angeführten Schutzgebieten gibt es keine Betroffenheit bzw. kein Konflikt mit den geplanten Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen in der Region Ostwürttemberg. Die Schutzgebiete werden nicht überplant und befinden sich in ausreichendem Abstand zu den geplanten Vorranggebieten. Es sind einige Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen von Flächen des Fachplans Landesweiter Biotopverbund Baden-Württemberg Raumkulisse Feldvögel betroffen; diese fließen als Hinweise in die Gesamtabwägung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen ein.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Ansprüchen und Erfordernissen.	
lfd. Ident-Nr.: 190 Landratsamt Alb-Donau-Kreis Stn-Id: 39		BE-ID: 1383 2.2 Umwelt- und ArbeitsschutzImmissionsschutz 2.2.1 keine Anregungen	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 190 Landratsamt Alb-Donau-Kreis Stn-Id: 39		BE-ID: 1384 2.3 Flurneuordnung 2.3.1 Es ist kein Verfahren nach dem FlurbG im Landkreis Alb-Donau-Kreis betroffen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 190 Landratsamt Alb-Donau-Kreis Stn-Id: 39		BE-ID: 1385 3 Hinweise 3.1 Straßen 3.1.1 Nicht betroffen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 190 Landratsamt Alb-Donau-Kreis Stn-Id: 39		BE-ID: 1386 3.2 Umwelt- und ArbeitsschutzImmissionsschutz 3.2.1 keine Hinweise	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 190 Landratsamt Alb-Donau-Kreis Stn-Id: 39		BE-ID: 1387 3.3 Flurneuordnung 3.3.1 Es werden keine Einwendungen vorgebracht	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 191 Landratsamt Dillingen a.d. Donau Stn-Id: 352		BE-ID: 1894 1. Fachkraft für Immissionsschutz vom 29.05.2024 Nr. 41-1711.4.1.1 Immissionsschutz; Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalverbandes Ostwürttemberg Hier: Förmliche Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange Der Regionalverband Ostwürttemberg führt die Teilfortschreibung Windenergie 2025 durch. Der Landkreis Dillingen a.d.Donau grenzt in seinem Westen und Norden direkt an den Geltungsbereich. Einige der jetzt neu geplanten Vorranggebiete für Windenergie liegen direkt an der Landkreisgrenze (Gebietsnr. 50, 51, 67) andere weisen nur geringe Abstände zur Landkreisgrenze auf (Gebietsnr. 68). Prinzipiell bestehen aus immissionsschutzfachlicher Sicht keine Bedenken. Für das Gebiet 51 nördlich von Zöschingen darf aber darauf hingewiesen werden, dass nordwestlich von Zöschingen bereits ein Windpark mit 8 Windenergieanlagen besteht. Dementsprechend besteht hier in Zöschingen eine Vorbelastung durch Schallimmissionen, die bei einem späteren	Wird zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte (Immissions-Vorbelastungen) sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Genehmigungsverfahren für Windenergieanlagen im Gebiet 51 zu berücksichtigen wären.	
lfd. Ident-Nr.: 191 Landratsamt Dillingen a.d. Donau Stn-Id: 353	VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 1895 2. Fachkraft für Naturschutz vom 29.07.2024 anbei die Stellungnahme zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalverbandes Ostwürttemberg. Es wird zu den drei zum Landkreis Dillingen angrenzenden Windenergie Gebieten Stellung genommen. - Dunstelkingen/Reistingen: Im Waldgebiet auf der Seite des Landkreises Dillingen wurde die FFH-Anhang IV Art „Wald-Wiesenvögelchen" (Coenonympha hero) an mehreren Standorten kartiert. Diese Schrnetterlingsart kommt dort vor allem auf den Waldwiesen und Freiflächen vor. Zudem haben Waldwiesen eine hohe naturschutzfachliche Bedeutung und sind deshalb zu schützen. Der C. hero würde durch den Betrieb der Windanlagen nicht beeinflusst werden, jedoch stellt die Errichtung der Anlage und Versiegelung der Fläche eine erhebliche Beeinträchtigung der Art dar. Sollte diese Art in dem geplanten Gebiet vorkommen, sind gegebenenfalls die Hauptvorkommensgebiete des C. heros aus dem Windenergiegebiet auszuschließen und diese Art zu schützen. Des Weiteren besteht in dem Plangebiet der Wald zum größten Teil aus Mischwald mit Anteilen von Fichtenmonokulturen. Mischwälder sind im Vergleich zu Monokulturen klimaresistenter. Bei der Auswahl der Standorte für die einzelnen Windanlagen sollen Fichtenmonokulturen bevorzugt werden.	Wird zur Kenntnis genommen. Vorkommen von Arten des Artenschutzprogramms des Landes Baden-Württemberg wurden im Rahmen einer Einzelfallprüfung geprüft und entsprechend bei der Abgrenzung der geplanten Vorranggebiete berücksichtigt. Es handelt sich im Weiteren um Hinweise zu konkreten Anlagenstandorten. Die konkrete Standortplanung ist nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene. Das Vorranggebiet 50 "Dunstelkingen / Reistingen" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 191 Landratsamt Dillingen a.d. Donau Stn-Id: 353	VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1896 - Dischingen/Nattheim: Im Waldgebiet auf der Seite des Landkreises Dillingen wurde die FFH-Anhang IV Art „Wald-Wiesenvögelchen" (Coenonympha hero) und die FFH-Anhang II und Art FFH-Anhang IV Art 11Gelbbauchunke" (Bambino variegata) kartiert. Sollten diese Arten in dem geplanten Gebiet vorkommen, sind gegebenenfalls die Hauptvorkommensgebiete des C. heros und der Gelbbauchunke aus dem Windenergiegebiet auszuschließen und diese Arten zu schützen. Des Weiteren besteht in dem Plangebiet der Wald zum größten Teil aus Mischwald mit Anteilen von Fichtenmonokulturen. Mischwälder sind im Vergleich zu Monokulturen klimaresistenter. Bei der Auswahl der Standorte für die einzelnen Windanlagen sollen Fichtenmonokulturen bevorzugt werden.	Wird zur Kenntnis genommen. Vorkommen von Arten des Artenschutzprogramms des Landes Baden-Württemberg wurden im Rahmen einer Einzelfallprüfung geprüft und entsprechend bei der Abgrenzung der geplanten Vorranggebiete berücksichtigt. Bei Vorranggebiet 51 wurde im 1. Anhörungsentwurf die Abgrenzung des Vorranggebiets knapp außerhalb der ASP-Flächen vorgenommen. Das Vorranggebiet 51 "Dischingen / Nattheim" wird aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf sowie nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Es handelt sich im Weiteren um Hinweise zu konkreten Anlagenstandorten.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Die konkrete Standortplanung ist nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene.
lfd. Ident-Nr.: 191 Landratsamt Dillingen a.d. Donau Stn-Id: 353	VRG 67 Hermaringen	BE-ID: 1897 - Hermaringen: In dem Plangebiet besteht der Wald zum größten Teil aus Mischwald mit Anteilen von Fichtenmonokulturen. Mischwälder sind im Vergleich zu Monokulturen klimaresistenter. Bei der Auswahl der Standorte für die einzelnen Windanlagen sollen Fichtenmonokulturen bevorzugt werden.	Wird nicht gefolgt Es handelt sich um Hinweise zu konkreten Anlagenstandorten. Die konkrete Standortplanung ist nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 191 Landratsamt Dillingen a.d. Donau Stn-Id: 353		BE-ID: 1898 Aus naturschutzfachlicher Sicht bestehen zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalverbandes Ostwürttemberg keine Einwände, wenn die obengenannten Punkte beachtet werden.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 192 Landratsamt Donau-Ries Stn-Id: 305		BE-ID: 1825 zu o. g. Teilfortschreibung des Teilregionalplans Erneuerbare Energien bestehen aus Sicht der Bauleitplanung Donau-Ries keine Bedenken, solange alle öffentlich-rechtlichen Anforderungen, insbesondere die Bestimmungen des BauGB eingehalten werden.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 193 Landratsamt Göppingen Stn-Id: 176		BE-ID: 1795 der Regionalverband Ostwürttemberg beabsichtigt die Teilfortschreibung Windenergie 2025. Vorgesehen ist die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen. Die Ergänzung der Vorranggebietskulisse der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 im Rahmen der vorliegenden Teilforstschreibung Windenergie 2025 erfolgt gemäß Plansatz 4.2.2.1 (2), (3) und (4). Die Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg hat in ihrer öffentlichen Sitzung am 22. März 2024 die Durchführung des Beteiligungsverfahrens zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 für die Region Ostwürttemberg (Landkreise Heidenheim und Ostalbkreis) nach § 9 Abs. 2 ROG, § 12 Abs. 2 LplG beschlossen. Der Regionalverband Ostwürttemberg hat das Landratsamt Göppingen am 11.04.2024 zum Planentwurf als Träger öffentlicher Belange beteiligt und um Stellungnahme zu der vorgesehenen Teilfortschreibung des Regionalplans bis spätestens 15.07.2024 gebeten. Das Landratsamt Göppingen bedankt sich für die Beteiligung in diesem Verfahren zur Änderung des Regionalplans und gibt die nachfolgende, nach Ämtern und Fachabteilungen gegliederte Stellungnahme zum Planentwurf ab. Stellen, die nicht aufgeführt sind, wurden intern nicht beteiligt.	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 193 Landratsamt Göppingen Stn-Id: 176		BE-ID: 1797 Büro für Kreisentwicklung und Kommunikation Die Tourismusförderung des Landkreises Göppingen bekennt sich zu einer planvollen Steuerung des Ausbaus erneuerbarer Energien und unterstützt grundsätzlich den Ausbau erneuerbarer Energien. Dies insbesondere auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Tourismusbranche einen erheblichen Energiebedarf hat, der gedeckt werden muss. Einige touristische Anbieter gehen hier bereits mit guten Beispielen voran (z. B. Biosphärengastgeber, EMAS-Zertifizierungen etc.). Dies wird auch seitens der Tourismusförderung im Marketing unterstützt. Zudem erhöht sich die Nachfrage nach nachhaltigen Tourismusangeboten stetig. Dennoch können Windkraftanlagen zu einer unverkennbaren Veränderung des bestehenden Landschaftsbildes beitragen. Umso wichtiger ist ein abgewogener und sorgsamer Umgang im planerischen Prozess in Gestalt einer abgestimmten regionalen Steuerung unter Berücksichtigung der touristischen Belange bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windkraftanlagen. Als touristischer Belang wäre das Freihalten besonders sensibler Bereiche, insbesondere von markanten Stellen des Albtraufs zu nennen. Ebenso sind folgende Punkte zu beachten: • Bestmögliche Bewahrung des Landschaftsbildes der „Kuppenalb“ sowie Sicherung touristisch wertvoller Freiräume • Bewahrung von „Räumen der Ungestörtheit“ / Ruheräume • angemessene Abstandsplanung für besondere touristische Betriebe (z. B. Ferienanlagen, Beherbergungsbetriebe, Campingplätze etc.) • Vermeidung einer breitgefächerten „optischen Verschandelung“ mittels einer Steuerungsplanung	Wird zur Kenntnis genommen. Die Entwicklung des Tourismus ist wie auch die Bevölkerungsentwicklung von vielerlei Faktoren und Akteuren abhängig. Die Belange des Tourismus sind mittelbar (z.B. über Siedlungsflächen für die Erholung mit entsprechenden Umgebungsabständen, Bereiche mit sehr hoher Landschaftsbildqualität oder in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmale, darunter auch UNESCO-Welterbestätten) als Ausschlusskriterien oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien in die Auswahl und Bewertung eingeflossen. Zudem sind entsprechende Aspekte über die Schutzgüter "Menschen und menschliche Gesundheit", „Kultur- und Sachgüter“ und "Landschaft" in die Strategische Umweltprüfung eingeflossen. Touristische Belange, sowie die Belange der Freizeit- und Erholungsnutzung wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG einbezogen, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde.
lfd. Ident-Nr.: 193 Landratsamt Göppingen Stn-Id: 176		BE-ID: 1799 Amt für Vermessung und Flurneuordnung Die Vorranggebiete befinden sich außerhalb laufender Flurbereinigungsverfahren. Belange der Flurneuordnung sind insofern nicht betroffen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 193 Landratsamt Göppingen Stn-Id: 176		BE-ID: 1800 Amt für Mobilität und Verkehrsinfrastruktur Es wird keine Betroffenheit festgestellt.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 193 Landratsamt Göppingen		BE-ID: 1801 Umweltschutzamt Abteilung Naturschutz, Jagd, Fischerei	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 176		Die vorliegende Planung wird aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege wie folgt beurteilt: Das Plangebiet des Regionalplans Ostwürttemberg grenzt an den Landkreis Göppingen im Norden und Osten an die Gemarkungen Börtlingen, Birenbach, Wäschenbeuren, GP-Maitis, GP-Lenglingen, Ottenbach, Donzdorf-Reichenbach u.R., Donzdorf-Winzingen, Lauterstein-Nenningen, Lauterstein-Weissenstein, Böhmenkirch, Böhmenkirch-Steinenkirch und Geislingen-Waldhausen an. Im Rahmen der Teilfortschreibung Windkraft 2025 grenzen drei geplante Vorranggebiete an den Landkreis Göppingen (Stadt Lauterstein und Gemeinde Böhmenkirch) an. Es handelt sich um die Gebiete Erweiterung Falkenberg“ (Nr.61), „Erweiterung Gnannenweiler“ (Nr. 62/1 und 62/2) und „Erweiterung Gussenstadt“ (Nr. 63). Bei den drei Gebieten handelt es sich um die Erweiterung von bereits bestehenden Vorranggebieten, innerhalb derer bereits Windenergieanlagen erstellt wurden. Nach Auswertung der vorgelegten Planungsunterlagen, insbesondere der strategischen Umweltprüfung (SUP) bestehen aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Planung. Folgende Hinweise werden gegeben: Auf Grund der landschaftlichen Ausstattung und den bereits vorliegenden Informationen im Zusammenhang mit bereits geplanten und realisierten Windenergieanlagen ist insbesondere bei den Gebieten „Erweiterung Gnannenweiler“ (Nr. 62/1 und 62/2) und „Erweiterung Gussenstadt“ (Nr. 63) mit artenschutzrechtlichen Konflikten insbesondere mit windkraftsensiblen Vogelarten zu rechnen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass lt. SUP bei den Bestandsanlagen des WP Gnannenweiler regelmäßig Schlagopfer nachgewiesen wurden.	
lfd. Ident-Nr.: 193 Landratsamt Göppingen Stn-Id: 176		BE-ID: 1808 Abteilung Immissionsschutz, Arbeitsschutz, Abfallrecht Anregungen oder Hinweise werden von Seiten der Abteilung Immissionsschutz, Arbeitsschutz und Abfallrecht zur aktuell vorliegenden Teilfortschreibung nicht vorgebracht.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 193 Landratsamt Göppingen Stn-Id: 176		BE-ID: 1809 Abteilung Wasser und Boden Auf die Stellungnahme seitens des Gesundheitsamtes wird verwiesen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 193 Landratsamt Göppingen Stn-Id: 176		BE-ID: 1815 Stabsbereich Klimaschutz und Klimawandelanpassung Der Stabsbereich meldet keine Bedenken oder Anregungen zum überarbeiteten Planentwurf.	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 193 Landratsamt Göppingen Stn-Id: 176		BE-ID: 1817 Landwirtschaftsamt, Abteilung Betriebswirtschaft, Strukturentwicklung und Gartenbau Seitens des Landwirtschaftsamtes kann hinsichtlich der ausgewiesenen Standorte keine Betroffenheit von landwirtschaftlichen Flächen im Kreis Göppingen festgestellt werden. Sollten darüber hinaus im weiteren Verfahren Ausgleichsmaßnahmen auf Flächen in unserem Kreis geplant werden, bitten wir um erneute Beteiligung.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 193 Landratsamt Göppingen Stn-Id: 176		BE-ID: 1819 Landratsamt Esslingen (Straßenbauamt der Landkreise Esslingen und Göppingen) Vom Landratsamt Esslingen, Amt 51 – Straßenbauamt werden gegen die o.g. Teilfortschreibung keine grundsätzlichen Einwendungen oder Bedenken erhoben. Es sind die Anbaubeschränkungen gemäß § 22 Straßengesetz Baden-Württemberg (StrG) zu beachten. Nachdem von o.g. Teilfortschreibung des Regionalplans die Landesstraße 1229 tangiert ist und es sich hierbei um eine klassifizierte Straße in der Baulast des Landes handelt, sollte auch das Regierungspräsidium Stuttgart, Referat 42, Herr Grothe, Industriestraße 5, 70565 Stuttgart angehört werden.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Anbaubeschänkungen gemäß § 22 Straßengesetz BW wurden als Auschlusskriterien in der Planung berücksichtigt. Referat 42 des Regierungspräsidiums Stuttgart wurde in der Anhörung beteiligt.
lfd. Ident-Nr.: 193 Landratsamt Göppingen Stn-Id: 176		BE-ID: 1820 Forstamt Aus forstlicher Sicht gibt es keine Einwände gegen die Teilfortschreibung Windkraft Ostwürttemberg.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 193 Landratsamt Göppingen Stn-Id: 176		BE-ID: 1821 Gesundheitsamt Die geplanten Vorranggebiete Erweiterung Falkenberg (61), Erweiterung Gnannenweiler (62/1 und 62/2) sowie Erweiterung Gussenstadt (63) liegen teilweise in Wasserschutzzonen III mit meist geringer bis sehr geringer Grundwasserschutzfunktion der Grundwasserüberdeckung. Auf die Grundwasserproblematik durch Verkarstung wurde in den vorgelegten Unterlagen nicht eingegangen. Für manche angrenzenden Wasserschutzgebiete im Landkreis Göppingen kann eine erhebliche Verkarstung nicht ausgeschlossen werden. Damit einher gehen sehr hohe Grundwasserfließgeschwindigkeiten bei gleichzeitig sehr geringem Wasserreinigungsvermögen des Bodens und der ungesättigten Zone. Wir weisen darauf hin, dass Schadstoffe u. U. bereits Stunden nach einer Freisetzung in eine Trinkwasserfassung gelangen können. In sehr vulnerablen Bereichen wird eine Befreiung von den	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die vorgebrachte Thematik wurde im Umweltbericht angesprochen und gestärkt. Geringe und sehr geringe Grundwasserschutzfunktionen sind bewertete Kriterien der Umweltprüfung. Eine weitere Vertiefung muss auf der Genehmigungsebene erfolgen, da erst dann konkrete Standorte bekannt sind und eine konkrete Gefährdung abgeschätzt werden kann.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		entsprechenden Schutzgebietsverordnungen grundsätzlich als sehr problematisch angesehen. Extrem vulnerable Standorte für Windenergieanlagen im Bereich von Dolinen (Schluckstellen), Höhlen bzw. unterirdischen Hohlräumen sowie ggf. auch geologischen Verwerfungen müssen aus unserer Sicht prinzipiell ausgeschlossen werden. Wir haben für ähnliche Bereiche im Landkreis Göppingen ein hydrogeologisches Rahmengutachten vorgeschlagen, mit dem Ziel, derartige Bereiche als Vorranggebiete Öffentliche Trinkwasserversorgung auszuweisen. Diese Begutachtung sollte vorzugsweise vom Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) vorgenommen werden, das über die aktuellen Daten und die notwendige Fachkompetenz verfügt.	
lfd. Ident-Nr.: 193 Landratsamt Göppingen Stn-Id: 176		BE-ID: 1822 Bauamt Das Bauamt meldet Fehlanzeige.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 193 Landratsamt Göppingen Stn-Id: 176		BE-ID: 1823 Kreisarchiv, Kreisarchäologie und Kultur Die Teilfortschreibung berührt keine Belange der Bodendenkmalpflege, da die geplanten Windkraftstandorte nicht im Landkreis Göppingen errichtet werden, sondern in den Nachbarlandkreisen. Daher sind von der Kreisarchäologie keine Einwände vorzubringen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 194 Landratsamt Günzburg Stn-Id: 343		BE-ID: 1892 das Landratsamt Günzburg bedankt sich für die Beteiligung an der geplanten Teilfortschreibung des Regionalplanes Ostwürttemberg – Kapitel Windenergie 2025 – und der Gelegenheit zur Äußerung hierzu. Der Landkreis Günzburg liegt außerhalb der Gebietshoheit des Regionalplanes Ostwürttemberg und ist insofern von der Planung selbst nicht unmittelbar betroffen. Lediglich die kreisangehörigen Städte Günzburg und Leipheim grenzen mit ihren Gemarkungsfluren an das Plangebiet an bzw. befinden sich im Nahbereich. Wir gehen davon aus, dass diese beiden Kommu-nen zum Planungsvorhaben separat gehört wurden. Eine Stellungnahme des Landratsamtes Günzburg zur geplanten Teilfortschreibung Windenergie 2025 für die Region Ostwürttemberg ist daher nicht veranlasst. Eine Abstimmung mit dem Regionalverband Donau-Iller zur Vermeidung einer Überbelastung des Rau-mes wird jedoch empfohlen.	Wird gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Die Stadt Günzburg wurde - wie alle benachbarten Städte und Gemeinden - angehört. Die Stadt Leipheim grenzt nicht an die Region Ostwürttemberg an. Der Regionalverband Ostwürttemberg befindet sich in regelmäßiger Abstimmung mit dem Regionalverband Donau-Iller.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327		BE-ID: 1840 zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 (Textteil, Planteil und strategische Umweltprüfung) nimmt das Landratsamt Heidenheim wie folgt Stellung: I. Stabsstelle Klimaschutz und Nachhaltigkeit Die Stabsstelle Klimaschutz und Nachhaltigkeit sieht keine Einwände oder Ergänzungen, welche aus Gründen des Klimaschutzes gegen die Umsetzung, wie in der Teilfortschreibung vorgesehen, sprechen. Auswirkungen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 auf den Landkreis Heidenheim: Die ausgewiesenen Vorrang- und Eignungsgebiete im Landkreis Heidenheim bieten ein hohes Potenzial für die weitere Errichtung von Windenergieanlagen im Landkreis Heidenheim. Die Windenergie ist eine saubere und klimafreundliche Energiequelle, die im Gegensatz zu fossilen Brennstoffen keine klimaschädlichen Emissionen verursacht. Der Ausbau der Windenergie könnte damit einen noch wesentlicheren Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz in der Region Ostwürttemberg und damit auch im Landkreis Heidenheim leisten und die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen weiter reduzieren. Der Ausbau der Windenergie kann zu einer deutlichen Reduzierung der CO2-Emissionen beisteuern und einen entscheidenden Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele der Region Ostwürttemberg und des Landes Baden-Württemberg leisten.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327		BE-ID: 1843 II. Zentralstelle 1. Wirtschaftsförderung Die Wirtschaft benötigt bezahlbare Energie. Mit der Gesetzgebung des Landes Baden-Württemberg wird bis zum Jahr 2040 eine Klimaneutralität angestrebt, die den Ausbau von erneuerbaren Energieformen zwingend nötig macht, um genügend Energie für Wirtschaft und Gesellschaft vorzuhalten. Die Gestehungskosten für erneuerbare Energie sind in beispielsweise windreichen Gebieten für Windenergieanlagen sehr gut. Jedoch muss die Energie auch verteilt, vor Ort genutzt oder abtransportiert werden. Der Landkreis Heidenheim als Landkreis im ländlichen Raum ist in Zukunft eher Energieerzeuger, besonders an windreichen Sonnentagen. Für diese Zeiträume sollten auch ausreichende Speichermöglichkeiten bedacht werden. Der Ausbau der	Wird zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Maßgebliche Zielsetzung der vorliegenden Teilfortschreibung ist die Steuerung und raumordnerische Sicherung der aus regionalplanerischer

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		erneuerbaren Energien, der Netzausbau und der Speicherausbau müssen dabei immer bezahlbar für Bürgerinnen und Bürger und die Industrie/Wirtschaft geplant sein.	Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen und damit die Umsetzung der Landesflächenziele nach § 20 und § 21 KlimaG. Der Ausbau erneuerbarer Energien und deren Speichermöglichkeiten sind wesentlicher Bestandteil der Energiewende. Die konkrete Entwicklung von Möglichkeiten zur Speicherung des erzeugten Stroms ist jedoch nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt. Auf Bundesebene ist der Bau von Anlagen zur Herstellung und Speicherung von Wasserstoff aus Windenergie durch §249a BauGB erleichtert und gehört unter bestimmten Bedingungen zu nach § 35 Abs. 1 BauGB privilegierten Vorhaben im Außenbereich. Mit der Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen werden somit nicht nur Windenergieanlagen, sondern auch Anlagen zur Speicherung des produzierten Stroms mit Wasserstoff ermöglicht.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327		BE-ID: 1844 2. Tourismus Vom Tourismusverband Schwäbische Alb e. V. wurde im Jahr 2012 ein Positionspapier (siehe Anlage) beschlossen. Darin ist festgehalten, dass sich der Tourismus grundsätzlich zu einer planvollen Steuerung erneuerbarer Energien auf der Schwäbischen Alb bekennt, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Tourismusbranche einen erheblichen Energiebedarf hat. Windenergieanlagen werden aber zu einer unverkennbaren Veränderung des bestehenden Landschaftsbildes beitragen. Umso wichtiger ist ein abgewogener und sorgsamer Umgang im planerischen Prozess in Gestalt einer abgestimmten regionalen Steuerung unter Berücksichtigung auch der touristischen Belange bei der Planung von Windenergieanlagen. Touristische Belange, die berücksichtigt werden sollten, sind unter anderem: • Freihalten sensibler Bereiche, insbesondere des Albtraufs • Bewahrung des Landschaftsbildes der „Kuppenalb“ sowie Sicherung touristisch wertvoller Freiräume • Bewahrung von „Räumen der Ungestörtheit“/Ruheräume • Angemessene Abstandsplanung für besondere touristische Betriebe (z. B. Ferienanlagen, Beherbergungsbetriebe, Campingplätze etc.) • Vermeidung einer breitgefächerten „optischen Vermüllung“ mittels einer Steuerungsplanung durch interkommunale Planungsverbünde	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Entwicklung des Tourismus ist - wie auch die Bevölkerungsentwicklung - von vielerlei Faktoren und Akteuren abhängig. Die Belange des Tourismus sind mittelbar (z.B. über Siedlungsflächen für die Erholung mit entsprechenden Umgebungsabständen, Bereiche mit sehr hoher Landschaftsbildqualität oder in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmale, darunter auch UNESCO-Welterbestätten) als Ausschlusskriterien oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien in die Auswahl und Bewertung eingeflossen. Zudem sind entsprechende Aspekte über die Schutzgüter "Menschen und menschliche Gesundheit", „Kultur- und Sachgüter“ und "Landschaft" in die Strategische Umweltprüfung eingeflossen. Touristische Belange, sowie die Belange der Freizeit- und Erholungsnutzung wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG einbezogen, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Die zur Berücksichtigung angeführten Belange werden im Planungskonzept bereits berücksichtigt. Der Umgang mit den einzelnen Belangen (Abstände, Ausschluss/Einzelfallprüfung) ist im Kriterienkatalog unter den Themen Siedlung bzw. Landschaft und Erholung dargelegt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Um seitens des Tourismus eine Unterstützungsstrategie für eine nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums anzustreben, wäre es unter anderem erforderlich, alb-prägende High-lights/Leuchttürme als touristische Vorrangziele zu benennen. Leider ist dies im Laufe der zurück-liegenden Jahre nicht erfolgt und so wurden keine konkreten Gebiete oder Bauwerke benannt, die in touristischer Hinsicht visuell oder sonst als besonders schützenswert eingestuft werden. Unabhängig davon, hat das Landratsamt Heidenheim die in der Planung ausgewiesenen Gebiete daraufhin geprüft, ob besonders attraktive Landschaftsräume oder der vom Deutschen Wanderverband zertifizierte Albschäferweg, ein Leuchtturmprodukt des Landkreises und der Schwäbischen Alb beim Thema Wandern, tangiert werden könnten. Folgende Standorte haben sich ergeben:	
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327	VRG 57 Herbrechtingen	BE-ID: 1846 Nr. 57 Herbrechtingen In diesem Gebiet liegt der Urweltpfad der Stadt Herbrechtingen, ein Themenweg und kein Bestandteil des Albschäferweges, welcher deshalb von der Stadt Herbrechtingen zu beurteilen wäre. Zudem führt eine regionale Radtour (Klifftour) durch das Gebiet. Hier wird davon ausgegangen, dass bestehende Wege im Rahmen des Anlagenbaus nicht zerstört oder in einen schlechten Zustand gebracht werden. Das im höchstem Maße raumwirksame und für den Tourismus als Leuchtturm einzustufende Naturschutzgebiet Eselsburger Tal könnte tangiert sein.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Belange der Erholung, zu welchen die genannten Themenpfade und der Erholungsraum Eselsburger Tal zu rechnen sind, sind der regionalen Planungsebene entsprechend über die Planungskriterien im Planungskonzept berücksichtigt. Die angesprochenen Aspekte sind jedoch Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen. Das Wegenetz ist ein Belang, der in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären ist, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Das Vorranggebiet 57 "Herbrechtingen" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327	VRG 65 Schönbühl	BE-ID: 1848 Nr. 65 Schönbühl Im nördlichen Teil ist der Albschäferweg tangiert. Abhängig von den späteren konkreten Standorten wird von keiner Gefährdung der Qualitätsauszeichnung ausgegangen. Eine visuelle wie akustische Beeinträchtigung könnte für den Kulturhof Erpfenhausen mit seinem Übernachtungsangebot im Schäferkarren bestehen. Zudem führt eine regionale Radtour (Klifftour) durch das Gebiet, siehe Ausführungen zu Nr. 57 Herbrechtingen.	Die eingebrachten Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Zu Wohngebäuden des Kulturhofs Erpfenhausen werden die im Kriterienkatalog dargelegten Abstände eingehalten (1000m). Die konkrete Bewertung visueller und akkustischer Beeinträchtigungen sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			gültigen Sach- und Rechtslage. Das Vorranggebiet 65 "Schönbühl" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327	VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 1849 Nr. 66 Bergenweiler/Sontheim Im Teilbereich 66/2 verläuft der Albschäferweg. Im Zusammenhang mit der Platzierung einzelner Windenergieanlagen können naturnahe Abschnitte betroffen sein, was Auswirkungen auf die Zertifizierung haben könnte.	Die eingebrachten Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Zertifizierung des Albschäferwegs ist ein Detail, das über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgeht. Das Vorranggebiet 66 "Bergenweiler / Sontheim" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 1851 Nr. 68 Giengen an der Brenz Im Teilbereich 68/2 ist der Albschäferweg tangiert sowie ein besonders attraktives Landschaftsbild mit einer ungestörten Heideflächen- und Riedlandschaft (Naherholungsgebiet Giengen an der Brenz). Der Albschäferweg kann im Zusammenhang mit der Platzierung der Anlagen auch wichtige naturnahe Abschnitte verlieren. Beides könnte sich auf die Zertifizierung auswirken.	Die eingebrachten Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Zertifizierung des Albschäferwegs ist ein Detail, das über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgeht. Die Teilfläche 68/2 des Vorranggebiets 68 "Giengen"' wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327		BE-ID: 1852 Die weiteren Gebiete weisen keine besonderen touristischen Merkmale auf.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327		BE-ID: 1853 III. Bau, Umwelt und Gewerbeaufsicht 1. Wasser- und Bodenschutz 1.1 Grundwasserschutz/Wasserversorgung Da ca. 97 % der Fläche des Landkreises Heidenheim in Wasserschutzgebieten liegt, sind die gültigen Rechtsverordnungen der einzelnen Wasserschutzgebietszonen zu beachten. Genauere Auflagen werden in den gesonderten Stellungnahmen zu den einzelnen Projekten verfasst. Vor dem Hintergrund der großen Bedeutung der Wasserschutzgebiete im Landkreis Heidenheim sollten vor allem die chemischen Belastungen des Grundwassers durch Einträge von Beton und Betonausgangsstoffen, Erosionspartikel/Zersetzungsprodukte der Rotoren, Betriebsstoffe der Generatoren in den Boden und die Belastung nach Auswaschung in den Grundwasserleiter berücksichtigt werden. Dies könnte durch	Wird zur Kenntnis genommen. Aspekte des Boden- und Grundwasserschutzes werden bei der vorliegenden Teilfortschreibung mittels Planungskriterien sowie in der Umweltprüfung berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Die Strategische Umweltprüfung umfasst u.a. Maßnahmen, welche auch bei erst späterem Kenntniserlang des Vorkommens einer geschützten Art zu einer Vermeidung bzw. Minimierung der Beeinträchtigung führt. Die angesprochenen Aspekte sind jedoch Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und erst in den nachgelagerten Genehmigungsverfahren bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte zu klären sind. Auch die Erstellung des angeregten Konzepts ist erst auf Ebene der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		die Erstellung eines Konzeptes mit technischen und naturschutzrelevanten Anforderungen/Auflagen im Detail (mit Machbarkeitsanalyse, unter anderem auch Kontrollfähigkeit der Auflagen durch die zuständige Behörde) gewährleistet werden.	Genehmigungsplanung möglich.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327		BE-ID: 1855 Hinweise • Zur Betonherstellung werden Zement und Zusatzstoffe – wie zum Beispiel Bindemittel und Gesteinskörnungen – eingesetzt. Diese Ausgangsstoffe können prinzipiell auch das Grundwasser und den Boden gefährdende Spurenelemente enthalten. Erfolgt die Herstellung von Beton nach den entsprechenden DIN-Normen bzw. werden – den jeweiligen DIN-Normen entsprechend – als unbedenklich geltende Ausgangsstoffe verwendet, so ist eine Umweltverträglichkeit sichergestellt (vgl. DAfStb 2010). • Eine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung von Beton und Betonausgangsstoffen kann auf Grundlage der Grundsätze zur Bewertung der Auswirkungen von Bauprodukten auf Boden und Grundwasser des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt 2011) erfolgen, die unter Berücksichtigung von Forschungsergebnissen sowie den geltenden bodenschutz-, wasser- und abfallrechtlichen Vorschriften entwickelt wurden. In ihnen sind Bewertungs-Konzepte und Methoden festgelegt, mit denen die Umwelt- und Gesundheitsverträglichkeit unter anderem anhand von durch die Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) abgeleiteter Geringfügigkeitsschwellen für eine ganze Reihe anorganische Stoffe (darunter zahlreiche Schwermetalle), organische Stoffe (z. B. polycyclische aromatische Kohlenwasserstoffe) und für weitere Stoffe untersucht wird. • Als Zuschlags- und Zusatzstoffe bei der Betonherstellung werden jedoch auch solche verwendet, die keiner Norm unterliegen bzw. die keine allgemeine bauaufsichtliche Zulassung haben, zum Beispiel recycelte oder industriell hergestellte Gesteinskörnungen oder auch Flugaschen als Reststoffe anderer industrieller Prozesse. In diesen Fällen kommen die „Anforderungen an bauliche Anlagen bezüglich der Auswirkungen auf Boden und Gewässer“ (ABuG) des Deutschen Instituts für Bautechnik (DIBt 2017) zum Tragen. Diese beinhalten in den dazugehörigen Anlagen Grenzwerte für gesundheits- und umweltschädliche Substanzen, die bei Betonzuschlagsstoffen eingehalten werden müssen. • Bei der Auslaugung während der Frischbetonphase (Auswaschung von Spurenelementen vor der Aushärtung des Betons) sollten die hierbei relevanten Parameter Chrom und Vanadium berücksichtigt werden (Einsatz von Chromatreduzierern). Im Zuge der Umsetzung der EU-Richtlinie 2003/53/EG zur Verwendung chromatarmer Zement- und	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		zementhaltiger Produkte dürfen seit Januar 2005 nur noch solche in Verkehr gebracht werden, die nicht mehr als 2mg/kg Chromat (bezogen auf die Trockenmasse des Zementanteils) enthalten (Achte Verordnung zur Änderung chemikalienrechtlicher Verordnungen vom 25.02.2004). • Denkbare Verminderungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Gründung von Windenergieanlagen wären die Verwendung von Zuschlagsstoffen (Gesteinskörnungen) natürlichen Ursprungs beziehungsweise der Verzicht auf nicht zugelassene Zuschlagsstoffe und eine Verfüllung des Fundaments mit bindigem, abdichtendem Material (potenzielle Schadstoffauswaschung während der Frischbetonphase). • Bei Vorhaben in Wasserschutzgebieten wird zu einer frühzeitigen Hinzuziehung von entsprechendem hydrogeologischen Sachverstand geraten. • Grundsätzlich sollten präventive Vermeidungsmaßnahmen denen der Nachbehandlung (z. B. Herausfiltern gesundheitsschädlicher Spurenelemente bei der Aufbereitung von Trinkwasser oder Mischung des Wassers zur Unterschreitung der entsprechenden Grenzwerte) vorgezogen werden.	
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327		BE-ID: 1857 1.2 Bodenschutz Hinweise • Mit Boden und Fläche ist sparsam, schonend und haushälterisch umzugehen (§§ 4 und 7 Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG)). Schädliche Bodenveränderungen, insbesondere durch Schadstoffeinträge, sind abzuwehren und Beeinträchtigungen der in § 2 Abs. 2 BBodSchG genannten Bodenfunktionen sollen so weit wie möglich vermieden werden. Bei einem Verstoß verpflichtet § 4 Abs. 3 BBodSchG zur Sanierung. • Soll für ein Vorhaben auf einer nicht versiegelten, nicht baulich veränderten oder unbebauten Fläche (inklusive Baustelleneinrichtungsbereiche, Baustraßen, Zwischenlagerflächen) von insgesamt mehr als 5.000 m² auf den Boden eingewirkt werden, hat der Vorhabenträger gemäß § 2 Abs. 3 Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetz (LBodSchAG) ein Bodenschutzkonzept zu erstellen. Bedarf das Vorhaben einer behördlichen Zulassung, ist das Bodenschutzkonzept bei der Antragstellung einzureichen. Bei zulassungsfreien Vorhaben (z. B. Erschließungsmaßnahmen) ist das Bodenschutzkonzept sechs Wochen vor dem Beginn der Ausführung des Vorhabens der zuständigen Bodenschutz- und Altlastenbehörde vorzulegen.	Aspekte des Bodenschutzes wurden bei der vorliegenden Teilfortschreibung mittels Planungskriterien sowie in der Umweltprüfung berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Die Strategische Umweltprüfung umfasst u.a. Maßnahmen, welche auch bei erst späterem Kenntniserlang des Vorkommens einer geschützten Art zu einer Vermeidung bzw. Minimierung der Beeinträchtigung führt. Die Prüfung möglicher konkreter Beeinträchtigung des Bodens ist erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte möglich. Der Flächenverbrauch durch Windenergieanlagen ist im regionalen Maßstab sehr gering. In der Regel werden, wo möglich, vorhandene Wege verwendet. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs. Dabei werden schädliche Umwelteinwirkungen sowie deren Vermeidung, Minimierung und Kompensation eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung. Der Hinweis zur Erforderlichkeit von Bodenschutzkonzepten wird zur Kenntnis genommen. Die Prüfung der Erforderlichkeit geht über den

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und kann erst in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) wenn projekt- und anlagenspezifische Details bekannt sind.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327		BE-ID: 1858 1.3 Oberflächengewässer/Hochwasserschutz Im Rahmen der Planung wurden Gewässer I. Ordnung mit einem 50 m-Pufferstreifen sowie Gewässer II. Ordnung mit einem 10 m-Pufferstreifen als rechtliches Ausschlusskriterium angesetzt. Insofern liegen keine direkten Betroffenheiten von Oberflächengewässern vor. Auch Überschwemmungsgebiete sind nicht betroffen. Hinweis Die gesetzlichen Regelungen für den Gewässerrandstreifen (§ 29 Wassergesetz Baden-Württemberg, WG) sowie für Überschwemmungsgebiete, Risikogebiete und Hochwasserentstehungsgebiete (§§ 76 - 78 Wasserhaushaltsgesetz, WHG) gelten auch für ggf. erforderliche Kabeltrassen oder Umspannstationen und sind in den nachgelagerten Genehmigungsverfahren zu beachten.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327		BE-ID: 1859 1.4 Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) Die Belange der AwSV sind zu beachten. Die Anforderungen des BLAK UmwS Merkblattes Windenergieanlagen und der Handreichung zu Planung, Bau und Betrieb von Freiflächen-Photovoltaik- und Windenergieanlagen in der Schutzzone II von Wasserschutzgebieten sind zu berücksichtigen. Allgemein sind wassergefährdende Stoffe so zu lagern oder zu verwenden, dass • die wassergefährdenden Stoffe nicht austreten können, • Undichtigkeiten erkennbar sind, • austretende Stoffe erkannt und zurückgehalten werden.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327		BE-ID: 1860 2. Gewerbeaufsicht Die Gesamtsituation aus Sicht der fachtechnischen Belange des Geschäftsbereichs Gewerbeaufsicht – in diesem Fall der Immissionsschutz – ist in den Unterlagen nur unzureichend dargestellt, so dass eine abschließende Beurteilung zum gegenwärtigen Planungsstand nicht möglich ist. Für eine Gesamteinschätzung der immissionsschutzrechtlichen	Wird zur Kenntnis genommen. Dem Regionalverband Ostwürttemberg liegen keine flächendeckenden Daten über die immissionsschutzrechtliche Bestandssituation vor. Der Anregung zur Erstellung einer Karte mit allen bekannten Vorbelastungen wird daher nicht gefolgt. Auf Ebene der Regionalplanung werden potenzielle Einwirkbereiche durch Schutzabstände (bspw. Siedlungsabstand) berücksichtigt. Die vertiefte Bewertung der immissionsschutzrechtlichen Belange kann erst zur konkreten Anlagenstandortplanung im

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Situation wäre eine Karte mit den bekannten Vorbelastungen aus allen Quellen sinnvoll.	nachgelagerten Verfahren erfolgen.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327		BE-ID: 1861 IV. Wald und Naturschutz 1. Naturschutz Aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde ist eine deutliche Übererfüllung des Flächenziels nicht anzustreben, da einige der Vorranggebiete naturschutzfachliche Konflikte auslösen. Dies gilt insbesondere für die potenziellen Vorranggebiete, die Überschneidungen mit Schwerpunktvorkommen der Kategorie B (Fachbeitrag Artenschutz LUBW) oder Landschaftsschutzgebieten aufweisen. Darüber hinaus sind Faktoren wie ruhige, unzerschnittene Räume nicht nur für die Natur, sondern auch für den Menschen von essenzieller Bedeutung. In die Abwägung sind zahlreiche Faktoren einzubeziehen und zum jetzigen Zeitpunkt sind laut den Unterlagen auch noch nicht alle Prüfungen abgeschlossen. Aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde sollte in der Endabwägung möglichst vorrangig auf diejenigen Vorranggebiete verzichtet werden, die in unzerschnittenen Räumen liegen oder die Überschneidungen mit Landschaftsschutzgebieten oder Schwerpunktvorkommen der Kategorie B aufweisen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die genannten Anregungen wurden geprüft und bei der Überarbeitung des 1. Entwurfs in der Abwägung berücksichtigt. Die Gebietskulisse des 2. Anhörungsentwurfs wird aufgrund der zur 1. Anhörung eingegangenen Anregungen reduziert. Dadurch verringern sich auch Überschneidungen von Vorranggebieten für Windenergieanlagen mit Landschaftsschutzgebieten, unzerschnittenen Räumen und Kategorie-B-Flächen.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327		BE-ID: 1862 Nachfolgend werden Hinweise zu Datengrundlagen und Artvorkommen gegeben. Diese sind in den Steckbriefen im Dokument „Plansätze mit Begründung“ zu ergänzen bzw. in die Abwägung mit einzubeziehen. Vogelzug In der strategischen Umweltprüfung (SUP) wird bei zahlreichen Vorranggebieten auf den Vogelzug hingewiesen. Der unteren Naturschutzbehörde liegen zum jetzigen Zeitpunkt dazu keine validen Daten vor, weshalb keine Einschätzung erfolgen kann. Sollten im Zuge der Anhörung belastbare Daten zur Verfügung gestellt werden, sind diese bei der Festlegung von Vorranggebieten zwingend zu beachten.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327		BE-ID: 1863 Waldrefugien In den Steckbriefen wird aufgeführt, dass Waldrefugien bei der konkreten Standortwahl von Windenergieanlagen zu berücksichtigen sind. Die untere Naturschutzbehörde weist darauf hin, dass vor allem die naturschutzfachliche Bedeutung entscheidend für die Berücksichtigung sein sollte und sich noch nicht in allen Waldrefugien naturschutzfachlich bedeutsame Strukturen entwickelt haben.	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327		BE-ID: 1864 Fledermausvorkommen - Für Informationen über Fledermausvorkommen wird an den Fledermausbeauftragten Markus Schmid verwiesen. - Nördlich des Vorranggebiets Nr. 65 Schönbühl liegt ein Schwerpunktvorkommen A Fledermaus, eine mögliche Beeinträchtigung ist zu prüfen. - Südlich des Vorranggebiets Nr. 68 Giengen an der Brenz liegt ein Schwerpunktvorkommen A Fledermaus Großer Abendsegler (Fachbeitrag Artenschutz), eine mögliche Beeinträchtigung ist zu prüfen.	Wird zur Kenntnis genommen. Seitens der Naturschutzverbände wurden unter Mitarbeit des Fledermausbeauftragen wurden im Rahmen der 1. Anhörung Fledermausvorkommen genannt (vgl. Stellungnahme und Abwägung zu Einwender Nr. 310). Alle von der LUBW übermittelten Schwerpunktvorkommen der Kategorie A werden entsprechend des Kriterienkatalogs bei der Planung berücksichtigt und inklusive eines Pufferabstands von 100 m freigehalten. Übermittelte Hinweise zu Artenvorkommen außerhalb der Schwerpunktvorkommen werden als Hinweise in den Planunterlagen zu den jeweiligen Vorranggebieten aufgenommen. Die Prüfung einer möglichen Beeinträchtigung der Schwerpunktvorkommen Kategorie A außerhalb der von der LUBW übermittelten Schwerpunktvorkommen geht über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und kann erst in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) geklärt werden, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327		BE-ID: 1865 Geschützte Biotope - Beim Vorranggebiet Nr. 43 Gerstetten ist das Waldbiotop Nr. 273261355659 „Dolinen im Distr. Steinhaus O Heutenburg“ zu ergänzen. - Beim Vorranggebiet Nr. 51 Dischingen/Nattheim ist das Offenlandbiotop Nr. 173271356002 „Quellige Grünlandbrache nördlich von Zöschingen“ zu ergänzen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 43 "Gerstetten" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Das Vorranggebiet 51 "Dischingen / Nattheim" wird aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf sowie nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Der 2. Anhörungsentwurf tangiert das Offenlandbiotop Nr. 173271356002 damit nicht mehr.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327		BE-ID: 1866 Generalwildwegeplan - Im Falle des Vorranggebiets Nr. 50 Dunstelkingen/Reistingen ist kein Wildtierkorridor betroffen, um Korrektur wird gebeten. - Im südlichen Bereich des Vorranggebiets Nr. 55 Erweiterung Oberkochen verläuft, entgegen den Unterlagen, der Wanderkorridor des Generalwildwegeplans. Dies ist zu ergänzen. - Im Osten des Vorranggebiets Nr. 69 Erweiterung Königsbronn/Ebnat verläuft ebenfalls der Wanderkorridor des Generalwildwegeplans. Dies ist zu ergänzen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 50 "Dunstelkingen / Reistingen" und das Vorranggebiet 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Das Vorranggebiet 55 "Erweiterung Oberkochen" wird mit im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst, der Hinweis wird aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt		BE-ID: 1867 Uhu-Vorkommen	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Abgrenzung des Vorranggebiets Gebiet 62 "Erweiterung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Heidenheim Stn-Id: 327		In der SUP wird bei den Vorranggebieten Nr. 50, 51, 52, 54, 57, 66 und 67 der Hinweis auf ein Uhu-Vorkommen gegeben. - Der unteren Naturschutzbehörde ist im Falle des Vorranggebiets Nr. 62 Erweiterung Gnannenweiler im Nahbereich (500 m) ein Brutvorkommen bekannt. Daher sollte aus Sicht der unteren Naturschutzbehörde auf die Ausweisung von Vorranggebiet Nr. 62 aus artenschutzrechtlichen Gründen verzichtet oder dieses zumindest soweit verkleinert werden, dass das Uhu-Vorkommen nicht mehr im Nahbereich des Vorranggebiets liegt. - Im Steinbruch Bolheim sowie im Steinbruch Burgberg gibt es ebenfalls Brutvorkommen, diese liegen jedoch außerhalb des Nahbereichs um Vorranggebiet Nr. 57 Herbrechtingen und Vorranggebiet Nr. 66 Bergenweiler/Sontheim.	Gnannenweiler" wird angepasst, sodass der Nahbereich (500m) um das Uhu-Brutvorkommen freigehalten wird. Die Hinweise zu den Gebieten 57 "Herbrechtingen" und 66 "Bergenweiler/Sontheim" werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 57 "Herbrechtingen" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Das Vorranggebiet 66 "Bergenweiler / Sontheim" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327	Anhang B der SUP: Gebietssteckbriefe VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1868 Artenschutzprogramm des Landes Baden-Württemberg (ASP) Angrenzend an das, bzw. mitten im Vorranggebiet Nr. 51 Dischingen/Nattheim wurden ASP-Vorkommen und zwar vom Wald-Wiesenvögelchen, kartiert. Dies ist zu ergänzen. Bei Umsetzung des Vorranggebiets sollten Maßnahmen für das Wald-Wiesenvögelchen umgesetzt werden (entsprechende Pflege der Wegränder).	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Vorkommen von Arten des Artenschutzprogramms des Landes Baden-Württemberg wurden im Rahmen einer Einzelfallprüfung geprüft und werden entsprechend bei der Abgrenzung der geplanten Vorranggebiete berücksichtigt. Bei Vorranggebiet 51 wurde im 1. Anhörungsentwurf die Abgrenzung des Vorranggebiets knapp außerhalb der ASP-Flächen vorgenommen. Das Vorranggebiet 51 "Dischingen / Nattheim" wird aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf sowie nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Weiterhin sind Pflegemaßnahmen im Rahmen der Umsetzung des Vorranggebiets Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327		BE-ID: 1869 Bestehende Windparks Im Zuge bereits errichteter Windenergieanlagen wurden Kompensationsmaßnahmen für betroffene Arten durchgeführt. Im Falle der Ausweisung der betroffenen Vorranggebiete und der Errichtung von Windenergieanlagen sind diese Maßnahmen zu berücksichtigen bzw. zu verlegen. - Im Gebiet des Vorranggebiets Nr. 52 Erweiterung Heidenheim/Nattheim wurden Maßnahmen für den Uhu, den	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Hinweise auf bestehende Kompensationsmaßnahmen werden berücksichtigt und in den Planunterlagen der Vorranggebiete 52 und 55 (Gebietssteckbriefen) ergänzt. Da eine Berücksichtigung der Maßnahmen bei der Standortwahl oder eine Verlegung der Maßnahmen möglich ist, steht dieser Belang einer Weiterführung der Vorranggebiete 52 und 55 im 2. Anhörungsentwurf nicht grundsätzlich entgegen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Wespenbussard, den Rotmilan, das Wald-Wiesenvögelchen und die Haselmaus vorgenommen. - Im Bereich des Vorranggebiets Nr. 55 Erweiterung Oberkochen wurden Habitatbäume entwickelt und Fledermauskästen installiert.	Die Betroffenheit der Kompensationsmaßnahmen ist ein Detail, das über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgeht und in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären ist, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327		BE-ID: 1870 Laufende Untersuchungen - Im Bereich des Vorranggebiets Nr. 62 Erweiterung Gnannenweiler wurden bereits Kartierungen durchgeführt. Es wurden Rotmilan-Vorkommen erfasst. Die Fledermausuntersuchungen laufen. - Dies trifft auch auf den Bereich des Vorranggebiets Nr. 64 Gussenstadt Nordost zu. Es wurden Horste des Rotmilans kartiert. - Die Ergebnisse im Bereich des Vorranggebiets Nr. 54 Ebnat und des Vorranggebiets Nr. 55 Erweiterung Oberkochen sollten dem Regionalverband Ostwürttemberg bereits vorliegen. Bei der endgültigen Auswahl der Vorranggebiete sollten die Kartierergebnisse berücksichtigt bzw. die Vorranggebiete im notwendigen Fall verkleinert werden. Es ist davon auszugehen, dass auch in weiteren, nun als potenzielle Vorranggebiete vorgesehenen Bereichen, derzeit Kartierungen laufen. Sollten die untere Naturschutzbehörde weitere Kartierungsergebnisse erreichen, welche beachtenswerte Artvorkommen zeigen, wird die untere Naturschutzbehörde diese dem Regionalverband Ostwürttemberg schnellstmöglich zur Kenntnis weiterleiten.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Soweit vorhanden werden Erkenntnisse von Artenvorkommen aus laufenden Untersuchungen als Hinweis in die Gebietsteckbriefe der Strategischen Umweltprüfung (SUP) aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327		BE-ID: 1871 2. Wald Von der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sind forstliche Belange in erheblichem Maß betroffen. Ein großer Teil der vorgesehenen Vorranggebiete liegt im Wald. Durch den Bau von Windenergieanlagen und der Herstellung der Zuwegung werden Waldflächen in Anspruch genommen und gerodet. Hinweise und Regelungen zum forstrechtlichen Verfahren (Waldumwandlung) sind der Stellungnahme der höheren Forstbehörde beim Regierungspräsidium Freiburg zur Teilfortschreibung zu entnehmen.	Wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Eine pauschale Bevorzugung von Offenlandbereichen oder Ausschluss von

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Waldgebieten wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Insgesamt ist eine wertigkeitsunabhängige Bevorzugung von Gebieten im Offenland gegenüber Gebieten im Wald weder sachgerecht noch geboten. Abwägung zu Hinweisen und Regelungen zum forstrechtlichen Verfahren: siehe Abwägung zur Stellungnahme der höheren Forstbehörde beim Regierungspräsidium Freiburg (Stellungnehmer 182)
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327		BE-ID: 1872 Wälder leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Der Erhalt des Waldes liegt damit im öffentlichen Interesse. Oftmals haben Rodungen innerhalb geschlossener Waldbestände erhebliche Randeffekte durch z. B. entstehende große Temperaturunterschiede oder Erhöhung der Windanfälligkeit, die deutlich über die eigentliche Rodungsfläche hinausgehen und so die den Anlagenstandort umgebenden Waldflächen recht weiträumig zusätzlich negativ beeinträchtigen können. Teilweise sind alte Buchenwälder von den Planungen betroffen. Diese sind oftmals auch aus naturschutzrechtlicher und naturschutzfachlicher Sicht bedeutsam, da sie häufig besondere Habitatstrukturen aufweisen. Vorhandene Bäume mit Schwarzspechthöhlen, die auch von vielen anderen besonders geschützten Tierarten genutzt werden (z. B. Hohltaube, Käuze, Fledermäuse) sind im Landkreis Heidenheim im öffentlichen Wald (Staatswald, Kommunalwald) deshalb oft kartiert und im Gelände besonders markiert. Die alten Buchenwälder sollten wegen ihrer besonderen Bedeutung nach Möglichkeit geschont werden. Gleiches gilt für kleinflächige Waldstrukturen. Diese werden in ihrem Bestand bedroht, wenn nach der Inanspruchnahme der überwiegende Waldflächenanteil für die Anlagenstandorte und die Zuwegung nur noch Restflächen übrigbleiben. Darüber hinaus kann die Betroffenheit von Flächen des Generalwildwegeplans Auswirkungen auf die Standortwahl der Windenergieanlagen haben, was in nachgelagerten Verfahren	Kenntnisnahme und grundsätzliche Zustimmung. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Aufgrund der Anregungen aus der 1. Anhörung wurden ältere Waldbestände (> 120 Jahre) erhoben und als Hinweis zur Prüfung in nachgelagerten Verfahren in die Planunterlagen (Gebietssteckbriefe) aufgenommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		geklärt wer-den muss. Die fachliche Beurteilung muss hierbei durch die Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt erfolgen. Eine detaillierte fachliche Beurteilung der einzelnen Flächen auf Umsetzbarkeit kann erst in den nachgelagerten Verfahren erfolgen.	
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327	VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 1873 Nr. 43 Gerstetten Die Fläche westlich der L1165 ist konfliktbehaftet. Für den östlichen Teil bestehen aus forstlicher Sicht keine grundsätzlichen Bedenken. Hinweise: Bei der Anlagenstandortwahl müssen die vorhandenen Bodendenkmale und Biotope berücksichtigt werden. Im Westteil sind alte Buchenwälder betroffen, in denen es kartierte Großhöhlen gibt. Der Erhalt dieser Strukturen muss sichergestellt werden. Die Fläche bietet westlich der L1165 wenig Ausweichmöglichkeiten für die Windenergieanlagen, weshalb eine unverhältnismäßig hohe Betroffenheit der wertvollen Altbuchenbestände zu erwarten wäre.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt In Verbindung mit anderen Belangen wird das Vorranggebiet 43 "Gerstetten" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327	VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 1874 Nr. 50 Dunstelkingen/Reistingen Aus forstlicher Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Hinweise: Das Gebiet liegt in einer Tallage. Von der Planung ist eine Waldkernfläche des Generalwildwegeplans betroffen.	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 50 "Dunstelkingen / Reistingen" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327	VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1875 Nr. 51 Dischingen/Nattheim Aus forstlicher Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Hinweise: Die Fläche wird stark von Erholungssuchenden frequentiert (Erholungswald Stufe 1b). Bei der Anlagenstandortwahl müssen die vorhandenen Bodendenkmale und Biotope berücksichtigt werden. Das Gebiet ist fast vollständig als Waldkernfläche des Generalwildwegeplans ausgewiesen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 51 "Dischingen / Nattheim" wird aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf sowie nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327	VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 1876 Nr. 52 Erweiterung Heidenheim/Nattheim Die Fläche ist konfliktbehaftet, bietet sich aber wegen der Vorbelastung des bestehenden Windparks zur weiteren Nutzung an. Hinweise: Für die Erschließung könnte die vorhandene Infrastruktur des bestehenden Windparks genutzt werden. Die Fläche wird stark von Erholungssuchenden frequentiert (Erholungswald Stufe 1b). Bei der Anlagenstandortwahl müssen die vorhandenen Bodendenkmale und Biotope berücksichtigt werden. In den vorkommenden alten	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 52 "Erweiterung Heidenheim / Nattheim" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Durch die Reduzierung des Gebiets im Nordosten und Osten wird die Konflikthaftigkeit mit Bodendenkmalen, Biotopen, Versuchsflächen der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt und ASP-Flächen deutlich

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Laubwäldern gibt es kartierte Biotopbäume (Höhlenbäume). Die Altholzbestände sollten bei der Standortwahl berücksichtigt werden. Gleiches gilt für die vorhandenen Versuchsflächen der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt. Zudem ist ein bedeutsamer Wildtierkorridor betroffen. Die Möhntalbrücke der Bundesautobahn 7 stellt ein absolutes Nadelöhr für den Wildwechsel dar. Inwieweit sich zusätzliche Windenergieanlagen an dieser Stelle negativ auf den Wildtierkorridor auswirken können, muss ggf. von der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt bewertet werden.	verringert. Auch der wichtige Wildtierkorridor im Möhntal wird nicht weiter eingeengt. Die Detailprüfung dieser Aspekte geht über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und ist in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. In den Planunterlagen (Gebietsteckbriefe) sind die in nachgelagerten Verfahren zu prüfenden Belange als Hinweise aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 1877 Nr. 53 Pfaffentäle/Diepertsbuch Aus forstlicher Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Hinweise: Die Fläche wird stark von Erholungssuchenden frequentiert (Erholungswald Stufe 1b). Bei der Anlagenstandortwahl müssen die vorhandenen Bodendenkmale und Biotope berücksichtigt werden. Das Gebiet ist als Waldkernfläche des Generalwildwegeplans ausgewiesen.	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1878 Nr. 54 Ebnat (nur Landkreis Heidenheim) Aus forstlicher Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Hinweise: Die Erschließung der Windparks Ochsenberg und Büchle wäre teilweise für das Vorranggebiet nutzbar. Im geplanten Gebiet sind einige Großhöhlen in den Bäumen der Abt. 15 a16 und 11 a17 kartiert. Bei der Anlagenstandortwahl muss die Waldstruktur berücksichtigt werden. Die genannten, wertvollen alten Waldbestände sollten unbedingt belassen werden.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Die Detailprüfung der genannten Aspekte geht über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und ist in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327	VRG 55 Erweiterung Oberkochen	BE-ID: 1879 Nr. 55 Erweiterung Oberkochen (nur Landkreis Heidenheim) Aus forstlicher Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Hinweise: Das Gebiet ist als Waldkernfläche des Generalwildwegeplans ausgewiesen und wird von einem Wildtierkorridor durchzogen.	Wird gefolgt Das Vorranggebiet 55 "Erweiterung Oberkochen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Der Wildtierkorridor des Generalwildwegeplans verläuft im Südosten und Osten des Vorranggebiets 55 parallel neben der Gebietsgrenze. Er ist in den Planunterlagen (Gebietsteckbriefe) als Hinweis bei den in nachgelagerten Verfahren zu prüfenden Belangen aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327	VRG 57 Herbrechtingen	BE-ID: 1880 Nr. 57 Herbrechtingen Die Fläche ist konfliktbehaftet. Hinweise: Im Süden sind größere Bereiche des betroffenen Waldes bis zu 140 - 160 Jahre alte, geschlossene Buchenwälder. Bei der Anlagenstandortwahl muss die Waldstruktur berücksichtigt werden. Die wertvollen Buchen-Altbestände sollten unbedingt belassen werden.	Wird zur Kenntnis genommen Das Vorranggebiet 57 "Herbrechtingen" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327	VRG 62 Erweiterung Gnannenweiler	BE-ID: 1881 Nr. 62 Erweiterung Gnannenweiler Aus forstlicher Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Hinweise: Die insgesamt abwechslungsreiche Wald-/Offenlandverzahnung sollte durch entsprechende Positionierung der Windenergieanlagen berücksichtigt und möglichst erhalten werden.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Positionierung der Anlagen ist ein Aspekt, der über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgeht und in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären ist, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327	VRG 63 Erweiterung Gussenstadt	BE-ID: 1882 Nr. 63 Gussenstadt Die Fläche ist konfliktbehaftet. Hinweise: Die vorhandenen Waldflächen sind kleinflächig. Eingriffe in der Größenordnung wie sie für Windenergieanlagen erforderlich sind, könnten insgesamt bestandsgefährdend werden. Die Windenergieanlagen sollten deshalb vorrangig im Offenland platziert werden. Die Erschließungssituation ist schlecht. Es sind umfangreiche Eingriffe zu erwarten.	Wird nicht gefolgt Das Vorranggebiet 63 "Erweiterung Gussenstadt" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Die Anpassung führt zu einer deutlichen Reduzierung der östlichen Teilfläche. Die weitergeführte Gebietsfläche grenzt eng an das bestehende Vorranggebiet an. Landschaftlich besonders wertvolle Bereiche (regionale Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege) sind aus dem Vorranggebiet jedoch ausgenommen. Auf Ebene der Regionalplanung wäre eine pauschale Bevorzugung von Offenlandbereichen oder Ausschluss von Waldgebieten nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und würde die ökologische Wertigkeit der Lebensräume nicht widerspiegeln. Daher wird bei der Abgrenzung des Vorranggebiets kein pauschaler Ausschluss der Waldgebiete vorgenommen. Die genannten Aspekte können erst auf Ebene der Anlagenplanung sinnvoll berücksichtigt und ggfs. zur Optimierung der Anlagenstandorte

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			und zur Eingriffsminimierung vorgebracht werden.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327	VRG 64 Gussenstadt Nordost	BE-ID: 1883 Nr. 64 Gussenstadt Nord Aus forstlicher Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Hinweise: Durch das Gebiet verläuft ein Wildtierkorridor.	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 64 "Gussenstadt Nordost" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327	VRG 65 Schönbühl	BE-ID: 1884 Nr. 65 Schönbühl Aus forstlicher Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Hinweise: Durch das Gebiet verläuft ein Wildtierkorridor. Bei der Anlagenstandortwahl müssen die vorhandenen Bodendenkmale und Biotope berücksichtigt werden. Die vorhandenen Versuchsflächen der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt müssen erhalten bleiben. Durch die schwierigere Topografie sind ggf. intensive Eingriffe notwendig.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 65 "Schönbühl" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Durch die Anpassung des Gebiets werden mögliche Konflikte mit den Bodendenkmalen vermieden. Die Detailprüfung der übrigen genannten Aspekte geht über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und ist in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. In den Planunterlagen (Gebietsteckbriefe) sind die in nachgelagerten Verfahren zu prüfenden Belange als Hinweise aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327	VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 1885 Nr. 66 Bergenweiler/Sontheim Aus forstlicher Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Hinweise: Durch das Gebiet verläuft ein Wildtierkorridor. Bei der Anlagenstandortwahl müssen die vorhandenen Bodendenkmale und Biotope berücksichtigt werden. Die Fläche wird stark von Erholungssuchenden frequentiert (Erholungswald Stufe 1b). Es sind Alteichen- und Altbuchwälder betroffen, in denen etliche kartierte Großhöhlen vorhanden sind. Der Erhalt dieser Strukturen sollte sicher-gestellt werden.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 66 "Bergenweiler / Sontheim" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Waldfläche in diesem Bereich ist nicht nach § 33LWaldG gesetzlich als Erholungswald geschützt. Die Erholungsnutzung in dem Waldgebiet wird auch nach der Umsetzung von Windenergieanalgen weiterhin möglich sein. In den dem Regionalverband Ostwürttemberg vorliegenden Daten der alten Waldbestände (>120 Jahre) sind innerhalb der Abgrenzung des Gebiets 66 keine alten Waldbeständen enthalten. Eine Verifizierung, ob diese Bestände nach der Gebietsanpassung noch im Gebiet liegen, ist nicht möglich.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Die angesprochenen Aspekte Bodendenkmale, Biotope und Waldbestände mit Großhöhlen sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. In den Planunterlagen (Gebietsteckbriefe) sind die in nachgelagerten Verfahren zu prüfenden Belange als Hinweise aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327	VRG 67 Hermaringen	BE-ID: 1886 Nr. 67 Hermaringen Die Fläche ist konfliktbehaftet. Hinweise: Bei der Anlagenstandortwahl müssen die vorhandenen Bodendenkmale und Biotope berücksichtigt werden. Es sind Alteichenwälder (bis 200 Jahre) betroffen, in denen etliche kartierte Großhöhlen vorhanden sind. Der Erhalt dieser Strukturen sollte sichergestellt werden.	Die Gebietsbewertung und die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Durch eine entsprechende Standortwahl ist ein Erhalt der genannten Bereiche und eine Vermeidung//Minimierung von Konflikten möglich. Aufgrund der hohen Windhöffigkeit ist das Vorranggebiet 67 "Hermaringen" dennoch für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Die angesprochenen Aspekte Bodendenkmale, Biotope, alte Waldbestände (>120 Jahre) mit Großhöhlen sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. In den Planunterlagen (Gebietsteckbriefe) sind die in nachgelagerten Verfahren zu prüfenden Belange als Hinweise aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 1887 Nr. 68 Giengen an der Brenz Aus forstlicher Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Hinweise: Bei der Anlagenstandortwahl müssen die vorhandenen Bodendenkmale und Biotope berücksichtigt werden.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 68 "Giengen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Durch die Anpassung des Gebietsumgriffs wird die Betroffenheit von Bodendenkmalen stark reduziert (nur an Gebiet 68 angrenzend) . Die angesprochenen Aspekte Bodendenkmale und Biotope sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. In den Planunterlagen (Gebietsteckbriefe) sind die in nachgelagerten Verfahren zu prüfenden Belange als Hinweise aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327	VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 1888 Nr. 69 Erweiterung Königsbronn/Ebnat (nur Landkreis Heidenheim) Aus forstlicher Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken. Hinweise: Das Gebiet weist eine hohe Vorbelastung durch eine Freiflächen-Photovoltaikanlage und einen Windpark auf. Es ist gut ausgebaute Infrastruktur vorhanden.	Wird nicht gefolgt Das Vorranggebiet 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg aufgrund anderweitiger Bedenken nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327		BE-ID: 1889 V. Landwirtschaft Aus landwirtschaftlicher Sicht werden folgende Anregungen zu den Planunterlagen gegeben: • Bei der Anlage von Ersatzaufforstungen für den Ausgleich von im Wald errichteten Windenergieanlagen wird angeregt, auf den 1:1-Ausgleich zugunsten anderer Maßnahmen zu verzichten. Grund dafür ist der immense Rückgang landwirtschaftlicher Nutzfläche in der Region Ostwürttemberg im Zeitraum von 1996 - 2020. Wie aus Tabelle 4 der SUP ersichtlich, ist der Landwirtschaft über 6.300 ha Nutzfläche verloren gegangen, wogegen die Waldfläche im gleichen Zeitraum um ca. 850 ha zugenommen hat. Dieser Trend hat sich in den letzten drei Jahren weiter fortgesetzt. • Bei der Standortwahl der Windenergieanlagen ist auf agrarstrukturelle Belange Rücksicht zu nehmen, insbesondere ist auf eine Verortung der Anlagen an Flurstücksgrenzen und in Wegnähe zu achten, um den Flächenverbrauch möglichst gering zu halten. • Es wird bereits jetzt darauf hingewiesen, dass bei der Auswahl von Ausgleichsmaßnahmen darauf zu achten ist, möglichst flächensparende Maßnahmen zu bevorzugen und möglichst auf Einschränkungen in der Bewirtschaftung der Flächen um die Windenergie-anlagen zu verzichten. Dies kann sich auf die Auswahl der Standorte auswirken und sollte deshalb bereits bei der Planung Berücksichtigung finden (z. B. Berücksichtigung Artenschutz).	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Berücksichtigung agrarstruktureller Belange bei der Standortwahl ist in der Gesamtfortschreibung des Regionalplans 2035 sowohl in Plansatz 3.2.3.1 (1) als Grundsatz zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme gute landwirtschaftlicher Flächen bereits verankert, als auch als Grundsatz zur Berücksichtigung des Flächenzuschnitts bei der Standortwahl von Windenergieanlagen in Vorranggebieten für die Landwirtschaft (Plansatz 3.2.3.2.(3). Die Anregungen zur Festlegung von forst- und naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen betreffen einen Themenbereich, der über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgeht und erst in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) mit den zuständigen Behörden zu klären sind, wenn Standorte, anlagenbezogene Eigenschaften und der Ausgleichsbedarf der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim		BE-ID: 1890 VI. Mobilität und Straßenbau Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalverbands	Wird zur Kenntnis genommen Aufgrund der eingegangenen Stellungnahmen wurden die Abstände zu Straßen überprüft. Die Abstände wurden an die in § 9

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 327		Ostwürttemberg wird grundsätzlich befürwortet und unterstützt. Es wird davon ausgegangen, dass mit den Windenergieanlagen im Einzelfall die im Kriterienkatalog in den Anmerkungen zu „Verkehr und technische Infrastruktur, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen“ aufgeführten Abstände entsprechend den gesetzlichen Anbauverbotszonen nach § 9 Bundesfernstraßengesetz und § 22 Straßengesetz für Baden-Württemberg zuzüglich Vorsorgeabstand Rotorradius eingehalten werden. In Bezug auf die aufgeführten Abstände zu Bahnlinien wird auf den avisierten, teilweise zweigleisigen Ausbau der Brenzbahn hingewiesen. Die aktuellen Planungen sehen einen zweigleisigen Ausbau der Brenzbahn u. a. in den Abschnitten Unterkochen – Oberkochen – Königsbronn und Bergenweiler – Sontheim-Brenz – Niederstotzingen sowie die Elektrifizierung der Gesamtstrecke vor. Daher ist zu beachten, dass sich die Gleislage vor allem in diesen Bereichen leicht verändern kann. Dies müsste bei der Berechnung der Abstände Beachtung finden.	Bundesfernstraßengesetz und § 22 Straßengesetz für Baden-Württemberg genannten Anbauverbotszonen zu Straßen zuzüglich einem Rotorradius von 90 m angepasst. Entlang der Brenzbahn wurden die Abstände zu den Gleisen hinsichtlich des geplanten zweigleisigen Ausbaus überprüft. Im Bereich des Gebiets 66 "Bergenweiler / Sontheim" wurde eine Vergrößerung des Gleisabstands vorgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 196 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 327		BE-ID: 1891 VII. Straßenverkehr Eine detaillierte straßenverkehrsrechtliche Stellungnahme ist aktuell nicht möglich, da die Teilfortschreibung Windenergie 2025 keine Planungen hinsichtlich der künftigen, konkreten Verkehrsführungen bzw. Verkehrsflächenaufteilungen enthält. Bei der Wahl der Standorte ist darauf zu achten, dass diese durch Groß- und Schwertransporte zu erreichen sind.	Wird zur Kenntnis genommen. Eine verkehrliche Erreichbarkeit des Bereichs im Umfeld der Vorranggebiete mit Groß- und Schwertransporten ist aufgrund des dichten Wege- und Straßennetzes in der Region Ostwürttemberg gegeben. Die verkehrliche Erreichbarkeit der jeweiligen Standorte von Windenergieanlagen ist ein Aspekt, der über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgeht und der in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären ist, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen.
lfd. Ident-Nr.: 197 Landratsamt Heidenheim Stn-Id: 38		BE-ID: 1379 Im Landkreis Heidenheim läuft aktuell die Flurneuordnung Sontheim-Brenz (B 492). Die Anordnung der Flurneuordnung Hermaringen (Güssenburger Weg) ist geplant. Beide Flurneuordnungsverfahren sind nicht betroffen von den geplanten Ausweisungen für „Vorranggebiete für regionale Windenergieanlagen“. D.h. ich habe keine Bedenken oder Anregungen in Bezug auf die Teilfortschreibung Windenergie 2025. Die Stellungnahme für den Landkreis Ostalbkreis wird über das	Wird zur Kenntnis genommen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Landratsamt Ostalbkreis selbst abgegeben.	
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 347		BE-ID: 1893 im Nachgang zu unserer Stellungnahme vom 19.07.2024 teilen wir abschließend nachstehende Anregungen, Hinweise oder zu beachtende Fakten mit: Geschäftsbereich Umwelt und Gewerbeaufsicht Gewerbeaufsicht Die Bewertung der immissionsschutzrechtlichen Auswirkungen (Lärm, Schattenwurf) auf benachbarte Immissionsorte (insbesondere Wohnbebauung) ist zum aktuellen Zeitpunkt nicht möglich. Hierfür ist eine Kenntnis der genauen Anlagenstandorte und -typen erforderlich, die in dieser frühen Planungsphase naturgemäß noch nicht vorliegen kann. Grundsätzliche Bedenken gegen das Vorhaben werden von uns nicht vorgebracht.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348		BE-ID: 1899 zu o. g. Vorhaben teilen wir nachstehende Anregungen und Informationen mit, die für die Ermittlung der Bewertung des Abwägungsmaterials und für die Umweltprüfung zweckdienlich sind: Geschäftsbereich Verkehrsinfrastruktur Im Rahmen des zuvor erfolgten Scoping zur Teilfortschreibung Windenergie des Regionalplans Ostwürttemberg wurde mit Schreiben vom 08.09.2023 bereits seitens des Geschäftsbereichs Stellung genommen. Die Anregungen behalten weiter ihre Gültigkeit und wurden auch in den nun vorliegenden Unterlagen berücksichtigt.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348		BE-ID: 1900 Geschäftsbereich Wald und Forstwirtschaft Wir schließen uns der Stellungnahme der höheren Forstbehörde, siehe Anhang, an.	Wird zur Kenntnis genommen. Abwägung zur Stellungnahme der höheren Forstbehörde: siehe Abwägung zur Stellungnahme der höheren Forstbehörde beim Regierungspräsidium Freiburg (Stellungnehmer 182).
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348		BE-ID: 1902 Geschäftsbereich Wasserwirtschaft Oberirdische Gewässer einschließlich Gewässerbau und Hochwasserschutz S. 33 des SUP: Die Aufzählung der Nebengewässer zu den Hauptgewässern mit Überschwemmungsgebieten ist nicht vollständig. Deshalb sollten	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 49 "Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen" wurde aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf angepasst und wird nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		den Gewässeraufzählungen in den Klammern „z.B.“ vorangesetzt werden (z.B. …). Plansätze mit Planbegründung: 49, Weilermerkingen / Dehlingen Ein Hinweis auf das Gewässer II. Ordnung „Kannentalgraben“ ist aufzunehmen. Wasserversorgung einschließlich Wasserschutzgebiete Plansätze mit Planbegründung: Teilbereiche der Fläche 48/3 liegen in der Schutzzone II des Wasserschutzgebietes „Egerquelle und Wachtelbrunnen I und II“ der Stadt Bopfingen. Nach § 7, Ziff. 2 der zugehörigen Schutzge-bietsverordnung vom 01.01.1997 ist in der Schutzzone II das Errichten und Erweitern baulicher Anlagen verboten. Unter welchen Bedingungen hier die Errichtung von Windenergieanlagen ggf. möglich wäre, muss im konkreten Einzelfall geprüft werden. In jedem Fall bedarf die Errichtung baulicher Anlagen einer Befreiung von den Bestimmungen der Schutzgebietsverordnung.	2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Die Belange der Wasserversorgung und Wasserschutzgebiete wurden bei der Überarbeitung der Gebietskulisse geprüft. Die Einbeziehung der Wasserschutzzonen II-Bereiche des Wasserschutzgebiets „Egerquelle und Wachtelbrunnen I und II“ in die Teilfläche 48/3 des Vorranggebiets 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren" stellt ein hohes Konfliktpotenzial mit dem Schutzgut Wasser dar. Die Aufnahme dieser Wasserschutzgebietszonen II in das Vorranggebiet 48 ist für die die Erreichung des gesetzlichen Flächenziels nicht erforderlich, da in der Region Ostwürttemberg ausreichend geeignete Alternativflächen mit geringerem Konfliktpotenzial vorhanden sind. Aus Gründen der Konfliktvermeidung und zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des Wasserhaushalts werden die Wasserschutzzonen II des Wasserschutzgebiets „Egerquelle und Wachtelbrunnen I und II“ im 2. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt. Teilbereiche des Vorranggebiets 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren" sind für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348		BE-ID: 1903 Geschäftsbereich Landwirtschaft Mit der Festlegung von 30 neuen Vorranggebieten für raumbedeutsame Windenergieanlagen werden weitere 4.537 ha der Regionsfläche für die Nutzung der Windenergie zur Verfügung gestellt. Bei einer Gesamtfläche der Region von 2.138,53 km² ergibt dies einen zusätzlichen Flächenanteil von 2,1%. In Verbindung mit dem Flächenanteil von 1,5% der Vorranggebiete aus der Teilfortschreibung „Erneuerbare Energien“ (2014) des Plansatzes 4.2.2.1 (1)) wird das verbindliche Teilflächenziel (KlimaG BW) von mindestens 1,8 % für die Region Ostwürttemberg erfüllt. Landwirtschaftliche Belange des Ostalbkreises werden bei den in Tabelle 1 aufgeführten Gebieten insofern beeinträchtigt, dass gut landwirtschaftlich bewirtschaftbare Flächen überplant werden: Tabelle 1: Gebiete mit Beeinträchtigung landwirtschaftlicher Belange Gebietsnummer/Name - Einstufung Flurbilanz 2022 44 Nonnenholz Nord und Süd, (Ellwangen) - Vorbehaltsflur I,	Die Bedenken und Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Gesamtfortschreibung des Regionalplans 2035 legt zur Nutzung der Windenergie in landwirtschaftlichen Flächen bereits Regelungen fest. Die Berücksichtigung agrarstruktureller Belange bei der Standortwahl ist in der Gesamtfortschreibung des Regionalplans 2035 sowohl in Plansatz 3.2.3.1 (1) als Grundsatz zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme gute landwirtschaftlicher Flächen bereits verankert, als auch als Grundsatz zur Berücksichtigung des Flächenzuschnitts bei der Standortwahl von Windenergieanlagen in Vorranggebieten für die Landwirtschaft (Plansatz 3.2.3.2.(3)). In Vorranggebieten für Landwirtschaft Interesses der Nutzung der Windenergie nach § 2 EEG ist die Nutzung der Windenergie in ausnahmsweise zulässig (Plansatz 3.2.3.2.(2)). Aspekte des Bodenschutzes und der Flächeninanspruchnahme wurden bei der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie 2025 mittels Planungskriterien sowie in der Umweltprüfung berücksichtigt. Der Flächenverbrauch durch Windenergieanlagen ist im regionalen Maßstab sehr gering. Durch die o.g. Grundsätze wird eine flächensparende Positionierung der Anlagen einforderbar, insbesondere in

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		45 Unterschneidheim / Tannhausen - Vorrangflur, 46 Kirchheim / Unterschneidheim - Vorrangflur/ Vorbehaltsflur I, 49 Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen - Vorbehaltsflur II, 58 Erweiterung Lauterburg - Vorbehaltsflur I, 59 Utzenberg VBI - Vorbehaltsflur I, 60 Rechberger Buch Vorbehaltsflur II/Grenzflur Bei den Gebieten 45 Unterschneidheim / Tannhausen und 46 Kirchheim / Unterschneidheim werden landwirtschaftliche Flächen überplant, die nach der Flurbilanz 2022 als Vorrangflur eingestuft sind. Die Vorrangflur umfasst besonders landbauwürdige Flächen (gute bis sehr gute Böden) und Flächen, die wegen ihrer ökonomischen Standortsgunst oder wegen ihrer besonderen Eignung für den Anbau von Sonderkulturen wie zum Beispiel Reben, Obst, Hopfen, Spargel für den Landbau und die Ernährungssicherung unverzichtbar und deshalb zwingend der landwirtschaftlichen Nutzung vorzubehalten sind. Fremdnutzungen müssen ausgeschlossen bleiben. Da die ausgewiesenen Flächen das vorgegebene, verbindliche Teilflächenziel (KlimaG BW) von mindestens 1,8 % für die Region Ostwürttemberg um 0,3 % übersteigen, sollte in Erwägung gezogen werden, von den Flächen abzusehen, die nach der Flurbilanz 2022 als Vorrangflur eingestuft sind. Die Ausführungen aus der vorherigen Stellungnahme des GB Landwirtschaft vom 14.08.2023 sind weiterhin gültig und zu beachten: „Auf Genehmigungsebene fällige Kompensationsmaßnahmen für die Errichtung von WEA sollen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung der Landnutzung geplant werden. Zum Beispiel sollte der Waldausgleich nicht auf landbauwürdigen Flächen (Vorrangflur oder Vorbehaltsfluren) geplant und durchgeführt werden, da diese Flächen für die Landwirtschaft und somit für die Ernährungssicherheit und -souveränität der Gesellschaft von höchster Bedeutung sind agrarstrukturelle Belange bei Standortwahl und Zuwegung berücksichtigen (Betriebsstruktur der bewirtschaftenden Betriebe, Wegführung, Flurstücks- und Schlaggröße Der Geschäftsbereich (GB) Landwirtschaft möchte zum o. g. Vorgang folgende Hinweise vorbringen: - Wie bereits in der Stellungnahme des GB Landwirtschaft von	hochwertigen landwirtschaftlichen Flächen und regionalen Vorranggebieten für Landwirtschaft. Die weitere Berücksichtigung auf Projektebene richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs. Dabei werden schädliche Umwelteinwirkungen sowie deren Vermeidung, Minimierung und Kompensation eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung. Die genannten Vorranggebiete 44 "Erweiterung Nonnenholz", 45 "Unterschneidheim / Tannhausen", 58 "Erweiterung Lauterburg", 59 "Utzenberg" und 60 "Rechberger Buch" sind für die Nutzung der Windenergie gut geeignet und werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt. Die Gebietsabgrenzungen werden aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung teilweise angepasst. Die Betroffenheit landwirtschaftlicher Flächen wird dadurch teilweise reduziert. Landwirtschaftliche Belange können in den nachgelagerten Verfahren berücksichtigt werden. Die Gebiete 46 "Kirchheim / Unterschneidheim" und 49 "Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen" werden im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Die Anregungen zur Festlegung von forst- und naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen betreffen einen Themenbereich, der über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgeht und erst in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) mit den zuständigen Behörden zu klären sind, wenn Standorte, anlagenbezogene Eigenschaften und der Ausgleichsbedarf der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die Schonung von Vorrang- und Vorbehaltsfluren bei der Festlegung von Kompensatiosnmaßnahmen ist im Umweltbericht als Hinweis zur Kompensation von nachteiligen Umweltauswirkungen auf der Genehmigungsebene (Kap. 4.5) enthalten. Zu den Hinweisen aus der Stellungnahme vom 02.02.2023: - Ein pauschale Bevorzugung von Grenz- und Untergrenzfluren bzw. ein pauschaler Ausschluss von Vorbehalts- und Vorrangfluren wäre nicht sachgerecht und würde den Sachverhalt des § 2 EEG (überragendes öffentliches Interesse) nicht berücksichtigen. - Landwirtschaftlichen Hofstellen werden mit ausreichenden Abständen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		02.02.2023 beschrieben, sollten Gebiete für Windkraft (und Solarenergie) lediglich auf landbauproblematischen Flächen ausgewiesen werden. Diese sind nach der Flurbilanz 2022 Baden-Württemberg als Grenz- und Untergrenzflur eingestuft. - Zudem ist der vorgegebene Abstand von Windkraftanlagen zu vorhandenen Hofstellen, Silo-, Getreide- und Mistlagern ist bei der Gebietsausweisung zu berücksichtigen. - Auch im Umweltbericht sollten landwirtschaftliche Belange bspw. in Form einer durch-schnittlichen oder kumulativen Einstufung der Gebiete nach der Flurbilanz 2022 mitein-bezogen werden. - Für die Planung von erforderlich werdenden externen Eingriffs-/Ausgleichsmaßnahmen, sollten nach Möglichkeit keine landwirtschaftlich genutzten Flächen in Anspruch genommen werden. Eine Inanspruchnahme ist aus landwirtschaftlicher Sicht lediglich auf land-bauproblematischen Flächen vertretbar, die nach der Flurbilanz 2022 als Grenz- und Untergrenzflur eingestuft sind.“ Aufgrund der o.ga. Ausführungen bestehen aus Landwirtschaftlicher Sicht Bedenken gegen die in Tabelle 1 aufgeführten Gebieten.	(i.d.R. 1000m zu Wohngebäuden) im Plankonzept berücksichtigt. Die Berücksichtigung von Betriebsgebäude und Lagerflächen geht über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und ist in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. - Landwirtschaftliche Belange werden in der Umweltprüfung im erforderlichen Umfang berücksichtigt. - Die Festlegung von Ausgleichsflächen erfolgt erst in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren, s. Abwägung oben.
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348		BE-ID: 1904 Geschäftsbereich Flurneuordnung Die Erweiterungsflächen 48/1 und 48/2 befinden sich z.T. im laufenden Flurneuordnungsverfahren Lauchheim-Hülen. Dieses befindet sich im Verfahrensstand Nachtrag 1 zum Flurbereinigungsplan, d.h. die neuen Flurstücke wurden bereits in den Besitz eingewiesen sind aber grundbuchrechtlich noch nicht geregelt. Im Bereich der beiden Erweiterungsflächen werden sich keine eigentumsrechtlichen Änderungen ergeben. Ebenso sind keine Maßnahmen der Flurneuordnung betroffen. Daher bestehen unsererseits keine Bedenken. Weitere laufende oder geplante Flurneuordnungsverfahren sind nicht betroffen.	Wird zur Kenntnis genommen Die Teilfläche 48/2 wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348		BE-ID: 1905 Geschäftsbereich Straßenverkehr Wir verweisen auf unsere Stellungnahme vom 08.09.2023.	Wird zur Kenntnis genommen. Die in der Stellungnahme des Gescchäftsbereichs Straßenverkehr vom 8.9.2023 im Rahmen des Scoping-Verfahrens genannten Hinweise werden berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348		BE-ID: 1906 Sachgebiet Naturschutz Zur vorgenannten Teilfortschreibung Windenergie gibt die untere	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Naturschutzbehörde in Abstimmung mit den zuständigen Naturschutzbeauftragten für die geplanten Vorranggebiete innerhalb des Ostalbkreises auf der Grundlage der Planunterlagen vom April 2024 folgende Stellungnahme ab: Die vorgelegte strategische Umweltprüfung ist – auch in Bezug auf die einzelnen geplanten Vorranggebiete – fundiert und nachvollziehbar aufgebaut. Alle wesentlichen, bisher bekannten zu beachtenden Aspekte des Naturschutzes wurden eingearbeitet und bewertet. Die Bewertungen sind zum jetzigen Verfahrenszeitpunkt überwiegend ausreichend und plausibel. Ergänzend wird hierzu auf die nachfolgenden Ausführungen zu den einzelnen Vorranggebieten innerhalb des Ostalbkreises verwiesen.	
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348	VRG 41 Ellenberg / Jagstzell West	BE-ID: 1907 Vorranggebiet Nr. 41 „Erweiterung Ellenberg/Jagstzell West“, Gemeinden Jagstzell, Ellenberg und Stadt Ellwangen (ca. 261 ha) Dieses Vorranggebiet stellt eine nachvollziehbare Erweiterung des Windparks „Ellwanger Berge“ (10 Bestandanlagen und zwei genehmigte Windenergieanlagen) dar. Aufgrund der vorhandenen Vorbelastung durch den Bestandwindpark und die A7 sind landschaftliche Auswirkungen auch aufgrund der Größe des Gebietes zwar in nicht unerheblichen Maße gegebenen, aber in der Gesamtbetrachtung noch vertretbar. Nach unserem Kenntnisstand wurden im fraglichen Bereich bereits artenschutzrechtliche Untersuchungen durchgeführt. Im Hinblick auf die vorliegenden artenschutzrechtlichen Hinweise (S. 44 des Anhangs der SUP) wären diese Untersuchungsergebnisse für das weitere Verfahren ggf. hilfreich.	Wird zur Kenntnis genommen. Sofern valide Artenschutzdaten dem Regionalverband vorliegen, können diese in der Umweltprüfung berücksichtigt werden. Das Vorranggebiet 41 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell West" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung und nach Beratung im Planungsausschuss am 31.01.2025 angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348	VRG 42 Ellenberg / Jagstzell Ost	BE-ID: 1908 Vorranggebiet Nr. 42 „Erweiterung Ellenberg/Jagstzell Ost“, Gemeinden Jagstzell und Ellenberg (ca. 78 ha) Durch dieses geplante Vorranggebiet soll auch im Bereich östlich der A7 bis an die Kreisgrenze heran die Möglichkeit zum Bau von WEA geschaffen werden. Dies führt zwar zu einer zusätzlichen landschaftlichen Belastung dieser Raumschaft, doch auch hier gelten im Hinblick auf die Vorbelastung und den Artenschutz die Ausführungen zum Vorranggebiet Nr. 41 (s.o.).	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348	VRG 44 Erweiterung Nonnenholz	BE-ID: 1909 Vorranggebiet Nr. 44 „Erweiterung Nonnenholz“, Stadt Ellwangen (ca. 59 ha) In diesem Bereich ist bereits eine erhebliche Vorbelastung durch die Bestandsanlagen des Windparks „Nonnenholz“ gegeben. Die	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 44 "Erweiterung Nonnenholz" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		geplanten beiden Teilbereiche des Vorranggebietes Nr. 44 reichen sowohl nördlich als auch südlich in nicht unerheblichem Maße in die bisher weitgehend unbelastete Landschaft hinein. Dies wird zu zusätzlichen landschaftlichen Beeinträchtigungen dieser Raumschaft führen und bspw. im Hinblick auf die Sichtbeziehungen zum Schloss Baldern werden zusätzliche Windenergieanlagen noch massiver in Erscheinung treten. Aus hiesiger naturschutzfachlicher Sicht wird dies jedoch noch als vertretbar angesehen. In Bezug auf den Artenschutz könnte es hier, auch aufgrund der Betroffenheit von umfangreichen Waldrandlagen, zu artenschutzrechtlichen Konflikten (bspw. Rotmilan) kommen, die im weiteren Verfahren zu bewerten wären.	aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Zur Reduzierung der Belastung der Raumschaft wird die nördliche Teilfläche nicht weitergeführt. Der Fachbeitrag Artenschutz (LUBW) gibt für das Vorranggebiet 44 kein Schwerpunktvorkommen windenergiesensibler Arten an, Brutvorkommen von Sonderstatusarten sind ebenfalls nicht bekannt. Der Einschätzung, dass die Betroffenheit weiterer artenschutzrechtlicher Belange in nachgelagerten Verfahren zu bewerten ist, wird zugestimmt.
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 1910 Vorranggebiet Nr. 45 „Unterschneidheim/Tannhausen“, Gemeinden Unterschneidheim und Tannhausen (ca. 301 ha) Dieser Bereich weist bisher keine markanten Vorbelastungen auf. Bei der geplanten Größe von über 300 ha würde hier eine sehr große Windkraftfläche entstehen, die auch erhebliche Auswirkungen auf die angrenzende Rieslandschaft hätte. Aus den vorgenannten Gründen, wird diese Vorrangfläche von Seiten des zuständigen Naturschutzbeauftragten als sehr kritisch beurteilt. In Bezug auf den Artenschutz könnte es bei diesem Vorranggebiet, auch aufgrund der Betroffenheit von großflächigen Waldrandlagen, zu artenschutzrechtlichen Konflikten (bspw. Rotmilan) kommen. Darüber hinaus sind auch Konflikte mit Offenlandbrütern zu befürchten. Diese artenschutzrechtlichen Aspekte sind im weiteren Verfahren zu bewerten.	Wird nicht gefolgt Die Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen auf die Rieslandschaft werden zur Kenntnis genommen. In der Gesamtbetrachtung unter Berücksichtigung des § 2 EEG wird das Vorranggebiet 45 "Unterschneidheim / Tannhausen dennoch als für die Nutzung der Windenergie gut geeignet bewertet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Der Fachbeitrag Artenschutz (LUBW) gibt für das Umfeld des Vorranggebiets 45 Schwerpunktvorkommen windenergiesensibler Arten an. Diese wurden bei der Gebietsabgrenzung berücksichtigt. Der Einschätzung, dass die Betroffenheit weiterer artenschutzrechtlicher Aspekte in nachgelagerten Verfahren zu bewerten ist, wird zugestimmt. Diese sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. In den Planunterlagen (Gebietsteckbriefe) sind die in nachgelagerten Verfahren zu prüfenden Belange als Hinweise aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348	VRG 46 Kirchheim / Unterschneidheim	BE-ID: 1911 Vorranggebiet Nr. 46 „Kirchheim/Unterschneidheim“, Gemeinden Kirchheim und Unterschneidheim (ca. 127 ha) Das Vorranggebiet Nr. 46 ist in einem bisher völlig unbelasteten Landschaftsraum im Riesrandbereich geplant und hat somit massiv negative Auswirkungen auf die dortige Raumschaft. Auch im Hinblick auf den Artenschutz sind verschiedene Konflikte zu	Wird gefolgt Das Vorranggebiet 46 "Kirchheim / Unterschneidheim" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg in Verbindung mit anderen Belangen (mäßige Windhöffigkeit) nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		befürchten (bspw. Rotmilan, Offenlandbrüter, …..). Darüber hinaus grenzt in ca. 250 m das FFH-Gebiet „Westlicher Riesrand“ an die geplante Vorrangfläche an. Aus hiesiger Sicht wird hier die Notwendigkeit der Durchführung einer FFH-Vor- bzw. Verträglichkeitsprüfung gesehen. Die Einschätzung des Steckbriefes wird geteilt, wonach es sich um ein sehr konfliktbehaftetes Gebiet handelt. Sollte die Umsetzung eines Vorranggebietes in dieser Raumschaft erfolgen, wird dringend angeregt, allenfalls das Vorranggebiet Nr. 45 zu verwirklichen und auf das Vorranggebiet Nr. 46 zu verzichten.	
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348	VRG 47 Hornsberg	BE-ID: 1912 Vorranggebiet Nr. 47 „Hornsberg“, Gemeinden Rainau und Westhausen (ca. 93 ha) Die betroffene Waldfläche befindet sich östlich der A7. Vorbelastungen sind in diesem Bereich nicht vorhanden. Es würde ein völlig neues, relativ kleines Gebiet entstehen. Diese Vorrangfläche wird auch in Bezug auf die Sichtbeziehung und die Wirkung für die gesamte Raumschaft, auch von Seiten des zuständigen Naturschutzbeauftragten - kritisch betrachtet. Vor diesem Hintergrund wird dringend angeregt, für dieses Vorranggebiet zunächst eine Visualisierung durchzuführen. Ob es sich in diesem Fall, wie im Steckbrief ausgeführt, um eine Einflugschneise des Schwarzstorches in das Jagsttal handelt, ist der unteren Naturschutzbehörde nicht bekannt.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 47 "Hornsberg" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg in Verbindung mit anderen Belangen nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 1913 Vorranggebiet Nr. 48 „Erweiterung Waldhausen/Beuren“, Gemeinden Lauchheim und Bopfingen (ca. 519 ha) Die vier Teilflächen des geplanten Vorranggebietes werden nach Einschätzung der unteren Naturschutzbehörde wie folgt beurteilt: Teilfläche 48/1 (40,3 ha) Die an das bestehende Vorranggebiet angrenzende Fläche soll bis an den Waldrand ausgedehnt werden. Die geplante Fläche rückt daher näher an Hülen, den dortigen Steinbruch, die Kapfenburg und an den Albtrauf heran. Dies führt trotz der vorhandenen Vorbelastung zu einer zusätzlichen Belastung der dortigen Landschaft. Vor diesem Hintergrund wird von Seiten der zuständigen Naturschutzbeauftragten angeregt, die Fläche von Norden her zurückzunehmen. Durch das Heranrücken an den Steinbruch kann es zu Konflikten mit dort brütenden Vögeln (bspw. Uhu, Kolkrabe, …..) kommen. Teilfläche 2 (101 ha)	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Teilfläche 48/1: Die Teilfläche 48/1 wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg aufgrund weiterer Anregungen in angepasster Form weitergeführt. Der Anregung, die Fläche im Norden zurückzunehmen wird dabei gefolgt. Teilfläche 48/2: Die Teilfläche 48/2 wird in Verbindung mit weiteren betroffenen Belangen im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Teilfläche 48/3: Die Teilfläche 48/3 wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg aufgrund weiterer Anregungen in angepasster Form weitergeführt. Das Gebiet wird dabei im Osten und Südosten reduziert, so dass sich zu den genannten Natura 2000-Gebieten größere Abstände ergeben. Teilfläche 48/4: Die Teilfläche 48/4 wird im Rahmen des 2.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Die Teilfläche 2 grenzt an ein bestehendes Vorranggebiet an, welches bisher nicht umgesetzt wurde. Diese geplante Vorrangfläche rückt sehr nahe an das im höchsten Maße raumwirksame Kultur-denkmal Schloss Kapfenburg und damit auch an den Albtrauf heran. Aufgrund der extrem großen Fernwirkung hätte die Umsetzung dieser Fläche erheblich negative Auswirkungen auf das Landschaftsbild. Wir regen daher dringend an, den nordwestlichen Bereich dieser Vorrangfläche zurückzunehmen. Die Einschätzung des Steckbriefes wird geteilt, dass es sich um ein konfliktbehaftetes Gebiet handelt. Teilfläche 3 (367,2 ha) Diese Teilfläche rückt sehr nahe an das FFH-Gebiet „Härtsfeld“ und das Vogelschutzgebiet „Tierstein“ heran. Die Durchführung einer Natura 2000 – Verträglichkeitsprüfung ist daher zwingend erforderlich. Zudem sind auch artenschutzrechtliche Konflikte (bspw. Uhu) zu erwarten. Die landschaftlichen Auswirkungen wären enorm, da die Vorrangfläche äußerst nahe an den Albtrauf heranrücken würde und damit auch Auswirkungen auf das Schloss Kapfenburg, das Schloss Baldern und sogar auf den Ipf hätte. Daher kann auch hier den Ausführungen des Steckbriefes der SUP gefolgt werden, wonach es sich um ein sehr konfliktbehaftetes Gebiet handelt. Zu den Teilflächen 1 bis 3 wird die Durchführung einer Visualisierung angeregt. Teilfläche 4 (11 ha) Diese relativ kleine Teilfläche grenzt an die vorhandene Vorrangfläche im Süden an. Die landschaftlichen Auswirkungen sind hier, bei Umsetzung der bestehenden Vorrangfläche, vertretbar.	Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348	VRG 49 Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen	BE-ID: 1914 Vorranggebiet Nr. 49 „Erweiterung Weilermerkingen/Dehlingen“, Städte Neresheim und Bopfingen und Gemeinde Riesbürg (ca. 351 ha) Die vier Teilflächen des geplanten Vorranggebietes werden nach Einschätzung der unteren Naturschutzbehörde wie folgt beurteilt: Teilfläche 49/1 (104 ha) Die Teilfläche 1 grenzt direkt an das vorhandene und bereits umgesetzte Vorranggebiet an. Der Bereich weist somit eine nicht	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 49 "Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen" wurde aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf angepasst und wird nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		unerhebliche Vorbelastung auf. Aufgrund der Nähe zum nordöstlich gelegenen Steinbruch können artenschutzrechtliche Konflikte (bspw. Uhu, …..) nicht ausgeschlossen werden. Teilfläche 49/2 (17,8 ha) Mit dieser Teilfläche soll nun der Bereich südöstlich der B 466 für die Windkraft bereitgestellt werden. Dies führt zu landschaftlichen Veränderungen eines bisher weitgehend unbelasteten Landschaftsraumes. Dies ist jedoch aus hiesiger Sicht noch vertretbar. Teilfläche 49/3 (162,3 ha) Aufgrund der geplanten Größe und dem Heranrücken an den Riesrand hätte diese Teilfläche massive Auswirkungen auf die dortige Landschaft. Aufgrund der Nähe zum südöstlich gelegenen Steinbruch können artenschutzrechtliche Konflikte (bspw. Uhu, Kreuzotter….) nicht ausgeschlossen werden. Zu den Teilflächen 1 bis 3 wird die Durchführung einer Visualisierung angeregt. Teilfläche 49/4 (67,9 ha) Die unmittelbare Nähe zum Riesrandbereich hätte erhebliche Auswirkungen auf die dortige Landschaft. Diese Teilfläche würde aufgrund der langestreckten Ausdehnung als Fremdkörper in Erscheinung treten. Aus vorgenannten Gründen wird die Fläche 49/4 von Seiten des zuständigen Naturschutzbeauftragten als kritisch beurteilt. Aufgrund der Nähe zum nördlich gelegenen Steinbruch können artenschutzrechtliche Konflikte (bspw. Uhu, ….) nicht ausgeschlossen werden.	
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 1915 Vorranggebiet Nr. 53 „Pfaffentäle/Diepertsbuch“, Städte Heidenheim und Neresheim (ca. 98 ha) Der nördliche Bereich der Teilfläche 2 befindet sich auf Gemarkung Neresheim. Aufgrund der nur sehr geringen Betroffenheit des Ostalbkreises werden hierzu keine weitergehenden Anregungen und Hinweise vorgebracht.	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1916 Vorranggebiet Nr. 54 „Ebnat“, Städte Aalen und Oberkochen und Gemeinde Königsbronn (ca. 469 ha) Diese Fläche grenzt zwar an ein bestehendes Vorranggebiet an,	Die Bedenken und Hinweise werden zur Kenntnis genommen. In Verbindung mit weiteren Anregungen und Bedenken wurde die Abgrenzung des Vorranggebiets 54 überarbeitet und im Süden und Südosten zurückgenommen. Die Raumbelastung und Überformung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		schiebt sich jedoch zwischen Oberkochen und Ebnat weit nach Norden. Die Größe und die Ausdehnung des Gebietes führen zusammen mit der geplanten Ausweisung des Vorranggebietes Nr. 55 zu erhebliche Auswirkungen auf die dortige Raumschaft und die Massierung hätte eine Überformung der Landschaft zur Folge. Artenschutzrechtlichen Konflikte können derzeit nicht abgeschätzt werden. Die Hinweise im Steckbrief auf Vogel- und Fledermauszug sowie der genannten weiteren Arten können ohne Kenntnis der Datengrundlage nicht eingeschätzt werden.	der Landschaft wird dadurch zumindest reduziert. Die im Gebietssteckbrief der Umweltprüfung benannten Artenvorkommen wurden hinsichtlich ihrer Validität nochmals überprüft. Soweit vorhanden werden validierte Nachweise in der Umweltprüfung berücksichtigt. Nicht validierte Artennennungen werden als Hinweise in die Gebietssteckbriefe der SUP aufgenommen. Im Rahmen der 1. Anhörung wurden dem Regionalverband Ostwürttemberg für das Gebiet 54 keine validen Nachweise von Artenvorkommen und dem Vogel- und Fledermauszug vorgelegt. Die Prüfung der artenschutzrechtlichen Belange erfolgt auf Ebene der Regionalplanung mit den verfügbaren, validen Daten (v.a. Fachbeitrag Artenschutz). In der Gesamtbetrachtung unter Berücksichtigung des § 2 EEG und dem hohen örtlichen Bedarf an Strom aus Erneuerbaren Energien wird im Bereich des Gebiets 54 der Nutzung der Windenergie Vorrang eingeräumt. Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348	VRG 55 Erweiterung Oberkochen	BE-ID: 1917 Vorranggebiet Nr. 55 „Erweiterung Oberkochen“, Stadt Oberkochen und Gemeinde Königs-bronn (ca. 53 ha) Diese Vorranggebiet führt für sich gesehen auch aufgrund der vorhandenen Vorbelastung zu vertretbaren Veränderungen der dortigen Landschaft. Artenschutzrechtliche Konflikte können derzeit nicht abgeschätzt werden. Die Hinweise im Steckbrief auf Vogel- und Fledermauszug sowie der genannten weiteren Arten können ohne Kenntnis der Datengrundlage nicht eingeschätzt werden.	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 55 "Erweiterung Oberkochen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung geringfügig angepasst. Die im Gebietssteckbrief der Umweltprüfung benannten Artenvorkommen wurden hinsichtlich ihrer Validität nochmals überprüft. Soweit vorhanden werden validierte Nachweise in der Umweltprüfung berücksichtigt. Nicht validierte Artennennungen werden als Hinweise in die Gebietssteckbriefe der SUP aufgenommen. Im Rahmen der 1. Anhörung wurden dem Regionalverband Ostwürttemberg für das Gebiet 55 keine validen Nachweise von Artenvorkommen und dem Vogel- und Fledermauszug vorgelegt. Die Prüfung der artenschutzrechtlichen Belange erfolgt auf Ebene der Regionalplanung mit den verfügbaren, validen Daten (v.a. Fachbeitrag Artenschutz).
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348	VRG 56 Rosenberg West	BE-ID: 1918 Vorranggebiet Nr. 56 „Rosenberg West“, Gemeinde Rosenberg (ca. 6 ha)	Wird zur Kenntnis genommen. Das im Gebietssteckbrief der Umweltprüfung benannten Artenvorkommen wurden hinsichtlich ihrer Validität nochmals überprüft. Soweit

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Dieses geplante Vorranggebiet grenzt unmittelbar an einen Bestandswindpark im Landkreis Schwäbisch Hall an. Eine Vorbelastung ist somit bereits vorhanden. Der Hinweis im Steckbrief auf den Schwarzstorch ist im weiteren Verfahren zu beurteilen.	vorhanden werden validierte Nachweise in der Umweltprüfung berücksichtigt. Nicht validierte Artennennungen werden als Hinweise in die Gebietssteckbriefe der SUP aufgenommen. Im Rahmen der 1. Anhörung wurden dem Regionalverband Ostwürttemberg für das Gebiet 56 keine validierten Nachweise des Schwarzstorchs oder anderer Arten vorgelegt. Die Prüfung der artenschutzrechtlichen Belange erfolgt auf Ebene der Regionalplanung mit den verfügbaren, validen Daten (v.a. Fachbeitrag Artenschutz, Kategorie A und B-Flächen). Das Vorranggebiet 56 "Rosenberg" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348	VRG 58 Erweiterung Lauterburg	BE-ID: 1919 Vorranggebiet Nr. 58 „Erweiterung Lauterburg“, Gemeinde Essingen (ca. 77 ha) Die Erweiterung des Bestandswindparks in Richtung Norden wird aufgrund des Heranrückens an den Albtrauf als sehr kritisch beurteilt. Zudem sind zusätzliche artenschutzrechtliche Konflikte - insbesondere im Hinblick auf den Rotmilan - zu befürchten. Die Einschätzung des Steckbriefes, wonach die Fläche als sehr konfliktbehaftet beurteilt wird, wird von Seiten der unteren Naturschutzbehörde vollumfänglich geteilt.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Das Gebiet 58 "Erweiterung Lauterburg" führt als schmales Band in Richtung des Albtraufs und tangiert diesen in einem schmalen Abschnitt. Der "Albtrauf" als einzigartige geomorphologische Erscheinung ist ein im Einzelfall zu prüfendes Kriterium (s. Kriterienkatalog). Die Betroffenheit des Albtraufes wurde entsprechend einzelfallbezogen geprüft. Anlagebedingt ergibt sich durch Windenergieanlagen grundsätzlich eine Veränderung des Landschaftsbildes. Vor dem Hintergrund des § 2 EEG (überragendes öffentliches Interesse) wird im Rahmen der Gesamtabwägung der Windenergienutzung in den angesprochenen Bereichen der Vorrang eingeräumt. Weitere Untersuchungen sind auf Ebene der Regionalplanung nicht vorgesehen. Die Prüfung der artenschutzrechtlichen Belange erfolgt auf Ebene der Regionalplanung mit den verfügbaren, validen Daten (v.a. Fachbeitrag Artenschutz). Windkraftsensible Arten wie der genannte Rotmilan sind über den "Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie" (LUBW, 2022) berücksichtigt. Schwerpunktvorkommen der Kategorie A (naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte, windenergiesensible Arten - vgl. LUBW (2022)) wurden im Planungskonzept mit einem zusätzlichen Umgebungsabstand berücksichtigt und gem. des Kriterienkatalogs im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen freigehalten. Schwerpunktvorkommen der Kategorie B unterliegen gem. der Planungshilfe sowie der Festlegung im Kriterienkatalog einer Einzelfallprüfung. Das Vorranggebiet 58 "Erweiterung Lauterburg" ist nicht von einem solchen Schwerpunktvorkommen der Kategorie B überlagert. Nach dem nunmehr

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			vorliegenden Konzept kann außerhalb von Schwerpunktvorkommen der vom Fachbeitrag umfassten Arten grundsätzlich davon ausgegangen werden, dass der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windkraft aus Sicht des Artenschutzes keine unüberwindbaren Hindernisse entgegenstehen. [...]" (LUBW, 2022). Das Vorranggebiet 58 "Erweiterung Lauterburg" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund anderer Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348	VRG 59 Utzenberg	BE-ID: 1920 Vorranggebiet Nr. 59 „Utzenberg“, Stadt Heubach und Gemeinde Essingen (ca. 54 ha) Auch diese Vorrangfläche hätte erhebliche Auswirkungen auf die dortige Landschaft, insbesondere auf das betroffene Landschaftsschutzgebiet „Kaltes Feld bis Rosenstein“ und vor allem auch auf den Albtrauf. Durch die exponierte Lage und im Hinblick auf die zukünftige Höhe der Windenergieanlagen hätte diese massive Folgen auf die bisher weitgehend unbelastete Albtraufkante. Die Umsetzung dieser Fläche hätte somit eine technische Überformung der Landschaft zur Folge. Aus den vorgenannten Gründen wird dieses Vorranggebiet von Seiten der zuständigen Naturschutzbeauftragten als sehr kritisch beurteilt. Die Hinweise im Steckbrief auf „größter Verdichtungsraum des Kleinvogelzugs“ können ohne Kenntnis der Datengrundlage nicht eingeschätzt werden.	Wird nicht gefolgt Landschaftsschutzgebiete sind nach Anwendung des §26 (3) BNatSchG sind derzeit grundsätzlich für die Windenergienutzung geöffnet. Eine Ausnahme hiervon besteht nur, wenn die Windenergiestandorte in Natura2000-Gebieten oder Weltkulturerbestätten […] liegen würden. Für die Errichtung und Betrieb von im Übrigen zulässigen Windenergieanlagen und mit Nebenanlagen ist dann keine Ausnahme oder Befreiung von der Erklärung zur Unterschutzstellung erforderlich, selbst wenn diese entgegenstehende Bestimmungen enthält. Das Landschaftsschutzgebiet „Kaltes Feld bis Rosenstein“ überlagert sich im Bereich des Vorranggebiets 59 "Utzenberg" nicht mit Natura 2000-Gebieten oder Weltkulturerbestätten nach Artikel 11 des Übereinkommens vom 16. November 1972 zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt (BGBl. 1977 II S. 213, 215). Demnach ist die Öffnung des Landschaftsschutzgebiets gem. §26 (3) BNatSchG für die Nutzung Windenergie gegeben und entsprechend in die Abwägung eingeflossen. Das Gebiet 59 "Utzenberg" befindet sich zwar in der Nähe des Albtraufs, jedoch räumlich etwas zurückgesetzt und knapp außerhalb des vom Regionalverband Ostwürttemberg entlang der Albtraufkante festgelegten Prüfbereichs. Die Betroffenheit des Albtraufes wurde dennoch einzelfallbezogen geprüft. Anlagebedingt ergibt sich durch Windenergieanlagen grundsätzlich eine Veränderung des Landschaftsbildes. Vor dem Hintergrund des § 2 EEG (überragendes öffentliches Interesse) wird im Rahmen der Gesamtabwägung der Windenergienutzung in den angesprochenen Bereichen der Vorrang eingeräumt. Weitere Untersuchungen sind auf Ebene der Regionalplanung nicht vorgesehen. Das Vorranggebiet 59 "Utzenberg" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348	VRG 60 Rechberger Buch	BE-ID: 1921 Vorranggebiet Nr. 60 „Rechberger Buch“, Städte Heubach und Schwäbisch Gmünd (ca. 100 ha) Die landschaftlichen Auswirkungen dieser Vorrangfläche wären, auch aufgrund der Nähe zum Albtrauf, enorm. Die Umsetzung dieser Fläche würde zu einer völligen Überformung der dortigen Landschaft führen und hätte massive Auswirkungen auf das Landschaftsschutzgebiet „Kaltes Feld bis Rosenstein“. Die Auswirkungen auf Vögel und Fledermäuse können derzeit noch nicht abgeschätzt werden. Von Seiten des zuständigen Naturschutzbeauftragten wird folgende Stellungnahme abgegeben: Aufgrund der Einzigartigkeit des Albtraufs, der für den Ostalbkreis ein Alleinstellungsmerkmal darstellt, werden die Bewertungskriterien und die Bewertungsmatrix, dessen Bedeutung für die Landschaft und auch die Erholungsfunktion nicht gerecht. Durch die Lage des Vorranggebiets, teilweise direkt oberhalb der Traufkante und zwischen den Vorranggebieten Falkenberg und Lauterstein im Südwesten und Utzenberg und Lauterburg im Nordosten und Osten, werden bei Realisierung dieser Vorranggebiete auf ca. 10 km Länge Windräder den Anblick des Albtraufs dominieren. Nachdem auch Hinweise auf artenschutzrechtliche Restriktionen vorliegen wäre eine Gesamtbeurteilung mit “sehr konfliktbehaftet“ angemessener.	Wird zur Kenntnis genommen. Das Gebiet 60 "Rechberger Buch" tangiert den Albtrauf mit seiner westlichen Hälfte. Der "Albtrauf" als einzigartige geomorphologische Erscheinung ist ein im Einzelfall zu prüfendes Kriterium (s. Kriterienkatalog). Die Betroffenheit des Albtraufes wurde entsprechend einzelfallbezogen geprüft. Anlagebedingt ergibt sich durch Windenergieanlagen grundsätzlich eine Veränderung des Landschaftsbildes. Vor dem Hintergrund des § 2 EEG (überragendes öffentliches Interesse) und des örtliche hohen Bedarfs an Strom aus Erneuerbaren Energien wird im Rahmen der Gesamtabwägung der Windenergienutzung in den angesprochenen Bereichen der Vorrang eingeräumt. Weitere Untersuchungen sind auf Ebene der Regionalplanung nicht vorgesehen. Für das Gebiet "Rechberger Buch" gilt ebenfalls die durch §26 (3) BNatSchG vorgegebene Öffnung des Landschaftsschutzgebiets für die Windenergie, da kein Natura 2000-Gebiet und keine Unesco-Welterbestätte im Gebiet vorhanden sind. Demnach ist die Öffnung des Landschaftsschutzgebiets gem. §26 (3) BNatSchG für die Nutzung Windenergie gegeben und entsprechend in die Abwägung eingeflossen. Die Umweltprüfung wurde im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs überarbeitet, das Gebiet wird aus Umweltsicht als "weniger geeignet" bewertet. In der Gesamtbetrachtung unter Berücksichtigung des § 2 EEG und dem hohen örtlichen Bedarf an Strom aus Erneuerbaren Energien wird im Gebiet 60 der Nutzung der Windenergie Vorrang eingeräumt. Die Abgrenzung wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung kleinräumig angepasst. Das Vorranggebiet 60 „Rechberger Buch“ ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348	VRG 61 Erweiterung Falkenberg	BE-ID: 1922 Vorranggebiet Nr. 61 „Erweiterung Falkenberg“, Gemeinde Bartholomä (ca. 100 ha) Die geplante Vorrangfläche befindet sich zwischen zwei bestehenden Vorrangflächen im Ostalbkreis und im Landkreis Göppingen. Dadurch wird ein teilweise noch von Windenergieanlagen freigehaltenen Korridor geschlossen. Zudem rückt der östliche Bereich näher an das	Wird gefolgt Das Vorranggebiet 61 "Erweiterung Falkenberg" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Vogelschutzgebiet „Albtrauf“ und an die dortigen Naturschutzgebiete heran. Um die Massierung in diesem Bereich zu reduzieren, wird von Seiten der zuständigen Naturschutzbeauftragten dringend angeregt, den südöstlichen Bereich der geplanten Vorrangfläche zurückzunehmen und allenfalls einen Lückenschluss bis zur Kreisgrenze vorzunehmen.	
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348	VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 1923 Vorranggebiet Nr. 69 „Erweiterung Königsbronn/Ebnat“, Städte Heidenheim und Aalen und Gemeinde Königsbronn (ca. 38 ha) Dieses geplante Vorranggebiet befindet sich nur im westlichen Bereich im Ostalbkreis. Dieses Gebiet wird im Steckbrief als sehr konfliktbehaftet eingeschätzt. Aus hiesiger Sicht wird die Erweiterung dieses Gebietes als vertretbar beurteilt.	Wird zur Kenntnis genommen Das Vorranggebiet 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348	VRG 70 Langert	BE-ID: 1924 Vorranggebiet Nr. 70 „Langert“, Stadt Aalen (ca. 150 ha) Das Vorranggebiet liegt zwischen verschiedenen hochwertigen FFH- und Vogelschutzgebieten sowie einem Landschaftsschutzgebiet und befindet sich direkt am Albtrauf. Somit würde von diesem Vorranggebiet eine extreme Fernwirkung ausgehen. Südlich des Gebietes befindet sich das landschaftlich äußerst hochwertige Wolfertstal, welches durch die Verwirklichung dieser Vorrangfläche landschaftlich negativ beeinflusst werden würde. Der Bereich weist bisher keinerlei Vorbelastungen auf und hat einen sehr hohen Naherholungswert. Aufgrund der vorgenannten Ausführungen wird dieses Vorranggebiet von Seiten des zuständigen Naturschutzbeauftragten als kritisch beurteilt. Zum Artenschutz können derzeit noch keine Einschätzungen abgegeben werden.	Wird nicht gefolgt Das Vorranggebiet 70 "Langert" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Zu naturschutzfachlich hochwertigen Bereichen - wie den genannten Natura2000-Gebieten und dem Landschaftsschutzgebiet - in der Umgebung des geplanten Vorranggebiets ist ein ausreichender Abstand eingehalten. Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Hinsichtlich des genannten Aspekts der Naherholung nimmt die Regionalplanung eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis		BE-ID: 1925 Allgemeine Hinweise	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Hinweis zu Natura 2000: Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 348		Natura 2000 Mit den Einschätzungen im Hinblick auf die Notwendigkeit der Durchführung von Natura 2000-Vor- bzw. Verträglichkeitsprüfungen besteht Einverständnis. Artenschutz Es wird angeregt, in den Karten der einzelnen Streckbriefe zumindest die Schwerpunktvorkommen entsprechend dem „Fachbeitrag Artenschutz für Regionalplanung Windenergie“ vom 31.10.2022 darzustellen. In verschiedenen geplanten Vorranggebieten wird auf einen vorkommenden Vogel- oder Fledermauszug oder auf konkrete Arten verwiesen. Wir bitten hierzu um Mitteilung, auf welchen konkreten Datengrundlagen diese Aussagen beruhen. Auf Seite 106 der strategischen Umweltprüfung wird ausgeführt, dass zur Sonderkonstellation „Rast- und Überwinterungsgebiete von Zugvögel, Ansammlungen sowie Vogelzug“ einer Stellungnahme der Naturschutzbehörde bedarf. Unsererseits kann zu dieser Thematik erst dann ggf. eine Stellungnahme abgegeben werden, wenn uns die konkreten Datengrundlagen vorliegen. Im Hinblick auf die „Sonderstatusarten außerhalb der Kategorie A-Kulissen“ gehen wir davon aus, dass hierzu entsprechend den Ausführungen der strategischen Umweltprüfung (S. 106) die höhere Naturschutzbehörde eine Stellungnahme abgibt.	Artenschutz: Der Anregung zur Darstellung der Schwerpunktvorkommen in den des Umweltberichts wird nicht gefolgt. Die Abgrenzung der Schwerpunktvorkommen sind öffentlich einsehbar. Eine Darstellung in den Karten der Gebietsteckbriefe würde einen einzelnen Belang der Umweltprüfung hervorheben und ein Ungleichgewicht erzeugen. Hinweise zu Vogel- und Fledermauszug: Die im 1. Anhörungsentwurf enthaltenen Hinweise beruhen auf Meldungen von Naturschutzverbänden. Im Rahmen der 1. Anhörung wurden dem Regionalverband Ostwürttemberg keine validen Nachweise zum Vogel- und Fledermauszug vorgelegt. Die Prüfung der artenschutzrechtlichen Belange erfolgt auf Ebene der Regionalplanung mit den verfügbaren, validen Daten (v.a. Fachbeitrag Artenschutz). Nicht validierte Nennungen von Artenvorkommen und Vogel-/Fledermauszug werden als Hinweise in die Gebietssteckbriefe der SUP aufgenommen. Bezüglich der „Rast- und Überwinterungsgebiete von Zugvögel, Ansammlungen sowie Vogelzug“ wurde im Rahmen der 1. Anhörung von der höheren Naturschutzbehörde Daten nachgemeldet. Die Daten wurden bei der Überarbeitung des 1. Anhörungsentwurfs berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348		BE-ID: 1926 Von dem Geschäftsbereich Vermessung und Geoinformation werden keine Anregungen, Hinweise oder zu beachtende Fakten mitgeteilt.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 199 Landratsamt Ostalbkreis Stn-Id: 348		BE-ID: 1927 Die Stellungnahme des Geschäftsbereichs Umwelt und Gewerberaufsicht wird schnellstmöglich nachgereicht.	Die Nachreichung ist erfolgt, vgl. Ident-Nr. 199, lfd. DS-Nr. 1893.
lfd. Ident-Nr.: 200 Landratsamt Rems-Murr-Kreis Stn-Id: 316		BE-ID: 1826 zu o.g. Verfahren wird wie folgt Stellung genommen: Am Verfahren wurden die Ämter -Amt für Umweltschutz -Forstamt beteiligt. Aufgrund der Fachbehördenbeteiligung liegen der Geschäftsstelle für Genehmigungs- und Planverfahren folgende Informationen vor: 1. Amt für Umweltschutz Gegen das o.g. Verfahren bestehen aus unserer Sicht keine Bedenken. Es wird darauf hingewiesen, dass die entsprechenden	Wird zur Kenntnis genommen. Die gesetzlichen Vorgaben für Abstandsflächen zu Gewässern I. und II. Ordnung werden bei der Planung eingehalten.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		gesetzlichen Vorgaben für Abstandsflächen zu Gewässern I. und II. Ordnung einzuhalten sind.	
lfd. Ident-Nr.: 200 Landratsamt Rems-Murr-Kreis Stn-Id: 316		BE-ID: 1828 2. Forstamt Keine Bedenken, die Belange des Rems-Murr-Kreises nicht betroffen sind.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 201 Landratsamt Schwäbisch Hall Stn-Id: 325		BE-ID: 1829 zum o.g. Vorhaben nimmt das Landratsamt Schwäbisch Hall, im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, wie folgt Stellung: Untere Naturschutzbehörde: Die Belange des Naturschutzes werden seitens des Landratsamtes Schwäbisch Hall in o.g. Sache als nicht betroffen angesehen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 23 Gemeinde Abtsgmünd Stn-Id: 351		BE-ID: 1824 mit oben genannten Schreiben haben Sie der Gemeinde Abtsgmünd die Möglichkeit gegeben eine Stellungnahme zu der Teilfortschreibung des Regionalplans Ostwürttemberg, Windenergie 2025, abzugeben. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 18.07.2024 darüber beraten und die Verwaltung beauftragt folgende Stellungnahme abzugeben: Der Geltungsbereich der Teilfortschreibung Windkraft in den Gemeinden Adelmannsfelden und Abtsgmünd mit einer Flächengröße von rund 227 ha deckt sich vollumfänglich mit dem vom Regionalverband im ersten Anhörungsentwurf 2014 ausgewiesenen Vorranggebiet für Windkraftnutzung im Bereich um Bühler und Hinterbüchelberg. Weitere Flächen wurden im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 im Gemeindegebiet nicht aufgenommen.	Der Sachverhalt wird bestätigt. Kenntnisnahme.
lfd. Ident-Nr.: 23 Gemeinde Abtsgmünd Stn-Id: 351		BE-ID: 2038 Nachdem in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 geplant ist, eine Rotor-Out-Regelung einzuführen, die besagt, dass der Rotor von Windkraftanlagen über die Außengrenze der festgelegten Vorranggebiete hinausragen darf, hat das Gremium dahingehend Bedenken vorgebracht, dass der Schutz der Bevölkerung vor übermäßig hohen Beeinträchtigungen (Lärmimmissionen durch den Rotor und Schattenwurf) Vorrang haben muss. Deshalb hat sich der Gemeinderat dafür ausgesprochen, dass auf den Bestandsgebieten aus 2014 die bisherige Regelung ,,Abstand des Rotors von der Wohnbebauung mit 1.000 m" weiterhin gelten muss. Geht man davon aus, dass derzeit Windkraftanlagen nach Stand der Technik mit einer Nabenhöhe von 165 m - 169 m und einem Rotordurchmesser von 160 m - 170 m errichtet werden, würde sich bei Anwendung der Rotor-Out-Regelung der Abstand von der	Wird nicht gefolgt In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 erfolgt keine Änderung der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014, welche durch das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur am 28. August 2014 genehmigt und mit der öffentlichen Bekanntmachung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Nr. 35 vom 05. September 2014 rechtskräftig wurde. Die insgesamt 20 Vorranggebiet aus diesem Planungsverfahren sind bestandskräftig. Der Antrag bezieht sich insofern auf Festlegungen, die nicht Bestandteil der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und somit nicht Gegenstand dieses Anhörungsverfahrens sind. Der Klarstellungsbeschluss gem. §5 Abs. 4 WindBG zur Rotor-Out-Regelung der seit 11 Jahren rechtsverbindlichen Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 wurde von der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg am 22.03.2024 beschlossen. Der Beschluss dient der Klarstellung der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Wohnbebauung auf 920 m bzw. 915 m reduzieren. Nach allgemeinen Prognosen wird in naher Zukunft von noch höheren Werten ausgegangen. Für den Standort im Bereich um Hinterbüchelberg, der sich übennriegend im Wald befindet, würde dies bedeuten, dass nur in Richtung dieser Wohnbebauung der Abstand eingehalten werden müsste. Der Schutz der Bevölkerung vor übermäßig hohen Beeinträchtigungen sollte höher wiegen als die anvisierte Regelung.	Platzierung von Rotorblättern gem. der genannten Gesetzesgrundlage. Es wird keine neue Sachlage oder Betroffenheit geschaffen. Der Klarstellungsbeschluss dient wie beschrieben der Klarstellung des Sachverhaltes und generiert die vollumfängliche Anrechenbarkeit der Vorranggebiete aus der rechtsverbindlichen Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014. Im Plankonzept der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 wurde mit einem Siedlungsabstand von 750m operiert. Die Aussage "[...] die bisherige Regelung "Abstand des Rotors von der Wohnbebauung mit 1.000 m" [...]" ist nicht zutreffend. Wie im Textteil zum 1. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 definiert, sind die im Regionalplan festgelegten Vorranggebiete maßstabsbedingt nur gebiets- und nicht parzellenscharf abgegrenzt. Die Festlegung konkreter Anlagenstandorte für regionalbedeutsame Windenergieanlagen ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Inwiefern eine planerische Unschärfe bei der Genehmigung von einzelnen Windenergieanlagen Anwendung findet sowie die Festlegung eines konkreten Mindestabstandes zwischen Windenergieanlagen und Siedlungsbereichen, ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und grundlegend auch nicht Gegenstand der Regionalplanung. Zu den geäußerten Bedenken hinsichtlich Lärmimmissionen: Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Analgentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Zu den geäußerten Bedenken hinsichtlich Schattenwurf: Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.
lfd. Ident-Nr.: 25 Gemeinde Adelmannsfelden Stn-Id: 359		BE-ID: 1833 Die Gemeinde Adelmannsfelden spricht sich zur Sicherung der Energieversorgung grundsätzlich für die Ausweisung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen aus.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 25 Gemeinde Adelmannsfelden Stn-Id: 359		BE-ID: 1834 Für die Gemeinde Adelmannsfelden hat der Schutz der Bevölkerung vor übermäßig hohen Beeinträchtigungen (Lärmimmissionen durch den Rotor, Schattenwurfdauer) im Bereich der bereits bestehenden Wohnbebauung, insbesondere in den unmittelbar angrenzenden Ortsteilen Bühler, Rams und Hirschberg höchste Priorität. Weshalb die Gemeinde Adelmannsfelden vorschlägt, auf den bereits bestehenden/ausgewiesenen Gebieten (zukünftig: Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen) weiterhin die Rotor-In-Planung zu Grunde	Wird nicht gefolgt In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 erfolgt keine Änderung der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014, welche durch das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur am 28. August 2014 genehmigt und mit der öffentlichen Bekanntmachung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Nr. 35 vom 05. September 2014 rechtskräftig wurde. Die insgesamt 20 Vorranggebiet aus diesem Planungsverfahren sind bestandskräftig. Der Antrag bezieht sich insofern auf Festlegungen, die nicht Bestandteil der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und somit nicht Gegenstand dieses Anhörungsverfahrens sind.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		zulegen. Eine übermäßig hohe Beeinträchtigung durch Immissionen für Bevölkerung der genannten Ortschaften und Ortsteile kann nur durch eine Rotor-In-Planung verhindert werden.	Der Klarstellungsbeschluss gem. §5 Abs. 4 WindBG zur Rotor-Out-Regelung der seit 11 Jahren rechtsverbindlichen Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 wurde von der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg am 22.03.2024 beschlossen. Der Beschluss dient der Klarstellung der Platzierung von Rotorblättern gem. der genannten Gesetzesgrundlage. Es wird keine neue Sachlage oder Betroffenheit geschaffen. Der Klarstellungsbeschluss dient wie beschrieben der Klarstellung des Sachverhaltes und generiert die vollumfängliche Anrechenbarkeit der Vorranggebiete aus der rechtsverbindlichen Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014.
lfd. Ident-Nr.: 27 Gemeinde Bartholomä Stn-Id: 198		BE-ID: 1361 die Gemeinde Bartholomä dankt Ihnen für die Beteiligung an der Teilfortschreibung "Windenergie 2025" des Regionalplan Ostwürttemberg zur Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen. Der ausgelegte Planentwurf in der Fassung vom 22. März 2024 sieht in Plansatz 4.2.2.1 Abs. 2 ergänzend zu den in Plansatz 4.2.2.1 Abs. 1 genannten und bereits bestehenden Vorranggebieten die Festlegung u.a. folgender weiterer Gebiete als Vorranggebiete für den Bau und Betrieb von regionalbedeutsamen Windenergieanlagen vor: - Nr. 58: Erweiterung des Vorranggebiets Lauterburg; - Nr. 59: Vorranggebiet Utzenberg; - Nr. 60: Vorranggebiet Rechberger Buch; - Nr. 61: Erweiterung des Vorranggebiets Falkenberg. Der Gemeinderat Bartholomä hat in seiner öffentlichen Sitzung am 26. Juni 2024 über die Teilfortschreibung des Regionalplans Ostwürttemberg beraten und lehnt die Teilfortschreibung aus den im Folgenden genannten Gründen ab.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 27 Gemeinde Bartholomä Stn-Id: 358		BE-ID: 1827 die Gemeinde Bartholomä knüpft an ihre Stellungnahme vom 26.06.2024 im Rahmen der ersten Beteiligung an der Teilfortschreibung des Regionalplans der Region Ostwürttemberg zur Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen an. Insbesondere hat die Gemeinde Bartholomä dort bereits deutlich hingewiesen, dass die Überlastungsgrenzen beachten werden müssen. Die aktuellen Planungsüberlegungen der Region Ostwürttemberg lassen befürchten, dass diese Überlastungsgrenzen nicht erkannt werden und dadurch eine massive visuelle Überlastung aufgrund der Ausweisung gleich mehrerer Windvorrangflächen in und um Bartholomä entsteht.	Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Aufgrund unterschiedlicher räumlicher Gegebenheiten und großen Unterschieden im Windenergiepotenzial in den 12 Regionen Baden-Württembergs ist keine vollständig einheitliche Vorgehensweise möglich. Die Überlastung von Teilräumen kann abschließend erst bei fortgeschrittenem Planungskonzept bewertet werden, was in der Region Ostwürttemberg nach Abschluss der 1. Anhörung der Fall ist. Im Rahmen der Überarbeitung des Planungskonzeptes wurde das genannte Modell zur Bewertung möglicher Überlastungen angewendet und der Raum

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Es ist zu berücksichtigen, dass im Rahmen Ihrer Teilfortschreibung des Regionalplans Ostwürttemberg in unserem Bereich nach Norden und Westen hin insgesamt vier Vorranggebiete geplant sind. Diese Massierung von Vorranggebieten direkt an der Gemarkungsgrenze bzw. auf der Gemarkung Bartholomä stellt eine sehr große Belastung dar, hat negative Auswirkungen auf Landschaft und Natur rund um und auf unserer Gemarkung, aber auch auf gesunde und ruhige Wohnverhältnisse der Bürgerschaft. Zudem weist die Region Stuttgart mit dem Gebiet GP 04 an unserer Gemarkung ein sehr großes und weiteres Windvorranggebiet an unserer Gemarkungsgrenze aus. Beide parallele Planungsbereiche, der Region Ostwürttemberg einerseits und der Region Stuttgart andererseits sind nach Auffassung der Gemeinde Bartholomä schlussendlich rücksichtslos und unverhältnismäßig und verstoßen zudem gegen das regionalplanerische Abstimmungs- und Abwägungsgebot.	Bartholomä dezidiert geprüft. Gemäß des durch die Kommune Bartholomä ebenfalls eingeforderten Prüf- und Bewertungsmodells liegt für den Bereich Bartholomä selbst bei Einbeziehung der Planungen der Nachbarregion Verband Region Stuttgart keine faktische Überlastungssituation vor. Der Regionalverband erkennt jedoch die potenzielle Belastung in dieser Raumschaft. In Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen und u.a. um die Raumschaft im Grenzbereich zu entlasten, wird das Vorranggebiet 61 "Erweiterung Falkenberg" im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 27 Gemeinde Bartholomä Stn-Id: 358		BE-ID: 1830 In diesem Zuge muss nun erschwerend weiter beachtet werden, dass ein weiteres, zu GP 04 unmittelbar benachbartes Windvorranggebiet durch die Region Stuttgart ausgewiesen werden soll. Dieses weitere Gebiet „Ochsenhau", Gemarkung Böhmenkirch, hat der Vertreter der Region Stuttgart, Herr Thomas Kiwitt, in seinem Gastvortrag vor dem Regionalparlament Ostwürttemberg am 25.10.2024 in Schwäbisch Gmünd angeführt. Unmittelbar benachbart zum Gebiet GP 04 soll damit ein zusätzliches Windvorranggebiet „Ochsenhau" mit bis zu neun weiteren potentiellen Windkraftanlagen entstehen. Dafür fehlt der Gemeinde Bartholomä nun wirklich jegliches Verständnis; denn schließlich wird die Argumentation, aus Gründen der „visuellen Überlastung" am Gebiet GP 04 Reduzierungen der Gebietsgröße vorzunehmen, durch eine neue Ausweisung an direkt benachbarter Stelle, völlig ad absurdum geführt.	Das Gebiet "Ochsenhau" ist im 1. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie des Verbands Region Stuttgart nicht dargestellt. Sollte das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs des Nachbarregionalverbandes festgelegt werden, wird der Regionalverband Ostwürttemberg eine erneute Überlastungsprüfung mit der neuen Gebietskulisse durchführen und beurteilen. Der Verband Region Stuttgart führt - nach aktuellem Kenntnisstand des Regionalverbandes Ostwürttemberg - ebenfalls eine Überlastungsprüfung, orientiert an dem aktuell gültigen Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013), durch. Demnach wird das Kriterium des Überlastungsschutzes von beiden planenden Regionalverbänden im weiteren Verfahren weiterhin berücksichtigt. Darüber hinaus befindet sich der Regionalverband Ostwürttemberg in regelmäßigem engem Austausch mit dem Verband Region Stuttgart, um die Planungen der beiden Teilfortschreibungen Windenergie im Rahmen der Regionalen Planungsoffensive an den Regionsgrenzen zu harmonisieren und bestmöglich aufeinander abzustimmen.
lfd. Ident-Nr.: 27 Gemeinde Bartholomä Stn-Id: 358		BE-ID: 1831 Zusätzlich treibt die Gemeinde Bartholomä aktuell die Sorge um, die sie infolge der am 25.10.2024 in Schwäbisch Gmünd im Regionalparlament geäußerten Ansicht, dass sich die Region Stuttgart vertraglich Windvorrangflächen bei anderen Regionen, wie z.B. der Region Ostwürttemberg, „sichern" kann, nun ernstlich haben muss. Dass die Region Ostwürttemberg planerisch in der ersten	Wird zur Kenntnis genommen. Die Möglichkeit zu vertraglichen Vereinbarungen zwischen Regionen, um mehr oder weniger Fläche als gem. § 20 Abs. 1 KlimaG BW erforderlich auszuweisen, besteht gem. § 20 Abs. 3 KlimaG BW. Ob und wie der Regionalverband eine solche vertragliche Vereinbarung treffen möchte, wäre bei Bedarf im Rahmen des politischen Diskurses in der Verbandsversammlung zu diskutieren. Bisher bestehen diesbezüglich keine Absichten oder Planungen seitens des Regionalverbands

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Auslegung des Entwurfs mit einer sehr hohen Flächenausweisung in die Fortschreibung gegangen ist, mag aus diesem Grund nun endlich logisch klingen. Dass eine Region aus dieser Begründung heraus deshalb planerisch in großem Umfang tätig wird, um der Nachbarregion Flächen vertraglich zuzuordnen, muss jedoch sowohl rechtlich, als auch politisch höchst kritisch hinterfragt werden.	Ostwürttemberg.
lfd. Ident-Nr.: 27 Gemeinde Bartholomä Stn-Id: 358		BE-ID: 1832 Dieser Umstand verstärkt unserer Auffassung nochmals deutlich, welche besondere Verpflichtung den Regionalverband Ostwürttemberg bei der Teilfortschreibung des Regionalplans Ostwürttemberg trifft. Denn insbesondere bei einer geplanten Ausweisung der vier Vorranggebiete, die sich mit dem Gebiet Lauterburg, dem Utzenberg, dem Rechberger Buch und der Erweiterung Falkenberg bandartig von Norden über den Westen bis nach Südwesten um die Gemeinde Bartholomä legen werden, - muss auf die besondere Belastungssituation der Gemeinde Bartholomä Rücksicht genommen werden. Die Planungen der Region Stuttgart liegen in diesem Kontext in unmittelbarer Nähe der Regionalgrenzen und sollen zusätzlich südwestlich und südlich um Bartholomä festgesetzt werden. Dies veranlasst mich, umso mehr darauf hinzuweisen, dass sowohl die Überlastungsgrenze für unseren Bereich überschritten ist, wie auch, dass nachweislich der Grundsatz der gleichmäßigen Lastenverteilung aufs Grobe verletzt scheint. Die Gemeinde Bartholomä gewinnt mehr und mehr den Eindruck, dass auf ihre Kosten, auf dem Rücken des staatlich anerkannten Erholungsorts, die Ziele der Energiewende umgesetzt werden sollen.	Wird zur Kenntnis genommen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Die Vorranggebiete 58 "Erweiterung Lauterburg", 59 "Utzenberg" und 60 "Rechberger Buch" sind für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt werden. Die Gebiete werden jeweils aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst / reduziert. Das Vorranggebiet 61 "Erweiterung Falkenberg" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg - u.a. auch aufgrund der Belastung der Raumschaft - nicht weitergeführt. Hinsichtlich des Umgangs, der Prüfung und Bewertung der Überlastung wird auf die Abwägung und Sachaufklärung der weiteren Bearbeitungseinheiten der Stellungnahme (Stellungnehmer Ident-Nr. 27) verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 27 Gemeinde Bartholomä Stn-Id: 198		BE-ID: 2067 Die Gemeinde Bartholomä sieht durch die Vorranggebiete Nr. 58-61 in der Zusammenschau mit dem im Rahmen der Teilfortschreibung des Regionalplans der Region Stuttgart vorgesehenen Vorranggebiet Gebiet GP 04 einerseits und den im Bestand bereits vorhandenen und mit Windkraftanlagen belegten Flächen die Überlastungsgrenze für Bartholomä als massiv überschritten an. Sollten die geplanten Vorranggebiete in dieser Form beschlossen und umgesetzt werden, so würden zukünftig in unmittelbarer Nähe der bebauten Ortslage von Bartholomä auf eigener Gemarkung bzw. direkt angrenzend an die Gemarkung von Bartholomä etwa 75 Windkraftanlagen sichtbar, hörbar und erlebbar sein. Diese Massierung von zusätzlichen Vorranggebieten entlang und teilweise innerhalb der Gemarkungsgrenze auf insgesamt 331 ha -	Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Die Vorranggebiete 58 "Erweiterung Lauterburg", 59 "Utzenberg" und 60 "Rechberger Buch" sind für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt werden. Die Gebiete werden jeweils aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst / reduziert. Das Vorranggebiet 61 "Erweiterung Falkenberg" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		davon 100 ha auf dem Gemeindegebiet von Bartholomä - ist in Verbindung mit dem bereits vorhandenen Vorranggebiet "Falkenberg", das auf der Gemarkungsfläche Bartholomä bereits jetzt eine Fläche von 60 ha (und somit mit 2,9 % der gesamten Gemarkungsfläche) mit Windkraftanlagen belegt, und der vom Verband Region Stuttgart geplanten Erweiterung des Vorranggebiets GP-04 nach Auffassung der Gemeinde Bartholomä rücksichtslos und unverhältnismäßig und verstößt gegen das regionalplanerische Abstimmungs- und Abwägungsgebot.	Regionalplans Ostwürttemberg - u.a. auch aufgrund der Belastung der Raumschaft - nicht weitergeführt. Hinsichtlich des Umgangs, der Prüfung und Bewertung der Überlastung wird auf die Abwägung und Sachaufklärung der weiteren Bearbeitungseinheiten der Stellungnahme (Stellungnehmer Ident-Nr. 27) verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 27 Gemeinde Bartholomä Stn-Id: 198		BE-ID: 2068 Die Gemeinde Bartholomä begründet dies im Einzelnen wie folgt: I Verstoß gegen das regionalplanerische Abstimmungsgebot gemäß § 12 Abs. 5 Satz I LPIG i.V.m. § 7 Abs. 2Salz 3 ROG 1. Anforderungen des regionalplanerischen Abwägungsgebots Nach § 12 Abs. 5 Satz 1 LPIG sind Regionalpläne mit den Regionalplänen der Nachbarregionen abzustimmen. Ohne Unterschied in der Sache verlangt § 7 Abs. 2 Satz 5 ROG, dass Raumordnungspläne benachbarter Planungsräume aufeinander abzustimmen sind. Nach ganz herrschender Auffassung ist diese Abstimmungspflicht formeller und materieller Natur. Während sich die formelle Abstimmungsverpflichtung nach den Beteiligungsvorschriften des LPIG vollzieht, erfolgt die materielle Abstimmungspflicht im Rahmen des regionalplanerischen Abwägungsgebots gemäß §§ 3 Abs. 2 Salz 1 LPIG, 7 Abs. 2 Satz 1 ROG. Die im Beteiligungsverfahren ermittelten gegenläufigen lnteressen benachbarter Planungsräume sollen im Rahmen der Abwägung zum Ausgleich gebracht werden. Die Belange, die sich aus den Raumordnungsplänen der benachbarten Planungsräume ergeben, sind daher entsprechend den für das interkommunale Abstimmungsgebot gemäß § 2 Abs. 2 BauGB entwickelten Grundsätzen in die Abwägung einzustellen, zu gewichten und zu einem gerechten Ausgleich zu bringen. Runkel, in: Spannowsky/Runkel/Goppel, ROG, Kommentar, 2. Aufl. 2018, § 7 Rn. 58 ff. mit w. Nachw. Die Gemeinde Bartholomä sieht diese Anforderungen des regionalplanerischen Abwägungsgebots gemäß § 12 Abs. 5 Satz 1 LPIG i.V.m. $ 7 Abs. 2Satz 3 ROG auf Grundlage des ausgelegten Planungsentwurfs vom 22. März 2024 als nicht gewahrt an.	Der Regionalverband Ostwürttemberg berücksichtigt bei der Erarbeitung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 die Anforderungen des regionalplanerischen Abwägungsgebots gemäß § 12 Abs. 5 Satz 1 LPIG i.V.m. § 7 Abs. 2Satz 3 ROG. Der Regionalverband Ostwürttemberg ist in regelmäßigem engem Austausch mit dem Verband Region Stuttgart, um die Planungen der beiden Teilfortschreibungen Windenergie im Rahmen der Regionalen Planungsoffensive an den Regionsgrenzen zu harmonisieren und bestmöglich aufeinander abzustimmen. U.a. um die Raumschaft im Grenzbereich zu entlasten, wird das Vorranggebiet 61 "Erweiterung Falkenberg" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Die Erforderlichkeit der Gebietsfestlegung gem. § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes ist weiterhin gegeben. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region sowie in anderen Regionen (z.B. Stuttgart) ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten.
lfd. Ident-Nr.: 27 Gemeinde		BE-ID: 2069 Dies ergibt sich im Einzelnen aus Folgendem:	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Anmerkungen zu den Planungen des Verbands Region Stuttgart werden

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Bartholomä Stn-Id: 198		2. Keine Berücksichtigung des Vorranggebiets GP-04 (Stuttgart) ersichtlich Aufgrund der besonderen räumlichen Lage der Gemeinde Bartholomä, die an der Grenze der Verbandsgebiete des Verbands Region Stuttgart einerseits und der Region Ostwürttemberg andererseits liegt, und dem Umstand, dass derzeit beide Regionalverbände die Teilfortschreibung ihrer Regionalpläne im Hinblick auf die durch § 20 Abs. 1 KlimaG BW vorgeschriebenen Flächenziele betreiben, besteht im Hinblick auf die Betroffenheit der Gemeinde Bartholomä ein besonderes Bedürfnis für eine Abstimmung der Planungen beider Regionalverbände. So ist mit der Vorrangfläche GP-04 bereits heute ein ca. 400 ha großes Vorranggebiet direkt an der Regionalgrenze Stuttgart/Ostwürttemberg vorhanden, das im Rahmen der aktuellen Teilfortschreibung des Regionalplans Region Stuttgart durch zusätzliche Ausweisung von über 1.200 ha Vorrangfläche auf etwa dreifache Größe erweitert werden soll. In dem Gebiet GP-04 stehen auf einer Fläche von rd. 400 ha bereits heute 16 Windkraftanlagen des Typs GE 2.75-120 mit einer Gesamthöhe von 199 m. Drei Anlagen stehen zusätzlich auf Gemarkung Bartholomä im Gewann Falkenberg, so dass sich bei einer Gesamtbetrachtung 19 WEA am Standort befinden. Die Gemeinde Bartholomä hat in ihrer im Rahmen der Teilfortschreibung des Regionalplans Region Stuttgart abgegebenen Stellungnahme vom 24. Januar 2024, die dieser Stellungnahme als Anlage beigefügt ist, ihre Bedenken gegenüber dem auf Stuttgarter Seite geplanten Vorranggebiet GP-04 dargelegt und darauf hingewiesen, dass die Gemeinde Bartholomä es jedenfalls im Grundsatz für sinnvoll und richtig erachtet, bereits bestehende Gebiete vorrangig für die Erweiterung mit Vorranggebieten zu prüfen. Eine solche Bündelung erscheint aus Sicht der Gemeinde Bartholomä - wie in der Stellungnahme vom 24. Januar 2024 ausgeführt - insbesondere deshalb geboten, weil Windkraftanlagen zwischenzeitlich eine Größe von bis zu 260-280 m erreichen und damit im Landschaftsbild deutlicher und weiter sichtbar sind als die derzeit im Bestand vorhandenen Windkraftanlagen. Es erscheint deshalb mit Blick auf die Zielsetzungen der Regionalplanung, zu denen insbesondere auch der Freiheitsschutz gehört, als geboten, Windkraftanlagen mit der heute üblichen Größe nicht "überall" entstehen zu lassen, sondern dort zu bündeln, wo bereits jetzt Vorranggebiete bestehen. Hiergegen verstößt die Planung des Regionalverband	zur Kenntnis genommen. Der Regionalverband Ostwürttemberg ist in regelmäßigem engem Austausch mit dem Verband Region Stuttgart, um die Planungen der beiden Teilfortschreibungen Windenergie im Rahmen der Regionalen Planungsoffensive an den Regionsgrenzen zu harmonisieren und bestmöglich aufeinander abzustimmen. Hinsichtlich der Umzingelung und optischen Wirkung: Das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Aufgrund unterschiedlicher räumlicher Gegebenheiten und großen Unterschieden im Windenergiepotenzial in den 12 Regionen Baden-Württembergs ist keine vollständig einheitliche Vorgehensweise möglich. Die Überlastung von Teilräumen kann abschließend erst bei fortgeschrittenem Planungskonzept bewertet werden, was in der Region Ostwürttemberg nach Abschluss der 1. Anhörung der Fall ist. Im Rahmen der Überarbeitung des Planungskonzeptes wurde das genannte Modell zur Bewertung möglicher Überlastungen angewendet und der Raum Bartholomä dezidiert geprüft. Gemäß des durch die Kommune Bartholomä ebenfalls eingeforderten Prüf- und Bewertungsmodells liegen für den Bereich Bartholomä selbst bei Einbeziehung der Planungen der Nachbarregion Verband Region Stuttgart keine faktische Überlastungssituation vor. Der Regionalverband erkennt jedoch die potenzielle Belastung in dieser Raumschaft. In Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen und u.a. um die Raumschaft im Grenzbereich zu entlasten, wird das Vorranggebiet 61 "Erweiterung Falkenberg" im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt. Im Lichte des § 2 EEG, § 22 KlimaG BW wie auch des § 249 Abs. 10 BauGB ist eine optisch bedrängende Wirkungen von Windenergieanlagen im Außenbereich nur bei Unterschreitung eines Abstandes der zweifachen Höhe einer Windanlage gegeben. Dies ist aufgrund des hohen Umgebungsabstandes von 1.000m zu wohngenutzten Siedlungsbereichen in der Region Ostwürttemberg nicht gegeben.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Ostwürttemberg, die gerade nicht von der Zielsetzung einer Bündelung von Windkraftanlagen an bereits bestehenden Vorranggebieten getragen ist, sondern die vorgesehenen Vorranggebiete Nr. 58-61 entlang der gesamten Gemarkungsgrenze (und teilweise innerhalb) der Gemeinde Bartholomä verteilt. Dies verstärkt die optische Belastungswirkung im Vergleich zu der vom Verband Region Stuttgart praktizierten Bündelung nicht nur deutlich, sondern setzt die Gemeinde Bartholomä einem Zustand aus, in dem diese zukünftig in nahezu sämtlichen Himmelsrichtungen von Windkraftanlagen umzingelt sein wird. Auch ist nicht erkennbar, dass der Regionalverband Ostwürttemberg die von der auf Stuttgarter Seite geplanten Vorrangfläche GP-04 ausgehende Belastungswirkung im Rahmen seiner Planung hinreichend berücksichtigt hat. Vor diesem Hintergrund erscheint eine inhaltliche Abstimmung der in beiden Regionalplanentwürfen vorgesehenen neuen Vorranggebiete dringend erforderlich, worauf die Gemeinde Bartholomä gegenüber dem Verband Stuttgart bereits in ihrem Schreiben vom 24. Januar 2024 nachdrücklich hingewiesen hat. Die genannte Bündelungsfunktion einerseits und die Zielsetzung eines größtmöglichen Freiraumschutzes andererseits können in der konkreten räumlichen Situation, in der sich die Gemeinde Bartholomä befindet, interregional nur gewährleistet werden, wenn sich beide Regionalverbände hinsichtlich der Lage und Größe der vorgesehenen Vorranggebiete inhaltlich eng abstimmen. Dass ein solches bisher erfolgt ist, kann die Gemeinde Bartholomä nicht erkennen.	
lfd. Ident-Nr.: 27 Gemeinde Bartholomä Stn-Id: 198		BE-ID: 2070 3. Kein Konzept zum Überlastungsschutz im Regionalplanentwurf Ostwürttemberg Einen weiteren Verstoß gegen das regionalplanerische Abstimmungsgebot sieht die Gemeinde Bartholomä darin, dass die ausgelegten Planunterlagen des Regionalverbands Austritten im Unterschied zur Teilfortschreibung des Regionalplans Region Stuttgart - soweit ersichtlich kein Konzept zum Überlastungsschutz enthalten. Dies steht im deutlichen Gegensatz zur Planung des Verbands Region Stuttgart, der im Rahmen der von ihm betriebenen Teilfortschreibung des Regionalplans Region Stuttgart ein ausgearbeitetes und auf der Rechtsprechung des OVG Magdeburg beruhendes Konzept zur Anwendung bringt, das im Umweltbericht zur Teilfortschreibung des Regionalplans Region Stuttgart Umweltbericht zur Teilfortschreibung des Regionalplans Region Stuttgart - Verfahren der Strategischen Umweltprüfung zur Teilfortschreibung des Regionalplans Region Stuttgart 2009 zur	Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Aufgrund unterschiedlicher räumlicher Gegebenheiten und großen Unterschieden im Windenergiepotenzial in den 12 Regionen Baden-Württembergs ist keine vollständig einheitliche Vorgehensweise möglich. Die Überlastung von Teilräumen kann abschließend erst bei fortgeschrittenem Planungskonzept bewertet werden, was in der Region Ostwürttemberg nach Abschluss der 1. Anhörung der Fall ist. Im Rahmen der Überarbeitung des Planungskonzeptes wurde das genannte Modell zur Bewertung möglicher Überlastungen angewendet und der Raum Bartholomä dezidiert geprüft. Gemäß des durch die Kommune Bartholomä ebenfalls eingeforderten Prüf- und Bewertungsmodells liegt für den Bereich Bartholomä selbst bei Einbeziehung der Planungen der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen, Stand: 24.10.2023 (Anlage 5 zur Sitzungsvorlage Nr. RV-086/2023 - Regionalversammlung am 25.10.2023) wie folgt beschrieben wird (dort S. 17 f.): "Zur Vermeidung von räumlichen Überlastungs- bzw. Umzingelungssituationen wurden zusätzlich Potenzialflächen aus der Suchraumkulisse entfernt. Großflächigere Standortbereiche werden dabei kleineren Einzelstandorten vorgezogen. Als Grundlage für die Entscheidungen, welche Gebiete aus der Kulisse entfallen, dienten die auf physiologischen Eigenschaften des menschlichen Gesichtsfelds beruhende Gewährleistung eines Freihaltewinkels im Umfeld von Ortschaften. Als Gesichtsfeld wird dabei der Bereich definiert, innerhalb dessen eine Landschaftskulisse wahrgenommen werden kann. Dieser beträgt ca. 180° des menschlichen Gesichtsfeldes. Als maximal zumutbar gilt eine durchgängige Bebauung des Horizonts durch WKA von 2/3 des Gesichtsfelds (= 120°). Berücksichtigt werden 800m ausgehend vom Ortsrand alle Flächen für die Windenergienutzung innerhalb eines 3,5 km Radius liegen. Aus den aufgeführten Werten leiten sich folgende Kriterien für die Messbarkeit einer Umfassung von Ortslagen durch WKA ab: Im Umfeld von Ortslagen dürfen innerhalb ernes horizontalen Winkels von 180" in beliebiger Blickrichtung - maximal 120° durchgehend von einer Potenzialfläche für WKA eingenommen werden, - demnach müssen mindestens 60° zusammenhängend freigehalten werden, - die beiden obigen Kriterien müssen von künftigen Vorrangflächen für WKA unter Berücksichtigung der Wirkung bestehender WKA gewährleistet sein. Demzufolge können Eignungsgebiete bzw. umfassende Eignungsgebiete für WKA im Betrachtungsraum eine Siedlung in der Summe in einem Winkel von bis zu 240 Grad (max. 2 x 120 Grad) umschließen." Die Gemeinde Bartholomä verkennt nicht, dass das regionalplanerische Abstimmungsgebot nicht verlangt, dass der Regionalverband Ostwürttemberg dieses Konzept inhaltsgleich übernimmt. Die Gemeinde Bartholomä beanstandet vielmehr, dass die Planungen des Regionalverband Ostwürttemberg ein auch nur vergleichbares Konzept zum Überlastungsschutz bereits im Ansatz vermissen lassen, obwohl auch der Regionalverband	Nachbarregion Verband Region Stuttgart keine faktische Überlastungssituation vor. Der Regionalverband erkennt jedoch die potenzielle Belastung in dieser Raumschaft. In Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen und u.a. um die Raumschaft im Grenzbereich zu entlasten, wird das Vorranggebiet 61 "Erweiterung Falkenberg" im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Ostwürttemberg dieses Thema - wie dem Hinweis im "Steckbrief" zum Vorranggebiet 59 "Utzenberg" entnommen werden kann - als im Rahmen der Regionalplanung zu bewältigenden Konflikt erkannt hat. Dies verstößt jedenfalls dann gegen das regionalplanerische Abstimmungsgebot und das dahinterstehende planerische Abwägungsgebot, wenn an der Grenze beider Plangebiete - wie vorliegend bei der Gemeinde Bartholomä der Fall ist - eine auf einem ausgearbeiteten Konzept zum Überlastungsschutz beruhende Planung des einen Regionalverbands (hier des Verbands Region Stuttgart) auf die Planung eines anderen Regionalverbands (hier des Regionalverband Ostwürttemberg) trifft, der sich offensichtlich noch keine Gedanken darüber gemacht hat, wie der von ihm ebenfalls für erforderlich erachtete Überlastungsschutz im Einzelnen gewährleistet werden soll. Die Konsequenzen des Fehlens eines entsprechenden Konzepts zum Überlastungsschutz auf Seiten des Regionalverbands Ostwürttemberg zeigen sich wie bereits ausgeführt plastisch in der vorliegenden Planung, die entlang und teilweise der Gemarkungsgrenze der Gemeinde Bartholomä und teilweise auch innerhalb der Gemarkungsgrenze (so bei der Erweiterung des Vorranggebiets Falkenberg) insgesamt vier einzelne und über den gesamten Horizont verteilte Vorranggebiete festlegt und damit im Unterschied zur Planung des Verbands Region Stuttgart gerade keine Bündelung mit bereits vorhandenen Vorranggebieten vornimmt.	
lfd. Ident-Nr.: 27 Gemeinde Bartholomä Stn-Id: 198		BE-ID: 2071 II Verletzung des Abwägungsgebots durch Übererfüllung der Flächenziele bei gleichzeitiger Nichtbeachtung des Grundsatzes der Lastengleichheit Eine weitere Verletzung des Abwägungsgebots sieht die Gemeinde Bartholomä darin, dass der Regionalverband Ostwürttemberg das gesetzlich durch § 20 Abs. 1 KlimaG vorgegebene Ziel einer Flächenausweisung von 1,8 % der Regionsfläche bei gleichzeitiger Außerachtlassung des Grundsatzes der Lastengleichheit deutlich und ohne Notwendigkeit übererfüllt. Aus den ausgelegten Unterlagen ergibt sich, dass mit den Vorranggebieten aus der Teilfortschreibung "Erneuerbare Energien" aus dem Jahr 2014 bereits heute ein Flächenanteil von 1,5 % der Flächen der Region Ostwürttemberg der Errichtung von Windenergieanlagen vorbehalten ist. Zusammen mit den nunmehr vorgesehenen 30 neuen Vorranggebieten werden weitere 4.537 ha der Regionsfläche für die Nutzung der Windenergie zur Verfügung gestellt, was einen zusätzlichen Flächenanteil von 2,1 % ergibt.	Eine ordnungsgemäße Abwägung erfordert die Ermittlung und Berücksichtigung aller abwägungsrelevanter Belange entsprechend ihrer objektiven Gewichtung. Der Gesetzgeber stellt in Bezug auf den Ausbau erneuerbarer Energien mit § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz 2023 deutlich klar, wie diese im Vergleich zu anderen öffentlichen Belangen zu gewichten sind: "Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Gesundheit und Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. [...]" (§ 2 EEG) Die Flächenziele des Bundes und des Landes wiederum sind als Mindestziele zu verstehen. Eine mögliche Überschreitung der Flächenziele im Rahmen der Teilfortschreibung, welche final erst durch Satzungsbeschluss festgestellt werden kann, wiederspräche nicht den Anforderungen einer sachgerechten Abwägung, sondern entspräche den gesetzlichen Vorgaben. Hinsichtlich der Hinweise zur bereits erfolgten kommunalen Umsetzung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Obwohl somit bereits 1,5 % der Regionsfläche für Windkraft vorbehalten sind und damit rechnerisch gerade noch 0,3 % zu erfüllen sind (was einer zusätzlichen Flächenausweisung in der gesamten Region von ca. 650 ha neuen Flächen entspräche), plant der Regionalverband Ostwürttemberg mit einer etwa siebenmal größeren Inanspruchnahme von Flächen, was einen zusätzlichen Flächenanteil von 2,1 % und 30 neuen Vorranggebieten und insgesamt über 4.500 ha neuen Flächen entspricht. In Verbindung mit dem bereits vorhandenen Flächenanteil von 1,5 % wird die Vorgabe des § 20 Abs. 1 KlimaG BW, 1,8 % der Regionsfläche verbindlich für Windkraft vorzubehalten, damit deutlich - und ohne dass eine diesbezügliche Rechtspflicht bestünde - übererfüllt. Die Gemeinde Bartholomä weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das KlimaG BW eine solche Übererfüllung der Flächenausweisung gemäß § 20 Abs. 1 KlimaG BW zwar nicht grundsätzlich ausschließt, jedoch gemäß § 20 Abs. 3 KlimaG an das Bestehen einer vertraglichen Vereinbarung koppelt, mit der ein Regionalverband sich vertraglich gegenüber einem anderen Regionalverband verpflichtet, mehr Fläche als gemäß § 20 Abs. 1 KlimaG BW erforderlich für die Windenergie auszuweisen. Soweit der Gemeinde Bartholomä bekannt, liegen weder entsprechende vertragliche Vereinbarungen mit dem Verband Region Stuttgart oder anderen benachbarten Regionalverbänden vor noch ist der Abschluss entsprechender Vereinbarungen beabsichtigt. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Übererfüllung der Flächenziele durch den Regionalverband Ostwürttemberg als reine "Freiwilligkeitsleistung" dar, die weder bundes- noch landesrechtlich erforderlich ist. Die Gemeinde Bartholomä verkennt nicht, dass eine solche freiwillige Übererfüllung nicht generell ausgeschlossen ist, sondern grundsätzlich dadurch gerechtfertigt sein kann, dass eine bestimmte Region (wie vorliegend die Region Ostwürttemberg) in besonderer Weise für die Windkraft geeignet ist. Allerdings muss in einem solchen Fall im Rahmen der planerischen Abwägung besonders die Einhaltung des Grundsatzes der Lastengleichheit beachtet werden, wenn einzelne Gemeinden - wie vorliegend die Gemeinde Bartholomä - aufgrund der vom Regionalverband freiwillig gesetzten Flächenziele in besonderer und im Vergleich zu anderen Gemeinden im Plangebiet in deutlich intensiverer Weise von den zur Erreichung der Flächenziele festgelegten Vorranggebieten betroffen sind.	einer Energieproduktion durch Erneuerbare Energieanlagen: In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete für Windenergienutzung als Vorranggebiete gesamtregional zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten und einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Eine Verteilung anhand von Gemeindegrößen oder dem tatsächlichen Energieverbrauch (Verbrauchsschwerpunkte) wäre aus regionalplanerischer Sicht nicht sachgerecht. Denn die schrittweise Anwendung von Eignungs-, Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien führt dazu, dass in der Region nur eine beschränkte Anzahl an Gebieten verbleibt, die sich als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen eignen. Würden sich die Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen vor allem an Gemeindegrößen oder Verbrauchsschwerpunkten orientieren, ginge das nur über eine teilräumliche Relativierung bzw. Nichtanwendung der vorhandenen Ausschluss- und Eignungskriterien. Teilräumlich würden nur Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden können, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		In einem solchen Fall verlangt das planerische Abwägungsgebot, dass sich der Regionalverband im Einzelnen mit den nachteiligen Auswirkungen, die einzelnen Gemeinden wie vorliegend der Gemeinde Bartholomä infolge der freiwilligen Übererfüllung entstehen, auseinandersetzt und diese mit möglichen Vorteilen aus einer Übererfüllung der Flächenziele unter Berücksichtigung der konkreten Umstände vor Ort abwägt. Dass ein solches vorliegend geschehen ist, kann die Gemeinde Bartholomä nicht erkennen. Dies gilt umso mehr vor dem Hintergrund, dass bereits heute in Bartholomä schon deutlich mehr EEG-Strom produziert als verbraucht wird und die Gemeinde Bartholomä mit dem bestehenden Windpark "Falkenberg" (Gemarkung Bartholomä) und dem festgesetzten Solarpark Rötenbach (Gemarkung Bartholomä) das Flächenziel von 1,8 % - bezogen auf die Erzeugung regenerativer Energien und bezogen auf das eigene Gemeindegebiet - deutlich übererfüllt. Zudem wird mit der durch den Bebauungsplan ,,Solarpark Rötenbach" im Jahr 2022 festgesetzten Frei-PV-Anlage in Bälde noch weitere erhebliche EEG-Stromerzeugung erfolgen wird. So rechnet der Betreiber des Solarparks Rötenbach im Jahr mit einer Leistung von 16.146.000 kWh, was dem Strombedarf von ca. 4.600 durchschnittlichen Haushalten (3.500 kWh) entspricht. Mit dem Bebauungsplangebiet Solarpark Rötenbach, das knapp 16 ha Fläche umfasst, wird zugleich zusätzlich eine Fläche von 0,77 % der Gemarkung der Gemeinde Bartholomä für PV-Nutzung belegt sein.	entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang).
lfd. Ident-Nr.: 27 Gemeinde Bartholomä Stn-Id: 198		BE-ID: 2072 III Ergebnis Vor diesem Hintergrund hält die Gemeinde Bartholomä die vorgesehene Festlegung von vier weiteren Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen gemäß Plansatz 4.2.2.1 Abs. 2 wegen Verstoßes gegen das regionalplanerische Abstimmungs- und Abwägungsgebot für unverhältnismäßig und rücksichtslos und lehnt die Planung aus den genannten Gründen ab. Im Übrigen weist die Gemeinde Bartholomä darauf hin, dass in den "Steckbriefen" zu den Vorranggebiete Nr. 58-61 verschiedene Punkte genannt sind, die im Rahmen der weiteren Planung noch zu prüfen sind und insbesondere die visuellen Auswirkungen der geplanten Vorranggebiete und mögliche Natur-und artenschutzrechtliche Restriktionen betreffen. Die Gemeinde Bartholomä geht davon aus, dass der Regionalverband	Hinsichtlich der Thematik "regionalplanerisches Abstimmungs- und Abwägungsgebot" wird auf die Abwägung und Sachaufklärung der vorherigen Bearbeitungseinheiten der Stellungnahme (Stellungnehmer Ident-Nr. 27) verwiesen. Die genannten "visuelle Auswirkungen" beziehen sich vrs. auf die einzelfallbezogene Prüfung des Landschaftsbildes. Hierbei ist das im Einzelfall zu prüfende Kriterium "Albtrauf" als einzigartige geomorphologische Erscheinung (s. Kriterienkatalog) hinzuweisen, welches das geplante Vorranggebiet 60 "Rechberger Buch" tangiert. Die Betroffenheit des Albtraufes wurde entsprechend einzelfallbezogen geprüft. Anlagebedingt ergibt sich durch Windenergieanlagen grundsätzlich eine Veränderung des Landschaftsbildes. Vor dem Hintergrund des § 2 EEG (überragendes öffentliches Interesse) wird im Rahmen der Gesamtabwägung der Windenergienutzung in den angesprochenen Bereichen der Vorrang eingeräumt. Weitere Untersuchungen sind auf Ebene der Regionalplanung nicht vorgesehen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Ostwürttemberg diese Prüfungen mit der gebotenen Sorgfalt durchführen wird, um eine möglicherweise irreparable und durch die Erreichung der Flächenziele des § 20 Abs. 1 KlimaG BW nicht verlangte Schädigung des einzigartigen Natur- und Landschaftsbildes im Bereich der Gemarkung Bartholomä zu verhindern. Schließlich weist die Gemeinde Bartholomä des Weiteren darauf hin, dass die mit Ausweisung einer solchen von Vorranggebieten in einer solchen Massierung und Größe entstehenden Auswirkungen auf die Wohnbevölkerung derzeit nicht bekannt sind, weshalb die Gemeinde Bartholomä die Einhaltung eines größtmöglichen Abstands zur Wohnbebauung fordert. Dies gilt insbesondere für die Ausweisung des Vorranggebiets Nr. 60 (Rechberger Buch), wo ein Mindestabstand von 1.000 m zur Wohnnutzung im Hinblick auf den Wohnplatz Hinterfeld 1, Bartholomä unterschritten wird.	Im weiteren Verfahren wurden die genannten Hinweise zu artenschutzrechtlichen Restriktionen sowie der Umgang damit in Abstimmung mit den zuständigen Unteren Naturschutzbehörden geprüft. Zur Forderung eines größtmöglichen Siedlungsabstandes: Der Forderung wird mit dem im Kriterienkatalog festgelegten Siedlungsabstand von 1.000m nachgekommen: Die Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung orientiert sich an regionalen Kriterien (vgl. Kriterienkatalog) und einem für die gesamte Region anwendbaren Planungskonzept. Der Regionalverband Ostwürttemberg definiert im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 1.000m als anzuwendenden Umgebungsabstand zu wohngenutzten Siedlungsbereichen (s. Kriterienkatalog). Dieser Abstand entspricht den Vorgaben des § 249 Abs. 9 BauGB. Eine Erhöhung des Abstandes als regionsweit einheitlich anzuwendendes Planungskriterium ist gem. der genannten gesetzlichen Grundlage nicht möglich und darüber hinaus im Hinblick auf das Erreichen des Flächenziels gem. § 20 KlimaG BW auch nicht für die Region Ostwürttemberg anwendbar. Die Nachmeldung des wohngenutzten Einzelgebäudes "Hinterfeld 1" auf Gemarkung Bartholomä wurde im Rahmen der Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs berücksichtigt. Der im Kriterienkatalog definierte Abstand wurde entsprechend nachgeführt. Die durch den nachgeführten Umgebungsabstand tangierten Bereiche der Vorranggebiete 59 "Utzenberg" und 60 "Rechberger Buch" wurden ausgeschnitten. Die beiden Gebiete sind für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb diese - mit entsprechend angepasstem / reduziertem Gebietszuschnitt - im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt werden.
lfd. Ident-Nr.: 30 Gemeinde Dischingen Stn-Id: 296	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 1768 50 Dunstelkingen / Reistingen: Die ausgewiesene Windpotenzialfläche hat eine Größe von 33 ha und ist nach derzeitiger Einschätzung der Gemeindeverwaltung 1) aufgrund von der Entfernung zu Einspeisepunkten und 2) aufgrund von geringerer Windhöffigkeit gegenüber dem Vorranggebiet 51 wirtschaftlich nur in Kombination mit der angrenzenden bayerischen Fläche für Windenergie nutzbar. Nachdem zwei kommunale Flächen Bestandteil des Vorranggebiets sind (siehe Anlage "2024-05-13 WP Dischingen Ost - Suchraumkulisse Teilregionalplan Energie RVOW inkl. Kommunaler Flächen.pdf"), könnten diese durchaus interessant sein im Hinblick auf Pachteinnahmen, soweit auf der bayerischen Fläche mit rund 227 ha. ein Ausbau der Windenergie erfolgt. Der Regionalplan Augsburg weist in dieses von Süden nach Norden in das	Wird zur Kenntnis genommen. Hinweis: Die angesprochenen Windpotenzialflächen an der Regionsgrenze zu Augsburg, die der Regionale Planungsverband Augsburg im Rahmen einer ersten Suchraumkulisse im Jahr 2024 veröffentlicht hat, sind im 1. Anhörungsentwurf der vierten Regionalplanänderung der Region Augsburg (Teilfachkapitel B IV 2.4.2 „Nutzung der Windenergie“, veröffentlicht am 08.01.2025) nicht mehr enthalten.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Gemeindegebiet von Dischingen hineinragende Gebiet Windpotenzialflächen aus. Die Gemeinde Ziertheim hat dazu bereits eine Änderung des Flächennutzungsplans beschlossen. Dieser liegt ebenfalls als Anlage bei - siehe Seite 36 und 37.	
lfd. Ident-Nr.: 30 Gemeinde Dischingen Stn-Id: 296	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 1769 Der Gemeinderat der Gemeinde Dischingen hat in seiner öffentlichen Sitzung am 08.07.2024 über das Vorranggebiet beraten und folgenden einstimmigen Beschluss gefasst: Die ausgewiesene Vorrangfläche kann bestehen bleiben und soll weiterverfolgt werden.	Wird nicht gefolgt Das Vorranggebiet 50 "Dunstelkingen / Reistingen" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 30 Gemeinde Dischingen Stn-Id: 296	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 1770 Der Abstand von 1.000 m zur Wohnbebauung soll unverändert gewahrt bleiben.	Der im Kriterienkatalog festgelegte Siedlungsabstand von 1.000m ist eingehalten. Allerdings wird das Vorranggebiet 50 "Dunstelkingen / Reistingen" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 30 Gemeinde Dischingen Stn-Id: 297	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1771 51 Dischingen / Nattheim: Die ausgewiesene Windpotenzialfläche hat eine Größe von 211 ha und eine höhere Windhöffigkeit gegenüber dem Vorranggebiet 50. Die kommunalen Flächen in diesem Gebiet summieren sich auf rund 15 ha was nur rund 7% der Gesamtfläche entspricht (siehe Anlage 2024-05-13 WP Dischingen West-Suchraumkulisse Teilregionalplan Energie RVOW inkl. Kommunaler Flächen.pdf). Der überwiegende Teil ist Privatwald.	Wird zur Kenntnis genommen. Eigentumsverhältnisse werden bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 30 Gemeinde Dischingen Stn-Id: 297	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1772 Der Gemeinderat der Gemeinde Dischingen hat in seiner öffentlichen Sitzung am 08.07.2024 über das Vorranggebiet beraten und einstimmig folgenden Beschluss gefasst: Die ausgewiesene Fläche kann bestehen bleiben und soll weiterverfolgt werden.	Wird zur Kenntnis genommen Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 51 "Dischingen / Nattheim" wird aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf sowie nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 30 Gemeinde Dischingen Stn-Id: 297	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1773 Hierzu gibt es noch eine Ergänzung: In diesem Areal ist zu berücksichtigen, dass der Regionalplan Augsburg an der nördlichen bayerischen Grenze der Gemarkung Zöschingen fast durchweg Windpotenzialflächen vorsieht (siehe Anlage "Suchraumkarte_Wind_Augsburg_nummeriert_28082023_140dpi(2).pdf" - Vorranggebiet 216). Damit liegen offenbar Abweichungen zwischen Windatlas Baden-Württemberg und dem Windatlas Bayern vor. Die Gemeinde plant eine Kooperation mit der Gemeinde Zöschingen beim Thema Windenergie. Um aber handlungs- und sprechfähig zu sein, hat die Gemeindeverwaltung dem Gemeinderat vorgeschlagen, mindestens die kommunalen Flächen (Gemarkung Ballmertshofen, Fl.St. 680/1, 680/2, 754, 769, 775 und 780) und ggf.	Die eingegebenen Flurstücke wurden auf ihre Eignung als Erweiterungsflächen zu dem geplanten Vorranggebiet 51 "Dischingen / Nattheim" geprüft. Die Flurstücke liegen überwiegend in Ausschlussbereichen gem. des Kriterienkatalogs, weshalb sich diese im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht als Windenergiegebiete bzw. Erweiterungsflächen von geplanten Vorranggebieten eignen und demnach nicht in die Vorranggebietskulisse aufgenommen werden. Weiterhin werden Eigentumsverhältnisse bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		auch die privaten Flächen die zwischen den kommunalen Flächen und der Landesgrenze südöstlich des ausgewiesenen Vorranggebiets liegen, aufzunehmen und das Vorranggebiet in südöstliche Richtung zu erweitern (siehe Anlage "Dischingen Windenergie Dischingen-Nattheim - 51.jpg").	
lfd. Ident-Nr.: 30 Gemeinde Dischingen Stn-Id: 297	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1774 Zudem haben mit der Landeswasserversorgung Gespräche stattgefunden. Als Fernwasserversorger könnte beispielsweise die Erhöhung der Blackout-Resilienz durch dezentrale Stromerzeugung mittels Windkraft genannt werden. Für eine finanzschwache Gemeinde wie Dischingen wäre deshalb wichtig, dass kommunale Flächen für solche Kooperationsprojekte eingebunden werden können.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 30 Gemeinde Dischingen Stn-Id: 297	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1775 Deshalb hat die Verwaltung dem Gemeinderat vorgeschlagen, im Rahmen der Stellungnahme zu beantragen, dass das Vorranggebiet nach Südosten erweitert wird. Der Gemeinderat der Gemeinde Dischingen hat in seiner öffentlichen Sitzung am 08.07.2024 folgenden einstimmigen Beschluss gefasst: Die Gemeinde Dischingen beantragt im Rahmen der Stellungnahme eine Erweiterung des ausgewiesenen Vorranggebietes in südöstlicher Richtung unter Einbeziehung der o.g. kommunalen Flächen und ggf. der privaten Flächen entlang der südlichen Gemarkungsgrenze.	Wird nicht gefolgt Eigentumsverhältnisse werden bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt. Eine Erweiterung des Vorranggebiets 51 "Dischingen / Nattheim" im 2. Anhörungsentwurf ist aufgrund entgegenstehender Kriterien nicht vorgesehen (vgl. auch Abwägung zur BE-ID 1773). Das Gebiet 51 wird aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf sowie nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 30 Gemeinde Dischingen Stn-Id: 297	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1776 Der Abstand von 1.000 m zur Wohnbebauung soll gewahrt bleiben.	Der im Kriterienkatalog festgelegte Siedlungsabstand von 1.000m ist eingehalten.
lfd. Ident-Nr.: 32 Gemeinde Ellenberg Stn-Id: 101		BE-ID: 1694 vielen Dank für die Möglichkeit zur Beteiligung an der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Die Gemeinde Ellenberg steht erneuerbaren Energien offen gegenüber und hat bereits bedeutende Schritte zur Förderung der Windenergie unternommen. Mit sechs bestehenden Windkraftanlagen und einer weiteren genehmigten Anlage produziert unsere Gemeinde ein Vielfaches an Energie und weit mehr, als in der Gemeinde benötigt wird. Bisher konnte die Gemeinde leider finanziell kaum von den Windenergieanlagen profitieren, da für die bestehenden Anlagen keine Pachteinnahmen erzielt werden können, kein Sonnencent gezahlt wird und bisher auch keine Gewerbesteuerzahlungen erfolgten. Trotz unserer positiven Einstellung gegenüber erneuerbaren Energien möchten wir unsere Bedenken und Einwände gegen die Ausweisung weiterer Vorrangflächen für Windkraftanlagen im Gemeindegebiet Ellenberg darlegen.	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 32 Gemeinde Ellenberg Stn-Id: 101	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 41 Ellenberg / Jagstzell West	BE-ID: 1695 Fläche 41 1. Unzureichende Windhäufigkeit Laut dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 liegt die Fläche 41 in einem Bereich in dem die Windhäufigkeit mit über einem Wert von 190 W/m² nicht vollständig gegeben ist. Dies bedeutet, dass die Windgeschwindigkeiten in diesen Gebieten teilweise nicht ausreichend sind, um eine wirtschaftlich rentable und effiziente Nutzung von Windenergieanlagen zu gewährleisten. Nach Ihren Auslegungen (S. 5/6 des Anhörungsentwurfs) seien auch Bereiche als Vorrangfläche geeignet, die nicht vom Windatlas erfasst sind, wenn nachweislich eine wirtschaftliche Nutzung für die Windenergie möglich sei. Fanden solche Messungen in den neu geplanten Gebieten statt und gibt es hier entsprechende Nachweise? --> Abb. s. Stn. Neben dem Windatlas hat das Land BW auch die Windpotenzialflächen ermittelt. Bei der Analyse wurden sowohl Daten des Windatlas Baden-Württemberg als auch ein umfangreicher Kriterienkatalog mit Ausschluss- und Restriktionsflächen für die Windenergienutzung berücksichtigt. Nach den Auswertungen des Landes BW ergibt sich für die geplanten Gebiete folgendes Bild: --> Abb. s. Stn. Hiernach ist die geplante Vorrangflächen 41 zum aller größten Teil nicht als Windpotenzialflächen geeignet. Fraglich ist, ob die Flächen, welche nicht als Windpotenzialflächen vom Land BW erfasst sind, tatsächlich als Vorrangflächen ausgewiesen und hier gegen die Empfehlungen und die Vorprüfungen des Landes gehandelt werden sollte. Unserer Auffassung nach sollte vielmehr gemeinsam und nach den vorgelegten Empfehlungen gearbeitet werden. Abweichungen von den Empfehlungen führen zu Unverständnis in der Bevölkerung und schwächen wiederum die Glaubwürdigkeit der Politik. Sie stellen im Anhörungsentwurf dar, dass die überwiegende Gebietskulisse Bereiche mit sehr hoher Windhöffigkeit entsprechend dem Windatlas umfasst. Hieran sollten wir festhalten. Unsere Planungen sollten nicht zu einer weiteren Politikverdrossenheit führen. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 zeigt, dass es zahlreiche andere Flächen im Land gibt, die eine deutlich höhere Windhäufigkeit aufweisen und somit besser für die Nutzung von Windenergie geeignet sind. Es wäre daher sinnvoller, Investitionen	Wird nicht gefolgt Die Berücksichtigung der Windhöffigkeit (mittlere gekappten Windleistungsdichte gemäß Windatlas des Landes Baden-Württemberg) bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichte dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Als Richtwert und zur Erfüllung des gesetzlichen Flächenziels werden Gebiete mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von 215 W/m² in 160m laut Windatlas Baden-Württemberg (LUBW, 2019) - entsprechend den Vorgaben des Landes - herangezogen. Laut dem Schreiben des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 11.11.2022 bestehen auch für Standorte mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte ab 190 W/m² grundsätzlich Potenziale für die Windenergienutzung. Das Planungskonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt darüber hinausgehend Gebiete, welche laut aktuellem Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegen, da in diesen Bereichen im Rahmen der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 - gemäß der damals gütigen Planungsgrundlage (Windatlas des Landes Baden-Württemberg) - Vorranggebiete ausgewiesen wurden und in diesen Vorranggebieten bereits Windenergieanlagen sowie die dazugehörige Infrastruktur umgesetzt wurden. Die bereits umgesetzten Windparke zeigen, dass diese Bereiche für die wirtschaftliche Nutzung der Windenergie durchaus geeignet sind, weshalb diese laut Windatlas (2019) weniger windhöffigen Bereiche nicht pauschal für die Nutzung der Windenergie ausgeschlossen wurden, sondern als Potenzialgebiete in die Gebietskulisse der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen wurden. Es werden ausschließlich diejenigen Gebiete in laut Windatlas (2019) weniger windhöffigen Bereichen (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) weiterverfolgt, für die ein hinreichender Nachweis in Form einer Ertragsprognose, eines Windgutachtens oder einer Windmessung sowie ein konkretes Umsetzungsinteresse von Windenergieanlagen vorliegt. Diese benannten Nachweise wurden seitens Kommunen und / oder Projektierern in schriftlicher Form dem Regionalverband vorgelegt. Der Regionalverband hat die Nachweise, sofern Ertragsprognosen oder Windgutachten vorgelegt wurden, anhand des erweiterten Karten- und Datenangebots der LUBW (mittlere gekappt

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		und Ressourcen auf diese vorteilhafteren Standorte zu konzentrieren, um die angestrebten Klimaschutzziele effizienter zu erreichen und die Energiewende voranzutreiben.	Windleistungsdichte in 160m, 180m und 200m ü.G.; Windgeschwindigkeit in 160m, 180m und 200m ü.G.; Jahresertrag unterschiedlicher WEA-Typen; Standortgüte unterschiedlicher WEA-Typen) einschlägig geprüft. Im Rahmen der Gesamtabwägung werden ausschließlich die Gebiete weiterverfolgt, für die der Regionalverband Ostwürttemberg bei seiner Prüfung zu einer positiven Bewertung kommt und damit eine positive Umsetzungsprognose hinsichtlich des Kriteriums der Windhöffigkeit erteilt werden kann. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Für das Vorranggebiet 41 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell West" liegt dem Regionalverband ein Nachweis in Form einer Windmessung sowie der Beleg über ein konkretes Umsetzungsinteresse vor. Windmessungen stellen belastbarere Nachweise der Windhöffigkeit dar als Modellierungen, wie sie dem Windatlas zugrunde liegen. Im Vorranggebiet 41 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell West" wurde durch die Windmessung eine sehr gute Windhöffigkeit nachgewiesen, sodass das Gebiet für die Nutzung der Windenergie gut geeignet ist und im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Der Zuschnitt des Gebietes wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung und nach Beratung im Planungsausschuss am 31.01.2025 angepasst/reduziert.
lfd. Ident-Nr.: 32 Gemeinde Ellenberg Stn-Id: 101	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 41 Ellenberg / Jagstzell West	BE-ID: 1697 2. Schutz der Bevölkerung und der Umwelt Die geplante Fläche 41 liegt in der Nähe von Wohnbebauungen. Die Bevölkerung ist derzeit bereits vom Schattenwurf und den Schallimmissionen der bestehenden Windräder sowie durch Schallimmissionen der naheliegenden Autobahn beeinträchtigt. Die Bevölkerung würde durch zusätzliche Lärmbelastung und Schattenwurf erheblich beeinträchtigt werden. Bereits jetzt ist der Schattenwurf in den Ortsteilen Georgenstadt und Breitenbach sehr hoch, sodass eine Abschaltautomatik bei den Anlagen, die westlich der Autobahn liegen, notwendig ist. Es muss gewährleistet sein, dass Windanlagen unsere Bevölkerung gesundheitlich nicht beeinträchtigen.	Wird zur Kenntnis genommen. Der im Kriterienkatalog festgelegte Siedlungsabstand von 1.000m ist eingehalten. Zu den Anregungen hinsichtlich Schallimmissionen und Schattenwurf: Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Analgentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind. Zu den Bedenken hinsichtlich gesundheitlicher Beeinträchtigungen: Die Aufstellung des Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 und 21 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für Ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung zwischen dem Interesse der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergienutzung und entgegenstehenden räumlichen Nutzungsansprüchen bzw. -interessen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Der wissenschaftliche Konsens weist auf, dass durch Windenergieanlagen mit Schutzabständen zur Wohnbebauung keine allgemeine Gesundheitsgefahr gegeben ist. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung des Schutzgutes Mensch, insbesondere der menschlichen Gesundheit, wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch auf. Die berücksichtigten Ausschluss- und Konfliktkriterien hinsichtlich des Schutzgutes Mensch sind angesichts der Maßgaben des § 2 EEG auf regionaler Planungsebene ausreichend. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen eingegrenzt und im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) detailliert geprüft. Dabei werden sowohl Schallemissionen als auch andere potenziell schädliche Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 32 Gemeinde Ellenberg Stn-Id: 101	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 41 Ellenberg / Jagstzell West	BE-ID: 1698 3. Fehlende lokale Wertschöpfung Die geplanten Windkraftanlagen befinden sich auf Waldflächen im Eigentum von ForstBW. Der Projektierer, der sich bereits alle Flächen von ForstBW gesichert hat, hat mitgeteilt, dass er keine Bürgerbeteiligung anbieten wird. Die Gemeinde kann somit lediglich vom sogenannten „Sonnencent“ profitieren. Bei Bestandsanlagen wird bisher kein Sonnencent bezahlt. Die Gewerbesteuereinnahmen sind aufgrund von Abschreibungen	Wird zur Kenntnis genommen. Eigentumsverhältnisse werden bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt. Neben Pachteinnahmen und dem angesprochenen "Sonnencent" gibt es weitere Möglichkeiten der lokalen und regionalen Wertschöpfung, bspw. die direkte Beteiligung der Kommunen bzw. der Bürger an den Windrädern. Die Beteiligungsformen sind nicht Bestandteil der regionalplanerischen Festlegungen, sondern müssen direkt mit den potenziellen Projektierern bzw. Windparkbetreibern ausgehandelt werden.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		und Neuinvestitionen oft nicht in der erhofften Höhe. Diese Erfahrungen hat die Gemeinde bei den bestehenden Anlagen gesammelt. Die Wertschöpfung vor Ort ist daher nicht im gewünschten Ausmaß gegeben. Dies führt auch dazu, dass die Akzeptanz für die Anlagen sehr gering ist und in der Bevölkerung auch sehr schwierig erreicht werden kann. Es gibt andere Gebiete in Ostwürttemberg, bei denen die Wertschöpfung vor Ort gewährleistet ist. Bei diesen Gebieten kann unsere Region und unsere Bevölkerung in einem sehr viel höheren Ausmaß profitieren. Das Thema „Wertschöpfung vor Ort“ sollte ein zentrales Thema sein und nur damit kann auch die Akzeptanz vor Ort gewährleistet sein.	
lfd. Ident-Nr.: 32 Gemeinde Ellenberg Stn-Id: 101	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 41 Ellenberg / Jagstzell West	BE-ID: 1699 4. Bedenken der Anwohner Einige Anwohner haben zwischenzeitlich Ihre Bedenken bzgl. Grundstückwertminderung vorgetragen. Viele fühlen sich bereits durch die Autobahn und die bestehenden Windkraftanlagen beeinträchtigt. Eine gerechte Verteilung der Anlagen in der gesamten Region sollte angestrebt werden und nicht die „Last“ auf den Rücken weniger ausgetragen werden.	Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf). Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen. In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten.
lfd. Ident-Nr.: 32 Gemeinde Ellenberg Stn-Id: 101	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 41 Ellenberg / Jagstzell West	BE-ID: 1700 5. Arten- und Waldschutz Die Errichtung von Windkraftanlagen im Wald hat erhebliche negative Auswirkungen auf die Artenvielfalt und die Integrität der Waldökosysteme. Daher sollte der Schutz von Wäldern und ihrer Bewohner oberste Priorität haben. Weitere Anlagen in unseren Wäldern sollten nicht befürwortet werden, um die nachhaltige Energiegewinnung mit dem Naturschutz in Einklang zu bringen. Alternativstandorte außerhalb von Waldgebieten sind ausreichend vorhanden und sollten genutzt werden, um die ökologischen Schäden zu minimieren und die Wälder zu bewahren.	Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Eine pauschale Bevorzugung von Offenlandbereichen oder Ausschluss von Waldgebieten wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Insgesamt ist eine wertigkeitsunabhängige Bevorzugung von Gebieten im Offenland gegenüber Gebieten im Wald weder sachgerecht noch geboten.
lfd. Ident-Nr.: 32 Gemeinde Ellenberg Stn-Id: 101	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 42 Ellenberg / Jagstzell Ost	BE-ID: 1701 Fläche 42 1. Unzureichende Windhäufigkeit Laut dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 liegt die Fläche 42 in einem Bereich in dem die Windhäufigkeit gegeben ist. Neben dem Windatlas hat das Land BW auch die Windpotenzialflächen ermittelt. Bei der Analyse wurden sowohl Daten des Windatlas Baden-Württemberg als auch ein	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		umfangreicher Kriterienkatalog mit Ausschluss- und Restriktionsflächen für die Windenergienutzung berücksichtigt. Nach den Auswertungen des Landes BW ergibt sich für die geplanten Gebiete folgendes Bild: --> Abb. s. Stn. Hiernach ist die geplante Vorrangflächen 42 zum aller größten Teil nicht als Windpotenzialflächen geeignet. Fraglich ist, ob die Flächen, welche nicht als Windpotenzialflächen vom Land BW erfasst sind, tatsächlich als Vorrangflächen ausgewiesen und hier gegen die Empfehlungen und die Vorprüfungen des Landes gehandelt werden sollte. Unserer Auffassung nach sollte vielmehr gemeinsam und nach den vorgelegten Empfehlungen gearbeitet werden. Abweichungen von den Empfehlungen führen zu Unverständnis in der Bevölkerung und schwächen wiederum die Glaubwürdigkeit der Politik. Sie stellen im Anhörungsentwurf dar, dass die überwiegende Gebietskulisse Bereiche mit sehr hoher Windhöffigkeit entsprechend dem Windatlas umfasst. Hieran sollten wir festhalten. Unsere Planungen sollten nicht zu einer weiteren Politikverdrossenheit führen. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 zeigt, dass es zahlreiche andere Flächen im Land gibt, die eine deutlich höhere Windhäufigkeit aufweisen und somit besser für die Nutzung von Windenergie geeignet sind. Es wäre daher sinnvoller, Investitionen und Ressourcen auf diese vorteilhafteren Standorte zu konzentrieren, um die angestrebten Klimaschutzziele effizienter zu erreichen und die Energiewende voranzutreiben. Nach Rücksprache mit möglichen Projektierern wurde auch von deren Seite klar kommuniziert, dass die Nutzung der Fläche 42 nicht wirtschaftlich dargestellt werden kann. Nachdem das Land BW dies mit seiner Windpotenzialflächenanalyse bestätigt, wäre es sinnvoll diese Fläche nicht auszuweisen.	
lfd. Ident-Nr.: 32 Gemeinde Ellenberg Stn-Id: 101	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 42 Ellenberg / Jagstzell Ost	BE-ID: 1702 2. Schutz der Bevölkerung und der Umwelt Die geplante Fläche 42 liegt in der Nähe von Wohnbebauungen. Die Bevölkerung ist derzeit bereits vom Schattenwurf und den Schallimmissionen der bestehenden Windräder sowie durch Schallimmissionen der naheliegenden Autobahn beeinträchtigt. Die Bevölkerung würde durch zusätzliche Lärmbelastung und Schattenwurf erheblich beeinträchtigt werden. Bereits jetzt ist der Schattenwurf in den Ortsteilen Georgenstadt und Breitenbach sehr	Das Vorranggebiet 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		hoch, sodass eine Abschaltautomatik bei den Anlagen, die westlich der Autobahn liegen, notwendig ist. Bei höheren Anlagen, die näher an das Wohngebiet rücken oder gar östlich der Autobahn errichtet werden würden, wäre eine noch größere Belastung zu erwarten.	
lfd. Ident-Nr.: 32 Gemeinde Ellenberg Stn-Id: 101	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 42 Ellenberg / Jagstzell Ost	BE-ID: 1703 Des Weiteren bitten wir Sie zu prüfen, ob der Wohnplatz „Ziegelhütte“ bei den Planungen berücksichtigt wurde. Auch hier sollte ein Abstand von 1.000 Meter zur Wohnbebauung eingehalten werden.	Der im Kriterienkatalog festgelegte 1.000m Siedlungsabstand zwischen dem VRG 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost" und dem Wohngebäude "Ziegelhütte" ist im 1. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 eingehalten. Das Vorranggebiet 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg (aus anderen Gründen) nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 32 Gemeinde Ellenberg Stn-Id: 101	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 42 Ellenberg / Jagstzell Ost	BE-ID: 1704 Weiterhin sollte geprüft werden, ob zur kulturellen und historisch bedeutsamen Matzenbacher Bildkapelle, als Wallfahrtsort, nicht ebenfalls ein gewisser Abstand eingehalten werden sollte.	Wird gefolgt Die Bildkapelle Matzenbach liegt im östlichen Randbereich des Vorranggebiets 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost". Aufgrund der hohen Bedeutung der Kapelle als Wallfahrtsort sowie als Erholungsraum für die Bevölkerung der umliegenden Ortschaften, wird für die Kapelle der gleiche Umgebungsabstand (350m) wie für Flächen, die der kurzzeitigen Erholung dienen, entsprechend des Kriterienkatalogs als planerischer Ausschlussbereich nachgeführt. Nach der Anpassung des Vorranggebiets verbleiben zwei kleinere Teilflächen. In Verbindung mit anderen Belangen wird das Vorranggebiet 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 32 Gemeinde Ellenberg Stn-Id: 101	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 42 Ellenberg / Jagstzell Ost	BE-ID: 1705 3. Fehlende lokale Wertschöpfung Die geplanten Windkraftanlagen befinden sich auf Waldflächen im Eigentum von ForstBW. Der Projektierer, der bisher alle Anlagen im Gemeindegebiet Ellenberg betreibt, hat mitgeteilt, dass er keine Bürgerbeteiligung anbieten wird. Die Gemeinde kann somit lediglich vom sogenannten „Sonnencent“ profitieren. Die Gewerbesteuereinnahmen sind aufgrund von Abschreibungen und Neuinvestitionen oft nicht in der erhofften Höhe. Diese Erfahrungen hat die Gemeinde bei den bestehenden Anlagen gesammelt. Die Wertschöpfung vor Ort ist daher nicht im gewünschten Ausmaß gegeben. Dies führt auch dazu, dass die Akzeptanz für die Anlagen sehr gering ist und in der Bevölkerung auch sehr schwierig erreicht werden kann. Es gibt andere Gebiete in Ostwürttemberg, bei denen die Wertschöpfung vor Ort gewährleistet ist. Bei diesen Gebieten kann unsere Region und unsere Bevölkerung in einem sehr viel höheren Ausmaß	Wird zur Kenntnis genommen. Eigentumsverhältnisse werden bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt. Neben Pachteinnahmen und dem angesprochenen "Sonnencent" gibt es weitere Möglichkeiten der lokalen und regionalen Wertschöpfung, bspw. die direkte Beteiligung der Kommunen bzw. der Bürger an den Windrädern. Die Beteiligungsformen sind nicht Bestandteil der regionalplanerischen Festlegungen, sondern müssen direkt mit den potenziellen Projektierern bzw. Windparkbetreibern ausgehandelt werden.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		profitieren. Das Thema „Wertschöpfung vor Ort“ sollte ein zentrales Thema sein und nur damit kann auch die Akzeptanz vor Ort gewährleistet sein.	
lfd. Ident-Nr.: 32 Gemeinde Ellenberg Stn-Id: 101	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 42 Ellenberg / Jagstzell Ost	BE-ID: 1706 4. Bedenken der Anwohner Einige Anwohner haben zwischenzeitlich Ihre Bedenken bzgl. Grundstückwertminderung vorgetragen. Viele fühlen sich bereits durch die Autobahn und die bestehenden Windkraftanlagen beeinträchtigt. Weitere Anlagen – vor allem – auf der östlichen Seite der Autobahn würden zu Grundstückswertminderungen führen. Eine gerechte Verteilung der Anlagen in der gesamten Region sollte angestrebt werden und nicht die „Last“ auf den Rücken weniger ausgetragen werden.	Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf). Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen. In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			großräumig freizuhalten. Das Vorranggebiet 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 32 Gemeinde Ellenberg Stn-Id: 101	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 42 Ellenberg / Jagstzell Ost	BE-ID: 1707 5. Arten- und Waldschutz Die Errichtung von Windkraftanlagen im Wald hat erhebliche negative Auswirkungen auf die Artenvielfalt und die Integrität der Waldökosysteme. Daher sollte der Schutz von Wäldern und ihrer Bewohner oberste Priorität haben. Weitere Anlagen in unseren Wäldern sollten nicht befürwortet werden, um die nachhaltige Energiegewinnung mit dem Naturschutz in Einklang zu bringen. Alternativstandorte außerhalb von Waldgebieten sind ausreichend vorhanden und sollten genutzt werden, um die ökologischen Schäden zu minimieren und die Wälder zu bewahren.	Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Eine pauschale Bevorzugung von Offenlandbereichen oder Ausschluss von Waldgebieten wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Insgesamt ist eine wertigkeitsunabhängige Bevorzugung von Gebieten im Offenland gegenüber Gebieten im Wald weder sachgerecht noch geboten. Das Vorranggebiet 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 32 Gemeinde Ellenberg Stn-Id: 101	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 42 Ellenberg / Jagstzell Ost	BE-ID: 1708 Zusammenfassend möchten wir betonen, dass die Ausweisung der vorgeschlagenen Vorrangflächen 41 und 42 für Windkraftanlagen im Bereich Ellenberg/Jagstzell nach dem vorliegenden Windatlas weder wirtschaftlich sinnvoll, noch ökologisch bzw. sozial vertretbar ist. Wir bitten daher um Anpassung der Gebietskulisse und die Nutzung von Flächen mit nachweislich höherem Windpotenzial und besserer Eignung für die Windenergienutzung. Vorrangig das Thema Regionale Wertschöpfung sollte bei der Ausweisung der	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Das Vorranggebiet 41 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell West" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung und nach Beratung im Planungsausschuss am 31.01.2025 angepasst. Hinsichtlich der Belange "Windhöffigkeit" und "Regionale Wertschöpfung"

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Flächen Berücksichtigung finden. Es ist wichtig, dass unsere Region und unsere Einwohner von den Anlagen profitieren können, denn nur so kann auch auf dem Land die nötige Akzeptanz für die Anlagen gewonnen werden. Zudem sollten die Anlagen gerecht in der Region verteilt sein und nicht einzelne Gemeinden „überlastet“ werden. Die Gemeinde Ellenberg bittet um Prüfung bzgl. einer Rücknahme der Vorrangfläche 42 sowie eine sinnvolle Verkleinerung der Vorrangfläche 41 entsprechend den Empfehlungen des Landes BW.	wird auf die entsprechenden Abwägungspassagen der Stellungnahme verwiesen. Das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Im Raum Ellenberg / Jagstzell liegt gem. des Prüf- und Bewertungsmodells keine Überlastungssituation durch die bestehenden und geplanten Windenergiegebiete vor.
lfd. Ident-Nr.: 34 Gemeinde Essingen Stn-Id: 179		BE-ID: 1712 vielen Dank für Ihren sehr informativen Vortrag und die Beantwortung der offenen Punkte im Gemeinderat der Gemeinde Essingen am 20.06.2024.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 34 Gemeinde Essingen Stn-Id: 179		BE-ID: 1713 Wie bereits in der Sitzung am 20.06.2024 erörtert, sollen folgende Anregungen bzw. Änderungen im Rahmen der Stellungnahme nach §9 ROG i.V.m. §12 II LplG im Regionalplan Ostwürttemberg, bezugnehmend auf die Gemarkung Essingen, berücksichtigt werden: 1. Weitere Nutzung des bestehenden Windkraftstandortes "Wehrenfeld", auch wenn durch Repowering höhere und ggf. weitere Anlagen entstehen sollen und weitere Flächen benötigt werden.	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet "Lauterburg" (auch "Wehrenfeld" genannt) aus der rechtsverbindlichen Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 bleibt unverändert bestehen. Das Vorranggebiet 58 "Erweiterung Lauterburg" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 34 Gemeinde Essingen Stn-Id: 179		BE-ID: 1714 2. Wiederaufnahme der Planungen von Windkraftanlagen am "Wollenberg" an der Gemarkungsgrenze Essingen / Oberkochen / Königsbronn, da hier aufgrund der Windhöffigkeit große Potenziale zu erwarten sind.	Wird nicht gefolgt Der Bereich "Wollenberg" ist für die Festlegung eines Windenergiegebiets (Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen) im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgrund entgegenstehender planerischer Kriterien (s. Kriterienkatalog) nicht geeignet und wird daher nicht in die Gebietskulisse des 2. Anhörungsentwurfs aufgenommen. Mit der Festlegung von Standorten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen auf Ebene der Regionalplanung erfolgt allerdings keine abschließende Gebietsausweisung für Windenergieanlagen (vgl. § 11 Abs. 7 LplG). Kommunen haben weiterhin die Möglichkeit auf Ebene der Bauleitplanung selbst Konzentrationszonen für Windenergieanlagen auszuweisen (vgl. § 245e Abs. 1 BauGB).
lfd. Ident-Nr.: 34 Gemeinde Essingen Stn-Id: 179		BE-ID: 1715 3. Der Bereich Utzenberg, überwiegend auf der Gemarkung Heubach, wird zur Kenntnis genommen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 34 Gemeinde Essingen		BE-ID: 1716 4. Wiederaufnahme der Planungen des Windkraftstandortes "Hart", dieser stellt für die Gemeinde einen bedeutsamen Standort dar. Es	Wird nicht gefolgt Der Bereich "Hart" ist für die Festlegung eines Windenergiegebiets (Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen) im Rahmen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 179		werden intensive Untersuchungen gefordert.	der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgrund seiner Kleinflächigkeit nicht geeignet und wird daher nicht in die Gebietskulisse des 2. Anhörungsentwurfs aufgenommen. Mit der Festlegung von Standorten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen auf Ebene der Regionalplanung erfolgt allerdings keine abschließende Gebietsausweisung für Windenergieanlagen (vgl. § 11 Abs. 7 LplG). Kommunen haben weiterhin die Möglichkeit auf Ebene der Bauleitplanung selbst Konzentrationszonen für Windenergieanlagen auszuweisen (vgl. § 245e Abs. 1 BauGB).
lfd. Ident-Nr.: 34 Gemeinde Essingen Stn-Id: 179		BE-ID: 1717 5. Die Aufnahme weiterer Vorrangflächen auf der Gemarkung Essingen wird befürwortet.	Wird zur Kenntnis genommen
lfd. Ident-Nr.: 35 Gemeinde Gerstetten Stn-Id: 87	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 65 Schönbühl	BE-ID: 1362 Vorranggebiet Nr. 65 Schönbühl: Die Gemeinde Gerstetten steht diesem Vorranggebiet, das sich auf Gerstetter Gemarkung größtenteils auf Flächen im Eigentum des Landes erstreckt, aufgeschlossen gegenüber.	Wird zur Kenntnis genommen Das Vorranggebiet 65 "Schönbühl" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 35 Gemeinde Gerstetten Stn-Id: 84	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 1363 Bei den vorgeschlagenen Flächen für ein Vorranggebiet für Windenergie handelt es sich größtenteils um Flächen im Eigentum der Gemeinde Gerstetten, die bei einer Ausweisung des Gebiets als Vorrangfläche für Windenergie und einer erfolgreichen Projektentwicklung unmittelbar wirtschaftlich profitieren könnte. Für eine Ausweisung als Vorranggebiet für Windenergie ist die freiwillige Reduzierung des Siedlungsabstands auf 750 Meter erforderlich – ohne diese freiwillige Reduzierung ist das Gebiet nicht effektiv entwicklungsfähig. Dem Gemeinderat wurde ein entsprechender Beschlussvorschlag unterbreitet. Der Gemeinderat der Gemeinde Gerstetten hat in seiner Sitzung am 14. Mai 2024 die Reduzierung des Siedlungsabstands für das Vorranggebiet Nr. 43 "Gerstetten" (Gewann Steinhaus) auf 750 Meter beschlossen bzw. bestätigt die Lage und den Siedlungsabstand des Vorranggebiets Nr. 43 "Gerstetten" (Gewann Steinhaus).	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 43 "Gerstetten" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Mit der Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen auf Ebene der Regionalplanung erfolgt keine abschließende Gebietsausweisung für Windenergieanlagen (vgl. § 11 Abs. 7 LplG). Kommunen haben weiterhin die Möglichkeit auf Ebene der Bauleitplanung selbst Konzentrationszonen für Windenergieanlagen auszuweisen (vgl. § 245e Abs. 1 BauGB). Diese zusätzliche planerische Steuerungsmöglichkeit von Windenergievorhaben bietet Städten und Gemeinden die Chance, die Nutzung der Windenergie in kommunale Projekte wie bspw. die kommunale Wärmeplanung einzubinden, Bürgerwindenergieprojekte gezielt kommunal umzusetzen sowie die Standortvorteile für Gewerbe und Wohnen durch vergünstigten lokalen Strom aus erneuerbaren Energien weiterhin auszubauen.
lfd. Ident-Nr.: 35 Gemeinde Gerstetten Stn-Id: 85	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 63 Erweiterung Gussenstadt	BE-ID: 1364 Vorranggebiet Nr. 63 Erweiterung Gussenstadt: Für die Gemarkung des Ortsteils Gussenstadt droht – insbesondere durch die Planungen des Regionalverbands Stuttgart – eine Überlastung mit Windkraftanlagen. Die Erweiterung des bestehenden Windkraftgebiets in (im Verhältnis zu den Bestandsanlagen) größerer Entfernung zum Ortsteil Gussenstadt wird dennoch nicht kritisiert.	Wird zur Kenntnis genommen. Das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Für den benannten Bereich Gussenstadt entsteht v.a. durch das Vorranggebiet 64 "Gussenstadt Nordost" in Verbindung mit den Planungen der Nachbarregionen Verband

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Region Stuttgart und Regionalverband Donau-Iller eine faktische Überlastungssituation gem. des angewandten Prüf- und Bewertungsmodells. Aus Gründen des Überlastungsschutzes und aufgrund weiterer Belange wird das Vorranggebiet 64 "Gussenstadt Nordost" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Das Vorranggebiet 63 "Erweiterung Gussenstadt" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 35 Gemeinde Gerstetten Stn-Id: 86	Anhang zu Kapitel 4.2.2 Erneuerbare Energien – Gebietssteckbriefe VRG 64 Gussenstadt Nordost	BE-ID: 1365 Bei den vorgeschlagenen Flächen für ein Vorranggebiet für Windenergie handelt es sich größtenteils um Flächen im Eigentum der Gemeinde Gerstetten, die bei einer Ausweisung des Gebiets als Vorrangfläche für Windenergie und einer erfolgreichen Projektentwicklung unmittelbar wirtschaftlich profitieren könnte. Für eine Ausweisung als Vorranggebiet für Windenergie ist die freiwillige Reduzierung des Siedlungsabstands auf 750 Meter erforderlich – ohne diese freiwillige Reduzierung ist das Gebiet nicht effektiv entwicklungsfähig. Dem Ortschaftsrat Gussenstadt und dem Gemeinderat Gerstetten wurde ein entsprechender Beschlussvorschlag unterbreitet. Die Reduzierung des Siedlungsabstands für das Vorranggebiet Nr. 64 "Gussenstadt Nordost" (Gewann Mittloh) wurde am 13. Mai 2024 durch den Ortschaftsrat Gussenstadt und am 14. Mai 2024 durch den Gemeinderat der Gemeinde Gerstetten abgelehnt. Der Ortschaftsrat spricht sich gegen eine Entwicklung dieses Vorranggebiets aus.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Aus Gründen des Überlastungsschutzes und da der erforderliche Gemeinderatsbeschluss für die Reduzierung des Siedlungsabstandes auf 750m nicht vorgelegt werden konnte, sowie aufgrund weiterer Belange wird das Vorranggebiet 64 "Gussenstadt Nordost" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Eigentumsverhältnisse werden bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 37 Gemeinde Gschwend Stn-Id: 336		BE-ID: 1814 Die Gemeinde Gschwend trägt die Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplan Ostwürttemberg zum jetzigen Zeitpunkt und Stand mit.	Wird zur Kenntnis genommen
lfd. Ident-Nr.: 37 Gemeinde Gschwend Stn-Id: 336		BE-ID: 1816 Darüber hinaus bittet die Gemeinde Gschwend (als Kommune im „Drei-Länder-Eck“) den Regionalverband Ostwürttemberg nachdrücklich darum, dafür Sorge zu tragen, dass bei der Fortschreibung der Regionalpläne der angrenzenden Regionalverbände, sowie der Fortschreibung weiterer Pläne und der Ausweisung von Vorranggebieten in Sachen Windkraft in den angrenzenden Nachbarkommunen, dies betrifft insbesondere diese in den Landkreisen Rems-Murr und Schwäbisch Hall, ebenfalls mindestens die Abstände von 1.000 Metern zu Windenergieanlagen einzuhalten sind.	Derzeit in Bearbeitung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 40 Gemeinde Hermaringen Stn-Id: 329	VRG 67 Hermaringen	BE-ID: 1798 der Gemeinderat der Gemeinde Hermaringen hat in seiner Sitzung am 11. Juli 2024 über die Teilfortschreibung Windenergie 2025 - Regionalplan Ostwürttemberg und über die vorgeschlagene Vorrangfläche Nr. 67 auf unserer Gemarkung beraten. Der Gemeinderat hat nach der Beratung folgenden Beschluss gefasst: Die Gemeinde Hermaringen stimmt der vorgeschlagenen Fläche Nr. 67 für ein Vorranggebiet für Windenergie auf der Gemarkung Hermaringen zu.	Wird zur Kenntnis genommen Das Vorranggebiet 67 "Hermaringen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 42 Gemeinde Hüttlingen Stn-Id: 44		BE-ID: 1394 vielen Dank für die Zusendung der Unterlagen und die förmliche Beteiligung der Behörden und Träger öffentlicher Belange zur Teilfortschreibung Windenergie 2025. Wir haben diese Angelegenheit im Gemeinderat Hüttlingen am 16. Mai 2024 öffentlich beraten. Da auf der Gemarkung Hüttlingen keine Vorranggebiete vorgesehen sind, erhebt die Gemeinde Hüttlingen keine Anregungen und Bedenken zu der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Bei Rückfragen und Unklarheiten können Sie sich gerne an uns wenden.	Wird zur Kenntnis genommen
lfd. Ident-Nr.: 44 Gemeinde Jagstzell Stn-Id: 350		BE-ID: 1835 Die Gemeinde Jagstzell begrüßt grundsätzlich die Ausweisung von Windenergiefläche durch den Regionalverband zur Erreichung der Flächenziele nach dem Windenergieflächenbedarfsgesetz des Bundes. So kann die Steuerung von Windenergieanlagen aufrechterhalten werden, dass diese nur in ausgewiesenen Windflächen bzw. Wind-Vorranggebieten zulässig sind. Zudem unterstützt die Gemeinde Jagstzell nachdrücklich das Ziel eines weiteren Ausbaus erneuerbarer Energien. Trotz dieser positiven Einstellung gegenüber erneuerbaren Energien möchten wir unsere Bedenken und Einwände gegen die Ausweisung weiterer Vorrangflächen für Windkraftanlagen im Gemeindegebiet Jagstzell darlegen. Vom Regionalverband sind aktuell folgende, vollständig oder anteilig im Bereich der Gemeinde Jagstzell liegende, neue Vorranggebiete für Windenergie geplant: - Vorranggebiet Planverfahrensnummer 41 ,,Erweiterung Ellenberg / Jagstzell West" nordöstlich von Dankoltsweiler, westlich der BAB A7, angrenzend an das bestehende VRG ,,Ellenberg / Jagstzell" - Vorranggebiet Planverfahrensnummer 42 ,,Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost" westlich von Breitenbach, östlich der BAB A7, indirekt nordöstlich angrenzend an das bestehende VRG ,,Ellenberg / Jagstzell"	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 44 Gemeinde Jagstzell		BE-ID: 1837 Grundsätzliches:	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 350		Auf der Gemarkung Jagstzell wird bereits mehr Strom aus erneuerbaren Energien produziert als verbraucht wird. Dennoch unterstützt die Gemeinde Jagstzell natürlich das Ziel der Energiewende und des Klimaschutzes mit einer weiteren Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien. Dennoch muss dies nicht um jeden Preis erfolgen. Durch die hinzukommenden Windflächen und auch durch künftiges Repowering von Windenergieanlagen wird der Anteil grünen Stroms spürbar weiter steigen. Auch durch hinzukommende Photovoltaik-Anlagen auf Dächern (landesgesetzliche Pflicht bei Neubau und Dachsanierung) sowie zulässige Freiflächen-PV-Anlagen nach dem BauGB entlang der Autobahn und Agri-PV wird den Anteil weiter steigen. Daher besteht umso mehr der Bedarf den Ausbau in Einklang zu bringen mit dem berechtigten Schutzinteresse der betroffenen Bevölkerung, um möglichst hohe Akzeptanz zu erreichen, An Widerständen und Klagen wie in anderen Regionen dürfte niemand lnteresse haben, schon allein wegen möglichen jahrelangen Verzögerungen. Durch eine gute Planung, die allen wichtigen und konfliktträchtigen Belangen ausreichend Rechnung trägt, kann ein gutes Ergebnis mit hoher Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht werden. Das sollte gemeinsames Ziel aller Planungsebenen sein.	(EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Dieser Hinweis ist für viele der folgenden Einwendungen relevant, entsprechende Verweise sind eingefügt. Gemäß der Vorgaben des Bundes hat die Landesregierung Baden-Württemberg den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne auszuarbeiten. Maßgebliche Zielsetzung der vorliegenden Teilfortschreibung ist die Steuerung und raumordnerische Sicherung der aus regionalplanerischer Sicht günstigsten Gebiete für Windenergieanlagen und damit die Umsetzung der Landesflächenziele nach § 20 und § 21 KlimaG. Der Teilfortschreibung Windenergie 2025 liegt ein nach den gesetzlichen Vorgaben und dem anerkannten Stand der Wissenschaft und Technik erarbeitetes Planungskonzept zugrunde. Die Planungsverfahren der Regionalplanung sind transparent und demokratisch legitimiert. Teil des Verfahrens ist eine Beteiligung der Öffentlichkeit. Die prozeduralen und inhaltlichen Entscheidungen, von der Einleitung des Verfahrens bis hin zum Satzungsbeschluss des endgültigen Plans, treffen die Verbandsversammlungen. In der kommunal verfassten Regionalplanung in Baden-Württemberg sind die Entscheidungstragenden somit Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker aus der Region. Anregungen und Bedenken wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen einbezogen, wobei nach § 2 Satz 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz 2023 der Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt. Selbstverständlich können in der Abwägung zwischen unterschiedlichen Interessen nicht immer konsensuale Lösungen gefunden werden. Die Auswahl der Gebiete wurde unter der Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten wie u.A. Topografie, Siedlungsstruktur, Artenvorkommen und Schutzgebietskulisse getroffen.
lfd. Ident-Nr.: 44 Gemeinde Jagstzell Stn-Id: 350		BE-ID: 1838 1.000 m Siedlungsabstand: Der Siedlungsabstand ist ein sehr wichtiges Kriterium bei der Ausweisung von Windenergieflächen, Aktuell umso mehr, da in der	Wird nicht gefolgt Der Klarstellungsbeschluss gem. §5 Abs. 4 WindBG zur Rotor-Out-Regelung der seit 11 Jahren rechtsverbindlichen Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 wurde von der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Region Ostwürttemberg gerade erst die Zeit des Repowering beginnt. Nach 20 bis 25 Jahren haben Windenergieanlagen i. d. R. das Ende lhrer Lebensdauer erreicht und die Projektierer nehmen ein Repowering vor, bei dem häufig alte, kleinere Anlagen abgebaut und durch größere ersetzt werden. Mit den größeren muss mehr Abstand zwischen den Anlagen eingehalten werden, wodurch die neuen Windenergieanlagen stark an die Ränder drängen. Das bedeutet, das durch die derzeitige Ausweisung im Teilregionalplan die Grundlage und Flächenkulisse festgelegt wird, innerhalb derer in den nächsten Jahren/Jahrzehnten neue und höhere Windenergieanlagen errichtet werden. Daher ist es für die derzeitige Beurteilung zweitrangig, ob bisherige Windflächen schon bebaut sind und zu den Rändern bisher Abstände eingehalten wurde; bestehende Anlagen haben Bestandsschutz. Zukünftig sind für spätere neue Anlagen die derzeit geplanten Flächenausweisungen maßgeblich. Durch den Beschluss des Regionalverbands, dass für die bisherigen, alten Windgebiete künftig die Rotor-out-Regel gelten soll, werden neue Betroffenheiten ausgelöst (zumindest in der WG Ellwangen), die bisher nicht geprüft, begründet und abgewogen zu sein scheinen. Bisherige Genehmigungsgrundlage waren die Flächennutzungspläne; in der WG Ellwangen wurden Rotor-in Windflächen ausgewiesen. Durch einen Erlass des Landes, mussten Windenergieanlagen innerhalb dieser Windflächen liegen, wenn die Abgrenzung vorOrt eindeutig definiert ist wie z.B. durch einen Forstweg;wenn es vor Ort keine eindeutige Abgrenzung gab, waren aufgrund des Maßstabs des FNP von 1: 25.000 und der,,Maßstabsungenauigkeit" (bei einem Maßstab von 1 :25 000 bedeutet etwa eine 1mm dicke zeichnerische Linie als Außengrenze eine Unschärfe von 25m) ein Herausragen des Rotors um 25 m von den Genehmigungsbehörden (Landratsämter) zuzulassen. Der Regionalverband wird aufgefordert aufzuklären und mitzuteilen, ob das beim Teilregionalplan Wind 2025 künftig auch so sein wird, dass der Mast von Windenergieanlagen aufgrund des Maßstabs des Teilregionalplans von 1:50 000 bis zu 50 m außerhalb der geplanten Windgebiete liegen kann. lm Entwurf des Teilregionalplans steht dazu bisher: ,,Zu (3): Der Abgrenzung der Vorranggebiete wird eine Rotor-Out-Planung zu Grund gelegt. Das bedeutet, der Rotor von Windenergieanlagen darf über die Außengrenze der festgelegten Teilfortschreibung Windenergie2025 Vorranggebiete hinausragen. Lediglich der Mastfuß der Windenergieanlage muss vollständig innerhalb der ausgewiesenen Vorrangfläche stehen. Es ist zu beachten, dass die im Regionalplan festgelegten Vorranggebiete maßstabsbedingt, nur gebiets- und nicht parzellenscharf abgegrenzt sind. Die Festlegung	Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg am 22.03.2024 beschlossen. Der Beschluss dient der Klarstellung der Platzierung von Rotorblättern gem. der genannten Gesetzesgrundlage. Es wird keine neue Sachlage oder Betroffenheit geschaffen. Der Klarstellungsbeschluss dient wie beschrieben der Klarstellung des Sachverhaltes und generiert die vollumfängliche Anrechenbarkeit der Vorranggebiete aus der rechtsverbindlichen Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014. Die Planung der Konzentrationszonen im Teilflächennutzungsplan der VVG Ellwangen erfolgte mit einem im Vergleich zu den regionalen Planungskriterien (Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014) um einen um 50m erhöhten Siedlungsabstand (damaliger Rotor-Radius) und wird von der VVG Ellwangen als Rotor-In-Planung betrachtet. Der Planungsmaßstab auf Ebene der Regionalplanung beträgt 1:50.000 - entsprechend stellt etwa eine 1mm breite zeichnerische Linie eine planerische Unschärfe von 50m dar. Wie im Textteil zum 1. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 definiert, sind die im Regionalplan festgelegten Vorranggebiete maßstabsbedingt nur gebiets- und nicht parzellenscharf abgegrenzt. Die Festlegung konkreter Anlagenstandorte für regionalbedeutsame Windenergieanlagen ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Inwiefern eine planerische Unschärfe bei der Genehmigung von einzelnen Windenergieanlagen Anwendung findet sowie die Festlegung eines konkreten Mindestabstandes zwischen Windenergieanlagen und Siedlungsbereichen, ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und grundlegend auch nicht Gegenstand der Regionalplanung. Die Aussage, dass der Teilregionalplan Wind 2025 im Unterschied zu anderen Regionalplanungen unmittelbares Baurecht vermittelt, ist nicht zutreffend. Es wird auf Ebene der Regionalplanung noch kein Baurecht geschaffen, dies erfolgt für Windenergievorhaben im nachgelagerten immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		der konkreten Anlagenstandorte sind nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene." Dies kann so verstanden werden, dass es auch hier keine exakte, metergenaue Abgrenzung gibt und nicht exakt bestimmt wird wie viel Meter Abstand der Mast oder die Gesamtwindenergieanlage von Wohnhäusern entfernt sein muss. Es sollte geprüft werden, ob hier ein Mindestabstand in Metern textlich festgelegt werden kann, wenn dies schon nicht plangrafisch erfolgt. Der Teilregionalplan Wind 2025 vermittelt unmittelbares Baurecht im Unterschied zu anderen Regionalplanungen.	
lfd. Ident-Nr.: 44 Gemeinde Jagstzell Stn-Id: 350	VRG 41 Ellenberg / Jagstzell West	BE-ID: 1839 Vorranggebiet Planverfahrensnummer 41 1. Unzureichende Windhäufigkeit --> siehe Abbildung Anlage Laut dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 liegt die Fläche 41 in einem Bereich in dem die Windhäufigkeit mit über einem Wert von 190 W/m2 nicht vollständig gegeben ist. Dies bedeutet, dass die Windgeschwindigkeiten in diesen Gebieten teilweise nicht ausreichend sind, um eine wirtschaftlich rentable und effiziente Nutzung von Windenergieanlagen zu gewährleisten. Nach Ihren Auslegungen (S. S/0 des Anhörungsentwurfs) seien auch Bereiche als Vorrangfläche geeignet, die nicht vom Windatlas erfasst sind, wenn nachweislich eine wirtschaftliche Nutzung für die Windenergie möglich sei. Fanden solche Messungen in den neu geplanten Gebieten statt und gibt es hier entsprechende Nachweise? Neben dem Windatlas hat das Land BW auch die Windpotenzialflächen ermittelt. Bei der Analyse wurden sowohl Daten des Windatlas Baden-Württemberg als auch ein umfangreicher Kriterienkatalog mit Ausschluss- und Restriktionsflächen für die Windenergienutzung berücksichtigt. Nach den Auswertungen des Landes BW ergibt sich für die geplanten Gebiete folgendes Bild: --> siehe Abbildung Anlage Hiernach ist die geplante Vorrangflächen 41 zum aller größten Teil nicht als Windpotenzialflächen geeignet. Fraglich ist, ob die Flächen, welche nicht als Windpotenzialflächen vom Land BW erfasst sind, tatsächlich als Vorrangflächen ausgewiesen und hier gegen die Empfehlungen und die Vorprüfungen des Landes gehandelt werden sollte. Unserer Auffassung nach sollte vielmehr	Wird nicht gefolgt Die Berücksichtigung der Windhöffigkeit (mittlere gekappten Windleistungsdichte gemäß Windatlas des Landes Baden-Württemberg) bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichte dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Als Richtwert und zur Erfüllung des gesetzlichen Flächenziels werden Gebiete mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von 215 W/m² in 160m laut Windatlas Baden-Württemberg (LUBW, 2019) - entsprechend den Vorgaben des Landes - herangezogen. Laut dem Schreiben des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 11.11.2022 bestehen auch für Standorte mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte ab 190 W/m² grundsätzlich Potenziale für die Windenergienutzung. Das Planungskonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt darüber hinausgehend Gebiete, welche laut aktuellem Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegen, da in diesen Bereichen im Rahmen der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 - gemäß der damals gütigen Planungsgrundlage (Windatlas des Landes Baden-Württemberg) - Vorranggebiete ausgewiesen wurden und in diesen Vorranggebieten bereits Windenergieanlagen sowie die dazugehörige Infrastruktur umgesetzt wurden. Die bereits umgesetzten Windparke zeigen, dass diese Bereiche für die wirtschaftliche Nutzung der Windenergie durchaus geeignet sind, weshalb diese laut Windatlas (2019) weniger windhöffigen Bereiche nicht pauschal für die Nutzung der Windenergie ausgeschlossen wurden, sondern als Potenzialgebiete in die Gebietskulisse der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen wurden.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		gemeinsam und nach den vorgelegten Empfehlungen gearbeitet werden. Abweichungen von den Empfehlungen führen zu Unverständnis in der Bevölkerung und schwächen wiederum die Glaubwürdigkeit der Politik. Sie stellen im Anhörungsentwurf dar, dass die überwiegende Gebietskulisse Bereiche mit sehr hoher Windhöffigkeit entsprechend dem Windatlas umfasst. Hieran sollten wir festhalten. Unsere Planungen sollten nicht zu einer weiteren Politikverdrossenheit führen. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 zeigt, dass es zahlreiche andere Flächen im Land gibt, die eine deutlich höhere Windhäufigkeit aufweisen und somit besser für die Nutzung von Windenergie geeignet sind. Es wäre daher sinnvoller, Investitionen und Ressourcen auf diese vorteilhafteren Standorte zu konzentrieren, um die angestrebten Klimaschutzziele effizienter zu erreichen und die Energiewende voranzutreiben.	Es werden ausschließlich diejenigen Gebiete in laut Windatlas (2019) weniger windhöffigen Bereichen (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) weiterverfolgt, für die ein hinreichender Nachweis in Form einer Ertragsprognose, eines Windgutachtens oder einer Windmessung sowie ein konkretes Umsetzungsinteresse von Windenergieanlagen vorliegt. Diese benannten Nachweise wurden seitens Kommunen und / oder Projektierern in schriftlicher Form dem Regionalverband vorgelegt. Der Regionalverband hat die Nachweise, sofern Ertragsprognosen oder Windgutachten vorgelegt wurden, anhand des erweiterten Karten- und Datenangebots der LUBW (mittlere gekappt Windleistungsdichte in 160m, 180m und 200m ü.G.; Windgeschwindigkeit in 160m, 180m und 200m ü.G.; Jahresertrag unterschiedlicher WEA-Typen; Standortgüte unterschiedlicher WEA-Typen) einschlägig geprüft. Im Rahmen der Gesamtabwägung werden ausschließlich die Gebiete weiterverfolgt, für die der Regionalverband Ostwürttemberg bei seiner Prüfung zu einer positiven Bewertung kommt und damit eine positive Umsetzungsprognose hinsichtlich des Kriteriums der Windhöffigkeit erteilt werden kann. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Für das Vorranggebiet 41 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell West" liegt dem Regionalverband ein Nachweis in Form einer Windmessung sowie der Beleg über ein konkretes Umsetzungsinteresse vor. Windmessungen stellen belastbarere Nachweise der Windhöffigkeit dar als Modellierungen wie dem Windatlas zugrunde liegen. Im Vorranggebiet 41 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell West" wurde durch die Windmessung eine sehr gute Windhöffigkeit nachgewiesen, sodass das Gebiet für die Nutzung der Windenergie gut geeignet ist und im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Der Zuschnitt des Gebietes wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung und nach Beratung im Planungsausschuss am 31.01.2025 angepasst/reduziert.
lfd. Ident-Nr.: 44 Gemeinde Jagstzell Stn-Id: 350	VRG 41 Ellenberg / Jagstzell West	BE-ID: 1841 2. Schutz der Bevölkerung und der Umwelt Die geplante Fläche 41 liegt in der Nähe von Wohnbebauungen. Die Bevölkerung ist derzeit bereits vom Schattenwurf und den Schallimmissionen der bestehenden Windräder sowie durch Schallimmissionen der naheliegenden Autobahn beeinträchtigt. Die Bevölkerung würde durch zusätzliche Lärmbelastung und Schattenwurf erheblich beeinträchtigt werden. Bereits jetzt ist der Schattenwurf sehr hoch, sodass eine Abschaltautomatik bei den	Wird zur Kenntnis genommen. Der im Kriterienkatalog festgelegte Siedlungsabstand von 1.000m ist eingehalten. Zu den Anregungen hinsichtlich Schallimmissionen und Schattenwurf: Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm)

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Anlagen, die westlich der Autobahn liegen, notwendig ist.	geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Analgentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 44 Gemeinde Jagstzell Stn-Id: 350		BE-ID: 1842 Des Weiteren muss bei der Ausweisung weiterer Flächen auch über die Landkreis- bzw. Regionsgrenze geschaut werden. Es muss eine Abstimmung zwischen den Regionalverbänden stattfinden, um durch eine zu große Konzentration der Flächen die Bürgerinnen und Bürger vor einer Überlastung zu schützen. Siehe Gebiet Jagstzell, Ellenberg, Rechenberg und Fichtenau, hier sind bereits sehr viele Windräder vorhanden.	Wird zur Kenntnis genommen. Der Regionalverband Ostwürttemberg ist in regelmäßigem Austausch mit den Nachbarregionen - u.a. dem Regionalverband Heilbronn-Franken -, um solche Belangen (z.B. Konzentration, Überlastung) abzustimmen und möglichst tragfähig für die Region Ostwürttemberg einzubringen. Des Weiteren hat der Regionalverband Ostwürttemberg den Hinweis im Rahmen der 1. Anhörung der Teilregionalpläne Windenergie bzw. Regionalplanänderung (Region Westmittelfranken) der Nachbarregionen als Stellungnahme formuliert und formal platziert. Das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde zudem einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Im angesprochenen Bereich Ellenberg / Jagstzell besteht keine Überlastungssituation gem. des angewandten Prüf- und Bewertungsmodells.
lfd. Ident-Nr.: 44 Gemeinde Jagstzell Stn-Id: 350	VRG 41 Ellenberg / Jagstzell West	BE-ID: 1845 3. Fehlende lokale Wertschöpfung Die geplanten Windkraftanlagen befinden sich auf Waldflächen im Eigentum von ForstBW. Die Gemeinde kann somit lediglich vom sogenannten ,,Sonnencent" profitieren. Die Gewerbesteuereinnahmen sind aufgrund von Abschreibungen und Neuinvestitionen oft nicht in der erhofften Höhe. Diese Erfahrungen hat die Gemeinde bei den bestehenden Anlagen gesammelt. Die Wertschöpfung vor Ort ist daher nicht im gewünschten Ausmaß gegeben. Dies führt auch dazu, dass die Akzeptanzfür die Anlagen sehr gering ist und in der Bevölkerung auch sehr schwierig erreicht werden kann. Es gibt andere Gebiete in Ostwürttemberg, bei denen die Wertschöpfung vor Ort gewährleistet ist. Bei diesen Gebieten kann unsere Region und unsere Bevölkerung in einem sehr viel höheren Ausmaß profitieren. Das Thema ,,Wertschöpfung vor Ort" sollte ein zentrales Thema sein und nur damit kann auch die Akzeptanz vor Ort gewährleistet sein.	Wird zur Kenntnis genommen. Eigentumsverhältnisse werden bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt. Neben Pachteinnahmen und dem angesprochenen "Sonnencent" gibt es weitere Möglichkeiten der lokalen und regionalen Wertschöpfung, bspw. die direkte Beteiligung der Kommunen bzw. der Bürger an den Windrädern. Die Beteiligungsformen sind nicht Bestandteil der regionalplanerischen Festlegungen, sondern müssen direkt mit den potenziellen Projektierern bzw. Windparkbetreibern ausgehandelt werden.
lfd. Ident-Nr.: 44 Gemeinde Jagstzell Stn-Id: 350	VRG 41 Ellenberg / Jagstzell West	BE-ID: 1847 4. Bedenken der Anwohner Einige Anwohner haben zwischenzeitlich Ihre Bedenken bzgl. Grundstückwertminderung vorgetragen. Viele fühlen sich bereits durch die Autobahn und die bestehenden Windkraftanlagen beeinträchtigt. Eine gerechte Verteilung der Anlagen in der	Die Teilfortschreibung dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung in der Region Ostwürttemberg gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Beurteilung des Immobilienwertes hängt von zahlreichen Faktoren ab. Eine allgemeingültige Aussage, ob Wertminderungen durch Windenergieanlagen verursacht werden, lässt sich nicht pauschal treffen. Derartige Effekte hängen von der jeweiligen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		gesamten Region sollte angestrebt werden und nicht die "Last" auf den Rücken weniger ausgetragen werden.	Beurteilung des Einzelfalls, insbesondere im Falle eines tatsächlichen Verkaufs der Immobilie ab. Verschiedene Studien deuten darauf hin, dass der Wert und die Preisentwicklung von Immobilien von ökonomischen und demografischen Einflüssen dominiert werden und nicht von Windenergieanlagen. Nach Ansicht von Expertinnen und Experten ist es im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage kaum möglich, den Anstieg oder den Rückgang des Verkehrswertes eines bebauten oder unbebauten Grundstücks auf einen einzelnen Einflussfaktor zurückzuführen (s. Landtag von Baden-Württemberg (2019): Kleine Anfrage des Abg. Andreas Glück FDP/DVP – Wertminderung von Immobilien infolge von Windkraftanlagen II (Drucksache 16 / 5820), 26. Februar 2019, Stuttgart (https://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/5000/16_5820_D.pdf). Daher und wegen des überragenden öffentlichen Interesses am Ausbau der erneuerbaren Energien nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ist es aus Sicht des Regionalverbands weder möglich noch geboten, eine vermutete Wertminderung von Immobilien bei der Festlegung der Vorranggebiete für Windenergie als Belang zu berücksichtigen. In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten.
lfd. Ident-Nr.: 44 Gemeinde Jagstzell Stn-Id: 350	VRG 41 Ellenberg / Jagstzell West	BE-ID: 1850 5. Arten- und Waldschutz Die Errichtung von Windkraftanlagen im Wald hat erhebliche negative Auswirkungen auf die Artenvielfalt und die Integrität der Waldökosysteme. Daher sollte der Schutz von Wäldern und ihrer Bewohner oberste Priorität haben. Weitere Anlagen in unseren Wäldern sollten nicht befürwortet werden, um die nachhaltige Energiegewinnung mit dem Naturschutz in Einklang zu bringen. lm Suchraum befindet sich eines der größten nicht durch öffentliche Straßen zerschnittenes Waldgebiet in Baden-Württemberg. Des	Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Weiteren verläuft hier der Wanderkorridor des Generalwildwegeplans. Alternativstandorte außerhalb von Waldgebieten sind ausreichend vorhanden und sollten genutzt werden, um die ökologischen Schäden zu minimieren und die Wälder zu bewahren.	Windenergieanlagen heranzuziehen. Eine pauschale Bevorzugung von Offenlandbereichen oder Ausschluss von Waldgebieten wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Insgesamt ist eine wertigkeitsunabhängige Bevorzugung von Gebieten im Offenland gegenüber Gebieten im Wald weder sachgerecht noch geboten. Der genannte Wanderkorridor des Generalwildwegeplans wird bei der Anpassung des Gebietszuschnitts in Verbindung mit weiteren Abwägungsbelangen beachtet. Ein Hinweis auf weitere Berücksichtigung dieses Belangs im nachgelagerten Planverfahren ist in den Planunterlagen (SUP, Gebietsteckbriefe) enthalten.
lfd. Ident-Nr.: 44 Gemeinde Jagstzell Stn-Id: 350	VRG 41 Ellenberg / Jagstzell West	BE-ID: 1854 Die Gemeinde Jagstzell lehnt die Vorranggebietsflächen mit den Planverfahrensnummern 41 und 42 ab.	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 41 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell West" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Das Vorranggebiet 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 44 Gemeinde Jagstzell Stn-Id: 350		BE-ID: 1856 Die Gemeinde Jagstzell bittet um Beteiligung am weiteren Verfahren.	Die Gemeinde Jagstzell wird als Träger öffentlicher Belange im Rahmen des weiteren Verfahrens beteiligt.
lfd. Ident-Nr.: 46 Gemeinde Königsbronn Stn-Id: 349		BE-ID: 1818 Der Gemeinderat hat in öffentlicher Sitzung am 18.07.2024 über den Plan beraten und mehrheitlich beschlossen die Planung zur Ausweisung der Vorranggebiete um Königsbronn-Ochsenberg abzulehnen. Diese Vorrangflächen sind aufgrund der geringen Windhöffigkeit nicht für den Bau von Windenergieanlage geeignet. Es müssen deshalb mehr Flächen in Anspruch genommen werden, was zu einem erhöhten Landschaftsverbrauch und zu einer übermäßigen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes führen wird. Die bestehenden Windparks bzw. Windenergieanlagen	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Die Berücksichtigung der Windhöffigkeit (mittlere gekappten Windleistungsdichte gemäß Windatlas des Landes Baden-Württemberg) bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		stellen für die Einwohner bereits heute eine große Beeinträchtigung dar.	Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichte dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Als Richtwert und zur Erfüllung des gesetzlichen Flächenziels werden Gebiete mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von 215 W/m² in 160m laut Windatlas Baden-Württemberg (LUBW, 2019) - entsprechend den Vorgaben des Landes - herangezogen. Laut dem Schreiben des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft vom 11.11.2022 bestehen auch für Standorte mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte ab 190 W/m² grundsätzlich Potenziale für die Windenergienutzung. Das Planungskonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt darüber hinausgehend Gebiete, welche laut aktuellem Windatlas einer geringeren Windhöffigkeit (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) unterliegen, da in diesen Bereichen im Rahmen der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 - gemäß der damals gütigen Planungsgrundlage (Windatlas des Landes Baden-Württemberg) - Vorranggebiete ausgewiesen wurden und in diesen Vorranggebieten bereits Windenergieanlagen sowie die dazugehörige Infrastruktur umgesetzt wurden. Die bereits umgesetzten Windparke zeigen, dass diese Bereiche für die wirtschaftliche Nutzung der Windenergie durchaus geeignet sind, weshalb diese laut Windatlas (2019) weniger windhöffigen Bereiche nicht pauschal für die Nutzung der Windenergie ausgeschlossen wurden, sondern als Potenzialgebiete in die Gebietskulisse der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen wurden. Es werden ausschließlich diejenigen Gebiete in laut Windatlas (2019) weniger windhöffigen Bereichen (mittlere gekappte Windleistungsdichte <190 W/m² in 160m über Grund) weiterverfolgt, für die ein hinreichender Nachweis in Form einer Ertragsprognose, eines Windgutachtens oder einer Windmessung sowie ein konkretes Umsetzungsinteresse von Windenergieanlagen vorliegt. Diese benannten Nachweise wurden seitens Kommunen und / oder Projektierern in schriftlicher Form dem Regionalverband vorgelegt. Der Regionalverband hat die Nachweise, sofern Ertragsprognosen oder Windgutachten vorgelegt wurden, anhand des erweiterten Karten- und Datenangebots der LUBW (mittlere gekappt Windleistungsdichte in 160m, 180m und 200m ü.G.; Windgeschwindigkeit in 160m, 180m und 200m ü.G.; Jahresertrag unterschiedlicher WEA-Typen; Standortgüte unterschiedlicher WEA-Typen) einschlägig geprüft. Im Rahmen der Gesamtabwägung werden ausschließlich die Gebiete weiterverfolgt, für die der Regionalverband Ostwürttemberg bei seiner Prüfung zu einer positiven Bewertung kommt und damit eine positive Umsetzungsprognose hinsichtlich des Kriteriums der Windhöffigkeit erteilt werden kann. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Die Vorranggebiete 54 "Ebnat" und 55 "Erweiterung Oberkochen" sind für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb die Gebiete im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt werden. Das Gebiet 54 "Ebnat" wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Das Vorranggebiet 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 48 Gemeinde Mögglingen Stn-Id: 264		BE-ID: 1767 die Gemeinde Mögglingen stimmt der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg in der vorgelegten Form zu.	Wird zur Kenntnis genommen Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 50 Gemeinde Nattheim Stn-Id: 326	Kartenteil VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 1793 bei der Ausformung des Vorranggebiets 52/1 nach Nord-Osten bitten wir auch eine mögliche Einkesselung bzw. einen Umzingelungseffekt zu berücksichtigen, d. h. diese Fläche sollte nur soweit wie nötig nach Nord-Osten erweitert werden.	Das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Durch das Vorranggebiet 52 "Erweiterung Heidenheim / Nattheim" entsteht keine faktische Überlastungssituation gem. des angewandten Prüf- und Bewertungsmodells. Das Vorranggebiet 52 "Erweiterung Heidenheim / Nattheim" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 50 Gemeinde Nattheim Stn-Id: 326	Kartenteil VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 1794 Es sollte dabei auch geprüft werden, welche Anlagetypen im Erweiterungsbereich (maximal) möglich sind / werden, d. h. welche Typen sich speziell für eine Erweiterung des bestehenden Windparks anbieten würden und welche Auswirkungen dies auf das Heranrücken, die Lärmimmissionen sowie den Schattenwurf und die Umwelt / Natur hat. In dem Zusammenhang sind auch mögliche Abschattungsverluste zu untersuchen, die eine Windparkerweiterung im Bestandspark verursachen würde.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 50 Gemeinde Nattheim Stn-Id: 326	Kartenteil VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 1796 Der hiesige Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 30.11.2023 zudem beschlossen, dass der Suchraum Zitterberg / Schnepfenberg im Rahmen der Suchraumkulisse des Regionalverbands für weitere Vorranggebiete zur Windenergie nicht weiterverfolgt werden und insoweit als Vorranggebiet ausscheiden soll. Wir bitten Sie, hieran im Rahmen der weiteren Planungen festzuhalten.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Der Bereich "Zitterberg / Schnepfenberg" ist - im Rahmen des aktuellen Planverfahrens auf Ebene der Regionalplanung - nicht als Windenergiegebiet geeignet und wird demnach nicht in die Vorranggebietskulisse aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 50 Gemeinde Nattheim Stn-Id: 332	Kartenteil VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1810 bei der Ausformung des Vorranggebiets 51 nach Nord-Westen bitten wir auch eine mögliche Einkesselung bzw. einen Umzingelungseffekt zu berücksichtigen, d. h. diese Fläche sollte nur soweit wie nötig nach Nord-Westen ausgeformt werden, da sich unweit das bestehende Vorranggebiet zwischen Auernheim und Fleinheim befindet.	Wird gefolgt Das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Durch das Vorranggebiet 51 "Dischingen / Nattheim" in Verbindung mit den Planungen der Nachbarregion Regionaler Planungsverband Augsburg entsteht eine faktische Überlastungssituation gem. des angewandten Prüf- und Bewertungsmodells. Aus Gründen des Überlastungsschutzes und aufgrund weiterer Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf sowie nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 wird das Vorranggebiet 51 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 50 Gemeinde	Kartenteil VRG 51 Dischingen /	BE-ID: 1811 Es sollte dabei auch geprüft werden, welche Anlagetypen im	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Nattheim Stn-Id: 332	Nattheim	geplanten Vorranggebiet (maximal) möglich sind / werden, d. h. welche Typen sich speziell für eine Erweiterung des bestehenden Windparks anbieten würden und welche Auswirkungen dies auf das Heranrücken, die Lärmimmissionen sowie den Schattenwurf und die Umwelt / Natur hat.	hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 50 Gemeinde Nattheim Stn-Id: 332	Kartenteil VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1812 Da sich zwischen Nattheim und dem Teilort Fleinheim zudem ein Teil der bayerischen Gemarkung Zöschingen befindet, bitten wir Sie, sich in dem Zusammenhang auch mit dem zuständigen Regionalverband Augsburg auszutauschen und uns über mögliche Planungen in dem Bereich zu informieren.	Der Regionalverband Ostwürttemberg ist in regelmäßigem Austausch mit den Nachbarregionen - u.a. dem Regionalen Planungsverband Augsburg. Der Regionale Planungsverband Augsburg veröffentlicht Informationen zu dessen (Windenergie-)Planung auf deren Internetseite. Diese sind für jeden öffentlich einsehbar. Derzeit (Januar bis April 2025) läuft das 1. Anhörungsverfahren zur Windenergieplanung in der Nachbarregion Augsburg.
lfd. Ident-Nr.: 51 Gemeinde Neuler Stn-Id: 63		BE-ID: 1680 Die Gemeinde Neuler hat die Teilfortschreibung Windenergie 2025 am 16.05.2024 im Gemeinderat beraten und als Ergebnis wird folgende Stellungnahme abgegeben: Die bereits seit 2014 nördlich von Neuler-Leinenfirst bestehenden 2 Konzentrationszonen für Windkraftanlagen befinden sich teilweise innerhalb der Schutzradien von 1000 m- Abstand zu den Siedlungen Leinenfirst, Gaishardt und Schönberger Hof. Auf der östlichen Konzentrationszone stehen 2 Windkraftanlagen. Der Regionalverband Ostwürttemberg hat in seinen Gremien unter Beteiligung kommunaler Vertreter entschieden, dass zum Schutz der Bevölkerung ein Abstand von 1000 m zu Siedlungsgebieten eingehalten werden soll und diese Kriterien von der Verbandsverwaltung im Verfahren berücksichtigt werden müssen. Die Gemeinde Neuler bittet angesichts der Unterschreitung dieser Radien um Berücksichtigung des Schutzabstandes. Zur Akzeptanz von Windkraftanlagen bei der Bürgerschaft ist eine Gleichbehandlung und Klarheit unerlässlich. Die Forderung ist auch vor dem Hintergrund der Klarstellung der Rotor-Out-Regelung, welche besagt, dass die Rotoren (bis ca. 80 m) aus der Konzentrationszone ragen dürfen, berechtigt. Für die bereits bestehenden 2 Windkraftanlagen auf Neulermer Gemarkung gibt es einen Bestandschutz. Im Sinne der Gleichbehandlung und der Einhaltung der formulierten Kriterien für die Teilfortschreibung Wind 2025 wird eingefordert, dass für die Zukunft, z.B. bei einem Re-Powering die Schutzabstände von 1000 m eingehalten werden, bzw. im Regionalplan Teilfortschreibung Windenergie 2025 die Konzentrationszonen verkleinert werden (siehe gelbe Fläche des Lageplanes) (Anlage Lageplan mit Konzentrationszonen und Radien)	Wird nicht gefolgt Der von der Verbandsversammlung des Regionalverbandes beschlossene Siedlungsabstand von 1.000m betrifft das Plankonzept und die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025. In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 erfolgt keine Änderung der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014, welche durch das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur am 28. August 2014 genehmigt und mit der öffentlichen Bekanntmachung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Nr. 35 vom 05. September 2014 rechtskräftig wurde. Die insgesamt 20 Vorranggebiet aus diesem Planungsverfahren sind bestandskräftig. Der Antrag bezieht sich insofern auf Festlegungen, die nicht Bestandteil der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und somit nicht Gegenstand dieses Anhörungsverfahrens sind. Der Klarstellungsbeschluss gem. §5 Abs. 4 WindBG zur Rotor-Out-Regelung der seit 11 Jahren rechtsverbindlichen Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 wurde von der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg am 22.03.2024 beschlossen. Der Beschluss dient der Klarstellung der Platzierung von Rotorblättern gem. der genannten Gesetzesgrundlage. Es wird keine neue Sachlage oder Betroffenheit geschaffen. Der Klarstellungsbeschluss dient wie beschrieben der Klarstellung des Sachverhaltes und generiert die vollumfängliche Anrechenbarkeit der Vorranggebiete aus der rechtsverbindlichen Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 53 Gemeinde Rainau Stn-Id: 298		BE-ID: 1777 Die Gemeinde Rainau sieht die Notwendigkeit zum Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien in Deutschland, um unser Land und unsere Region unabhängiger von fossilen Energieträgern zu machen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 53 Gemeinde Rainau Stn-Id: 298		BE-ID: 1778 Der Zubau von Windkraft sollte an geeigneten Stellen und im Mindestabstand von 1.000 Metern zur Wohnbebauung stattfinden.	Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Unter denen ist auch als Ausschlusskriterium ein Siedlungsabstand von 1.000 Metern definiert.
lfd. Ident-Nr.: 53 Gemeinde Rainau Stn-Id: 298		BE-ID: 1779 Gleichzeitig sieht die Gemeinde Rainau die Notwendigkeit zum Ausbau der Verteilnetze und regt hierzu an, dass ein Ausbau der sogenannten erneuerbaren Energien immer im Gleichklang mit den Netzen erfolgen muss und dabei keine Überbelastungen einzelner Regionen durch die Entwicklung der Netzentgelte erfolgen darf! Wir fordern deshalb, dass die Auswirkungen des Ausbaus im Hinblick auf die Entwicklung der Netzentgelte für die Region geprüft und keine Übererfüllung der Ausbauziele erfolgen darf, solange die Netzentgelte nicht auch auf die Regionen die Netto-Strombezieher sind ausgeweitet bzw. Bundesweit umgelegt oder anderweitig geregelt sind. Andernfalls sehen wir eine Benachteiligung unserer heimischen produzierenden Wirtschaft gegenüber anderen Regionen. Zudem wäre dies ein erheblicher sozialpolitischer „Sprengstoff“, da viele Bürgerinnen und Bürger durch dann sehr hohe Netzentgelte die Gewinne Einzelner bezahlen müssten, was wiederum zu einem Standortnachteil der hiesigen Kommunen führen würde.	Wird nicht gefolgt Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Gemäß den Vorgaben des Bundes hat die Landesregierung Baden-Württemberg damit den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne auszuarbeiten. Zielsetzung der vorliegenden Teilfortschreibung ist die Steuerung der Nutzung der Windenergie in der Region Ostwürttemberg. Der Netzausbau wird von den Übertragungsnetzbetreibern vorangetrieben, für die Verfahrensführung (Bundesfachplanung) ist in den meisten Fällen die Bundesnetzagentur, in den anderen Fällen die örtlich betroffene

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Landesbehörde (Regierungspräsidium) zuständig. Der Regionalverband Ostwürttemberg wird sich wie bisher im Rahmen seiner Eigenschaft als Träger öffentlicher Belange in diesen Verfahren für die regionalplanerischen Interessen der Region einsetzen. Es sei darauf hingewiesen, dass im Zuge der Regionalen Planungsoffensive und der Vorgaben in § 20 und 21 Klimaschutz- und Klimaanpassungsgesetz alle Regionalverbände Baden-Württembergs parallel die Festlegung von Gebieten für Windenergie und Freiflächen-Photovoltaik vornehmen. Dadurch besteht die Möglichkeit, dass Netzbetreiber die gleichzeitig in ganz Baden-Württemberg festgelegten Gebiete als Planungsgrundlage für den Netzausbau nutzen können.
lfd. Ident-Nr.: 53 Gemeinde Rainau Stn-Id: 298	VRG 47 Hornsberg	BE-ID: 1780 Die Ausbauplanungen in Rainau am ausgewiesenen Standort sehen wir im Hinblick auf den Standort als umsetzbar an und können der Fortschreibung unter Berücksichtigung der o.g. Punkte zustimmen.	Wird zur Kenntnis genommen Das Vorranggebiet 47 "Hornsberg" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 55 Gemeinde Rosenberg Stn-Id: 24		BE-ID: 1376 per Mail vom 11.04.2024 wurde uns in unserer Funktion als Behörde bzw. Träger öffentlicher Belange nach § 9 Abs. 2 ROG, § 12 Abs. 2 LplG die Möglichkeit eingeräumt zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 Stellung zu nehmen. Hierfür möchten wir Ihnen danken. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 13.05.2024 über die Teilfortschreibung des Regionalplans beraten und beschlossen die folgende Stellungnahme abzugeben: Von Seiten der Gemeinde Rosenberg werden keine Bedenken oder Anregungen vorgebracht, sofern die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Maßgaben des aufgestellten Kriterienkataloges eingehalten werden. Insbesondere ist der Gemeinde wichtig, dass die Abstandsregelung von 1.000 m auch bei Einzelgehöften und wohngenutzten Einzelgebäuden im Außenbereich zur Anwendung kommt. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.	Wird zur Kenntnis genommen Die Abstandsregelung von 1.000 m auch bei Einzelgehöften und wohngenutzten Einzelgebäuden im Außenbereich bleibt erhalten.
lfd. Ident-Nr.: 60 Gemeinde Steinheim Stn-Id: 75		BE-ID: 1683 2.Reishalde: Die Gemeinde Steinheim möchte ihren Anteil an der Energiewende möglichst auf kommunalen Flächen leisten, damit die Gemeinde unmittelbar wirtschaftlich profitieren kann und eine Steuerung durch die Kommune erfolgen kann. Die Anlagen WEA 1 und WEA 2 befinden sich außerhalb des FFH-Gebietes, naturschutzfachliche Gutachten werden derzeit bereits erstellt. Die Gemeinde Gerstetten plant südlich des Gebietes ebenfalls WEA (Vorrangfläche 43), wodurch sich eine Konzentration und Synergien im Leitungsbau ergeben. Der Siedlungsabstand soll auf mindestens 700m festgelegt werden.	Wird nicht gefolgt Der eingegebene Bereich "Reishalde" wurde auf dessen Eignung als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geprüft. Im genannten Bereich "Reishalde" stehen der Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen regionalplanerische Kriterien gem. Kriterienkatalog entgegen, weshalb sich dieser - im Rahmen des aktuellen Planverfahrens auf Ebene der Regionalplanung - nicht als Windenergiegebiet eignet und demnach nicht in die Vorranggebietskulisse aufgenommen wird. Darüber hinaus handelt es sich um Hinweise zu konkreten Anlagenstandorten. Die konkrete Standortplanung ist nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Das Vorranggebiet 43 "Gerstetten" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Mit der Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen auf Ebene der Regionalplanung erfolgt keine abschließende Gebietsausweisung für Windenergieanlagen (vgl. § 11 Abs. 7 LplG). Kommunen haben weiterhin die Möglichkeit auf Ebene der Bauleitplanung selbst Konzentrationszonen für Windenergieanlagen auszuweisen (vgl. § 245e Abs. 1 BauGB). Diese zusätzliche planerische Steuerungsmöglichkeit von Windenergievorhaben bietet Städten und Gemeinden die Chance, die Nutzung der Windenergie in kommunale Projekte wie bspw. die kommunale Wärmeplanung einzubinden, Bürgerwindenergieprojekte gezielt kommunal umzusetzen sowie die Standortvorteile für Gewerbe und Wohnen durch vergünstigten lokalen Strom aus erneuerbaren Energien weiterhin auszubauen.
lfd. Ident-Nr.: 60 Gemeinde Steinheim Stn-Id: 76	Kartenteil VRG 65 Schönbühl	BE-ID: 1687 Die Gemeinde Steinheim spricht sich gegen die Vorrangfläche 65 südlich von Küpfendorf aus. Der Weiler leistet durch die ca. 20 ha große Freiflächen PV Anlage bereits einen großen Anteil zur Energiewende und sollte nicht zusätzlich belastet werden.	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 65 "Schönbühl" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Durch die erfolgte Anpassung kann von einer Reduzierung der potenziellen Belastung der Ortschaft Küpfendorf ausgegangen werden.
lfd. Ident-Nr.: 60 Gemeinde Steinheim Stn-Id: 77	Kartenteil VRG 64 Gussenstadt Nordost	BE-ID: 1688 Die Gemeinde Steinheim spricht sich gegen die Vorrangfläche 64 südlich von Söhnstetten aus. Für den Teilort Söhnstetten bestünde durch diese Vorrangfläche die Gefahr der Umzingelung von Windkraftanlagen. Hierbei müssen auch die Planungen der Region Stuttgart mit einbezogen werden.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Durch das Vorranggebiet 64 "Gussenstadt Nordost" in Verbindung mit den Planungen der Nachbarregionen Verband Region Stuttgart und Regionalverband Donau-Iller entsteht eine faktische Überlastungssituation gem. des angewandten Prüf- und Bewertungsmodells. Aus Gründen des Überlastungsschutzes und aufgrund weiterer Belange wird das Vorranggebiet 64 "Gussenstadt Nordost" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 60 Gemeinde Steinheim Stn-Id: 72	Kartenteil VRG 62 Erweiterung Gnannenweiler	BE-ID: 2039 Der Siedlungsabstand soll auf mindestens 700m festgelegt werden. Die Vorrangfläche 62 soll entsprechend der beigefügten Standortplanung erweitert werden	Wird nicht gefolgt Die Reduzierung des Siedlungsabstandes hat keine Auswirkungen auf eine potenzielle Erweiterung des Vorranggebiets 62, weil im betroffenen Bereich andere planerische Ausschlusskriterien gem. des Kriterienkatalogs entgegenstehen. Eine Erweiterung entsprechend der beigefügten

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Standortplanung ist im Zuge der Gesamtabwägung nicht vorgesehen, da in diesen Bereichen weitere Belange betroffen sind (z.B. Landschaftsschutzgebiet, ein kleiner, ruhiger unzerschnittener Raum, die Nähe zu natur- und artenschutzfachlich hochwertigen Bereichen, eine mögliche Überlastung der Raumschaft). Darüber hinaus handelt es sich um Hinweise zu konkreten Anlagenstandorten. Die konkrete Standortplanung ist nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene.
lfd. Ident-Nr.: 64 Gemeinde Unterschneidheim Stn-Id: 301		BE-ID: 1781 zunächst vielen Dank für die Beteiligung an der ersten Anhörung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025. Herzlichen Dank auch für Ihre Teilnahme und Vorstellung der Planungen an der Informationsveranstaltung am 11. Juni 2024 in der Sporthalle Unterschneidheim. Nach der Informationsveranstaltung für alle Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde haben sich aufgrund der Bedeutung der Planungen alle 7 Ortschaftsräte und abschließend der Gemeinderat mit der Teilfortschreibung Windenergie 2025 befasst. Bereits im informellen Verfahren wurde dem Regionalverband mitgeteilt, dass die Gemeinde grundsätzlich der Windkraft offen gegenübersteht, gleichzeitig aber auch mehrere Vorranggebiete im Gemeindegebiet bzw. an den Gemeindegrenzen kritisch gesehen werden. Ein verträgliches Maß muss gegeben sein, um die Lebensqualität aller Einwohner der Gemeinde und der Raumschaft aufrecht zu erhalten. Von den 30 neuen Vorranggebieten besteht für die Gemeinde Unterschneidheim eine Betroffenheit an der Ausweisung der Vorranggebiete Nr. 44, 45 und 46. Hierzu geben wird die nachfolgende Stellungnahme ab:	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 64 Gemeinde Unterschneidheim Stn-Id: 301	VRG 44 Erweiterung Nonnenholz	BE-ID: 1782 Vorranggebiet Nr. 44: Die Planungen auf der Gemarkung der Stadt Ellwangen werden zur Kenntnis genommen.	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 44 "Erweiterung Nonnenholz" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 64 Gemeinde Unterschneidheim Stn-Id: 301	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 1783 Vorranggebiet Nr. 45: Der Ausweisung des Vorranggebiets wird zugestimmt. Wir bitten insbesondere um Einhaltung ausreichender Abstände insbesondere in Hauptwindrichtung, um den Interessen der Bürger und den Schutzgütern Rechnung zu tragen und somit generell eine Akzeptanz für das Vorranggebiet zu erhalten.	Wird zur Kenntnis genommen Die im Kriterienkatalog festgelegten Umgebungsabstände werden eingehalten. Das Vorranggebiet 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 64 Gemeinde Unterschneidheim Stn-Id: 301	VRG 46 Kirchheim / Unterschneidheim	BE-ID: 1785 Vorranggebiet Nr. 46: Der Ausweisung des Vorranggebiets wird nicht zugestimmt. Die Windhöffigkeit des Gebiets ist mäßig. Die Betroffenheit verschiedener Schutzgüter sowie die rechtliche Beurteilung kommt zum Ergebnis, dass es sich um ein sehr konfliktbehaftetes Gebiet handelt.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 46 "Kirchheim / Unterschneidheim" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 66 Gemeinde Westhausen Stn-Id: 263		BE-ID: 2032 Stellungnahme der Gemeinde Westhausen entsprechend den Beschlüssen im Gemeinderat am 26.06.2024 1. Zum Schutz von Mensch und Gesundheit ist ein Abstand geplanter Windenergieanlagen zur Wohnbebauung von mindestens 1.000 m einzuhalten.	Wird zur Kenntnis genommen. Der im Kriterienkatalog festgelegte Siedlungsabstand von 1.000m ist eingehalten.
lfd. Ident-Nr.: 66 Gemeinde Westhausen Stn-Id: 263	VRG 47 Hornsberg	BE-ID: 2033 2. Das mögliche Vorranggebiet Nr. 47 hat ebenfalls zum Schutz von Mensch und Gesundheit einen Abstand von mindestens 1.000 m vom Naturkindergarten „Unterm Blätterdach“ Westhausen (Fläche für den Gemeinbedarf) auf dem Waldgrundstück Flst Nr. 2847/3, Gemarkung Westhausen einzuhalten (siehe Lageplan).	Wird gefolgt Wald- und Naturkindergärten wurden im Kriterienkatalog für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 mit einem einzuhaltenden Umgebungsabstand von 1.000m nachgeführt. Die Nachmeldung des Naturkindergartens "Unterm Blätterdach" auf Gemarkung Westhausen wurde im Rahmen der Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs berücksichtigt. Der durch den nachgeführten Umgebungsabstand tangierten Bereich des Vorranggebietes 47 "Hornsberg" wurde ausgeschnitten. In Verbindung mit anderen Belangen wird das Vorranggebiet 47 "Hornsberg" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 66 Gemeinde Westhausen Stn-Id: 263	VRG 47 Hornsberg	BE-ID: 2034 3. Nur durch einen finanziellen Nutzen der Gemeinde bzw. der Bürgerschaft kann auch eine Akzeptanz für die mit Windkraftanlagen einhergehenden Belastungen erreicht werden. Vor diesem Hintergrund sollten bei der Festlegung von Vorranggebieten auch Rahmenbedingungen festgeschrieben werden, die bei einer späteren Flächenvergabe an Investoren eine Beteiligung der Gemeinde und der Bürger bedingen oder zumindest bevorzugen.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Die Festlegung von Rahmenbedingungen, die das nachgelagerte Verfahren betreffen (z.B. konkrete Projektplanung, Flächenvergabe, finanzielle Beteiligungen o.ä.) sind nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene sowie der Teilfortschreibung Windenergie 2025.
lfd. Ident-Nr.: 66 Gemeinde Westhausen Stn-Id: 263	VRG 47 Hornsberg	BE-ID: 2035 4. Der Ortschaftsrat Lippach hat sich einstimmig gegen die Ausweisung weiterer Windkraftanlagen in der Umgebung ausgesprochen, da der Teilort eine „Umzingelung“ mit Windrädern und damit eine Verletzung des Überlastungsgebots für Lippach, Lindorf, Forst und Vogel, Beerhalden und Hundslohe befürchtet. (Nr. 44 im Norden, Nr. 47 im Westen und Nr. 48 im Süden).	Wird zur Kenntnis genommen. Das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Für die benannten Bereiche ist gem. des angewandten Prüf- und Bewertungsmodells keine Überlastungssituation gegeben. Die notwendigen Freihaltewinkel gem. des Modells sind eingehalten bzw. freigehalten. Hinweise zum Umgang mit den genannten Vorranggebieten:

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Die Vorranggebiete 44 "Erweiterung Nonnenholz" und 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren" sind für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb die Gebiete im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt werden. Die beiden Gebiete werden jeweils aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Das Vorranggebiet 47 "Hornsberg" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 66 Gemeinde Westhausen Stn-Id: 263	VRG 44 Erweiterung Nonnenholz	BE-ID: 2036 Des Weiteren wurde im Ortschaftsrat auf das Naturschutzgebiet Stausee Stockmühle hingewiesen, welches auch zahlreiche geschützte Vogelarten beheimatet. Hier wird eine Gefährdung dieser geschützten Vogelarten durch Windkraftanlagen auf den nahegelegenen vorgeschlagenen Vorranggebieten befürchtet.	Wird zur Kenntnis genommen. Windenergiesensible Arten sind über den "Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie" (LUBW, 2022) berücksichtigt. Das Thema Artenschutz ist in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Das Vorranggebiet 47 "Hornsberg" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 66 Gemeinde Westhausen Stn-Id: 263		BE-ID: 2037 Vom Gemeinderat Westhausen wurde beschlossen, diese Punkte mit der Bitte um Überprüfung in die Stellungnahme der Gemeinde mit aufzunehmen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 68 Gemeindeverwaltungs- und Wasserversorgungsverband Kapfenburg Stn-Id: 12		BE-ID: 1371 seitens des GVWV Kapfenburg erfolgt keine eigene Stellungnahme zur Teilfortschreibung Windenergie 2025. Wir verweisen vielmehr auf die Stellungnahmen der beiden Verbandskommunen Lauchheim und Westhausen, welche separat angehört und entsprechende Rückmeldungen zu den Vorranggebieten auf den jeweiligen Markungen abgeben werden. Bei Fragen stehen wir Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.	Wird zur Kenntnis genommen. Auf die Abwägung der Stellungnahmen der Kommunen Lauchheim und Westhausen wird verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 70 Gemeindeverwaltungsverband Schwäbischer Wald Stn-Id: 100		BE-ID: 1690 der Gemeindeverwaltungsverband Schwäbischer Wald erhebt keine Einwände gegen die Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans.	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 72 Stadt Aalen Stn-Id: 357		BE-ID: 1744 vielen Dank für Ihre Teilnahme an der Ortschaftsratsitzung in Aalen-Ebnat am 12.09.2024 und für Ihren Vortrag zur Windenergieplanung in Ostwürttemberg aus Sicht der Regionalplanung. In der Ortschaftsratsitzung wurde deutlich, wie sehr das Thema „Windkraft" die Menschen in Ebnat beschäftigt und bewegt. Hieraus hat sich nicht zuletzt auch die Bürgerinitiative „Windkraft ja - aber gerecht verteilt" gegründet. Für die Bürgerinnen und Bürger ist dies ein sehr emotionales Thema, daher schätzen wir umso mehr die sehr ruhige und sachliche Diskussion in diesem Zusammenhang.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 72 Stadt Aalen Stn-Id: 357		BE-ID: 1745 In seiner Sitzung vom 12.09.2024 hat sich der Ortschaftsrat Ebnat per einstimmigem Beschluss dahingehend klar positioniert, dass der derzeitige Planentwurf des Regionalverbandes im Rahmen der 1. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 in der Region Ostwürttemberg zurückgewiesen wird.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 72 Stadt Aalen Stn-Id: 357		BE-ID: 1746 Bei Sieben Ja-Stimmen und Vier Enthaltungen wurde zudem zum Ausdruck gebracht, dass die örtlichen Gegebenheiten im Hinblick auf die Ausweisung neuer Vorrangflächen für die Windenergie stärker zu berücksichtigen sind.	Die Abstimmung und Haltung wird zur Kenntnis genommen. Die Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung orientiert sich an regionalen Kriterien (vgl. Kriterienkatalog) und einem für die gesamte Region anwendbaren Planungskonzept. Örtliche Gegebenheiten werden - soweit sie regionalbedeutsam sind - berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 72 Stadt Aalen Stn-Id: 357	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 1747 Weiter wurde einstimmig dem Antrag der CDU Fraktion zugestimmt, die Windenergievorrangflächen 53/1 und 53/2 Pfaffentäle/Diepertsbuch zu streichen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 72 Stadt Aalen Stn-Id: 357		BE-ID: 1748 Ziel der Stadt Aalen ist die Erreichung der Klimaneutralität bis 2035. Dies bedeutet auch einen starken Ausbau von nachhaltigen, klimafreundlichen Energieerzeugungsanlagen. Dies gelingt jedoch nur mit einer breiten Zustimmung der Bevölkerung, damit kein Bruch in der Stadtgesellschaft entsteht. In diesem Spannungsfeld ist es daher besonders wichtig für uns, neben allen gesetzlichen und planerischen Rahmenbedingungen, auch Verständnis für die örtlichen Belange aufzubringen und diese in die Gesamtabwägung mit einzubeziehen. Gelingen kann dies nur, wenn wir mit den Bürgerinnen und Bürgern im Austausch bleiben und diese bei der Entscheidungsfindung mit einbeziehen.	Wird zur Kenntnis genommen. Im Rahmen des Verfahrens zur Aufstellung des Teilregionalplans bestehen zahlreiche gesetzlich normierte Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit. Diese richten sich nach den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) und des Landesplanungsgesetzes Baden-Württemberg (LplG). Die Frist zur Beteiligung der Öffentlichkeit ergibt sich aus § 9 Abs. 2 ROG i.V.m. § 12 Abs. 3 LplG: Sie beträgt i.d.R. einen Monat. Bei der Beteiligung ging der Regionalverband Ostwürttemberg zur Steigerung der Transparenz und zur Ermöglichung zusätzlicher Beteiligung über dieses gesetzlich geforderte Maß hinaus. Über ein eigens dafür eingerichtetes Online-Beteiligungstool war die Abgabe von Hinweisen, Anregungen und Änderungsvorschlägen auch digital möglich. Alle Beteiligungsmöglichkeiten wurden in den regionalen Medien und im Internet angekündigt. Die Verfahrensunterlagen waren während der Öffentlichkeitsbeteiligung zusätzlich auf der Internetseite des Regionalverbandes einsehbar. Zusätzlich zu den gesetzlich vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten hat

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			der Regionalverband Ostwürttemberg weitere Informations- und Beteiligungsangebote, z. B. ein Informationsangebot auf der Homepage und drei öffentliche Informationsveranstaltungen in der Region (Ellwangen, Heidenheim und Schwäbisch Gmünd) vor Beginn der ersten formellen Anhörung umgesetzt. Alle eingegangenen Anregungen und Hinweise wurden sorgfältig geprüft und abgewogen.
lfd. Ident-Nr.: 72 Stadt Aalen Stn-Id: 357		BE-ID: 1749 Im Austausch steht die Stadtverwaltung auch mit der Firma Zeiss, die einen Windpark in der Vorrangfläche 54 plant. Hier konnte durch verschiedene konstruktive Gespräche zwischen dem Investor, der Stadtverwaltung und der Bürgerinitiative bereits erreicht werden, dass der Mindestabstand von Windenergieanlagen zu Wohngebieten auf 1.500 m festgelegt wurde. Aber auch hier werden noch weitere Gespräche und Abstimmungen erforderlich sein.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung orientiert sich an regionalen Kriterien (vgl. Kriterienkatalog) und einem für die gesamte Region anwendbaren Planungskonzept. Der Regionalverband Ostwürttemberg definiert im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 1.000m als anzuwendenden Umgebungsabstand zu wohngenutzten Siedlungsbereichen (s. Kriterienkatalog). Dieser Abstand entspricht den Vorgaben des § 249 Abs. 9 BauGB. Eine Erhöhung des Abstandes als regionsweit einheitlich anzuwendendes Planungskriterium ist gem. der genannten gesetzlichen Grundlage nicht möglich und darüber hinaus im Hinblick auf das Erreichen des Flächenziels gem. § 20 KlimaG BW auch nicht für die Region Ostwürttemberg anwendbar. Details zur konkreten Projektierung und Anlagenplanung gehen über den Regelungsgehalt der Regionalplanung hinaus und sind nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025.
lfd. Ident-Nr.: 72 Stadt Aalen Stn-Id: 357		BE-ID: 1750 Wir bedanken uns für die Berücksichtigung der aktuell vorgebrachten Anmerkungen und bitten um eine weitere Beteiligung im Verfahren sowie eine enge Einbindung im weiteren Prozess der Teilfortschreibung Windenergie 2025.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 72 Stadt Aalen Stn-Id: 234		BE-ID: 1752 vielen Dank für die Beteiligung im Rahmen der 1. Anhörung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Region Ostwürttemberg. Die Gremien und die Verwaltung der Stadt Aalen haben sich mit den Planinhalten auseinandergesetzt. Dabei stehen u.a. regionalplanerische Vorgaben, Belange der Wirtschaft, d.er Schutz der Kulturlandschaft und des Erholungsraums sowie die Erreichung der Klimaneutralität in einem Spannungsfeld. Für einen resilienten Wirtschaftsstandort in Ostwürttemberg ist eine nachhaltige, klimafreundliche Energieerzeugung erforderlich. Die Ausweisung geeigneter Vorrangflächen für Windenergie ist für die Umsetzung von lokal- und wirtschaftspolitisch bedeutsamen Projekten, die beispielsweise der Stromdirekterzeugung heimischer Industriebetriebe dienen, unerlässlich. Dennoch ist eine Gesamtabwägung verschiedener Zielsetzungen und Vorgaben vorzunehmen. Ziel der Stadt Aalen ist die Erreichung der Klimaneutralität bis 2035. Einen Aspekt der Zielerreichung stellt der Ausbau erneuerbarer Energien, insbesondere die Errichtung weiterer	Wird zur Kenntnis genommen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Windenergieanlagen im Stadtgebiet Aalen dar. Die Ausweisung neuer Vorranggebiete für Windenergie wird daher grundsätzlich begrüßt.	
lfd. Ident-Nr.: 72 Stadt Aalen Stn-Id: 234		BE-ID: 1753 Südlich von Ebnat im Übergang zur Stadt Heidenheim und der Gemarkung Königsbronn wurden interkommunal 15 regionalbedeutsame Windenergieanlagen erstellt, zehn Anlagen davon auf dem Gemeindegebiet der Stadt Aalen. Weiter bestehen zwölf Windenergieanlagen im Ortsteil Waldhausen, wobei sieben ältere Anlagen im Zuge eines Repowerings durch sechs neue, leistungsstärkere Anlagen ersetzt werden sollen. Insgesamt hat die Stadt Aalen bereits 2,5 Prozent ihres Gemeindegebiets für die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien durch die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie zur Verfügung gestellt (363 ha), davon entfallen ca. 45 Prozent (161 ha) auf die Gemarkung Ebnat und ca. 55 Prozent auf die Gemarkung Waldhausen (202 ha). Damit sind die regionalplanerischen Ziele erfüllt. Dennoch beabsichtigt die Stadt Aalen die Energiewende durch Zustimmung zur Ausweisung weiterer Vorranggebiete zu unterstützen.	Wird zur Kenntnis genommen. In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten.
lfd. Ident-Nr.: 72 Stadt Aalen Stn-Id: 234		BE-ID: 1754 Im Ortschaftsrat Ebnat wurden die vorgeschlagenen Vorranggebiete für Windenergie im nicht öffentlichen Teil vorgestellt und intensiv diskutiert. Dieser, in der nicht öffentlichen Ortschaftsratssitzung gefasste Beschluss, wird Ihnen in der Anlage zu dieser Stellungnahme nachrichtlich zur Verfügung gestellt. Bei der Ausweisung von Standorten für Windenergieanlagen wird durch den Ortschaftsrat Ebnat ausdrücklich der Bereich östlich der Autobahn A7 bevorzugt.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 72 Stadt Aalen Stn-Id: 234		BE-ID: 1755 Laut Beschluss sollen Windenergieanlagen einen Mindestabstand von 1,5 km zu Siedlungsbereichen einhalten - auch Anlagen, welche auf benachbarten Gemarkungen erstellt werden. Um in den kommenden Jahren Siedlungserweiterungen in Ebnat für nachfolgende Generationen zu bewahren, müssen neue Windenergieanlagen einen ausreichend großen Abstand zum derzeitigen südlichen Ortsrand einhalten.	Wird nicht gefolgt Die Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung orientiert sich an regionalen Kriterien (vgl. Kriterienkatalog) und einem für die gesamte Region anwendbaren Planungskonzept. Der Regionalverband Ostwürttemberg definiert im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 1.000m als anzuwendenden Umgebungsabstand zu wohngenutzten Siedlungsbereichen (s. Kriterienkatalog). Dieser Abstand entspricht den Vorgaben des § 249 Abs. 9 BauGB. Eine Erhöhung des Abstandes als regionsweit einheitlich anzuwendendes Planungskriterium ist gem. der genannten gesetzlichen Grundlage nicht möglich und darüber hinaus im Hinblick auf das Erreichen des Flächenziels gem. § 20 KlimaG BW auch

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			nicht für die Region Ostwürttemberg anwendbar.
lfd. Ident-Nr.: 72 Stadt Aalen Stn-Id: 234		BE-ID: 1756 Der Naturraum südlich von Ebnat hat für die Naherholung zudem einen hohen Stellenwert.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben (§§ 1 und 2 EEG, § 3 WindBG, §§ 10, 20 und 21 KlimaG BW). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 KlimaG BW) notwendigen Teilpläne für ihre Region bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung würden die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Den Erneuerbaren Energien kommt durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 72 Stadt Aalen Stn-Id: 234		BE-ID: 1757 Nach nochmaliger Beratung des Sachverhalts in der öffentlichen Sitzung des Ortschaftsrats Ebnat am 12. September 2O24 wird eine Ergänzung dieser Stellungnahme hinsichtlich des vorgeschlagenen Vorranggebiets Windenergie südlich von Ebnat erfolgen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 72 Stadt Aalen Stn-Id: 234		BE-ID: 1758 Der Flugplatz Aalen-Elchingen mit seinen Flugrunden und Einflugschneisen ist bei der Ausweisung neuer Vorranggebiete für Windenergie ebenfalls zu berücksichtigen.	Wird gefolgt Laut der zuständigen Luftfahrtbehörde des Regierungspräsidiums Stuttgart liegt für die Vorranggebiete 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" und 54 "Ebnat" ein Konflikt mit Strecke für Geradeausan- und Geradeausabflüge am Verkehrslandeplatz Aalen-Elchingen vor (vgl. Stellungnahme des Regierungspräsidiums Stuttgart, Stellungnehmer Ident-Nr. 187). In Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen wird das geplante Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt. Das geplante Vorranggebiet 54 "Ebnat" wird in Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 angepasst. Durch die Anpassung der Gebietskulisse des 1. Anhörungsentwurfs wird der beschriebene Konflikt mit der Strecke für Geradeaus- und Geradeausabflüge am Verkehrslandeplatz Aalen-Elchingen reduziert. Die angesprochene Einzelfallentscheidung, ob einzelnen Windenergieanlagen zugestimmt werden kann, geht über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und ist in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 72 Stadt Aalen Stn-Id: 234	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 1759 Die in Lauchheim und Bopfingen vorgeschlagenen Vorranggebiete werden durch die Stadt Aalen unkritisch gesehen.	Wird zur Kenntnis genommen
lfd. Ident-Nr.: 72 Stadt Aalen Stn-Id: 234	VRG 70 Langert	BE-ID: 1760 Die Stadt Aalen stimmt der Aufnahme des Vorranggebiets Langert zu, soweit Flächen der Stadt Aalen betroffen sind. Es wird jedoch eine Anpassung der Abgrenzung vorgeschlagen, indem die nördliche Hälfte im Bereich des Albtraufs aus der Vorranggebietskulisse entfallen sollte. Hinsichtlich der	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 70 "Langert" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst und reduziert.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Windhöffigkeit sowie des Landschaftsbilds sind für den Bereich Langert noch weitere Untersuchungen vorzunehmen.	Hinsichtlich des Landschaftsbildes ist insbesondere auf das im Einzelfall zu prüfende Kriterium "Albtrauf" als einzigartige geomorphologische Erscheinung (s. Kriterienkatalog) hinzuweisen. Die Betroffenheit des Albtraufes wurde entsprechend einzelfallbezogen geprüft. Anlagebedingt ergibt sich durch Windenergieanlagen grundsätzlich eine Veränderung des Landschaftsbildes. Vor dem Hintergrund des § 2 EEG (überragendes öffentliches Interesse) wird im Rahmen der Gesamtabwägung der Windenergienutzung in den angesprochenen Bereichen der Vorrang eingeräumt. Weitere Untersuchungen sind auf Ebene der Regionalplanung nicht vorgesehen.
lfd. Ident-Nr.: 72 Stadt Aalen Stn-Id: 234		BE-ID: 1761 Wir bedanken uns für die Berücksichtigung der aktuell vorgebrachten Anmerkungen und bitten um eine weitere Beteiligung im Verfahren sowie eine enge Einbindung im weiteren Prozess der Teilfortschreibung Windenergie 2025.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 72 Stadt Aalen Stn-Id: 366	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 1964 Beschlüsse zur Sitzungsvorlage 6124/013-1 Beschlüsse aus der Ortschaftsratsitzung Aalen-Ebnat zum öffentlichen TOP 5 — „Teilfortschreibung Windenergie 2025' vom 12.09.2024 Ortsvorsteher Traub ruft den Antrag der CDU Fraktion, „Streichung der Windenergievorrangflächen 53/1 und 53/2 Pfaffentäle/Diepertsbuch." Zur Abstimmung auf. Der Ortschaftsrat Aalen-Ebnat stimmt einstimmig dem Antrag der CDU Fraktion, „Streichung der Windenergievorrangflächen 53/1 und 53/2 Pfaffentäle/Diepertsbuch" zu.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 72 Stadt Aalen Stn-Id: 366		BE-ID: 1966 Abstimmung des Vorschlags der Stadtverwaltung Sitzungsvorlage 6124/013-1 Der Ortschaftsrat Aalen Ebnat stimmt über die Punkte 1-3 des Beschlussantrags der Sitzungsvorlage 6124/013-1 einzeln wie folgt ab: 1. Der Ortschaftsrat Ebnat weist die derzeitige Planung des Regionalverbandes im vorliegenden Planentwurf im Rahmen der 1. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 in der Region Ostwürttemberg zurück. Einstimmig 2. Im Zuge der Ausweisung von neuen Vorrangflächen für die Windenergie sind die örtlichen Gegebenheiten wie z. B. Abstände zur Wohnbebauung, der Verkehrslandeplatz Aalen/Elchingen, Erholungsräume und zukünftige Siedlungsentwicklungen stärker zu berücksichtigen. 7 Ja- Stimmen und 4 Enthaltungen	Die Abstimmung und Haltung wird zur Kenntnis genommen. Die genannten örtlichen Gegebenheiten wurden geprüft und - soweit regionalplanerisch anwendbar - berücksichtigt. Es erfolgten Anpassungen der Gebietsabgrenzungen zu Vorranggebiet 54 "Ebnat". Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Im Rahmen der 2. Anhörung findet sowohl eine Beteiligung der Träger öffentlicher Belange als auch der Öffentlichkeit statt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		3. Der Ortschaftsrat Ebnat wird im Rahmen der 2. Anhörung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 in der Region Ostwürttemberg erneut beteiligt. Einstimmig	
lfd. Ident-Nr.: 74 Stadt Ellwangen Stn-Id: 307		BE-ID: 1942 Die Stadt Ellwangen bedankt sich für die Beteiligung am Verfahren. Der Gemeinderat der Stadt Ellwangen hat am 04.07.2024 beschlossen folgende Stellungnahme abzugeben: die Stadt Ellwangen begrüßt die Ausweisung von Windenergiefläche durch den Regionalverband zur Erreichung der Flächenziele nach dem Windenergieflächenbedarfsgesetz des Bundes. So kann auch nach 2032 die Steuerung von Windenergieanlagen aufrechterhalten werden, dass diese nur in ausgewiesenen Windflächen bzw. Wind-Vorranggebieten zulässig sind. Zudem unterstützt die Stadt Ellwangen nachdrücklich das Ziel des weiteren Ausbaus erneuerbarer Energien.	Wird zur Kenntnis genommen
lfd. Ident-Nr.: 74 Stadt Ellwangen Stn-Id: 307		BE-ID: 1943 Vom Regionalverband sind aktuell folgende, vollständig oder anteilig im Bereich der Stadt Ellwangen liegende, neue Vorranggebiete für Windenergie geplant: - Vorranggebiet Nr. 41 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell West" westlich der bestehenden Wind-Konzentrationszone ,,Ellwanger Berge": kleine Teilfläche von Ellwangen-Rindelbach betroffen - Vorranggebiet Nr. 44 "Erweiterung Nonnenholz" in Ellwangen-Pfahlheim, aufgeteilt in eine Fläche - Nr. 44 Nord: nördlich der bestehenden Wind-Konzentrationszone ,,Nonnenholz" zwischen der L 1076 und der K 3213 und - Nr.44 Süd: eine Fläche südlich von "Nonnenholz" zwischen der L 1060 und der K 3203. - Vorranggebiet Nr. 47 "Hornberg" südwestlich von Ellwangen-Killingen, überwiegend auf Gemarkung Westhausen: diese Windfläche ragt im Randbereich ca. 20 m bzw. ca.2.250 m2 auf Gemarkung Ellwangen-Röhlingen.	Wiedergabe des Sachverhalts wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 74 Stadt Ellwangen Stn-Id: 307		BE-ID: 1944 Zustimmung zu neu geplanten Wind-Vorranggebieten Die Stadt Ellwangen stimmt der geplanten Erweiterung "Ellwanger Berge" auf Gemarkung Ellwangen-Rindelbach, Teilfläche von Wind-Vorranggebiet Nr. 41, und der geplanten südlichen Erweiterung "Nonnenholz", also nur der südlichen Erweiterungsfläche Nr. 44 Süd zu.	Wird zur Kenntnis genommen Die Vorranggebiete 41 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell West" und 44 "Nonnenholz" sind für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb die Gebiete im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt werden. Beide Gebiete werden aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 74 Stadt Ellwangen Stn-Id: 307	VRG 44 Erweiterung Nonnenholz	BE-ID: 1945 Ablehnung von Teilflächen geplanter Wind-Vorranggebiete Der nördlichen Erweiterung des Wind-Vorranggebiets Nr. 44 (Nonnenholz Nord) wird nicht zugestimmt, da es zu nah an Pfahlheim und Halheim liegt und in Verbindung mit dem Windenergiegebiet bei	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Teilfläche "Nonnenholz Nord" des geplanten Vorranggebiets 44 "Nonnenholz" wird im Zuge der Gesamtabwägung in Verbindung mit weiteren Belangen im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Stödlen (Freihof/Birkenzell), dem Windpark Nonnenholz und der südlichen Erweiterung "Nonnenholz Süd" die Ortslage Pfahlheim von Osten völlig mit Windenergieanlagen umgeben würde. Dies stellt eine räumliche Überlastung und überproportionale Belastung dar. Es stehen ausreichend viele, besser geeignete Standorte für Windenergie zur Verfügung.	nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 74 Stadt Ellwangen Stn-Id: 307	VRG 44 Erweiterung Nonnenholz	BE-ID: 1946 Zudem gibt es zu dieser Fläche (Nr. 44 Nord) aus der Windkraftplanung der VVG Ellwangen folgende artenschutzrechtliche Informationen und Belange: "Im gesamten Waldbereich sind wertgebende Arten, insbesondere Schwarzspechte nachzuweisen, im Offenlandbereich fehlen wertgebende Arten. Für die Südgrenze der K-Zone 14.3 [entspricht dem geplanten Wind-Gebiet Nr. 44 Nord] muss ein Horststandort sowohl des Rotmilans wie auch des Schwarzmilans angenommen werden. Weiterhin bemerkenswert ist die Rast von 150 Kiebitzen zwischen Pfahlheim und dieser Windkraftzone, weshalb für diesen Bereich von einer sehr kritischen Konfliktlage hinsichtlich des Artenschutzes ausgegangen werden muss." Unter anderem diese artenschutzrechtlichen Belange haben dazu geführt, dass dieses Gebiet damals nicht als Windfläche ausgewiesen wurde.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Das Vorranggebiet 44 "Erweiterung Nonnenholz" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst und auf die südliche Teilfläche beschränkt.
lfd. Ident-Nr.: 74 Stadt Ellwangen Stn-Id: 307	VRG 44 Erweiterung Nonnenholz	BE-ID: 1947 Genauso gewichtig und ausschlaggebend für die damalige Nicht-Ausweisung als Windfläche war aber auch, dass keine Überlastung des dortigen Raums mit Windenergieanlagen erfolgt, sowohl hinsichtlich der Anzahl, als auch der flächenmäßigen Ausdehnung und räumlichen Verteilung. Auch ohne die Teilfläche Nr.44 Nord steht ausreichend viel, mindestens 1,8 % der Fläche von Ellwangen für die Windenergie zur Verfügung.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Teilfläche "Nonnenholz Nord" des geplanten Vorranggebiets 44 "Nonnenholz" wird im Zuge der Gesamtabwägung in Verbindung mit weiteren Belangen im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern.
lfd. Ident-Nr.: 74 Stadt Ellwangen	VRG 47 Hornsberg	BE-ID: 1949 Das geplante Wind-Vorranggebiet Nr. 47 "Hornberg" südwestlich	Wird nicht gefolgt In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 307		von Ellwangen-Killingen ragt im Randbereich ca. 20 m bzw. ca. 2.250 m2 auf die Gemarkung Ellwangen-Röhlingen. Hier ist Flurstück Nr. 2732 Gemarkung Ellwangen-Röhlingen, eine Fläche des Staatsforst BW betroffen. Die Stadt sieht die Ausweisung dieser sehr kleinen Teilfläche auf Gemarkung Ellwangen-Röhlingen sehr kritisch. Bei der praktischen, bauordnungsrechtlichen Umsetzung werden im Baugenehmigungsverfahren i,d.R. die vom Rotor überstrichen Flächen mit Baulasten gesichert. Hier wären zwei unterschiedliche Gemarkungen mit unterschiedlichen Baurechtszuständigkeiten (Stadt Ellwangen, Gemeinde Westhausen und Landratsamt Ostalbkreis) betroffen. Auch nach der Rechtsprechung sollten beim Bau von Windenergieanlagen Überschreitungen von Gemarkungsgrenzen möglichst vermieden werden. Vorliegend wäre nur eine sehr kleine Teilfläche betroffen und eine Entzerrung und klare Zuständigkeitsregelung ohne Probleme möglich.	Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. (Kommunale) Gemarkungs- oder Flurstücksgrenzen sowie Eigentumsverhältnisse werden bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt. Die angesprochenen Aspekte der Baurechtszuständigkeit sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Hinweis: Das Vorranggebiet 47 "Hornsberg" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 74 Stadt Ellwangen Stn-Id: 307		BE-ID: 1950 Das Wind-Vorranggebiet Nr. 14 "Freihof" nordöstlich von Ellwangen-Halheim ragt ca. 2 ha auf die Gemarkung Ellwangen-Pfahlheim. Es handelt sich um einen schmalen Streifen, um eine kleinräumige Teilfläche des Vorranggebiets im Bereich von Stödlen. In den kommunalen Flächennutzungsplänen war dort bisher keine Windfläche ausgewiesen; somit handelt es sich hier um einen neuen Windstandort in Ellwangen. Die Stadt sieht die	In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 erfolgt keine Änderung der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014, welche durch das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur am 28. August 2014 genehmigt und mit der öffentlichen Bekanntmachung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Nr. 35 vom 05. September 2014 rechtskräftig wurde. Die insgesamt 20 Vorranggebiet aus diesem Planungsverfahren sind bestandskräftig. Das in der Anregung aufgeführte Vorranggebiet "Freihof" ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Ausweisung dieser kleinen Teilfläche auf Gemarkung Ellwangen-Pfahlheim sehr kritisch. Bei der praktischen, bauordnungsrechtlichen Umsetzung werden im Baugenehmigungsverfahren i.d.R. die vom Rotor überstrichen Flächen mit Baulasten gesichert. Hier wären zwei unterschiedliche Gemarkungen mit unterschiedlichen Baurechtszuständigkeiten (Stadt Ellwangen, Gemeinde Stödlen und Landratsamt 0stalbkreis) betroffen. Auch nach der Rechtsprechung sollten beim Bau von Windenergieanlagen Überschreitungen von Gemarkungsgrenzen möglichst vermieden werden. Vorliegend wäre nur eine kleine Teilfläche betroffen und eine Entzerrung und klare Zuständigkeitsregelung ohne Probleme möglich. Zudem soll im Bereich Ellwangen-Pfahlheim weiterhin eine Konzentration von Windenergieanlagen am etablierten Standort "Nonnenholz" und der geplanten südlichen Erweiterung "Nonnenholz Süd" erfolgen. Eine räumliche Überlastung und überproportionale Belastung des Teilraums nordöstlich/östlich von Pfahlheim wird nachdrücklich abgelehnt. Es stehen ausreichend viele, besser geeignete Standorte zur Verfügung. Daher wird die Teilfläche des Wind-Vorranggebiet Nr. 14 "Freihof ", die sich auf Gemarkung Ellwangen-Pfahlheim befindet, ausdrücklich abgelehnt. Der Regionalverband wird aufgefordert, diese Teilfläche aus dem neuen Teilregionalplan Windenergie herauszunehmen.	damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.
lfd. Ident-Nr.: 74 Stadt Ellwangen Stn-Id: 307		BE-ID: 1951 1 .000 m Siedlungsabstand Der Siedlungsabstand ist ein sehr wichtiges Kriterium bei der Ausweisung von Windenergieflächen. Aktuell umso mehr, da in der Region 0stwürttemberg gerade erst die Zeit des Repowering beginnt. Nach 20 bis 25 Jahren haben Windenergieanlagen i.d.R. das Ende ihrer Lebensdauer erreicht und die Projektierer nehmen ein Repowering vor, bei dem häufig alte kleinere Anlagen abgebaut und durch größere ersetzt werden. Mit den größeren muss mehr Abstand zwischen den Anlagen eingehalten werden, wodurch die neuen Windenergieanlagen stark an die Ränder drängen. Das bedeutet, das durch die derzeitige Ausweisung im Teilregionalplan die Grundlage und Flächenkulisse festgelegt wird, innerhalb derer in den nächsten Jahren/Jahrzehnten neue und höhere Windenergieanlagen errichtet werden. Daher ist es für die derzeitige Beurteilung zweitrangig, ob bisherige Windflächen schon bebaut sind und zu den Rändern bisher Abstände eingehalten wurde; bestehende Anlagen haben Bestandsschutz. Zukünftig sind für spätere neue Anlagen die derzeit geplanten Flächenausweisungen maßgeblich.	Wird nicht gefolgt In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 erfolgt keine Änderung der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014, welche durch das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur am 28. August 2014 genehmigt und mit der öffentlichen Bekanntmachung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Nr. 35 vom 05. September 2014 rechtskräftig wurde. Die insgesamt 20 Vorranggebiet aus diesem Planungsverfahren sind bestandskräftig. Der Klarstellungsbeschluss gem. §5 Abs. 4 WindBG zur Rotor-Out-Regelung der seit 11 Jahren rechtsverbindlichen Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 wurde von der Verbandsversammlung des Regionalverbandes Ostwürttemberg am 22.03.2024 beschlossen. Der Beschluss dient der Klarstellung der Platzierung von Rotorblättern gem. der genannten Gesetzesgrundlage. Es wird keine neue Sachlage oder Betroffenheit geschaffen. Der Klarstellungsbeschluss dient wie beschrieben der Klarstellung des Sachverhaltes und generiert die vollumfängliche Anrechenbarkeit der Vorranggebiete aus der rechtsverbindlichen Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014. Die Planung der Konzentrationszonen im Teilflächennutzungsplan der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Die Stadt Ellwangen lehnt es ab, dass die in 2014 ausgewiesenen Vorranggebiete für die Windkraft aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien des Regionalplans Ostwürttemberg unverändert übernommen werden sollen und dass dabei für diese zukünftig die Rotor-out-Regelung gelten soll (in alle Richtungen, auch Richtung nahe gelegener Wohngebäude). Somit soll bei den bisherigen, "alten" Windgebieten nicht derselbe Siedlungsabstand von 1.000 m gelten wie bei den neu geplanten Windenergiegebieten. Der Regionalverband hat einen Abstand von 1.000 m für richtig und angemessen erkannt. Daher ist es nicht richtig, nicht konsistent und stellt kein schlüssiges Gesamtkonzept dar, dass bei den alten Gebieten kleinere Siedlungsabstände gelten sollen und bei neuen Flächen größere. Es stellt eine Ungleichbehandlung der betroffenen Menschen und Anwohner dar, Abstände erster und zweiter Klasse zu Windenergieanlagen in der gleichen Raumschaft vorzugeben. Das ist unverständlich, bisher nicht (ausreichend) begründet und sehr schlecht für die Akzeptanz der Windkraft / Energiewende. Es sollte auch nicht der Eindruck entstehen, dass die Kommunen und Bürgerschaft quasi benachteiligt werden, die sich schon vor 10 Jahren am Ausbau der Windenergie beteiligt und die damaligen Windflächen akzeptiert haben. Auch die Übernahme der bisherigen, alten Windflächen und die Festlegung/Regelungsvorgabe unterschiedlicher Maße von Siedlungsabständen stellt eine planerische Entscheidung dar, die zu begründen und gut abzuwägen ist. Durch den Beschluss des Regionalverbands, dass für die bisherigen, alten Windgebiete künftig die Rotorout-Regel gelten soll, werden neue Betroffenheiten ausgelöst (zumindest in der VVG Ellwangen), die bisher nicht geprüft, begründet und abgewogen zu sein scheinen. Bisherige Genehmigungsgrundlage waren die Flächennutzungspläne; in der WG Ellwangen wurden Rotor-in Windflächen ausgewiesen. Durch einen Erlass des Landes, mussten Windenergieanlagen innerhalb dieser Windflächen liegen, wenn die Abgrenzung vor Ort eindeutig definiert ist wie z.B. durch einen Forstweg; wenn es vor Ort keine eindeutige Abgrenzung gab, waren aufgrund des Maßstabs des FNP von 1:25.000 und der "Maßstabsungenauigkeit" (bei einem Maßstab von 1:25 000 bedeutet etwa eine 1mm dicke zeichnerische Linie als Außengrenze eine Unschärfe von 25m) ein Herausragen des Rotors um 25 m von den Genehmigungsbehörden (Landratsämter) zuzulassen. Der Regionalverband wird aufgefordert aufzuklären und mitzuteilen, ob das beim Teilregionalplan Wind	VVG Ellwangen erfolgte mit einem im Vergleich zu den regionalen Planungskriterien (Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014) um einen um 50m erhöhten Siedlungsabstand (damaliger Rotor-Radius) und wird von der VVG Ellwangen als Rotor-In-Planung betrachtet. Der Planungsmaßstab auf Ebene der Regionalplanung beträgt 1:50.000 - entsprechend stellt etwa eine 1mm breite zeichnerische Linie eine planerische Unschärfe von 50m dar. Wie im Textteil zum 1. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 definiert, sind die im Regionalplan festgelegten Vorranggebiete maßstabsbedingt nur gebiets- und nicht parzellenscharf abgegrenzt. Die Festlegung konkreter Anlagenstandorte für regionalbedeutsame Windenergieanlagen ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene. Inwiefern eine planerische Unschärfe bei der Genehmigung von einzelnen Windenergieanlagen Anwendung findet sowie die Festlegung eines konkreten Mindestabstandes zwischen Windenergieanlagen und Siedlungsbereichen, ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und grundlegend auch nicht Gegenstand der Regionalplanung. Die Aussage, dass der Teilregionalplan Wind 2025 im Unterschied zu anderen Regionalplanungen unmittelbares Baurecht vermittelt, ist nicht zutreffend. Es wird auf Ebene der Regionalplanung noch kein Baurecht geschaffen, dies erfolgt für Windenergievorhaben im nachgelagerten immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		2025 künftig auch so sein wird, dass der Mast von Windenergieanlagen aufgrund des Maßstabs des Teilregionalplans von 1:50 000 bis zu 50 m außerhalb der geplanten Windgebiete liegen kann. lm Entwurf des Teilregionalplans steht dazu bisher: "Zu (3): Der Abgrenzung der Vorranggebiete wird eine Rotor-Out-Planung zu Grund gelegt. Das bedeutet, der Rotor von Windenergieanlagen darf über die Außengrenze der festgelegten Teilfortschreibung Windenergie 2025 Vorranggebiete hinausragen, Lediglich der Mastfuß der Windenergieanlage muss vollständig innerhalb der ausgewiesenen Vorrangfläche stehen. Es ist zu beachten, dass die im Regionalplan festgelegten Vorranggebiete maßstabsbedingt, nur gebiets- und nicht parzellenscharf abgegrenzt sind. Die Festlegung der konkreten Anlagenstandorte sind nicht Regelungsgegenstand der regionalen Planungsebene." Dies kann so verstanden werden, dass es auch hier keine exakte, metergenaue Abgrenzung gibt und nicht exakt bestimmt wird wie viel Meter Abstand der Mast oder die Gesamtwindenergieanlage von Wohnhäusern entfernt sein muss. Es sollte geprüft werden, ob hier ein Mindestabstand in Metern textlich festgelegt werden kann, wenn dies schon nicht plangrafisch erfolgt. Der Teilregionalplan Wind 2025 vermittelt unmittelbares Baurecht im Unterschied zu anderen Regionalplanungen. Hinzu kommt, dass die Rotoren in den letzten Jahren immer größer wurden. Bei der Rotor-out-Regelung verkleinert sich somit der Abstand zwischen den nächstgelegenen Wohnhäusern und der Windenergieanlage (Außenspitze Rotorblatt). Aktuelle Anlagen werden beispielsweise mit einer Gesamthöhe von ca. 285 m, einer Nabenhöhe von 199 m und einem Rotordurchmesser von 172 m geplant (2.8. Modell Vestas v172). Ein halber Rotordurchmesser, der über das Windgebiet hinausragen darf, beträgt somit etwa 85 m. Bei den bisherigen, alten Windgebieten wurde 2014 ein Siedlungsabstand von 750 m eingeplant. Durch die Maßstabsungenauigkeit und Rotor-out-Regelung könnten die Außenkanten der Anlagen künftig an einen Abstand von ca. 615 m zu Wohnhäusern herankommen. Bei größeren Rotoren auch noch näher. Die Rechtsprechung setzt dem erst bei dem Zweifachen der Anlagenhöhe eine Grenze durch die dann überwiegende optische bedrängende Wirkung (d.h. vermutlich bei etwa 600 m). Das ist ein deutlich geringerer Abstand, als die 1.000 m, die vom Regionalverband befürwortet werden und wesentlich weniger als von der WG Ellwangen bisher als Mindestabstand von 700 m Siedlungsabstand mit Rotor-in-Regelung im FNP ausgewiesen	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		wurde. Bisher wurde nicht begründet, warum bei den alten Windgebieten dieser geringe Abstand von ca. 615 m ausreichend sein sollte. Dies könnte einen Abwägungsmangel darstellen. Anmerkung: wird bei dem 1.000 m Abstand für neue Windgebiete auch die "Maßstabsungenauigkeit" und Rotor-out-Regelung abgezogen, ergibt sich ein Abstand von ca, 865 m. Dies stellt einen weitaus verträglicheren Abstand dar. Dies wäre ein gutes Maß für die künftigen großen Windenergieanlagen.	
lfd. Ident-Nr.: 74 Stadt Ellwangen Stn-Id: 307		BE-ID: 1952 Es wird auch darauf hingewiesen, dass wie bei Diskussionen gelegentlich geäußert, das Immissionsschutzrecht bei der Umsetzung im Genehmigungsverfahren dafür sorgen müsste, dass Windenergieanlagen nicht zu nahe an Siedlungen heranrücken. Die neuen Anlagen sind laut Hersteller und Informationsveranstaltung des Regionalverbands jedoch nicht lauter als die bisherigen alten Anlagen. Zudem sind technische Maßnahmen möglich und üblich, womit beispielsweise bei stärkerem Wind die Drehzahl reduziert werden kann, um Lärm zu mindern, wodurch geringere Abstände zu Wohnhäusern möglich werden. Gleiches gilt für "Schattenabschaltungen" in Morgen- und Abendstunden, um zu große Beeinträchtigungen zu vermeiden und näher an Wohnhäuser heranrücken zu können. So lange die Anlagen (in einem Windpark insgesamt) ausreichend viel Ertrag versprechen, werden Begrenzungs- und Abschalteinrichtungen von den Betreibern erfahrungsgemäß in Kauf genommen. Auch geringe Siedlungsabstände werden hergestellt, wenn dies insgesamt der Ertragsoptimierung in einer Windfläche dient. Daher ist kein Verlass darauf, dass das Immissionsschutzrecht Mindestabstände zu Wohnhäusern sicherstellt, dass ist eine Aufgabe des Planungsträgers bei der Flächenausweisung.	Wird zur Kenntnis genommen. Der im Kriterienkatalog festgelegte Siedlungsabstand von 1.000m wird bei der Festlegung von Vorranggebieten im Zuge der Teilfortschreibung Windenergie 2025 eingehalten. Die Hinweise zur Platzierung von Windenergieanlagen im Umfeld von Siedlungsflächen sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen bzw. festgelegt werden. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Hinsichtlich der Anmerkungen zu Lärmimmissionen: Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Analgentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Hinsichtlich der Anmerkungen zum Thema Schattenwurf: Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.
lfd. Ident-Nr.: 74 Stadt Ellwangen Stn-Id: 307		BE-ID: 1953 Die Stadt Ellwangen hat mit den vom Regionalverband zur Verfügung gestellten Geodaten analysiert wie viel Windfläche auf der Gemarkung der Stadt Ellwangen bei einem einheitlichen Siedlungsabstand von 1.000 m ausgewiesen werden könnte. lm Ergebnis sind es 2% der Gemarkungsfläche und somit mehr als die benötigten 1,8% der Fläche. Innerhalb der VVG Ellwangen wären es etwa 2,4% der Fläche bei stets 1,000 m Siedlungsabstand. Die Stadt Ellwangen ist gerne bereit bei einem einheitlichen Siedlungsabstand von 1.000 m für neue und "alte" Windflächen insgesamt 2% der Gemarkungsfläche für Windenergie zur Verfügung zu stellen (einschließlich der oben zugestimmten neuen Windflächen). Das ist mehr als die 1,8% der Fläche, die	Wird nicht gefolgt In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		vom Bund gefordert wird. Damit kann die Stadt Ellwangen weiterhin einen wichtigen Beitrag zur Energiewende und zum Klimaschutz leisten.	haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die rechtsverbindliche Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 - inkl. des Plankonzepts und der Gebietskulisse - ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Die seit 11 Jahren rechtsverbindliche Planung bleibt unverändert bestehen.
lfd. Ident-Nr.: 74 Stadt Ellwangen Stn-Id: 307		BE-ID: 1954 Die Stadt Ellwangen fordert daher einen einheitlichen Siedlungsabstand für neue und auch für bisherige, alte Windgebiete von 1.000 m. Diese Forderung besteht zumindest für den Bereich der Stadt Ellwangen. Mögliche Umsetzung: für die geplante Übernahme der bisherigen, alten Windgebiete aus 2014 in das neue Planwerk 2025 sollten Kriterien für die Übernahme aufgestellt werden. Dabei sollten gleich große Siedlungsabstände für alte und neue Windgebiete festgelegt werden. Für die verbleibenden Windflächen besteht bereits Baurecht, daher ist für diese keine neue Planung mit Kriterien erforderlich.	Wird nicht gefolgt Die rechtsverbindliche Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 - inkl. des Plankonzepts und der Gebietskulisse - ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 erfolgt keine Änderung der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014, welche durch das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur am 28. August 2014 genehmigt und mit der öffentlichen Bekanntmachung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Nr. 35 vom 05. September 2014 rechtskräftig wurde. Die insgesamt 20 Vorranggebiet aus diesem Planungsverfahren sind bestandskräftig. Der Antrag bezieht sich insofern auf Festlegungen, die nicht Bestandteil der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und somit nicht Gegenstand dieses Anhörungsverfahrens sind.
lfd. Ident-Nr.: 74 Stadt Ellwangen Stn-Id: 307		BE-ID: 1955 Mindestmaß Siedlungsabstand Der Regionalverband müsste zumindest dafür sorgen, dass sich der bisherige Siedlungsabstand zwischen Windenergieanlagen und Wohnhäusern künftig nicht verringert im Vergleich zu heute (keine Verschlechterung eintritt). Dies kann bei der Übernahme der bisherigen, alten Windgebiete dadurch erfolgen, dass beim früheren Siedlungsabstand von 750 m der halbe Rotordurchmesser von ca. 85 m und die o.g. Maßstabsungenauigkeit von ca. 50 m berücksichtigt und die Windgebiete lediglich an den Seiten wo sich Wohngebäude in der Nähe befinden, reduziert werden (auf einen Abstand von 885 m). Es müsste zumindest der Status quo beibehalten werden, dass sich der Siedlungsabstand bei den bisherigen, alten Windgebieten durch die Rotor-out-Regelung nicht zum Nachteil betroffener Menschen verkleinern. Bei einer solchen differenzierten Vorgehensweise müssten die alten Windgebiete nur in Teilbereichen gegenüber nahen Wohnhäusern etwas reduziert	Wird nicht gefolgt Die rechtsverbindliche Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 - inkl. des Plankonzepts und der Gebietskulisse - ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Die seit 11 Jahren rechtsverbindliche Planung bleibt unverändert bestehen. Die Hinweise zur Platzierung von Windenergieanlagen im Umfeld von Siedlungsflächen sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen bzw. festgelegt werden. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		werden. Dadurch würde im Bereich der Stadt Ellwangen nur wenig Windfläche entfallen und es könnten immer noch mindestens 1,8% der Fläche für die Windenergie ausgewiesen werden.	
lfd. Ident-Nr.: 74 Stadt Ellwangen Stn-Id: 307		BE-ID: 1956 Alternativenprüfung / Mindestabstand Der Regionalverband wird aufgefordert nach der ersten Anhörung im Rahmen der Alternativenprüfung zu analysieren und transparent aufzuzeigen, wie viel Windflächen/Windgebiete bei einem einheitlichen Siedlungsabstand von 1.000 m zu neuen und alten Windgebieten sowie alternativ bei einem Siedlungsabstand von 885 m zu alten Windgebieten in der Region ausgewiesen werden könnten (siehe oben: 885m = 750m+85m+50m). Die Regionalverbandsversammlung sollte diese Erkenntnisse in die Entscheidungsfindung und Abwägung einstellen und einbeziehen. Die Stadt Ellwangen hatte beispielsweise einmal analysiert welches Bild sich ergibt, wenn zu bisherigen, alten Windgebieten ein Siedlungsabstand von 775 m eingehalten wird (Mindestabstand bisheriger FNP von 700 m zzgl. pauschaler halber Rotordurchmesser laut Windenergieflächenbedarfsgesetz des Bundes von 75 m, ohne Berücksichtigung Thema Maßstabsungenauigkeit). Es hat sich dabei gezeigt, dass dann in der VVG Ellwangen lediglich ca. 10 ha Windenergieflächen entfallen würden. Dies zeigt auf, dass auch beiden bisherigen, alten Windgebieten ein ausreichend großer Mindestabstand möglich ist, ohne dass zu viel Windflächen entfallen und das Flächenziel von 1,8 % immer noch gut erreichbar ist.	Wird nicht gefolgt Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 ermittelt die geeigneteten Windenergieflächen für die gesamte Region Ostwürttemberg. Der diesem Planungsverfahren zugrundeliegende Kriterienkatalog einschliießlich des festgelegten Siedlungsabstand von 1.000m wird regionsweit einheitlich angewendet bei der Festlegung von Vorranggebieten im Zuge der Teilfortschreibung Windenergie 2025 eingehalten. In der Teilfortschreibung Windenergie 2025 erfolgt keine Änderung der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014, welche durch das Ministerium für Verkehr und Infrastruktur am 28. August 2014 genehmigt und mit der öffentlichen Bekanntmachung im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Nr. 35 vom 05. September 2014 rechtskräftig wurde. Die insgesamt 20 Vorranggebiet aus diesem Planungsverfahren sind bestandskräftig. Der Antrag bezieht sich insofern auf Festlegungen, die nicht Bestandteil der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und somit nicht Gegenstand dieses Anhörungsverfahrens sind. Die rechtskräftigen Vorranggebiete aus der Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 werden gleichwohl bei der Prüfung auf Überlastung der Räume als bestehende Vorbelastungen berücksichtigt. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Liegt eine Überlastungssituation vor, wird die Gebietskulisse der Teilfortschreibung Windenergie angepasst. Entsprechende Überlastungssituationen können mit diesem Vorgehen vermieden werden. Eine selektive Betrachtung einzelner Kommunen auf Basis des bereits geleisteten Beitrags durch Flächen für die Energieversorgung lässt sich nicht rechtssicher abbilden. (dazu Ausführungen zu § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW): Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region). Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			großräumig freizuhalten. An der einheitlichen Anwendung der Siedlungsabstände entsprechend dem Kriterienkatalog wird festgehalten. Die Ausführungen zu möglichen Änderungen der rechtskräftigen Vorranggebiete und damit einhergehenden größeren Siedlungsabständen geben nicht die aktuelle Rechtslage zur Genehmigung von Windenergieanlagen (z.B. Repowering) wieder. Es ergibt sich insofern keine Notwendigkeit einer hypothetischen Analyse der Auswirkungen der Siedlungsabstände. Die aufgeführten theoretischen Berechnungen zu Windenergiegebieten auf Gemarkung Ellwangen werden zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 74 Stadt Ellwangen Stn-Id: 307		BE-ID: 1957 Grundsätzliches Es könnte sich die Frage stellen, ob insgesamt mehr als die gesetzlich vorgegebenen 1,8 % der Fläche für Windenergie ausgewiesen werden sollte, wenn dies in der Konsequenz bei bisherigen, alten Windgebieten zu geringeren Abständen gegenüber betroffenen Menschen und Anwohnern führt. In Ellwangen wäre dies nicht nötig, hier wären 1,8 % der Fläche für Windenergie auch bei gleich großen Siedlungsabständen von 1.000 m gegenüber neuen und alten Windgebieten möglich. Im Bereich der Stadt Ellwangen beträgt die Quote grünen Stroms bzw. erneuerbarer Energien im Stromnetz laut Netzbetreiber aktuell ca. 89 %. Insofern sind die Ausbauziele in Ellwangen bereits erreicht und übererfüllt. Dennoch unterstützt die Stadt Ellwangen natürlich das Ziel der Energiewende und des Klimaschutzes mit einer weiteren Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien. Dennoch muss dies nicht um jeden Preis erfolgen, nachdem das Ziel schon so nahe liegt. Durch die hinzukommenden (zugestimmten) Windflächen und auch durch künftiges Repowering von Windenergieanlagen, selbst bei der Flächenkulisse mit 1.000 m Siedlungsabstand, wird der Anteil grünen Stroms spürbar weiter steigen, Auch durch hinzukommende Photovoltaik-Anlagen auf Dächern (landesgesetzliche Pflicht bei Neubau und Dachsanierung) sowie zulässige Freiflächen-PV-Anlagen nach dem BauGB entlang der Autobahn und Agri-PV wird den Anteil weiter steigen. Die 100 % Quote ist in Ellwangen nahe und erreichbar. Umso mehr besteht der Bedarf den Ausbau in Einklang zu bringen mit dem berechtigten Schutzinteresse der betroffenen Bevölkerung, um möglichst hohe Akzeptanz zu erreichen. An Widerständen und Klagen wie in anderen Regionen dürfte niemand Interesse haben, schon allein wegen möglichen jahrelangen Verzögerungen. Durch eine gute Planung, die allen wichtigen und konfliktträchtigen Belangen ausreichend Rechnung trägt, kann ein gutes Ergebnis mit hoher Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht werden. Das sollte	Wird zur Kenntnis genommen. Wie bereits erläutert, ist die rechtsverbindliche Teilfortschreibung Erneuerbare Energien 2014 - inkl. des Plankonzepts und der Gebietskulisse - nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung. Die seit 11 Jahren rechtsverbindliche Planung bleibt unverändert bestehen. In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		gemeinsames Ziel aller Planungsebenen sein. Insofern setzt sich die Stadt zum Wohl ihrer Bürgerschaft gleichzeitig für einen weiteren Ausbau erneuerbarer Energien und zugleich für ausreichend große Schutz-/Siedlungsabstände für betroffene Menschen ein. In Ellwangen ist bzw. wäre beides möglich und erreichbar. Es liegt am Planungsträger, am Regionalverband, hier zu einer guten Lösung zu kommen.	Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen.
lfd. Ident-Nr.: 74 Stadt Ellwangen Stn-Id: 307	VRG 47 Hornsberg	BE-ID: 1958 Vorranggebiet Nr. 47 "Hornberg " - Abstand zu bestehendem Modellflugplatz Der Modell-Flug-Club Ellwangen betreibt das genehmigte Modellfluggelände des MFC-Ellwangen auf Flurstück Nr. 4114 im Süden der Gemarkung Ellwangen-Röhlingen. Das geplante Wind-Vorranggebiet Nr. 47 "Hornberg" ist nicht weit entfernt davon geplant. Der Regionalverband wird gebeten die Mindestabstände zum Flugplatz zu überprüfen und ausreichend viel Abstand einzuhalten, um den bestehenden Betrieb nicht zu gefährden und keinesfalls einzuschränken. Genehmigte und ausgeübte Nutzungen sollen von der Windflächenplanung keinesfalls beeinträchtigt werden. Dies muss bei der Abgrenzung der künftigen Windfläche, insbesondere vor dem Hintergrund der künftigen Rotor-out- Regelung und künftig evtl. noch höheren Windenergieanlagen mit ausreichend viel Abstand sichergestellt werden. Es muss so viel Abstand eingehalten werden, dass auch künftig bei größeren Rotoren der bestehende und genehmigte Flugbetrieb auf jeden Fall sichergestellt ist und keinesfalls eingeschränkt wird. Das Gelände des Vereins ist durch den Deutschen Modellflieger Verband e.V. entsprechend	Wird nicht gefolgt Durch das Planungskonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden u.a. Flugplätze mit Platzrunden oder Schutzbereichen mit einem ausreichenden Vorsorgeabstand gem. NfL 92/13 berücksichtigt (s. Kriterienkatalog). Für das genannte Modellfluggelände ist nach Kenntnisstand des Regionalverbandes Ostwürttemberg kein gesetzlicher Mindestabstand definiert, welcher bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung zu berücksichtigen ist. Hinweis: Das Vorranggebiet 47 "Hornsberg" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Betriebsgenehmigung gem. Artikel 16 DVO (EU) 201 91947 i.V.m. 5 21g Abs. 1 LuftVO, erteilt vom Luftfahrt-Bundesamt am 06.07.2022, als Modellfluggelände ausgewiesen.	
lfd. Ident-Nr.: 74 Stadt Ellwangen Stn-Id: 307		BE-ID: 1959 Die Stadt Ellwangen bittet um Beteiligung am weiteren Verfahren. Für Rückfragen und Detailabstimmungen steht die Stadt Ellwangen gerne zur Verfügung. Anlagen: - Analyseplan 1.000 m Abstand Bereich Mittelzentrum Ellwangen mit oberzentralen Teilfunktionen - Übersichtsplan Zustimmung/Ablehnung Windenergie-Vorranggebiete in Ellwangen - Planübersicht südlich Ellwangen-Killingen - Planübersicht nordöstlich Ellwangen-Halheim - Planübersicht Modellflugplatz südlich Ellwangen-Killingen - Analyseplan Mindestsiedlungsabstand 775 m gegenüber Wohnhäusern im Bereich Mittelzentrum Ellwangen mit oberzentralen Teilfunktionen	Wird zur Kenntnis genommen. Die Stadt Ellwangen wird als Träger öffentlicher Belange im Rahmen des weiteren Verfahrens beteiligt.
lfd. Ident-Nr.: 76 Stadt Heidenheim an der Brenz Stn-Id: 62		BE-ID: 1670 Der Beteiligungszeitraum für die Stellungnahmen Teilfortschreibung Windenergie 2025 liegt im Zeitraum der Kommunalwahlen. Die jetzigen Stadträtinnen und Stadträte bzw. Ortschaftsrätinnen und Ortschaftsräte wollen ihren Nachfolgern aufgrund der Kürze der Zeit zur Meinungsbildung keine entsprechend abgewogenen Stellungnahmen zu den einzelnen Flächen vorwegnehmen. Die folgende Stellungnahme beruht auf der Gesamtbetrachtung aller neuen Vorrangflächen in Bezug auf die Auswirkungen auf das gesamte Stadtgebiet Heidenheims.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 76 Stadt Heidenheim an der Brenz Stn-Id: 62		BE-ID: 1671 Die Vorgabe des Landes Baden-Württemberg, 2 Prozent der Stadtfläche für regenerativen Energien vorzuhalten, bedeutet für die Stadt Heidenheim, dass 214 ha für Windkraftanlagen und Freiflächen-Photovoltaik bereitzustellen sind. Auf der Gemarkung Heidenheim sind ca. 65 ha von Windkraftanlagen (in Betrieb) und ca. 33 ha von Freiflächenphotovoltaikanlagen (erstellt, durch B-Plan gesichert, in Planung) in Anspruch genommen. Somit sind 46 Prozent der bereitzustellenden Fläche mit erneuerbaren Energien belegt. Der Großteil der Flächen mit erneuerbarer Energie liegt auf der Fläche des Teilorts Großkuchen (65 ha Windkraftanlagen, 20 ha Freiflächenphotovoltaikanlagen).	Wird zur Kenntnis genommen. In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Die öffentlichen Gebäude der Stadt Heidenheim sind bzw. werden mit Photovoltaikanlagen versehen. Die Stadtwerke Heidenheim ist an Erneuerbaren-Energien-Anlagen beteiligt, die rund 469Millionen kWh Strom pro Jahr erzeugen. Die Stadt Heidenheim trägt somit maßgeblich dazu bei, erneuerbare Energien voranzutreiben und zu etablieren, vor allem der Ortsteil Großkuchen leistet mit vorhandenen und geplanten Flächen zur erneuerbaren Energie bereits seinen wesentlichen Beitrag zur Energiewende.	zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten.
lfd. Ident-Nr.: 76 Stadt Heidenheim an der Brenz Stn-Id: 62		BE-ID: 1672 Die bestehenden Wind- und Freiflächen-Photovoltaikanlage wurden bzw. werden nach gesetzlichen Vorgaben errichtet. Trotzdem stellen die Anlagen eine Belastung für den Ortsteil dar (Erholung, Landschaftsbild, Umwelt etc.). Darüber hinaus sind weitere störende und belastende Raumnutzungen vorhanden: •Die Bundesautobahn A 7 •Die Umspannwerke in Verbindung mit den Hochspannungsleitungen •Die Hochspannungsleitungen, welche die Landschaft durchschneiden, vorbehaltlich damit •verbunden: Elektroenergetische Belastung •Die geplante Freiflächen-Photovoltaik-Anlage, welche durch Flächennutzungsplan und •Bebauungsplanverfahren auf 20 Hektar festgeschrieben wurde •Die in Betrieb befindlichen Abbaubereiche von Rohstoffen und deren Erweiterungsflächen •(Steinbuch)	Die genannten bereits bestehenden Belastungen, die in der Raumschaft vorhanden sind, werden zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 76 Stadt Heidenheim an der Brenz Stn-Id: 62	VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 1673 Folgende Sachgründe sprechen gegen die einzelnen Vorranggebiete: Nummer Planungsverfahren: 52/1 und 52/2 Eine Kollision durch die durch das Heranrücken an den Teilort und die eingezäunten Flächen der geplanten Freiflächen-Photovoltaik-Anlage (Solarpark Kleinkuchen) würde den regional bedeutsamen Wildkorridor in seiner Funktion einschränken bzw. wirkungslos werden.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 52 "Erweiterung Heidenheim / Nattheim" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Der genannte Wanderkorridor des Generalwildwegeplans wird bei der Festlegung des Gebietszuschnitts beachtet. Ein Hinweis auf weitere Berücksichtigung dieses Belangs im nachgelagerten Planverfahren ist in den Planunterlagen (SUP, Gebietsteckbriefe) enthalten.
lfd. Ident-Nr.: 76 Stadt Heidenheim an der Brenz Stn-Id: 62	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 1674 Nummer Planungsverfahren: 53/1 Die geplante Windenergie in diesem Bereich würde genau in der Einflugschneise des Flugplatzes Aalen-Heidenheim/Elchingen stehen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg - u.a. aufgrund des genannten Konfliktes - nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 76 Stadt Heidenheim an der Brenz Stn-Id: 62	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 1675 Nummer Planungsverfahren: 53/2 Das Trockental „Krätzental“ ist ein europaweit einmaliges Landschaftsschutzgebiet/Naturraum, welches durch die Schaffung einer Windkraftanlage massiv gestört und beeinträchtigt wird.	Wird nicht gefolgt Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" liegt nicht im genannten Landschaftsschutzgebiet "Krätzental". Demnach würde das Gebiet nur mittelbar und anlagebedingt - durch mögliche Windenergieanlagen in der Umgebung - beeinflusst. Potenzielle Störungen oder Beeinträchtigungen des Landschaftsschutzgebiets / Naturraumes können auf Ebene der Regionalplanung, ohne Kenntnis über konkrete Anlagenstandorte und anlagenbezogene Eigenschaften, nicht beurteilt werden.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg - aufgrund anderer betroffener Belange - nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 76 Stadt Heidenheim an der Brenz Stn-Id: 62	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 1676 Nummer Planungsverfahren: 68 Die Hauptwindrichtung ist Richtung Oggenhausen gerichtet. Es ist mit einer erhöhten Lärmbelastung für Oggenhausen durch die Rotorengeräusche zu rechnen.	Wird zur Kenntnis genommen. Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Analgentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 76 Stadt Heidenheim an der Brenz Stn-Id: 62	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 1677 Die Teilfläche von dem Vorranggebiet 68 auf Gemarkung Oggenhausen liegt in einem FFH-Gebiet.	Die Anmerkung ist nicht zutreffend. Das Vorranggebiet 68 "Giengen" grenzt an den Umgebungsabstand (gem. Kriterienkatalog) des FFH-Gebiets "Giengener Alb und Eselsburger Tal" an.
lfd. Ident-Nr.: 76 Stadt Heidenheim	VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 1678 Nummer Planungsverfahren: 69	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" wird im Rahmen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
an der Brenz Stn-Id: 62		Diese Ausweisung würde in der Zukunft die Betriebe Kraft und Schön sowie Hippelein in ihrer weiteren Entwicklung bzgl. der befindlichen Abbauflächen der dort verlaufenen Steinader einschränken.	des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 76 Stadt Heidenheim an der Brenz Stn-Id: 62		BE-ID: 1679 Die Stadt Heidenheim lehnt daher die neuen Vorrangflächen für Windkraftanlagen ab.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 77 Stadt Herbrechtingen Stn-Id: 323	Kartenteil VRG 65 Schönbühl	BE-ID: 1790 Die dargestellte Fläche entspricht nicht dem notwendigen Flächenbedarf auf Gemarkung Herbrechtingen. Bereits in der informellen Beteiligung wurde darauf hingewiesen, dass eine Erweiterung Richtung Osten notwendig ist um dem bereits projektierten Windpark einen größeren Gestaltungsspielraum zu geben. Die Fläche soll wie dargestellt als Vorranggebiet ausgewiesen werden. Begründung: Der projektierte Windpark auf Gemarkung Herbrechtingen sieht derzeit 3 Windenergieanlagen vor. Um bei der weiteren Planung einen möglichst großen Gestaltungsspielraum zu haben und um bei Bedarf auf Planänderungen bestmöglichst reagiern zu können ist eine Anpassung der Fläche notwendig. Dier geforderte Mindestabstand zur nächsten Bebauung von 1.000 m Mindestabstand wird weiterhin eingehalten. Gemeinderatsbeschluss 27.06.24	Wird nicht gefolgt Das Vorranggebiet 65 "Schönbühl" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Eine Erweiterung des geplanten Vorranggebietes 65 ist aufgrund entgegenstehender planerischer Ausschlusskriterien und sonstiger Belange nicht vorgesehen.
lfd. Ident-Nr.: 77 Stadt Herbrechtingen Stn-Id: 324	Kartenteil VRG 57 Herbrechtingen	BE-ID: 1791 Der ausgewiesenen Fläche wird nicht zugestimmt. Eine Änderung wie bereits in der informellen Beteiligung dargestellt ist aufzunehmen. In der Strategischen Umweltprüfung auf Seite 99 ist die Vorbelastung des Gebietes als Industrie- und Gewerbefläche ausgewiesen. Die ist zu ändern und durch die tatsächlichen Vorbelastungen zu ersetzen. Begründung: Eine Ausweisung Richtung Süden wird als sehr konfliktbehaftet eingestuft, da dieser Bereich im Wesentlichen der Naherholung dient und in einem ausgewiesenen LSG liegt. Zudem ist die visuelle und akustische Beeinträchtigung im Umgebungsabstand von 1.000 -1.200 m von Wohnbauflächen als zu hoch einzustufen. Gemeindratsbschluss vom 27.06.24	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Vorranggebiet 57 "Herbrechtingen" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Die Festlegung eines Vorranggebiets für regionalbedeutsame Windenergieanlagen im genannten Bereich (nördlich des Vorranggebiets 57) ist aufgrund entgegenstehender planerischer Belange (u.a. Windhöffigkeit, Siedlungsabstand, Schwerpunktvorkommen der Kategorie B etc.) im Rahmen der aktuellen Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht vorgesehen.
lfd. Ident-Nr.: 78 Stadt Heubach Stn-Id: 6		BE-ID: 1366 die Stadt Heubach möchte sich nochmals herzlich dafür bedanken, dass in der Sitzung am 21.02.2024 die Fläche Nr. 59 im Bereich Utzenberg und die Fläche Nr. 60 im Bereich Rechberger Buch in den Entwurf der regionalen Vorranggebiete für	Wird zur Kenntnis genommen Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Windenergie aufgenommen wurde. Ebenso danken wir Ihnen für die Besichtigung der in Frage kommenden Flächen auf Gemarkung Heubach am 01.03.2024.	
lfd. Ident-Nr.: 78 Stadt Heubach Stn-Id: 6	VRG 59 Utzenberg	BE-ID: 1372 Die Fläche Nr. 59 weist eine herausragende Eignung und Windausbeute für die Nutzung von Windkraft auf, wie bereits von mehreren Projektierern bestätigt wurde. Der Gemeinderat der Stadt Heubach unterstützt ausdrücklich die Errichtung eines Windparks auf den Flächen des Utzenbergs. Für die Entwicklung eines Windparks im Bereich der Fläche Nr. 59, mit Stand vor Ihrer Regionalverbandssitzung vom 21.02.2024, konnte bereits ein möglicher potenzieller Betreiber gefunden werden. Die Vertragsgespräche sind bereits weit fortgeschritten. Allerdings wurde bis zu diesem Zeitpunkt der Suchraum im Bereich Utzenberg größer gefasst, indem er sich auch in Richtung Norden, Westen und Süden erstreckte. Dem Entwurfsbeschluss für die 1. Anhörung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 vom 22.03.2024 haben wir entnommen, dass sich der Suchraum am Utzenberg auf Gemarkung Heubach deutlich verkleinert hat, was die Stadt Heubach in diesem sehr windhöffigen Gebiet außerordentlich bedauert. Die bisher möglichen Windenergieanlagen auf Heubacher Gemarkung würden aus unserer Sicht einen erheblichen Beitrag zur regionalen Energiegewinnung leisten. Westlich des Utzenbergs soll auf der Fläche Nr. 60 im Bereich Rechberger Buch gemeinsam mit der Stadt Schwäbisch Gmünd ein interkommunaler Windpark realisiert werden. Auf die entstehenden Synergien haben wir bereits in unserem Schreiben vom 20.02.2024 hingewiesen. Im Bereich des Rechberger Buch hat sich ebenfalls die Suchraumfläche reduziert, weshalb wir Sie auch in diesem Bereich bitten, weitere Flächen miteinzubeziehen. Das große Potenzial an erneuerbaren Energien gilt es für die regionale Wirtschaftskraft an diesen Standorten auszuschöpfen. Daher bitten wir Sie um Unterstützung, folgende Grundstücke auf Gemarkung Heubach im Teilregionalplan Gebiete Nr. 59 und 60 als Vorranggebiete mit aufzunehmen: Fist. 1747 Fist. 1755 Fist 1762/1 Fist. 1763/0 (Teilfiäche) Fist. 1765	Wird nicht gefolgt Die Anregungen und Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die eingegebenen Flurstücke wurden auf ihre Eignung als Erweiterungsflächen zu den geplanten Vorranggebieten 59 "Utzenberg" und 60 "Rechberger Buch" geprüft. Die Flurstücke liegen allesamt in Ausschlussbereichen gem. des Kriterienkatalogs, weshalb sich diese im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht als Windenergiegebiete bzw. Erweiterungsflächen von geplanten Vorranggebieten eignen und demnach nicht in die Vorranggebietskulisse aufgenommen werden. Dahingegen sind die Vorranggebiete 59 "Utzenberg" und 60 "Rechberger Buch" für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb diese Gebiete im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt werden. Die Gebiete werden aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst (reduziert).

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Fist. 1768 Fist. 1769 Fist. 1770 Fist. 1771/0 Fist 1772 Fist. 1773/3 Fist. 1773/5 Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie unser Anliegen zur Errichtung eines regionalen Windparks und den hierfür erforderlichen Flächen bei den weiteren Sitzungen des Regionalverbandes unterstützen könnten.	
lfd. Ident-Nr.: 79 Stadt Lauchheim Stn-Id: 330		BE-ID: 1802 Die Stadt Lauchheim ist der Planung des Regionalverbands Ostwürttemberg hinsichtlich der Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie grundsätzlich positiv zugewandt. Die Ausweisung von Vorranggebieten für Windenergie ist zur Erreichung der Bundes-, Landes- und auch der städtischen Klimaschutzziele von großer Bedeutung.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 79 Stadt Lauchheim Stn-Id: 330		BE-ID: 1803 Folgende Punkte wurden von Seiten des Gemeinderats in seiner öffentlichen Sitzung am 06.06.2024 beschlossen: 1. Aufgrund des Bevölkerungsschutzes ist ein Abstand der Windanlagen zu jeglicher Wohnbebauung, auch bewohnten Außenbereichen, von mindestens 1.000 m unbedingt einzuhalten.	Der im Kriterienkatalog festgelegte Siedlungsabstand von 1.000m ist eingehalten.
lfd. Ident-Nr.: 79 Stadt Lauchheim Stn-Id: 330	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 1804 2. Der Gemeinderat der Stadt Lauchheim und insbesondere der Ortschaftsrat Hülen sprechen sich dazu aus die neu ausgewiesenen Vorranggebiete Nr. 48/1 und Nr. 48/2 der Erweiterung „Waldhausen/Beuren“, aufgrund der Nähe zur vorhandenen Wohnbebauung, gänzlich aus der Karte zu streichen (siehe Anlage 1).	Wird nicht gefolgt Der im Kriterienkatalog festgelegte Siedlungsabstand von 1.000m ist eingehalten. Das Vorranggebiet 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst / reduziert.
lfd. Ident-Nr.: 79 Stadt Lauchheim Stn-Id: 330	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 1805 3. Des Weiteren liegen die Vorranggebiete größtenteils im Waldgebiet sowie im Kugeltal. Der Wald sowie das Kugeltal haben eine entscheidende Erholungsfunktion und deren Schutz ist von größter Bedeutung. Die Wald- und Naturflächen sollen nur insoweit in Anspruch genommen werden, wie es für die Errichtung von Windanlagen notwendig ist.	Wird zur Kenntnis genommen. Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Eine pauschale Bevorzugung von Offenlandbereichen oder Ausschluss von Waldgebieten wäre nicht

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur 1. Offenlage). Insgesamt ist eine wertigkeitsunabhängige Bevorzugung von Gebieten im Offenland gegenüber Gebieten im Wald weder sachgerecht noch geboten.
lfd. Ident-Nr.: 79 Stadt Lauchheim Stn-Id: 330	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 1806 4. Zusätzlich möchten wir die Stellungnahme des Klimaschutzbeirates der Stadt Lauchheim einbringen. Dieser bringt vor, dass die Vorranggebiete der umliegenden Kommunen im Ostalbkreis wesentlich kleiner seien, als die Gebiete auf Lauchheimer Gemarkung. Die Energiewende ist nur dann stemmbar, wenn andere Kommunen ebenfalls nachlegen und Vorranggebiete für Windenergie nicht nur punktuell entstehen.	Wird zur Kenntnis genommen. In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen.
lfd. Ident-Nr.: 79 Stadt Lauchheim Stn-Id: 330		BE-ID: 1807 Nur durch einen finanziellen Nutzen der Stadt bzw. der Bürgerschaft kann Akzeptanz für die mit Windkraftanlagen einhergehenden Belastungen erreicht werden. Vor diesem Hintergrund sollten bei der Festlegung von Vorranggebieten auch Rahmenbedingungen festgeschrieben werden, die bei einer späteren Flächenvergabe an Investoren eine Beteiligung der Stadt und der Bürgerschaft bedingen oder zumindest bevorzugen.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Die Festlegung von Rahmenbedingungen, die das nachgelagerte Verfahren betreffen (z.B. konkrete Projektplanung, Flächenvergabe, finanzielle Beteiligungen o.ä.) sind nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene sowie der Teilfortschreibung Windenergie 2025.
lfd. Ident-Nr.: 81 Stadt Neresheim Stn-Id: 57		BE-ID: 1655 Sachverhalt: Baden-Württemberg will bis 2040 klimaneutral werden. So sieht es der aktuelle Koalitionsvertrag „Jetzt für morgen“ vor. Ein wesentlicher Bestandteil zur Erreichung dieses Ziels ist die regionale Planungsoffensive. Im Rahmen dessen sind alle 12 Regionalverbände in Baden-Württemberg dazu verpflichtet, bis 30. September 2025 zwei Prozent der Regionsfläche für erneuerbare Energien auszuweisen. 1,8 Prozent sollen hier auf Windenergie, 0,2 Prozent auf Freiflächen-PV entfallen. Ostwürttemberg steht bereits gut da. 1,5 % der Regionsfläche ist heute schon für Windenergie vorgesehen. Weitere 2,1 %, verteilt auf 30 neue Gebiete, überwiegend als Ergänzung zu	Wiedergabe des Sachverhalts wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Bestandsgebieten, sollen jetzt in die erste Anhörung gehen. Wesentliche Planungsgrundlagen sind die Windhöffigkeit, Natur- und Artenschutz, sowie der Siedlungsabstand. Hier hat sich die Verbandsversammlung auf einen Siedlungsabstand von grundsätzlich 1000 m verständigt. Mit E-Mail vom 11. April 2024 wurde die Stadt Neresheim an der 1. förmlichen Beteiligung als Träger öffentlicher Belange angehört und es wird die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme innerhalb des Beteiligungszeitraumes vom 15.04 – 15.07.2024 gegeben. Der Planentwurf zum Teilregionalplan Windenergie besteht aus Textteil und Kartenteil. Der Textteil umfasst die Plansätze mit Begründung inkl. der Steckbriefe zu den einzelnen Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen. Im Planteil wird die Vorranggebietskulisse kartographisch im Lageplan dargestellt. Die strategische Umweltprüfung ist als erforderlicher Bestandteil der Teilfortschreibung Windenergie 2025 ebenfalls Inhalt der 1. Anhörung. Die Prüfung ist inhaltlich weitgehend fertiggestellt. Das Kapitel 8 des Umweltberichts – die allgemeinverständliche Zusammenfassung – wird zur 2. Anhörung des Plans fertiggestellt werden. Dadurch können relevante Hinweise aus der formellen Anhörung aufgenommen werden.	
lfd. Ident-Nr.: 81 Stadt Neresheim Stn-Id: 57		BE-ID: 1656 Diskussion: Die übersandten Unterlagen der ersten Beteiligungsrunde wurden im öffentlichen Teil der Sitzung des Technischen Ausschusses vom 06.05.2024 beraten und es wurden Empfehlungsbeschlüsse an den Gemeinderat der Stadt Neresheim hinsichtlich der erforderlichen und notwendigen Änderungen in den Unterlagen der Teilfortschreibung des Regionalplanes Windenergie 2025, insbesondere im Planteil der Vorranggebietskulisse, gefasst. Im öffentlichen Teil der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Neresheim vom 15.05.2024 wurden die Empfehlungsbeschlüsse beraten und es wurde ein Beschluss über die Stellungnahme der Stadt Neresheim gefasst. Die Verwaltung wurde mit der Abgabe einer Stellungnahme beauftragt.	Die Beratungsfolge wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 81 Stadt Neresheim Stn-Id: 57		BE-ID: 1657 Stellungnahme: 1. Strommenge / regenerative Energien Die Stadt Neresheim steht im Gegensatz zu den meisten Kommunen	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		in Ostwürttemberg bezeichnend gut da. Schon im Jahr 2019 produzierte die Stadt Neresheim für ihre 8000 Einwohner mehr als 400 % der eigentlich verbrauchten Strommenge. Aktuellen Zahlen nach liegt der Wert mittlerweile bei 300 %, welchen den mittlerweile steigenden und hohen Energieverbräuchen von z. B. Wärmepumpen, Wallboxen etc. geschuldet sind. Auf der Gemarkung Neresheim stehen bereits neun Windenergieanlagen. Drei der WEA sollen bis 2028 einem Repowering unterzogen werden. Das heißt, dass die Anlagenhöhe verdoppelt und die Strommenge der drei Anlagen vervierfacht wird. Die Stadt Neresheim geht davon aus, dass die anderen sechs WEA auch sukzessive erhöht werden.	
lfd. Ident-Nr.: 81 Stadt Neresheim Stn-Id: 57		BE-ID: 1659 Zudem wurden auf der Gemarkung Neresheim bereits über 0,5 % der Gemarkungsfläche von ca. 120 km² an Freiflächen-PV vergeben. Der Gemeinderat hat sich sogar auf eine maximale Gemarkungsflächenbelegung von 1,0 %, das bedeutet 120 ha, ausgesprochen. Dieser Wert ist fünfmal so hoch wie der Vorgabe des Regionalverbandes mit nur 0,2%.	Wird zur Kenntnis genommen. In § 21 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es: „In den Regionalplänen sollen Gebiete in einer Größenordnung von mindestens 0,2 Prozent der jeweiligen Regionsfläche nach Anlage 2 für die Nutzung von Photovoltaik auf Freiflächen festgelegt werden (Grundsatz der Raumordnung). Die zur Erreichung dieses Flächenziels notwendigen Teilpläne und sonstigen Änderungen eines Regionalplans sollen bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festgestellt werden.“ Das Flächenziel von 0,2 % der Regionsfläche für die Solarenergie (Freiflächen-Photovoltaik) gemäß § 21 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Solarenergienutzung durch FF-PV in der Region durch Auswahl von Vorbehaltsgebieten räumlich zu steuern. Im Rahmen der Gesamtfortschreibung des Regionalplans Ostwürttemberg (Satzungsbeschluss 17.07.2024) wurden bereits 0,5 % der Regionsfläche Ostwürttembergs als Vorbehaltsgebiete für FF-PV festgelegt. Damit wird das regionale Flächenziel gem. § 21 KlimaG BW erfüllt. Die zusätzliche Ausweisung von Flächen für FF-PV-Anlagen über kommunale Flächennutzungspläne liegt in der Planungshoheit der Kommunen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 81 Stadt Neresheim Stn-Id: 57		BE-ID: 1660 Aus dem Textteil und der Begründung der 1. Anhörung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 geht hervor, dass die bestehende Potentialfläche von aktuell 67,9 ha auf 352 ha erhöht werden soll. -> Die fünffache Fläche auszuweisen ist aus Sicht der Stadt Neresheim verhältnismäßig hoch angesetzt und nicht mehr verträglich.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Die Kriterien prägen sich in der Region ungleich aus. Daher ist eine regional gleichmäßige Verteilung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen nicht möglich. Zudem müssten ansonsten teilräumlich Gebiete mit ungünstiger Eignung und hohem Konfliktniveau herangezogen werden, die somit eine ungünstige Umsetzungsperspektive aufweisen. Eine solche Planungskonzeption entspräche nicht der Intention des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang). Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Das Vorranggebiet 49 "Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen" wurde aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf angepasst und wird nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 81 Stadt Neresheim Stn-Id: 57		BE-ID: 1661 2. Umweltprüfung und Artenschutz Die Flächen sind nach der Bewertung der erheblichen Umweltauswirkungen und der vertieften Umweltprüfung sowie der Verträglichkeit nach Schutzzielen von Natura 2000 und besonderem Artenschutz nur als bedingt geeignet Gebiete bzw. konfliktbehaftete Gebiete ausgewiesen. Rund um die Flächen der bestehenden Windkraftanlagen wurden bereits Rotmilane gesichtet. -> Die Stadt Neresheim fordert daher eine ausführliche Artenschutzrechtliche Prüfung und einen Umweltbericht spezifisch für die geplanten Vorranggebiete.	Wird nicht gefolgt Die Strategische Umweltprüfung (SUP) der Teilfortschreibung Windenergie 2025 mit Stand der 1. Anhörung hatte zum Ergebnis, dass in dem Vorranggebiet 49 "Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen" Konflikte vorhanden waren, welche durch Ausgleichs- und Vermeidungsmaßnahmen als lösbar bewertet wurden. Windkraftsensible Arten wie der genannte Rotmilan sind über den "Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie" (LUBW, 2022) berücksichtigt. Schwerpunktvorkommen der Kategorie A (naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte, windenergiesensible Arten - vgl. LUBW (2022)) wurden im Planungskonzept mit einem zusätzlichen Umgebungsabstand berücksichtigt und gem. des Kriterienkatalogs im Rahmen der Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen freigehalten. Schwerpunktvorkommen der Kategorie B unterliegen gem. der Planungshilfe sowie der Festlegung im Kriterienkatalog einer Einzelfallprüfung. Das genannte Vorranggebiet 49 "Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen" ist nicht von einem solchen Schwerpunktvorkommen der Kategorie B überlagert. "Nach dem nunmehr vorliegenden Konzept kann außerhalb von Schwerpunktvorkommen der vom Fachbeitrag umfassten Arten grundsätzlich davon ausgegangen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			werden, dass der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windkraft aus Sicht des Artenschutzes keine unüberwindbaren Hindernisse entgegenstehen. [...]" (LUBW, 2022). Die geforderte ausführliche artenschutzrechtliche Prüfung ist nicht Gegenstand der regionalen Planungsebene, und damit auch nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Das Thema Artenschutz ist in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. In der Strategischen Umweltprüfung sind die umweltfachlichen Aspekte - u.a. dezidiert für jedes Vorranggebiet - behandelt und dargelegt.
lfd. Ident-Nr.: 81 Stadt Neresheim Stn-Id: 57		BE-ID: 1662 3. Kulturdenkmal In unmittelbarer Nähe zu den geplanten Vorranggebieten befindet sich das Kloster Neresheim. Die Abteikirche als geistliches und architektonisches Zentrum der Klosteranlage gilt als eine herausragende Sehenswürdigkeit in Baden-Württemberg und als Denkmal von nationaler Bedeutung. Die Stadt Neresheim sieht durch die Erhöhung der Anlagen eine starke Beeinträchtigung und Betroffenheit der Sichtachsen des in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmals.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Der Regionalverband Ostwürttemberg hat in enger Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege (LAD) des Regierungspräsidiums Stuttgart im Rahmen der Erarbeitung des 1. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 für alle in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmale der Region eine Einzelfallprüfung in Form von Sichtbarkeitsanalysen und Visualisierungen durchgeführt. Das LAD hat auf Grundlage dessen seine Stellungnahme zum 1. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung abgegeben. Zum genannten Kulturdenkmal Kloster Neresheim schreibt das LAD in seiner Stellungnahme (Stellungnehmer Ident-Nr. 187): "Der Blick Ner-1 zeigt die Ansicht auf das Kloster Neresheim von der barocken Katholischen Pfarrkirche St. Georg, die erhöht auf dem sogenannten Krönungsberg liegt. Mit der bewusst angelegten Sichtbeziehung als herausragendes Zeugnis der Landschaftsgestaltung des 18. Jahrhunderts in der Klosterlandschaft Neresheim, hat diese Blickbeziehung eine große Bedeutung für das in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmal Kloster Neresheim. Dies zeigt auch die historisch und gegenwärtig häufige Darstellung des Klosters von dieser Sichtachse. Konservatorisches Ziel aus denkmalfachlicher Sicht war es immer, den grünen Sockel rund um das Kloster Neresheim freizuhalten. Mit den jetzt geplanten Anlagen der Erweiterung 49/2 und 49/4 Erweiterung VRG Weilermerkingen / Dehlingen werden die Anlagen nochmals deutlich näher an das Kloster heranrücken und die dominante Stellung auf dem Härtsfeld gefährden. Wir regen daher dringend an auf die Erweiterung 49/2 und 49/4 zu verzichten. Die Erweiterung 49/1 und 49/3 wird aufgrund der Vorbelastungen akzeptiert." Der Empfehlung des LADs wird gefolgt. In Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen (u.a. geringere Windhöffigkeit im Vergleich zu den nördlichen Teilflächen des Vorranggebiets) werden die Teilflächen 49/2

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			und 49/4 des geplanten Vorranggebiets 49 "Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen" im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht weitergeführt. Nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 wird das Vorranggebiet 49 "Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 81 Stadt Neresheim Stn-Id: 57		BE-ID: 1663 4. Überlastungsschutz Des Weiteren ist der Überlastungsschutz der nächstgelegenen Ortschaften zu betrachten. Dehlingen, Weilermerkingen aber auch Mörtingen und Schweindorf sind durch die Ausweisung der neuen Flächen stark beeinträchtigt.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Für die genannten Bereiche ist gem. des angewandten Prüf- und Bewertungsmodells keine Überlastungssituation gegeben. Die notwendigen Freihaltewinkel gem. des Modells sind eingehalten bzw. freigehalten. Der Regionalverband erkennt jedoch die potenzielle Belastung in dieser Raumschaft. In Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen wurde das Vorranggebiet 49 "Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen" im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 reduziert und wird nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 81 Stadt Neresheim Stn-Id: 57		BE-ID: 1664 Der Gesetzgeber sieht zudem vor, den Ausbau der Windenergie sowohl durch die Ausweisung neuer Flächen als auch durch die Ertüchtigung alter Windenergieanlagen voranzutreiben. Hierfür wurde Projektierern in §245e und §249 im BauGB die Möglichkeit eingeräumt bis 2030 ein Repowering auch außerhalb von ausgewiesenen Gebieten durchzuführen.	Wird zur Kenntnis genommen. Das Repowering richtet sich nach den gesetzlichen Regelungen des § 16b des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG).
lfd. Ident-Nr.: 81 Stadt Neresheim Stn-Id: 57		BE-ID: 1665 Die Beeinträchtigung durch die Schallemissionen und durch den entstehenden Schattenwurf ist bei der Ausweisung von den Vorranggebieten zu prüfen.	Von Windenergieanlagen gehen Betriebsgeräusche im gesamten Frequenzbereich, also auch tieffrequenter Schall und Infraschall aus. Diese entstehen in Abhängigkeit der Windgeschwindigkeit v. a. durch Luftverwirbelungen an den Rotorblättern. Diese Schallemissionen werden nach der Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm (TA Lärm) geprüft. Der vom Emittenten ausgehende Schall (Emission) wird am Ort seines Eintreffens (Immission) auf eine mögliche Gefährdung hin beurteilt. So ist gewährleistet, dass sowohl konstruktive als auch destruktive Interferenzen durch mehrere Schallquellen und Umwelteinflüsse berücksichtigt werden. Vor der Genehmigung einer

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergieanlage prüft die jeweils zuständige Immissionsschutzbehörde (in der Regel das Landratsamt) die Einhaltung des Immissionsschutzrechtes (BImSchG) auf Grundlage der in der TA Lärm genannten Richtwerte. Für die Schallimmissionsprognose wird der lauteste Betriebszustand der Anlage zugrunde gelegt und ggf. vorhandene Vorbelastungen durch andere technische Anlagen werden berücksichtigt. Sofern es sich bei den Geräuschimmissionen um impulshaltigen Schall handelt, ist dies bei der Berechnung des Beurteilungspegels nach TA Lärm zu berücksichtigen (gem. A 2.5.3 im Anhang zur TA Lärm). Die besondere Charakteristik tieffrequenter Geräuschimmissionen wird unter Nummer 7.3 der TA Lärm mit Verweis auf Din 45680 beurteilt. Eine Überarbeitung der DIN 45680 befindet sich derzeit im Entwurf (DIN 45680:2020-06 - Entwurf, Erscheinungsdatum 22.05.2020). Bei Einhaltung der Richtwerte nach TA Lärm sind die Beeinträchtigungen des Menschen durch Schallimmission nicht erheblich. Daher werden bereits bei der Festlegung der Vorranggebiete Vorsorgeabstände zu Siedlungsflächen unter Berücksichtigung der TA Lärm eingehalten. Eine Prognose der tatsächlichem Immissionswerte kann erst bei Vorliegen der Anlagenstandorte und des Analgentyps auf Ebene der Genehmigungsplanung erbracht werden. Die weitere Berücksichtigung dieses Belangs auf Projektebene richten sich nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) gültigen Sach- und Rechtslage. Windenergieanlagen führen bei klaren Wetterbedingungen durch den bewegten Anlagenrotor zu optischen Immissionen und können dadurch als Belästigung empfunden werden. Für die tägliche als auch die jährliche Beschattungsdauer sind Immissionsrichtwerte festgelegt. Von einer erheblichen Belästigung wird bei einer Überschreitung der Grenzwerte durch alle einwirkenden Windenergieanlagen ausgegangen. Auswirkungen von optischen Immissionen durch Windenergieanlagen können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte bewertet werden. Die Einhaltung aller gesetzlichen Bestimmungen zum Bau und zum Betrieb, zur Gefahrenabwehr, zu potenziell schädlichen Umweltauswirkungen sowie zum Rückbau der Anlagen werden im Rahmen des Vorhabenzulassungsverfahren für jede einzelne Windenergieanlage (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) geprüft, wenn konkrete Windenergieanlagenstandorte bekannt und die verfügbaren Anlagentypen ausgewählt sind.
lfd. Ident-Nr.: 81 Stadt Neresheim Stn-Id: 57		BE-ID: 1666 -> Eine „Einkesselung“ der Ortschaften durch Flächenausweisungen der Nachbarkommunen und der bayrischen Regionalverbände ist bei der Bewertung zu betrachten und zu berücksichtigen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Für die genannten Bereiche ist gem. des angewandten Prüf- und Bewertungsmodells - auch mit Berücksichtigung der aktuellen Planungen des Nachbarverbandes Regionaler Planungsverband Augsburg - keine Überlastungssituation gegeben. Die notwendigen Freihaltewinkel gem. des Modells sind eingehalten bzw. freigehalten. Der Regionalverband erkennt jedoch die potenzielle Belastung in dieser Raumschaft. In Verbindung mit anderen Abwägungsbelangen wurde das Vorranggebiet 49 "Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen" im Rahmen der Abwägung und Erarbeitung des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 reduziert und wird nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Der Regionalverband Ostwürttemberg ist in regelmäßigem Austausch mit den Nachbarregionen - u.a. dem Regionalen Planungsverband Augsburg, um solche Belange möglichst tragfähig für die Region Ostwürttemberg einzubringen.
lfd. Ident-Nr.: 81 Stadt Neresheim Stn-Id: 57	VRG 49 Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen	BE-ID: 1667 5. Windhöffigkeit Die Windhöffigkeit ist in den ausgewiesenen Gebieten nur bedingt vorhanden. Vor allem die Vorranggebiete 49/1, 49/2 und 49/4 weisen nur eine sehr geringe Windhöffigkeit auf.	Die Anmerkung ist nicht zutreffend. Das Vorranggebiet 49 "Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen" liegt laut Windatlas des Landes Baden-Württemberg (LUBW, 2019) in einem sehr windhöffigen Bereich, d.h. die mittlere gekappte Windleistungsdichte in 160m über Grund beträgt in betreffendem Bereich überwiegend >215 W/m². In den Teilflächen 49/1, 49/2 und 49/4 liegt teilweise eine mittlere gekappte Windleistungsdichte zwischen 190 W/m² - 215 W/m² vor. Diese Teilflächen sind grundsätzlich für die Nutzung der Windenergie gut geeignet.
lfd. Ident-Nr.: 81 Stadt Neresheim Stn-Id: 57		BE-ID: 1668 6. Platzrunde / Luftsport: Auf der Gemarkung Neresheim befindet sich der Flugplatz Aalen-Heidenheim/Elchingen EDPA, der vom Verein Luftsportring Aalen e. V. betrieben wird. Für Motorflugzeuge ist eine nördliche Platzrunde mit 2.700 ft und für Segelflugzeuge eine südliche Platzrunde eingetragen. Die jeweiligen Vorsorgeabstände gemäß NFL 92/13 überschneiden sich mit den geplanten Vorranggebiete.	Wird nicht gefolgt Laut der zuständigen Luftfahrtbehörde des Regierungspräsidiums Stuttgart besteht für das Vorranggebiet 49 "Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen" kein Konflikt mit Strecke für Geradeausan- und Geradeausabflüge am Verkehrslandeplatz Aalen-Elchingen (vgl. Stellungnahme des Regierungspräsidiums Stuttgart, Stellungnehmer Ident-Nr. 187).
lfd. Ident-Nr.: 81 Stadt Neresheim Stn-Id: 57	VRG 49 Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen	BE-ID: 1669 Beschluss: Der Gemeinderat der Stadt Neresheim beantragt die Streichung der Vorranggebiete 49/1, 49/2, 49/3 und 49/4 aufgrund der oben genannten Punkte in der Stellungnahme gemäß beiliegender Karte (s. STN):	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Durch Berücksichtigung mehrerer Abwägungsbelange wurde das Vorranggebiet 49 "Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen" zur 1. Anhörung deutlich reduziert und nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 wird das Gesamtgebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 83 Stadt Oberkochen Stn-Id: 175		BE-ID: 1710 vielen Dank für die Beteiligung der Stadt Oberkochen am Verfahren über die Teilfortschreibung "Windenergie 2025". Der Gemeinderat der Stadt Oberkochen hat in seiner Sitzung am 17. Juni 2O24 folgende Stellungnahme zum 1. Anhörungsentwurf der Teilfortschreibung abgegeben: 1. Die Stadt Oberkochen sieht die Notwendigkeit, Vorrangflächen für Windkraft auszuweisen und begleitet dies positiv. Dies auch, um der in Ostwürttemberg ansässigen energieintensiven Industrie den Weg hin zu einer nachhaltigen Energieversorgung zu bereiten (Standortfaktor Erneuerbare Energien).	Wird zur Kenntnis genommen
lfd. Ident-Nr.: 83 Stadt Oberkochen Stn-Id: 175		BE-ID: 1711 2. Um gleichzeitig auch als lebenswerter Wohnort angesehen zu werden, wird die Einhaltung des Siedlungsabstands mit 1.000 Metern begrüßt. Analog zum bestehenden Vorranggebiet Nr.27 "Oberkochen" sollte auch bei den neu hinzukommenden Gebieten ein Schutzabstand von 500 Metern zum landschaftlich wertvollen Albtrauf eingehalten werden.	Wird zur Kenntnis genommen. Der Albtrauf ist als einzigartige geomorphologische Erscheinung im Plankonzept (Kriterienkatalog) als im Einzelfall zu prüfendes Kriterium berücksichtigt. Die Betroffenheit des Albtraufes wurde entsprechend einzelfallbezogen geprüft. Anlagebedingt ergibt sich durch Windenergieanlagen grundsätzlich eine Veränderung des Landschaftsbildes. Vor dem Hintergrund des § 2 EEG (überragendes öffentliches Interesse) wird im Rahmen der Gesamtabwägung der Windenergienutzung in den angesprochenen Bereichen der Vorrang eingeräumt. Hinweis: Im Raum Oberkochen ist die Albtraufkante aufgrund anderer planerischer Kriterien (u.a. Umgebungsabstand zu Siedlungsbereichen) im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 als Ausschlussbereich für die Windenergienutzung festgelegt.
lfd. Ident-Nr.: 84 Stadt Schwäbisch Gmünd Stn-Id: 113	VRG 60 Rechberger Buch	BE-ID: 1709 Die Stadt Schwäbisch Gmünd will ihren Beitrag zu einer erfolgreichen Energiewende und damit zur Erreichung unserer Klimaschutzziele (Klimaneutralität bis 2035) leisten. Dafür sind für uns nicht nur die Ausweisung von Flächen für Freiflächen PV Anlagen sondern auch für Windenergie erforderlich. Die Ausweisung des Vorranggebietes für regionalbedeutsame Windenergieanlagen Rechberger Buch (60) auf der Gemarkung Schwäbisch Gmünd und Heubach wird daher ausdrücklich begrüßt. Die Stadt Schwäbisch Gmünd plant mit der Stadt Heubach zusammen einen interkommunalen Windpark am Standort Rechberger Buch zu realisieren. Es ist vorgesehen, die hierdurch bereitgestellte elektrische Energie vorranig dem Nachhaltigen Technologiepark Aspen zur Verfügung zu Stellen. Der Nachhaltige Technologiepark Aspen ist wirtschaftspolitisch bedeutsam für die	Wird zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 60 "Rechberger Buch" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		gesamte Region. Als Teil der Modellregion grüner Wasserstoff gehören zum Technologiepark auch ein in räumlicher Nähe in Bau befindlicher Elektrolyseur, eine öffentlich zugängliche Wasserstoff-Tankstelle sowie eine Wasserstoff-Pipeline für die Bereitstellung von grünem Wasserstoff. Wir bitten um weitere Unterstützung bei dem interkommunalen Windenergieprojekt Rechberger Buch (60) und die Bereitstellung von Grüner Energie für den regionalbedeutsamen Standort „Nachhaltiger Technologiepark Aspen“.	
lfd. Ident-Nr.: 110 Gemeinde Urbach Stn-Id: 53		BE-ID: 1654 wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans der Region Ostwürttemberg und teilen mit, dass Belange der Gemeinde Urbach nicht berührt sind. Grundsätzlich unterstutzen wir alle Aktivtaten für eine verstärkte Nutzung regenerativer Energien unter Wahrung der Planungshoheit der Gemeinden und Regionen. Für das weitere Verfahren wünschen wir Ihnen viel Erfolg.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 115 Stadt Gaildorf Stn-Id: 230		BE-ID: 1742 Die Stadt Gaildorf hat zur vorgelegten Planung keine Bedenken und Anregungen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 121 Gemeinde Fichtenau Stn-Id: 10		BE-ID: 1368 vielen Dank für die Beteiligung am Verfahren zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 Ostwürttemberg. Als Bürgermeisterin der Gemeinde Fichtenau möchte ich Sie darauf hinweisen, dass bereits 10 WEA zwar nicht auf unserer Gemarkung stehen, aber in unserem direkten Blickfeld (5 WEA auf der Gemarkung der Gemeinde Jagstzell, 5 WEA auf der Gemarkung der Gemeinde Ellenberg). Nun habe ich erfahren, dass zwei weitere dazukommen sollen. Das heißt 12 WEA sehr nah an unserer Gemarkungsgrenze und dem Ortsteil Matzenbach. Deshalb bitte ich in Rücksichtnahme auf unsere Raumschaft, auf eine Flächenausweisung für weitere WEA zu verzichten.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg). Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Demnach kann auf eine weitere Ausweisung von Windenergiegebieten nicht "verzichtet" werden. Die Hinweise und Bedenken werden zur Kenntnis genommen. Das Vorranggebiet 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Das Vorranggebiet 41 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell West" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Anhörung und nach Beratung im Planungsausschuss am 31.01.2025 angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 121 Gemeinde Fichtenau Stn-Id: 10	Kartenteil VRG 42 Ellenberg / Jagstzell Ost	BE-ID: 1369 Zusätzlich habe ich in der Karte den Standort unserer Bildkapelle ("Matzenbacher Bild"), die der hiesigen Kirchengemeinde gehört, jedoch auf Gemarkung der Nachbargemeinde Jagstzell steht, markiert. Im Namen der Gemeinde Fichtenau, der katholischen Kirchengemeinde Matzenbach und vieler Wallfahrer bitte ich inständig, im direkten Umfeld dieser Kapelle auf die Erstellung von WEA zu verzichten. Dies soll weiterhin ein begehrter Wallfahrtsort bleiben. Daher bitte ich, die markierte Fläche als Potentialfläche zu streichen. Vielen Dank!	Wird gefolgt Die Bildkapelle Matzenbach liegt im östlichen Randbereich des Vorranggebiets 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost". Aufgrund der hohen Bedeutung der Kapelle als Wallfahrtsort sowie als Erholungsraum für die Bevölkerung der umliegenden Ortschaften, wird für die Kapelle der gleiche Umgebungsabstand (350m) wie für Flächen, die der kurzzeitigen Erholung dienen, entsprechend des Kriterienkatalogs als planerischer Ausschlussbereich nachgeführt. Nach der Anpassung des Vorranggebiets verbleiben zwei kleinere Teilflächen. In Verbindung mit anderen Belangen wird das Vorranggebiet 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 139 Gemeinde Medlingen Stn-Id: 304	VRG 67 Hermaringen	BE-ID: 1786 für die Gemeinde Medlingen bzw. für die bayerische Seite des „Medlinger Hart“ wurde in Zusammenarbeit mit RA Armin Brauns eine Stellungnahme zu geplanten Windenergiegebieten auf der bayerischen Seite erarbeitet. Im Rahmen des stattfindenden Planungsprozesses „Windenergie“ im Bereich des Regionalen Planungsverbandes Augsburg wurde diese Stellungnahme an den zuständigen RPV gesendet. Da sich der „Medlinger Hart“ auch auf BW-Gemarkungen (z. B. Hermaringen) erstreckt, sich die Sachverhalte „ähneln“ oder gar identisch sind, gilt die erarbeitete Stellungnahme einerseits für den bayerischen Teil des „Medlinger Hart“ als auch - in etwas modifizierter Art - für den BW Teil des Medlinger Hart. Deshalb gibt die Gemeinde Medlingen für den BW-Teil des Medlinger Hart eine fast gleichlautende Stellungnahme ab wie für den bayerischen Teil des Medlinger Hart.	Wird zur Kenntnis genommen. Die landesrechtlichen Vorgaben in Bayern und Baden-Württemberg weichen in Teilen voneinander ab. Auf die Rechtsgrundlagen wird in den zugehörigen Bearbeitungseinheiten eingegangen.
lfd. Ident-Nr.: 139 Gemeinde Medlingen Stn-Id: 304	VRG 67 Hermaringen	BE-ID: 1787 A. Vorbemerkung Wir gehen davon aus, dass der Planungsausschuss – ähnlich wie im bayerischen Gebiet - anstrebt, diejenigen Flächen, die nicht als Vorranggebiete bzw. Windeignungsgebiete festgelegt werden, als „weiße Flächen“ zu belassen. Zur Begründung wird angegeben, dass in diesen „weißen Flächen“ (unbeplante Flächen) Planungsmöglichkeiten für Gemeinden bestehen sollen. Dabei übersieht die Regionalplanung, dass derartige Planungen der Kommunen (Ausweisung von Konzentrationsflächen) ab dem 1.2.2024 nicht mehr möglich sind und dementsprechend das kommunale Planungsrecht (Planvorbehalt) ins Leere geht. Den Kommunen bleibt dann zwar noch die Ausweisung dieser Flächen als Sondergebiet zur Nutzung	Entsprechend des badenwürttembergischen Planungsrecht besteht in der Regionalplanung ausschließlich die Möglichkeit Gebiete für Standorte zur Nutzung erneuerbarer Energien nur als Vorranggebiete festzulegen(s. § 11 Abs. 7 LPlG BW). "Weiße Flächen" werden nicht festgelegt. Kommunen haben weiterhin die Möglichkeit auf Ebene der Bauleitplanung selbst Konzentrationszonen für Windenergieanlagen auszuweisen (vgl. § 245e Abs. 1 BauGB und § 249 Abs. 4 BauGB). Diese zusätzliche planerische Steuerungsmöglichkeit von Windenergievorhaben bietet Städten und Gemeinden die Chance, die Nutzung der Windenergie in kommunale Projekte wie bspw. die kommunale Wärmeplanung einzubinden, Bürgerwindenergieprojekte gezielt kommunal umzusetzen sowie die Standortvorteile für Gewerbe und Wohnen durch vergünstigten lokalen Strom aus erneuerbaren Energien weiterhin auszubauen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		der Windenergie. Dadurch werden aber die „weißen Flächen“ als potentielle Windkraftflächen letztlich ausgewiesen. Dadurch erhöht sich der prozentuale Anteil von 1,8 % noch erheblich. Gleichgültig ob eine Kommunalplanung durchgeführt wird oder nicht, besteht dann in diesen Flächen ab dem 1.2.2024 auf jeden Fall eine uneingeschränkte planungsrechtliche Zulässigkeit von Windkraftanlagen. Folgerichtig sind die „weißen Flächen“ als Potenzialflächen für die Windkraftnutzung zu betrachten. Ziel und Zweck der Regionalplanung soll aber sein, dass eine konkrete Begrenzung der Windenergie erfolgt. Dies ist sogar die Konzeption der Bundesregierung, die die bisherige Privilegierung der Windenergie in § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB durch die Ausweisung von Windeignungsgebieten einschränkt. Bei Erreichen des Flächenziels gelten dann alle Flächen, die nicht als Windeignungsflächen ausgewiesen sind, als Ausschlussflächen. Die hier vorgeschlagene Vorgehensweise des Regionalplaners widerspricht aber eindeutig dieser Konzeption der Bundesregierung und geht im Ergebnis noch weit über die landschafts- und naturzerstörende Wirkung der Gesetzesänderungen hinaus. Dies ist offensichtlich vom Regionalen Planungsverband nicht bedacht worden.	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg). In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete für Windenergienutzung als Vorranggebiete gesamtregional zu steuern. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Weiterhin werden im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 lediglich Vorranggebiete für die Nutzung der Windenergie (Standorte für regionalbedeutsame Windenergieanlagen) festgelegt. Darüber hinausgehende raumordnerische Festlegungen sind dem Regionalplan 2035 (Stand: Satzungsbeschluss 17.07.2024) zu entnehmen.
lfd. Ident-Nr.: 139 Gemeinde Medlingen Stn-Id: 304	VRG 67 Hermaringen	BE-ID: 1788 B. Konkreter Suchraum „Hermaringen“ bzw. Medlinger Hart Da der Regionale Planungsverband Ostwürttemberg aufgrund gesetzlichem Auftrag gehalten ist, nach geeigneten Flächen zur Windkraftnutzung zu suchen, sollen dem Planungsverband im Nachfolgenden jene Argumente und Gründe genannt werden, die einer Windkraftnutzung im Bereich Medlinger Hart unter Berücksichtigung des § 8 Abs. 1 Satz 1 Ziff. 2 ROG in Verbindung mit § 9 ROG sowie der entsprechenden Paragraphen und Artikel im jeweiligen Landesplanungsgesetz entgegenstehen und somit letztlich eine Nutzung für Windenergie ausschließen. Die Gemeinde Medlingen beantragt deshalb das beabsichtigte Vorbehaltsgebiet zur Nutzung der Windenergie bzw. die Windeignungsgebiete im Bereich Medlinger Hart ersatzlos zu streichen und stattdessen aufgrund der massiv entgegenstehenden und bestehenden öffentlichen Belange des Naturschutzes, des Landschaftsschutzes und des Denkmalschutzes die Fläche als	Wird nicht gefolgt Das Vorranggebiet 67 "Hermaringen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Im Zuge der Teilfortschreibung erfolgt keine "Ausweisung" von Ausschlussflächen. Die Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Ausschlussfläche auszuweisen.	
lfd. Ident-Nr.: 139 Gemeinde Medlingen Stn-Id: 304	VRG 67 Hermaringen	BE-ID: 1789 Bereits am 9.6.2017 wurde im Rahmen der Fortschreibung des Teilfachkapitels B IV. 2.4.2 „Nutzung der Windenergie“ des Regionalplans Augsburg eine ausführliche Stellungnahme abgegeben, die nach wie vor Gültigkeit und Aktualität besitzt und deshalb im Folgenden mit entsprechenden Ergänzungen nochmals vorgebracht wird.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 139 Gemeinde Medlingen Stn-Id: 304	VRG 67 Hermaringen	BE-ID: 1930 I. Belange des Naturschutzes, § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB i.V.m. dem BNatSchG: Nach § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB liegt eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange vor, wenn das Vorhaben die Belange des Naturschutzes beeinträchtigt. Die Belange des Naturschutzes sind unabhängig vom Naturschutzrecht zu prüfen und unterliegen der vollen gerichtlichen Kontrolle. Aus Gründen des Naturschutzes ist eine Ausweisung für Windenergienutzung an dem hier gegenständlichen Standort im Medlinger Hart zu versagen, da Belange des Vogelschutzes und des Fledermausschutzes in erheblichem Ausmaß beeinträchtigt werden.	Die Belange des Natur- und Artenschutzes - insb. besonders hochwertige Lebensräume für Flora und Fauna - sind im Planungskonzept berücksichtigt. Folgende Schutzgebiete und geschützte Bereiche für den Arten und Biotopschutz wurden nicht überplant: z.B. Naturschutzgebiete, Bann- und Schonwälder, Natura 2000-Gebiete, sowie naturschutzfachlich sehr hochwertige Bereiche für gesetzlich geschützte windenergiesensible Arten (Schwerpunktvorkommen der Kategorie A, Fachbeitrag Artenschutz) und Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege (Gesamtfortschreibung Regionalplan 2035). Weitere Schutzgebiete und wertvolle Bereiche wurden in die planerische Abwägung eingestellt und haben im Einzelfall zu einer Reduzierung der Gebietskulisse von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geführt. Hierzu gehören u.a. Waldrefugien, Landschaftsschutzgebiete und Wildtierkorridore. Für jedes Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere und Pflanzen, Tiere und biologische Vielfalt“ in der Strategischen Umweltprüfung ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfungsergebnisse wurden in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt.
lfd. Ident-Nr.: 139 Gemeinde	VRG 67 Hermaringen	BE-ID: 1931 Im Auftrag der Gemeinde Medlingen hatte im Jahr 2016 deshalb der	Wird nicht gefolgt Die landesweite Planungshilfe für die Regionalplanung zur

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Medlingen Stn-Id: 304		damalige Kreisvorsitzende des Landesbundes für Vogelschutz e.V. Reimut Kayser eine Ortsbesichtigung der geplanten Vorrangfläche in dem Gebiet „Medlinger Hart“ vorgenommen. Mit anwesend waren weitere Vogelexperten aus der Region. Es erfolgte eine Begehung des Medlinger Harts und dessen Umgebung. Sowohl Herrn Kayser als auch den anderen Vogelexperten ist die Gegend seit Jahren bestens bekannt. Die Experten kamen deshalb zu folgendem Ergebnis: Rotmilan: In der näheren Umgebung der geplanten Vorrangfläche gibt es voraussichtlich ca. 3-4 Traditionsreviere, möglicherweise auch innerhalb eines 1.000 m-Radius zum geplanten Vorranggebiet. Insgesamt ist eine hohe Rotmilandichte festzustellen. Festzuhalten ist auch, dass der nordwestliche Landkreis Dillingen eines von insgesamt drei Dichtezentren von Rotmilanen in Bayern ist (+ Unterallgäu und Rhön). Quelle: 5. Ornithologische Fachtagung des LfU, Vogelschutzwarte, Februar 2015; bundesweite Rotmilan-Kartierung des Landesbund für Vogelschutz, 2011/12, Koordination von Reimut Kayser; Diese damaligen Erkenntnisse des Fachmannes Reimut Kayser haben sich in den letzten Jahren vollständig bestätigt. Mittlerweile haben alljährlich mehrere Rotmilane das genannte Gebiet als Brutstätte und als Nahrungshabitat ausersehen. Es ist dementsprechend von einem sogenannten Dichtezentrum der Rotmilane auszugehen. Schwarzstorch: In den letzten Jahren wurden auch immer wieder Schwarzstörche in der Gegend rund um die geplante Vorrangfläche gesichtet. Während der Begehung ist zudem von allen Teilnehmern ein Schwarzstorch gesichtet worden (07.03.2016, ca. 11:00 Uhr). Grau- und Silberreiher: Hohe Dichte in der nahe gelegenen Brenzaue zwischen Hermaringen und Brenz. Fledermaus: In dem betroffenen Waldgebiet ist alter Laubwaldbestand festzustellen und damit ist mit einem „guten“ Vorkommen verschiedener Fledermausarten zu rechnen. Zusammenfassung: Anhand der aktuellen Beobachtungen und anhand der Erfahrungen der letzten Jahre ist das geplante Vorbehaltsgebiet für Windkraftanlagen aus Sicht des Vogelschutzes nicht vertretbar und somit abzulehnen. Soweit die Einschätzung der Experten. Anlage 1: Gesprächsnotiz Reimut Kayser u.a.	Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Ausweisung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung („Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ der LUBW, 2022) wurde bei der Konzepterstellung und Festlegung von Vorranggebieten im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt. Damit erfolgte eine fachlich fundierte und standardisierte Berücksichtigung des Artenschutzes, die zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz beiträgt. Das Vorranggebiet 67 "Hermaringen" liegt nicht innerhalb von Schwerpunktvorkommen der Kategorie A oder B des Fachbeitrags. Die in der Stellungnahme genannten Arten Rotmilan und Graureiher sowie windenergiesensible Fledermausarten sind über die kategorisierten Schwerpunktvorkommen des o.g. „Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie“ bereits berücksichtigt. Die eingebrachten Informationen bewegen sich im Rahmen der Annahmen, die im Fachbeitrag zum Verhältnis der kategorisierten Schwerpunkträume zu den tatsächlichen Artvorkommen getroffen wurden. Die Information zu der Sonderstatusart Schwarzstorch wurde entsprechend den Angaben des Fachbeitrags im Kapitel 2.1 und 2.2 behandelt. Da dem Regionalverband keine validen Daten für die aufgeführte Art im Bereich des genannten Vorranggebiets vorliegen, kann keine gesonderte Einzelfallprüfung (vgl. Kap. 4.3.1 b) des Fachbeitrags) umgesetzt werden. Der genannte Silberreiher zählt nicht als kollisionsgefährdete Brutvogelart (vgl. Anlage 1 zu § 45b Abs. 1 bis 5 BNatSchG. Die weitere Berücksichtigung des Artenschutzes auf Projektebene (im nachgelagerten Verfahren) richtet sich nach der zum Zeitpunkt des Genehmigungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage hinsichtlich des Eingriffsausgleichs und gegebenenfalls der artenschutzrechtlichen Prüfung. Weiterhin sind die gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen nicht Bestandteil dieser Anhörung.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Diese Erkenntnisse der Experten wird auch bestätigt durch den „Atlas der Brutvögel in Bayern“, herausgegeben vom Bayerischen Landesbund für Umwelt, dem Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V. und der Ornithologischen Gesellschaft in Bayern e.V.. Verwiesen wird insoweit auf Seite 82 (Rotmilan), Seite 83 (Schwarzmilan), Seite 81 (Sperber), Seite 56 (Wachtel). Hinsichtlich dieser Arten, insbesondere Rotmilan und Schwarzmilan liegen hohe, so genannte Häufigkeitsklassen vor. Es handelt sich hier also um jeweilige Dichtezentren dieser Vogelarten. Auch die Hinweise zur Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen - Bayerischer Windkrafterlass - sieht sowohl in der geltenden Fassung vom 20.12.2011, als auch im derzeit novellierten Entwurf den absoluten Schutz dieser artengeschützten Vögel vor (vgl. Ziff. 9.4.1). Im vorliegenden Fall sind sowohl die Brutstätten, als auch die Raumnutzung betroffen. Insoweit wird auch auf die novellierten Abstandsregelungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten im so genannten „Helgoländer Papier 2“ verwiesen. Wie bereits oben ausgeführt, kommen die Experten zu dem Ergebnis, dass es sich vorliegend um ein Dichtezentrum der Rotmilane in diesem Bereich handelt. Von einem Dichtezentrum wird dann gesprochen, wenn mindestens drei Brutplätze innerhalb eines Aktionsraumes vorhanden sind. Rotmilane besitzen Aktionsradien von ca. 6.000 m und darüber hinaus um den Horst. Insgesamt ist deshalb festzustellen, dass hier ein Verbotstatbestand des § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB i.V.m. § 44 Abs. 1 BNatSchG hinsichtlich der genannten Arten vorliegt, so dass sich hier eine Ausweisung als Windeignungsgebiet verbietet. Diese bereits im Jahr 2016 und 2017 vorgetragenen entgegenstehenden Belange wurden in der Stellungnahme vom 9.6.2017 durch die Stellungnahme des LBV vom 26.5.2017 bestätigt und erhärtet. Bestätigt ist damit auch das Vorkommen von Uhu und Waldschnepfe. Anlage 2: Stellungnahme des LBV vom 26.5.2017 - als Anl. 2 In dieser Stellungnahme verweist der LBV darauf, dass im Fall der Genehmigung von Windkraftanlagen der Verbotstatbestand des § 44 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB realisiert wird. Des Weiteren stellt der LBV in seinen Ausführungen dar, dass auch ein Ausnahmetatbestand des § 45 BNatSchG nicht eingreifen kann. Im Rahmen der Prüfung einer Ausnahmeregelung ist eine Abwägung zwischen den Rechtsgütern vorzunehmen. Hier wird vom Landesbund für Vogelschutz sehr ausführlich und fachkundig dargelegt, dass aufgrund mangelnder Windhöffigkeit keine effiziente Energieversorgung stattfinden kann. Das öffentliche	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Interesse an Versorgung durch erneuerbare Energien überwiegt hier keinesfalls die massiven naturschutzrechtlichen Eingriffe. Gleiches gilt für Landschaftsschutz und Denkmalschutz. Der Regionale Planungsverband Augsburg verweist in seiner E-Mail vom 8.9.2023 (wir gehen davon aus, dass das auch Ihre Sichtweise ist) an die Gemeinde Medlingen darauf, dass die „aktualisierte Naturschutzfachliche Methodik“ bei der Erarbeitung von Suchräumen einfließen müsse. Gemeint sind damit offensichtlich die gesetzlichen Änderungen der jetzigen Bundesregierung im Herbst 2022 und Frühjahr 2023. Hierzu folgende Anmerkungen: Der Bundesgesetzgeber hat mit § 44 Abs. 1 BNatSchG geschützte Arten unter besonderen Schutz gestellt. Durch die jetzt durch die derzeitige Bundesregierung verfügten Ausnahmevorschriften in § 45b BNatSchG wird dieser ursprüngliche Schutz des § 44 Abs. 1 BNatSchG unionsrechtswidrig ausgehöhlt bzw. teilweise sogar beseitigt. Abweichungen sind aber nur nach Art. 9 Abs. 1 V-RL erlaubt und zwar im Interesse der Gesundheit und der öffentlichen Sicherheit (Buchstabe a).	
lfd. Ident-Nr.: 139 Gemeinde Medlingen Stn-Id: 304	VRG 67 Hermaringen	BE-ID: 1932 Das Merkmal „der öffentlichen Sicherheit" Der Bundesgesetzgeber legt mit der neuen Regelung fest, dass der Betrieb einer Windkraftanlage stets der öffentlichen Sicherheit dient. Es wird aber damit verkannt, dass es einem Mitgliedstaat verwehrt ist, einen unionsrechtlichen Begriff rein national zu definieren, um über diesen Weg in den Anwendungsbereich einer Ausnahmeregelung in der V-RL zu gelangen. In Rechtsprechung und Literatur ist seit langem geklärt, dass jeder im Unionsrecht verwendete Begriff autonom in seinem spezifischen unionsrechtlichen Sinne aus sich selbst heraus auszulegen ist, und dass es wegen der notwendig einheitlichen Geltung des Unionsrechts unter allen Mitgliedstaaten keine Verweisung auf innerstaatliche Sinngehalte geben kann. Insoweit ist zu verweisen auf zwei Entscheidungen des EuGH aus den Jahren 2018 und 2019; vgl. EuGH, Urteil vom 6.3.2018 - C-284/16 Rn. 33 EuGH Urteil vom 11.4.2019-C-483/17 Rn. 36 sowie auf die weitere Entscheidung des EuGH, Urteil vom 10.12.2018-C-621/18, Rn. 47. Hierin ist unter anderem klar festgelegt, dass das Unionsrecht dadurch gekennzeichnet ist, dass es einer autonomen Quelle, den Verträgen, entspringt und Vorrang vor dem Recht der Mitgliedstaaten hat. Dies deckt sich letztlich auch mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach der Grundsatz der autonomen Auslegung des Unionsrechts von deutschen Gerichten beachtet werden muss; vgl. BVerfG, Beschluss vom 9.1.2001 - 1 BvR1036/99. Speziell hinsichtlich der öffentlichen	Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie § 20 KlimaG. Der Belang "Artenschutz" wird in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 gem. der gesetzlichen Vorgaben (vgl. WindBG, EEG, KlimaG BW, BNatSchG usw.) berücksichtigt und abgewogen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind allerdings nicht Bestandteil dieser Anhörung.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Sicherheit hat der EuGH ausgeführt, dass dieser Begriff streng zu verstehen ist, sodass „ihr Umfang nicht einseitig von jedem der Mitgliedstaaten ohne Kontrolle durch die Organe der Europäischen Gemeinschaft festgelegt werden kann." Damit verbietet sich das Vorgehen der Bundesregierung für einen einzelnen Mitgliedstaat den unionsrechtlichen Begriff der „öffentlichen Sicherheit" eigenständig-zumal entgegen der EuGH-Rechtsprechung und undifferenziert zu definieren. § 2 EEG sowie § 45b BNatSchG verstoßen dementsprechend gegen Art. 9 V-RL. Eine konkrete Einzelfallabwägung zwischen dem Artenschutz und anderen Belangen kann deshalb auf dieser Grundlage nicht mehr erfolgen. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die bezeichneten Neuregelungen europarechtlicher Prüfung nicht standhalten werden. Auf den Verstoß gegen Art. 20a GG wird ebenfalls noch verwiesen. Die Reduzierung des Artenschutzes auf Geldleistungen soll auf radikale Weise den Weg für Windkraftanlagen öffnen, ohne Rücksicht auf artenschutzrechtliche Belange. Dies kann und wird insbesondere unter dem Aspekt europarechtlicher Normen rechtlich keinen Bestand haben.	
lfd. Ident-Nr.: 139 Gemeinde Medlingen Stn-Id: 304	VRG 67 Hermaringen	BE-ID: 1933 II. Landschaft/Landschaftsschutz/Denkmalschutz Landschaft/Landschaftsschutz: Die Ausweisung von Windeignungsgebieten im Bereich des Medlinger Hart (unabhängig welche Gemarkung und welches Bundesland) und eine spätere Genehmigung von Windkraftanlagen verbieten sich aus Gründen des Landschaftsschutzes und des Denkmalschutzes in diesem Bereich. Hier ist zunächst die Maßgabe des § 35 Abs. 3 Satz 1 Ziffer 5 BauGB von Bedeutung. Es handelt sich bei § 35 BauGB – wie bereits oben angeführt – um eine bauplanungsrechtliche Norm. Wenn Genehmigungsfähigkeit nach bauplanungsrechtlichen Grundsätzen nicht gegeben ist, kann auch eine dahingehende Vorrangflächenausweisung oder Ausweisung als Windeignungsgebiet und Genehmigung von Windkraftanlagen nicht stattfinden. Der Gesetzgeber bestimmt mit § 35 Abs. 1 BauGB, dass ein Vorhaben im Außenbereich nur zulässig ist, wenn insbesondere öffentliche Belange nicht entgegenstehen. Wann eine Beeinträchtigung öffentlicher Belange vorliegt, definiert u. a. § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB. Bauvorhaben sind dann nicht zulässig, wenn das Vorhaben die natürliche Eigenart der Landschaft und ihren Erholungswert sowie Belange des Denkmalschutzes beeinträchtigt oder das Orts- und Landschaftsbild verunstaltet; § 35 Abs. 3 Satz 1 Ziffer 5 BauGB. Durch die heute üblichen überdimensional hohen Anlagen mit ca. 250 m wird die natürliche Eigenart der Landschaft und die einzigartige Kulturlandschaft, die sich in den letzten	Wird nicht gefolgt Die Aspekte des Schutzgutes "Landschaft" sind im Planungskonzept berücksichtigt (u.a. durch das planerische Leitprinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen). Für jedes Vorranggebiet wurden die erheblichen Umweltauswirkungen auf das Schutzgut „Landschaft“ ermittelt und in Steckbriefen dokumentiert. Ebenso wird im weiteren Verfahren das Planungskonzept insgesamt auf erhebliche Umweltauswirkungen auf das Schutzgut "Landschaft" untersucht. Zur Beurteilung der Erheblichkeit von Umweltauswirkungen wurden Erheblichkeitsschwellen definiert, die an die Maßstabsgröße der regionalen Planungsebene angepasst sind. Diese Prüfergebnisse werden im weiteren Planungsprozess in die regionalplanerische Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG eingestellt. Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Erneuerbaren Energien sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen gemäß § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die Erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden (vgl. §2 EEG). Da mit dem hier vorgebrachten Belang kein atypischer Ausnahmefall vorliegt, wird in der regionalplanerischen Abwägung der Erzeugung erneuerbarer Energien der Vorrang eingeräumt. Die Entwicklung des Tourismus ist wie auch die Bevölkerungsentwicklung von vielerlei Faktoren und Akteuren abhängig. Die Belange des Tourismus

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Jahrhunderten herausgebildet hat, in diesem Bereich zerstört. Auch der Tourismus steht mit dem Landschaftsschutz und dem Schutz der einzigartigen Kulturlandschaft in engem Zusammenhang. Die Aufzählung der geschützten und schützenswerten Güter in § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB ist nicht abschließend aufgeführt, sondern nur exemplarisch dargestellt. Der Gesetzgeber hat hier die für nahezu sämtliche Bereiche des Landes geltenden Schutzgüter aufgelistet. Darüber hinaus unterstützt auch die Politik den Erhalt der Kulturlandschaft und die Förderung des Tourismus im ländlichen Raum. Es gilt der Landflucht entgegenzuwirken. Entsprechende landschaftsbestimmende dominierende Windkraftanlagen werden aber kontraproduktiv dazu beitragen, die Landschaft und damit den Erholungswert zu schmälern. Erholungssuchende werden sicher nicht Orte aussuchen, an denen sie den entsprechenden Industrieanlagen begegnen und sie diese allgegenwärtig zu Gesicht bekommen. Die Zahl jener, die den Anblick von Windkraftanlagen in ansonsten unberührter Natur „genießen“, dürfte überschaubar sein. Die Entwertung der Landschaft führt zweifelsohne auch zur Entwertung der Lebensqualität. Städte und Gemeinden im ländlichen Bereich sind bemüht, durch viele auch staatlich geförderte Projekte ihre Orte attraktiv zu gestalten, um sowohl die Ansiedlung junger Familien zu fördern, die sicherlich, wenn sie sich näher über Windräder informieren, sich hier nicht ansiedeln wollen. Die neuen Baugebiete werden stark davon betroffen sein. Diese privaten und öffentlichen Mittel sind vertan, wenn die Landschaft derartige Entwertung erfährt.	sind mittelbar (z.B. über Siedlungsflächen für die Erholung mit entsprechenden Umgebungsabständen, Bereiche mit sehr hoher Landschaftsbildqualität oder in höchstem Maße raumwirksame Kulturdenkmale, darunter auch UNESCO-Welterbestätten) als Ausschlusskriterien oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien in die Auswahl und Bewertung eingeflossen. Zudem sind entsprechende Aspekte über die Schutzgüter "Menschen und menschliche Gesundheit", „Kultur- und Sachgüter“ und "Landschaft" in die Strategische Umweltprüfung eingeflossen. Touristische Belange, sowie die Belange der Freizeit- und Erholungsnutzung wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG einbezogen, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde. Hinsichtlich der aufgeführten Aspekte zur Erholung ist wird darauf hingewiesen, dass ohne einen Regionalplan mit Steuerungswirkung die genannten Nutzungen einem ungesteuerten Zustand ausgesetzt würden. Windenergieanlagen werden im Freiraum errichtet, wodurch ein Konfliktpotenzial zwischen verschiedenen Flächennutzungen und -funktionen entstehen kann. Die Regionalplanung nimmt eine Abwägungsentscheidung gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zwischen dem Interesse der Windenergienutzung und entgegenstehender räumlicher Nutzungsansprüchen bzw. -interessen vor. Wie oben erläutert, kommt den Erneuerbaren Energien durch § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz ein besonderes Gewicht im Rahmen der Abwägung zu, wonach die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen und einen Gewichtungsvorrang haben. Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Bereiche mit Erholungsnutzung sind nicht in Gänze auszuschließen. Flächen für die Erholung werden in der vorliegenden Planung durch planerische Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien bei der Auswahl der Flächen berücksichtigt. Nach § 8 ROG sowie § 2a LplG ist bei der Aufstellung bzw. Fortschreibung eines Regionalplans eine Umweltprüfung durchzuführen, in welcher die voraussichtlich erheblichen Auswirkungen des Plans auf die im UVPG geregelten Schutzgüter, u.a. dem Schutzgut Mensch, insbesondere die menschliche Gesundheit, zu ermitteln, zu bewerten und zu berücksichtigen ist. Eine potenzielle Beeinträchtigung der Erholungsfunktion wird in diesem Rahmen behandelt. Auf regionaler Planungsebene angesichts der Maßgaben des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz weisen die durch die Flächenauswahl verbliebenen Gebiete keine unzumutbaren Beeinträchtigungen der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Erholungsfunktion auf und die berücksichtigten Vorsorgeabstände gehen über das gesetzlich erforderliche Maß hinaus und sind aus planerischer Sicht ausreichend. Durch die regionale Steuerung wird ein Verbleiben von Erholungsräumen ermöglicht, sie bietet hierzu eine langfristige Orientierung zur Entwicklung der verschiedenen Raumnutzungen. Die Größe der Vorranggebiete ermöglicht eine möglichst schonende Positionierung der Anlagenstandorte, welche im Vorhabenzulassungsverfahren (i.d.R. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren mit Konzentrationswirkung) eingehend betrachtet wird. Potenzielle schädliche Umweltauswirkungen von Windenergieanlagen werden durch rechtliche Regelungen und Leitlinien eingegrenzt und können erst bei Kenntnis konkreter Anlagenstandorte im Vorhabenzulassungsverfahren detailliert geprüft werden. Dabei werden Umwelteinwirkungen eingehend betrachtet und sind wesentliche Grundlagen für die endgültige Genehmigungsentscheidung nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 139 Gemeinde Medlingen Stn-Id: 304	VRG 67 Hermaringen	BE-ID: 1934 Denkmäler Eine hervorragende Bedeutung nehmen aber die in Medlingen und Umgebung vorhandenen Denkmäler ein. An diesem Sachverhalt hat sich nichts geändert. § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB schützt nach wie vor auch die Denkmäler. Es wurde zwar versucht, vor dem Hintergrund der maßlosen Förderung der Windindustrie - (§ 2 EEG) - den Schutzbereich der Denkmäler einzuschränken. Hierbei wurde aber übersehen, dass der entgegenstehende Belang des Denkmalschutzes nach wie vor existent ist. In Sichtbeziehung zu den geplanten Windkraftanlagen bzw. zu dem geplanten Vorbehaltsgebiet befinden sich eine Reihe von Denkmälern, die eine landschaftliche Wirkung entfalten. Beeinträchtigungen dieser Denkmäler sind dort zu erwarten, wo Windkraftanlagen eine erhebliche Sichtbarkeit erzielen, in Konkurrenz zu den Denkmälern stehen und negative Auswirkungen auf die schutzwürdige Umgebung der Denkmäler haben. Dies bestätigt das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege im Schreiben vom 5.4.2013 anlässlich der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange in einem damals anhängigen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren auf diesen besagten Flächen. Anlage 3: Schreiben des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege vom 5.4.2013 - Medlingen, Obermedlingen, Hauptstraße 11, ehemalige Dominikanerklosterkirche, jetzt Stiftskirche Mariä Himmelfahrt, Anfang des 18. Jahrhunderts - Medlingen, Obermedlingen, ehemaliges Dominikanerkloster mit Nebengebäuden und nahezu vollständig erhaltenem	Wird nicht gefolgt Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Berücksichtigung der Belange des Denkmalschutzes auf Ebene der Regionalplanung entspricht der aktuellen, zuletzt zum 11. Februar 2023 geänderten Rechtslage nach dem Denkmalschutzgesetz BW. Der sogenannte Umgebungsschutz (vgl. § 15 DSchG) ist danach für die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmalen zu berücksichtigen. Der Regionalverband Ostwürttemberg hat in enger Abstimmung mit dem Landesamt für Denkmalpflege (Regierungspräsidium Stuttgart, Abteilung 8) die in höchstem Maße raumwirksamen Kulturdenkmale innerhalb sowie im Grenzbereich der Region eingehend geprüft. Für die in der Stellungnahme aufgeführten Kulturdenkmale besteht nach aktuellem Kenntnisstand des Regionalverbandes keine erhebliche Beeinträchtigung. Zudem liegt von dem zuständigen bayerischen Landesamt für Denkmalpflege keine Stellungnahme zur 1. Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 vor. Das Vorranggebiet 67 "Hermaringen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Weiterhin sind bei den nachfolgenden Planungen und Genehmigungsverfahren die Belange des Denkmalschutzes mit der dort notwendigen Tiefenschärfe zu prüfen, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Gesamtkomplex Bei sämtlichen Gebäuden handelte sich um unter Ensembleschutz stehende Denkmäler von hohem Schutzwert. Zur exakten Beschreibung wird auf die Stellungnahme des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege vom 5.4.2013 verwiesen. Das Bayerische Landesamt für Denkmalpflege hat am 18.2.2016 eine weitere Stellungnahme abgegeben und zwar im Hinblick auf die geplante Teilfortschreibung Windkraft des Regionalplans Augsburg. Das Landesamt kommt hier zu dem Ergebnis, dass insbesondere sowohl die katholische Stiftskirche Mariä Himmelfahrt in Obermedlingen als auch die gesamte Klosteranlage von hohem Denkmalschutzwert sind. Der Kirchturm der Stiftskirche gilt als der höchste Kirchturm im Landkreis und darüber hinaus in ganz Nordschwaben. Auf Raumwirkung setzte man mit der gesamten Westfassade der Kirche. Die Kirche wurde als landschaftsprägendes Denkmal erkannt und in eine vom Landesamt für Denkmalpflege erstellte Liste „landschaftswirksamer Denkmäler“ eingetragen. Das Landesamt führt weiter aus, dass eine wesentliche Denkmaleigenschaft dieser Baudenkmäler in der besonderen Landschaftswirkung, Sichtbarkeit und bewusste Sichtbarmachung. In der Landschaft durch Bauart, Größe, Inszenierung, Lage oder Ausstattung besteht. Es gelte grundsätzlich, die Umgebung bedeutender landschaftswirksamer Denkmäler regelmäßig von Windkraftanlagen freizuhalten. Im vorliegenden Fall handelt es sich bei der Klosteranlage um eine derart hervorragende und landschaftsprägende Anlage, die über viele Kilometer hinweg landschaftsprägend wirkt. 200 m hohe Windkraftanlagen im Bereich einer Entfernung von lediglich ca. 3 km beeinträchtigen diese über zig-Kilometer sichtbare Anlage erheblich und zerstören die gesamte landschaftsprägende Struktur. Anlage 4: Stellungnahme des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege vom 18.2.2016 Bestätigt wird diese Einschätzung auch vom Kreisheimatpfleger des Landkreises Dillingen, Herrn Alois Sailer in dessen Stellungnahme vom 15.2.2016. Nach Meinung des Kreisheimatpflegers würde diese technische Anlage auf der Waldhöhe jene gewaltige Landmarke, die der Kirchturm der Klosteranlage von Obermedlingen darstellt, nicht nur optisch schädigen. Wenn man sich dieses Landschaftsbild auf der so genannten „Hochterrasse“ zwischen Donau und Schwäbischer Alb vor Augen führt, so verlöre diese Heimat auch seinen kulturellen Blickpunkt. Aus diesem Grund lehnt der	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Kreisheimatpfleger die Vorbehaltsfläche ab. Anlage 5: Schreiben des Kreisheimatpflegers vom 15.2.2016 In diesem Zusammenhang verweise ich auf ein Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18. Juli 2013,22 B 12.1741 (Stadt Lauf, Landkreis Nürnberger Land). Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat hier in diesem Urteil zwei wesentliche Aussagen zum Denkmalschutz getroffen. Das Gericht hat hier festgestellt, dass der Einschätzung des Landesamts für Denkmalpflege zwar keine rechtliche Bindungswirkung zukommt, die Einschätzung des Landesamtes aber von tatsächlichem Gewicht ist. Weiter hatte das Gericht hier die Beziehung zwischen einer Schlossanlage und einer einzelnen Windkraftanlage zu beurteilen. In besagtem Fall lag die Schlossanlage sogar in einer Talsenke ohne Fernwirkung. Gleichwohl hat sowohl das Landesamt für Denkmalpflege als auch der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die Schutzwürdigkeit nach den Grundsätzen des Denkmalschutzes für gegeben erachtet und den Bau der einzelnen Windkraftanlage (150 m Gesamthöhe) abgelehnt. Überträgt man die vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs angestellten Betrachtungen, muss hier ebenfalls die Schlussfolgerung gezogen werden, dass ein gesamtes Vorbehaltsgebiet mit noch nicht exakt definierbarer Anzahl von riesigen Anlagen mit ca. 250 m Gesamthöhe, nicht zulässig sein kann. Weiter zu beachten ist, dass sich die besagte Klosteranlage Obermedlingen auf einem Höhenniveau von ca. 440 m über NN befindet und die Vorbehaltsfläche auf ca. 500 m über NN liegt. Allein der Niveauunterschied von ca. 60 m addiert zur Gesamthöhe der einzelnen Windkraftanlagen ergibt eine Gesamthöhe von ca. 300 m. Diese absolute Dominanz „erschlägt“ sozusagen die gesamten genannten Denkmäler, in erster Linie aber die Klosteranlage Obermedlingen. Insgesamt steht somit auch der öffentliche Belang des Denkmalschutzes nach § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB der Ausweisung des Vorbehaltsgebietes Medlingen entgegen.	
lfd. Ident-Nr.: 139 Gemeinde Medlingen Stn-Id: 304	VRG 67 Hermaringen	BE-ID: 1935 Wanderweg „Sinne-Reich“ Der überregionale Wanderweg „Sinne-Reich“ führt sehr nahe am geplanten Windenergie-Vorranggebiet auf Hermaringer Flur vorbei. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Internetauftritt http://www.dillingerland.de/sinne-reich.php	Wird zur Kenntnis genommen. Der in der Stellungnahme aufgeführte Internetverweis (Link) ist nicht verfügbar ("Datei nicht gefunden", zuletzt abgerufen am 13.01.2025).
lfd. Ident-Nr.: 139 Gemeinde Medlingen Stn-Id: 304	VRG 67 Hermaringen	BE-ID: 1936 Anlage 7: Ausdruck Internetauftritt Donautal-Panoramaweg Sinne-Reich Dieser einzigartige Donautal-Panoramaweg zwischen Brenztal, Bachtal und Egau nimmt seinen Anfang in Medlingen und führt	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Der Donautal Panoramaweg befindet sich außerhalb des geplanten Vorranggebietes 67 "Hermaringen". Demnach ist eine Zerstörung des Weges durch die Teilfortschreibung Windenergie 2025 nicht erkennbar. Touristische Belange, sowie die Belange der Freizeit- und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		sehr nahe am geplanten Vorranggebiet Hermaringen vorbei. Der Weg lebt - wie der Name schon sagt - vom Reiz der menschlichen Sinne. Er bietet Ruhe in der Natur aber auch Berührung der Sinne - Sehsinn, Hörsinn, Geruchssinn, Gleichgewichtssinn und sogar Lebenssinn. Hier werden tief im Inneren schlummernde Sinne angeregt. Emittierende Windkraftanlagen werden diesen einzigartigen Weg und auch diese für die Gemeinde Medlingen und die gesamte Region touristisch wichtige Einrichtung zerstören.	Erholungsnutzung wurden gemäß ihrem Gewicht in die Abwägungsentscheidungen gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 ROG einbezogen, wobei nach § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) dem Belang des Ausbaus erneuerbarer Energien ein deutlich höheres Gewicht beigemessen wurde.
lfd. Ident-Nr.: 139 Gemeinde Medlingen Stn-Id: 304	VRG 67 Hermaringen	BE-ID: 1937 Regionalplan Ostwürttemberg - Grünzug Der Regionalplan Ostwürttemberg weist bis zur Grenze Baden-Württemberg/Bayern bzw. Gemeinde Flur Sontheim/Brenz-Obermedlingen (also direkt bis zum geplanten Vorbehaltsgebiet) - auf Württemberger Seite - einen regionalen Grünzug und einen schutzbedürftigen Bereich für die Forstwirtschaft aus. Diese Gebiete enden mitten im Wald, im Medlinger Hart an der Landesgrenze bzw. an den Grenzen des ostwürttembergischen Regionalplans. Die Ausschlusstatbestände betreffen einerseits die BW-Seite des Medlinger Hart und andererseits auch das Gebiet auf bayer. Seite.	Wird nicht gefolgt Die aufgeführten raumordnerischen Festlegungen (Regionaler Grünzug und Vorbehaltsgebiet für Forstwirtschaft (und Waldfunktionen) des Regionalplans 2035 (Stand: Satzungsbeschluss 17.07.2024) stellen keinen Ausschluss ("Ausschlusstatbestand") für die Nutzung der Windenergie dar. Überdies sollen die Regionalen Grünzüge gem. § 11 Abs. 3 Nr. 7 Satz 2 LplG BW unverzüglich und aus Gründen des überragenden öffentlichen Interesses und der öffentlichen Sicherheit sowie der besonderen Bedeutung der erneuerbaren Energien im Sinne des § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für Windkraft- und Freiflächen-Photovoltaikanlagen geöffnet werden.
lfd. Ident-Nr.: 139 Gemeinde Medlingen Stn-Id: 304	VRG 67 Hermaringen	BE-ID: 1938 III. Fehlende Energieeffizienz/fehlende Windhöffigkeit/Winddichte Bereits die Potenzialanalyse Windenergie für den Landkreis Dilllingen – Medlinger Hart/Gemeinde Medlingen (Stand 2012) zeigt, dass die hier gegenständliche geplante Vorbehaltsfläche Medlingen noch nicht einmal den Mindestanforderungen an Energieeffizienz genügt. Die dort angegebenen Volllaststunden sind nicht empirisch nachgewiesen, sondern beruhen auf vagen Hochrechnungen ausgehend von einem Datensatz aus dem statistischen Windfeldmodell des Deutschen Wetterdienstes. Diverse topographische Einflüsse, Anströmwinkel und dergleichen können bei derartigen Modellen nicht berücksichtigt werden. Die so gewonnenen angeblichen Ertragswerte sind nicht belastbar und können schon gar nicht Grundlage für die Ausweisung einer Vorbehaltsfläche sein. Windmessungen wurden nach unserem Kenntnisstand nicht durchgeführt. Aus einer Neubewertung der Standortanalyse aus dem Jahr 2012 folgt, dass die Windgeschwindigkeiten in einer Höhe von 160 m nur in einem Bereich von ca. 5,58 m/s liegen. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass aus heutiger Sicht keine der Standorte im Bereich Medlinger Hart/Medlingen empfohlen werden können. Dies gilt im Übrigen auch bei einer Prognose in 180 m Höhe. Wir gehen davon aus, dass sich dieser Sachverhalt auch auf BW-Seite des Medlinger Hart ähnlich oder genauso darstellt.	Wird nicht gefolgt Die Berücksichtigung der mittleren gekappten Windleistungsdichte bei den Planungskriterien dient der Identifizierung der Flächen mit einem günstigen Verhältnis zwischen dem potenziellen Energieertrag und einer möglichen Konfliktträchtigkeit der Fläche. Der Windatlas Baden-Württemberg 2019 stellt dabei die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, die von den Regionalverbänden für ihre Planung zugrunde gelegt wird. Im Ergebnis stellt der Windatlas eine für die Region Ostwürttemberg durchschnittlich gute bis sehr gute Windleistungsdichten dar und bescheinigt ihr damit eine grundsätzliche Eignung für die Windenergienutzung. Das Vorranggebiet 67 "Hermaringen" ist hinsichtlich des Kriteriums Windhöffigkeit gem. der genannten aktuellen Planungsgrundlage für die Nutzung der Windenergie sehr gut geeignet. Die abschließende Beurteilung der Wirtschaftlichkeit ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Diese wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen der Projektierung eines konkreten Windparks beurteilt (z.B. unter Hinzuziehung konkreter Windmessungsdaten und weiterer unternehmerischer Variablen). Die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient der räumlichen Steuerung der Windenergienutzung und damit der Flächensicherung gemäß des gesetzlichen Planungsauftrags. Hinsichtlich der Windatlanten der beiden Bundesländer Baden-Württemberg und Bayern ist darauf hinzuweisen, dass dem

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Anlage 8: Neubewertung möglicher Windenergiepotenziale für die Gemeinde Medlingen Dafür existieren aber Erfahrungswerte benachbarter Windkraftanlagen und Windparks. Der Windpark im benachbarten Zöschingen war ursprünglich auch als ertragsreich bezeichnet worden. Auch dort wurden Erträge prognostiziert. Auch diese Prognosen beruhten auf denselben Voraussetzungen wie in vorliegendem Fall. Am 6.2.2016 wurde in der Donau-Zeitung der Artikel „Windpark: Flaute in der Kasse“ veröffentlicht. Dort wird unter anderem aufgeführt, dass im Jahr 2015 die Effizienz des Windparks nur bei 85 % dessen gelegen habe, was man eigentlich als solche definiert hatte. Die Werte im Jahr 2014 lagen sogar nur bei 74 % der ursprünglichen Prognose. Dies zeigt eindeutig, dass die auf der Grundlage unzureichender Eingabewerte beruhenden Ertragswerte nicht verwertbar sind. Da im vorliegenden Fall schon die Potenzialanalyse einen Wert weit unterhalb der 1500 Volllaststunden bescheinigt und die tatsächlichen Werte noch weit darunter liegen werden, dürfte sich auch die Vorrangfläche Hermaringen unter dem Gesichtspunkt der Energieeffizienz nicht eignen. Anlage 9: Donau-Zeitung, „Windpark: Flaute in der Kasse“	Regionalverband Ostwürttemberg die unterschiedlichen Darstellungen der jeweils ermittelten Kenngrößen im Bayerischen (2021) und Baden-Württembergischen (2019) Windatlas bekannt sind. Diese wurden beispielsweise von Saur et al. (2023) (DOI:10.13140/RG.2.2.33739.98086) beschrieben. Beide aktuelle Windatlanten stützen sich auf punktuelle Daten und extrapolieren diese durch Simulationen flächendeckend auf das gesamte Landesgebiet. Grundsätzlich handelt es sich bei den Windatlanten immer um Simulationsergebnisse, die von den Rechenmethoden, Grundlagendaten und insbesondere der Kalibrierung an Messpukten abhängen. Es kann somit durchaus vorkommen, dass sich in unterschiedlichen Modellen unterschiedliche Absolutwerte ergeben, auch wenn beide eine gute Modellqualität ausweisen. Für die räumliche Steuerung ist insbesondere die Relation der Gebiete untereinander wichtig, und zu dieser geben die Windatlanten eine gute und auch in der Praxis bewährte Grundlage. Modellübergreifende Vergleiche sind z.B. aufgrund der unterschiedlichen Kalibrierung naturgemäß problematisch. Eine pauschale Aussage, der eine Windatlas würde generell überhöhte Windverhältnisse und der andere zu niedrige Windverhältnisse darstellen, lässt sich deshalb nicht treffen. Trotz der bekannten Inkonsistenz der Windatlanten entlang der Grenze zwischen dem Freistaat Bayern und Baden-Württemberg wird davon ausgegangen, dass die Windverhältnisse in der Region relativ zueinander korrekt beschrieben werden und somit die Relationen zwischen Gebieten mit höchster und geringster Windleistungsdichte innerhalb der Region richtig dargestellt sind (vgl. oben). Damit stellt der Windatlas von Baden-Württemberg eine wichtige und geeignete Planungsgrundlage für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dar. Projektierer nehmen zur Absicherung wirtschaftlicher Risiken in aller Regel immer konkrete Windmessungen – üblicherweise über den Zeitraum eines gesamten Kalenderjahres – vor. Damit liegen dann konkrete Messdaten vor, die exakter sind als dies allein über die Übernahme der Inhalte aus dem Windatlas leistbar wäre. Die Orientierung am Windatlas Baden-Württemberg 2019 ist daher eine für die Ebene der Regionalplanung in Baden-Württemberg geeignete Planungsgrundlage.
lfd. Ident-Nr.: 139 Gemeinde Medlingen Stn-Id: 304	VRG 67 Hermaringen	BE-ID: 1939 IV. entgegenstehender Belang der Flugsicherung Bislang vernachlässigt wurde der Bereich der Flugsicherung für den auf Gemarkung Gundelfingen ansässigen Flugplatz mit der dazugehörigen Platzwunde und den Ein- und Ausflugschneisen. Insoweit überreiche ich anliegend zur Veranschaulichung eine Karte, die die Belange des Flugplatzes darstellt. Hieraus könnte ein Ausschlussgrund nach § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 8 BauGB resultieren. Anlage 10: Flugplatzrunde Gundelfingen	Wird nicht gefolgt Durch das Planungskonzept der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden u.a. Flugplätze mit Platzrunden oder Schutzbereichen mit einem ausreichenden Vorsorgeabstand gem. NfL 92/13 berücksichtigt (s. Kriterienkatalog). Für den genannten Flugplatz inkl. Platzrunde dementsprechend ist ein ausreichender Abstand s.o. eingehalten. Eine Beeinträchtigung des An- oder Abfluges dieser Platzrunde durch das geplante Vorranggebiet 67 "Hermaringen" liegt nach derzeitigem Kenntnisstand des Regionalverbandes nicht vor.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 139 Gemeinde Medlingen Stn-Id: 304	VRG 67 Hermaringen	BE-ID: 1940 Ergebnis: Insgesamt ist damit festzustellen, dass aus allen Gesichtspunkten die Ausweisung von Windeignungsgebieten in Medlingen bzw. im Medlinger Hart (incl. Hermaringer Gemarkung) nicht weiterzuverfolgen ist. Neben mangelnder Energieeffizienz stehen auch gewichtige öffentliche Belange einer Ausweisung als Fläche zur Nutzung der Windenergie entgegen. Es wird ferner beantragt, im gesamten Bereich „Medlinger Hart“ keine „weißen Flächen“ auszuweisen, sondern das Gemeindegebiet Medlingen bzw. den gesamten Medlinger Hart als Ausschlussfläche für Windenergienutzung zu kennzeichnen. Weiterer Vortrag bleibt vorbehalten.	Wird nicht gefolgt Das Vorranggebiet 67 "Hermaringen" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Auf die Abwägung der BE ID 1786 bis 1789 und BE ID 1930 bis 1939 wird verwiesen.
lfd. Ident-Nr.: 143 Verwaltungsverband Langenau Stn-Id: 9		BE-ID: 1373 vielen Dank für die Beteiligung am Verfahren. Der Verwaltungsverband Langenau hat keine Einwände zur geplanten Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans. Eine weitere Beteiligung am Verfahren ist nicht erforderlich.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 147 Vereinbarte Verwaltungsgemeinschaft Göppingen-Schlat-Wäschenbeuren-Wangen Stn-Id: 333		BE-ID: 1813 Aus Sicht der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Göppingen-Schlat-Wäschenbeuren-Wangen bestehen keine Einwände gegen die Planungen.	Wird zur Kenntnis genommen
lfd. Ident-Nr.: 260 Stadt Dinkelsbühl Stn-Id: 23		BE-ID: 1375 vielen Dank für die Beteiligung im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025. Wir nehmen die Unterlagen zur Kenntnis und teilen Ihnen hiermit mit, dass von Seiten der Stadt Dinkelsbühl keine Einwendungen bestehen. Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.	Wird zur Kenntnis genommen
lfd. Ident-Nr.: 380 Gemeinde Öllingen Stn-Id: 88		BE-ID: 1689 Da das Ausweisen der Vorranggebiete auf der Gemarkung Herbrechtingen keine Auswirkungen auf die Gemeinde Öllingen hat, gibt es auch seitens des Gremiums keine Einwände. Diesem Punkt wird einstimmig zugestimmt.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 459 Bühlertann Stn-Id: 188		BE-ID: 1718 vielen Dank für die Beteiligung im Rahmen der 1. Anhörung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 der Region Ostwürttemberg. Der Gemeinderat und die Verwaltung der Gemeinde Bühlertann haben sich mit den Planinhalten auseinandergesetzt. Dabei stehen u.a. regionalplanerische Vorgaben, Belange der Wirtschaft, der	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Schutz der Kulturlandschaft und des Erholungsraums sowie die Erreichung der Klimaneutralität in einem Spannungsfeld. Für einen resilienten Wirtschaftsstandort ist eine nachhaltige, klimafreundliche Energieerzeugung erforderlich, weshalb grundsätzlich der Ausbau der erneuerbaren Energien begrüßt wird.	
lfd. Ident-Nr.: 459 Bühlertann Stn-Id: 188	Kartenteil VRG 56 Rosenberg West	BE-ID: 1719 Östlich von Fronrot im Übergang zur Gemarkung Rosenberg wurden bereits vier Windenergieanlagen erstellt. Weitere vier Anlagen wurden zwischen Fronrot und Hummelsweiler errichtet. Im Gemeinde-rat Bühlertann wurde das vorgeschlagene Vorranggebiet für Windenergie „Rosenberg West“ (Nr.56) vorgestellt und diskutiert. Bei der Ausweisung von Standorten für Windenergieanlagen wird durch den Gemeinderat ausdrücklich darauf hingewiesen, dass in dieser Raumschaft bereits ausreichend Windenergieanlagen errichtet wurden und die dortige Bevölkerung bereits von den Auswirkungen der vorhandenen Anlagen betroffen ist.	In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg (KlimaG BW) heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Das Flächenziel von 1,8 % der Regionsfläche für die Windenergie gemäß § 20 KlimaG BW gilt zudem für die gesamte Region, nicht für einzelne Kommunen, Landkreise oder andere Teilgebiete der Region. Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Windenergienutzung in der Region durch Auswahl der Vorranggebiete räumlich zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption und in mehreren Planungsschritten sowie einer strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte in 160 m über Grund nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium und an Ausschluss- und Einzelfallprüfkriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden im Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage – zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Die schrittweise Anwendung von Eignungs- und Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Belange, der Umweltprüfung und der Prinzipien der dezentralen Konzentration führen dazu, dass in der Region nur wenige für Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen geeignete Bereiche verbleiben. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			mitentscheidend. Das Prinzip der dezentralen Konzentration basiert auf dem Ansatz, die Windenergieanlagen unter Berücksichtigung der Raumverträglichkeit und aus Gründen des Freiraum- und Landschaftsschutzes in möglichst großen Vorranggebieten zu bündeln und gleichzeitig eine möglichst ausgewogene Verteilung in der Region zu gewährleisten. Zudem können größere Vorranggebiete für Windenergie den Netzanschluss vereinfachen, da sie eine effizientere Nutzung der Infrastruktur und einen gezielten Netzausbau ermöglichen. Aufgrund des Flächenziels nach § 20 KlimaG BW und § 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) (Überragendes öffentliches Interesse am Ausbau der Erneuerbaren Energien; Gewichtungsvorrang) und der Tatsache, dass Ausschluss- und Eignungskriterien in der Region (sowie in den umliegenden Regionen) ungleich verteilt sind, ist es nicht möglich, auf die Nutzung bereits vorbelasteter Gebiete zu verzichten oder bislang nicht belastete Gebiete von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen großräumig freizuhalten. Das Vorranggebiet 56 "Rosenberg" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 459 Bühlertann Stn-Id: 188		BE-ID: 1720 Wir bedanken uns für die Berücksichtigung der aktuell vorgebrachten Anmerkungen und bitten um eine weitere Beteiligung im Verfahren Teilfortschreibung Windenergie 2025. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 261 Regionalverband Bodensee-Oberschwaben Stn-Id: 30		BE-ID: 1378 vielen Dank für die Beteiligung im Rahmen der Offenlage zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg.Belange des Regionalverbands Bodensee-Oberschwaben werden durch die Teilfortschreibung nicht berührt. Wir bringen daher keine Anregungen oder Bedenken vor.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 266 Regionalverband Donau-Iller Stn-Id: 231		BE-ID: 1513 vielen Dank für die Beteiligung an o. g. Verfahren. Die geplanten Vorranggebiete befinden sich allesamt in einem größeren Abstand zur gemeinsamen Regionsgrenze, so dass keine erheblichen nachteiligen Auswirkungen auf regionalplanerische Belange der Region Donau-Iller zu erwarten oder sonstige wesentliche funktionale Wechselwirkungen anzunehmen sind. Wir haben insofern hierzu keine Anregungen.Im Falle beabsichtigter gebietlicher Änderungen an der gemeinsamen Regionsgrenze bitten wir um zeitnahe Information. Darüber hinaus stehen wir jederzeit sehr gerne für einen fachlichen Austausch zur Verfügung.	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 267 Regionalverband Neckar-Alb Stn-Id: 11		BE-ID: 1370 herzlichen Dank für die Beteiligung an der Teilfortschreibung Windenergie 2025 für die Region Ostwürttemberg. Belange des Regionalverbands und der Region Neckar-Alb sind durch das Verfahren nicht betroffen. Aus unserer Sicht ergeben sich keine weiteren Hinweise.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 272 Verband Region Rhein-Neckar Stn-Id: 341		BE-ID: 1518 wir bedanken uns für die Beteiligung an der Teilfortschreibung Windenergie 2025 für die Region Ostwürttemberg (Landkreis Heidenheim und Ostalbkreis) und die Möglichkeit, in diesem Rahmen eine Stellungnahme zum Entwurf der Teilfortschreibung abzugeben. Im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft der Regionalverbände (AGRV) sowie auf Arbeitsebene durch den Arbeitskreis Erneuerbare Energien (AK EE) in Baden-Württemberg finden ein regelmäßiger Austausch und eine laufende Zusammenarbeit statt. Der Entwurf der Teilfortschreibung enthält Änderungen textlicher Festlegungen des Kapitels 4.2.2 des 2. Anhörungsentwurfs Regionalplan 2035, sowie räumliche Festlegungen in Form von Vorranggebieten für die regionalbedeutsame Windenergienutzung. Seitens des Verbandes Region Rhein-Neckar bestehen nach Prüfung der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie 2025 für die Region Ostwürttemberg keine Bedenken. Insgesamt wird mit den Planungen des Regionalverbands Ostwürttemberg ein wichtiger Beitrag zur Schaffung der räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien geleistet.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 272 Verband Region Rhein-Neckar Stn-Id: 341		BE-ID: 1519 Auch der Verband Region Rhein-Neckar befindet sich aktuell in der Fortschreibung des Teilregionalplans Windenergie zum Einheitlichen Regionalplan Rhein-Neckar sowie in der Aufstellung des Teilregionalplans Freiflächen-Photovoltaik zum Einheitlichen Regionalplan Rhein-Neckar. Zur Ermittlung der Flächenkulisse der Vorranggebiete für die regionalbedeutsame Windenergienutzung und der Flächenkulisse der Vorbehaltsgebiete für regionalbedeutsame Freiflächen-Photovoltaikanlagen wurden am 24.03.2023 Kriterienkataloge beschlossen. Diese wurden im Laufe der Verfahren angepasst; die Überarbeitungen wurden am 29.09.2023 von den Gremien beschlossen. Die Offenlagebeschlüsse der Planentwürfe erfolgte am 15.12.2023 durch die Verbandsversammlung. Die Offenlage der beiden	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Planentwürfe fand vom 05. März bis zum 29. April 2024 statt. Derzeit sind wir noch mit der Erfassung befasst. Wir wünschen Ihnen einen erfolgreichen und zügigen Fortgang bei den weiteren Verfahrensschritten.	
lfd. Ident-Nr.: 273 Verband Region Stuttgart Stn-Id: 302	VRG 62 Erweiterung Gnannenweiler	BE-ID: 1517 vielen Dank für die Beteiligung im Rahmen der o.g. Aufstellung des Teilregionalplan Windenergie des Regionalplans Ostwürttemberg. Die Behandlung des Verfahrens erfolgte seitens der Region Stuttgart in der Planungsausschusssitzung am 10.07.2024. Folgender Beschluss wurde gefasst: Die geplante Ausweisung der Vorranggebiete 62 Erweiterung Gnannenweiler sowie 63 Erweiterung Gussenstadt würde die durch Bestandsgebiete für Windkraft bedingte Überlastungssituation vor Ort weiter verschärfen. Insbesondere das geplante Vorranggebiet 62 Erweiterung Gnannenweiler des Planentwurf des Regionalverband Ostwürttemberg führt zu einer Überlastungssituation der Gemeinde Böhmenkirch in der Region Stuttgart und ist flächenmäßig zu reduzieren. Die Begründung zum Beschluss entnehmen Sie bitte der Anlage.	Am 12.09.2024 fand eine gemeinsame Abstimmung zwischen dem Regionalverband Ostwürttemberg und dem Verband Region Stuttgart statt, um Konflikte aufgrund der Windenergieplanungen an der gemeinsamen Gebietsgrenze möglichst zu mindern. In dem Bereich Böhmenkirch - Söhnstetten (Steinheim) - Gussenstadt (Gerstetten) sind in der Region Ostwürttemberg im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 zum Stand der 1. Anhörung zwei Erweiterungen bestehender Windparke (VRG 62 "Erweiterung Gnannenweiler" und VRG 63 "Erweiterung Gussenstadt") sowie ein neues Vorranggebiet (VRG 64 "Gussenstadt Nordost") geplant. Sowohl auf Seite der Nachbarregion Stuttgart als auch in der Nachbarregion Donau-Iller grenzen neu geplante Vorranggebiete an. Das Kriterium "Überlastungsschutz" wurde einschlägig geprüft. Die Prüfung und Bewertung von Überlastungssituationen in der Region und insbesondere in den Grenzbereichen zu den Nachbarregionen erfolgte in Anlehnung an das aktuell gültige Gutachten zur "Umfassung von Ortschaften durch Windenergieanlagen" (2021) des Ministeriums für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (Aktualisierung des Gutachtens von 2013). Durch das auf Ostwürttemberger Seite geplante Vorranggebiet 64 "Gussenstadt Nordost" in Verbindung mit den Planungen der Nachbarregionen Verband Region Stuttgart und Regionalverband Donau-Iller würde eine faktische Überlastungssituation gem. des angewandten Prüf- und Bewertungsmodells entstehen. Aus Gründen des Überlastungsschutzes insbesondere von Gussenstadt und aufgrund weiterer Belange wird das Vorranggebiet 64 "Gussenstadt Nordost" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Die geplanten Erweiterungsgebiete 62 und 63 sind - insbesondere aufgrund der bestehenden Infrastruktur im unmittelbaren Umfeld und weiteren positiven Belangen für die Nutzung der Windenergie sehr gut geeignet, weshalb diese im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 weitergeführt werden. Beide Gebiete werden aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst / reduziert. Insbesondere durch die Verkleinerung des Vorranggebiets 63 "Erweiterung Gussenstadt" zum 2. Anhörungsentwurf findet eine weitere Entlastung des

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Raumes statt. Durch die o.g. Reduzierungen der Vorranggebietskulisse im angesprochenen Bereich kann trotzt einer Unterschreitung des freien 60°-Winkels durch Planungen der Region Stuttgart westlich von Gussenstadt eine Gesamtüberlastung des Ortes vermieden werden. Für Böhmenkirch ergibt sich durch das Vorranggebiet 62 "Erweiterung Gnannenweiler" i.V.m. den Stuttgarter Planungen eine ähnliche Situation. Der im Prüf- und Bewertungsmodell verankerte Freihaltewinkel von 60°wird östlich des Ortes unterschritten, im Südwesten des Ortes besteht jedoch ein Freihaltebereich (mind. 120°), sodass aus Sicht des Regionalverbands eine Gesamtüberlastung von Böhmenkirch nicht vorliegt.
lfd. Ident-Nr.: 367 Regierung von Mittelfranken Stn-Id: 261		BE-ID: 1514 Die Gebiete 42 – Ellenberg / Jagstzell Ost, 45 Unterschneidheim / Tannhausen und 46 Kirchheim / Unterschneidheim liegen dem Regierungsbezirk Mittelfranken am nächsten. Der Regionale Planungsverband Westmittelfranken und über diesen die angrenzenden Kommunen Mönchsroth, Dinkelsbühl und Wilburgstetten wurden über die Planung informiert und es wurde ihnen anheimgestellt, eine Stellungnahme abzugeben. Aus Sicht der höheren Landesplanungsbehörde werden Windenergieanlagen in diesen drei Gebieten keine mehr als unwesentlichen Auswirkungen auf die Belange der Raumordnung haben. Von Windenergieanlagen in den übrigen geplanten Vorranggebieten werden mittelfränkische Belange nicht berührt. Seitens der Regierung von Mittelfranken werden daher keine Einwendungen erhoben.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 456 Regionalverband Heilbronn-Franken Stn-Id: 173		BE-ID: 1512 vielen Dank für die Beteiligung an dem o.g. Verfahren. Durch die Planung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windkraftanlagen in Grenznähe können aufgrund der Höhe und großen Fernwirkung von Windenergieanlagen Auswirkungen in die Region Heilbronn-Franken erfolgen. Der Regionalverband Heilbronn-Franken hat deshalb die vorgelegte Gebietskulisse daraufhin geprüft. Lediglich zwei neue geplante Gebiete (Nr. 42 und Nr. 56) liegen im Nahbereich der Region Heilbronn-Franken, so dass Auswirkungen nicht ausgeschlossen sein könnten. Eine Prüfung ergab, dass Beeinträchtigungen von Belangen in der Region Heilbronn-Franken durch diese Gebiete nicht zu sehen sind. Der Regionalverband Heilbronn-Franken wird die vorgelegte Kulisse im Grenzbereich der beiden Regionen in seiner eigenen	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Teilfortschreibung Windenergie berücksichtigen und seine Planungen entsprechend ausrichten. Wir wünschen dem Verfahren darüber hinaus einen guten Verlauf und bitten um weitere Beteiligung.	
lfd. Ident-Nr.: 516 Regionaler Planungsverband Augsburg Stn-Id: 289		BE-ID: 1515 Wir bedanken uns für die Beteiligung. Negative Auswirkungen auf die Verwirklichung der Ziele und Grundsätze des Regionalplans der Region Augsburg (9) sind durch die geplanten Änderungen des Regionalplans der Region Ostwürttemberg nicht ersichtlich.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 516 Regionaler Planungsverband Augsburg Stn-Id: 289		BE-ID: 1516 Dieser Stellungnahme (sh. Anlage) schließt sich der Regionale Planungsverband Augsburg voll inhaltlich an und bittet die darin enthaltenen Hinweise und Bemerkungen zu beachten.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 249 Baden-Württembergischer Luftfahrtverband e.V. (BWLV) Stn-Id: 360		BE-ID: 1971 der Baden-Württembergische Luftfahrtverband e.V. (BWLV) vertritt als Sportverband der Luftsportvereine unter dem Dach des Deutschen Aero Clubs e.V. die Interessen der ihm angeschlossenen Vereine und Luftsportler in Baden-Württemberg. Unserem Verband sind rund 180 gemeinnützige Luftsportvereine in Baden-Württemberg mit ca. 20 000 Mitgliedern, darunter 11 000 aktive Luftsportler, angeschlossen. Im o.g. Planungsverfahren zur Ausweisung von Vorranggebieten für die Nutzung der Windenergie nehmen wir nachfolgend für die uns angeschlossenen Luftsportvereine, welche u.a. auch Betreiber von Flugplätzen in Baden-Württemberg sind, Stellung. Vorbemerkung: Der BWLV und die von ihm vertretenen Luftsportvereine befürworten grundsätzlich die Pläne zum Ausbau der Windkraft zur Nutzung als regenerative Energiequelle. Die Entwicklung der heutigen modernen Großwindenergieanlagen geht maßgeblich auf zwei bedeutende Wissenschaftler und Ingenieure aus Baden-Württemberg zurück, Prof. Dr. Ulrich Hütter und Eugen Hänle, welche im vergangenen Jahrhundert den Flügel eines Flugzeuges zum maßgeblichen Konstruktionsmerkmal von Windenergieanlagen machten. Sie übertrugen ihr u.a. im Segelflug und als Segelflieger gewonnenes Wissen und ihre Erfahrung auf den Bau von Windenergieanlagen. Gleiches gilt für die Entwicklung der Glasfaser-Technologie im Flügelbau, welche von Eugen Hänle in seiner Segelflugzeugfirma „Glasflügelbau" erstmals in Serie umgesetzt wurde.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Im Plankonzept (Kriterienkatalog) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 sind Vorsorgeabstände zu Flugplätzen verankert, die den Empfehlungen im "Planungskorridor für die Regionale Planungsoffensive des Ministeriums für Verkehr, Beitrag der Unterarbeitsgruppe Luftverkehr" folgen. Bei der Anpassung der Gebietskulisse für den 2. Anhörungsentwurf werden Hinweise und Anregungen der 1.Anhörung zu An- und Abflugbereichen in die Gesamtabwägung einbezogen. Alle weiteren angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Windräder stellen aber - wie Türme und andere Bauwerke - Luftfahrthindernisse dar. Dies gilt insbesondere für Windräder heutiger Größenordnung, wie sie in Baden-Württemberg nahezu ausnahmslos errichtet werden. Hier geht es um Bauhöhen (Blattspitzenhöhen) von rd. 300 m über Grund. Es steht außer Frage, dass derartig hohe Bauwerke als Luftfahrthindernisse Auswirkungen auf die Flugsicherheit haben. Dies gilt insbesondere in der Nähe von Flugplätzen, an denen sich Flugzeuge zwangsläufig in geringer Höhe in Bodennähe im Zusammenhang mit An- und Abflugverfahren und im Rahmen notwendiger Übungs- und Trainingsflüge bewegen. In Baden-Württemberg existieren rd. 140 Flugplätze unterschiedlicher Nutzung und Zuordnung. Die Mehrzahl der Flugplätze (rd. 120) gehören zur Kategorie Segelflugplätze und Sonderlandeplätze, an denen Gemischtflugbetrieb stattfindet: Segelflug, Motorsegelflug, Motorflug, Ultraleichtflug, teilweise auch Fallschirmsprung, Modellflug und Ballonfahren. Die Flugplätze im Land sind überwiegend privat betrieben, gehören aber zur öffentlichen Luftfahrtinfrastruktur. Der größte Teil der Flugplätze (überwiegend Segelfluggelände und Sonderlandeplätze) wird von gemeinnützigen Luftsportvereinen als luftverkehrsrechtliche Platzhalter betrieben, welche die Flugplatzbetriebsflächen als Eigentümer oder aber als Pächter nutzen. Der Betrieb der Flugplätze erfolgt auf der Grundlage jeweils einzeln für den betreffenden Flugplatz von der Landesluftfahrtbehörde - Regierungspräsidium Stuttgart - erteilten Flugplatzgenehmigungen. In diesen Flugplatzgenehmigungen sind die flugbetrieblichen Verfahren und Flugrouten näher festgelegt, die von den Piloten und Nutzern des betreffenden Flugplatzes zwingend einzuhalten sind. Diese Regelungen basieren wiederum auf umfangreichen internationalen und nationalen gesetzlichen Vorschriften für die Luftfahrt, die zwingend einzuhalten sind. Hierzu wird später noch näher eingegangen. Alle diese Regelungen dienen dem Zweck, sicheren Flugbetrieb in der Umgebung von Flugplätzen zu gewährleisten. Die Flugsicherheit als Teil der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darf in keiner Weise gefährdet sein. Insoweit müssen An- und Abflugrouten, Übungsräume für den Segelflug, berücksichtigt werden. Im Zusammenhang mit der Ausweisung von Vorranggebieten zur Nutzung der Windenergie und auch bei der späteren Errichtung von Windenergieanlagen in der Umgebung von Flugplätzen sind deshalb ausreichend Sicherheitsabstände zu	

wahren.

Ausreichende Sicherheitsabstände sind bereits im Vorranggebiet-Ausweisungsverfahren zu berücksichtigen: Nur so ist gewährleistet, dass es in späteren Genehmigungsverfahren nicht zu Gemengelagen kommt, welche aufwändige Abstimmungsprozesse erfordern und ggf. auch zu gerichtlichen Auseinandersetzungen führen. Letztere belasten nicht nur die beteiligten Parteien (Projektierer, Anlagenbetreiber, Flugplatzbetreiber, Behörden), sondern führen schlussendlich auch zu massiven Verzögerungen im Genehmigungsverfahren und damit auch zu Verzögerungen beim Ausbau der Windenergie im Land. Nachfolgend werden daher Verfahren, Regelungen und Voraussetzungen beschrieben, welche an Flugplätzen zur Erhaltung der Sicherheit des Flugbetriebs bei der Errichtung von Windenergieanlagen in Flugplatznähe vorgegeben sind, berücksichtigt werden müssen und welche insbesondere ausreichende Sicherheitsabstände von Windenergieanlagen zu Flugplätzen erfordern.

Im Einzelnen:
1. Hindernisbetrachtung im Allgemeinen:
Windenergieanlagen ragen wie Bauwerke (Türme, Hochhäuser etc.) in den Luftraum hinein und stellen daher grundsätzlich Hindernisse für Flugzeuge dar, die sich im Luftraum bewegen. Im Gegensatz zu statischen Hindernissen wie Türmen, Häuser etc., sind Windenergieanlagen als dynamische Luftfahrthindernisse anzusehen, da sich der Rotor der Windenergieanlage vertikal und horizontal bewegt. Hinzu tritt der turbulente Nachlauf der Luftströmung des Windrades, der weitreichende Wirbel auf der Lee-Seite der Windenergieanlage zur Folge hat (hierzu später).

Gesetzliche Sicherheitsmindestabstände zu Luftfahrthindernissen:
Gemäß der EU-Vorschrift SERA.5005 F der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 923/2012 muss von Flugzeugen ein Sicherheitsmindestabstand zu Luftfahrthindernissen jedweder Art von 150 m vertikal und 150 m horizontal eingehalten werden.

Nachdem sich der Rotor eines Windrades um zwei Achsen (horizontal und vertikal) dreht, stellt ein Windrad - anders als ein bloßer Turm/Fernsehturm - ein sehr raumgreifendes Hindernis dar. In der nachfolgenden Darstellung ist exemplarisch diese Situation für ein 300 m hohes Windrad (Blattspitzenhöhe) dargestellt. Unter Berücksichtigung der gesetzlich und oben dargelegten

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Sicherheitsabstände ergibt sich hier ein sog. ,,Wirkzylinder" von einer horizontalen Ausdehnung von ca. 550 m und einer vertikalen Ausdehnung von ca. 450 m. Innerhalb dieses Wirkzylinders ist das Fliegen schlicht verboten. Der o.a. Sicherheitsmindestabstand nach SERA.5005 ist aber als Minimumabstand aufzufassen. Zu berücksichtigen ist, dass aus der Mehrzahl der Flugzeuge eine Sicht direkt nach unten nur eingeschränkt besteht. Dies hat zur Folge, dass im Anflug auf ein Hindernis selbiges für den Piloten schon vor dem Überflug aus seinem Blickfeld gerät. Die Piloten werden daher zwangsläufig im Anflug auf ein solches Hindernis einen etwas höheren vertikalen Abstand wählen, um Sicherheit zu gewinnen. Die Einschätzung des Sicherheitsabstandes zu einem sich bewegenden/drehenden Hindernis, wie es bei einem Windrad der Fall ist, kommt erschwerend hinzu. Schaubild: Wirkzylinder, Luftfahrthindernis Windkraftanlage, Blattspitzenhöhe 285 m (siehe Anlage) 2. Sperrriegelwirkung, Windpark: Üblicherweise werden Windenergieanlagen heutzutage nicht einzeln aufgestellt. Vielmehr wird angestrebt, Windenergieanlagen in sog. Windparks, bestehend aus mehreren Anlagen auf einer größeren Fläche zu platzieren. Berücksichtigt man die obigen Darlegungen zum sog. Wirkzylinder im Blick auf einzuhaltende gesetzliche Sicherheitsabstände für Luftfahrzeuge, ergibt sich bei der Ansammlung mehrerer Windkraftanlagen auf vergleichsweise engem Raum die Situation, dass großflächige Gebiete entstehen, welche von Luftfahrzeugen nicht durchflogen werden können und über welche Luftfahrzeuge mit ausreichendem Sicherheitsabstand (Minimum ca. 450 m bis 500 m über Grund) fliegen müssen. Werden derartige Windparks in zu großer Nähe zu Flugplätzen errichtet, besteht die Gefahr einer sog. ,,Sperrriegelwirkung", mit der Folge, dass die An- und Abflugstrecken, aber auch die Übungsräume und die einzuhaltenden Platzrundenführungen (siehe hierzu unten) nicht mehr gewährleistet sind. Bild (siehe Anlage) 3. Platzrundenführung und Sicherheitsabstände: Mindestabstände zum Flugplatzverkehr in den Platzrunden, zu FlugzeugschleppRouten und zum Segelflug-Übungsraum: Um einen sicheren und geregelten Flugverkehr und insbesondere geregelte An- und Abflüge an Flugplätzen zu gewährleisten, wurden international und national gesetzliche Regelungen erlassen, welche Standardverfahren für Flugwege in Flugplatznähe vorsehen. Diese Regelungen sind die Grundlage der von der Luftfahrtbehörde für den jeweiligen Flugplatz erteilten	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Platzgenehmigung. Wesentliche Inhalte der Regelungen des Flugplatzverkehrs werden im sog. Luftfahrthandbuch AIP VFR der Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht. Für An- und Abflugverfahren an Flugplätzen gilt die sog. Standardplatzrunde gemäß der Vorgabe der International Civil Aviation Organisation (ICAO). Sie sieht vor, dass der Flugbetrieb am Flugplatz in einer exakt festgelegten standardisierten Route in ungefährer Form eines Vierecks erfolgt, auf welchem sämtliche Flugzeuge in einund derselben Richtung und in derselben, jeweils festgelegte Flughöhe fliegen (regelmäßig ca. 180 bis 250 Meter über Grund). Ein Einflug in diese sog. Standardplatzrunde erfolgt mit 45 Grad in vorgegebener Platzrundenhöhe. Standardplatzrunde ICAO: Bild (siehe Anlage) Die Platzrunde soll folgende Aufgaben erfüllen: • Gewährleistung der Sicherheit im Flugplatzverkehr, insbesondere bei Start und Landung sowie bei An- und Abflug • Steuerung und Gewährleistung der Leichtigkeit des Verkehrsflusses und Optimierung der Aufnahmekapazität eines Flugplatzes • Systematisierung und Erleichterung der Navigation im Flugplatzverkehr • Systematisierung und Erleichterung bei der Führung und Bedienung des Luftfahrzeugs nach dem Start • Bessere Erkennbarkeit des Flugverkehrs aus Sicht der Piloten und Eigenstaffelung des Verkehrs durch die Piloten selbst In den „Gemeinsamen Grundsätzen des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb" (Bekanntmachung: Bundesanzeiger, BAnzAT 24.08.2012 B3.DFS, Nachrichten für Luftfahrer, 02.05.2013, NfL 92113) wird auf „Gefahren für den Flugplatzverkehr in der Platzrunde" im dortigen Kapitel 6 unter Bezug auf§ 21 a Abs. 2 Satz 1 Luftverkehrsordnung (LuftVO) hingewiesen. Dort heißt es: „Unbeschadet der Anforderungen der Hindernisbegrenzung sollen im Bereich der Platzrunden keine Hindernisse vorhanden sein, die die sichere Durchführung des Flugplatzverkehrs gefährden können. Von einer Gefährdung des Flugplatzverkehrs in den Platzrunden ist grundsätzlich und dann auszugehen, wenn relevante Bauwerke und sonstige Anlagen innerhalb der geplanten oder festgelegten Platzrunde errichtet werden sollen oder wenn in anderen Bereichen relevante Bauwerke	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		oder sonstige Anlagen einen Mindestabstand von 400 m zum Gegenanflug von Platzrunden und/oder 850 m zu den anderen Teilen von Platzrunden (inkl. Kurventeilen) unterschreiten. Die Beurteilung im Einzelfall, ob und inwieweit Bauwerke und sonstige Anlagen die Durchführung des Flugplatzverkehrs beeinträchtigen, soll auf der Grundlage einer Stellungnahme der Flugsicherungs-Organisation erfolgen." Die in NfL 92/13 aufgeführten Sicherheitsabstände markieren lediglich einen Mindestabstand, bei dessen Unterschreitung regelmäßig von einer Beeinträchtigung des Flugplatzverkehrs auszugehen ist. Die Vorschrift sagt aus, dass aber immer eine Einzelfallprüfung erforderlich ist, die ggf. aus Sicherheitsgründen einen größeren Abstand erfordert. Zu berücksichtigen ist, dass die genannte NfL 92/13 aus dem Jahr 2013 stammt, also einer Zeit, in welcher Windkraftanlagen bei weitem nicht diejenigen Höhen und Rotordurchmesser aufwiesen, wie dies heute der Fall ist. Bei Windrädern heutiger Dimension mit 300 m Blattspitzenhöhe und Rotordurchmessern von 150 m und mehr ist daher von deutlich größeren Sicherheitsabständen zur Platzrundenführung auszugehen als in NfL 92/13 als Mindestabstand ausgewiesen. Hinzu kommt die unten (Ziff. 4.) dargelegte Turbulenzproblematik, welche Relevanz für den Sicherheitsabstand zur Platzrunde hat. Aus dem oben Dargelegten folgt, dass Windenergieanlagen ausreichend bemessene Sicherheitsabstände zur in der Flugplatzgenehmigung vorgegebenen und genehmigten Platzrundenführung aufweisen müssen. Dieser Sicherheitsabstand ist im Einzelfall individuell auf Grund der örtlichen Gegebenheiten, der Windsituation, der Nachlaufturbulenz und der Höhe des jeweiligen Windrades zu bemessen. 4. Turbulenter Nachlauf: Windenergieanlagen implizieren ein weiteres Sicherheitsrisiko für Luftfahrzeuge, da deren Rotor im Nachlauf Turbulenzen ausbildet. Windenergieanlagen entziehen dem Wind Energie, indem sie - in einem komplexen Strömungsvorgang - die Strömungsgeschwindigkeit deutlich reduzieren. Dieser sog. turbulente Nachlauf hat mit seiner horizontalen und vertikalen Ausbreitung Relevanz auf die Luftfahrt. Nach dem aktuellen Stand wissenschaftlicher Erkenntnis zu den von Windenergieanlagen generierten Luftverwirbelungen muss aus Sicherheitsgründen ein Abstand von mindestens des siebenfachen bis neunfachen Rotordurchmessers der Windenergieanlage zu Platzrunden und Wegführungen an Flugplätzen eingehalten	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		werden (so Prof Dr. Ing. Frank Janser u.a., Gutachten zur Feststellung notwendiger Mindestabstände von Windenergieanlagen zu Flugbetriebsräumen an Flugplätzen der allgemeinen Luftfahrt unter Berücksichtigung sämtlicher Luftfahrzeugklassen, insbesondere auch der im Luftsport verwendeten, Dezember 2015, Fachbereich 6 Luft- und Raumfahrttechnik, FH Aachen). Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) kommt in seiner Publikation "Flugversuche im Nachlauf von großen Windenergieanlagen" aus dem Jahr 2017 zum Ergebnis, dass bereits bei mittleren Windgeschwindigkeiten erhebliche Wirbel im Nachlauf auftreten. Beschrieben werden dort die Auswirkungen der Blattspitzenwirbel und der Windreduktion (sog. Nachlaufdelle) hinter einer Windenergieanlage auf die Flugdynamik des Flugzeuges. Die Abstände der Nachlauf-Durchflüge hinter den Rotoren (Durchmesser 117 m) lagen bei dem 1,5-fachen bis ca. 15-fachen des Rotordurchmessers und damit beim geringsten Abstand (1,5-facher Rotordurchmesser) 175 m deutlich über dem gesetzlichen Mindestabstand von 150 m. Der Testpilot empfand bei seinen Durchflügen beim turbulenten Nachlauf die Nähe zu den Windenergieanlagen als unangenehm. Zudem kann die Entfernung zu den Windrädern quantitativ nicht zuverlässig geschätzt werden. Obige Erkenntnisse stützt auch die Studie der Europäischen Agentur für Flugsicherheit (EASA) vom 23.10.2023 „Safety impact of wind turbines in the vicinity of aerodromes and air routes". In der dortigen Untersuchung wird u.a. der neunfache Rotordurchmesser als Abstand im Nachlauf zu Anflugrouten empfohlen. Des Weiteren weist diese Studie auch auf die Problematik einer erhöhten Zusammenstoßgefahr im Sichtflug aufgrund verringerten befliegbaren Luftraums insbesondere bei schlechteren Wetterbedingungen hin. Die Nachlaufturbulenz erzeugt zusätzliche Gefahren für die Flugsicherheit, wenn die Windkraftanlagen in Windparks räumlich gebündelt aufgestellt werden und damit ein erheblich größeres Luftraumvolumen einnehmen als Einzelanlagen. Mit einer Anlagenbündelung geht somit ein "Wandeffekt" einher. Der oben dargestellte turbulente Nachlauf von Windenergieanlagen wirkt sich im Übrigen auch bei den Abständen von Windenergieanlagen untereinander oder aber zu Hochspannungsleitungen aus. Der Nachlauf hat starken Einfluss auf die Effizienz von Windkraftanlagen im Lee anderer Windkraftanlagen. Aus dem oben Gesagten ergibt sich zwingend, dass Windräder einen Mindestabstand zur Platzrundenführung an Flugplätzen einhalten müssen, welcher in der Größenordnung des sicheren Abstandes liegt, der im Blick auf die turbulente Nachlaufsituation gefordert ist (s.o., 9- bis 15-facher Rotordurchmesser).	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Schaubild Nach/auf-Turbulenz: Bild (siehe Anlage) 5. Segelflug-Übungsraum: An rd. 100 Flugplätzen in Baden-Württemberg findet u.a. auch der (Gemischt-)Flugbetrieb mit Segelflugzeugen statt. Ebenso erfolgt an diesen Segelfluggeländen die Flugausbildung zum Erwerb des Luftfahrerscheins für Segelflugzeugführer. Das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz (0 VG Koblenz) hat in seiner Entscheidung vom 16.01.2006, 8 a 11271/05.OVG) zu den wesentlichen Nutzungsmöglichkeiten eines Flugplatzes mit Segelflugbetrieb auch auf den Flug-Ausbildungsbetrieb verwiesen. Der für die Segelflugausbildung zwingend erforderliche Segelflug-Übungsraum als Teil dieses Ausbildungsbetriebes hat somit in die Rechtsprechung Eingang gefunden. Denn der Schulflugbetrieb und damit die Existenz eines den luftverkehrsrechtlichen Anforderungen entsprechenden Übungsraumes in Sichtweite des Flugplatzes ist Bestandteil der bestimmungsgemäßen Nutzung eines Segelfluggeländes, so OVG Koblenz. In einem Urteil vom 26.11.2003 (8 a 10814/03.OVG) hatte das OVG Koblenz zuvor bereits auf die „Aufrechterhaltung der wesentlichen Nutzungsmöglichkeiten" ohne Sicherheitsrisiken verwiesen. Der Segelflug-Übungsraum stellt sicher, dass in der Flugausbildung von Segelflugpiloten in Flugplatznähe ein Luftraum zur Verfügung steht, in welchem Flugübungen risikolos erfolgen können. Das Segelflugzeug fliegt hier auch unter Aufsicht des Fluglehrers und es ist in seinen Flugmöglichkeiten - anders als motorgetrieben Flugzeuge - dadurch eingeschränkt, dass es nicht mit Motorkraft Flugweg und Flughöhe zwingend einhalten kann. Je nach Aufwindlage befindet sich das Segelflugzeug in einem permanenten Sinkvorgang. Die Möglichkeiten, Hindernisse zu umfliegen, sind insoweit in Bodennähe für Segelflugzeuge sehr begrenzt. Somit ist auch zum Segelflug-Übungsraum ein ausreichender Sicherheitsabstand für die Errichtung von Windenergieanlagen einzuhalten. 6. Flugzeugschlepp-Routen: Segelflugzeuge starten entweder im sog. Windenstart, einem Startvorgang vergleichbar dem Start eines Drachens an einer stationär am Boden aufgestellten Schleppwinde. Alternativ kann aber ein Start im sog. Segelflugzeugschlepp erfolgen. Hierbei wird das Segelflugzeug durch ein motorisiertes Flugzeug mit angehängtem Schleppseil auf eine Ausgangshöhe außerhalb des Flugplatzes geschleppt. Beim Segelflugzeugschlepp ist zu berücksichtigen, dass der Schleppzug größere Kurvenradien erfordert und das Steigvermögen des Schleppfluges/der	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Schleppmaschine deutlich geringer ist als bei Soloflügen. Auch die Manövrierbarkeit des Schleppzuges ist deutlich geringer als bei Soloflügen. Eingeschränkt bzw. erschwert sind damit auch die Möglichkeiten eines Schleppzuges, Hindernisse wie z.B. Windkraftanlagen zu überfliegen, zu umfliegen oder diesen auszuweichen. Je nach örtlicher Gegebenheit des betreffenden Flugplatzes (Geländeform) bestehen daher an den Flugplätzen bestimmte vorgegebene Schlepprouten, die sicherheitstechnisch gut zu befliegen sind. Auch zu diesen Schlepprouten sind entsprechende Sicherheitsabstände, wie oben dargelegt, einzuhalten, wenn Windenergieanlagen errichtet werden sollen.	
lfd. Ident-Nr.: 249 Baden-Württemb ergischer Luftfahrtverband e.V. (BWLV) Stn-Id: 360		BE-ID: 1972 Fazit: Das laufende Planungsverfahren der Ausweisung von Vorranggebieten für die Nutzung der Windenergie betrifft die Eigentümer und Halter von Flugplätzen in Baden-Württemberg als Inhaber der ihnen jeweils von der Landesluftfahrtbehörde erteilten Betriebsgenehmigung und damit als luftrechtliche Flugplatzbetreiber sowie als Nutzungsberechtigte der Betriebsflächen vor allem in der sicheren Durchführung des Flugbetriebs als einem Belang der öffentlichen Sicherheit sowie in den Rechtspositionen aus Artikel 2 und Artikel 14 GG. Diese Belange sind in der Abwägung bei der Ausweisung von Windvorranggebieten zu berücksichtigen. Im Planungsverfahren sind daher im Rahmen des Abwägungsprozesses bei der Errichtung von Windkraftanlagen und auch im Vorranggebiets-Ausweisungsverfahren ausreichende Abstände zu Flugplätzen einzuhalten bzw. vorzusehen, damit die Sicherheit des Luftverkehrs nicht beeinträchtigt wird. Hierbei sind insbesondere zur berücksichtigen: • Ausreichende Sicherheitsabstände zu den festgelegten Platzrundenführungen am jeweiligen Flugplatz • Ausreichende Sicherheitsabstände zu den An- und Abflugrouten sowie zu den Schlepprouten der Segelflugzeugschleppzüge • Ausreichende Sicherheitsabstände zu den Segelflug-Übungsräumen, in denen die Ausbildung von Segelflugschülern stattfindet • Ausreichende Sicherheitsabstände im Blick auf den turbulenten Nachlauf der Windenergieanlagen in Flugplatznähe • Zu berücksichtigen ist ferner die mögliche Sperrriegelwirkung mehrerer Windkraftanlagen bei der Errichtung von Windparks in Flugplatznähe.	Eigentümer und Halter von Flugplätzen haben im Rahmen der öffentlichen Anhörung die Möglichkeit zu den Planungen Stellung zu nehmen. Dies ist seitens mehrerer Flugplatzbetreiber erfolgt. Wie zu DS-Ident-Nr. 1971 dargelegt, werden auf Ebene der Regionalplanung im Plankonzept (Kriterienkatalog) der Teilfortschreibung Windenergie 2025 die Vorsorgeabstände zu Flugplätzen berücksichtigt, die den Regionalverbänden als "Planungskorridor für die Regionale Planungsoffensive" seitens des Ministeriums für Verkehr genannt wurden. Darüberhinausgehend werden bei der Anpassung der Gebietskulisse für den 2. Anhörungsentwurf werden Hinweise und Anregungen insbesondere der Luftfahrtbehörde die im Rahmen der 1.Anhörung vorgebracht wurden, in die Gesamtabwägung und Anpassung von Vorranggebieten einbezogen. Auf regionaler Ebene erfolgt nur eine Festlegung von "Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen". Die Anlagenplanung und Ermittlung der erforderlichen Sicherheitsabstände erfolgt erst im Rahmen der nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren). Die Prüfung, ob ausreichende Sicherheitsabstände vorliegen, kann von behördlicher Seite erst im Rahmen der nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren erfolgen, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Unter Berücksichtigung üblicher Gegebenheiten, welche im Einzelfall zu einer ggf. abweichenden Beurteilung führen können, dürfte ein minimaler Sicherheitsabstand von Windenergieanlagen zu Flugplätzen in einer Größenordnung von regelmäßig ca. 4,5 km zwingend erforderlich sein.	
lfd. Ident-Nr.: 249 Baden-Württembergischer Luftfahrtverband e.V. (BWLV) Stn-Id: 360		BE-ID: 1973 Stellungnahmen betroffener Luftsportvereine als Flugplatzbetreiber: Wir wissen als luftsportlicher Interessenverband, dass zahlreiche unserer Mitglieds-vreine und Flugplatzbetreiber in eigenen Stellungnahmen gegenüber den Regionalverbänden gesondert im obigen Planungsverfahren vorgetragen haben bzw. vortragen. Insoweit machen wir uns deren Sachvortrag zu eigen und unterstützen wir den dortigen Vortrag unserer Mitgliedsvereine und Flugplatzbetreiber. Wir werden unseren Vereinen im weiteren Verfahren jedwede Hilfe gewähren, damit den Belangen der Flugsicherheit bestmöglich und ausreichend Rechnung getragen wird und die Sicherheit des Flugbetriebes in der Umgebung von Flugplätzen uneingeschränkt erhalten bleibt.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 249 Baden-Württembergischer Luftfahrtverband e.V. (BWLV) Stn-Id: 360		BE-ID: 1974 Stellungnahme der Luftfahrtbehörde - Regierungspräsidium Stuttgart: Wir gehen im Übrigen davon aus, dass die obigen Darlegungen von der Landesluftfahrtbehörde mitgetragen und ggf. in das Verfahren im Wege einer eigenen Stellungnahme der Luftfahrtbehörde bei der Anhörung der Träger öffentlicher Belange eingestellt werden. Die Luftfahrtbehörde ist letztlich verpflichtet, die Flugsicherheit als Teil der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Eine Kopie dieses Schreibens erhält die Landesluftfahrtbehörde - Regierungspräsidium Stuttgart- zur Information und Kenntnisnahme.	Die Landesluftfahrtbehörde wurde beteiligt und hat im Rahmen der 1. Anhörung Stellung genommen. Die Anregungen und Bedenken der Luftfahrtbehörde werden vom Regionalverband Ostwürttemberg berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 249 Baden-Württembergischer Luftfahrtverband e.V. (BWLV) Stn-Id: 360		BE-ID: 2152 Angebot zum Gespräch: Gerne sind wir bereit, weitergehende Fragen zu beantworten. Insoweit bieten wir die Bereitschaft zu Gesprächen an, um die obigen Darlegungen ggf. zu erläutern, zu vertiefen und zu verifizieren.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 252 Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE) Stn-Id: 337		BE-ID: 1448 Der Bundesverband Windenergie e. V. (BWE) - Landesverband Baden-Württemberg begrüßt ausdrücklich, als Fachverband für Windenergie in Ihrem Verfahren gemäß § 9 Abs. 2 ROG bzw. § 12 Abs. 2 LplG angehört zu werden. Wir bedanken uns für die Zuschrift und nehmen wie folgt Stellung: Grundsätzliche Verbandshaltung zur Flächenausweisung für Windenergie in Baden-Württemberg	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Gemäß der Bundesvorgabe muss Baden-Württemberg 1,8% der Landesfläche als mit Windenergie beplanbare Fläche ausweisen. Dabei gilt: die Kriterien, die bei der Ausweisung von Flächen zur Anwendung kommen, entscheiden über den Erfolg der Energiewende in Baden-Württemberg und das Erreichen der Flächenziele. Großräumige Tabuzonen bei der Regionalplanung lehnt die Windenergiebranche dabei konsequent ab. Zielsetzung sollte sein, möglichst viele windhöffige Flächen für die Windenergie vorzusehen, um den Projektentwicklern die standortspezifische Prüfung zu überlassen. Denn mit der rechtlichen Klarstellung, dass der Ausbau der Windenergie im überragenden öffentlichen Interesse unseres Landes steht, kommt der Belangabwägung im Genehmigungsverfahren eine große Bedeutung zu. Insbesondere, da der Erfolg der Energiewende sich nicht am Erreichen eines theoretischen Flächenziels bemisst, sondern an der Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft in Baden-Württemberg mit klimafreundlichem und günstigen Windstrom. Wir gehen auf Basis der vorliegenden wissenschaftlichen Gutachten davon aus, dass die Windenergie langfristig 30 Terawattstunden zu einer regenerativen Energieversorgung beitragen muss. Dazu ist der Bau von Windparks auf deutlich mehr als zwei Prozent der Landesfläche notwendig.	
lfd. Ident-Nr.: 252 Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE) Stn-Id: 337		BE-ID: 1449 Konkrete Stellungnahme zum Kriterienkatalog des Regionalverbands Ostwürttemberg Wir verweisen auch auf die Stellungnahmen unserer Mitgliedsunternehmen, die sich detailliert und fachlich fundiert mit ihrer Regionalkompetenz im Verfahren ebenfalls äußern. Wir begrüßen, dass der Regionalverband mit den örtlich aktiven Projektentwicklern und Vorhabenträgern im Austausch ist und Hinweise und Anregungen von unseren Fachexperten aufnimmt und berücksichtigt. Diese konstruktive Zusammenarbeit soll auch für die weiteren Planungsschritte erhalten bleiben, damit aus der Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergie auch eine faktische Stromproduktion durch Windenergie gelingen kann.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 252 Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE) Stn-Id: 337		BE-ID: 1450 Wir begrüßen, dass deutlich mehr als die gesetzlich erforderlichen 1,8 % der Regionsfläche in Summe der bestehenden und neu geplanten Vorranggebiete im Entwurf geplant sind. Wir bitten dringend darum, die Flächen auch im weiteren Verfahren und in der endgültigen Beschlussfassung beizubehalten.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 252 Bundesverband		BE-ID: 1451 Zu folgenden Kriterien wollen wir jedoch grundsätzliche Stellung	Wird gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Der Abstand zu Industriegebieten wurde aus

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
WindEnergie e.V. (BWE) Stn-Id: 337		nehmen: Bei der Bemessung der Abstände zur Siedlungsbebauung verweisen wir auf die Bundesgesetzgebung und die Ausweisungen der Bauleitplanung / TA-Lärm. Hier wird ein Mindestabstand von der zweifachen Gesamthöhe der Windenergieanlagen benannt. Ein Abstand zu Industriegebieten ist nicht erforderlich, da WEA auch in Industriegebieten rechtlich zulässig sind.	dem Kriterienkatalog herausgenommen. Durch die Rücknahme des Puffers von Industriegebieten ergeben sich allerdings keine neue Potenzialflächen, da sich alle Industriegebiete in der Region Ostwürttemberg (mit einer Ausnahme) innerhalb des 1.000 Meter Siedlungsabstands befinden, der von der Verbandsversammlung als planerisches Ausschlusskriterium beschlossen wurde, und aufgrund dessen ein planerischer Ausschluss besteht. Die eine Ausnahme, Längenfeld-Ost, liegt in anderen Ausschlussflächen. Von daher hat die Herausnahme des Puffers für Industriegebiete keine tatsächliche Auswirkung auf die Flächenkulisse der Teilfortschreibung Windenergie 2025.
lfd. Ident-Nr.: 252 Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE) Stn-Id: 337		BE-ID: 1452 Zusätzliche Pufferungen von Schutzgebieten sind nicht erforderlich, daher unzulässig und belasten die Flächenverfügbarkeit sehr stark. Dies gilt insbesondere für den fachlich weder gebotenen noch nachvollziehbaren noch anderswo verwendeten Abstand von 700 m zu Vogelschutzgebieten mit Schutzzielen windkraftempfindlicher Arten. Auch Puffer zu FFH-Gebieten sind nicht erforderlich. VSG und FFH-Gebiete ohne Schutzziele bzw. Konfliktpotenzial bzgl. windkraftempfindlicher Arten sind überhaupt nicht von der Planung auszuschließen. Auch zu Waldrefugien sind keine Vorsorgeabstände erforderlich.	Wird nicht gefolgt Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Der Regionalverband Ostwürttemberg hat die gesetzliche Aufgabe, die Regionalpläne für die Region Ostwürttemberg, bestehend aus den Landkreisen Heidenheim und Ostalbkreis aufzsutellen. In der Region Ostwürttemberg sind bereits 1,5% der Regionsfläche als Vorranggebiet für Windenergie durch einen Teilregionalplan festgelegt. Für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 wurde ein ausgewogenes Planungskonzept entwickelt, das sowohl die energetischen, als auch die die landschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten und Bedürfnisse in der Region berücksichtigt. Das gesetzlichen Flächenziel für Windenergie wird trotz der genannten Pufferabstände und Ausschlussbereiche erreicht.
lfd. Ident-Nr.: 252 Bundesverband WindEnergie e.V. (BWE) Stn-Id: 337		BE-ID: 1453 Teile der Flächen, die nach Anwendung der Kriterien definiert sind, sind für eine Nutzung als Standort für die Erzeugung von Windstrom aufgrund der Topografie (z.B. Steilhänge, Tal- oder Gewässerlagen) offensichtlich nicht nutzbar. Diese unnützen Flächen tragen zwar zum Flächenziel bei, nicht jedoch zur Erreichung einer CO2-freien Energieversorgung. Sie rechnen die Flächenziele „schön“. Zudem regen wir an, die Nähe zu 110KV-Leitungen und Umspannwerken intensiver zu berücksichtigen, weil die Entfernung von Windparks zu Netzanschlusspunkten und die Möglichkeit zur gemeinsamen Einspeisung von Wind- und Solarstrom an gemeinsam genutzten	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Nähe zu Infrastruktureinrichtungen, wie Umspannstationen oder Hochspannungsleitungen wird bei der Gesamtabwägung der einzelnen Gebiete berücksichtigt. Die Anregung zur Einbeziehung der Topographie wurde bei der Anpassung der Gebietsumgriffe teilweise berücksichtigt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Netzverknüpfungspunkten (Hybridkraftwerke plus Batteriespeicher) in den kommenden Jahren deutlich wichtiger werden wird.	
lfd. Ident-Nr.: 255 Handwerkskammer Ulm Stn-Id: 331		BE-ID: 1447 die Handwerkskammer Ulm hat zum aktuellen Verfahrensstand keine Bedenken und Anregungen vorzutragen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 277 Zweckverband Landeswasserversorgung Stn-Id: 306		BE-ID: 1444 Der Zweckverband Landeswasserversorgung (LW) mit seinen insgesamt 106 kommunalen Verbandsmitgliedern versorgt über drei Millionen Menschen im Nordosten Baden-Württermbergs, insbesondere auch im Verbandsgebiet des Regionalverbands Ostwürttemberg, im Mittleren Neckarraum und in Bayern mit Trinkwasser. Unser strategisches Ziel ist es, hinsichtlich unseres Energiebedarfs von jährlich rund 70 Gigawattstunden bis zum Jahr 2030 CO^2-neutral zu werden und durch den Ausbau erneuerbarer Energien die überregionale Trinkwasserversorgung in Verbindung mit einem eigenen Energietransportkabel Blackout-resilient abzusichern (nähere Ausführungen sind der Anlage 1 zu entnehmen). Vor diesem Hintergrund begrüßt die LW die mit der Teilfortschreibung Windenergie 2025 verbundenen Ziele, insbesondere die Ausweisung weiterer Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windkraftanlagen ausdrücklich. Die LW verfügt im Bereich der Hauptwasserleitungen über eigene Energietransportkabel, an die Windkraftstandorte im Abstand von bis zu 5 Kilometern angeschlossen werden können. Deshalb sind für die LW vor allem Vorranggebiete von Interesse, die innerhalb der Flächen liegen, die sich aus den Planausschnitten in den Anlagen 2 und 3 ergeben.	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 280 Zweckverband Wasserversorgung Ostalb Stn-Id: 27		BE-ID: 1377 die Wasserschutzgebiete des Zweckverbandes Wasserversorgung Ostalb werden nicht tangiert. Sobald die exakten Standorte der Windkrafträder festliegen bitten wir um weitere Beteiligung, damit eine Kollision mit unseren Leitungen, bzw. der Infrastruktur ausgeschlossen/vermieden werden kann.	Wird zur Kenntnis genommen. Der Zweckverband Wasserversorgung Ostalb wird erneut zur 2. Anhörung beteiligt.
lfd. Ident-Nr.: 250 Bauernverband Ostalb-Heidenheim e.V. Stn-Id: 322		BE-ID: 1445 für die Möglichkeit der Stellungnahme bedanken wir uns. Die Weiterentwicklung einer ganzen Region, insbesondere der Ausbau von erneuerbaren Energien ist ein wichtiges Ziel, muss jedoch sinnvoll stattfinden und alle Bereiche beleuchten. Der Ausbau von Windkraftanlagen auf landwirtschaftlicher Fläche hat den Vorteil, dass eine landwirtschaftliche Nutzung der Fläche größtenteils mit Einschränkungen weiterhin möglich ist. Wir als Berufsstand stehen diesen daher grundsätzlich offen gegenüber, allerdings müssen die Einschränkungen, die mit diesen Anlagen einhergehen auch entsprechend kompensiert werden. Wenn es zur Errichtung neuer Windkraftanlagen oder Windparks kommt, so müssen die betroffenen Eigentümer als auch die Bewirtschafter, die hierdurch Einschränkungen erfahren, entsprechend entschädigt werden. Die Anwendung des sogenannten Flächenmodels muss daher zum Tragen kommen, damit auch die Eigentümer und Bewirtschafter der Überflugsflächen entsprechend berücksichtig und entschädigt werden. Ferner ist ebenfalls von Bedeutung, dass auch die Betroffenen entschädigt werden, die „mittelbar“ durch diese Anlagen berührt werden. Wenn daher Leitungen und Kabel, Zuwege und sonstige Anlagen durch oder auf landwirtschaftlichen Flächen verlegt oder errichtet werden müssen, so müssen die Betroffen auch hier eine Entschädigung erhalten. Es kann nicht sein, dass diese eine Beeinträchtigung ihres Grundstücks -und nichts anderes sind diese Nebenanlagen- entschädigungslos hinzunehmen haben.	Die grundsätzliche Haltung zum Ausbau von Windkraftanlagen auf landwirtschaftlicher Flächen nehmen wir zur Kenntnis. Die Hinweise in Bezug auf Entschädigung werden ebenfalls zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 250 Bauernverband Ostalb-Heidenheim e.V. Stn-Id: 322		BE-ID: 1446 Ebenfalls regen wir an, dass für Vorhaben der erneuerbaren Energien keine gute landwirtschaftliche Fläche als Ausgleichsmaßnahme mehr herhalten muss. Windkraftanlagen stellen bereits für sich genommen nachhaltige Maßnahmen dar. Hier kann es nicht sein, dass landwirtschaftliche Fläche gerade bei Windkraftanlagen in Wäldern für entsprechende Aufforstungen herhalten muss. Eine solche hat auf Waldflächen stattzufinden und nicht noch zusätzlich auf landwirtschaftlicher Fläche.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Anregung zur Festlegung von forst- und naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen betrifft einen Themenbereich, der über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgeht und erst in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) mit den zuständigen Behörden zu klären sind, wenn Standorte, anlagenbezogene Eigenschaften und der Ausgleichsbedarf der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die Schonung von Vorrang- und Vorbehaltsfluren bei der Festlegung von Kompensatiosnmaßnahmen ist im Umweltbericht als Hinweis zur

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Kompensation von nachteiligen Umweltauswirkungen auf der Genehmigungsebene (Kap. 4.5) enthalten.
lfd. Ident-Nr.: 294 Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. Stn-Id: 295		BE-ID: 1440 die rohstoffgewinnende Industrie ist von der vorliegenden Planung betroffen. Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und für Ihre Systematik bei den Kriterien zur Ausweisung der „Vorranggebiete für Windenergieanlagen“. Als planerische Ausschlusskriterien für diese Gebiete definieren Sie u. a. -Vorranggebiete Rohstoffabbau inkl. Vorsorgeabstand 300 m -Vorranggebiete Rohstoffsicherung Darüber hinaus bitten wir Sie grundsätzlich als Ausschlusskriterium für Windkraft-Vorranggebiete auch „Nicht abgebaute konzessionierte Rohstoffabbauflächen inkl. Vorsorgeabstand 300 m“ zu definieren.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Auswirkungen der Anregung wurden geprüft. Der Anregung eines grundsätzlichen Ausschlusses von nicht abgebauten konzessionierten Rohstoffabbauflächen mit einem Vorsorgeabstand von 300m wird nicht gefolgt, da durch einen pauschalen, richtungslosen Vorsorgeabstand zu konzessionierten Rohstoffabbauflächen Bereiche entfallen würden, die für den weiteren Rohstoffabbau nicht relevant sind. Zur Sicherung des Rohstoffabbaus in den konzessionierten Rohstoffabbauflächen werden für naheliegende Vorranggebiete für Windenergie Einzelfallprüfungen vorgenommen und die Gebiete ggf. angepasst. Da die Vorranggebiete Rohstoffsicherung der Teilfortschreibung Rohstoffe des Regionalplans (2019) die weiteren Abbauflächen sichern, wird zur Gewährleistung eines vollumfänglichen Rohstoffabbaus in den Vorranggebieten Rohstoffsicherung ein Vorsorgeabstand von 300m als planerisches Ausschlusskriterium in den Kriterienkatalog der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 294 Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. Stn-Id: 295	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 1441 Vorranggebiet Nr. 48 An dem konzessionierten und im Abbau befindlichen Tagebau unseres Mitgliedsbetriebes, der Ernst Schneider GmbH Stein- und Schotterwerke in Lauchheim-Hülen, grenzt unmittelbar südöstlich das Vorranggebiet Nr. 48 an. Die Rohstoffgewinnung an diesem Standort erfolgt u. a. durch Sprengungen. Die Rohstoffgewinnung wird sich in den nächsten Jahren nach Süden fortsetzen, so dass ausgehend vom konzessionierten Tagebaubereich eine Rücknahme des Windkraft-Vorranggebietes um mindestens 300 m erfolgen muss, siehe nachstehende Skizze.--> s. Abb.	Wird gefolgt Zur Sicherung der langfristigen Abbau- und Erweiterungsmöglichkeit des Steinbruchbetriebs wird zu Vorranggebieten Rohstoffsicherung ein Abstand von 300 m berücksichtigt. Für die konzessionierten Rohstoffabbauflächen wurde eine Einzelfallprüfung vorgenommen. Die westliche Teilfläche 48/1 des Vorranggebiets 48 wird angepasst und im Norden zurückgenommen. Das Vorranggebiet 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 294 Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. Stn-Id: 295	VRG 49 Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen	BE-ID: 1442 Vorranggebiet Nr. 49 Mit Schreiben vom 26.6.2024 ist Ihnen bereits die Stellungnahmen unseres Mitgliedsbetriebes „Steinverarbeitung Dehlingen GmbH & Co.KG“ zum Standort Neresheim-Dehlingen zugegangen. Auch an diesem Standort erfolgt der Abbau im Sprengverfahren. Die künftige Erweiterung des Steinbruchs wird nach Norden und dann nach Osten erfolgen. Wir möchten Sie, daher bitten den in der anliegenden Skizze dargestellten Bereich des Windkraft-Vorranggebietes Nr. 49 zurück zu nehmen. --> s. Abb.1	Wird gefolgt Zur Sicherung der langfristigen Abbau- und Erweiterungsmöglichkeit des Steinbruchbetriebs wird zu Vorranggebieten Rohstoffsicherung ein Abstand von 300 m berücksichtigt. Für die konzessionierten Rohstoffabbauflächen wurde eine Einzelfallprüfung vorgenommen. Die Anregung wird bei der Überarbeitung des Gebietskulisse für den 2. Anhörungsentwurf berücksichtigt. Das Vorranggebiet 49 "Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen" wurde aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf angepasst und wird nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 294 Industrieverband Steine und Erden Baden-Württemberg e.V. Stn-Id: 295		BE-ID: 1443 Wir bitten um Beachtung und um Beteiligung im weiteren Verfahren. Bei Verständnisfragen oder bei Erforderlichkeit weitergehender Erläuterungen stehen die jeweiligen Unternehmen und der ISTE Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342		BE-ID: 1454 die NABU Kreisverbände Heidenheim und Ostalbkreis, die Mitgliedsverbände des Landesnaturschutzverbands-Arbeitskreises Heidenheim und des Ostalbkreises, der BUND Ostwürttemberg, die AG Fledermausschutz Baden-Württemberg nehmen im Namen und in Vollmacht des NABU Landesverbandes Baden-Württemberg vertreten durch den Vorsitzenden Johannes Enssle, des BUND Landesverbandes vertreten durch die Vorsitzende Sylvia Pilarsky-Grosch und im Namen des Landesnaturschutzverbandes Baden-Württemberg vertreten durch den Vorsitzenden Gerhard Bronner sowie der AG Fledermausschutz, vertreten durch die Vorsitzende Ingrid Kaipf zum oben genannten Vorhaben wie folgt Stellung.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342		BE-ID: 1455 Die Naturschutzverbände unterstützen im Grundsatz den Ausbau der erneuerbaren Energien in der Region und haben diesen auch in den vergangenen Jahren an vielen Stellen mitgetragen. Bereits heute sind in der Region rund 1,6 Prozent der Fläche mit Windkraft belegt. Neben dem Klimaschutz sehen die Verbände aber auch den Arten- und Naturschutz als gleichrangige Ziele. Daher gilt es, so unsere Forderung, beide Ziele gemeinsam zu denken. Dies ist leider in der vorliegenden Planung noch nicht im notwendigen Umfang geschehen. Es sind an vielen Stellen politisch motivierte Ausweisungen zu erkennen, die erheblich Artenschutzbelange tangieren oder sogar naturschutzwürdige Flächen stark beeinträchtigen.	Wird zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die Regionalverbände haben die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete für Windenergienutzung als Vorranggebiete regional zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischer Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in der Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die Auswahl der Vorranggebiete sind auch die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Die Belange des Klima-, Arten- und Naturschutzes werden entsprechend der gesetzlich en Rahmenbedingungen und Vorgaben bei der Abwägung berücksichtigt. Dabei ist jedoch insbesondere das in §2 EEG verankerte überragenden öffentliche Interesse für Anlagen der Erneuerbare Energien bis zur planerischen Erreichung der Voraussetzungen einer treibhausgasneutralen Stromerzeugung zu beachten.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverban d Heidenheim Stn-Id: 342		BE-ID: 1456 Aufgrund des Drucks des Bundesgesetzgebers sind die Regionalverbände zudem gezwungen, Teilfortschreibungen wie bei der Windkraft beschließen zu müssen, ohne dass ein Gesamtkonzept mit verschiedensten Energieformen (Windkraft, PV, Wärme etc.) sowie Einsparmaßnahmen entwickelt werden konnte. Die Naturschutzverbände halten dies nicht für durchdacht. Im Ergebnis wird sowohl den Arten in der Region, aber auch den hier lebenden Menschen sehr viel zugemutet. Viel zu wenig Berücksichtigung finden zudem die Potenziale des Repowering bestehender Anlagen. Würde ein ganzheitlicher Energieträgeransatz vorliegen und die Potenziale des Repowering stärker berücksichtigt, so könnte nach Einschätzung der Naturschutzverbände der Ausbau die Zahl der notwendigen Windräder deutlich geringer ausfallen, zugleich der erzielte Windenergieertrag aber deutlich zunehmen.	Die grundlegende Gestaltung der Energiewende und damit auch das Ausmaß und die gezielte Förderung der Nutzung grundlastfähiger Energieträger im Zusammenhang mit dem Ausbau der Netze und Speicherkapazitäten ist nicht Gegenstand der vorliegenden Teilfortschreibung Windenergie 2025. Sie obliegt insbesondere dem jeweiligen Gesetzgeber auf europäischer, bundesdeutscher und landesweiter Ebene, der den entsprechenden gesetzlichen Rahmen setzt.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverban d Heidenheim Stn-Id: 342		BE-ID: 1457 Besonders kritisch sehen die Verbände, dass viele Flächen neu ohne Anschluss an bestehende Windkraftstandorte geplant werden. Hier wird deutlich, dass die Planung nicht fachlichen Kriterien folgt, sondern deutliche kommunale Interessen und Wünsche bedienen muss. Damit wird die Landschaft noch weiter fragmentiert und bisher störungsarme Landschaften erheblich beeinträchtigt. Dies erhöht durch Summationswirkung aller An-lagen die negativen Auswirkungen in großem Umfang, wie die späteren Ausführungen zum Vogelzug oder auch Artenschutzhinweise bezüglich einzelner Windvorranggebiete zeigen werden. Daneben wird durch die damit notwendigen vielen zusätzlich zu bauenden Regionalnetze auch die Bevölkerung finanziell erheblich mehrbelastet, da die Netzentgelte den Strompreis regional weiter	Wird nicht gefolgt Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in der Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		deutlich verteuern.	Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Die schrittweise Anwendung von Eignungs-, Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfenden Kriterien führt dazu, dass in der Region nur eine beschränkte Anzahl an Gebieten verbleibt, die sich als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen eignen. Das Planungskonzept beruht auf dem Konzept der dezentralen Konzentration. Die Nähe bestehender Vorranggebiete wird in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 als Eignungsaspekt berücksichtigt und soweit möglich forciert. Eine Beschränkung auf ausschließlich Erweiterungen bestehender Vorranggebiete ist aus planerischen Gründen, z.B. Windhöffigkeit, Überlastungsthematik, Vorhandensein anderer Ausschlusskriterien, nicht möglich.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342		BE-ID: 1458 Sehr kritisch sehen die Naturschutzverbände auch die Ausweisung vieler Flächen in Wäldern, damit werden wertvolle Lebensräume und Lebensstätten von bedrohten Fledermaus- und Vogelarten in erheblichem Maße negativ beeinflusst. Dabei wird stellenweise nicht ein-mal Rücksicht auf europäische Wildtierkorridore oder Potenziallebensräume von europaweit bedrohten Arten wie der Wildkatze oder dem Schwarzstorch genommen.	Auf Grund der Berücksichtigung von rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien (s. Kriterienkatalog), insbesondere der vorsorglichen Siedlungsabstände, liegen die Entwürfe der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen häufig in größeren Waldflächen. Zur Erreichung einer räumlichen Steuerungswirkung, die eine Erreichung des Flächenziels nach § 20 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg (KlimaG BW) voraussetzt, ist es unabdingbar, diese Flächen trotz ihrer Bedeutung für den Artenschutz, das Landschaftsbild, die Erholung und den Naturhaushalt für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen heranzuziehen. Eine pauschale Bevorzugung von Offenlandbereichen oder Ausschluss von Waldgebieten wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt die ökologische Wertigkeit der Lebensräume nicht unbedingt wider. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Insgesamt ist eine wertigkeitsunabhängige Bevorzugung von Gebieten im Offenland gegenüber Gebieten im Wald weder sachgerecht noch geboten. Die Betroffenheit und der Umgang mit Wildtierkorridoren des

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Generalwildwegeplans wurde mit den zuständigen Unteren Naturschutzbehörden abgestimmt. Im Ergebnis stellen Wildtierkorridore kein Ausschlusskriterium für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen dar, sondern werden im Rahmen einer Einzelfallprüfung betrachtet. In vielen Bereichen können die benannten Korridore des Generalwildwegeplans bei der konkreten Standortplanung von Windenergieanlagen im nachgelagerten Verfahren berücksichtigt werden. Dafür wird in den Gebietssteckbriefen der betroffenen Vorranggebiete der Hinweis "Wanderkorridor des Generalwildwegeplans (GWP)" eingefügt. In begründeten Einzelfällen werden die Zuschnitte der Vorranggebiete in Bezug auf den Generalwildwegeplan in Verbindung mit weiteren Abwägungsbelangen angepasst. Im Rahmen der Planungskriterien sind bekannte, besonders sensible, stetige Lebensräume geschützter Arten, welche häufig bereits Teil geschützter Lebensräume (Biotope, Naturschutzgebiete, FFH-Mähwiesen, etc.) sind und den gesetzlichen Schutzanforderungen unterliegen, berücksichtigt. Potenziallebensräume gefährdeter Arten besitzen hierbei keinen Schutzstatus. Mit der Berücksichtigung von ruhigen, unzerschnittenen Räume als Einzelfallprüfkriterium im Plankonzept wird ein weitestmöglicher Erhalt zusammenhängender, ruhiger Bereiche angestrebt, was den Habitatansprüchen der genannten Arten entgegenkommt.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342		BE-ID: 1459 Die negativen Auswirkungen auf den Natur- und Artenschutz werden noch zusätzlich durch die Planungen der Verbandsregion Stuttgart verschärft. Hier werden an der Westgrenze der Region weitere, sehr große Windkraftgebiete geplant. Diese Flächen liegen in Verdichtungsräumen des Vogelzugs und naturschutzfachlich sehr wertvollen Wäldern.	Die Planungen des Verbands Region Stuttgart sind nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342		BE-ID: 1460 Mindestabstand von Windvorrangflächen zur Bebauung Der Regionalverband Ostwürttemberg hat sich als einziger Regionalverband des Landes Baden-Württemberg zu dem höchsten Planungsabstand von Windvorranggebieten zu allen bewohnten Gebäuden ohne Differenzierung entschlossen. Der gesetzliche Planungsabstand in Baden-Württemberg liegt bei 700 Metern, viele Regionalverbände setzen ihn bei der Planung von Windvorranggebieten auf 750-800 Metern fest – die Distanz zu bewohnten Einzelgehöften beträgt oft 600 Meter. Die Naturschutzverbände lehnen den pauschalen Mindestabstand von 1000 Metern zu bewohnten Gebäuden ab, da dieser zu weniger Naturschutz und im Ergebnis sogar zu einer geringeren Akzeptanz in der Bevölkerung führt. Inzwischen werden sogar Forderungen	Wird nicht gefolgt Der Regionalverband Ostwürttemberg hat den Siedlungsabstand nach intensiver Diskussion auf 1000m zu allen Wohngebäuden im Siedlungs- und Außenbereich festgelegt (s. Kriterienkatalog) . Dieser Abstand entspricht in etwa auch dem Abstand, den derzeitige Anlagentypen (Nabenhöhe 160m oder höher) innerhalb eines Windparks zur Einhaltung der Lärmrichtwerte nach TA Lärm im Normalbetrieb ohnehin einhalten müssten. Eine Differenzierung der Abstände nach Art der Siedlungsgebiete wurde mit dem Ziel der Gleichbehandlung der Menschen in der Region explizit verworfen. Gleichzeitig enthält der Kriterienkatalog mehrere Ausschlussregelungen für den Arten- und Naturschutz, die über die rechtlichen Erfordernisse sowie die Inhalte und Empfehlungen des Fachbeitrags Artenschutz hinausgehen. Die Steuerung von Teilhabemöglichkeiten für Bürgerinnen und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		nach 1500 Metern Mindestabstand laut. Durch dieses undifferenzierte Vorgehen werden Windenergieanlagen in dramatischem Umfang in bisher unzerschnittenen Gebieten und artenreichen Wald- und Offenland-Lebensräumen projektiert und der Konflikt mit dem Natur- und Artenschutz verstärkt. Die Naturschutzverbände fordern daher, die ideologisch motivierte 1000 Meter Abstandsregel zu jeglichen bewohnten Gebäuden aufzugeben und differenzierte, geringere Abstandsregeln wie andere Regionalverbände in Baden-Württemberg festzulegen. Im Anhang 1 sind zur besseren Veranschaulichung die Auswirkungen der verschiedenen Abstandsvarianten auf die Flächenverfügbarkeit visualisiert. Die Naturschutzverbände sind überzeugt, dass auch bei einer konsequenten Berücksichtigung des Natur- und Artenschutzes der weitere Ausbau der Windenergie möglich ist und dabei die Region Ostwürttemberg genügend unproblematische Flächen findet und dabei auch mehr Fläche als die gesetzlich geforderten 2% ausweisen könnte. Bei konsequentem Repowering wurde zudem der Ertrag der Windkraftanlagen deutlich ausgebaut und dies bei gleichzeitig geringerer Zahl notwendiger Anlagen. Eine differenziertere Vorgehensweise bei den Siedlungsabständen wurde zudem Planungen in weniger naturschutzfachlich sensiblen Gebieten ermöglichen und so die Artenschutzkonflikte minimieren, ohne dass der Schutz des Menschen nennenswert beeinträchtigt werden würde. Mit akzeptanzsteigernden Maßnahmen wie u.a. echte Teilhabe in Form von Erneuerbaren-Energien-Gemeinschaften, kommunale Teilhabe, transparente Planungsverfahren, Möglichkeit der Bürger und Bürgerinnenbeteiligung an Planungsprozessen, sowie den Investitionen und Erträgen der Windenergieanlage könnten hier die Bürgerinnen und Bürger mitgenommen werden.	Bürger zur Erhöhung der Akzeptanz geht über den Regelungsgehalt des Regionalplans weit hinaus und ist nicht Gegenstand der Teilfortschreibung Windenergie 2025 und damit auch nicht Gegenstand der aktuellen Anhörung.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342		BE-ID: 1461 Vogelzug in Ostwürttemberg Der Anhang 2 zeigt visuell die Verdichtungs- und Konzentrationsräume des Vogelzugs in der Region Ostwürttemberg. Da Windenergieanlagen in diesen Konzentrationsräumen von Vögeln, vermutlich auch Fledermäusen zu einer „signifikanten Erhöhung des Tötungs- oder Verletzungsrisikos“ oder zu einem erheblichen Meideverhalten fu?hren können, müssen diese bei den Planungen berücksichtigt werden. Der Vogelzug findet in der Masse zwischen 100 und 1000m über dem Boden statt und damit im Wirkbereich der Rotoren. Die Zughöhe hängt hauptsächlich von den Wind- und Niederschlagsverhältnissen ab. Bei nachtziehenden Arten nimmt die Flughöhe über Grund tendenziell	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Der Einschätzung, dass der Vogelzug überwiegend in breiter Front erfolgt, sowie Flusstäler und Mittelgebirgszüge wichtige Leitlinie sind, wird nach Abstimmung mit der höheren Naturschutzbehörde zugestimmt. Die Einschätzung der genannten Vogelzug- und Verdichtungsräume erfolgte mit fachlicher Unterstützung der höheren Naturschutzbehörde. Laut deren Einschätzung kann aus den Aussagen zum Vogelzug keine bestätigten Verdichtungsräume und keine begründeten Verdachtsflächen für einen Verdichtungsraum ableiten werden. Unüberwindbare Hindernisse bestehen auf Ebene der Regionalplanung daher nicht.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		zu. Auch in Ostwürttemberg werden, obwohl kaum systematische Untersuchungen gemacht wurden, regelmäßig tote Fledermäuse, Rotmilane, Mäusebussarde, aber auch Kleinvögel als Schlagopfer unter den Anlagen gefunden. Anlagen die in diese Konzentrationsräume des Vogelzugs geplant werden, sind entweder nicht genehmigungsfähig oder die Betreiber müssen in großem Umfang mit Abschaltzeiten während des Frühjahrs- und Herbstzuges rechnen. Zudem wird der Untersuchungsumfang für Gutachten hier deutlich größer. Der Vogelzug durch das mitteleuropäische Binnenland erfolgt überwiegend in breiter Front. Flusstäler und Mittelgebirgszüge sind dabei aber wichtige Leitlinien des Vogelzugs, die dort zu einer star-ken Verdichtung führen. So stellt sich die Situation auch in der Region Ostwürttemberg dar. Der Albtrauf stellt mit fast 500m Höhendifferenz eine wichtige topografische Barriere dar. Um diese Höhenunterschiede zu überwinden, nutzen ziehende Vögel Täler oder talähnliche Einschnitte oder folgen dem Albtrauf von NO nach SW (Wegzug) oder von SW nach NO (Heimzug). Daneben gibt es auch einige Arten mit eher westlich (Wegzug) oder östlich (Heimzug) ausgeprägten Zugrouten. In der Karte sind die wichtigsten Verdichtungsräume des Vogelzugs in Ostwürttemberg dargestellt. Die talähnlichen Einschnitte (B466 Böhmenkirch-Heidenheim (Route 1), das Remstal (Route 2) sowie der Albtrauf von Bopfingen bis Donzdorf (Route 3) sind wichtige Verdichtungsräume. Diese Leitstrukturen des Vogelzuges sind sowohl während des Wegzugs- wie auch Heimzugs von großer Bedeutung. Bei Schlechtwetterlagen kommt auch der Kocher-Brenztallinie (Aalen-Heidenheim) Nord-Süd-Verbindung eine große Bedeutung zu. Der Einschnitt zwischen Aalen-Essingen-Lauterburg (Route 4) hat eine große Bedeutung vor allem für Singvögel, die in Ostwürttemberg hier den niedrigsten Höhenunterschied zu überwinden haben. An guten Zugtagen sind hier Tagessummen von bis 50.000 Vögel nachgewiesen. Dieser Einschnitt hat also vergleichbare Bedeutung wie das Randecker Maar. Dieser Einschnitte ist aus vielen Kilometern sichtbar und konzentriert (Trichtereffekt) daher große Zahlen ziehender Vögel in diesen Einschnitt. Nördlich der Albkante (Routen 5/6) vorgelagerte Bereiche (Remstal, Höhenzüge Frickenhofener Höhe, Linie Ellwangen - Waldstetten) sind von großer Bedeutung für Großvögel (Greifvögel (mehrere hundert pro Tag an Spitzentagen), Weiß-	Da die Novellierung des BNatSchG (2022) den Vogelzug nicht einschließt, kann eine Berücksichtigung des Vogelzugs im Rahmen der nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) noch erfolgen. Die Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		und Schwarzstorch, Kranich, Ringeltaube (>100.000 Vögel pro Tag), aber auch sog. Offenlandarten (Goldregenpfeifer, Brachpieper, Stelzen, Baum- und Wiesenpieper, Steinschmätzer) konzentrieren sich hier. Auf der Albhochfläche ist es die Linie Nördlingen-Donzdorf (Route 3) die über dünnbesiedeltes Gebiet führt und größere Siedlungsbereiche (Stadt Heidenheim) umgeht, die ein wichtiger Verdichtungsraum ist. Dieser wird von Großvögeln und vielen Singvögeln genutzt. Auch hier können an Spitzenzugtagen bis zu 25.000 durchziehende Vögel nachgewiesen werden. Die Linie Dillingen - Donzdorf (Route 1) ist ein wichtiger Korridor für Ringeltaube, Kiebitz, Goldregenpfeifer, Großvögel. An dieser Linie und im südlichen Bereich des Landeskreises Heidenheim kommt es zusätzlich im Herbst zu massiven Konzentrationen beim Kranichzug. Dieser sog. dritte Zugweg, der sich seit mehreren Jahren immer stärker etabliert, wird von Vögeln aus Ungarn genutzt. Aufgrund der im Herbst vorherrschenden Windlagen, ziehen hier sehr viele Vögel auf dieser Route nördlich der Alpen. Ziel der aktuellen Ausbauplanung Windkraft muss es daher sein, diese wichtigen Leitlinien für den Vogelzug freizuhalten. Ein Problem ist insbesondere die Summationswirkung mehrerer Parks, die in den Zugverdichtungskorridoren stehen. Es gilt auf jeden Fall darauf zu achten, dass keine Barrierewirkung entsteht, welche die Vögel zu energieintensiven Ausweichmanövern zwingt oder auch zu starken Schlagopferzahlen führt. Sie müssen außerdem davon ausgehen, dass in der Nacht neben ziehenden Vögeln auch Fledermäuse diese Verdichtungskorridore für den Zug nutzen. Dies verschärft das Thema zusätzlich. Sollten hier Windparks geplant werden, muss hier nicht nur mit einem erhöhten Untersuchungsumfang der Gutachten durch Analyse des Vogelzuggeschehens gerechnet werden, sondern auch mit evtl. notwendigen Abschaltzeiten zu Zeiten des Frühjahrs- und Herbstzuges. Zu diesem Aspekt geben wir bei den einzelnen Vorranggebieten im Verlauf der Stellungnahme weitere Hinweise.	
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverban d Heidenheim Stn-Id: 342		BE-ID: 1462 Windenergie im Wald Ein großer Teil der vorgeschlagenen Windvorranggebiete der Region Ostwürttemberg liegt im Wald – ein Lebensraum in den letzten Jahren stark vom Klimawandel, aber auch zunehmend von verschiedenen Freizeitbedürfnissen der Bevölkerung beeinträchtigt wird. Durchschnittlich muss ein halber Hektar Wald	Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen,

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		für den Bau einer Windenergieanlage gerodet werden. Dazu kommt ein weiterer halber Hektar Fläche für die Bauphase, die aber wieder aufgeforstet werden kann. Klimawandel als Faktor für Waldverluste Zum Vergleich: Aufgrund von Schäden durch Borkenkäfer und Trockenheit sind uns seit 2018 rund eine halbe Million Hektar Waldfläche verloren und müssen wiederbewaldet werden. Diese Standorte können ohne Eingriffe in einen Bestandswald bei entsprechender Eignung durch Windenergieanlagen genutzt werden.	aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt. Der Planungshorizont der Teilfortschreibung Windenergie 2025 umfasst einen Zeitraum von 10 bis 20 Jahren. Die Heranziehung aktueller Waldschadensflächen als positives Auswahlkriterium für die Festlegung von Vorranggebieten für Windenergie ist aufgrund der Kleinteiligkeit und sich permanent ändernder Waldzustände auf regionaler Planungsebene nicht geeignet. Zudem stellen auch geschädigte Waldflächen weiterhin Waldflächen im Sinne der Waldgesetze dar, deren Inanspruchnahme forst- und naturschutzrechtlich im Rahmen der nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu behandeln ist, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Zum Umfang der Waldinanspruchnahme: Gemäß Fachagentur Wind an Land zeigen aktuelle Erhebungen, dass für die Dauer des Betriebes von Windenergieanlagen (WEA) durchschnittlich ca. 0,48 Hektar für den Betrieb einer WEA gerodet werden müssen. Hiervon entfallen ca. 0,05 ha auf die Versiegelung für das Fundament. Während der Bauphase sind zusätzlich ca. 0,47 ha freizuhalten, die nach Abschluss der Bauphase dann wieder aufgeforstet werden (Fachagentur Wind an Land 2024: Entwicklung der Windenergie im Wald.- Ausbau, planerische Vorgaben und Empfehlungen für Windenergiestandorte auf Forstflächen in den Bundesländern.- Analyse.- S. 15f).
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342		BE-ID: 1464 Ausschluss von naturnahen Wäldern Wildnisgebiete im Sinne der Nationalen Biodiversitätsstrategie müssen von der Planung ausgeschlossen werden – also Wälder, die unter Naturschutz stehen oder naturnahe Wälder, die ein Alter von über 100 Jahren haben. Diese Wälder sind wichtige Lebensräume für seltene Vogel und Fledermausarten. Damit sollte ungefähr 36 Prozent der Waldfläche Deutschlands vom Windener-gieausbau ausgeschlossen werden. In vielen geplanten Windvorranggebieten in der Region Ost-württemberg gibt es kleinere, mittlere und größere Teilflächen naturnaher Wälder, die nicht beein-trächtigt werden dürfen. „Wälder beherbergen einen großen Teil der biologischen Vielfalt zu Land und sind wertvollernErholungs- und Naturerfahrungsraum für viele Menschen. Natürlicherweise	Wird nicht gefolgt Eine pauschale Bevorzugung von einzelnen Waldarten wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider. Ökologisch besonders hochwertige Waldlebensräume sind mittels rechtlicher Ausschlusskriterien (z.B. Bann- und Schonwald, Waldbiotope), planerischer Ausschlusskriterien (bspw. Vorsorgeabstände zu Bann- und Schonwäldern) oder im Einzelfall zu prüfende Kriterien (z.B. Waldrefugien) im Planungsprozess berücksichtigt worden (s. Kriterienkatalog – zweckdienliche Unterlage der Teilfortschreibung Windenergie 2025). Zudem sind ökologisch hochwertige Waldflächen, alte Waldbestände (> 120 Jahre), aber auch Böden mit sehr hoher Leistungsfähigkeit, in der Umweltprüfung zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 berücksichtigt worden (siehe Umweltbericht zur

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		wäre Deutschland zu mehr als 90 % bewaldet. Deutschland liegt im Zentrum der europäischen Buchenwaldverbreitung und hat daher eine besondere Verantwortung in Europa für Buchenwälder. Durch eine intensive und jahrhundertelange Landnutzung einschließlich Forstwirtschaft wurden die Wälder jedoch in ihrer Artenzusammensetzung und Struktur erheblich verändert und bedecken heutzutage nur noch knapp über 30 % der deutschen Landesfläche. Besonders vor dem Hintergrund des Klimawandels gewinnen der Erhalt und die Wiederherstellung der Funktionen und Strukturen des Ökosystems Wald immer mehr an Bedeutung. Einen Schlüsselbegriff stellt dabei die Naturnähe von Wäldern dar, die aus verschiedener Perspektive in den Blick zu nehmen ist (Artenzusammensetzung, Strukturreichtum, natürliche Prozesse, Standortausprägungen, Funktionsvielfalt, aber auch Vielfalt der Bewirtschaftungsverfahren).“ Aus: Ziele- & Maßnahmenkatalog zur NBS 2030. Deshalb sollten aus Sicht der Naturschutzverbände ausschließlich artenärmere Wirtschaftswälder zur Errichtung von Windenergieanlagen genutzt werden.	Offenlage). Die Prüfungsergebnisse der Strategischen Umweltprüfung wurden in die regionalplanerische Abwägung eingestellt.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342		BE-ID: 1465 Wildtierkorridore Einzelne waldgebundene Säugetierarten können durch Windenergieanlagen und deren Begleitinfrastrukturen einen dauerhaften oder zeitweisen Lebensraumverlust erleiden, deshalb sind im Bereich von ausgewiesenen Wildtierkorridoren bei der Planung intensive Untersuchungen unabdingbar. Ins-besondere die Bauphase, aber auch der Betrieb der Anlagen kann zu einer großflächigen Meidung eines Gebiets führen, Wildtierkorridore können unterbrochen werden und störende menschliche Aktivitäten können wegen der besseren Erschließung eines Gebiets zunehmen.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Betroffenheit und der Umgang mit Wildtierkorridoren des Generalwildwegeplans wurde mit den zuständigen Unteren Naturschutzbehörden abgestimmt. Im Ergebnis stellen Wildtierkorridore kein Ausschlusskriterium für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen dar, sondern werden im Rahmen einer Einzelfallprüfung betrachtet. In vielen Bereichen können die benannten Korridore des Generalwildwegeplans bei der konkreten Standortplanung von Windenergieanlagen im nachgelagerten Verfahren berücksichtigt werden. Dafür wird in den Gebietssteckbriefen der betroffenen Vorranggebiete der Hinweis "Wanderkorridor des Generalwildwegeplans (GWP)" eingefügt. In begründeten Einzelfällen werden die Zuschnitte der Vorranggebiete in Bezug auf den Generalwildwegeplan in Verbindung mit weiteren Abwägungsbelangen angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342		BE-ID: 1466 Wälder als Lebensräume von Fledermäusen, Wildkatze und Vogelarten Durch die zunehmende Planung von Windkraftanlagen im Wald verlieren Fledermäuse durch Rodung direkt oder durch Vergrämung indirekt Quartiere und Lebensräume. In Quartiernähe ist mit einem erhöhten Schlagrisiko von kollisionsgefährdeten Fledermausarten zu rechnen. Neueste Studien zeigen zudem, dass Waldfledermäuse eine Distanz von mind. 450m rund um die Windenergieanlagen meiden, und damit in	Wird nicht gefolgt Eine pauschale Bevorzugung von artenarmen Wäldern entspricht nicht dem Plankonzept und wäre nicht sachgerecht für die Sicherung der günstigsten Standorte für die Windenergienutzung und spiegelt nicht die ökologische Wertigkeit der Lebensräume wider. Das Land Baden-Württemberg hat den Regionalverbänden als Planungshilfe zur Berücksichtigung des Artenschutzes bei der Festlegung von Vorranggebieten für Windenergie den "Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie" (LUBW 2022, Datenergänzung 2023)

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		erheblichem Umfang Jagdlebensräume verlieren. Gleichzeitig werden durch die Rodungen für den Bau und den Unterhalt von WEAs für kollisionsgefährdete Offenraumjäger-Arten neue Jagdräume geschaffen, die diese Arten anlocken und zu einer höheren Kollisionsgefährdung führen. Daher sind zwingend aus Sicht der Naturschutzverbände nur artarme Wälder für Windenergieprojekte zu nutzen. Bevor Waldflächen überhaupt in Anspruch genommen werden, sollten Alternativen geprüft werden. Abschaltzeiten zum Schutz der Fledermäuse sind zwingend notwendig. In jedem Fall fordern die Naturschutzverbände sorgfältige Voruntersuchungen durch fachlich versierte Gutachter. Auch zu Fledermausverkommen gibt es auf Vorranggebietsebene weitere Hinweise. Flächendeckend ist auch mit Vorkommen der Haselmaus zu rechnen, die bei der Rodung und auch bei Ausgleichsmaßnahmen berücksichtigt werden muss.	zur Verfügung gestellt. Im Fachbeitrag werden alle windkraftsensiblen Fledermausarten gemäß Hinweispapier Fledermaus (LUBW 2014) betrachtet. Die kategorisierten Schwerpunkträume des Fachbeitrags Artenschutz sind im Planungskonzept berücksichtigt und tragen zu einer großräumig wirksamen Konfliktminderung zwischen dem Windenergieausbau und dem Artenschutz bei (s. Kriterienkatalog). Das Plankonzept berücksichtigt Schwerpunktvorkommen der Kategorie A inklusive einem Abstandsbereich von einem Rotorradius als Ausschlussfläche. Bei Schwerpunktvorkommen der Kategorie B erfolgte im Konfliktfall eine Einzelfallprüfung. Durch die Berücksichtigung der Schwerpunkträume, die aufgrund des populationsbezogenen Ansatzes eine hohe Stetigkeit aufweisen, kann die Windenergienutzung auf weniger konfligierende Standorte gelenkt werden. Habitatveränderungen und Schlagopfer werden sich in Gänze nicht vermeiden lassen, sind aber stark von den Gegebenheiten am Einzelstandort abhängig. Die konkreten Auswirkungen auf Fleder- und Haselmausvorkommen sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Im Rahmen dieser Verfahren werden dann ggf. erforderliche Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen festgelegt.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342		BE-ID: 1467 Wildkatze: Auf dem vorderen Härtsfeld wurden in den Jahren 2011 und 2016 insgesamt 3 genetische Nachweise durch den BUND Ortsverband Aalen im Zuge des jährlichen Monitorings nachgewiesen. Diese Nachweise sind in der aktuellen Verbreitungskarte der FVA (Forstliche Versuchs -und Forschungsanstalt Freiburg) veröffentlicht. Ein aktuelles Vorkommen und eine weitere Verbreitung ist möglich und wird durch weitere Monitorings des BUND untersucht. Dies ist für alle Windkraftplanungsgebiete in diesem Bereich von Relevanz.	Wird nicht gefolgt Das Vorkommen der Wildkatze ist bekannt und hat für den Artenschutz in der Region eine bedeutende Rolle. Jedoch spielt das Vorkommen der Wildkatze für eine Beurteilung der Entwicklung der Windenergie lediglich eine untergeordnete Rolle. Im Hinblick auf den Aspekt einer Beunruhigung von Gebieten für Tierarten wie die Wildkatze wurden in der SUP zum Regionalplan die "unzerschnittenen Räume" berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342		BE-ID: 1468 In Ostwürttemberg haben zudem viele bedrohte Vogelarten der Vogelschutzrichtlinie überregional bedeutsame Vorkommen. Beispiele hierfür sind Sperlingskauz, Raufußkauz, Waldschnepfe. Außerdem gibt es immer mehr Nachweise des Schwarzstorches, von See- und Fischadler. Auch hierzu folgen weitere Hinweise.	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 41 Ellenberg / Jagstzell West	BE-ID: 1469 Gebiet 41 Erw. Ellenberg/Jagstzell West & Gebiet 42 Erw. Ellenberg/Jagstzell Ost Brutvorkommen von Schwarzstorch, Sperlingskauz, Raufußkauz, Wespenbussard, Baumfalke, Habicht. In Randbereichen Offenland Rot- und Schwarzmilan. Ganzjährige belegte Reviere von See- und Fischadler. Brutnachweis sehr wahrscheinlich. Wochenstubenvorkommen Kleiner Abendsegler, Großer Abendsegler und Wasserfledermaus. Sommernachweise Bechsteinfledermaus, Fransenfledermaus. Verdichtungsraum des Vogelzuges.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Das Vorranggebiet 41 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell West" ist für die Nutzung der Windenergie geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung und nach Beratung im Planungsausschuss am 31.01.2025 angepasst. Das Vorranggebiet 42 "Erweiterung Ellenberg / Jagstzell Ost" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 1470 Gebiet 43 Gerstetten Brutvorkommen Sperlingskauz, Raufußkauz, Waldschnepfe, Wespenbussard, Habicht, Hohltaube, Schwarzspecht, Grau- und Mittelspecht. In Randbereichen Offenland Rotmilan. Vorkommen Fransenfledermaus, Zwergfledermaus, Braunes Langohr, Großer Abendsegler nachgewiesen.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft. Das Vorranggebiet 43 "Gerstetten" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 44 Erweiterung Nonnenholz	BE-ID: 1471 Gebiet 44 Erweiterung Nonnenholz Nord und Süd Verdichtungsraum Vogelzug. Die Erweiterung nach Süd und Nord erhöht die Barrierewirkung des Parks deutlich. In beiden Gebieten Brutvorkommen Schwarz- und Rotmilan sowie Wespenbussard. Im südlichen Erweiterungsbereich regelmäßig Schlafplatzansammlungen von Rot- und Schwarzmilan.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Das Vorranggebiet 44 "Erweiterung Nonnenholz" ist für die Nutzung der Windenergie geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst und auf die südliche Teilfläche beschränkt.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 45 Unterschneidheim / Tannhausen	BE-ID: 1472 Gebiet 45 Unterscheidheim/Tannhausen Im Gebiet Brutvorkommen Rot- und Schwarzmilan, Wespenbussard. Im Offenland Wiesenweihe nicht auszuschließen. Brutvorkommen Seeadler im näheren Umfeld.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Das Vorranggebiet 45 "Unterschneidheim / Tannhausen" ist für die Nutzung der Windenergie geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 46 Kirchheim / Unterschneidheim	BE-ID: 1473 Gebiet 46 Kirchheim/Unterscheidheim. Im Gebiet Brutvorkommen Rotmilan. Nähe zu bedeutenden Vogelrastgebiet im Bereich Pfäfflingen, Maihingen (Goldregenpfeifer, Kiebitz, Sumpfohreule). Brutvorkommen Fischadler im näheren Umfeld.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft. Die Bedeutung des Vogelrastgebiets wird von behördlicher Seite bestätigt. Das Vorranggebiet 46 "Kirchheim / Unterschneidheim" wird im Rahmen des

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 47 Hornsberg	BE-ID: 1474 Gebiet 47 Hornsberg Nähe zu bedeutendem Vogelzugrastplatz und Zugsammelpunkt beim Herbstzug des Weißstorches (Deponie Killingen), vereinzelt auch Schwarzstorch dabei. Dort auch große Schlafplatzansammlungen Rot- und Schwarzmilan. Der Hornsberg mit seinen thermischen Aufwinden ist für diese Arten wichtig. Am Hornsberg selbst Brutverdacht Schwarzstorch. Verdichtungsraum Vogelzug und Nähe zu den überregional bedeutsamen Rastplätzen Stockmühle und Bucher Stausee sehr konfliktreich. Weitere wertgebende Arten zu erwarten.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft. Das Vorranggebiet 47 "Hornsberg" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 48 Erweiterung Waldhausen / Beuren	BE-ID: 1475 Gebiet 48 Erw. Waldhausen Beuren West und Beuren – Mitte und Beuren – Süd und -Ost Das Gebiet 48/1 rückt stark an die Brutplätze von Uhu, Wanderfalke und Kolkrabe am Steinbruch Hülen heran. Im Wald ist Tageseinstand des Uhus zu erwarten. Außerdem Bruten von Rotmilan, Wespenbussard nachgewiesen. Außerdem Fledermausvorkommen von Zwergfledermaus, Braunem Langohr (Winterquartiere) nachgewiesen. Weitere Arten wie Großer Abendsegler sehr wahrscheinlich. Weiterhin Waldschnepfe, Wespenbussard und Baumfalken-Brutvorkommen. Außerdem wenig zerschnittener Waldbestand. Die Teilflächen 48/3 liegt mit ihrem östlichen Bereich sehr nahe am Uhu- und Wanderfalkenbrutplatz am Tierstein. Im Offenland bei Michelfeld und Kugeltal außer-dem Winterreviere des Raubwürgers. Auch in dieser Teilfläche Brut von Rot- und Schwarzmilan nachgewiesen. Bei der Planung muss weiterhin darauf geachtet werden, dass der Wildtierkorridor in der Kategorie „internationale Bedeutung“ in seiner Funktion erhalten bleibt. Dieser wird nicht nur durch den Bau, sondern auch durch die stark erhöhte Beunruhigung im Waldgebiet durch Servicefahrzeuge zur Wartung und Reparatur der Windkraftanlagen in seiner Funktion gefährdet. Dieser Wildtierkorridor ist einer der letzten Ost-West-Verbindungen im Bereich zwischen Baden-Württemberg und Bayern und ein sehr wichtiger Korridor für die europaweiten Wanderbewegungen. Bei der Planung der Standorte muss dieser Aspekt zwingend beachtet werden.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Das Vorranggebiet 48 "Erweiterung Waldhausen / Beuren" ist für die Nutzung der Windenergie geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von vreschiedenen Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Die Teilfläche 48/1 wird dabei im Norden zurückgenommen, wodurch sich der Abstand zum Steinbruch Hülen etwas vergrößert. Die Teilfläche 48/3 wird im östlichen und südlichen Bereich zurückgenommen, sodass der Abstand zum östlich gelegenen Tierstein zunimmt. Die Teilflächen 48/2 und 48/4 werden im 2. Anhörungsentwurf nicht weitergeführt. Die Betroffenheit und der Umgang mit Wildtierkorridoren des Generalwildwegeplans wurde mit den zuständigen Unteren Naturschutzbehörden abgestimmt. Im Ergebnis stellen Wildtierkorridore kein Ausschlusskriterium für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen dar, sondern werden im Rahmen einer Einzelfallprüfung betrachtet. Im Bereich der weitergeführten Teilflächen kann der benannte Korridore des Generalwildwegeplans bei der konkreten Standortplanung von Windenergieanlagen im nachgelagerten Verfahren berücksichtigt werden. Dafür wird in den Gebietssteckbriefen des betroffenen Vorranggebietes der Hinweis "Wanderkorridor des Generalwildwegeplans (GWP)" eingefügt. Die weitere Prüfung und Abwägung der Betroffenheit des Wildtierkorridors erfolgt im Rahmen der nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 49 Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen	BE-ID: 1476 Gebiet 49 Erweiterung Weilermerkingen-Dehlingen Im Steinbruch Dehlingen sind jährliche Bruten von Wanderfalke und Uhu nachgewiesen. Im Be-reich Ohrengipfel Vorkommen der Kreuzotter (Teilfläche 49/3). Angrenzend an Offenland Rotmilan und Wespenbussard Brutvogel. Im Gutachten von Gutschker & Dongus (2017) wurden 35 Brutvogelarten, von denen die Arten Rotmilan, Schwarzmilan sowie Wespenbussard als windkraftempfindlich gelten. Weiterhin konnten die gefährdeten bzw. streng geschützten, jedoch nicht windkraftempfindlichen Brutvogelarten Feld-lerche, Grauspecht, Grünspecht, Schwarzspecht, Mäusebussard, Sperber, Turmfalke und Wald-kauz erfasst werden. Von den 34 erfassten Gast- und Rastvogelarten gelten die Arten Baumfalke, Baumpieper, Bergpieper, Bluthänfling, Dohle, Fischadler, Graureiher, Kornweihe, Neuntöter, Raubwürger, Rohrweihe, Star, Steinschmätzer, Turteltaube, Wendehals, Wiedehopf und Wiesenweihe als windkraftempfindlich. Gutschker & Dongus wiesen zudem insgesamt 14 Fledermausarten anhand von Detektorbegehungen, batcorder-Erfassungen und Netzfängen nach, von denen sieben (Zwergfledermaus, Rauhautfledermaus, Mückenfledermaus, Großer Abendsegler, Kleiner Abendsegler, Breitflügelfledermaus, Zweifarbfledermaus) als windkraftsensibel gelten. Auch die anderen Arten sind. Weiterhin sind Vorkommen der Schlingnatter und Zauneidechse zu erwarten, die im nahen Umfeld nachgewiesen sind.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Das Vorranggebiet 49 "Erweiterung Weilermerkingen / Dehlingen" wurde aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf angepasst und wird nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 1477 Gebiet 50 Dunstelkingen/Reistingen Brutvorkommen Rotmilan, Wespenbussard, Hohltaube, Schwarz- und Mittelspecht, Kolkrabe sowie Neuntöter. Im näheren Umfeld auch Baumfalke und auch Revier Schwarzstorch mit Brutverdacht in manchen Jahren. Im Bereich Karlsbrunnen Nachweis des Juchtenkäfers. Diese Art kann daher in den umliegenden Wäldern insbesondere in Totholz nicht ausgeschlossen werden. Nachgewiesen sind im näheren Umfeld außerdem Braunes Langohr, Zwergfledermaus, Bechsteinfledermaus	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft. Das Vorranggebiet 50 "Dunstelkingen / Reistingen" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1478 Gebiet 51 Dischingen/Nattheim Bei dem Waldgebiet handelt es sich (Nachweis Telemetriestudie Dr. Nagel) um das zentrale Jagdgebiet der Wochenstubenkolonie der Großen Mausohren der Kirche Ballmertshofen. Außerdem sind	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft. Das Vorranggebiet 51 "Dischingen / Nattheim" wird aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf sowie nach Beratung und

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		hier Braunes Langohr, Bartfledermaus, Zwergfledermaus, Großer Abendsegler und Wasserfledermaus nachgewiesen. Weiterhin Vorkommen der Gelbbauchunke. Brutvorkommen Wespenbussard, Uhu, Waldohreule, Schwarzspecht, Baumfalke, Sperber und in den Randbereichen zum Offenland Rot- und Schwarzmilan. Weitere naturschutzfachliche wertvolle Arten zu erwarten, da in erheblichem Umfang Waldrefugien betroffen.	Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 1479 Gebiet 52 Erweiterung Heidenheim/Nattheim Beide geplanten Erweiterungsflächen grenzen an Brutvorkommen des Uhu an. Außerdem Brutvorkommen von Wespenbussard. An den Randlagen zum Offenland Brutvorkommen Rotmilan. Fledermausarten Mopsfledermaus, Großer Abendsegler, Großes Mausohr, Fransenfledermaus, Wasserfledermaus, Braunes Langohr. Kritisch ist zudem die Beeinträchtigung von Waldrefugien zu sehen, dort weitere naturschutzfachlich wertvolle Arten zu erwarten.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Das Vorranggebiet 52 "Erweiterung Heidenheim / Nattheim" ist für die Nutzung der Windenergie geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. In der im 2. Anhörungsentwurf weitergeführten Teilfläche des Gebiet 52 befinden sich keine Waldrefugien.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 1480 Gebiet 53 Erweiterung Pfaffentäle/Diepertsbuch Brutvorkommen Wespenbussard und an den Bereichen zum Offenland auch Rotmilan. Besonders kritisch ist die Barrierewirkung des Parks für den Vogelzug zu bewerten. Denn in Summation mit den angrenzenden bestehenden oder geplanten Windparks (insbesondere Gebiet 54 Ebnat) würde der Zugkorridor weiter erheblich beeinträchtigt. Das Gebiet liegt im Verdichtungsbereichs des Vogelzugs auf der Alboberfläche.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft. Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1481 Gebiet 54 Ebnat Das Gebiet liegt in einem Verdichtungsbereich des Vogelzuges. Der Bau eines Windparks an dieser Stelle mit dieser Ausdehnung würde zu einer kompletten Abriegelung des enorm wichtigen Zugkorridors führen. Es ist zu erwarten, dass hier auch Fledermauszug in erheblichem Umfang stattfindet. Außerdem Brutvorkommen von Schwarzspecht, Mittelspecht, Hohltaube, Rauhfusskauz, Sperlingskauz, Baumfalke, Waldschnepfe, Waldlaubsänger, Wespenbussard und Uhu. In Randbereichen zum Offenland außerdem Bruten von Rotmilan. Extrem wichtiger Biotopvernetzungsverbund, Wildtierkorridor von europäischer Bedeutung da diese Wälder sehr störungsarm sind und zugleich die einzige funktionierende Wanderverbindung zwischen Baden-Württemberg und Bayern darstellen. Vorkommen von Zweifarbfledermaus, Zwergfledermaus, Mopsfledermaus, Großes Mausohr, Bartfledermaus im näheren Umfeld. Daher auch in den Waldgebieten zu erwartenden Arten.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Ein Verdichtungsbereich Vogelzug kann ohne zusätzliche Daten oder Nachweise von behördlicher Seite nicht bestätigt werden. Das Vorranggebiet 54 "Ebnat" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund verschiedener Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Die Anpassung beinhaltet eine Reduzierung des Gebiets im Süden, wodurch zwischen dem bestehenden Vorranggebiet Königsbronn/Ebnat und dem geplanten Vorranggebiet 54 ein freier Korridor von ca. 1000m Breite entsteht. Die Betroffenheit und der Umgang mit Wildtierkorridoren des Generalwildwegeplans wurde mit den zuständigen Unteren

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Naturschutzbehörden abgestimmt. Im Ergebnis stellen Wildtierkorridore kein Ausschlusskriterium für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen dar, sondern werden im Rahmen einer Einzelfallprüfung betrachtet. Im Bereich des weitergeführten Vorranggebiets 54 können die Korridore des Generalwildwegeplans bei der konkreten Standortplanung von Windenergieanlagen im nachgelagerten Verfahren berücksichtigt werden. Dafür wird in den Gebietssteckbriefen des betroffenen Vorranggebietes der Hinweis "Wanderkorridor des Generalwildwegeplans (GWP)" eingefügt. Die weitere Prüfung und Abwägung der Betroffenheit des Wildtierkorridors erfolgt im Rahmen der nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 54 Ebnat	BE-ID: 1482 Weiterhin gilt dieser Bereich als Potenzialraum der Wildkatze, im näheren Umfeld konnten bereits Nachweise erbracht werden. Zudem führt durch die Fläche der Wildtierkorridor in der Kategorie „international bedeutend“, der nicht nur durch den Bau, sondern durch die starke erhöhte Beunruhigung im Waldgebiet durch Servicefahrzeuge zur Wartung und Reparatur der Windkraftanlagen in seiner Funktion sehr stark beeinträchtigt werden würde. Dieser Wildtierkorridor ist einer der letzten Ost-West-Verbindungen im Bereich zwischen Baden-Württemberg und Bayern und ein sehr wichtiger Korridor für die europaweiten Wanderbewegungen.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Seitens der Naturschutzbehörden wurden im Rahmen der 1. Anhörung keine Vorkommen der Wildkatze genannt. Ein Vorkommen der Wildkatze ist für den Artenschutz in der Region bedeutsam. Der Hinweis auf das Vorkommen wird im Umweltbericht aufgenommen; mit den Kriterien "Wildtierkorridor" sowie "Unzerschnittene Räume" wurde dieser Aspekt in die Umweltbewertung der Gebiete aufgenommen. Wie in der Abwägung zu BE ID 1481 dargelegt, können die Korridore des Generalwildwegeplans im Bereich des Vorranggebiets 54 bei der konkreten Standortplanung von Windenergieanlagen im nachgelagerten Verfahren berücksichtigt werden. Dafür wird in den Gebietssteckbriefen des betroffenen Vorranggebietes der Hinweis "Wanderkorridor des Generalwildwegeplans (GWP)" eingefügt. Die weitere Prüfung und Abwägung der Betroffenheit des Wildtierkorridors erfolgt im Rahmen der nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 55 Erweiterung Oberkochen	BE-ID: 1483 Gebiet 55 Erweiterung Oberkochen Liegt auch im Verdichtungsbereich des Vogelzugs. Die geplante Erweiterungsfläche, die sich unmittelbar östlich an den Bestandsparks anschließt, würde aber die Barrierewirkung für den Vogelzug nicht erhöhen.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Ein Verdichtungsbereich Vogelzug konnte ohne weitere Nachweise von behördlicher Seite nicht bestätigt werden. Das Vorranggebiet 55 "Erweiterung Oberkochen" ist für die Nutzung der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Windenergie geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 55 Erweiterung Oberkochen	BE-ID: 1484 Kritisch sehen die Naturschutzverbände aber die nach Süden geplante Erweiterung, da hier der beim Gebiet 54 beschriebene Wildtierkorridor der Kategorie „international bedeutend“ erheblich negativ beeinträchtigt.	Die Betroffenheit und der Umgang mit Wildtierkorridoren des Generalwildwegeplans wurde mit den zuständigen Unteren Naturschutzbehörden abgestimmt. Im Ergebnis stellen Wildtierkorridore kein Ausschlusskriterium für die Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen dar, sondern werden im Rahmen einer Einzelfallprüfung betrachtet. Im Bereich des weitergeführten Vorranggebiets 55 kann der Korridor des Generalwildwegeplans bei der konkreten Standortplanung von Windenergieanlagen im nachgelagerten Verfahren berücksichtigt werden. Dafür wird in den Gebietssteckbriefen des betroffenen Vorranggebietes der Hinweis "Wanderkorridor des Generalwildwegeplans (GWP)" eingefügt. Die weitere Prüfung und Abwägung der Betroffenheit des Wildtierkorridors erfolgt im Rahmen der nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren), wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 56 Rosenberg West	BE-ID: 1485 Gebiet 56 Rosenberg West Brutvorkommen Schwarzstorch, Baumfalke, Wespenbussard, Habicht. Räume liegen zudem direkt im Wildwegekorridor. In Randbereichen Offenland Rot- und Schwarzmilan.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Das Vorranggebiet 56 "Rosenberg West" ist für die Nutzung der Windenergie geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 57 Herbrechtingen	BE-ID: 1486 Gebiet 57 Herbrechtingen Im Offenland Wintervorkommen Raubwürger. Östlich des geplanten Parks Brutvorkommen Uhu. In den Waldbereichen Wespenbussard, Rotmilan, Schwarzmilan, Raufußkauz, Sperlingskauz, Waldohreule zu erwarten. Fledermausvorkommen von Großem und Kleinen Abendsegler, Braunen Langohr, Fransenfledermaus und Zwergfledermaus im Umfeld nachgewiesen. Daher auch dort zu erwarten.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft. Das Vorranggebiet 57 "Herbrechtingen" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 58 Erweiterung Lauterburg	BE-ID: 1487 Gebiet 58 Erweiterung Lauterburg und Gebiet 59 Utzenberg Die geplante Erweiterung Richtung Nord würde in erheblichem Maß in den Vogelzugkorridor bei Lauterburg eingreifen. Dieser Taleinschnitt hat die gleiche Bedeutung für den Vogelzug wie das Randecker Maar. Auch dort sind Tagessummen ziehender Vögel von bis 50.000 Vögel/pro Tag nachgewiesen. Darunter Fischadler,	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Ein Verdichtungsbereich Vogel- und Fledermauszug kann ohne zusätzliche Daten oder Nachweise von behördlicher Seite nicht bestätigt werden.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Schwarzstorch, Wespenbussard, Mornellregenpfeifer, Brach-pieper, Wiesen- und Baumpieper. Neben den tagziehenden Arten ist hier auch der nächtliche Vogelzug enorm, wie regelmäßige Rastbeobachtungen am Albtraufrand von Nachtziehern zeigen. Beispiele sind Gartenrotschwanz, Trauerschnäpper, viele Laubsänger, Ortolan. Es muss außerdem, analog zum Randecker Maar, davon ausgegangen werden, dass hier erheblicher Fledermauszug stattfindet. Die Zugroute findet ihre Fortsetzung in Richtung Süd-Westen (Herbstzug). Dieser Zug-korridor, betrifft also auch die Gebiete Utzenberg sowie Gebiet 60 Rechberger Buch muss auf jeden Fall offengehalten werden. In den angrenzenden Wäldern brüten Baumfalke, Wespenbussard, Rotmilan. In diesem Bereich liegt zudem ein regelmäßig besetztes Winterrevier des Raubwürgers. Mehrere Schlagopferfunde am Bestandspark bei Fledermäusen und Rotmilanen und weiterer Arten unterstreichen das Gefahrenpotenzial in diesem Bereich. Problematisch ist zudem die Nähe zum FFH- und Naturschutzgebiet Weiherwiesen, das ein Rastbiotop für viele Vogelarten darstellt, wie z. B. regelmäßig Schwarzstorchsichtungen bestätigen.	Zu dem FFH-Gebiet Albuchwiesen mit dem Naturschutzgebiet Weiherwiesen wird entsprechend den Planungskriterien ein Mindestabstand von 700 m eingehalten. Auf die weiteren naturschutzfachliche und umweltbezogenen Konflikte wird in der Umweltprüfung hingewiesen. Das Vorranggebiete 58 "Erweiterung Lauterburg" und Vorranggebiet 59 "Utzenberg" sind für die Nutzung der Windenergie geeignet, weshalb die Gebiete im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt werden. Die Gebiete werden aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 60 Rechberger Buch	BE-ID: 1488 Gebiet 60 Rechberger Buch Das Gebiet am Rechberger Buch ist vor allem in seinem nördlichen und westlichen Teil (Abteilungen Anwänder und Betzenhau Nord) gekennzeichnet von arten- und altersklassengemischten Wäldern mit einem sehr hohen Anteil von Rotbuchen-Naturverjüngung. Es finden sich dort zahlreiche Habitatbäume und vertikale Totholzelemente mit Höhlen- und Spaltenquartieren. Brutvorkommen von Hohltaube, Schwarzspecht, Raufußkauz, Sperlingskauz und Wochenstubenquartiere von Braunem Langohr, Mopsfledermaus und anderen baumbewohnenden Fledermausarten sind wahrscheinlich. Darüber hinaus gibt es im nördlichen Teil des Betzenhaus einen Bereich mit Buchen-Hallenwald-Charakter, dem typischen Jagdhabitat des Großen Mausohrs. Das Mausohr-Wochenstubenquartier in Lauterstein-Nenningen befindet sich in einer Flugdistanz von nur 7 Kilometer und damit weit innerhalb des Aktionsradius der Weibchen, die bis 25 Kilometer reicht (z.B. Arlettaz 2016). Angesichts der Struktur des Rechberger Buchs wäre eine Zerstörung von Lebensstätten streng geschützter Arten unvermeidlich, sollte es zur Umsetzung der Baumaßnahme kommen. Ein Ausgleich ist nicht möglich, da es sich bei dem erwähnten Buchen-Hallenwald um eine gewachsene Struktur handelt, bis zur vollen Funktionsfähigkeit Jahrzehnte braucht. Ein Ersatz der verlorengegangenen Habitatbäume durch künstliche	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Im Bereich des Gebiets 60 "Rechberger Buch" weist der "Fachbeitrag Artenschutz für die Regionalplanung Windenergie" (LUBW 2022, Datenergänzung 2023) keine Schwerpunktvorkommen der Kategorie A oder B aus. In Anlehnung an den Fachbeitrag Artenschutz wird daher davon ausgegangen, dass auf Ebene der Regionalplanung der Festlegung von Vorranggebieten für Windenergie keine unüberwindbare Hindernisse entgegenstehen und auf Ebene der weiteren nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) Klärung möglich ist, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Das Vorranggebiet 60 "Rechberger Buch" ist für die Nutzung der Windenergie geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst. Bei der Anpassung wurden die nördlichen Steilhanglagen aus dem Gebietsentwurf zurückgenommen. Ältere Waldbestände (> 120 Jahre,

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Nisthilfen und Fledermauskästen wäre zumindest bezüglich der Fledermäuse wirkungslos, da die Tiere die Ersatzquartiere nach neueren Erkenntnissen nur in sehr geringem Umfang und dann erst nach Jahren annehmen (Zahn &Hammer 2017).	übermittelte Daten der forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt) sind im Gebiet 60 nicht vorhanden.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 61 Erweiterung Falkenberg	BE-ID: 1489 Gebiet 61 Erweiterung Falkenberg Konflikte wahrscheinlich. Gebiet liegt zwischen Vogelzugkorridor bei Lauterburg und Nebenzugroute Kitzingebene. Randbereich zum Offenland weitere Brutplätze von Rotmilan. Brutplatz Uhu und Wanderfalke, Wespenbussard, Waldschnepfe. Zu erwarten auch Raufußkauz und Sperlingskauz. Regelmäßige Nachweise von Schwarzstorch im Sommerhalbjahr. Nähe zu bedeutenden Schlafplätzen des Rotmilans und des Kolkraben. Weiterer Eingriff in unzerschnittene und störungsarme Waldgebiete, die im Einzugsgebiet bedeutender Fledermauswinterquartiere Falkenhöhle, Sieben-Hülben-Loch liegen. Weiterhin im Gebiet bereits Nachweise von Wolf, Potenzialgebiet für Wildkatze und Luchs.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft. Das Vorranggebiet 61 "Erweiterung Falkenberg" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 62 Erweiterung Gnannenweiler	BE-ID: 1490 Gebiet 62 Erweiterung Gnannenweiler Brutvorkommen Baumfalke, Wespenbussard, Rot- und Schwarzmilan. Zudem Winterrevier Raubwürger. Waldohreule und Waldschnepfe ebenfalls nachgewiesen. Uhu und Wanderfalke, Kolkrabe im Bereich der Steinbrüche Wager-Fischer. Im Süden zudem Brutgebiet der Heidelerche (Mauertal). Fläche liegt auch im Verdichtungsbereich des Vogelzugs. Kritisch aus Sicht des Vogelzuges ist die sehr weit nach Norden reichende Erweiterungsflächen 62/1.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Ein Verdichtungsbereich Vogel- und Fledermauszug kann ohne zusätzliche Daten oder Nachweise von behördlicher Seite nicht bestätigt werden. Das Vorranggebiet 62 "Erweiterung Gnannenweiler" ist für die Nutzung der Windenergie geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 63 Erweiterung Gussenstadt	BE-ID: 1491 Gebiet 63 Erweiterung Gussenstadt Brutvorkommen Rot- und Schwarzmilan. Im Umfeld in Stötten Brutplatz Wanderfalke. Auch im Umfeld bedeutender Schlafplatz des Rotmilans.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Das Vorranggebiet 63 "Erweiterung Gussenstadt" ist für die Nutzung der Windenergie geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 64 Gussenstadt Nordost	BE-ID: 1492 Gebiet 64 Gussenstadt Nordost Brutvorkommen Rotmilan, Schwarzmilan. Vom Wespenbussard Vorkommen nicht ausgeschlossen.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft. Das Vorranggebiet 64 "Gussenstadt Nordost" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 65 Schönbühl	BE-ID: 1493 Gebiet 65 Schönbühl Sehr konflikthaft. Eingriff in Schwerpunktvorkommen Raufußkauz, Sperlingskauz. Dort außerdem Schwarzspecht, Mittelspecht, Habicht, Hohltaube, Waldschnepfe. Weitere naturschutzfachlich wertvolle Arten zu erwarten. Im Umfeld Nachweis Breitflügelfledermaus, Zwergfledermaus, Braunes Langohr, Fransenfledermaus, Großer und Kleiner Abendsegler. Im Kombination mit der großen Freiflächen-PV-Anlage südlich von Küpfendorf gewaltige Belastung des Gebiets.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Das Vorranggebiet 65 "Schönbühl" ist für die Nutzung der Windenergie geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 1494 Gebiet 66 Bergenweiler / Sontheim Im Gebiet Wochenstubenquartier der Bechsteinfledermaus sehr wahrscheinlich, Vorkommen Braunes Langohr, Großes Mausohr, Bartfledermaus, Zwergfledermaus und auch Mopsfledermaus sehr wahrscheinlich, da im Umfeld nachgewiesen. Außerdem Brutvorkommen von Rot und Schwarzmilan, Wespenbussard, Schwarzspecht, Hohltaube. Nähe zur landesweit bedeutenden Graureiherkolonie im NSG Ravensburg sowie Uhubrutvorkommen in Burgberg. Weiterer wertgebende Arten sehr wahrscheinlich.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Die Bechsteinfledermaus und weitere Fledermausarten wurden bei der Erarbeitung des Fachbeitrags Artenschutz in der Regionalplanung berücksichtigt. Das im Fachbeitrag Artenschutz östlich des Gebiets vorhandene Schwerpunktvorkommen Kategorie B wird bei der Überarbeitung zum 2. Anhörungsentwurf stärker berücksichtigt, Das Gebiet 66 wird in diesem Bereich zurückgenommen. Das Vorranggebiet 66 "Bergenweiler / Sontheim" ist für die Nutzung der Windenergie geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342		BE-ID: 1495 Gebiet 67 Hermaringen Brutvorkommen Uhu im Steinbruch Hermaringen. Im 1000m Radius außerdem Brut Wanderfalke. Brutvorkommen von Rotmilan, Hohltaube, Schwarzspecht, in manchen Jahren Turteltaube. Im Waldgebiet außerdem bedeutendes Wochenstubenvorkommen der Bechsteinfledermaus. Hier sind erhebliche Konflikte zu erwarten. Entwertung Jagdlebensräume im Wald und Zerstörung von Quartieren. Außerdem befinden sich Rastgebiete des Großen Abendsegler in diesem Waldgebiet.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Die Bechsteinfledermaus und weitere Fledermausarten wurden bei der Erarbeitung des Fachbeitrags Artenschutz in der Regionalplanung berücksichtigt. Das im Fachbeitrag Artenschutz südlich des Gebiets 67 dargestellte Schwerpunktvorkommen Kategorie A wird bei der Gebietsabgrenzung dem Plankonzept entsprechend berücksichtigt. Die Entfernung des Gebiets 67 "Hermaringen" zum Steinbruch Hermaringen beträgt mehr als 2000m. Die Nahbereiche kollisionsgefährdeter Brutvogelarten nach BNatSchG (Anlage 1) von Brutvögeln im Steinbruch Hermaringen werden von dem Gebiet 67 nicht tangiert. Das Vorranggebiet 67 "Hermaringen" ist für die Nutzung der Windenergie geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 68 Giengen an der Brenz	BE-ID: 1496 Gebiet 68 Giengen an der Brenz Brutvorkommen Rot- und Schwarzmilan. Wespenbussard nicht ausgeschlossen. Außerdem Brut von Kolkrabe und zeitweise auch Wanderfalke im Gebiet. Gebiete liegen zudem im Bereich des herbstlichen Kranichzuges. Westlich des geplanten Gebiets 68/1Vorkommen von Zwergfledermaus, Braunes Langohr, Bartfledermaus. Flächen sicherlich Jagdgebiete der Kolonie des Großen Mausohrs in der Bergschule in Giengen.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Im Fachbeitrag Artenschutz dargestellte Schwerpunktvorkommen windkraftsensibler Vogel- und Fledermausarten der Kategorie A und B sind im Gebiet nicht vorhanden. Der herbstliche Kranichzug konnte von behördlicher Seite nicht bestätigt werden. Das Vorranggebiet 68 "Giengen" ist für die Nutzung der Windenergie geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 1497 Gebiet 69 Erweiterung Königsbronn Ebnat Gebiet liegt sehr nahe an wichtigem Zweifarbfledermausquartier im Bereich des ehemaligen Munitionsdepots Ochsenberg. Dort auch Vorkommen von Zwergfledermaus und Breitflügelfledermaus. Vorkommen von Bechsteinfledermaus ebenfalls nachgewiesen. Brutvorkommen Waldschnepfe, Sperlingskauz, Rotmilan, Baumfalke, Wespenbussard im Umfeld. Im Waldgebiet außerdem Tageseinstände vom Uhu.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft. Das Vorranggebiet 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 70 Langert	BE-ID: 1498 Gebiet 70 Langert Verdichtungsbereich des Vogelzugs, in etwas geringerer Dichte wie der Taleinschnitt bei Lauterburg. Brutvorkommen Baumfalke, Wespenbussard, Pirol, Trauerschnäpper, Halsbandschnäpper, Waldschnepfe. Brutvorkommen Raufußkauz, Sperlingskauz sehr wahrscheinlich. Nähe zum Uhubrutplatz Teußenberg. Sehr strukturreiche, störungsarme Wälder mit wichtiger Biotopverbundfunktion sowie Wildwegekorridor. Außerdem erhebliche Auswirkungen auf das NSG Volksmarsberg und für das EU-Vogelschutzgebiet. Großes Mausohr, Großer und Kleiner Abendsegler, Zwergfledermaus, Braunes Langohr, Mopsfledermaus, Bechsteinfledermaus zu erwarten. Weiterhin gibt es dort Vorkommen, der durch die FFH-Richtlinie geschützten Spanischen Flagge. Der Langertwald ist ein Orchideen-Buchenwald mit einem Vorkommen von mind. 5 Orchideenarten sowie dem Türkenbund und weiteren geschützten Pflanzenarten, wie z.B. das Grüne Koboldmoos Buxbaumia viridis.	Die Hinweise wurden im Rahmen der umweltfachlichen Prüfung auf Ebene der Regionalplanung geprüft und werden in den Umweltbericht aufgenommen. Ein Verdichtungsbereich Vogel- und Fledermauszug kann von behördlicher Seite nicht bestätigt werden. Im Fachbeitrag Artenschutz dargestellte Schwerpunktvorkommen windkraftsensibler Vogel- und Fledermausarten der Kategorie A und B sind im Gebiet nicht vorhanden. Weitere Schutzgebietskategorien werden dem Plankonzept entsprechend berücksichtigt. Darüberhinausgehende Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Das Vorranggebiet 70 "Langert" ist für die Nutzung der Windenergie geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wird aufgrund von Anregungen zur 1. Anhörung angepasst und reduziert.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342	VRG 70 Langert	BE-ID: 1500 Bei der Errichtung einer WKA ist von einer bleibenden Flächeninanspruchnahme von ca. einem Hektar Wald für die Zuwegung und den Betrieb zu rechnen. Geeignete Stromanschlussmöglichkeiten gibt es keine, sodass man dort von einer gewaltigen negativen Beeinflussung durch die Baumaßnahmen ausgehen kann. Dazu kommt noch die Belastung durch einen geplanten Mountainbikepark der Stadt Aalen. In diesem wertvollen Waldkomplex konzentrieren sind schon heute enorm vielfältige und oft stark im Widerspruch stehende Aktivitäten: Wanderer, Reiter, Mountainbiker, Jagd aber auch Ausgleichsmaßnahmen (Ökokonto), Leitungstrassen. Die Belastungen sind schon heute enorm, eine weitere Beanspruchung würde eines der letzten großen unzerschnittenen Waldgebiete (> 25 qkm) im Ostalbkreis zerstören. Der Wald selbst ist nicht nur Lebensraum für Pflanzen und Tiere sowie ein Naherholungsraum sondern auch ein nicht zu unterschätzender Speicher für Kohlenstoff sowohl in der ober- und unterirdischen Biomasse als auch im Waldboden. Der Langertwald ist zudem als Bodenschutzwald ausgewiesen, d.h. er dient auch zum Erosionsschutz. Dies schützt auch vor abgehenden Schlammlawinen nach Starkregenfällen	Wird zur Kenntnis genommen. Der Bodenschutz wird in der Umweltprüfung mit mehreren Kriterien und Prüfaspekten berücksichtigt. Im Plankonzept (Kriterienkatalog) des Regionalplans sind die Bodenschutzwäder ebenfalls berücksichtigt. Aus Gründen der Darstellbarkeit wurden kleinflächige oder innerhalb von Gebieten liegende Bereiche mit Bodenschutzwald überplant. Der Belang Bodenschutzwald ist bei der konkreten Standortplanung von Windenergieanlagen im nachgelagerten Verfahren zu berücksichtigen, in den Gebietssteckbriefen des Regionalplans der betroffenen Vorranggebiete ist ein entsprechender Hinweis eingefügt.
lfd. Ident-Nr.: 310 NABU-Kreisverband Heidenheim Stn-Id: 342		BE-ID: 1501 Zusammenfassend zeigen die Hinweise der Naturschutzverbände, dass in nahezu allen geplanten Vorranggebieten mit Artenschutzkonflikten zu rechnen ist und Investoren sich auf Minderungs- oder Ausgleichsmaßnahmen einstellen müssen. Im Sinne der Gleichrangigkeit der Ziele des Klima- und Artenschutzes sollte die Notwendigkeit aber auch für alle Seiten nachvollziehbar sein. In vielen Gebieten halten wir es für möglich, dass neue Parks und Erweiterungen von Windparks realisierbar sein werden, ohne dass bedrohte Arten noch mehr gefährdet oder in ihren Beständen weiter dezimiert werden. Aus Sicht der Naturschutzverbände müssen die Prioritäten aber im Repowering und der Erweiterung von Bestandsparks sein. Damit würde keine weitere Fragmentierung der Landschaft stattfinden, würden Biotopverbünde und Wildtierkorridore weiter erhalten bleiben und ausreichend störungsarme Gebiete für bedrohten Arten erhalten bleiben. Windkraftprojekte an wenig windhöffigen	Wird zur Kenntnis genommen. Gemäß der Vorgaben des Bundes hat die Landesregierung Baden-Württemberg den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die Auswahl der Vorranggebiete für Windenergie erfolgte anhand eines nachvollziehbaren Planungskonzepts in mehreren Planungsschritten (Flächenauswahlprozess). Die Vorgehensweise ist in der Begründung transparent dokumentiert. Es sei darauf hingewiesen, dass im Rahmen der zudem durchgeführten Umweltprüfung (Strategische Umweltprüfung, Natura-2000-Vorprüfung auf Ebene der Regionalplanung, ebenenspezifische Prüfung des Artenschutzes) Alternativflächen geprüft wurden (s. Umweltbericht zur Teilfortschreibung Windenergie 2025). Ziel dieser Alternativenprüfung ist eine Planoptimierung, die in die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Gebieten zu realisieren, lehnen die Naturschutzverbände grundsätzlich ab. Hier steht der Nutzen in keiner guten Relation zum Eingriff in Natur, Landschaftsbild, Erholungsräume für Menschen und weiter steigenden Kosten für die regionalen Strom durch die regionalen Netzentgelte. In den folgenden Gebieten halten die Naturschutzverbände die Konflikte mit dem Natur- und Artenschutz aber für so enorm, dass es hier keine Kompromisse geben kann. Dies sind: •Erweiterung Ellenberg/West •Kirchheim/Unterschneidheim •Hornsberg •Weilermerkingen/Dehlingen •Dischingen/Nattheim •Ebnat •Erweiterung Lauterburg •Utzenberg •Rechberger Buch •Schönbühl •Hermaringen •Erweiterung Königsbronn/Ebnat •Langert In manchen geplanten Vorranggebieten ist eine Anpassung der Flächenzuschnitte notwendig oder gilt es die Funktionsfähigkeit der Wildtierkorridore sicherzustellen. Die Naturschutzverbände sind gerne bereit, sich in den weiteren Prozess einzubringen.	raumordnerische Entscheidung für die eine oder andere Alternative einfließt, diese aber nicht determiniert. Die für den 2. Anhörungsentwurf überarbeitete Gebietskulisse enthält zwar einen hohen Anteil an Erweiterungen bestehender Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windkraftanlagen, um die Belastung von Menschen im Umfeld bestehender Windenergiegebiete verträglich zu halten. Sie sieht jedoch auch neue Vorranggebiet für die Nutzung der Windenergie vor. Von den genannten Gebieten werden die Gebiete 46 Kirchheim/Unterschneidheim, 47 Hornsberg, 49 Erweiterung Weilermerkingen/Dehlingen, 51 Dischingen/Nattheim und 69 Erweiterung Königsbronn/Ebnat im 2. Anhörungsentwurf nicht weitergeführt. Bei den Gebieten 41 Erweiterung Ellenberg / Jagstzell West, 54 Ebnat, 58 Erweiterung Lauterburg, 65 Schönbühl und 70 Langert werden für den 2. Anhörungsentwurf deutliche Gebietsreduzierungen vorgenommen. Dadurch werden in diesen Bereichen Belastungen von Menschen, Natur und Landschaft vermieden bzw. reduziert.
lfd. Ident-Nr.: 215 Deutsche Bahn AG, DB Immobilien Stn-Id: 339		BE-ID: 1429 die Deutsche Bahn AG, DB Immobilien, als von der DB InfraGO AG (ehemals DB Netz AG) und der DB Energie GmbH bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme zu o.a. Vorhaben. Gegen die o. g. Fortschreibung bestehen von Seiten der Deutschen Bahn AG hinsichtlich der TöB-Belange keine Einwendungen, wenn folgende Hinweise und Anregungen beachtet und berücksichtigt werden. Wir verweisen hierzu inhaltlich auf das Schreiben vom 09.11.2023 Az.: I.ET-S-SW 3 RS der DB Energie GmbH zu o.g. Thema, das beigefügt ist. Der Geltungsbereich der vorgelegten Planung beinhaltet Flächen,	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		welche sich im Eigentum der Deutschen Bahn AG befinden. Bei diesem gewidmeten Bahngelände handelt es sich um eine planfestgestellte Bahnanlage, welche Bestandsschutz genießt. Bahnanlagen werden nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz festgesetzt. Das Fachplanungsrecht über diese Fläche obliegt hier dem Eisenbahn-Bundesamt. Die Eisenbahnen sind nach dem Allgemeinen Eisenbahngesetz (AEG) verpflichtet, ihren Betrieb sicher zu führen und die Eisenbahnstruktur sicher zu bauen und in einem betriebssicheren Zustand zu halten (§ 4 Absatz 3 AEG).	
lfd. Ident-Nr.: 215 Deutsche Bahn AG, DB Immobilien Stn-Id: 339		BE-ID: 1430 Darüber hinaus sind die Anlagen der Eisenbahnen des Bundes (EdB) besonders schutzbedürftig und müssen vor den Gefahren des Eisabwurfs und für den Ausschluss von Störpotentialen, dem sog. Stroboskopeffekt, dringend geschützt werden. Um dies zu gewährleisten, müssen WEA gemäß EiTB Teil A Kapitel A 1 lfd. Nr. 1.2.8.7 i.V.m. Anlage A 1.2.8/6 einen Abstand von größer 1,5 x (Rotordurchmesser plus Nabenhöhe) Abstand zum nächstgelegenen in Betrieb befindlichen Gleis (Gleisachse) aufweisen.	Wird gefolgt Danke für den Hinweis. Nach Prüfung der Belange wurde eine Betroffenheit vom Vorranggebiet 66/2 festgestellt. Das Gebiet wurde entsprechend zugeschnitten.
lfd. Ident-Nr.: 215 Deutsche Bahn AG, DB Immobilien Stn-Id: 339		BE-ID: 1431 Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abriebe z.B. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.), die zu Immissionen an benachbarter Bebauung führen können.	Wird nicht gefolgt Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 215 Deutsche Bahn AG, DB Immobilien Stn-Id: 339		BE-ID: 1432 Bei Planungen und Baumaßnahmen im Umfeld der Bahnlinie ist die Deutsche Bahn AG frühzeitig zu beteiligen, da hier bei der Bauausführung ggf. Bedingungen zur sicheren Durchführung des Bau- sowie Bahnbetriebes zu beachten sind. Dies gilt sowohl für eine Beteiligung als Angrenzer sowie im Rahmen einer Fachanhörung gemäß Landesbauordnung Baden-Württemberg als auch für genehmigungsfreie Bauvorhaben, bei denen die Beteiligung direkt durch den Bauherrn zu erfolgen hat.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 215 Deutsche Bahn AG, DB Immobilien		BE-ID: 1433 Da auch bahneigene Kabel und Leitungen außerhalb von Bahngelände verlegt sein können, ist rechtzeitig vor Beginn der	Wird nicht gefolgt Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 339		Maßnahme eine Kabel- und Leitungsprüfung durchzuführen. Die Deutsche Bahn empfiehlt für Bauten im Einflussbereich von Bahnbetriebsanlagen, das Genehmigungsfreistellungsverfahren bereits im Rahmen der Bauleitplanung auszuschließen.	hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 215 Deutsche Bahn AG, DB Immobilien Stn-Id: 339		BE-ID: 1434 Im Hinblick auf eine dauerhaft genehmigungsfähige Planung und für den Haftungsausschluss wird auch allen am Bau Beteiligten (Bauherrn, Architekten, Planungsbüros, Kranunternehmen usw.) dringend empfohlen, sich rechtzeitig vor der Bauausführung mit der DB in Verbindung zu setzen. Falls noch nicht geschehen, bitten wir im Rahmen der Anhörung der Träger öffentlicher Belange das Eisenbahn-Bundesamt zu beteiligen. Zuständige Stelle in diesem Fall:Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle Karlsruhe/Stuttgart, Südendstraße 44, 76135 Karlsruhe Wir bitten Sie, uns die Abwägungsergebnisse zu gegebener Zeit zuzusenden und uns an dem Verfahren weiterhin zu beteiligen.	Wird zur Kenntnis genommen. Sie werden am weiteren Verfahren beteiligt. Die Abwägungsergebnisse werden Ihnen zu gegebener Zeit zugesendet.
lfd. Ident-Nr.: 217 Deutsche Telekom Technik GmbH Stn-Id: 48		BE-ID: 1395 Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Im betroffenen Plangebiet sind Telekommunikationslinien der Telekom vorhanden. Es ist nicht ausgeschlossen, dass diese Telekommunikationslinien in ihrem Bestand und in ihrem weiteren Betrieb gefährdet sind. Sollte der weitere Verfahrensverlauf ergeben, dass Belange der Telekom - z. B. das Eigentum der Telekom, die ungestörte Nutzung ihres Netzes sowie ihre Vermögensinteressen - konkret berührt sind, behalten wir uns vor, unsere Interessen wahrzunehmen und entsprechend auf das Verfahren einzuwirken. Aus diesem Grunde bitten wir Sie um Beteiligung bei den weiteren Planungen.	Wird zur Kenntnis genommen. Am weiteren Verfahren werden Sie beteiligt.
lfd. Ident-Nr.: 218 DFS Deutsche Flugsicherung GmbH Stn-Id: 236		BE-ID: 1415 durch die oben aufgeführte Planung werden Belange der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH bezüglich §18a Luftverkehrsgesetz (LuftVG) nicht berührt. Es werden daher unsererseits weder Bedenken noch Anregungen vorgebracht.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 218 DFS Deutsche		BE-ID: 1416 Bei der Beurteilung des Vorhabens bezüglich der Betroffenheit von	Wird zur Kenntnis genommen. Unter anderem wurden das Regierungspräsidium Stuttgart Ref. 46 sowie der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Flugsicherung GmbH Stn-Id: 236		Anlagen der DFS wurden die uns zur Verfügung gestellten Unterlagen berücksichtigt. Diese Beurteilung beruht auf den Anlagenstandorten und -schutzbereichen Stand Juli 2024. Momentan beabsichtigen wir im Plangebiet keine Änderungen, diese sind jedoch aufgrund betrieblicher Anforderungen nicht auszuschließen. Wir empfehlen daher, Windenergievorhaben grundsätzlich bei der zuständigen Luftfahrtbehörde zur Prüfung gem. §18a LuftVG einzureichen.Wir haben das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) von unserer Stellungnahme informiert.	Baden-Württembergischer Luftfahrtverband e.V. beteiligt.
lfd. Ident-Nr.: 218 DFS Deutsche Flugsicherung GmbH Stn-Id: 236		BE-ID: 1417 Hinweis: Das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung stellt unter dem nachfolgenden Link eine interaktive Karte mit den aktuell gültigen Anlagenschutzbereichen verschiedener Flugsicherungsorganisationen gem. §18a LuftVG zur Verfügung.http://www.baf.bund.de/DE/Themen/Flugsicherungstechnik/Anlagenschutz/anlagenschutz_node.html	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 218 DFS Deutsche Flugsicherung GmbH Stn-Id: 236		BE-ID: 1418 Zusätzliche Hinweise zur Hindernisfreiheit: Aufgrund einer Höhe von mehr als 100,00 m über Grund ist das Einzelvorhaben von § 14 LuftVG betroffen und bedarf stets einer luftrechtlichen Zustimmung. Die konkreten Planungen sind im Rahmen des Genehmigungsverfahrens der zuständigen Landesluftfahrtbehörde vorzulegen. Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens wird gemäß § 31 Abs. 3 LuftVG die DFS durch die Luftfahrtbehörde beteiligt und zur gutachtlichen Stellungnahme aufgefordert. Die DFS prüft die Einhaltung der Hindernisfreiflächen sowie die An- und Abflugverfahren an betroffenen Flugplätzen (Flughäfen, Landeplätze, Segelfluggelände, Hubschraubersonderlandeplätze). Auskünfte zu den Hindernisfreiflächen und zu den Anforderungen an die Hindernisfreiheit erteilt die Landesluftfahrtbehörde als Genehmigungsbehörde für die Flugplätze in ihrem Zuständigkeitsbereich. Folgende Abstandsregelungen sind bei den Planungen bereits im jetzigen Stadium zu berücksichtigen: • Gemeinsame Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb, veröffentlicht als NfL I 92/13, dort: Gefahren für den Flugplatzverkehr in der Platzrunde; • Festlegung von Mindestabständen von Hindernissen zu festgelegten Sichtflugverfahren, veröffentlicht als NfL 1-847-16. Von dieser Stellungnahme bleiben die Aufgaben der Länder	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		gemäß § 31 LuftVG unberührt.	
lfd. Ident-Nr.: 227 Netze BW GmbH Stn-Id: 60		BE-ID: 18 Gegen die Fortschreibung des Teilregionalplans Windenergie haben wir keine Bedenken vorzubringen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 227 Netze BW GmbH Stn-Id: 60		BE-ID: 19 Folgende Anmerkungen haben wir vorzubringen: Unsere 110-kV-Leitungen sind regionalplanerisch zu sichern (Dateien im Anhang). An den nachgelagerten Bauleitplanungs- und Baugenehmigungsverfahren verfahren ist die Netze BW möglichst frühzeitig zu beteiligen. Für einen bedarfsgerechten Ausbau des Hochspannungsnetzes (Verteilnetz 110-kV) sind Bereiche parallel zu vorhandenen Leitungstrassen von Windkraftanlagen freizuhalten. Diese Belange sind für die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit zu beachten, denn auch der Ausbau von Hochspannungsleitungen liegt gemäß EnWG im „überragenden öffentlichen Interesse“ (in Bezug auf Begründung zu Punkt 2 Seite 6; Ausschluss aller Vorhaben die einer WEA-Nutzung entgegenstehen). Bei der Darstellung von Vorranggebieten für die Windenergie ist zu beachten, dass die geltenden Mindestabstände zu 110-kV-Freileitung gem. DIN EN 50341-2-4: 2016-04 Punkt 5.9.3 nicht unterschritten werden dürfen. Wir empfehlen daher den Abstand von Vorranggebiete zur Leitungsachse der 110-kV-Freileitung von 150 m nicht zu unterschreiten.	Der geforderte Mindestabstand von 150m ist eingehalten. Somit besteht keine Betroffenheit der Leitungsachsen mit den Vorranggebieten für Windenergie.
lfd. Ident-Nr.: 227 Netze BW GmbH Stn-Id: 60		BE-ID: 20 Die Beurteilungsgrundlage der Mindestabstände zwischen Windkraftanlagen und 110-kV-Leitungen wird nachstehend erläutert. Der Mindestabstand zwischen Windkraftanlage und Hochspannungsleitung ist gem. DIN EN 50341-2-4: 2016-04 Punkt 5.9.3 DE2.1 festgesetzt mit ½ Rotordurchmesser + spannungsabhängiger Sicherheitsabstand (20 m bei bis zu 110 kV) + Arbeitsraum für den Montagekran (entfällt, wenn Kranstellfläche und Montagefläche auf der der Freileitung abgewandten Seite der WEA liegen) gemessen vom äußersten ruhenden Leiterseil der Freileitung (vom jeweils eingesetzten Mastgestänge abhängig, hier 15 m). Unter der Annahme eines Rotordurchmessers von durchschnittlich	Die Beurteilungsgrundlage der Mindestabstände zwischen Windkraftanlagen und 110-kV-Leitungen wird zur Kenntnis genommen. Wie oben geschrieben wird der geforderte Mindestabstand von 150m eingehalten.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		137 m (in 2021 in BW) und bei Aufstellung eines Montagekrans auf einem Arbeitsraum von 50 x 25 m käme somit ein Mindestabstand zwischen äußersten ruhenden Leiter der Hochspannungsleitung und Windkraftanlagen von ca. 149 m zustande. Dieser Mindestabstand setzt voraus, dass die Leiterseile außerhalb der Nachlaufströmung der Windenergieanlage liegen. Liegen die Leiter der Hochspannungsleitung hierbei jedoch innerhalb der Nachlaufströmung, so sind schwingungsdämpfende Maßnahmen auf Kosten des Verursachers durchzuführen. Der Mindestabstand zu unseren Leitungen darf unter keinen Umständen unterschritten werden. Liegen die Leiter der Hochspannungsleitung innerhalb der Nachlaufströmung und ist der kleinste Abstand zwischen Turmachse der Windenergieanlage und dem nächstliegenden ruhenden Leiter kleiner 3 x Durchmesser des Rotors, ist für ausreichenden Schwingungsschutz zu sorgen. Es sind schwingungsdämpfende Maßnahmen auf Kosten des Verursachers durchzuführen. Näheres ist in der DIN EN 50341-2-4 (VDE 0210-2-4): 2016-04 Punkt 5.9.3 DE2.2 geregelt.	
lfd. Ident-Nr.: 227 Netze BW GmbH Stn-Id: 60		BE-ID: 21 Der Bestand und Betrieb unserer davon berührten Versorgungsanlagen sind zu gewährleisten. Gegebenenfalls sind frühzeitig mit uns mögliche Maßnahmen der Anlagensicherung bzw. -verlegung zu erörtern. Da aus Sicht der Netze BW keine Veranlassung besteht, die Leitungstrassen zu verlegen, sind alle Kosten, die mit der detaillierten Prüfung und einer eventuellen Realisierung der Baumaßnahme einhergehen, vom Veranlasser zu tragen. Bei Kreuzungen mit Infrastruktureinrichtungen (Bahnen, Straßen, Gewässer) regeln sich die Vertragsunterlagen, Vereinbarungen und weiteres im Übrigen nach der jeweils geltenden Fassung von Rahmenverträgen, Kreuzungsrichtlinien, Gesetzen und Normen. Abschließend bitten wir, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen.	Wird nicht gefolgt Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Am weiteren Verfahren werden Sie beteiligt.
lfd. Ident-Nr.: 228 NVBW Nahverkehrsgesellschaft Baden-Württemberg mbH Stn-Id: 299		BE-ID: 1422 vonseiten der Schieneninfrastruktur- und Angebotsplanungsteams der NVBW gibt es zur Beteiligung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 keine Anmerkungen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 233 Stadtwerke Aalen GmbH		BE-ID: 1410 vielen Dank für die Beteiligung am Umlaufverfahren. Folgende Punkte sind bei der weiteren Planung zu beachten:	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Die Aufstellung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 begründet sich

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 95		In unserem Versorgungsgebiet sind Fortschreibungsflächen enthalten. Wesentlich sind die Nummern 48, 53, 54 und 70. Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, dass die Umspannwerke der Stadtwerke Aalen KEINE weiteren Einspeisungen aus Windparks aufnehmen können. Beachten Sie, dass parallel Einspeisewünsche aus FF-PV Anlagen bestehen, bei denen wir jetzt schon zur Einspeisung eine Ablehnung ausgesprochen haben.	aus verschiedenen gesetzlichen Vorgaben auf europäischer Ebene (EU-Verordnung 2020/0036 (COD) (Europäisches Klimagesetz)) sowie Bundes- und Landesebene (§§ 1 und 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz - EEG, § 3 WindBG (Gesetz zur Festlegung von Flächenbedarfen für Windenergieanlagen an Land), §§ 10, 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg - KlimaG). Sie dient der Umsetzung der verbindlich vorgegebenen Bundes- und Landesflächenziele gemäß 3 WindBG sowie §§ 20 und 21 KlimaG. Die Landesregierung hat den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne bis spätestens 30. September 2025 als Satzung festzustellen. Die o.g. gesetzlichen Grundlagen und die hierfür herangezogenen Entscheidungsgrundlagen sind nicht Bestandteil dieser Anhörung. Gemäß den Vorgaben des Bundes hat die Landesregierung Baden-Württemberg damit den Regionalverbänden einen konkreten Auftrag erteilt, die zur Erreichung der Flächenziele (§§ 20 und 21 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz Baden-Württemberg) notwendigen Teilpläne auszuarbeiten. Zielsetzung der vorliegenden Teilfortschreibung ist die Steuerung der Nutzung der Windenergie in der Region Ostwürttemberg. Der Netzausbau wird von den Übertragungsnetzbetreibern vorangetrieben, für die Verfahrensführung (Bundesfachplanung) ist in den meisten Fällen die Bundesnetzagentur, in den anderen Fällen die örtlich betroffene Landesbehörde (Regierungspräsidium) zuständig. Der Regionalverband Ostwürttemberg wird sich wie bisher im Rahmen seiner Eigenschaft als Träger öffentlicher Belange in diesen Verfahren für die regionalplanerischen Interessen der Region einsetzen. Es sei darauf hingewiesen, dass im Zuge der Regionalen Planungsoffensive und der Vorgaben in § 20 und 21 Klimaschutz- und Klimaanpassungsgesetz alle Regionalverbände Baden-Württembergs parallel die Festlegung von Gebieten für Windenergie und Freiflächen-Photovoltaik vornehmen. Dadurch besteht die Möglichkeit, dass Netzbetreiber die gleichzeitig in ganz Baden-Württemberg festgelegten Gebiete als Planungsgrundlage für den Netzausbau nutzen können.
lfd. Ident-Nr.: 233 Stadtwerke Aalen GmbH Stn-Id: 95		BE-ID: 1411 Insgesamt scheint das Zusammenspiel zwischen Erzeugung und Verteilung des Stroms im gesamten Regionalplan etwas zu kurz zu kommen. An dieser Stelle der Verweis auf den Netzgipfel im LRA Ostalbkreis im Mai 2024. Lt. der vorgestellten NEP der transnet bw und Netze bw sind auf dem Härtsfeld keine Netzausbauten (z.B. UW) geplant, obwohl weitere Flächen dort ausgewiesen sind (vgl. 49, 52, 55, …).	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Anmerkung zum Netzausbau siehe oben (BE ID 1410).
lfd. Ident-Nr.: 236 Hellenstein	Kapitel 4.2.2 VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 1423 vom aktuellen Entwurf der Teilfortschreibung des Regionalplanes	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
SolarWind GmbH Stn-Id: 312		Windenergie 2025 vom 22.03.2024 sind wir als regionales Projektierungsunternehmen für Windenergie betroffen, und nutzen entsprechend hiermit gerne die Möglichkeit einer Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung Träger öffentlicher Belange. Insbesondere Stellung nehmen möchten wir zum geplanten Windvorranggebiet Nummer 43 nördlich von Gerstetten. Schon seit dem vergangenen Jahr befinden wir uns in Abstimmung mit der Gemeinde Gerstetten hinsichtlich der Eignungsprüfung für ein Windenergieprojekt auf den Flächen im Gewann „Steinhaus“.	
lfd. Ident-Nr.: 236 Hellenstein SolarWind GmbH Stn-Id: 312	Kapitel 4.2.2 VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 1424 In dem Entwurf der Teilfortschreibung wird als Hinweis aufgeführt, dass weitere Prüfungen zu artenschutzrechtlichen Restriktionen ausstehend sind. Um mögliche Konflikte frühzeitig auszuschließen, haben wir bereits im Februar diesen Jahres Herrn Diplom-Biologe Reinhard Utzel vom Planungsbüro für Landschaft, Arten- und Naturschutz mit der Erfassung von Horststandorten windkraftrelevanter Arten beauftragt. Bei den Begehungen bis einschließlich Mai konnten bislang keine kritischen Funde im Planungsgebiet festgestellt werden. Die Besatzkontrolle des Windparks wird noch bis Ende des Jahres fortgeführt. Horststandorte, die jedoch bislang keinen kritischen Besatz oder Brutverhalten aufweisen, sind in der angehängten Karte mit „H“ markiert. In jedem Falle werden wir artenschutzrechtliche Belange bei der weiteren Planung berücksichtigen.	Wird zur Kenntnis genommen. Die finalen Ergebnisse sowie weitere Details des artenschutzfachlichen Gutachtens ("Besatzkontrolle") liegen dem Regionalverband Ostwürttemberg nicht vor. Die artenschutzfachlichen und -rechtlichen Betroffenheiten können demnach nicht beurteilt werden.
lfd. Ident-Nr.: 236 Hellenstein SolarWind GmbH Stn-Id: 312	Kapitel 4.2.2 VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 1425 Gemäß des Entwurfes der Teilfortschreibung wird zudem der Hinweis gegeben, dass im Rahmen des Genehmigungsverfahrens die Betroffenheit des Behördenfunk, bzw. zivilen Richtfunks zu prüfen sei. Auch hier wollen wir frühzeitig etwaige Konflikte ausräumen und nicht bis zu Beginn des Genehmigungsverfahrens warten. Deswegen haben wir bereits Anfang Mai Kontakt mit dem für Behördenfunk zuständigen Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei Baden-Württemberg (PTLS Pol) aufgenommen. Es fand ein konstruktiver Austausch hinsichtlich unserer aktuell geplanten Anlagenstandorte statt. Eine erste Vorprüfung hat ergeben, dass eine der vier geplanten Windkraftanlagen außerhalb des 200-Meter-Abstandes liegt und damit für den das Windvorranggebiet 43 durchquerenden BOS-Richtfunk absolut unkritisch ist. Zwei weitere WEA können durch leichte Standortverschiebungen in den unkritischen Bereich gebracht werden. Eine vierte WEA wird voraussichtlich nicht aus dem 200-Meter-Abstand herausgenommen werden können. Dieser Abstand ist jedoch kein Ausschlusskriterium für Windkraftanlagen, sondern es wird vom zuständigen Präsidium eine gutachterliche	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte beziehen sich auf eine konkrete Windenergieanlagenplanung. Im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden Gebiete für die Nutzung der Windenergie in der Region Ostwürttemberg festgelegt (Vorranggebiete) und keine Anlagenstandorte für potenzielle Windenergieanlagen definiert. Demnach gehen die Anregungen über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und sind in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Prüfung empfohlen. Diese werden wir selbstverständlich zu gegebener Zeit in Auftrag geben. In der angehängten Übersicht ist der Behördenfunk der Polizei mit der lila Linie eingezeichnet.	
lfd. Ident-Nr.: 236 Hellenstein SolarWind GmbH Stn-Id: 312	Kapitel 4.2.2 VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 1426 Ebenfalls wird darauf hingewiesen, dass im Gebiet Waldrefugien vorhanden seien, die bei der Standortwahl zu berücksichtigen sind. Wir haben unsere derzeitigen Planungen mit den Waldrefugien abgeglichen. Keine unserer Anlagen tangiert eines der Waldrefugien, die in angehängter Karte mit ausgefüllten Flächen dargestellt sind.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Hinweise aus den Planungsunterlagen richten sich an eine konkrete Windenergieanlagenplanung im nachgelagerten Genehmigungsverfahren. Im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden Gebiete für die Nutzung der Windenergie in der Region Ostwürttemberg festgelegt (Vorranggebiete) und keine Anlagenstandorte für potenzielle Windenergieanlagen definiert. Demnach gehen die Anregungen über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus.
lfd. Ident-Nr.: 236 Hellenstein SolarWind GmbH Stn-Id: 312	Kapitel 4.2.2 VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 1427 Die Gemeinde Gerstetten sowie deren Gemeinderat stehen hinter den von uns vorgestellten Planungen. Am 14.05.2024 wurde in öffentlicher Sitzung des Gemeinderates die Reduzierung des Siedlungsabstandes auf 750 Meter beschlossen. Der entsprechende Beschluss ist der Stellungnahme beigefügt.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 236 Hellenstein SolarWind GmbH Stn-Id: 312	Kapitel 4.2.2 VRG 43 Gerstetten	BE-ID: 1428 Gemäß den obigen Ausführungen zu Artenschutz, Waldrefugien, Behördenfunk und insbesondere der Unterstützung der Gemeinde Gerstetten sehen wir die Flächen „Steinhaus“ nach wie vor als hervorragend geeigneten Standort für den dringend benötigten Ausbau der Windenergie in Süddeutschland an. Wir bitten Sie demnach, den Standort als Windvorranggebiet 43 in der Teilfortschreibung des Regionalverbandes in seiner aktuell dargestellten Größe festzuschreiben.	Wird nicht gefolgt Das Vorranggebiet 43 "Gerstetten" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. In der Gesamtabwägung der im Rahmen der 1. Anhörung eingebrachten Anregungen und Bedenken werden anderen Nutzungen und Belangen Vorrang gewährt.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 185	Textteil VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 1502 Vorschlag zur Flächenerweiterung: • Aktuelle Fläche: ca. 33 ha, bis zu 2 Windenergieanlagen • Vorgeschlagene Ergänzung: ca. 66 ha, bis zu 2 Windenergieanlagen • Gesamtleistung (nach Erweiterung): Bis zu 28,8 MW bei bis zu 4 Windenergieanlagen Technische und rechtliche Begründung: 1. Technologischer Fortschritt: Nutzung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von 199 m (Vestas V172-7.2), welche eine höhere Windleistungsdichte auf 200 m Höhe nutzen. 2. Mindestabstände zur Bebauung: Erfüllung des ursprünglichen Mindestkriteriums von 750 m zur Bebauung. 3. Zustimmung der Eigentümer: Kooperation mit dem Flächeneigentümer und der iTerra energy GmbH zur Sicherstellung einer erfolgreichen Projektumsetzung sowie der Gemeinde Dischingen 4. Synergieeffekte bei Infrastruktur: Gemeinsame Nutzung der	Wird nicht gefolgt Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 50 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen (z.B. Siedlungsabstand, Schwerpunktvorkommen der Kategorie A des Fachbeitrags Artenschutz, Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege), weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Das Vorranggebiet 50 "Dunstelkingen / Reistingen" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		technischen Infrastruktur für mehrere geplante Windparks 5. Umwelt- und Naturschutz: Keine wesentlichen Konflikte mit Artenschutzräumen oder Wasserschutzgebieten. Gutachten wurden bereits durchgeführt. Schlussfolgerung: Die Stellungnahme empfiehlt, die Ergänzungsfläche auszuweisen, um die vollständige und effiziente Nutzung der Windressourcen in der Region Ostwürttemberg zu gewährleisten.	
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 185	Textteil VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 1503 I. AUSGANGSLAGE 1. VERFAHREN Die Bundesländer sind aufgrund des Windenergieflächenbedarfsgesetzes dazu verpflichtet, einen ihnen zugewiesenen Flächenanteil als Eignungskriterium für die Nutzung der Windenergie auszuweisen. Das Land Baden-Württemberg hat diese Aufgabe den Regionalverbänden übertragen. Eine Konkretisierung wurde im Landesplanungsgesetz des Landes Baden-Württemberg dahingehend vorgenommen, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten bis zum 30. September 2025 erfolgen soll. Nach § 20 KlimaG BW werden landesweit mindestens 1,8% der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Nutzung der Windenergie vorgegeben. Für die Region Ostwürttemberg entspricht dies – bei einer Gesamtfläche von 2.138.53 km² - einer Fläche von mindestens 38,49 km² beziehungsweise 3.849 ha (vgl. Anlage 2 KlimaG BW). Der erste Entwurf der Fortschreibung des Regionalverbands Ostwürttemberg liegt mittlerweile aus. Privatpersonen und Unternehmen können zu dem Entwurf bis zum 30. Juni 2024 Stellung nehmen. ? 2. EINWENDER Die SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH (SWU) steht im alleinigen Eigentum der Städte Ulm und Neu-Ulm. Die SWU ist seit mehreren Jahren intensiv am Ausbau erneuerbarer Energien beteiligt und engagiert sich weit über Ulm und Neu-Ulm hinaus beim Transformationsprozess hin zu einer Stromversorgung mittels erneuerbarer Energien. So ist die SWU auch an verschiedenen Projekten in BadenWürttemberg beteiligt. Die SWU arbeitet eng mit der iTerra energy GmbH zusammen. Die SWU gibt vor diesem	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Hintergrund diese Stellungnahme sowohl als Träger öffentlicher Belange als auch als Vorhabenträger ab. 3. BETROFFENES GEBIET, GEPLANTE FESTSETZUNGEN Wir wenden uns an Sie betreffend das Gebiet „Dunstelkingen / Reistingen“ mit der Nummer 50 des Planungsverfahren in der Gemeinde Aalen.	
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 185	Textteil VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 1504 4. BETROFFENHEIT UND ALTERNATIVE Wir sind durch die geplante Ausweisung von Windenergie Gebieten betroffen, weil Flächen nicht ausgewiesen sind, die wir in unserer Eigenschaft als Vorhabenträger entwickeln könnten, wenn eine entsprechende Ausweisung erfolgen würde. Wir schlagen vor, die Ausweisung in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wie folgt zu ergänzen (siehe Anlagen): Die Ergänzungsfläche in Kombination mit der ausgewiesenen Suchraumfläche der Teilfortschreibung Windenergie 2025, sowie eine potenzielle Planung auf dieser, ist in Form einer Übersichtskarte als Anlage diesem Schreiben beigefügt. Insgesamt bietet die dargestellte Fläche das Potenzial für 4 WEAs mit einer Gesamtleistung von 28,8 MW. Die Windenergieplanung wurde mit dem Typ Vestas V172-7.2 auf 199 m Nabenhöhe erstellt. Das ist der zurzeit größte bekannte Windkraftanlagentyp. Durch eine Erweiterung des Gebietes Nr.50 ist es nicht nur möglich, den Bau von mehr Windkraftanlagen zu realisieren und somit dem Ziel der klimaneutralen Energiegewinnung einen Schritt näher zu kommen, es böte außerdem die Möglichkeit, die Windkraftanlagen optimal zu positionieren und auf Gegebenheiten während der Planung zu reagieren. Dadurch kann eine tatsächliche Ausnutzung der Fläche gewährleistet werden. Hinzukommt ein Synergieeffekt, welcher sich klar durch die Errichtung mehrerer Anlagen an einem Standort ergibt, da beispielsweise auf eine gemeinsame Infrastrukturplanung zurückgegriffen werden kann. Die Fläche ist als Windenergiegebiet bestens geeignet da sie die folgenden Faktoren erfüllt, welche in Kapitel II genauer erläutert werden:	Wird nicht gefolgt Die Ermittlung und Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischer Umweltprüfung. Im Rahmen der Anhörung vorgebrachte Gebietsvorschläge werden hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit dem Planungskonzept geprüft. Auf die in der Stellungnahme aufgeführten Faktoren zur Eignung der eingegebenen Erweiterungsfläche (Punkt 1 bis 5) wird in den nachfolgenden Abwägungseinheiten im Einzelnen Bezug genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m NH statt 160 m NH 2. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung 3. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung 4. Erweiterung eines geplanten Windparks und Nutzung gemeinsamer Infrastruktur 5. VRG Naturschutz und Landschaftspflege sowie Schwerpunktvorkommen Artenschutz	
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 185	Textteil VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 1505 II. ERLÄUTERUNG Der Regionalverband orientiert sich ausweislich der ausgelegten Unterlagen dem Planungskonzept an den Eignungskriterien Windhöffigkeit, rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien sowie sonstigen Abwägungskriterien. Im Zuge der Einzelfallprüfung kommt es ferner zu einer Betrachtung etwaiger Schutzgebiete und wirksamer Kulturdenkmale. Im Ergebnis bleiben Flächen übrig, die als Windenergiegebiete ausgewiesen werden sollen. Nach unserer Überzeugung erfolgte bislang in dem hier näher betrachteten Gebiet die Anwendung der Planungskriterien nicht richtig, vor allem weil bei der Aufstellung des Entwurfs der ersten Teilfortschreibung die nachfolgend genannten Aspekte übersehen worden sind. Vorab lassen Sie uns folgendes voranstellen: Der Ausbau der Windenergie zur Erreichung der Klimaneutralität setzt eine bestmögliche Nutzung vorhandener Flächen voraus. Deutschland ist in der Regel windschwach; speziell im Süden ist die Windhöffigkeit geringer als im Norden Deutschlands. Deutschland ist in weiten Gebieten dicht besiedelt; häufig müssen Konflikte mit anderen Nutzungen gelöst werden. Es geht also darum, als mögliche Windenergiegebiete identifizierte Flächen bestmöglich zu nutzen. Wir können uns nicht leisten, Gebiete ungenutzt zu lassen. Daher ist eine Ausweisung immer dann möglich, wenn andere Nutzungen nicht entgegenstehen. Ist eine Fläche grundsätzlich geeignet, ist eine möglichst intensive Nutzung sicherzustellen. Die Regionalplanung hat dabei im Auge zu behalten, dass konkrete Konflikte im Einzelfall vor Ort im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu lösen sind.	Wird nicht gefolgt In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete für Windenergienutzung als Vorranggebiete gesamtregional zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in der Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Die schrittweise Anwendung von Eignungs-, Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien führt dazu, dass in der Region nur eine beschränkte Anzahl an Gebieten verbleibt, die sich als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen eignen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Die von der SWU Erneuerbare Energien GmbH genannten Aspekte wurden auf Basis des regionsweit einheitlich angewendeten Konzepts in die Planung einbezogen. Ausführungen dazu erfolgen themenspezifisch zu den jeweiligen Absätzen.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 185	Textteil VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 1506 Im Folgenden wird auf einzelne Kriterien Stellung bezogen, wodurch die Möglichkeit einer Flächenvergrößerung bekräftigt wird: 1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m Nabenhöhe anstatt der Betrachtung auf 160 m Nabenhöhe: Der Regionalverband Ostwürttemberg stützt sich bei der Ausweisung der Windvorranggebiete auf die gemessene Windleistungsdichte in einer Höhe von 160 m. Der Standort „Dustelkingen / Reistingen (Nr. 50)“ erreicht in dieser Höhe laut LUBW eine Windhöffigkeit von < 160 – 190 W/m², weshalb der Regionalverband diesem Standort hinsichtlich der Windeignung eine niedrige Priorität zuweist. Aus unserer Sicht ist dies nicht korrekt, da der technische Fortschritt inzwischen den Bau wesentlich höherer Anlagen ermöglicht. Im süddeutschen Raum ist die Planung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von nahezu 200 m üblich. Indem der Planungsverband die Windleistungsdichte auf 160 m Nabenhöhe betrachtet, orientiert er sich an veralteten Standards statt an zukünftigen Entwicklungen. Eine Vergrößerung der Fläche 50 auf den oben beschriebenen Bereich würde nach unseren Berechnungen ebenfalls das Mindestkriterium der Regionalplanung in Bezug auf die mittlere gekappte Windgeschwindkeit erfüllen und bietet dabei sogar ein größeres Windpotenzial als die derzeit ausgewiesene Suchraumfläche Nr. 50.	Wird nicht gefolgt Der Windatlas Baden-Württemberg (2019) stellt die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, welche von den Regionalverbänden für ihre Planung vom Land zugrunde gelegt wird. Auch wenn Windenergieanlagen inzwischen eine höhere Nabenhöhe als 160 m haben, ist dennoch davon auszugehen, dass der Windatlas Baden-Württemberg die Windverhältnisse in der Region in Relation zueinander korrekt beschreibt und somit deutlich wird, wo Gebiete mit höchster und geringster Windleistungsdichte in einer Region liegen. Damit stellt der Windatlas von Baden-Württemberg eine wichtige und geeignete Planungsgrundlage für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dar. Obwohl laut Umweltministerium des Landes vor allem Gebiete mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte über 215 W/m² in 160 m über Grund als Vorranggebiete festgelegt werden sollen, werden auch im Kriterienkatalog zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 Gebieten mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von unter 190 W/m² in 160 m über Grund als Eignungskriterium berücksichtigt, wenn Nachweise (Windberechnungen, -messungen oder Abschätzungen des Energieertrags seitens Kommunen und/oder Projektierern) vorliegen, die das konkrete Interesse an der Umsetzung von Windenergievorhaben bestätigen. Diese Einzelfälle müssen besonders begründet werden. Dem Regionalverband wurde für das Gebiet 50 kein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Demnach ist dieses Eignungskriterium nicht erfüllt. Des Weiteren wird im Zuge der Gesamtabwägung aller Belange (u.a. Belange der Bundeswehr etc.) das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. Die vorgeschlagene Erweiterungsfläche zu Gebiet 50 weist aufgrund entgegenstehender planerischer Kriterien (z.B. Siedlungsabstand, Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege sowie andere entgegenstehende artenschutzrechtliche Kriterien u.a.) keine Eignung als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 auf.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH	Textteil VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 1507 2. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung: Der Regionalverband Ostwürttemberg verwendet für die	Wird nicht gefolgt Der Umgebungsabstand von 1.000m zu Siedlungsbereichen, die der Wohnnutzung unterliegen (allgemeine Wohngebiete, gemischte

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 185		Ermittlung der geeigneten Windvorranggebiete einen Siedlungsabstand von 1000 m. Somit wurde der Siedlungsabstand im Laufe der Aufstellung der Regionalplanfortschreibung noch einmal deutlich erhöht, was einen deutlichen Flächenverlust zur Folge hat. Die vorgeschlagene Erweiterung der Fläche 50 erfüllt in seiner Gesamtheit das ursprüngliche Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung. In Teilen erfüllt sie nach der Vergrößerung der Mindestabstände zur Bebauung auch diese. Eine Erweiterung der Fläche bedeutet in diesem Fall eine Vergrößerung eines möglichen Windparks um bis zu zwei Windenergieanlagen somit eine deutliche Steigerung des Potentials. Nach Abstimmungsgesprächen mit der Gemeinde Dischingen kann man festhalten, dass auch die Gemeinde eine Verkleinerung der Abstände zur Bebauung unterstützt, um das Potential der Fläche zu heben.	Bauflächen und Dorfgebiete sowie Einzelgehöfte und wohngenutzte Einzelgebäude im Außenbereich) ist ein vom politischen Gremium des Regionalverbandes (Verbandsversammlung) mehrstimmig beschlossenes planerisches Kriterium, welches zur Ermittlung von geeigneten Windenergiegebieten für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient. Im Rahmen der Erarbeitung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen (1. Anhörungsentwurf) wurde den Kommunen der Region eine Öffnung des vorsorglichen Umgebungsabstandes von 1.000m eingeräumt, wenn diese Windenergiegebiete innerhalb des Umgebungsabstandes bis 750m befürworten und dies mit einem entsprechenden Gemeinderatsbeschluss bestätigen. Für das Gebiet 50 liegen keine entsprechenden Beschlüsse vor.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 185	Textteil VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 1508 3. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung: Das Projektgebiet in der Nähe von Dischingen wird seit Dezember 2022 gemeinsam mit unserem Kooperationspartner, den Stadtwerken Ulm, und dem Flächeneigentümer, dem Forstbetrieb Blauwald, als möglicher Standort für Windenergieanlagen betrachtet. Diese Kooperation bildet einen soliden Grundstein für eine erfolgreiche Projektierung des Gebietes. Seit Beginn der Kooperation wurden gemeinsam diverse Schritte durchgeführt, um für eine Ausweisung der Fläche zu sorgen und die Umsetzbarkeit des Projektes zu erhöhen.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Flächen mit einer voraussichtlich schnellen Umsetzung wurden als Eignungsaspekt im Kriterienkatalog berücksichtigt. Insgesamt werden jedoch Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnisse bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt, die Ausformung der Vorranggebiet orientiert sich ausschließlich an planerischen Kriterien und nicht an Flurstücksgrenzen.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 185	Textteil VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 1509 4. Erweiterung eines geplanten Windparks: Das Gebiet 50 sowie die vorgeschlagene Erweiterung können als Gesamtplanung zum angrenzenden Windpark Ziertheim in der bayrischen Gemeinde Ziertheim gesehen werden, der sich derzeit auch in der Planung durch die iTerra energy in Kooperation mit den Stadtwerken Ulm befindet. Durch eine gemeinsame Infrastruktur können auf diese Weise diverse Synergieeffekte in Sachen Zuwegungsmöglichkeiten und Netzanschluss genutzt werden. Des Weiteren kann der Eingriff in die Natur minimiert werden.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Flächen mit einer voraussichtlich schnellen Umsetzung wurden als Eignungsaspekt im Kriterienkatalog berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 185	Textteil VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 1510 5. VRG Naturschutz und Landschaftspflege sowie Schwerpunktvorkommen Artenschutz: Ein Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege stellt kein pauschales Hindernis für die Ausweisung der Vorrangflächen für Windkraft dar. Es gilt die tatsächlichen Schutzgüter und das Verhältnis des möglichen Eingriffs abzuwägen. Die Windkraft	Wird nicht gefolgt Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 50 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen - nicht allein die Betroffenheit von Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege und Schwerpunktvorkommen der Kategorie A oder B - weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		verbraucht verhältnismäßig wenig Fläche. Außerdem werden auch hier standardmäßige naturschutzfachliche Gutachten durchgeführt, die bei der Standortoptimierung berücksichtigt werden. Schwerpunktvorkommen Artenschutz Kategorie A und B sind kein grundsätzliches Ausschlusskriterium für Windkraftanlagen. Flächen mit SPV A besitzen einen sehr hohen naturschutzfachlichen Wert. Hier prüft die Behörde den Einzelfall anhand der vorhandenen Daten zu windkraftsensiblen Arten und Arten mit besonderem Schutzstatus. Darüber hinaus werden trotz WindBG naturschutzfachliche Kartierungen durchgeführt, um mögliche Konflikte mit dem Artenschutz zu identifizieren und zu vermeiden. Die Standorte und Betriebszeiten werden entsprechend den tatsächlichen Schutzgütern nach naturschutzfachlichen Belangen optimiert und angepasst. Mögliche Konflikte mit dem VBG-Naturschutz und der Landschaftspflege können durch die Untersuchungen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vermieden werden: die Strategische Umweltprüfung (SUP) nach § 14b i.V.m. Anlage 3 UVPG, Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nach § 3a i.V.m. Anlage 1 UVPG, Eingriffsregelung nach § 15 BNatSchG	
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 185	Textteil VRG 50 Dunstelkingen / Reistingen	BE-ID: 1511 Nach unserer Überzeugung ist es daher notwendig, die vorgeschlagenen Ergänzungsfläche auszuweisen, um dem Vorranggebiet Windenergie vor dem Hintergrund der gesetzlichen Regelungen und der Realisierung von Projekten sowie insbesondere der überragenden Bedeutung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien ausreichend Geltung zu verschaffen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass unter der Berücksichtigung aller bekannten Faktoren die Realisierungswahrscheinlichkeit bei einer entsprechenden Ausweisung der Fläche als Windenergievorranggebiet hoch ist.	Wird nicht gefolgt Selbst wenn die Realisierungswahrscheinlichkeit der vorgeschlagenen Ergänzungsfläche bei einer entsprechenden Festlegung als Vorranggebiet für Windenergie hoch wäre, liegen neben Eignungskriterien auch etliche rechtliche und planerische Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Kriterien vor. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 50 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Des Weiteren wird das Vorranggebiet 50 "Dunstelkingen / Reistingen" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. In der Gesamtabwägung der im Rahmen der 1. Anhörung eingebrachten Anregungen und Bedenken werden anderen Nutzungen und Belangen Vorrang gewährt.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 180	Textteil VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 1975 ZUSAMMENFASSUNG DER STELLUNGNAHME ZUR TEILFORTSCHREIBUNG WINDENERGIE 2025 – GEBIET ERWEITERUNG KÖNIGSBRONN/EBNAT NR. 69	Wird nicht gefolgt Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 69 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen (u.a. Siedlungsabstand, Umgebungsabstand zu einem Rohstoffsicherungs- und Abbaugebiet), zudem wird die vorgeschlagene Erweiterungsfläche aufgrund der räumlichen Belastung

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Einreicher: SWU Erneuerbare Energien GmbH Datum: 28. Juni 2024 Betroffenes Gebiet: ERWEITERUNG KÖNIGSBRONN/EBNAT NR. 69 Vorschlag zur Flächenerweiterung: • Aktuelle Fläche: ca. 38 ha, bis zu 2 Windenergieanlagen • Vorgeschlagene Ergänzung: ca. 130 ha, bis zu 3 Windenergieanlagen • Gesamtleistung (nach Erweiterung): Bis zu 36 MW bei bis zu 5 Windenergieanlagen Technische und rechtliche Begründung: 1. Technologischer Fortschritt: Nutzung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von 199 m (Vestas V172-7.2), welche eine höhere Windleistungsdichte auf 200 m Höhe nutzen. 2. Mindestabstände zur Bebauung: Erfüllung des ursprünglichen Mindestkriteriums von 750 m zur Bebauung. 3. Zustimmung der Eigentümer: Kooperation mit dem Flächeneigentümer und der iTerra energy GmbH zur Sicherstellung einer erfolgreichen Projektumsetzung 4. Umwelt- und Naturschutz: Keine wesentlichen Konflikte mit VGB Naturschutz. Schlussfolgerung: Die Stellungnahme empfiehlt, die Ergänzungsfläche auszuweisen, um die vollständige und effiziente Nutzung der Windressourcen in der Region Ostwürttemberg zu gewährleisten.	und zur Vermeidung einer Überlastungssituation im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen. Des Weiteren wird das Vorranggebiet 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt, da andere Belangen in der Gesamtbetrachtung des Gebiets überwiegen.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 180	Textteil VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 1976 I. AUSGANGSLAGE 1. VERFAHREN Die Bundesländer sind aufgrund des Windenergieflächenbedarfsgesetzes dazu verpflichtet, einen ihnen zugewiesenen Flächenanteil als Eignungskriterium für die Nutzung der Windenergie auszuweisen. Das Land Baden-Württemberg hat diese Aufgabe den Regionalverbänden übertragen. Eine Konkretisierung wurde im Landesplanungsgesetz des Landes Baden-Württemberg dahingehend vorgenommen, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten bis zum 30. September 2025 erfolgen soll. Nach § 20 KlimaG BW werden landesweit	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		mindestens 1,8% der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Nutzung der Windenergie vorgegeben. Für die Region Ostwürttemberg entspricht dies – bei einer Gesamtfläche von 2.138.53 km² - einer Fläche von mindestens 38,49 km² beziehungsweise 3.849 ha (vgl. Anlage 2 KlimaG BW). Der erste Entwurf der Fortschreibung des Regionalverbands Ostwürttemberg liegt mittlerweile aus. Privatpersonen und Unternehmen können zu dem Entwurf bis zum 30. Juni 2024 Stellung nehmen. 2. EINWENDER Die SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH (SWU) steht im alleinigen Eigentum der Städte Ulm und Neu-Ulm. Die SWU ist seit mehreren Jahren intensiv am Ausbau erneuerbarer Energien beteiligt und engagiert sich weit über Ulm und Neu-Ulm hinaus beim Transformationsprozess hin zu einer Stromversorgung mittels erneuerbarer Energien. So ist die SWU auch an verschiedenen Projekten in Baden Württemberg beteiligt. Die SWU arbeitet eng mit der iTerra energy GmbH zusammen. Die SWU gibt vor diesem Hintergrund diese Stellungnahme sowohl als Träger öffentlicher Belange als auch als Vorhabenträger ab. 3. BETROFFENES GEBIET, GEPLANTE FESTSETZUNGEN Wir wenden uns an Sie betreffend das Gebiet „Erweiterung Königsbronn/Ebnat“ mit der Nummer 69 des Planungsverfahren in der Gemeinde Aalen. Der Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sieht die folgende Flächenausweisung vor: (s. Bild)	
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 180	Textteil VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 1977 4. BETROFFENHEIT UND ALTERNATIVE Wir sind durch die geplante Ausweisung von Windenergie Gebieten betroffen, weil Flächen nicht ausgewiesen sind, die wir in unserer Eigenschaft als Vorhabenträger entwickeln könnten, wenn eine entsprechende Ausweisung erfolgen würde. Wir schlagen vor, die Ausweisung in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wie folgt zu ergänzen (siehe Anlagen): Die Ergänzungsfläche in Kombination mit der ausgewiesenen Suchraumfläche der Teilfortschreibung Windenergie 2025, sowie	Wird nicht gefolgt Die Ermittlung und Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischer Umweltprüfung. Im Rahmen der Anhörung vorgebrachte Gebietsvorschläge werden hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit dem Planungskonzept geprüft. Auf die in der Stellungnahme aufgeführten Faktoren zur Eignung der eingegebenen Erweiterungsfläche (Punkt 1 bis 5) wird in den nachfolgenden Abwägungseinheiten im Einzelnen Bezug genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		eine potenzielle Planung auf dieser, ist in Form einer Übersichtskarte als Anlage diesem Schreiben beigefügt. Insgesamt bietet die dargestellte Fläche das Potenzial für 5 WEAs mit einer Gesamtleistung von 36 MW. Die Windenergieplanung wurde mit dem Typ Vestas V172-7.2 auf 199 m Nabenhöhe erstellt. Das ist der zurzeit größte bekannte Windkraftanlagentyp. Durch eine Erweiterung des Gebietes Nr.69 ist es nicht nur möglich, den Bau von mehr Windkraftanlagen zu realisieren und somit dem Ziel der klimaneutralen Energiegewinnung einen Schritt näher zu kommen, es böte außerdem die Möglichkeit, die Windkraftanlagen optimal zu positionieren und auf Gegebenheiten während der Planung zu reagieren. Dadurch kann eine tatsächliche Ausnutzung der Fläche gewährleistet werden. Hinzukommt ein Synergieeffekt, welcher sich klar durch die Errichtung mehrerer Anlagen an einem Standort ergibt, da beispielsweise auf eine gemeinsame Infrastrukturplanung zurückgegriffen werden kann. Die Fläche ist als Windenergiegebiet bestens geeignet da sie die folgenden Faktoren erfüllt, welche in Kapitel II genauer erläutert werden: 1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m NH statt 160 m NH 2. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung 3. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung 4. Erweiterung eines bestehenden Windparks und Nutzung vorhandener Infrastruktur 5. Vorbehaltsgebiet für Bodenschutz kein Hindernis der Windkraft	
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 180	Textteil VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 1978 II. ERLÄUTERUNG Der Regionalverband orientiert sich ausweislich der ausgelegten Unterlagen dem Planungskonzept an den Eignungskriterien Windhöffigkeit, rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien sowie sonstigen Abwägungskriterien. Im Zuge der Einzelfallprüfung kommt es ferner zu einer Betrachtung etwaiger Schutzgebiete und wirksamer Kulturdenkmale. Im Ergebnis bleiben Flächen übrig, die als Windenergiegebiete ausgewiesen werden sollen. Nach unserer Überzeugung erfolgte bislang in dem hier näher betrachteten Gebiet die Anwendung der Planungskriterien nicht richtig, vor allem weil bei der Aufstellung des Entwurfs der ersten	Wird nicht gefolgt In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete für Windenergienutzung als Vorranggebiete gesamtregional zu steuern.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Teilfortschreibung die nachfolgend genannten Aspekte übersehen worden sind. Vorab lassen Sie uns folgendes voranstellen: Der Ausbau der Windenergie zur Erreichung der Klimaneutralität setzt eine bestmögliche Nutzung vorhandener Flächen voraus. Deutschland ist in der Regel windschwach; speziell im Süden ist die Windhöffigkeit geringer als im Norden Deutschlands. Deutschland ist in weiten Gebieten dicht besiedelt; häufig müssen Konflikte mit anderen Nutzungen gelöst werden. Es geht also darum, als mögliche Windenergiegebiete identifizierte Flächen bestmöglich zu nutzen. Wir können uns nicht leisten, Gebiete ungenutzt zu lassen. Daher ist eine Ausweisung immer dann möglich, wenn andere Nutzungen nicht entgegenstehen. Ist eine Fläche grundsätzlich geeignet, ist eine möglichst intensive Nutzung sicherzustellen. Die Regionalplanung hat dabei im Auge zu behalten, dass konkrete Konflikte im Einzelfall vor Ort im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu lösen sind. Im Folgenden wird auf einzelne Kriterien Stellung bezogen, wodurch die Möglichkeit einer Flächenvergrößerung bekräftigt wird:	Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in der Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Die schrittweise Anwendung von Eignungs-, Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien führt dazu, dass in der Region nur eine beschränkte Anzahl an Gebieten verbleibt, die sich als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen eignen. Die von der SWU Erneuerbare Energien GmbH genannten Aspekte wurden auf Basis des regionsweit einheitlich angewendeten Konzepts in die Planung einbezogen. Ausführungen dazu erfolgen themenspezifisch zu den jeweiligen Absätzen.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 180	Textteil VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 1979 1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m Nabenhöhe anstatt der Betrachtung auf 160 m Nabenhöhe: Der Regionalverband Ostwürttemberg bezieht sich im Rahmen der Ausweisung der Windvorranggebiete auf die gekappte Windleistungsdichte auf einer Höhe von 160 m. Der Standort „Erweiterung Königsbronn/Ebnat“ erreicht auf dieser Höhe gemäß des LUBW eine Windhöffigkeit von < 160 – 190 W/m², was zur Folge hat, dass der Regionalverband dem Standort hinsichtlich der Windeignung eine niedrige Priorität zuweist. Dies ist aus unserer Sicht falsch, was wir wie folgt begründen: der technische Fortschritt ermöglicht es, dass mittlerweile deutlich höhere Anlagen gebaut werden können. Die Planung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von fast 200 m ist insbesondere im süddeutschen Raum gängig. Durch die Betrachtung der Windleistungsdichte auf 160 m Nabenhöhe orientiert sich der Planungsverband an der Vergangenheit und nicht an der Zukunft.	Wird nicht gefolgt Der Windatlas Baden-Württemberg (2019) stellt die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, welche von den Regionalverbänden für ihre Planung vom Land zugrunde gelegt wird. Auch wenn Windenergieanlagen inzwischen eine höhere Nabenhöhe als 160 m haben, ist dennoch davon auszugehen, dass der Windatlas Baden-Württemberg die Windverhältnisse in der Region in Relation zueinander korrekt beschreibt und somit deutlich wird, wo Gebiete mit höchster und geringster Windleistungsdichte in einer Region liegen. Damit stellt der Windatlas von Baden-Württemberg eine wichtige und geeignete Planungsgrundlage für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dar. Obwohl laut Umweltministerium des Landes vor allem Gebiete mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte über 215 W/m² in 160 m über Grund als Vorranggebiete festgelegt werden sollen, werden auch im Kriterienkatalog zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 Gebieten mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von unter 190 W/m² in 160 m

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Eine Vergrößerung der Fläche 69 auf den oben beschriebenen Bereich würde nach unseren Berechnungen ebenfalls das Mindestkriterium der Regionalplanung in Bezug auf die mittlere gekappte Windgeschwindkeit erfüllen und bietet dabei sogar ein größeres Windpotenzial als die derzeit ausgewiesene Suchraumfläche Nr. 69.	über Grund als Eignungskriterium berücksichtigt, wenn Nachweise (Windberechnungen, -messungen oder Abschätzungen des Energieertrags seitens Kommunen und/oder Projektierern) vorliegen, die das konkrete Interesse an der Umsetzung von Windenergievorhaben bestätigen. Diese Einzelfälle müssen besonders begründet werden. Das Gebiet 69, welches laut Windatlas dieser geringeren Windhöffigkeit aufweist, befindet sich in der unmittelbaren Umgebung zum bestehenden Windpark im Vorranggebiet Königsbronn/Ebnat (26). Da in diesem Bereich bereits Windenergieanlagen sowie die dazugehörige Infrastruktur vorhanden sind, wurde das Gebiet nicht pauschal für die Nutzung der Windenergie ausgeschlossen, sondern als Potenzialgebiet in die Gebietskulisse der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen. Dem Regionalverband wurde für das Gebiet 69 ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Allerdings überwiegen andere Belange (u.a. Rohstoffsicherung, Entlastung des Raums) in der Abwägung des Vorranggebiets, so dass das betreffende Gebiet nicht weiterverfolgt wird.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 180	Textteil VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 1980 2. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung: Der Regionalverband Ostwürttemberg verwendet für die Ermittlung der geeigneten Windvorranggebiete einen Siedlungsabstand von 1000 m. Somit wurde der Siedlungsabstand im Laufe der Aufstellung der Regionalplanfortschreibung noch einmal deutlich erhöht, was einen deutlichen Flächenverlust zur Folge hat. Die vorgeschlagene Erweiterung der Fläche 69 erfüllt in seiner Gesamtheit das ursprüngliche Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung. In Teilen erfüllt sie nach der Vergrößerung der Mindestabstände zur Bebauung auch diese. Eine Erweiterung der Fläche bedeutet in diesem Fall eine Vergrößerung eines möglichen Windparks um bis zu drei Windenergieanlagen somit eine deutliche Steigerung des Potentials.	Wird nicht gefolgt Der Umgebungsabstand von 1.000m zu Siedlungsbereichen, die der Wohnnutzung unterliegen (allgemeine Wohngebiete, gemischte Bauflächen und Dorfgebiete sowie Einzelgehöfte und wohngenutzte Einzelgebäude im Außenbereich) ist ein vom politischen Gremium des Regionalverbandes (Verbandsversammlung) mehrstimmig beschlossenes planerisches Kriterium, welches zur Ermittlung von geeigneten Windenergiegebieten für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient. Im Rahmen der Erarbeitung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen (1. Anhörungsentwurf) wurde den Kommunen der Region eine Öffnung des vorsorglichen Umgebungsabstandes von 1.000m eingeräumt, wenn diese Windenergiegebiete innerhalb des Umgebungsabstandes bis 750m befürworten und dies mit einem entsprechenden Gemeinderatsbeschluss bestätigen. Für das Gebiet 69 liegen keine entsprechenden Beschlüsse vor.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 180	Textteil VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 1981 3. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung: Das Projektgebiet in der Nähe von Nietheim wird seit Dezember 2022 gemeinsam mit unserem Kooperationspartner, der iTerra energy GmbH, und dem Flächeneigentümer, dem Forstbetrieb Blauwald, als möglicher Standort für Windenergieanlagen betrachtet. Diese Kooperation bildet einen soliden Grundstein für eine erfolgreiche Projektierung des Gebietes. Seit Beginn der Kooperation wurden gemeinsam diverse Schritte durchgeführt, um	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Flächen mit einer voraussichtlich schnellen Umsetzung wurden als Eignungsaspekt im Kriterienkatalog berücksichtigt. Insgesamt werden jedoch Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnisse bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt, die Ausformung der Vorranggebiet orientiert sich ausschließlich an planerischen Kriterien und nicht an Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnissen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		für eine Ausweisung der Fläche zu sorgen und die Umsetzbarkeit des Projektes zu erhöhen.	
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 180	Textteil VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 1982 4. Erweiterung eines bestehenden Windparks: Das Gebiet 69 sowie die vorgeschlagene Erweiterung können als Zusatz zum bestehenden Windpark Nietheim gesehen werden. Durch die vorhandene Infrastruktur können auf diese Weise diverse Synergieeffekte in Sachen Zuwegungsmöglichkeiten und Netzanschluss genutzt werden. Des Weiteren kann der Eingriff in die Natur minimiert werden.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Flächen in der Nähe zu bestehenden Vorranggebieten für Windenergie und zu bestehender Infrastruktur sowie Flächen mit einer voraussichtlich schnellen Umsetzung wurden als Eignungsaspekte im Kriterienkatalog berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 180	Textteil VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 1983 5. Vorbehaltsgebiete für Bodenschutz kein Hindernis der Windkraft: Ein Vorbehaltsgebiet für Bodenschutz stellt kein pauschales Hindernis für die Ausweisung der Vorrangflächen für Windkraft dar. Es gilt die tatsächlichen Schutzgüter und das Verhältnis des möglichen Eingriffs abzuwägen. Die Windkraft verbraucht verhältnismäßig wenig Fläche. Außerdem werden auch hier standardmäßige Bodengutachten durchgeführt, die bei der Standortoptimierung berücksichtigt werden: die Strategische Umweltprüfung (SUP) nach § 14b i.V.m. Anlage 3 UVPG, Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nach § 3a i.V.m. Anlage 1 UVPG, Eingriffsregelung nach § 15 BNatSchG	Wird nicht gefolgt Vorbehaltsgebiete für Bodenschutz wurden weder als Ausschlusskriterium noch als Einzelfallprüfungskriterium im Kriterienkatalog geführt.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 180	Textteil VRG 69 Erweiterung Königsbronn / Ebnat	BE-ID: 1984 Nach unserer Überzeugung ist es daher notwendig, die vorgeschlagenen Ergänzungsfläche auszuweisen, um dem Vorranggebiet Windenergie vor dem Hintergrund der gesetzlichen Regelungen und der Realisierung von Projekten sowie insbesondere der überragenden Bedeutung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien ausreichend Geltung zu verschaffen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass unter der Berücksichtigung aller bekannten Faktoren die Realisierungswahrscheinlichkeit bei einer entsprechenden Ausweisung der Fläche als Windenergievorranggebiet hoch ist. Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit ebenso gerne zur Verfügung wie für ein persönliches Gespräch.	Wird nicht gefolgt Selbst wenn die Realisierungswahrscheinlichkeit der vorgeschlagenen Ergänzungsfläche bei einer entsprechenden Festlegung als Vorranggebiet für Windenergie hoch wäre, liegen neben Eignungskriterien auch etliche rechtliche und planerische Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Kriterien vor. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 69 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Des Weiteren wird das Vorranggebiet 69 "Erweiterung Königsbronn / Ebnat" im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. In der Gesamtabwägung der im Rahmen der 1. Anhörung eingebrachten Anregungen und Bedenken werden anderen Nutzungen und Belangen Vorrang gewährt.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare	Textteil VRG 51 Dischingen /	BE-ID: 1985 ZUSAMMENFASSUNG DER STELLUNGNAHME ZUR	Wird nicht gefolgt Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 51 stehen mehrere

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Energien GmbH Stn-Id: 181	Nattheim	TEILFORTSCHREIBUNG WINDENERGIE 2025 – GEBIET DISCHINGEN / NATTHEIM NR. 51 Einreicher: SWU Erneuerbare Energien GmbH Datum: 28. Juni 2024 Betroffenes Gebiet: Dischingen / Nattheim, Planungsverfahren Nr. 51 Vorschlag zur Flächenerweiterung: • Aktuelle Fläche: ca. 211 ha, bis zu 7 Windenergieanlagen • Vorgeschlagene Ergänzung: ca. 167 ha, bis zu 4 Windenergieanlagen • Gesamtleistung (nach Erweiterung): Bis zu 79,2 MW bei bis zu 11 Windenergieanlagen Technische und rechtliche Begründung: 1. Technologischer Fortschritt: Nutzung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von 199 m (Vestas V172-7.2), welche eine höhere Windleistungsdichte auf 200 m Höhe nutzen. 2. Mindestabstände zur Bebauung: Erfüllung des ursprünglichen Mindestkriteriums von 750 m zur Bebauung. 3. Wirtschaftliche Rentabilität: Bestätigt durch die Auswertung von Bestandsdaten nahegelegener Windparks. 4. Zustimmung der Eigentümer: Kooperation mit dem Flächeneigentümer und der iTerra energy GmbH zur Sicherstellung einer erfolgreichen Projektumsetzung sowie der Gemeinde Dischingen 5. Umwelt- und Naturschutz: Keine wesentlichen Konflikte mit Artenschutzräumen oder Wasserschutzgebieten. Gutachten wurden bereits durchgeführt. 6. Militärische Belange: Keine Beeinträchtigungen nach Abfrage bei Bundeswehr Schlussfolgerung: Die Stellungnahme empfiehlt, die Ergänzungsfläche auszuweisen, um die vollständige und effiziente Nutzung der Windressourcen in der Region Ostwürttemberg zu gewährleisten.	planerische Kriterien entgegen (z.B. Siedlungsabstand, Schwerpunktvorkommen der Kategorie A des Fachbeitrags Artenschutz), weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Das Vorranggebiet 51 "Dischingen / Nattheim" wird aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf sowie nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 181	Textteil VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1986 I. AUSGANGSLAGE 1. VERFAHREN Die Bundesländer sind aufgrund des	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Windenergieflächenbedarfsgesetzes dazu verpflichtet, einen ihnen zugewiesenen Flächenanteil als Eignungskriterium für die Nutzung der Windenergie auszuweisen. Das Land Baden-Württemberg hat diese Aufgabe den Regionalverbänden übertragen. Eine Konkretisierung wurde im Landesplanungsgesetz des Landes Baden-Württemberg dahingehend vorgenommen, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten bis zum 30. September 2025 erfolgen soll. Nach § 20 KlimaG BW werden landesweit mindestens 1,8% der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Nutzung der Windenergie vorgegeben. Für die Region Ostwürttemberg entspricht dies – bei einer Gesamtfläche von 2.138.53 km² - einer Fläche von mindestens 38,49 km² beziehungsweise 3.849 ha (vgl. Anlage 2 KlimaG BW). Der erste Entwurf der Fortschreibung des Regionalverbands Ostwürttemberg liegt mittlerweile aus. Privatpersonen und Unternehmen können zu dem Entwurf bis zum 30. Juni 2024 Stellung nehmen. ? 2. EINWENDER Die SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH (SWU) steht im alleinigen Eigentum der Städte Ulm und Neu-Ulm. Die SWU ist seit mehreren Jahren intensiv am Ausbau erneuerbarer Energien beteiligt und engagiert sich weit über Ulm und Neu-Ulm hinaus beim Transformationsprozess hin zu einer Stromversorgung mittels erneuerbarer Energien. So ist die SWU auch an verschiedenen Projekten in Ba-denWürttemberg beteiligt. Die SWU arbeitet eng mit der iTerra energy GmbH zusammen. Die SWU gibt vor diesem Hintergrund diese Stellungnahme sowohl als Träger öffentlicher Belange als auch als Vorhabenträger ab. 3. BETROFFENES GEBIET, GEPLANTE FESTSETZUNGEN Wir wenden uns an Sie betreffend das Gebiet „Dischingen / Nattheim“ mit der Nummer 51 des Planungsverfahren in den Gemeinden Dischingen und Nattheim. Der Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sieht die folgende Flächenausweisung vor: (s. Bild)	
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 181	Textteil VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1987 4. BETROFFENHEIT UND ALTERNATIVE Wir sind durch die geplante Ausweisung von Windenergie Gebieten	Wird nicht gefolgt Die Ermittlung und Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		betroffen, weil Flächen nicht ausgewiesen sind, die wir in unserer Eigenschaft als Vorhabenträger entwickeln könnten, wenn eine entsprechende Ausweisung erfolgen würde. Wir schlagen vor, die Ausweisung in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wie folgt zu ergänzen (siehe Anlagen): Die Ergänzungsfläche in Kombination mit der ausgewiesenen Suchraumfläche der Teilfortschreibung Windenergie 2025, sowie eine potenzielle Planung auf dieser, ist in Form einer Übersichtskarte als Anlage diesem Schreiben beigefügt. Insgesamt bietet die dargestellte Fläche das Potenzial für 11 WEAs mit einer Gesamtleistung von 79,2 MW. Die Windenergieplanung wurde mit dem Typ Vestas V172-7.2 auf 199 m Nabenhöhe erstellt. Das ist der zurzeit größte bekannte Windkraftanlagentyp. Durch eine Erweiterung des Gebietes Nr.51 ist es nicht nur möglich, den Bau von mehr Windkraftanlagen zu realisieren und somit dem Ziel der klimaneutralen Energiegewinnung einen Schritt näher zu kommen, es böte außerdem die Möglichkeit, die Windkraftanlagen optimal zu positionieren und auf Gegebenheiten während der Planung zu reagieren. Dadurch kann eine tatsächliche Ausnutzung der Fläche gewährleistet werden. Hinzukommt ein Synergieeffekt, welcher sich klar durch die Errichtung mehrerer Anlagen an einem Standort ergibt, da beispielsweise auf eine gemeinsame Infrastrukturplanung zurückgegriffen werden kann. Die Fläche ist als Windenergiegebiet bestens geeignet da sie die folgenden Faktoren erfüllt, welche in Kapitel II genauer erläutert werden: 1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m NH statt 160 m NH 2. Bestandsdaten bestätigen Wirtschaftlichkeit des Standortes 3. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung 4. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung 5. Artenschutzräume Schwerpunktvorkommen der Kategorie A & B und VRG Naturschutz und Landschaftspflege kein Widerspruch der Windenergie 6. Berücksichtigung von Wasserschutzgebieten durch Gutachten 7. Bundeswehrabfrage erfolgt	Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischer Umweltprüfung. Im Rahmen der Anhörung vorgebrachte Gebietsvorschläge werden hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit dem Planungskonzept geprüft. Auf die in der Stellungnahme aufgeführten Faktoren zur Eignung der eingegebenen Erweiterungsfläche (Punkt 1 bis 7) wird in den nachfolgenden Abwägungseinheiten im Einzelnen Bezug genommen.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH	Textteil VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1988 II. ERLÄUTERUNG	Wird nicht gefolgt In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
Stn-Id: 181		Der Regionalverband orientiert sich ausweislich der ausgelegten Unterlagen dem Planungskonzept an den Eignungskriterien Windhöffigkeit, rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien sowie sonstigen Abwägungskriterien. Im Zuge der Einzelfallprüfung kommt es ferner zu einer Betrachtung etwaiger Schutzgebiete und wirksamer Kulturdenkmale. Im Ergebnis bleiben Flächen übrig, die als Windenergiegebiete ausgewiesen werden sollen. Nach unserer Überzeugung erfolgte bislang in dem hier näher betrachteten Gebiet die Anwendung der Planungskriterien nicht richtig, vor allem weil bei der Aufstellung des Entwurfs der ersten Teilfortschreibung die nachfolgend genannten Aspekte übersehen worden sind. Vorab lassen Sie uns folgendes voranstellen: Der Ausbau der Windenergie zur Erreichung der Klimaneutralität setzt eine bestmögliche Nutzung vorhandener Flächen voraus. Deutschland ist in der Regel windschwach; speziell im Süden ist die Windhöffigkeit geringer als im Norden Deutschlands. Deutschland ist in weiten Gebieten dicht besiedelt; häufig müssen Konflikte mit anderen Nutzungen gelöst werden. Es geht also darum, als mögliche Windenergiegebiete identifizierte Flächen bestmöglich zu nutzen. Wir können uns nicht leisten, Gebiete ungenutzt zu lassen. Daher ist eine Ausweisung immer dann möglich, wenn andere Nutzungen nicht entgegenstehen. Ist eine Fläche grundsätzlich geeignet, ist eine möglichst intensive Nutzung sicherzustellen. Die Regionalplanung hat dabei im Auge zu behalten, dass konkrete Konflikte im Einzelfall vor Ort im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu lösen sind. Im Folgenden wird auf einzelne Kriterien Stellung bezogen, wodurch die Möglichkeit einer Flächenvergrößerung bekräftigt wird:	Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete für Windenergienutzung als Vorranggebiete gesamtregional zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in der Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Die schrittweise Anwendung von Eignungs-, Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien führt dazu, dass in der Region nur eine beschränkte Anzahl an Gebieten verbleibt, die sich als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen eignen. Die von der SWU Erneuerbare Energien GmbH genannten Aspekte wurden auf Basis des regionsweit einheitlich angewendeten Konzepts in die Planung einbezogen. Ausführungen dazu erfolgen themenspezifisch zu den jeweiligen Absätzen.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 181	Textteil VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1989 1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m Nabenhöhe anstatt der Betrachtung auf 160 m Nabenhöhe: Der Regionalverband Ostwürttemberg stützt sich bei der Ausweisung der Windvorranggebiete auf die gemessene Windleistungsdichte in einer Höhe von 160 m. Der Standort	Wird nicht gefolgt Der Windatlas Baden-Württemberg (2019) stellt die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, welche von den Regionalverbänden für ihre Planung vom Land zugrunde gelegt wird. Auch wenn Windenergieanlagen inzwischen eine höhere Nabenhöhe als 160 m haben, ist dennoch davon auszugehen, dass der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		„Dischingen / Nattheim (Nr. 51)“ erreicht auf dieser Höhe gemäß des LUBW eine Windhöffigkeit von < 160 – 215 W/m², weshalb der Regionalverband diesem Standort hinsichtlich der Windeignung eine niedrige Priorität zuweist. Aus unserer Sicht ist dies nicht korrekt, da der technische Fortschritt inzwischen den Bau wesentlich höherer Anlagen ermöglicht. Im süddeutschen Raum ist die Planung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von nahezu 200 m üblich. Indem der Planungsverband die Windleistungsdichte auf 160 m Nabenhöhe betrachtet, orientiert er sich an veralteten Standards statt an zukünftigen Entwicklungen. Eine Vergrößerung der Fläche 51 auf den oben beschriebenen Bereich würde nach unseren Berechnungen ebenfalls das Mindestkriterium der Regionalplanung in Bezug auf die mittlere gekappte Windgeschwindkeit erfüllen.	Windatlas Baden-Württemberg die Windverhältnisse in der Region in Relation zueinander korrekt beschreibt und somit deutlich wird, wo Gebiete mit höchster und geringster Windleistungsdichte in einer Region liegen. Damit stellt der Windatlas von Baden-Württemberg eine wichtige und geeignete Planungsgrundlage für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dar. Obwohl laut Umweltministerium des Landes vor allem Gebiete mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte über 215 W/m² in 160 m über Grund als Vorranggebiete festgelegt werden sollen, werden auch im Kriterienkatalog zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 Gebieten mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von unter 190 W/m² in 160 m über Grund als Eignungskriterium berücksichtigt, wenn Nachweise (Windberechnungen, -messungen oder Abschätzungen des Energieertrags seitens Kommunen und/oder Projektierern) vorliegen, die das konkrete Interesse an der Umsetzung von Windenergievorhaben bestätigen. Diese Einzelfälle müssen besonders begründet werden. Dem Regionalverband wurde für das Gebiet 51 ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist, weshalb das Eignungskriterium erfüllt ist. Allerdings überwiegen andere Belange (u.a. Überlastung) in der Abwägung des Vorranggebiets, so dass das betreffende Gebiet nicht weiterverfolgt wird. Die vorgeschlagene Erweiterungsfläche zu Gebiet 51 weist darüber hinaus aufgrund entgegenstehender planerischer Kriterien (z.B. Siedlungsabstand, entgegenstehende artenschutzfachliche Kriterien) keine Eignung als Vorranggebiet im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 auf.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 181	Textteil VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1990 2. Bestandsdaten bestätigen Wirtschaftlichkeit des Standortes: Um die Wirtschaftlichkeit eines potenziellen Standorts für die Errichtung von Windenergieanlagen zu beurteilen, ist es entscheidend, auf verlässliche und relevante Daten zurückzugreifen. In diesem Kontext wurden die Bestandsdaten eines nahegelegenen Windparks analysiert, um fundierte Erkenntnisse über die wirtschaftliche Rentabilität des neuen Standorts zu gewinnen. Die Ergebnisse der Auswertung bestätigen, dass der Standort vielversprechend ist und eine wirtschaftlich sinnvolle Investition darstellt.	Wird nicht gefolgt Siehe Ausführungen zu Windleistungsdichte.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 181	Textteil VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1991 2. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung: Der Regionalverband Ostwürttemberg verwendet für die Ermittlung der geeigneten Windvorranggebiete einen Siedlungsabstand von 1000 m. Somit wurde der Siedlungsabstand im Laufe der Aufstellung der Regionalplanfortschreibung noch einmal	Wird nicht gefolgt Der Umgebungsabstand von 1.000m zu Siedlungsbereichen, die der Wohnnutzung unterliegen (allgemeine Wohngebiete, gemischte Bauflächen und Dorfgebiete sowie Einzelgehöfte und wohngenutzte Einzelgebäude im Außenbereich) ist ein vom politischen Gremium des Regionalverbandes (Verbandsversammlung) mehrstimmig beschlossenes

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		deutlich erhöht, was einen deutlichen Flächenverlust zur Folge hat. Die vorgeschlagene Erweiterung der Fläche 51 erfüllt in seiner Gesamtheit das ursprüngliche Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung. In Teilen erfüllt sie nach der Vergrößerung der Mindestabstände zur Bebauung auch diese. Eine Erweiterung der Fläche bedeutet in diesem Fall eine Vergrößerung eines möglichen Windparks um bis zu vier Windenergieanlagen somit eine deutliche Steigerung des Potentials.	planerisches Kriterium, welches zur Ermittlung von geeigneten Windenergiegebieten für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient. Im Rahmen der Erarbeitung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen (1. Anhörungsentwurf) wurde den Kommunen der Region eine Öffnung des vorsorglichen Umgebungsabstandes von 1.000m eingeräumt, wenn diese Windenergiegebiete innerhalb des Umgebungsabstandes bis 750m befürworten und dies mit einem entsprechenden Gemeinderatsbeschluss bestätigen. Für das Gebiet 51 liegen keine entsprechenden Beschlüsse vor.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 181	Textteil VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1992 3. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung: Das Projektgebiet in der Nähe von Dischingen wird seit Dezember 2022 gemeinsam mit unserem Kooperationspartner, der iTerra energy GmbH, und dem Flächeneigentümer, dem Forstbetrieb Blauwaldals möglicher Standort für Windenergieanlagen betrachtet. Diese Kooperation bildet einen soliden Grundstein für eine erfolgreiche Projektierung des Gebietes. Seit Beginn der Kooperation wurden gemeinsam diverse Schritte durchgeführt, um für eine Ausweisung der Fläche zu sorgen und die Umsetzbarkeit des Projektes zu erhöhen.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Flächen mit einer voraussichtlich schnellen Umsetzung wurden als Eignungsaspekt im Kriterienkatalog berücksichtigt. Insgesamt werden jedoch Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnisse bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt, die Ausformung der Vorranggebiet orientiert sich ausschließlich an planerischen Kriterien und nicht an Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnissen.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 181	Textteil VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1993 5. Artenschutzräume Schwerpunktvorkommen der Kategorie A & B und VRG Naturschutz und Landschaftspflege kein Widerspruch der Windenergie Schwerpunktvorkommen A & B sind kein grundsätzliches Ausschlusskriterium für Windkraftanlagen. Flächen mit SPV A besitzen einen sehr hohen naturschutzfachlichen Wert. Hier prüft die Behörde den Einzelfall anhand der vorhandenen Daten zu windkraftsensiblen Arten und Arten mit besonderem Schutzstatus. Darüber hinaus werden trotz WindBG naturschutzfachliche Kartierungen durchgeführt, um mögliche Konflikte mit dem Artenschutz zu identifizieren und zu vermeiden. Die Standorte und Betriebszeiten werden entsprechend den tatsächlichen Schutzgütern nach naturschutzfachlichen Belangen optimiert und angepasst. Mögliche Konflikte mit den Kleinräumigen VRG Naturschutz und Landschaftspflege können durch die naturschutzfachlichen Untersuchungen im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens vermieden werden.	Wird nicht gefolgt Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 51 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen (u.a. Siedlungsabstand) - nicht allein die Betroffenheit von Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege und Schwerpunktvorkommen der Kategorie A und B - weshalb der Erweiterungsvorschlag im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 181	Textteil VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1994 6. Berücksichtigung von Wasserschutzgebieten durch Gutachten: Die Errichtung von Windenergieanlagen in Wasserschutzgebieten kann mit Hilfe einer präzisen Planung und dem Einsatz modernster Technologien erfolgen, ohne die Wasserressourcen zu gefährden.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 51 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Durch die Erstellung umfassender hydrogeologischer Gutachten können mögliche Risiken für das Grundwasser und die Wasserqualität identifiziert und effektiv vermieden werden. So kann die Sicherheit der Wasserressourcen gewährleistet und gleichzeitig ein wertvoller Beitrag zur nachhaltigen Energieversorgung geleistet werden.	wird.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 181	Textteil VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1995 7. Bundeswehrabfrage erfolgt: Im Zuge der bisher erfolgten Projektentwicklung ist eine Abfrage bei der Bundeswehr erfolgt mit dem Ergebnis, dass keine Beeinträchtigung am dargestellten Standort vorliegt.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 51 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 181	Textteil VRG 51 Dischingen / Nattheim	BE-ID: 1996 Nach unserer Überzeugung ist es daher notwendig, die vorgeschlagenen Ergänzungsfläche auszuweisen, um dem Vorranggebiet Windenergie vor dem Hintergrund der gesetzlichen Regelungen und der Realisierung von Projekten sowie insbesondere der überragenden Bedeutung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien ausreichend Geltung zu verschaffen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass unter der Berücksichtigung aller bekannten Faktoren die Realisierungswahrscheinlichkeit bei einer entsprechenden Ausweisung der Fläche als Windenergievorranggebiet hoch ist. Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit ebenso gerne zur Verfügung wie für ein persönliches Gespräch.	Wird nicht gefolgt Selbst wenn die Realisierungswahrscheinlichkeit der vorgeschlagenen Ergänzungsfläche bei einer entsprechenden Festlegung als Vorranggebiet für Windenergie hoch wäre, liegen neben Eignungskriterien auch etliche rechtliche und planerische Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Kriterien vor. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 51 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Das Vorranggebiet 51 "Dischingen / Nattheim" wird aufgrund von Anregungen zum 1. Anhörungsentwurf sowie nach Beratung und Beschluss im Planungsausschuss am 31.01.2025 im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 182	Textteil VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 1997 ZUSAMMENFASSUNG DER STELLUNGNAHME ZUR TEILFORTSCHREIBUNG WINDENERGIE 2025 – GEBIET HEIDENHEIM / NATTHEIM NR. 52 Einreicher: SWU Erneuerbare Energien GmbH Datum: 28. Juni 2024 Betroffenes Gebiet: Erweiterung Heidenheim / Nattheim, Planungsverfahren Nr. 52 Vorschlag zur Flächenerweiterung: • Aktuelle Fläche: ca. 146 ha, bis zu 3 Windenergieanlagen • Vorgeschlagene Ergänzung: ca. 50 ha, bis zu 1 Windenergieanlage • Gesamtleistung (nach Erweiterung): Bis zu 28,8 MW bei bis zu 4 Windenergieanlagen	Wird nicht gefolgt Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 52 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen (u.a. Siedlungsabstand), weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Das Vorranggebiet 52 "Erweiterung Heidenheim / Nattheim" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wurde gemäß der Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Technische und rechtliche Begründung: 1. Technologischer Fortschritt: Nutzung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von 199 m (Vestas V172-7.2), welche eine höhere Windleistungsdichte auf 200 m Höhe nutzen. 2. Mindestabstände zur Bebauung: Erfüllung des ursprünglichen Mindestkriteriums von 750 m zur Bebauung. 3. Zustimmung der Eigentümer: Kooperation mit dem Flächeneigentümer und der iTerra energy GmbH zur Sicherstellung einer erfolgreichen Projektumsetzung 4. Umwelt- und Naturschutz: Keine wesentlichen Konflikte mit Artenschutzräumen oder Wasserschutzgebieten. Gutachten wurden bereits durchgeführt. 5. Synergieeffekte bei Infrastruktur: Gemeinsame Nutzung der bestehenden technischen Anlagen Schlussfolgerung: Die Stellungnahme empfiehlt, die Ergänzungsfläche auszuweisen, um die vollständige und effiziente Nutzung der Windressourcen in der Region Ostwürttemberg zu gewährleisten.	
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 182	Textteil VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 1998 I. AUSGANGSLAGE 1. VERFAHREN Die Bundesländer sind aufgrund des Windenergieflächenbedarfsgesetzes dazu verpflichtet, einen ihnen zugewiesenen Flächenanteil als Eignungskriterium für die Nutzung der Windenergie auszuweisen. Das Land Baden-Württemberg hat diese Aufgabe den Regionalverbänden übertragen. Eine Konkretisierung wurde im Landesplanungsgesetz des Landes Baden-Württemberg dahingehend vorgenommen, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten bis zum 30. September 2025 erfolgen soll. Nach § 20 KlimaG BW werden landesweit mindestens 1,8% der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Nutzung der Windenergie vorgegeben. Für die Region Ostwürttemberg entspricht dies – bei einer Gesamtfläche von 2.138.53 km² - einer Fläche von mindestens 38,49 km² beziehungsweise 3.849 ha (vgl. Anlage 2 KlimaG BW). Der erste Entwurf der Fortschreibung des Regionalverbands Ostwürttemberg liegt mittlerweile aus. Privatpersonen und Unternehmen können zu dem Entwurf bis zum 30. Juni 2024	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Stellung nehmen. ? 2. EINWENDER Die SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH (SWU) steht im alleinigen Eigentum der Städte Ulm und Neu-Ulm. Die SWU ist seit mehreren Jahren intensiv am Ausbau erneuerbarer Energien beteiligt und engagiert sich weit über Ulm und Neu-Ulm hinaus beim Transformationsprozess hin zu einer Stromversorgung mittels erneuerbarer Energien. So ist die SWU auch an verschiedenen Projekten in Baden-Württemberg beteiligt. Die SWU arbeitet eng mit der iTerra energy GmbH zusammen. Die SWU gibt vor diesem Hintergrund diese Stellungnahme sowohl als Träger öffentlicher Belange als auch als Vorhabenträger ab. 3. BETROFFENES GEBIET, GEPLANTE FESTSETZUNGEN Wir wenden uns an Sie betreffend das Gebiet „Erweiterung Heidenheim / Nattheim“ mit der Nummer 52 des Planungsverfahren in den Gemeinden Nattheim und Heidenheim an der Brenz. Der Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sieht die folgende Flächenausweisung vor: (s. Bild)	
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 182	Textteil VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 1999 4. BETROFFENHEIT UND ALTERNATIVE Wir sind durch die geplante Ausweisung von Windenergie Gebieten betroffen, weil Flächen nicht ausgewiesen sind, die wir in unserer Eigenschaft als Vorhabenträger entwickeln könnten, wenn eine entsprechende Ausweisung erfolgen würde. Wir schlagen vor, die Ausweisung in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wie folgt zu ergänzen (siehe Anlagen): Die Ergänzungsfläche in Kombination mit der ausgewiesenen Suchraumfläche der Teilfortschreibung Windenergie 2025, sowie eine potenzielle Planung auf dieser, ist in Form einer Übersichtskarte als Anlage diesem Schreiben beigefügt. Insgesamt bietet die dargestellte Fläche das Potenzial für 4 WEAs mit einer Gesamtleistung von 28,8 MW. Die Windenergieplanung wurde mit dem Typ Vestas V172-7.2 auf 199 m Nabenhöhe erstellt. Das ist der zurzeit größte bekannte Windkraftanlagentyp. Durch eine Erweiterung des Gebietes Nr. 52 ist es nicht nur möglich, den Bau von mehr Windkraftanlagen zu realisieren und	Wird nicht gefolgt Die Ermittlung und Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischer Umweltprüfung. Im Rahmen der Anhörung vorgebrachte Gebietsvorschläge werden hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit dem Planungskonzept geprüft. Auf die in der Stellungnahme aufgeführten Faktoren zur Eignung der eingegebenen Erweiterungsfläche (Punkt 1 bis 5) wird in den nachfolgenden Abwägungseinheiten im Einzelnen Bezug genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		somit dem Ziel der klimaneutralen Energiegewinnung einen Schritt näher zu kommen, es böte außerdem die Möglichkeit, die Windkraftanlagen optimal zu positionieren und auf Gegebenheiten während der Planung zu reagieren. Dadurch kann eine tatsächliche Ausnutzung der Fläche gewährleistet werden. Hinzukommt ein Synergieeffekt, welcher sich klar durch die Errichtung mehrerer Anlagen an einem Standort ergibt, da beispielsweise auf eine gemeinsame Infrastrukturplanung zurückgegriffen werden kann. Die Fläche ist als Windenergiegebiet bestens geeignet da sie die folgenden Faktoren erfüllt, welche in Kapitel II genauer erläutert werden: 1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m NH statt 160 m NH 2. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung 3. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung 4. Erweiterung eines bestehenden Windparks und Nutzung vorhandener Infrastruktur 5. Vorbehaltsgebiet für Bodenschutz kein Hindernis der Windkraft	
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 182	Textteil VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 2000 II. ERLÄUTERUNG Der Regionalverband orientiert sich ausweislich der ausgelegten Unterlagen dem Planungskonzept an den Eignungskriterien Windhöffigkeit, rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien sowie sonstigen Abwägungskriterien. Im Zuge der Einzelfallprüfung kommt es ferner zu einer Betrachtung etwaiger Schutzgebiete und wirksamer Kulturdenkmale. Im Ergebnis bleiben Flächen übrig, die als Windenergiegebiete ausgewiesen werden sollen. Nach unserer Überzeugung erfolgte bislang in dem hier näher betrachteten Gebiet die Anwendung der Planungskriterien nicht richtig, vor allem weil bei der Aufstellung des Entwurfs der ersten Teilfortschreibung die nachfolgend genannten Aspekte übersehen worden sind. Vorab lassen Sie uns folgendes voranstellen: Der Ausbau der Windenergie zur Erreichung der Klimaneutralität setzt eine bestmögliche Nutzung vorhandener Flächen voraus. Deutschland ist in der Regel windschwach; speziell im Süden ist die Windhöffigkeit geringer als im Norden Deutschlands. Deutschland	Wird nicht gefolgt In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete für Windenergienutzung als Vorranggebiete gesamtregional zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		ist in weiten Gebieten dicht besiedelt; häufig müssen Konflikte mit anderen Nutzungen gelöst werden. Es geht also darum, als mögliche Windenergiegebiete identifizierte Flächen bestmöglich zu nutzen. Wir können uns nicht leisten, Gebiete ungenutzt zu lassen. Daher ist eine Ausweisung immer dann möglich, wenn andere Nutzungen nicht entgegenstehen. Ist eine Fläche grundsätzlich geeignet, ist eine möglichst intensive Nutzung sicherzustellen. Die Regionalplanung hat dabei im Auge zu behalten, dass konkrete Konflikte im Einzelfall vor Ort im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu lösen sind. Im Folgenden wird auf einzelne Kriterien Stellung bezogen, wodurch die Möglichkeit einer Flächenvergrößerung bekräftigt wird:	Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in der Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Die schrittweise Anwendung von Eignungs-, Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien führt dazu, dass in der Region nur eine beschränkte Anzahl an Gebieten verbleibt, die sich als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen eignen. Die von der SWU Erneuerbare Energien GmbH genannten Aspekte wurden auf Basis des regionsweit einheitlich angewendeten Konzepts in die Planung einbezogen. Ausführungen dazu erfolgen themenspezifisch zu den jeweiligen Absätzen.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 182	Textteil VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 2001 1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m Nabenhöhe anstatt der Betrachtung auf 160 m Nabenhöhe: Der Regionalverband Ostwürttemberg stützt sich bei der Ausweisung der Windvorranggebiete auf die gemessene Windleistungsdichte in einer Höhe von 160 m. Der Standort „Erweiterung Heidenheim / Nattheim (Nr. 52)“ erreicht in dieser Höhe laut LUBW eine Windhöffigkeit von < 160 – 190 W/m², weshalb der Regionalverband diesem Standort hinsichtlich der Windeignung eine niedrige Priorität zuweist. Aus unserer Sicht ist dies nicht korrekt, da der technische Fortschritt inzwischen den Bau wesentlich höherer Anlagen ermöglicht. Im süddeutschen Raum ist die Planung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von nahezu 200 m üblich. Indem der Planungsverband die Windleistungsdichte auf 160 m Nabenhöhe betrachtet, orientiert er sich an veralteten Standards statt an zukünftigen Entwicklungen. Eine Vergrößerung der Fläche 52 auf den oben beschriebenen Bereich würde nach unseren Berechnungen ebenfalls das Mindestkriterium der Regionalplanung in Bezug auf die mittlere gekappte Windgeschwindigkeit erfüllen.	Wird nicht gefolgt Der Windatlas Baden-Württemberg (2019) stellt die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, welche von den Regionalverbänden für ihre Planung vom Land zugrunde gelegt wird. Auch wenn Windenergieanlagen inzwischen eine höhere Nabenhöhe als 160 m haben, ist dennoch davon auszugehen, dass der Windatlas Baden-Württemberg die Windverhältnisse in der Region in Relation zueinander korrekt beschreibt und somit deutlich wird, wo Gebiete mit höchster und geringster Windleistungsdichte in einer Region liegen. Damit stellt der Windatlas von Baden-Württemberg eine wichtige und geeignete Planungsgrundlage für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dar. Obwohl laut Umweltministerium des Landes vor allem Gebiete mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte über 215 W/m² in 160 m über Grund als Vorranggebiete festgelegt werden sollen, werden auch im Kriterienkatalog zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 Gebieten mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von unter 190 W/m² in 160 m über Grund als Eignungskriterium berücksichtigt, wenn Nachweise (Windberechnungen, -messungen oder Abschätzungen des Energieertrags seitens Kommunen und/oder Projektierern) vorliegen, die das konkrete Interesse an der Umsetzung von Windenergievorhaben bestätigen. Diese Einzelfälle müssen besonders begründet werden. Das Gebiet 52, welches laut Windatlas dieser geringeren Windhöffigkeit aufweist, befindet sich in der unmittelbaren Umgebung zum bestehenden Windpark im Vorranggebiet Heidenheim/Nattheim (25). Da in diesem

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Bereich bereits Windenergieanlagen sowie die dazugehörige Infrastruktur vorhanden sind, wurde das Gebiet nicht pauschal für die Nutzung der Windenergie ausgeschlossen, sondern als Potenzialgebiet in die Gebietskulisse der ersten Anhörung der Teilfortschreibung Windenergie 2025 aufgenommen. Dem Regionalverband wurde für das Gebiet 52 ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist. Die vorgeschlagene Erweiterungsfläche zu Gebiet 52 weist aufgrund entgegenstehender planerischer Kriterien (z.B. Siedlungsabstand, entgegenstehende artenschutzrechtliche Kriterien) keine Eignung als Vorranggebiet im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 auf.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 182	Textteil VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 2002 2. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung: Der Regionalverband Ostwürttemberg verwendet für die Ermittlung der geeigneten Windvorranggebiete einen Siedlungsabstand von 1000 m. Somit wurde der Siedlungsabstand im Laufe der Aufstellung der Regionalplanfortschreibung noch einmal deutlich erhöht, was einen deutlichen Flächenverlust zur Folge hat. Die vorgeschlagene Erweiterung der Fläche 52 erfüllt in seiner Gesamtheit das ursprüngliche Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung. In Teilen erfüllt sie nach der Vergrößerung der Mindestabstände zur Bebauung auch diese. Eine Erweiterung der Fläche bedeutet in diesem Fall eine Vergrößerung eines möglichen Windparks um eine Windenergieanlage somit eine deutliche Steigerung des Potentials.	Wird nicht gefolgt Der Umgebungsabstand von 1.000m zu Siedlungsbereichen, die der Wohnnutzung unterliegen (allgemeine Wohngebiete, gemischte Bauflächen und Dorfgebiete sowie Einzelgehöfte und wohngenutzte Einzelgebäude im Außenbereich) ist ein vom politischen Gremium des Regionalverbandes (Verbandsversammlung) mehrstimmig beschlossenes planerisches Kriterium, welches zur Ermittlung von geeigneten Windenergiegebieten für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient. Im Rahmen der Erarbeitung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen (1. Anhörungsentwurf) wurde den Kommunen der Region eine Öffnung des vorsorglichen Umgebungsabstandes von 1.000m eingeräumt, wenn diese Windenergiegebiete innerhalb des Umgebungsabstandes bis 750m befürworten und dies mit einem entsprechenden Gemeinderatsbeschluss bestätigen. Für das Gebiet 52 liegen keine entsprechenden Beschlüsse vor.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 182	Textteil VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 2003 3. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung: Das Projektgebiet in der Nähe von Nattheim wird seit Dezember 2022 gemeinsam mit unserem Kooperationspartner, der iTerra energy GmbH, und dem Flächeneigentümer, dem Forstbetrieb Blauwald, als möglicher Standort für Windenergieanlagen betrachtet. Diese Kooperation bildet einen soliden Grundstein für eine erfolgreiche Projektierung des Gebietes. Seit Beginn der Kooperation wurden gemeinsam diverse Schritte durchgeführt, um für eine Ausweisung der Fläche zu sorgen und die Umsetzbarkeit des Projektes zu erhöhen.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Flächen mit einer voraussichtlich schnellen Umsetzung wurden als Eignungsaspekt im Kriterienkatalog berücksichtigt. Insgesamt werden jedoch Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnisse bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt, die Ausformung der Vorranggebiet orientiert sich ausschließlich an planerischen Kriterien und nicht an Flurstücksgrenzen.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 182	Textteil VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 2004 4. Erweiterung eines bestehenden Windparks: Das Gebiet 52 sowie die vorgeschlagene Erweiterung können als Zusatz zum bestehenden Windpark Nattheim gesehen werden. Durch die vorhandene Infrastruktur können auf diese Weise diverse	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Flächen in der Nähe zu bestehenden Vorranggebieten für Windenergie und zu bestehender Infrastruktur sowie Flächen mit einer voraussichtlich schnellen Umsetzung wurden als Eignungsaspekte im Kriterienkatalog berücksichtigt.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Synergieeffekte in Sachen Zuwegungsmöglichkeiten und Netzanschluss genutzt werden. Des Weiteren kann der Eingriff in die Natur minimiert werden.	
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 182	Textteil VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 2005 5. Vorbehaltsgebiete für Bodenschutz kein Hindernis der Windkraft: Ein Vorbehaltsgebiet für Bodenschutz stellt kein pauschales Hindernis für die Ausweisung der Vorrangflächen für Windkraft dar. Es gilt die tatsächlichen Schutzgüter und das Verhältnis des möglichen Eingriffs abzuwägen. Die Windkraft verbraucht verhältnismäßig wenig Fläche. Außerdem werden auch hier standardmäßige Bodengutachten durchgeführt, die bei der Standortoptimierung berücksichtigt werden: die Strategische Umweltprüfung (SUP) nach § 14b i.V.m. Anlage 3 UVPG, Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) nach § 3a i.V.m. Anlage 1 UVPG, Eingriffsregelung nach § 15 BNatSchG	Wird nicht gefolgt Vorbehaltsgebiete für Bodenschutz wurden weder als Ausschlusskriterium noch als Einzelfallprüfungskriterium im Kriterienkatalog geführt.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 182	Textteil VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim	BE-ID: 2006 Nach unserer Überzeugung ist es daher notwendig, die vorgeschlagenen Ergänzungsfläche auszuweisen, um dem Vorranggebiet Windenergie vor dem Hintergrund der gesetzlichen Regelungen und der Realisierung von Projekten sowie insbesondere der überragenden Bedeutung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien ausreichend Geltung zu verschaffen. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass unter der Berücksichtigung aller bekannten Faktoren die Realisierungswahrscheinlichkeit bei einer entsprechenden Ausweisung der Fläche als Windenergievorranggebiet hoch ist. Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit ebenso gerne zur Verfügung wie für ein persönliches Gespräch.	Wird nicht gefolgt Selbst wenn die Realisierungswahrscheinlichkeit der vorgeschlagenen Ergänzungsfläche bei einer entsprechenden Festlegung als Vorranggebiet für Windenergie hoch wäre, liegen neben Eignungskriterien auch etliche rechtliche und planerische Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Kriterien vor. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 52 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Das Vorranggebiet 52 "Erweiterung Heidenheim / Nattheim" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wurde gemäß der Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 183	Textteil VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 2007 ZUSAMMENFASSUNG DER STELLUNGNAHME ZUR TEILFORTSCHREIBUNG WINDENERGIE 2025 – GEBIET PFAFFENTÄLE / DIEPERTSBUCH NR. 53 Einreicher: SWU Stadtwerke Erneuerbare Energien GmbH Datum: 28. Juni 2024 Betroffenes Gebiet: PFAFFENTÄLE / DIEPERTSBUCH NR. 53	Wird nicht gefolgt Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 53 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen (z.B. Siedlungsabstand, Schutzbereich zur Platzrunde des Flugplatzes Aalen-Elchingen, Umgebungsabstand zu FFH-Gebiet), weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch" wird im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Vorschlag zur Flächenerweiterung: • Aktuelle Fläche: ca. 98 ha, bis zu 5 Windenergieanlagen • Vorgeschlagene Ergänzung: ca. 118 ha, bis zu 4 Windenergieanlagen • Gesamtleistung (nach Erweiterung): Bis zu 64,8 MW bei bis zu 9 Windenergieanlagen Technische und rechtliche Begründung: 1. Technologischer Fortschritt: Nutzung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von 199 m (Vestas V172-7.2), welche eine höhere Windleistungsdichte auf 200 m Höhe nutzen. 2. Mindestabstände zur Bebauung: Erfüllung des ursprünglichen Mindestkriteriums von 750 m zur Bebauung. 3. Zustimmung der Eigentümer: Kooperation mit dem Flächeneigentümer und der iTerra energy GmbH zur Sicherstellung einer erfolgreichen Projektumsetzung sowie der Gemeinde Dischingen 4. Synergieeffekte bei Infrastruktur: Gemeinsame Nutzung der bestehenden technischen Infrastrukturanlagen 5. Umwelt- und Naturschutz: Keine wesentlichen Konflikte mit VRG Naturschutz und landschaftspflege. 6. Vorbelastungen durch vorhandene Infrastruktur: Nähe zur BAB A7 Schlussfolgerung: Die Stellungnahme empfiehlt, die Ergänzungsfläche auszuweisen, um die vollständige und effiziente Nutzung der Windressourcen in der Region Ostwürttemberg zu gewährleisten.	Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 183	Textteil VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 2008 I. AUSGANGSLAGE 1. VERFAHREN Die Bundesländer sind aufgrund des Windenergieflächenbedarfsgesetzes dazu verpflichtet, einen ihnen zugewiesenen Flächenanteil als Eignungskriterium für die Nutzung der Windenergie auszuweisen. Das Land Baden-Württemberg hat diese Aufgabe den Regionalverbänden übertragen. Eine Konkretisierung wurde im Landesplanungsgesetz des Landes Baden-Württemberg dahingehend vorgenommen, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten bis zum 30. September 2025 erfolgen soll. Nach § 20 KlimaG BW werden landesweit	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		mindestens 1,8% der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Nutzung der Windenergie vorgegeben. Für die Region Ostwürttemberg entspricht dies – bei einer Gesamtfläche von 2.138.53 km² - einer Fläche von mindestens 38,49 km² beziehungsweise 3.849 ha (vgl. Anlage 2 KlimaG BW). Der erste Entwurf der Fortschreibung des Regionalverbands Ostwürttemberg liegt mittlerweile aus. Privatpersonen und Unternehmen können zu dem Entwurf bis zum 30. Juni 2024 Stellung nehmen. 2. EINWENDER Die SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH (SWU) steht im alleinigen Eigentum der Städte Ulm und Neu-Ulm. Die SWU ist seit mehreren Jahren intensiv am Ausbau erneuerbarer Energien beteiligt und engagiert sich weit über Ulm und Neu-Ulm hinaus beim Transformationsprozess hin zu einer Stromversorgung mittels erneuerbarer Energien. So ist die SWU auch an verschiedenen Projekten in Ba-denWürttemberg beteiligt. Die SWU arbeitet eng mit der iTerra energy GmbH zusammen. Die SWU gibt vor diesem Hintergrund diese Stellungnahme sowohl als Träger öffentlicher Belange als auch als Vorhabenträger ab. 3. BETROFFENES GEBIET, GEPLANTE FESTSETZUNGEN Wir wenden uns an Sie betreffend das Gebiet „Pfaffentäle / Diepertsbuch“ mit der Nummer 53 des Planungsverfahren in der Gemeinde Aalen. Der Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sieht die folgende Flächenausweisung vor: (s. Bild)	
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 183	Textteil VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 2009 4. BETROFFENHEIT UND ALTERNATIVE Wir sind durch die geplante Ausweisung von Windenergie Gebieten betroffen, weil Flächen nicht ausgewiesen sind, die wir in unserer Eigenschaft als Vorhabenträger entwickeln könnten, wenn eine entsprechende Ausweisung erfolgen würde. Wir schlagen vor, die Ausweisung in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wie folgt zu ergänzen (siehe auch Anlage 1): Die Ergänzungsfläche in Kombination mit der ausgewiesenen Suchraumfläche der Teilfortschreibung Windenergie 2025, sowie	Wird nicht gefolgt Die Ermittlung und Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischer Umweltprüfung. Im Rahmen der Anhörung vorgebrachte Gebietsvorschläge werden hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit dem Planungskonzept geprüft. Auf die in der Stellungnahme aufgeführten Faktoren zur Eignung der eingegebenen Erweiterungsfläche (Punkt 1 bis 6) wird in den nachfolgenden Abwägungseinheiten im Einzelnen Bezug genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		eine potenzielle Planung auf dieser, ist in Form einer Übersichtskarte als Anlage Nr.2 diesem Schreiben beigefügt. Insgesamt bietet die dargestellte Fläche das Potenzial für 9 WEAs mit einer Gesamtleistung von 64,8 MW. Die Windenergieplanung wurde mit dem Typ Vestas V172-7.2 auf 199 m Nabenhöhe erstellt. Das ist der zurzeit größte bekannte Windkraftanlagentyp. Durch eine Erweiterung des Gebietes Nr. 53 ist es nicht nur möglich, den Bau von mehr Windkraftanlagen zu realisieren und somit dem Ziel der klimaneutralen Energiegewinnung einen Schritt näher zu kommen, es böte außerdem die Möglichkeit, die Windkraftanlagen optimal zu positionieren und auf Gegebenheiten während der Planung zu reagieren. Dadurch kann eine tatsächliche Ausnutzung der Fläche gewährleistet werden. Hinzukommt ein Synergieeffekt, welcher sich klar durch die Errichtung mehrerer Anlagen an einem Standort ergibt, da beispielsweise auf eine gemeinsame Infrastrukturplanung zurückgegriffen werden kann. Die Fläche ist als Windenergiegebiet bestens geeignet da sie die folgenden Faktoren erfüllt, welche in Kapitel II genauer erläutert werden: 1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m NH statt 160 m NH 2. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung 3. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung 4. Erweiterung eines bestehenden Windparks und Nutzung vorhandener Infrastruktur 5. Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege kein Hindernis der Windkraft 6. Vorbelastungen des Gebietes durch Autobahn 7	
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 183	Textteil VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 2010 II. ERLÄUTERUNG Der Regionalverband orientiert sich ausweislich der ausgelegten Unterlagen dem Planungskonzept an den Eignungskriterien Windhöffigkeit, rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien sowie sonstigen Abwägungskriterien. Im Zuge der Einzelfallprüfung kommt es ferner zu einer Betrachtung etwaiger Schutzgebiete und wirksamer Kulturdenkmale. Im Ergebnis bleiben Flächen übrig, die als Windenergiegebiete ausgewiesen werden sollen. Nach unserer Überzeugung erfolgte bislang in dem hier näher betrachteten Gebiet die Anwendung der Planungskriterien nicht	Wird nicht gefolgt In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		richtig, vor allem weil bei der Aufstellung des Entwurfs der ersten Teilfortschreibung die nachfolgend genannten Aspekte übersehen worden sind. Vorab lassen Sie uns folgendes voranstellen: Der Ausbau der Windenergie zur Erreichung der Klimaneutralität setzt eine bestmögliche Nutzung vorhandener Flächen voraus. Deutschland ist in der Regel windschwach; speziell im Süden ist die Windhöffigkeit geringer als im Norden Deutschlands. Deutschland ist in weiten Gebieten dicht besiedelt; häufig müssen Konflikte mit anderen Nutzungen gelöst werden. Es geht also darum, als mögliche Windenergiegebiete identifizierte Flächen bestmöglich zu nutzen. Wir können es uns nicht erlauben, Gebiete ungenutzt zu lassen. Daher ist eine Ausweisung immer dann möglich und geboten, wenn andere Nutzungen nicht entgegenstehen. Ist eine Fläche grundsätzlich geeignet, ist eine möglichst intensive Nutzung sicherzustellen. Die Regionalplanung hat dabei im Auge zu behalten, dass konkrete Konflikte im Einzelfall vor Ort im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu lösen sind. Im Folgenden wird auf einzelne Kriterien Stellung bezogen, wodurch die Möglichkeit einer Flächenvergrößerung bekräftigt wird:	für Windenergienutzung als Vorranggebiete gesamtregional zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in der Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Die schrittweise Anwendung von Eignungs-, Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien führt dazu, dass in der Region nur eine beschränkte Anzahl an Gebieten verbleibt, die sich als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen eignen. Die von der SWU Erneuerbare Energien GmbH genannten Aspekte wurden auf Basis des regionsweit einheitlich angewendeten Konzepts in die Planung einbezogen. Ausführungen dazu erfolgen themenspezifisch zu den jeweiligen Absätzen.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 183	Textteil VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 2011 1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m Nabenhöhe anstatt der Betrachtung auf 160 m Nabenhöhe: Der Regionalverband Ostwürttemberg stützt sich bei der Ausweisung der Windvorranggebiete auf die gemessene Windleistungsdichte in einer Höhe von 160 m. Der Standort „Pfaffentäle / Diepertsbuch (Nr. 53)“ erreicht in dieser Höhe laut LUBW eine Windhöffigkeit von < 160 W/m², weshalb der Regionalverband diesem Standort hinsichtlich der Windeignung eine niedrige Priorität zuweist. Aus unserer Sicht ist dies nicht korrekt, da der technische Fortschritt inzwischen den Bau wesentlich höherer Anlagen ermöglicht. Im süddeutschen Raum ist die Planung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von nahezu 200 m üblich. Indem der Planungsverband die Windleistungsdichte auf 160 m Nabenhöhe betrachtet, orientiert er sich an veralteten Standards statt an zukünftigen Entwicklungen. Eine Vergrößerung der Fläche 53 auf den oben beschriebenen Bereich erfüllt nach unseren Berechnungen ebenfalls das	Wird nicht gefolgt Der Windatlas Baden-Württemberg (2019) stellt die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, welche von den Regionalverbänden für ihre Planung vom Land zugrunde gelegt wird. Auch wenn Windenergieanlagen inzwischen eine höhere Nabenhöhe als 160 m haben, ist dennoch davon auszugehen, dass der Windatlas Baden-Württemberg die Windverhältnisse in der Region in Relation zueinander korrekt beschreibt und somit deutlich wird, wo Gebiete mit höchster und geringster Windleistungsdichte in einer Region liegen. Damit stellt der Windatlas von Baden-Württemberg eine wichtige und geeignete Planungsgrundlage für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dar. Obwohl laut Umweltministerium des Landes vor allem Gebiete mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte über 215 W/m² in 160 m über Grund als Vorranggebiete festgelegt werden sollen, werden auch im Kriterienkatalog zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 Gebieten mit einer mittleren gekappten Windleistungsdichte von unter 190 W/m² in 160 m

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Mindestkriterium der Regionalplanung hinsichtlich der mittleren gekappten Windgeschwindkeit. Entsprechend des Gebietssteckbrief der Teilfortschreibung Windenergie 2025 liegt zudem ein Nachweis auf Wirtschaftlichkeit der Windenergienutzung in diesem Gebiet vor, was die Eignung des Gebietes und der dargestellten Erweiterungsfläche weiter unterstreicht.	über Grund als Eignungskriterium berücksichtigt, wenn Nachweise (Windberechnungen, -messungen oder Abschätzungen des Energieertrags seitens Kommunen und/oder Projektierern) vorliegen, die das konkrete Interesse an der Umsetzung von Windenergievorhaben bestätigen. Diese Einzelfälle müssen besonders begründet werden. Dem Regionalverband wurde für das Gebiet 53 ein rechnerischer Nachweis vorgelegt, welcher eine höhere Windhöffigkeit belegt, als im Windatlas dargestellt ist, weshalb das Eignungskriterium erfüllt ist. Allerdings überwiegen andere Belange (u.a. flugverkehrliche Belange (Geradeausan- und -abflug Flugplatz Aalen-Elchingen), Überlastung) in der Abwägung des Vorranggebiets, so dass das betreffende Gebiet nicht weiterverfolgt wird. Die vorgeschlagene Erweiterungsfläche zu Gebiet 53 weist darüber hinaus aufgrund entgegenstehender planerischer Kriterien (z.B. Siedlungsabstand, entgegenstehende flugverkehrliche und artenschutzrechtliche Kriterien) keine Eignung als Vorranggebiet im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 auf.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 183	Textteil VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 2012 2. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung: Der Regionalverband Ostwürttemberg verwendet für die Ermittlung der geeigneten Windvorranggebiete einen Siedlungsabstand von 1000 m. Somit wurde der Siedlungsabstand im Laufe der Aufstellung der Regionalplanfortschreibung noch einmal deutlich erhöht, was einen deutlichen Flächenverlust zur Folge hat. Die vorgeschlagene Erweiterung der Fläche 53 erfüllt in seiner Gesamtheit das ursprüngliche Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung. In Teilen erfüllt sie nach der Vergrößerung der Mindestabstände zur Bebauung auch diese. Eine Erweiterung der Fläche bedeutet in diesem Fall eine Vergrößerung eines möglichen Windparks um bis zu vier Windenergieanlagen somit eine deutliche Steigerung des Potentials.	Wird nicht gefolgt Der Umgebungsabstand von 1.000m zu Siedlungsbereichen, die der Wohnnutzung unterliegen (allgemeine Wohngebiete, gemischte Bauflächen und Dorfgebiete sowie Einzelgehöfte und wohngenutzte Einzelgebäude im Außenbereich) ist ein vom politischen Gremium des Regionalverbandes (Verbandsversammlung) mehrstimmig beschlossenes planerisches Kriterium, welches zur Ermittlung von geeigneten Windenergiegebieten für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient. Im Rahmen der Erarbeitung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen (1. Anhörungsentwurf) wurde den Kommunen der Region eine Öffnung des vorsorglichen Umgebungsabstandes von 1.000m eingeräumt, wenn diese Windenergiegebiete innerhalb des Umgebungsabstandes bis 750m befürworten und dies mit einem entsprechenden Gemeinderatsbeschluss bestätigen. Für das Gebiet 53 liegen keine entsprechenden Beschlüsse vor.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 183	Textteil VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 2013 3. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung: Das Projektgebiet in der Nähe von Großkuchen wird seit Dezember 2022 gemeinsam mit unserem Kooperationspartner, der iTerra energy GmbH, und dem Flächeneigentümer, dem Forstbetrieb Blauwald, als möglicher Standort für Windenergieanlagen betrachtet. Diese Kooperation bildet einen soliden Grundstein für eine erfolgreiche Projektierung des Gebietes. Seit Beginn der Kooperation wurden gemeinsam diverse Schritte durchgeführt, um für eine Ausweisung der Fläche zu sorgen und die Umsetzbarkeit des Projektes zu erhöhen.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Flächen mit einer voraussichtlich schnellen Umsetzung wurden als Eignungsaspekt im Kriterienkatalog berücksichtigt. Insgesamt werden jedoch Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnisse bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt, die Ausformung der Vorranggebiet orientiert sich ausschließlich an planerischen Kriterien und nicht an Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnissen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 183	Textteil VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 2014 4. Erweiterung eines bestehenden Windparks: Das Gebiet 53, sowie die dargestellte Ergänzungsfläche, liegt in direkter Nähe zum bestehenden Windpark Nietheim. Durch die vorhandene Infrastruktur können auf diese Weise diverse Synergieeffekte in Sachen Zuwegungsmöglichkeiten und Netzanschluss genutzt werden und somit auch der Eingriff in die Natur minimiert werden. So wäre beispielsweise der Anschluss an das vorhandene Umspannwerk Rotensohl denkbar.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Flächen in der Nähe zu bestehenden Vorranggebieten für Windenergie und zu bestehender Infrastruktur sowie Flächen mit einer voraussichtlich schnellen Umsetzung wurden als Eignungsaspekte im Kriterienkatalog berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 183	Textteil VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 2015 5. Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege kein Hindernis der Windkraft: Ein Vorranggebiet für Naturschutz und Landschaftspflege stellt kein pauschales Hindernis für die Ausweisung der Vorrangflächen für Windkraft dar. Es gilt die tatsächlichen Schutzgüter und das Verhältnis des möglichen Eingriffs abzuwägen. Die Windkraft verbraucht verhältnismäßig wenig Fläche. Außerdem werden auch hier standardmäßige naturschutzfachliche Gutachten durchgeführt die bei der Standortoptimierung berücksichtigt werden.	Wird nicht gefolgt Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 53 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen (u.a. Siedlungsabstand) - nicht allein die Betroffenheit von Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege - weshalb der Erweiterungsvorschlag im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 183	Textteil VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 2016 6. Vorbelastung des Gebietes durch Autobahn 7: Autobahnnahe Flächen sind in der Regel bereits durch Lärm und visuelle Einflüsse vorbelastet. Die Errichtung von Windenergieanlagen führt in diesen Gebieten zu keiner signifikanten zusätzlichen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes oder der Geräuschkulisse, da die Akzeptanz für technische Infrastrukturen in solchen Bereichen bereits höher ist. Da Autobahnen oft durch Gebiete führen, die bereits eine niedrige ökologische Wertigkeit haben, ist die zusätzliche Beeinträchtigung durch Windenergieanlagen häufig gering. Der Bau in solchen vorbelasteten Gebieten minimiert die Auswirkungen auf Flora und Fauna, insbesondere auf geschützte Arten. Hinzukommt, dass die Nähe zu Autobahnen logistische Vorteile bietet. Die bestehende Verkehrsinfrastruktur erleichtert den Transport und die Installation der Windenergieanlagen erheblich. Auch für Wartungsarbeiten sind die Anlagen gut erreichbar, was die Betriebskosten senkt und die Effizienz des Windparks erhöht.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 53 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 183	Textteil VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch	BE-ID: 2017 Nach unserer Überzeugung ist es daher notwendig, die vorgeschlagenen Ergänzungsfläche auszuweisen, um dem Vorranggebiet Windenergie vor dem Hintergrund der gesetzlichen Regelungen und der Realisierung von Projekten sowie insbesondere der überragenden Bedeutung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien ausreichend Geltung zu verschaffen.	Wird nicht gefolgt Selbst wenn die Realisierungswahrscheinlichkeit der vorgeschlagenen Ergänzungsfläche bei einer entsprechenden Festlegung als Vorranggebiet für Windenergie hoch wäre, liegen neben Eignungskriterien auch etliche rechtliche und planerische Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Kriterien vor. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 53 stehen mehrere planerische

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass unter der Berücksichtigung aller bekannten Faktoren die Realisierungswahrscheinlichkeit bei einer entsprechenden Ausweisung der Fläche als Windenergievorranggebiet hoch ist. Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit ebenso gerne zur Verfügung wie für ein persönliches Gespräch.	Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Des Weiteren wird das Vorranggebiet 53 "Pfaffentäle / Diepertsbuch"im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht weitergeführt. In der Gesamtabwägung der im Rahmen der 1. Anhörung eingebrachten Anregungen und Bedenken werden anderen Nutzungen und Belangen Vorrang gewährt.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 184	Textteil VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 2018 ZUSAMMENFASSUNG DER STELLUNGNAHME ZUR TEILFORTSCHREIBUNG WINDENERGIE 2025 – GEBIET BERGENWEILER / SONTHEIM NR. 66 Einreicher: SWU Erneuerbare Energien GmbH Datum: 28. Juni 2024 Betroffenes Gebiet: Bergenweiler / Sontheim, Planungsverfahren Nr. 66 Vorschlag zur Flächenerweiterung: • Aktuelle Fläche: ca. 391 ha, bis zu 7 Windenergieanlagen • Vorgeschlagene Ergänzung: ca. 50 ha, bis zu 3 Windenergieanlagen • Gesamtleistung (nach Erweiterung): Bis zu 72 MW bei bis zu 10 Windenergieanlagen Technische und rechtliche Begründung: 1. Technologischer Fortschritt: Nutzung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von 199 m (Vestas V172-7.2), welche eine höhere Windleistungsdichte auf 200 m Höhe nutzen. 2. Mindestabstände zur Bebauung: Erfüllung des ursprünglichen Mindestkriteriums von 750 m zur Bebauung. 3. Zustimmung der Eigentümer: Kooperation mit dem Flächeneigentümer und der iTerra energy GmbH zur Sicherstellung einer erfolgreichen Projektumsetzung 4. Umwelt- und Naturschutz: Keine wesentlichen Konflikte mit Artenschutzräumen oder Wasserschutzgebieten. Gutachten wurden bereits durchgeführt. 5. Ablehnung der Windenergiefläche eines Eigentümers: Die Firma Schwenk wird seine Flächen nicht für Windenergie zur Verfügung stellen.	Wird nicht gefolgt Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 66 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen (u.a. Siedlungsabstand, natur- und artenschutzfachliche Kriterien), weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Das Vorranggebiet 66 "Bergenweiler / Sontheim" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wurde gemäß der Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Schlussfolgerung: Die Stellungnahme empfiehlt, die Ergänzungsfläche auszuweisen, um die vollständige und effiziente Nutzung der Windressourcen in der Region Ostwürttemberg zu gewährleisten.	
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 184	Textteil VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 2019 I. AUSGANGSLAGE 1. VERFAHREN Die Bundesländer sind aufgrund des Windenergieflächenbedarfsgesetzes dazu verpflichtet, einen ihnen zugewiesenen Flächenanteil als Eignungskriterium für die Nutzung der Windenergie auszuweisen. Das Land Baden-Württemberg hat diese Aufgabe den Regionalverbänden übertragen. Eine Konkretisierung wurde im Landesplanungsgesetz des Landes Baden-Württemberg dahingehend vorgenommen, dass die Ausweisung von Windenergiegebieten bis zum 30. September 2025 erfolgen soll. Nach § 20 KlimaG BW werden landesweit mindestens 1,8% der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Nutzung der Windenergie vorgegeben. Für die Region Ostwürttemberg entspricht dies – bei einer Gesamtfläche von 2.138.53 km² - einer Fläche von mindestens 38,49 km² beziehungsweise 3.849 ha (vgl. Anlage 2 KlimaG BW). Der erste Entwurf der Fortschreibung des Regionalverbands Ostwürttemberg liegt mittlerweile aus. Privatpersonen und Unternehmen können zu dem Entwurf bis zum 30. Juni 2024 Stellung nehmen. 2. EINWENDER Die SWU Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm GmbH (SWU) steht im alleinigen Eigentum der Städte Ulm und Neu-Ulm. Die SWU ist seit mehreren Jahren intensiv am Ausbau erneuerbarer Energien beteiligt und engagiert sich weit über Ulm und Neu-Ulm hinaus beim Transformationsprozess hin zu einer Stromversorgung mittels erneuerbarer Energien. So ist die SWU auch an verschiedenen Projekten in BadenWürttemberg beteiligt. Die SWU arbeitet eng mit der iTerra energy GmbH zusammen. Die SWU gibt vor diesem Hintergrund diese Stellungnahme sowohl als Träger öffentlicher Belange als auch als Vorhabenträger ab. 3. BETROFFENES GEBIET, GEPLANTE FESTSETZUNGEN	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Wir wenden uns an Sie betreffend das Gebiet „Bergenweiler / Sontheim“ mit der Nummer 66 des Planungsverfahren in den Gemeinden Sontheim an der Brenz, Niederstotzingen und Giengen an der Brenz. Der Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie 2025 sieht die folgende Flächenausweisung vor: (s. Bild)	
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 184	Textteil VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 2020 4. BETROFFENHEIT UND ALTERNATIVE Wir sind durch die geplante Ausweisung von Windenergie Gebieten betroffen, weil Flächen nicht ausgewiesen sind, die wir in unserer Eigenschaft als Vorhabenträger entwickeln könnten, wenn eine entsprechende Ausweisung erfolgen würde. Wir schlagen vor, die Ausweisung in der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wie folgt zu ergänzen (siehe Anlagen): Die Ergänzungsfläche in Kombination mit der ausgewiesenen Suchraumfläche der Teilfortschreibung Windenergie 2025, sowie eine potenzielle Planung auf dieser, ist in Form einer Übersichtskarte als Anlage diesem Schreiben beigefügt. Insgesamt bietet die dargestellte Fläche das Potenzial für 10 WEAs mit einer Gesamtleistung von 72 MW. Die Windenergieplanung wurde mit dem Typ Vestas V172-7.2 auf 199 m Nabenhöhe erstellt. Das ist der zurzeit größte bekannte Windkraftanlagentyp. Durch eine Erweiterung des Gebietes Nr. 66 ist es nicht nur möglich, den Bau von mehr Windkraftanlagen zu realisieren und somit dem Ziel der klimaneutralen Energiegewinnung einen Schritt näher zu kommen, es böte außerdem die Möglichkeit, die Windkraftanlagen optimal zu positionieren und auf Gegebenheiten während der Planung zu reagieren. Dadurch kann eine tatsächliche Ausnutzung der Fläche gewährleistet werden. Hinzukommt ein Synergieeffekt, welcher sich klar durch die Errichtung mehrerer Anlagen an einem Standort ergibt, da beispielsweise auf eine gemeinsame Infrastrukturplanung zurückgegriffen werden kann. Die Fläche ist als Windenergiegebiet bestens geeignet da sie die folgenden Faktoren erfüllt, welche in Kapitel II genauer erläutert, werden: 1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m NH statt 160 m NH 2. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung	Wird nicht gefolgt Die Ermittlung und Festlegung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgt auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischer Umweltprüfung. Im Rahmen der Anhörung vorgebrachte Gebietsvorschläge werden hinsichtlich ihrer Übereinstimmung mit dem Planungskonzept geprüft. Auf die in der Stellungnahme aufgeführten Faktoren zur Eignung der eingegebenen Erweiterungsfläche (Punkt 1 bis 5) wird in den nachfolgenden Abwägungseinheiten im Einzelnen Bezug genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		3. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung 4. Schwerpunktvorkommen Artenschutz Kategorie B und VRG für Naturschutz und Landschaftspflege kein Hindernis der Windkraft 5. Ablehnung der Windenergiefläche eines Eigentümers als Hindernis für die aktuelle Suchraumfläche	
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 184	Textteil VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 2021 II. ERLÄUTERUNG Der Regionalverband orientiert sich ausweislich der ausgelegten Unterlagen dem Planungskonzept an den Eignungskriterien Windhöffigkeit, rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien sowie sonstigen Abwägungskriterien. Im Zuge der Einzelfallprüfung kommt es ferner zu einer Betrachtung etwaiger Schutzgebiete und wirksamer Kulturdenkmale. Im Ergebnis bleiben Flächen übrig, die als Windenergiegebiete ausgewiesen werden sollen. Nach unserer Überzeugung erfolgte bislang in dem hier näher betrachteten Gebiet die Anwendung der Planungskriterien nicht richtig, vor allem weil bei der Aufstellung des Entwurfs der ersten Teilfortschreibung die nachfolgend genannten Aspekte übersehen worden sind. Vorab lassen Sie uns folgendes voranstellen: Der Ausbau der Windenergie zur Erreichung der Klimaneutralität setzt eine bestmögliche Nutzung vorhandener Flächen voraus. Deutschland ist in der Regel windschwach; speziell im Süden ist die Windhöffigkeit geringer als im Norden Deutschlands. Deutschland ist in weiten Gebieten dicht besiedelt; häufig müssen Konflikte mit anderen Nutzungen gelöst werden. Es geht also darum, als mögliche Windenergiegebiete identifizierte Flächen bestmöglich zu nutzen. Wir können uns nicht leisten, Gebiete ungenutzt zu lassen. Daher ist eine Ausweisung immer dann möglich, wenn andere Nutzungen nicht entgegenstehen. Ist eine Fläche grundsätzlich geeignet, ist eine möglichst intensive Nutzung sicherzustellen. Die Regionalplanung hat dabei im Auge zu behalten, dass konkrete Konflikte im Einzelfall vor Ort im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zu lösen sind. Im Folgenden wird auf einzelne Kriterien Stellung bezogen, wodurch die Möglichkeit einer Flächenvergrößerung bekräftigt wird:	Wird nicht gefolgt In § 20 des Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetzes Baden-Württemberg heißt es in Abs. 1: „Zur Erreichung der Flächenbeitragswerte gemäß § 3 Absatz 1 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes (WindBG) vom 20. Juli 2022 (BGBl I S. 1353) werden gemäß § 3 Absatz 2 Nummer 2 WindBG zur Umsetzung der Flächenbeitragswerte für Baden-Württemberg nach Anlage 1 Spalte 1 und 2 des Windenergieflächenbedarfsgesetzes sowohl für den zum 31. Dezember 2027 als auch für den zum 31. Dezember 2032 zu erreichenden Wert 1,8 Prozent der jeweiligen Regionsfläche als verbindliche regionale Teilflächenziele für die Träger der Regionalplanung festgelegt.“ Die Regionalverbände haben damit die Aufgabe, die Auswahl der Gebiete für Windenergienutzung als Vorranggebiete gesamtregional zu steuern. Die Ermittlung und Festlegung der Vorranggebiete für regionalbedeutsame Windenergieanlagen erfolgte auf Grundlage einer eigenständigen und in sich schlüssigen gesamträumlichen Plankonzeption in mehreren Planungsschritten samt strategischen Umweltprüfung. Die Vorgehensweise ist in der Begründung zum Entwurf der Teilfortschreibung sowie im Umweltbericht dokumentiert. Die Verteilung der Vorranggebiete orientiert sich an der mittleren gekappten Windleistungsdichte nach dem Windatlas Baden-Württemberg 2019 als Eignungskriterium sowie an rechtlichen und planerischen Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien, welche bestimmte Gebiete für die Windenergienutzung ungeeignet oder weniger geeignet machen. Die Kriterien werden in der Begründung sowie im Kriterienkatalog (zweckdienliche Unterlage) zur Teilfortschreibung Windenergie 2025 erläutert. Für die abschließende Auswahl der Vorranggebiete sind die Ergebnisse der Umweltprüfung (im Umweltbericht dokumentiert), die Vermeidung einer räumlichen Überlastung (Umfassung / Umzingelung) sowie das Prinzip der dezentralen Konzentration der Vorranggebiete in der Region mitentscheidend. Die schrittweise Anwendung von Eignungs-, Ausschlusskriterien und im Einzelfall zu prüfende Kriterien führt dazu, dass in der Region nur eine beschränkte Anzahl an Gebieten verbleibt, die sich als Vorranggebiet für regionalbedeutsame Windenergieanlagen eignen. Die von der SWU Erneuerbare Energien GmbH genannten Aspekte wurden

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			auf Basis des regionsweit einheitlich angewendeten Konzepts in die Planung einbezogen. Ausführungen dazu erfolgen themenspezifisch zu den jeweiligen Absätzen.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 184	Textteil VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 2022 1. Gekappte Windleistungsdichte auf 200 m Nabenhöhe anstatt der Betrachtung auf 160 m Nabenhöhe: Der Regionalverband Ostwürttemberg stützt sich bei der Ausweisung der Windvorranggebiete auf die gemessene Windleistungsdichte in einer Höhe von 160 m. Der Standort „Bergenweiler / Sontheim (Nr. 66)“ erreicht in dieser Höhe laut LUBW eine Windhöffigkeit von über 215 W/m², weshalb der Regionalverband diesem Standort hinsichtlich der Windeignung die höchste Priorität zuweist. Bereits auf der Höhe von 160 m zeigt der Standort eine hohe Windleistungsdichte. Zusätzlich ist festzuhalten, dass der technische Fortschritt inzwischen den Bau wesentlich höherer Anlagen ermöglicht. Im süddeutschen Raum ist die Planung von Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von nahezu 200 m üblich. Indem der Planungsverband die Windleistungsdichte auf 160 m Nabenhöhe betrachtet, orientiert er sich an veralteten Standards statt an zukünftigen Entwicklungen. Eine Vergrößerung der Fläche 66 auf den oben beschriebenen Bereich würde nach unseren Berechnungen ebenfalls das Mindestkriterium der Regionalplanung in Bezug auf die mittlere gekappte Windgeschwindigkeit erfüllen.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Der Windatlas Baden-Württemberg (2019) stellt die aktuell gültige Planungsgrundlage für den Ausbau der Windenergienutzung dar, welche von den Regionalverbänden für ihre Planung vom Land zugrunde gelegt wird. Auch wenn Windenergieanlagen inzwischen eine höhere Nabenhöhe als 160 m haben, ist dennoch davon auszugehen, dass der Windatlas Baden-Württemberg die Windverhältnisse in der Region in Relation zueinander korrekt beschreibt und somit deutlich wird, wo Gebiete mit höchster und geringster Windleistungsdichte in einer Region liegen. Damit stellt der Windatlas von Baden-Württemberg eine wichtige und geeignete Planungsgrundlage für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dar. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 66 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 184	Textteil VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 2023 2. Erfüllung des Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung: Der Regionalverband Ostwürttemberg verwendet für die Ermittlung der geeigneten Windvorranggebiete einen Siedlungsabstand von 1000 m. Somit wurde der Siedlungsabstand im Laufe der Aufstellung der Regionalplanfortschreibung noch einmal deutlich erhöht, was einen deutlichen Flächenverlust zur Folge hat. Die vorgeschlagene Erweiterung der Fläche 66 erfüllt in seiner Gesamtheit das ursprüngliche Mindestkriterium von 750 m zur Bebauung. In Teilen erfüllt sie nach der Vergrößerung der Mindestabstände zur Bebauung auch diese. Eine Erweiterung der Fläche bedeutet in diesem Fall eine Vergrößerung eines möglichen Windparks um bis zu drei Windenergieanlagen somit eine deutliche Steigerung des Potentials.	Wird nicht gefolgt Der Umgebungsabstand von 1.000m zu Siedlungsbereichen, die der Wohnnutzung unterliegen (allgemeine Wohngebiete, gemischte Bauflächen und Dorfgebiete sowie Einzelgehöfte und wohngenutzte Einzelgebäude im Außenbereich) ist ein vom politischen Gremium des Regionalverbandes (Verbandsversammlung) mehrstimmig beschlossenes planerisches Kriterium, welches zur Ermittlung von geeigneten Windenergiegebieten für die Teilfortschreibung Windenergie 2025 dient. Im Rahmen der Erarbeitung von Vorranggebieten für regionalbedeutsame Windenergieanlagen (1. Anhörungsentwurf) wurde den Kommunen der Region eine Öffnung des vorsorglichen Umgebungsabstandes von 1.000m eingeräumt, wenn diese Windenergiegebiete innerhalb des Umgebungsabstandes bis 750m befürworten und dies mit einem entsprechenden Gemeinderatsbeschluss bestätigen. Für das Gebiet 66 liegen keine entsprechenden Beschlüsse vor.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 184	Textteil VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 2024 3. Zustimmung der Eigentümer als Grundlage einer erfolgreichen Projektumsetzung: Das Projektgebiet in der Nähe von Sontheim wird seit Dezember 2022 gemeinsam mit unserem Kooperationspartner, der iTerra energy GmbH, und dem Flächeneigentümer, dem Forst	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Flächen mit einer voraussichtlich schnellen Umsetzung wurden als Eignungsaspekt im Kriterienkatalog berücksichtigt. Insgesamt werden jedoch Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnisse bei der Festlegung von Windenergiegebieten auf Ebene der Regionalplanung nicht berücksichtigt, die Ausformung der

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Baden-Württemberg, als möglicher Standort für Windenergieanlagen betrachtet. Diese Kooperation bildet einen soliden Grundstein für eine erfolgreiche Projektierung des Gebietes. Seit Beginn der Kooperation wurden gemeinsam diverse Schritte durchgeführt, um für eine Ausweisung der Fläche zu sorgen und die Umsetzbarkeit des Projektes zu erhöhen.	Vorranggebiet orientiert sich ausschließlich an planerischen Kriterien und nicht an Flurstücksgrenzen oder Eigentumsverhältnissen.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 184	Textteil VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 2025 4. Schwerpunktvorkommen Artenschutz Kategorie B kein Hindernis der Windkraft: Schwerpunktvorkommen B sind kein kategorischer Ausschlussgrund für die Windkraft. SPV B Flächen stellen einen hohen naturschutzfachlichen Wert dar. Im Zuge der Ausweisung für den Regionalplan muss allerdings keine Einzelfallprüfung stattfinden. In Bedarfsfällen kann eine artenschutzrechtliche Ausnahme nach §45 Abs. 7 in Verbindung mit §45b Abs. 8 BNatSchG erteilt werden. Darüber hinaus werden durch die iTerra trotz rechtlich ermöglichten Erleichterungen nach WindBG naturschutzfachliche Kartierungen unternommen, um mögliche Konflikte mit dem Artenschutz zu erkennen und zu umgehen. Dabei werden potenzielle Anlagenstandorte sowie der Betrieb auch nach naturschutzfachlichen Belangen optimiert. Mögliche Konflikte mit den kleinräumigen VRGs für Naturschutz und Landschaftspflege können in Vorbereitung auf das Genehmigungsverfahren vermieden werden.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Schwerpunktvorkommen der Kategorie B sind im Plankonzept als im Einzelfall zu prüfendes Kriterium, nicht als rechtliches oder planerisches Aussschlusskriterium, berücksichtigt. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 66 stehen dennoch mehrere planerische Kriterien entgegen weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 184	Textteil VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 2026 5. Ablehnung der Windenergiefläche eines Eigentümers als Hindernis für die aktuelle Suchraumfläche: Ein großer Anteil der derzeitigen Suchraumfläche befindet sich im Eigentum der Firma [...]. Nach Rücksprache mit der Firma [...] liegt uns die Information vor, dass die Flächen im Besitz der Firma nicht für die Windenergie zur Verfügung gestellt werden. Die örtlichen Bürgermeister wurden darüber informiert. Durch die Entscheidung der Firma [...], die Flächen nicht zur Windenergienutzung bereitzustellen, fallen 58 % (226 ha) der aktuellen Suchraumfläche Nr. 66 weg. In der Anlage sind die Flächen der Firma [...] innerhalb der Suchraumfläche gekennzeichnet. Um den Standort Bergenweiler / Sontheim dennoch möglichst effizient beplanen zu können, ist eine Erweiterung der vorhandenen Fläche notwendig.	Wird nicht gefolgt Wird zur Kenntnis genommen. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 66 stehen mehrere planerische Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Weiterhin werden Eigentumsverhältnisse auf Ebene der Regionalplanung sowie bei der Festlegung von Vorranggebieten nicht berücksichtigt.
lfd. Ident-Nr.: 238 SWU Erneuerbare Energien GmbH Stn-Id: 184	Textteil VRG 66 Bergenweiler / Sontheim	BE-ID: 2027 Nach unserer Überzeugung ist es daher notwendig, die vorgeschlagenen Ergänzungsfläche auszuweisen, um dem Vorranggebiet Windenergie vor dem Hintergrund der gesetzlichen Regelungen und der Realisierung von Projekten sowie insbesondere der überragenden Bedeutung des Ausbaus der Erneuerbaren Energien ausreichend Geltung zu verschaffen.	Wird nicht gefolgt Selbst wenn die Realisierungswahrscheinlichkeit der vorgeschlagenen Ergänzungsfläche bei einer entsprechenden Festlegung als Vorranggebiet für Windenergie hoch wäre, liegen neben Eignungskriterien auch etliche rechtliche und planerische Ausschlusskriterien sowie im Einzelfall zu prüfende Kriterien vor. Dem Ergänzungsvorschlag des Vorranggebiets 66 stehen mehrere planerische

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass unter der Berücksichtigung aller bekannten Faktoren die Realisierungswahrscheinlichkeit bei einer entsprechenden Ausweisung der Fläche als Windenergievorranggebiet hoch ist. Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit ebenso gerne zur Verfügung wie für ein persönliches Gespräch.	Kriterien entgegen, weshalb er im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg nicht aufgenommen wird. Das Vorranggebiet 66 "Bergenweiler / Sontheim" ist für die Nutzung der Windenergie gut geeignet, weshalb das Gebiet im Rahmen des 2. Anhörungsentwurfs der Teilfortschreibung Windenergie 2025 des Regionalplans Ostwürttemberg weitergeführt wird. Das Gebiet wurde gemäß der Anregungen zur 1. Anhörung angepasst.
lfd. Ident-Nr.: 244 TransnetBW GmbH Stn-Id: 43		BE-ID: 2043 wir bedanken uns für die Beteiligung an Ihrem Verfahren. Der Vorgang wurde unter der Nummer 2023.0166 bei uns registriert. Im Geltungsbereich des Regionalplans Ostwürttemberg betreibt die TransnetBW mehrere Freileitungsanlagen und Umspannwerke. Im Anhang erhalten Sie eine Übersicht der bestehenden Leitungsanlagen im Bereich des Regionalplans Ostwürttemberg. Die Daten sind nur zum zweckgebundenen Gebrauch bestimmt, eine Weitergabe an unbeteiligte Dritte ist untersagt. Insbesondere befinden sich folgenden Flächen in relevanter Entfernung zur o.g. Freileitung: / VRG 52 Erweiterung Heidenheim / Nattheim / VRG 53 Pfaffentäle / Diepertsbuch / VRG 66 Bergenweiler / Sontheim / VRG 67 Hermaringen / VRG 68 Giengen an der Brenz Grundsätzlich möchte die TransnetBW die Bemühungen, die Energiewende voranzutreiben, unterstützen und dem Ausbau der erneuerbaren Energien nicht entgegenstehen. Wir haben keine grundsätzlichen Widersprüche gegenüber der Ausweisung von Flächen für Windenergieanlagen, möchten Sie dennoch auf folgende Punkte aufmerksam machen	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 244 TransnetBW GmbH Stn-Id: 43		BE-ID: 2044 Gemäß DIN EN 50341-2-4 (VDE 0210-2-4) (Abstände zu Windenergieanlagen) sind zwischen Windenergieanlagen und Freileitungen folgende horizontale Mindestabstände zwischen Rotorblattspitze in ungünstiger Stellung und äußerstem ruhenden Leiter einzuhalten: / für Freileitungen ohne Schwingungsschutzmaßnahmen ? 3x Rotordurchmesser / für Freileitungen mit Schwingungsschutzmaßnahmen > 1x Rotordurchmesser Weiterhin gilt für Freileitungen aller Spannungsebenen, dass bei ungünstiger Stellung des Rotors die Blattspitze nicht in den Schutzstreifen der Freileitung ragen darf.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Für das Planverfahren wurde - entsprechend der DIN EN 50341-2-4 (VDE 0210-2-4: 2019-09) - ein 150m Mindestabstand angewendet. Dies entspricht der Summe des halben Rotordurchmesser, des spannungsabhängigen Mindestabstands und dem Abstand des äußeren Leiterseils zur Leitungsachse. Die bei der Umsetzung einzuhaltenden Abstände sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Im Genehmigungsverfahren sind die Abstände zu den Leitungsachsen anhand der konkreten WEA-Standorte zu prüfen. Die

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 244 TransnetBW GmbH Stn-Id: 43		BE-ID: 2045 Durch Windenergieanlagen entstehen sogenannte Nachlaufströmungen, die unsere Leiterseile beschädigen können. Zur Zustimmung zu Vorhaben im Nahbereich unserer Leitungsanlagen ist unter Umständen eine gutachterliche Überprüfung des Einflusses der Nachlaufströmung auf unsere Leitungsanlagen erforderlich. Mögliche negative Auswirkungen auf die Leiterseile können durch den Einsatz von Schwingungsdämpfern auf Kosten des Windenergieanlagenbetreibers vermieden werden. Eine genaue Prüfung ist allerdings erst mit konkreten Bauvorhaben und Anlagenstandorten möglich. Daher bitten wir dringend um die Beteiligung an den entsprechenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren. Bitten beteiligen Sie uns weiterhin an Ihrem Verfahren.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Sie werden weiterhin am Verfahren beteiligt.
lfd. Ident-Nr.: 245 Vodafone West GmbH Stn-Id: 174		BE-ID: 1412 Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone-Gesellschaft(en) gegen die von Ihnen geplante Maßnahme keine Einwände geltend macht.	Wird zur Kenntnis genommen Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 245 Vodafone West GmbH Stn-Id: 174		BE-ID: 1413 In Ihrem Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Bei objektkonkreten Bauvorhaben im Plangebiet werden wir dazu eine Stellungnahme mit entsprechender Auskunft über unseren vorhandenen Leitungsbestand abgeben. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Bitte geben Sie dabei immer unsere obenstehende Vorgangsnummer an.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 245 Vodafone West GmbH Stn-Id: 174		BE-ID: 1414 Bitte beachten Sie: Bei einer Stellungnahme, z.B. wegen Umverlegung, Mitverlegung, Baufeldfreimachung, etc. oder eine Koordinierung/Abstimmung zum weiteren Vorgehen, dass die verschiedenen Vodafone-Gesellschaften trotz der Fusion hier noch separat Stellung nehmen. Demnach gelten weiterhin die bisherigen Kommunikationswege. Wir bitten dies für die nächsten Monate zu bedenken und zu entschuldigen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 352 MEDIA BROADCAST GmbH Stn-Id: 49		BE-ID: 1396 wir haben Ihre Anfrage vom 17. April 2024 erhalten. Wir bedanken uns für die Einbindung in den Planungs- und Abstimmungsprozess. Die MEDIA BROADCAST mit Sitz in Köln, Europas größter Full-Service-Provider der Rundfunk- und Medienbranche, betreibt	Eine mögliche Betroffenheit der benannten Leitung durch die Planungen im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 wurde im Rahmen der Anhörung geprüft. Die Prüfung ergab keine Betroffenheit des eingebrachten Belangs. Es befinden sich keine geplanten Vorranggebiete in der unmittelbaren Nähe (1. Fresnelzone) zur genannten Richtfunkleitung.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		unter anderem eine Richtfunkverbindung im Planungsgebiet und verfügt über eine gültige, von der Bundesnetzagentur ausgestellte, Frequenzzuteilung für diese Richtfunkverbindung.Die nachfolgend genannte, von Media Broadcast GmbH betriebene Richtfunkverbindung verläuft zwischen Aalen und Waldenburg. Die Koordinaten (WGS84) der Richtfunkstrecke sind: 6,2 GHz-Richtfunkstrecke (Link 121)Waldenburg: 09°E 39’55,9‘‘, 49°N 11’05,4‘‘ Antennenhöhe 82,0 m / Azimut 136,14°/ Elevation 0,05°Aalen: 10°E 08’14,5‘‘, 48°N 51’39,0‘‘ Antennenhöhe 61,0 m / Azimut 316,50°/ Elevation -0,38°Funkfeldlänge: 49,890 kmmax. Radius der 1. Fresnelzone: 25 m Zur besseren Veranschaulichung ist die Richtfunkstrecke im nachfolgenden Kartenausschnitt skizziert. Durch Baumaßnahmen im Planungsgebiet kann unsere Richtfunkverbindung beeinträchtigt werden. Wir bitten Sie, bei den Baumaßnahmen allseitig genügend Abstand zu unserer Richtfunkverbindung einzuhalten (mindestens die 1. Fresnelzone). Bitte beachten Sie, dass ein dadurch verursachter Ausfall umfangreiche Schadensersatzansprüche auslösen kann. Wir bitten um Verständnis. Für Rückfragen wenden Sie sich bitte gern an uns.	
lfd. Ident-Nr.: 354 SWR Südwestrundfunk Stn-Id: 52		BE-ID: 1403 vielen Dank für die Beteilung am Verfahren. Im Hinblick auf Gebiete für Standorte zur Nutzung erneuerbarer Energien (z.B. Windkraftanlagen) weisen wir darauf hin, dass der SWR zwei Richtfunkstrecken im Plangebiet des Regionalverbands Ostwürttemberg betreibt. Strecke 1: 10° E 08' 14.3" / 48° N 51' 38.4" <--> 09° E 47' 07.0" / 48° N 37' 05.0" (WGS84) Strecke 2: 10° E 08' 14.3" / 48° N 51' 38.4" <--> 09° E 39' 56.0" / 49° N 11' 05.0" (WGS84) Wir bitten um Aufnahme der Streckenverläufe dieser wichtigen Kommunikationslinien in die Planungsunterlagen.	Wird gefolgt Die eingebrachten Belange wurden geprüft. Von den Richtfunkstrecken des SWR sind zwei geplante Vorranggebiete (58 "Erweiterung Lauterburg" und 70 "Langert") betroffen. Damit der betroffene Belang - Richtfunk des SWR - im nachgelagerten Verfahren berücksichtigt wird, wird in die Gebietssteckbriefe der Hinweis "Ziviler Richtfunk: Mindestens eine Richtfunkstrecke vorhanden. Eine frühzeitige Abstimmung mit dem Betreiber (SWR) wird empfohlen. Betroffenheit weiterer Richtfunkstrecken möglich, eine frühzeitige Abstimmung wird empfohlen." aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 354 SWR Südwestrundfunk Stn-Id: 52		BE-ID: 1404 Der Standort der Windkraftanlagen sollte so gewählt werden, dass die Rotorspitzen einen horizontalen Mindestabstand von 100 m zur Sichtlinie zwischen den Richtfunkstationen einhalten. So kann ausgeschlossen werden, dass die Versorgung unserer Senderstandorte und somit auch z.B. in einem Krisenfall die Rundfunkversorgung der Bevölkerung beeinträchtigt wird.	Wird nicht gefolgt Die angesprochenen Aspekte (Betroffenheit Richtfunk) beziehen sich auf eine konkrete Windenergieanlagenplanung. Im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden Gebiete für die Nutzung der Windenergie in der Region Ostwürttemberg festgelegt (Vorranggebiete) und keine Anlagenstandorte für potenzielle Windenergieanlagen definiert. Demnach gehen die Anregungen über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und sind in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
			Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Damit der betroffene Belang - Richtfunk des SWR - im nachgelagerten Verfahren berücksichtigt wird, wird in die Gebietssteckbriefe der Hinweis "Ziviler Richtfunk: Mindestens eine Richtfunkstrecke vorhanden. Eine frühzeitige Abstimmung mit dem Betreiber (SWR) wird empfohlen. Betroffenheit weiterer Richtfunkstrecken möglich, eine frühzeitige Abstimmung wird empfohlen." aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 354 SWR Südwestrundfunk Stn-Id: 356		BE-ID: 1405 aus Sicht des SWR erscheint die Nutzung der Windenergie im gesamten Vorranggebiet des Regionalverbands Ostwürttemberg grundsätzlich möglich. Wir sind damit einverstanden, dass die Prüfung der Belange der SWR-Richtfunkstrecken auf die Genehmigungsebene abgeschichtet wird. Für die Berücksichtigung auf Genehmigungsebene bitten wir um Ergänzung von folgendem Hinweis: Der SWR betreibt im Vorranggebiet Windenergie des Regionalverbands Ostwürttemberg zwei Richtfunkstrecken (Stand Oktober 2024). Strecke 1: 10° E 08' 14.3" / 48° N 51' 38.4" <--> 09° E 47' 07.0" / 48° N 37' 05.0" (WGS84) Strecke 2: 10° E 08' 14.3" / 48° N 51' 38.4" <--> 09° E 39' 56.0" / 49° N 11' 05.0" (WGS84) Standorte von Windkraftanlagen sollten so gewählt werden, dass die Rotorspitzen einen horizontalen Mindestabstand von 100 m zur Sichtlinie der Richtfunkstrecke einhalten. So kann ausgeschlossen werden, dass die Versorgung unserer Senderstandorte - und somit auch z.B. in einem Krisenfall die Rundfunkversorgung der Bevölkerung - beeinträchtigt wird.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Von den Richtunkstrecken des SWR sind zwei geplante Vorranggebiete betroffen: der östliche Bereich des Vorranggebiets 58 "Erweiterung Lauterburg" und zwei sehr kleine Teilbereiche im Westen des Vorranggebiets 70 "Langert". Die betroffene Bereiche werden nicht ausgeschnitten, da die Nutzung der Windenergie in den beiden geplanten Vorranggebieten weiterhin grundsätzlich möglich ist. Die angesprochenen Aspekte (Betroffenheit Richtfunk) beziehen sich auf eine konkrete Windenergieanlagenplanung. Im Rahmen der Teilfortschreibung Windenergie 2025 werden Gebiete für die Nutzung der Windenergie in der Region Ostwürttemberg festgelegt (Vorranggebiete) und keine Anlagenstandorte für potenzielle Windenergieanlagen definiert. Demnach gehen die Anregungen über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinaus und sind in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage. Damit der betroffene Belang - Richtfunk des SWR - im nachgelagerten Verfahren berücksichtigt wird, wird in die Gebietssteckbriefe der Hinweis "Ziviler Richtfunk: Mindestens eine Richtfunkstrecke vorhanden. Eine frühzeitige Abstimmung mit dem Betreiber (SWR) wird empfohlen. Betroffenheit weiterer Richtfunkstrecken möglich, eine frühzeitige Abstimmung wird empfohlen." aufgenommen.
lfd. Ident-Nr.: 355 Plusnet GmbH Stn-Id: 54		BE-ID: 1407 in vorbezeichneter und nachgeführter Angelegenheitkönnen wir Ihnen heute mitteilen,dass die Belange der Plusnet GmbH nicht berührt werden. Wir danken Ihnen für die Informationen, wünschen dem Vorhaben viel Erfolg und verbleiben Mit freundlichen Grüßen	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 357 Ericsson Services		BE-ID: 1408 vielen Dank für Ihre Anfrage. Die Firma Ericsson wurde von der	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
GmbH Stn-Id: 59		Deutschen Telekom Technik GmbH beauftragt, in ihrem Namen, Anfragen zum Thema Trassenschutz zu bearbeiten. Den Verlauf der vorhandenen Richtfunkstrecke(n) ist im Folgenden zu entnehmen. Tabellen s. Anlage	
lfd. Ident-Nr.: 357 Ericsson Services GmbH Stn-Id: 59		BE-ID: 1409 Um die direkte Sichtlinie ist beidseitig eine Breite von mindestens +/- 25 m freizuhalten.Diese Stellungnahme gilt für Richtfunkverbindungen des Ericsson-Netzes und für Richtfunkverbindungen des Netzes der Deutschen Telekom.	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die angebrachte Belange wurde im Rahmen der Anhörung geprüft. Von den Richtunkstrecken des Ericsson Services GmbH und des Netzes der Deutschen Telekom sind mehrere geplante Vorranggebiete betroffen (41, 46, 47, 51, 53, 54, 58, 60, 61, 63). Die pauschale Freihaltung von ca. 25m beiderseits der Richtfunkstrecken wird aber nicht gefolgt, da Lösungen bei der konkreten Standortplanung möglich sein können. Der Belang wird als Hinweis in den entsprechenden Gebietssteckbriefe aufgenommen, damit sie im nachgelagerten Verfahren berücksichtigt werden können. Die tatsächlichen Betroffenheit und konkreter Umgang mit den Richfunkleitungen sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Bauleitplanungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Wind- bzw. Solarenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.
lfd. Ident-Nr.: 514 Stadtwerke Ulm/Beu-Ulm GmbH Stn-Id: 288		BE-ID: 1419 Als Teil innerhalb der SWU-Unternehmen konnten wir nicht alleine zu dem Vorhaben Stellung nehmen. Aus diesem Grund haben wir Ihre E-Mail an unsere Konzernunternehmen weitergeleitet. Ihr Anliegen wurde von der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH als Bevollmächtigte der Technischen Werk Herbrechtingen (TWH) zur Abgabe entsprechender Erklärungen in deren Namen untersucht. Von Seiten der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH bestehen im Grundsatz keine Einwände gegen das Vorhaben.	Wird zur Kenntnis genommen
lfd. Ident-Nr.: 514 Stadtwerke Ulm/Beu-Ulm GmbH Stn-Id: 288		BE-ID: 1420 Da Anlagen mit der typischen Einspeiseleistung von Windkraftanlagen möglichst frühzeitig im Netzausbauplan (u.a. Zuweisung der geeigneten Spannungsebene und VNB) berücksichtigt werden müssen, bitte wir um möglichst frühzeitige Beantragung eines Netzanschlusses zur weiteren Abstimmung.Wir bitten Sie, dies bei Ihren weiteren Planungen zu berücksichtigen.	Wird zur Kenntnis genommen.
lfd. Ident-Nr.: 514 Stadtwerke Ulm/Beu-Ulm		BE-ID: 1421 Um weitere Abstimmung und Einbeziehung der Stadtwerke Ulm/Neu-Ulm Netze GmbH in weitere Schritte Ihrer Planungen	Wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
GmbH Stn-Id: 288		möchten wir Sie hiermit bitten. Wir dürfen Ihnen mitteilen, dass Sie seitens der SWU Erneuerbare Energien GmbH eine gesonderte Stellungnahme erhalten werden. Wir bitten um Kenntnisnahme. Vielen Dank.	
lfd. Ident-Nr.: 528 DB Energie GmbH Stn-Id: 340		BE-ID: 1435 die von Ihnen am 27.10.2023 zugesandte Anfrage haben wir auf die Belange der DB Energie GmbH hinsichtlich der öffentlich rechtlichen Vorschriften überprüft. Im Geltungsbereich des Regionalplans, verlaufen die o.g. planfestgestellten 110-kVBahnstromleitungen. Die Leitungen verfügen über dinglich gesicherte Schutzstreifen von 60 m (je 30 m beiderseits der Trassenachsen). Die folgende Stellungnahme gilt ausschließlich für die o.g. 110 kV, 16,7 Hz Bahnstromleitungen der DB Energie. Maßgebend sind nicht die aus den Planunterlagen abgeleiteten Werte, sondern die in der Örtlichkeit tatsächlich vorhandenen Abstände bzw. Höhen. Dies bezieht sich auch auf die Richtigkeit des Bahnstromleitungsverlaufes. Gem. DIN EN 50341-3-4 sind folgende Abstände von Windenergieanlagen zu Freileitungen einzuhalten: Zwischen Windenergieanlagen und Freileitungen sind folgende horizontale Mindestabstände zwischen Rotorblattspitze in ungünstigster Stellung und äußerstem ruhenden Leiterseil, siehebeigefügtes Merkblatt, einzuhalten: - für Freileitungen ohne Schwingungsschutzmaßnahmen > 3 x Rotordurchmesser - für Freileitungen mit Schwingungsschutzmaßnahmen >1 x Rotordurchmesser Wenn sichergestellt ist, dass die Freileitung außerhalb der Nachströmung der Windenergieanlage liegt und der Mindestabstand zwischen der Rotorblattspitze in ungünstigster Stellung und dem äußeren ruhenden Leiter > 1 X Rotordurchmesser beträgt, kann auf die schwingungsdämpfenden Maßnahmen verzichtet werden. Dies ist uns ggf. mit einem entsprechenden Gutachten nachzuweisen. Weiterhin gilt für Freileitungen aller Spannungsebenen, dass bei ungünstigster Stellung des Rotors die Blattspitze nicht in den Schutzstreifen der Freileitung ragen darf. Der Verlauf der 110-kV-Bahnstromleitung ist in den Antragsunterlagen ersichtlich. Maßgebend sind aber nicht die aus	Wird teilweise / sinngemäß gefolgt Die Leitungen sind mit einem Abstand von 150m in der Planung berücksichtigt. Dies entspricht dem Freihaltebereich von Leitungen mit Schwingungsschutz. Die sonstige Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Aspekte inkl. konkrete Betroffenheit der Leitungen sind Details, die über den Regelungsgehalt des Regionalplans hinausgehen und die in den nachgelagerten Planungs- und Vorhabenzulassungsverfahren (z.B. immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren, Baugenehmigungsverfahren) zu klären sind, wenn Standorte und anlagenbezogene Eigenschaften der späteren Nutzung der Windenergie feststehen. Die weitere Prüfung und Abwägung richtet sich hierbei nach der zum Zeitpunkt des Vorhabenzulassungsverfahrens gültigen Sach- und Rechtslage.

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		den Planunterlagen abgeleiteten Werte, sondern die in der Örtlichkeit tatsächlich vorhandenen Abstände bzw. Höhen. Dies bezieht sich auch auf die Richtigkeit des Bahnstromleitungsverlaufes. Da bisher keine Schwingungsschutzmaßnahmen notwendig waren, sind auch keine in der 110-kV-Bahnstromleitung eingebaut. Für die Übernahme der Kosten ist uns eine entsprechende Kostenübernahmeerklärung zuzusenden. Die Auflagen aus dem beigefügten „Merkblatt Windenergieanlagen in der Nähe von Hochspannungsleitungen“ sind zu beachten und einzuhalten! Übernehmen Sie bitte in die Regionalplanunterlagen: 1. Die endgültigen Bauausführungspläne sind rechtzeitig bei uns zur Prüfung und Zustimmung (vorgeschriebene Sicherheitsabstände) einzureichen. Die Höhenangabenzur Oberkante der Bauwerke sind darin auf Meter über NN zu beziehen. Der Abstand der Bauwerke zur Leitungsachse ist anzugeben. 2. Kranstandorte dürfen nur so gewählt werden, dass der Kran zu keinem Zeitpunkt in die Bahnstromleitung fallen kann. Ein Überschwenken der Bahnstromleitung mit demKranausleger sowie allen An-/ und Aufbauten des Krans darf zu keinem Zeitpunkt stattfinden. 3. Im Rahmen der Planung von Beleuchtungs-, Lärmschutz- und Beregnungsanlagen ist die Einwilligung der DB Energie einzuholen. 4. Im Bereich des Schutzstreifens müssen die Abstände gem. DIN VDE 0210 und DIN VDE 0105 eingehalten werden. 5. Die Standsicherheit der Maste muss gewahrt bleiben. In einem Radius von 10 Metern von der Fundamentkante aus gesehen, dürfen keine Abtragungen bzw. Aufschüttungenvon Erdreich durchgeführt werden. 6. Aufschüttungen, Abtragungen oder sonstige Maßnahmen, die das Erdniveau erhöhen, dürfen innerhalb des Schutzstreifens nur mit Zustimmung der DB Energie GmbHvorgenommen werden. Dies gilt auch für die Dauer von Baumaßnahmen. 7. Die Zufahrt zu den Maststandorten der Bahnstromleitung mit LKW muss jederzeit gewährleistet sein. Es muss damit gerechnet werden, dass die Leiterseile für Instandhaltungs-und Umbauarbeiten abgelassen werden müssen. Die Begehbarkeit des Schutzstreifens für Instandhaltungsarbeiten an der Bahnstromleitung muss jederzeit gewährleistet sein. 8. Die im Erdreich befindlichen Erdungsbänder (Bandeisen) dürfen nicht beschädigt werden.	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		9. Bitte beachten Sie, dass bei dem Bauvorhaben Arbeitsgeräte wie Kran, Autokran, Bagger etc. nur bedingt zum Einsatz kommen können. Eine Prüfung und eine Freigabedurch die DB Energie ist erforderlich. Die zur Prüfung eingereichten Unterlagen sollten einen Lageplan, EOK Höhen, Höhen der Arbeitsgeräte in Meter über NN und Abstände zur Trassenachse beinhalten. 10. Für den Fall, dass Antennen, Blitzableiter, Reklametafeln, und ähnliches angebracht werden, sind diese extra von der DB Energie GmbH zu genehmigen. 11. Eventuell im Leitungsschutzstreifen zu pflanzenden Gehölze sind im Benehmen der DB Energie zulässig. 12. Im Übrigen verweisen wir auf die von der 110-kV-Leitung ausgehenden Feldemissionen - elektrische und magnetische - Felder. Die Beurteilung der Felder erfolgt nachder 26. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes. (Verordnung über elektromagnetische Felder) - 26.BImSchV - vom 26.02.2016. Darin sind Schutz- und Vorsorgegrenzwerte für elektrische und magnetische Felder festgelegt, die dort einzuhalten sind, wo sich Menschen nicht nur vorübergehend aufhalten 13. Wir weisen zu den Messungen der elektrischen Felder darauf hin, dass die 110-kVBahnstromleitungen mit 16,7 Hz betrieben werden. Die Vorsorgegrenzwerte für diemagnetische Feldstärke nach der „Verordnung über elektromagnetische Felder“ – 26.BImSchV vom 26.02.2016, betragen umgerechnet auf 16,7 Hz 300 uT für dieganztägige Einwirkdauer auf Personen. Diese Grenzwerte werden im Einwirkungsbereich der Leitung bei weitem nicht erreicht. Bei Fragen hinsichtlich der elektromagnetischenFelder wenden Sie sich bitte an den Ersteller dieser Stellungnahme. 14. Darüber hinaus ist mit einer Beeinflussung von Monitoren, medizinischen Untersuchungsgeräten und anderen auf magnetische Felder empfindlich reagierenden Gerätenzu rechnen. Auch eine Beeinträchtigung des Funk- und Fernsehempfanges ist möglich. 15. Wir bitten dies bei der Abwägung besonders zu berücksichtigen und regen an, im Erläuterungsbericht unter „Nutzungskonflikte“ den gekennzeichneten Text mit aufzunehmen. 16. Im Übrigen werden wir unsere Belange ggf. im Zuge des Baugenehmigungsverfahrens ausführlich darlegen. 17. Erfahrungsgemäß führt die in der Öffentlichkeit geführte Diskussion über die möglichen Folgen der Feldeinwirkung auf Menschen und der damit verbundenen Verunsicherungzu Vorbehalten bei der Kaufentscheidung von Grundstücken, sowie bei der späteren Nutzung von Gebäuden, wenn diese sich innerhalb des Leitungsbereiches befinden.	

Stellungnehmer	Bezug	Inhalt	Abwägung und Sachaufklärung
		Wir bitten nachdrücklich um Beachtung und Einhaltung unserer Auflagen aus diesem Schreiben.	
lfd. Ident-Nr.: 528 DB Energie GmbH Stn-Id: 365		BE-ID: 1963 Anbei erhalten Sie einen Auszug von unseren Bahnstromleitungen in dem angefragten Bereich. Die blauen Linien stellen den Verlauf der Bahnstromleitungen dar. -- Abb. s. Anhang --	Die Leitungen sind mit einem Abstand von 150m in der Planung berücksichtigt. Dies entspricht dem Freihaltebereich von Leitungen mit Schwingungsschutz. Die konkrete Betroffenheit der Leitungen ist im Rahmen der nachgelagerten Genehmigungsverfahren zu prüfen.